Ingenieurhochschule Cottbus
AUSGESCHIEDEN
Hochschulbibliothek
234a

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1975	Berlin, den 20. Februar 1975	Teil II Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
14. 1. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 21. März 1950 zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer**	1
14. 1. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 10. Dezember 1962 über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen**	21

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 21. März 1950 zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer

vom 14. Januar 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 16. Juli 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer vom 21. März 1950 hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 22 der Konvention folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht durch die Bestimmungen des Artikels 22 der Konvention gebunden, wonach ein Streitfall über die Auslegung oder Anwendung der Konvention, der nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt wurde, auf Ersuchen einer der am Streitfall beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten ist, falls sich die Parteien nicht auf einen anderen Weg der Beilegung geeinigt haben. Die Deutsche Demokratische Republik vertritt in bezug auf die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes die Auffassung, daß in jedem Einzelfall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien erforderlich ist, um einen bestimmten Streitfall dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen."

Zusammen mit dem Vorbehalt wurde zu Artikel 23 der Konvention folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu Artikel 23 der Konvention, soweit er die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betrifft, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren."

Die Konvention ist entsprechend ihrem Artikel 24 für die Deutsche Demokratische Republik am 14. Oktober 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 14. Januar 1975

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Diese Ausgabe enthält als Beilage für die Postabonnenten:
Titelblatt, Zeitliche Inhaltsübersicht und das Stichwortverzeichnis des Gesetzblattes Teil II für das Jahr 1974

(Übersetzung)

Konvention zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer

Präambel

Da die Prostitution und das sie begleitende Übel des Menschenhandels zum Zwecke der Prostitution unvereinbar sind mit der Würde und dem Wert der menschlichen Person und das Wohl der Einzelperson, der Familie und der Gemeinschaft gefährden,

Da sich im Hinblick auf die Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels folgende internationale Dokumente in Kraft befinden:

1. Internationales Abkommen vom 18. Mai 1904 zur Unterdrückung des Mädchenhandels, in der durch das von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 3. Dezember 1948 gebilligte Protokoll abgeänderten Fassung,

2. Internationale Konvention vom 4. Mai 1910 zur Unterdrückung des Mädchenhandels, in der durch das obenerwähnte Protokoll abgeänderten Fassung,

3. Internationale Konvention vom 30. September 1921 zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels, in der durch das von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 20. Oktober 1947 gebilligte Protokoll abgeänderten Fassung,

4. Internationale Konvention vom 11. Oktober 1933 zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen, in der durch das obengenannte Protokoll abgeänderten Fassung,

Da der Völkerbund im Jahre 1937 einen Konventionsentwurf ausgearbeitet hat, der den Rahmen der obenerwähnten Dokumente erweitert, und

Da die Entwicklungen, die sich seit 1937 vollzogen haben, den Abschluß einer Konvention möglich machen, in die die obenerwähnten Dokumente Eingang finden und die den Gegenstand des Konventionsentwurfes von 1937 sowie darin enthaltene wünschenswerte Abänderungen einschließt;

Kommen daher die Vertragschließenden Seiten wie folgt überein:

Artikel 1

Die Parteien der vorliegenden Konvention kommen überein, jede Person zu bestrafen, die, um die Leidenschaften einer anderen zu befriedigen:

1. eine andere Person, auch mit Zustimmung jener Person, zum Zwecke der Prostitution beschafft, sie zur Prostitution verführt oder verleitet;

2. die Prostitution einer anderen Person, auch mit Zustimmung jener Person, ausnutzt.

Artikel 2

Die Parteien der vorliegenden Konvention kommen weiter überein, jede Person zu bestrafen, die:

1. ein Bordell unterhält oder leitet oder wissentlich finanziert oder an dessen Finanzierung beteiligt ist;

2. wissentlich ein Gebäude oder eine andere Stätte oder irgendeinen Teil davon zum Zwecke der Prostitution anderer vermietet oder mietet.

Artikel 3

In dem vom inländischen Recht erlaubten Umfang werden auch Versuche, irgendeines der in Artikel 1 und 2 erwähnten Vergehen zu begehen sowie die Handlungen, die die Begehung einer solchen strafbaren Handlung vorbereiten, bestraft.

Artikel 4

In dem vom inländischen Recht erlaubten Umfang ist die vorsätzliche Beteiligung an den in den obigen Artikeln 1 und 2 erwähnten Handlungen ebenfalls strafbar.

In dem vom inländischen Recht erlaubten Umfang werden die Teilnahmehandlungen als getrennte Vergehen behandelt, wann immer das notwendig ist, um Straffreiheit zu verhindern.

Artikel 5

In Fällen, wo geschädigte Personen nach inländischem Recht berechtigt sind, an Verfahren im Hinblick auf eines der in der vorliegenden Konvention erwähnten Vergehen teilzunehmen, gelten für die Berechtigung von Ausländern die gleichen Bedingungen wie für Einheimische.

Artikel 6

Jede Partei der vorliegenden Konvention ist damit einverstanden, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jedes bestehende Gesetz, jede Bestimmung oder Verwaltungsanordnung aufzuheben oder außer Kraft zu setzen, nach denen Personen, die sich mit Prostitution beschäftigen oder dessen verdächtig sind, entweder einer gesonderten Registrierung unterliegen oder im Besitze eines besonderen Dokumentes sein müssen oder anderen Ausnahmebestimmungen zwecks Kontrolle oder Anmeldung unterliegen.

Artikel 7

Vorstrafen, die im Ausland für Vergehen ausgesprochen wurden, auf die in der vorliegenden Konvention Bezug genommen wird, sind in dem vom inländischen Recht gestatteten Umfang zu berücksichtigen, zwecks:

1. Feststellung von Rückfälligkeit;

2. Ausschluß des Schuldigen von der Ausübung der Bürgerrechte.

Artikel 8

Die Vergehen, auf die in Artikel 1 und 2 der vorliegenden Konvention Bezug genommen wird, werden in jedem Auslieferungsvertrag, der zwischen den Parteien dieser Konvention abgeschlossen wurde oder künftig abgeschlossen werden kann, als auslieferungsfähige Vergehen betrachtet.

Die Parteien der vorliegenden Konvention, die die Auslieferung nicht von der Existenz eines Vertrages abhängig machen, erkennen in Zukunft die in Artikel 1 und 2 der vorliegenden Konvention erwähnten Vergehen untereinander als Fälle von Auslieferung an.

Die Auslieferung wird in Übereinstimmung mit dem Recht des Staates gewährt, an den das Ersuchen gerichtet wird.

Artikel 9

In Staaten, in denen die Auslieferung von Staatsangehörigen nach dem Gesetz nicht gestattet ist, werden Staatsangehörige, die nach Begehen eines der in Artikel 1 und 2 der vorliegenden Konvention beschriebenen Vergehen im Ausland in ihren eigenen Staat zurückgekehrt sind, in ihrem eigenen Staate strafrechtlich verfolgt und von seinen Gerichten bestraft.

Diese Bestimmung wird nicht angewendet, wenn in einem ähnlichen Fall zwischen den Parteien der vorliegenden Konvention die Auslieferung eines Ausländers nicht gewährt werden kann.

Artikel 10

Die Bestimmungen von Artikel 9 werden nicht angewandt, wenn die des Vergehens beschuldigte Person im Ausland vor Gericht gestellt worden ist und, falls sie für schuldig befunden wurde, gemäß den Gesetzen jenes ausländischen Staates ihre Strafe verbüßt hat oder ihr die Strafe erlassen oder dieselbe herabgesetzt wurde.

Artikel 11

Nichts in der vorliegenden Konvention soll so ausgelegt werden, als ob es die Haltung einer Partei zur allgemeinen Frage der Grenzen der Zuständigkeit in Strafsachen nach dem Völkerrecht entscheidet.

Artikel 12

Die vorliegende Konvention berührt nicht das Prinzip, daß die Vergehen, auf die sie Bezug nimmt, in jedem Staate gemäß seinem inländischen Recht zu definieren, strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen sind.

Artikel 13

Die Parteien der vorliegenden Konvention sind verpflichtet, gemäß ihrem inländischen Recht und ihrer einheimischen Praxis hinsichtlich der in der Konvention aufgeführten Vergehen Rechtshilfeersuchen nachzukommen.

Die Übermittlung von Rechtshilfeersuchen erfolgt:

1. durch direkte Mitteilung zwischen den Justizbehörden; oder

2. durch direkte Mitteilung zwischen den Justizministern der beiden Staaten oder durch eine direkte Mitteilung einer anderen zuständigen Behörde des ersuchenden Staates an den Justizminister des Staates, dem das Ersuchen unterbreitet wird; oder

3. durch den diplomatischen oder konsularischen Vertreter des ersuchenden Staates in dem Staat, dem das Ersuchen unterbreitet wird; dieser Vertreter übersendet die Rechtshilfeersuchen direkt an die zuständige Justizbehörde oder an die von der Regierung des Staates, dem das Ersuchen unterbreitet wird, angegebene Behörde und erhält direkt von dieser Behörde die Unterlagen, mit denen dem Rechtshilfeersuchen nachgekommen wird.

In den Fällen 1 und 3 wird stets ein Exemplar der Rechtshilfeersuchen der obersten Behörde des Staates übersandt, an den der Antrag gerichtet ist.

Wenn nicht anderweitig vereinbart, sind die Rechtshilfeersuchen in der Sprache der ersuchenden Behörde auszufertigen, immer vorausgesetzt, daß der Staat, an den das Ersuchen gerichtet ist, eine Übersetzung in seiner eigenen Sprache verlangen kann, die von der ersuchenden Behörde ordnungsgemäß beglaubigt worden ist.

Jede Partei der vorliegenden Konvention setzt die anderen Parteien der Konvention von den obenerwähnten Übermittlungsarten, die sie für die Rechtshilfeersuchen des letzteren Staates anerkennen wird, in Kenntnis.

Bis zu einer solchen Mitteilung eines Staates bleibt sein im Hinblick auf Rechtshilfeersuchen bestehendes Verfahren in Kraft.

Die Erfüllung von Rechtshilfeersuchen bringt keine Forderung auf Rückerstattung der Unkosten oder Ausgaben jedweder Art mit sich, wenn es sich nicht um die Ausgaben von Experten handelt.

Nichts im vorliegenden Artikel soll so ausgelegt werden, als ob es eine Verpflichtung seitens der Parteien der vorliegenden Konvention darstellt, in Strafsachen irgendeine Beweisform oder Beweismethode anzunehmen, die im Widerspruch zu ihren eigenen inländischen Rechten steht.

Artikel 14

Jede Partei der vorliegenden Konvention errichtet oder unterhält eine Stelle, die mit der Koordinierung und Zentralisierung der Ergebnisse der Untersuchung von Vergehen, auf die in der vorliegenden Konvention Bezug genommen wird, betraut ist.

Diese Stellen sollten alle Informationen zusammenstellen, die dazu geeignet sind, die Verhinderung und Bestrafung von Vergehen, auf die in der vorliegenden Konvention Bezug genommen wird, zu erleichtern, und sollten engen Kontakt zu den entsprechenden Stellen in anderen Staaten unterhalten.

Artikel 15

In dem vom inländischen Recht gestatteten Umfang und in dem Umfang, den die für die in Artikel 14 erwähnten Stellen verantwortlichen Behörden für wünschenswert erachten, stellen sie den für die entsprechenden Stellen in anderen Staaten verantwortlichen Behörden folgende Informationen zur Verfügung:

1. nähere Angaben zu jedem in der vorliegenden Konvention erwähnten Vergehen oder jeden Versuch, eine solche strafbare Handlung zu begehen;

2. nähere Angaben über jede Fahndung nach Personen, die sich eines der in der vorliegenden Konvention erwähnten Vergehens schuldig gemacht haben, und deren gerichtliche Verfolgung, Verhaftung, Überführung, Aufnahmeverweigerung oder Ausweisung, die Tätigkeit dieser Personen und andere sie betreffende nützliche Informationen.

Die so gegebene Information enthält auch Beschreibungen der Gesetzesverletzer, deren Fingerabdrücke, Photographien, die Art ihres Vorgehens, ihr Strafregister und Unterlagen über ihre Verurteilungen.

Artikel 16

Die Parteien der vorliegenden Konvention kommen überein, über ihre öffentlichen und privaten Stellen im Erziehungswesen, Gesundheitswesen, auf sozialem, wirtschaftlichem Gebiet und auf anderen verwandten Gebieten Maßnahmen zur Verhinderung der Prostitution und zur Rehabilitierung der Opfer der Prostitution und ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft sowie zur Verhinderung der in der vorliegenden Konvention aufgeführten Vergehen zu treffen oder zu fördern.

Artikel 17

Die Parteien der vorliegenden Konvention verpflichten sich, im Zusammenhang mit der Ein- und Auswanderung die Maßnahmen zu ergreifen oder beizubehalten, die aufgrund ihrer Verpflichtungen im Rahmen der vorliegenden Konvention erforderlich sind, um den Handel mit Menschen beiderlei Geschlechts zum Zwecke der Prostitution zu kontrollieren.

Insbesondere verpflichten sie sich:

1. die für den Schutz von Ein- oder Auswanderern, besonders von Frauen und Kindern, sowohl am An- und Abreiseort als auch en route notwendigen Regelungen zu treffen;

2. eine entsprechende öffentliche Bekanntmachung vorzubereiten, die die Öffentlichkeit vor den Gefahren des obenerwähnten Menschenhandels warnt;

3. entsprechende Maßnahmen zu treffen für die Gewährleistung der Kontrolle auf Bahnhöfen, Flugplätzen, in Seehäfen und en route sowie an anderen öffentlichen Stätten, um den internationalen Menschenhandel zum Zwecke der Prostitution zu verhindern;

4. entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die zuständigen Behörden von der Ankunft der Personen in Kenntnis zu setzen, die prima facie die Anführer und Komplizen oder die Opfer eines solchen Menschenhandels zu sein scheinen.

Artikel 18

Die Parteien der vorliegenden Konvention verpflichten sich, gemäß den vom inländischen Recht festgelegten Bedingungen, von Ausländern, die Prostituierte sind, Erklärungen abgeben zu lassen zur Feststellung ihrer Identität und ihres Personenstandes und um herauszufinden, wer sie veranlaßt hat, ihren Staat zu verlassen. Die erhaltenen Informationen werden den Behörden der Herkunftsstaaten der besagten Personen im Hinblick auf deren mögliche Repatriierung mitgeteilt.

Artikel 19

Die Parteien der vorliegenden Konvention verpflichten sich, gemäß den vom inländischen Recht festgelegten Bedingungen und unbeschadet einer gerichtlichen Verfolgung oder anderen Aktion bei Verletzungen dieses Rechtes und soweit wie möglich:

1. bis zur Fertigstellung von Vereinbarungen zur Repatrierung von mittellosen Opfern des internationalen Menschenhandels zum Zwecke der Prostitution geeignete Vorkehrungen für deren zeitweilige Obhut und deren zeitweiligen Lebensunterhalt zu treffen;

2. die Personen zu repatriieren, die in Artikel 18 aufgeführt sind und repatriiert werden möchten oder deren Repatriierung von Personen gefordert werden kann, die Autorität über sie ausüben oder deren Ausweisung gemäß dem Gesetz angeordnet wird. Die Repatriierung erfolgt erst, nachdem mit dem Bestimmungsstaat Einvernehmen über die Identität und Nationalität sowie den Ankunftsort und das Ankunftsdatum an der Grenze erzielt wurde. Jede Partei der vorliegenden Konvention erleichtert die Durchreise dieser Personen durch ihr Territorium.

In Fällen, wo die im vorhergehenden Absatz erwähnten Personen nicht selbst die Repatriierungskosten zurückerstatten können und weder einen Ehepartner, Verwandte oder einen Vormund besitzen, die für sie zahlen können, werden die Repatriierungskosten bis zur nächsten Grenze oder zum nächsten Einschiffungshafen oder Flugplatz in Richtung des Herkunftsstaates von dem Staat getragen, in dem sie sich aufhalten, und die Kosten für den übrigen Teil der Reise vom Herkunftsstaat.

Artikel 20

Die Parteien der vorliegenden Konvention treffen die erforderlichen Maßnahmen, wenn sie das nicht schon getan haben, für eine Kontrolle der Arbeitsvermittlungsstellen, um zu verhindern, daß Personen, die Beschäftigung suchen, besonders Frauen und Kinder, der Gefahr der Prostitution ausgesetzt werden.

Artikel 21

Die Parteien der vorliegenden Konvention informieren den Generalsekretär der Vereinten Nationen über die Gesetze und Bestimmungen, die in ihren Staaten schon zum Gegenstand der vorliegenden Konvention verkündet worden sind, und danach jährlich über die Gesetze und Bestimmungen, die verkündet werden können, sowie über alle Maßnahmen, die sie im Hinblick auf die Anwendung der Konvention unternommen haben. Die erhaltenen Informationen werden periodisch vom Generalsekretär veröffentlicht und allen Mitgliedern der Vereinten Nationen sowie den Nichtmitgliedsstaaten, die über die vorliegende Konvention offiziell gemäß Artikel 23 informiert werden, übersandt.

Artikel 22

Im Falle von Streitigkeiten zwischen den Parteien der vorliegenden Konvention im Hinblick auf ihre Auslegung oder Anwendung und wenn diese Streitigkeiten nicht auf anderem Wege beigelegt werden können, wird der Streitfall auf Ersuchen irgendeiner Partei des Streitfalls an den Internationalen Gerichtshof überwiesen.

Artikel 23

Die vorliegende Konvention liegt für jedes Mitglied der Vereinten Nationen und auch für jeden anderen Staat, der vom Wirtschafts- und Sozialrat dazu aufgefordert wurde, zur Unterzeichnung auf.

Die vorliegende Konvention wird ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Die im ersten Absatz erwähnten Staaten, die die Konvention nicht unterzeichnet haben, können ihr beitreten.

Der Beitritt wird wirksam durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

In der vorliegenden Konvention schließt das Wort „Staat" alle Kolonien und Treuhandgebiete eines Staates ein, der Signatar der Konvention ist oder ihr beitritt, und alle Territorien, für die dieser Staat international verantwortlich ist.

Artikel 24

Die vorliegende Konvention tritt am 90. Tage nach dem Datum der Hinterlegung der zweiten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Für jeden Staat, der die Konvention nach Hinterlegung der zweiten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihr beitritt, tritt die Konvention 90 Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 25

Nach Ablauf von fünf Jahren, gerechnet vom Inkrafttreten der vorliegenden Konvention, kann jede Partei der Konvention sie durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Mitteilung kündigen.

Eine solche Kündigung wird für die Partei, die sie vornimmt, ein Jahr nach dem Datum, an dem sie der Generalsekretär der Vereinten Nationen erhalten hat, wirksam.

Artikel 26

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen informiert alle Mitglieder der Vereinten Nationen und die in Artikel 23 erwähnten Nichtmitgliedsstaaten:

a) von gemäß Artikel 23 eingegangenen Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritten;

b) vom Zeitpunkt, zu dem die vorliegende Konvention gemäß Artikel 24 in Kraft treten wird;

c) von in Übereinstimmung mit Artikel 25 eingegangenen Kündigungen.

Artikel 27

Jede Partei der vorliegenden Konvention verpflichtet sich, in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung die gesetzgeberischen oder anderen Maßnahmen anzunehmen, die zur Gewährleistung der Anwendung der Konvention erforderlich sind.

Artikel 28

Die Bestimmungen der vorliegenden Konvention heben die Bestimmungen der in den Unterabschnitten 1, 2, 3 und 4 des zweiten Absatzes der Präambel erwähnten internationalen Dokumente in den Beziehungen zwischen den Parteien der Konvention auf. Jede dieser Bestimmungen wird als abgelaufen betrachtet, wenn alle betreffenden Parteien Parteien der vorliegenden Konvention geworden sind.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, die von ihren betreffenden Regierungen ordnungsgemäß dazu bevollmächtigt wurden, die vorliegende Konvention, die zur Unterzeichnung in Lake Success, New York, aufliegt, am 21. Tage des März eintausendneunhundertundfünfzig unterzeichnet. Eine beglaubigte und bestätigte Kopie dieser Konvention wird vom Generalsekretär allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und den in Artikel 23 erwähnten Nichtmitgliedsstaaten zugesandt.

Schlußprotokoll

Nichts in der vorliegenden Konvention ist so aufzufassen, als beeinträchtige es irgendwelche Gesetzgebung, die zur Durchsetzung der Bestimmungen für die Sicherung der Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausnutzung anderer zum Zwecke der Prostitution strengere Bedingungen vorsieht, als sie in der vorliegenden Konvention festgelegt sind.

Die Bestimmungen der Artikel 23 bis einschließlich 26 der Konvention gelten für das vorliegende Protokoll.

CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN PERSONS AND OF THE EXPLOITATION OF THE PROSTITUTION OF OTHERS

PREAMBLE

Whereas prostitution and the accompanying evil of the traffic in persons for the purpose of prostitution are incompatible with the dignity and worth of the human person and endanger the welfare of the individual, the family and the community,

Whereas, with respect to the suppression of the traffic in women and children, the following international instruments are in force:

1. International Agreement of 18 May 1904 for the Suppression of the White Slave Traffic, as amended by the Protocol approved by the General Assembly of the United Nations on 3 December 1948,

2. International Convention of 4 May 1910 for the Suppression of the White Slave Traffic, as amended by the above-mentioned Protocol,

3. International Convention of 30 September 1921 for the Suppression of the Traffic in Women and Children, as amended by the Protocol approved by the General Assembly of the United Nations on 20 October 1947,

4. International Convention of 11 October 1933 for the Suppression of the Traffic in Women of Full Age, as amended by the aforesaid Protocol,

Whereas the League of Nations in 1937 prepared a draft Convention extending the scope of the above-mentioned instruments, and

Whereas developments since 1937 make feasible the conclusion of a convention consolidating the above-mentioned instruments and embodying the substance of the 1937 draft Convention as well as desirable alterations therein;

Now therefore
The Contracting Parties
Hereby agree as hereinafter provided:

ARTICLE 1

The Parties to the present Convention agree to punish any person who, to gratify the passions of another:

1. Procures, entices or leads away, for purposes of prostitution, another person, even with the consent of that person;

2. Exploits the prostitution of another person, even with the consent of that person.

ARTICLE 2

The Parties to the present Convention further agree to punish any person who:

1. Keeps or manages, or knowingly finances or takes part in the financing of a brothel;

2. Knowingly lets or rents a building or other place or any part thereof for the purpose of the prostitution of others.

ARTICLE 3

To the extent permitted by domestic law, attempts to commit any of the offences referred to in articles 1 and 2, and acts preparatory to the commission thereof, shall also be punished.

ARTICLE 4

To the extent permitted by domestic law, intentional participation in the acts referred to in articles 1 and 2 above shall also be punishable.

To the extent permitted by domestic law, acts of participation shall be treated as separate offences whenever this is necessary to prevent impunity.

ARTICLE 5

In cases where injured persons are entitled under domestic law to be parties to proceedings in respect of any the offences referred to in the present Convention, aliens shall be so entitled upon the same terms as nationals.

ARTICLE 6

Each Party to the present Convention agrees to take all the necessary measures to repeal or abolish any existing law, regulation or administrative provision by virtue of which persons who engage in or are suspected of engaging in prostitution are subject either to special registration or to the possession of a special document or to any exceptional requirements for supervision or notification.

ARTICLE 7

Previous convictions pronounced in foreign States for offences referred to in the present Convention shall, to the extent permitted by domestic law, be taken into account for the purpose of:

1. Establishing recidivism;

2. Disqualifying the offender from the exercise of civil rights.

ARTICLE 8

The offences referred to in articles 1 and 2 of the present Convention shall be regarded as extraditable offences in any extradition treaty which has been or may hereafter be concluded between any of the Parties to this Convention.

The Parties to the present Convention which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall henceforward recognize the offences referred to in articles 1 and 2 of the present Convention as cases for extradition between themselves.

Extradition shall be granted in accordance with the law of the State to which the request is made.

ARTICLE 9

In States where the extradition of nationals is not permitted by law, nationals who have returned to their own State after the commission abroad of any of the offences referred to in articles 1 and 2 of the present Convention shall be prosecuted in and punished by the courts of their own State.

This provision shall not apply if, in a similar case between the Parties to the present Convention, the extradition of an alien cannot be granted.

ARTICLE 10

The provisions of article 9 shall not apply when the person charged with the offence has been tried in a foreign State and, if convicted, has served his sentence or had it remitted or reduced in conformity with the laws of that foreign State.

ARTICLE 11

Nothing in the present Convention shall be interpreted as determining the attitude of a Party towards the general question of the limits of criminal jurisdiction under international law.

ARTICLE 12

The present Convention does not affect the principle that the offences to which it refers shall in each State be defined, prosecuted and punished in conformity with its domestic law.

ARTICLE 13

The Parties to the present Convention shall be bound to execute letters of request relating to offences referred to in the Convention in accordance with their domestic law and practice.

The transmission of letters of request shall be effected:

1. By direct communication between the judicial authorities; or

2. By direct communication between the Ministers of Justice of the two States, or by direct communication from another competent authority of the State making the request to the Minister of Justice of the State to which the request is made; or

3. Through the diplomatic or consular representative of the State making the request in the State to which the request is made; this representative shall send the letters of request direct to the competent judicial authority or to the authority indicated by the Government of the State to which the request is made, and shall receive direct from such authority the papers constituting the execution of the letters of request.

In cases 1 und 3 a copy of the letters of request shall always be sent to the superior authority of the State to which application is made.

Unless otherwise agreed, the letters of request shall be drawn up in the language of the authority making the request, provided always that the State to which the request is made may require a translation in its own language, certified correct by the authority making the request.

Each Party to the present Convention shall notify to each of the other Parties to the Convention the method or methods of transmission mentioned above which it will recognize for the letters of request of the latter State.

Until such notification is made by a State, its existing procedure in regard to letters of request shall remain in force.

Execution of letters of request shall not give rise to a claim for reimbursement of charges or expenses of any nature whatever other than expenses of experts.

Nothing in the present article shall be construed as an undertaking on the part of the Parties to the present Convention to adopt in criminal matters any form or methods of proof contrary to their own domestic laws.

ARTICLE 14

Each Party to the present Convention shall establish or maintain a service charged with the co-ordination and centralization of the results of the investigation of offences referred to in the present Convention.

Such services should compile all information calculated to facilitate the prevention and punishment of the offences referred to in the present Convention and should be in close contact with the corresponding services in other States.

ARTICLE 15

To the extent permitted by domestic law and to the extent to which the authorities responsible for the services referred to in article 14 may judge desirable, they shall furnish to the authorities responsible for the corresponding services in other States the following information:

1. Particulars of any offence referred to in the present Convention or any attempt to commit such offence;

2. Particulars of any search for and any prosecution, arrest, conviction, refusal of admission or expulsion of persons guilty of any of the offences referred to in the present Convention, the movements of such persons and any other useful information with regard to them.

The information so furnished shall include descriptions of the offenders, their fingerprints, photographs, methods of operation, police records and records of conviction.

ARTICLE 16

The Parties to the present Convention agree to take or to encourage, through their public and private educational, health, social, economic and other related services, measures for the prevention of prostitution and for the rehabilitation and social adjustment of the victims of prostitution and of the offences referred to in the present Convention.

ARTICLE 17

The Parties to the present Convention undertake, in connexion with immigration and emigration, to adopt or maintain such measures as are required in terms of their obligations under the present Convention, to check the traffic in persons of either sex for the purpose of prostitution.

In particular they undertake:

1. To make such regulations as are necessary for the protection of immigrants or emigrants, and in particular, women and children, both at the place of arrival and departure and while *en route;*

2. To arrange for appropriate publicity warning the public of the dangers of the aforesaid traffic;

3. To take appropriate measures to ensure supervision of railways stations, airports, seaports and *en route*, and other public places, in order to prevent international traffic in persons for the purpose of prostitution;

4. To take appropriate measures in order that the appropriate authorities be informed of the arrival of persons who appear, *prima facie*, to be the principals and accomplices in or victims of such traffic.

ARTICLE 18

The Parties to the present Convention undertake, in accordance with the conditions laid down by domestic law, to have declarations taken from aliens who are prostitutes, in order to establish their identity and civil status and to discover who has caused them to leave their State. The information obtained shall be communicated to the authorities of the State of origin of the said persons with a view to their eventual repatriation.

ARTICLE 19

The Parties to the present Convention undertake, in accordance with the conditions laid down by domestic law and without prejudice to prosecution or other action for violations thereunder and so far as possible:

1. Pending the completion of arrangements for the repatriation of destitute victims of international traffic in persons for the purpose of prostitution, to make suitable provisions for their temporary care and maintenance;

2. To repatriate persons referred to in article 18 who desire to be repatriated or who may be claimed by persons exercising authority over them or whose expulsion ist ordered in conformity with the law. Repatriation shall take place only after agreement is reached with the State of destination as to identity and nationality as well as to the place and date of arrival at frontiers. Each Party to the present Convention shall facilitate the passage of such persons through its territory.

Where the persons referred to in the preceding paragraph cannot themselves repay the cost of repatriation and have neither spouse, relatives nor guardian to pay for them, the cost of repatriation as far as the nearest frontier or port of embarkation or airport in the direction of the State of origin

shall be borne by the State where they are in residence, and the cost of the remainder of the journey shall be borne by the State of origin.

ARTICLE 20

The Parties to the present Convention shall, if they have not already done so, take the necessary measures for the supervision of employment agencies in order to prevent persons seeking employment, in particular women and children, from being exposed to the danger of prostitution.

ARTICLE 21

The Parties to the present Convention shall communicate to the Secretary-General of the United Nations such laws and regulations as have already been promulgated in their States, and thereafter annually such laws and regulations as may be promulgated, relating to the subjects of the present Convention, as well as all measures taken by them concerning the application of the Convention. The information received shall be published periodically by the Secretary-General and sent to all Members of the United Nations and to non-member States to which the present Convention is officially communicated in accordance with article 23.

ARTICLE 22

If any dispute shall arise between the Parties to the present Convention relating to its interpretation or application and if such dispute cannot be settled by other means, the dispute shall, at the request of any one of the Parties to the dispute, be referred to the International Court of Justice.

ARTICLE 23

The present Convention shall be open for signature on behalf of any Member of the United Nations and also on behalf of any other State to which an invitation has been addressed by the Economic and Social Council.

The present Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

The States mentioned in the first paragraph which have not signed the Convention may accede to it.

Accession shall be effected by deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

For the purposes of the present Convention the word "State" shall include all the colonies and Trust Territories of a State signatory or acceding to the Convention and all territories for which such State is internationally responsible.

ARTICLE 24

The present Convention shall come into force on the ninetieth day following the date of deposit of the second instrument of ratification or accession.

For each State ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the second instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force ninety days after the deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

ARTICLE 25

After the expiration of five years from the entry into force of the present Convention, any Party to the Convention may denounce it by a written notification addressed to the Secretary-General of the United Nations.

Such denunciation shall take effect for the Party making it one year from the date upon which it is received by the Secretary-General of the United Nations.

ARTICLE 26

The Secretary-General of the United Nations shall inform all Members of the United Nations and non-member States referred to in article 23:

(a) Of signatures, ratifications and accessions received in accordance with article 23;

(b) Of the date on which the present Convention will come into force in accordance with article 24;

(c) Of denunciations received in accordance with article 25.

ARTICLE 27

Each Party to the present Convention undertakes to adopt, in accordance with its Constitution, the legislative or other measures necessary to ensure the application of the Convention.

ARTICLE 28

The provisions of the present Convention shall supersede in the relations between the Parties thereto the provisions of the international instruments referred to in sub-paragraphs 1, 2, 3 and 4 of the second paragraph of the Preamble, each of which shall be deemed to be terminated when all the Parties thereto shall have become Parties to the present Convention.

IN FAITH WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention, opened for signature at Lake Success, New York, on the twenty-first day of March, one thousand nine hundred and fifty, a certified true copy of which shall be transmitted by the Secretary-General to all the Members of the United Nations and to the non-member States referred to in article 23.

FINAL PROTOCOL

Nothing in the present Convention shall be deemed to prejudice any legislation which ensures, for the enforcement of the provisions for securing the suppression of the traffic in persons and of the exploitation of others for purposes of prostitution, stricter conditions than those provided by the present Convention.

The provisions of articles 23 to 26 inclusive of the Convention shall apply to the present Protocol.

CONVENTION POUR LA REPRESSION DE LA TRAITE DES ETRES HUMAINS ET DE L'EXPLOITATION DE LA PROSTITUTION D'AUTRUI

PRÉAMBULE

Considérant que la prostitution et le mal qui l'accompagne, à savoir la traite des êtres humains en vue de la prostitution, sont incompatibles avec la dignité et la valeur de la personne humaine et mettent en danger le bien-être de l'individu, de la famille et de la communauté,

Considérant qu'en ce qui concerne la répression de la traite des femmes et des enfants, les instruments internationaux suivants sont en vigueur:

1. Arrangement international du 18 mai 1904 pour la répression de la traite des blanches, amendé par le Protocole approuvé par l'Assemblée générale des Nations Unies, le 3 décembre 1948,

2. Convention internationale du 4 mai 1910 relative à la répression de la traite des blanches, amendée par le Protocole susmentionné,

3. Convention internationale du 30 septembre 1921 pour la répression de la traite des femmes et des enfants, amendée par le Protocole approuvé par l'Assemblée générale des Nations Unies, le 20 octobre 1947,

4. Convention internationale du 11 octobre 1933 pour la répression de la traite des femmes majeures, amendée par le Protocole susmentionné.

Considérant que la Société des Nations avait élaboré en 1937 un projet de Convention étendant le champ des instruments susmentionnés, et

Considérant que l'évolution depuis 1937 permet de conclure une convention qui unifie les instruments ci-dessus mentionnés et renferme l'essentiel du projet de Convention de 1937 avec les amendements que l'on a jugé bon d'y apporter;

En conséquence,
Les Parties Contractantes
Conviennent de ce qui suit:

ARTICLE PREMIER

Les Parties à la présente Convention conviennent de punir toute personne qui, pour satisfaire les passions d'autrui:

1. Embauche, entraîne ou détourne en vue de la prostitution une autre personne, même consentante;

2. Exploite la prostitution d'une autre personne, même consentante.

ARTICLE 2

Les Parties à la présente Convention conviennent également de punir toute personne qui:

1. Tient, dirige ou, sciemment, finance ou contribue à financer une maison de prostitution;

2. Donne ou prend sciemment en location, en tout ou en partie, un immeuble ou un autre lieu aux fins de la prostitution d'autrui.

ARTICLE 3

Dans la mesure où le permet la législation nationale, toute tentative et tout acte préparatoire accomplis en vue de commettre les infractions visées à l'article premier et à l'article 2 doivent aussi être punis.

ARTICLE 4

Dans la mesure où le permet la législation nationale, la participation intentionnelle aux actes visés à l'article premier et à l'article 2 ci-dessus est aussi punissable.

Dans la mesure où le permet la législation nationale, les actes de participation seront considérés comme des infractions distinctes dans tous les cas où il faudra procéder ainsi pour empêcher l'impunité.

ARTICLE 5

Dans tous les cas où une personne lésée est autorisée par la législation nationale à ce constituer partie civile du chef de l'une quelconque des infractions visées par la présente Convention, les étrangers seront également autorisés à se constituer partie civile dans les mêmes conditions que les nationaux.

ARTICLE 6

Chacune des Parties à la présente Convention convient de prendre toutes les mesures nécessaires pour abroger ou abolir toute loi, tout règlement et toute pratique administrative selon lesquels les personnes qui se livrent ou sont soupçonnées de se livrer à la prostitution doivent se faire inscrire sur des registres spéciaux, posséder des papiers spéciaux, ou se conformer à des conditions exceptionnelles de surveillance ou de déclaration.

ARTICLE 7

Toute condamnation antérieure prononcée dans un Etat étranger pour un des actes visés dans la présente Convention sera, dans la mesure où le permet la législation nationale, prise en considération:

1. Pour établir la récidive;

2. Pour prononcer des incapacités, la déchéance ou l'interdiction de droit public ou privé.

ARTICLE 8

Les actes visés à l'article premier et à l'article 2 de la présente Convention seront considérés comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition conclu ou à conclure entre des Parties à la présente Convention.

Les Parties à la présente Convention qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent dorénavant les actes visés à l'article premier et à l'article 2 de la présente Convention comme cas d'extradition entre elles.

L'extradition sera accordée conformément au droit de l'Etat requis.

ARTICLE 9

Les ressortissants d'un Etat dont la législation n'admet pas l'extradition des nationaux et qui sont rentrés dans cet Etat après avoir commis à l'étranger l'un des actes visés par l'article premier et par l'article 2 de la présente Convention doivent être poursuivis devant les tribunaux de leur propre Etat et punis par ceux-ci.

Cette disposition n'est pas obligatoire si, dans un cas semblable intéressant des Parties à la présente Convention, l'extradition d'un étranger ne peut pas être accordée.

ARTICLE 10

Les dispositions de l'article 9 ne s'appliquent pas lorsque l'inculpé a été jugé dans un Etat étranger, et, en cas de condamnation, lorsqu'il a purgé la peine ou bénéficié d'une remise ou d'une réduction de peine prévue par la loi dudit Etat étranger.

ARTICLE 11

Aucune disposition de la présente Convention ne sera interprétée comme portant atteinte à l'attitude d'une Partie à ladite Convention sur la question générale de la compétence de la juridiction pénale comme question de droit international.

ARTICLE 12

La présente Convention laisse intact le principe que les actes qu'elle vise doivent dans chaque Etat être qualifiés, poursuivis et jugés conformément à la législation nationale.

ARTICLE 13

Les Parties à la présente Convention sont tenues d'exécuter les commissions rogatoires relatives aux infractions visées par la Convention, conformément à leur législation nationale et à leur pratique en cette matière.

La transmission des commissions rogatoires doit être opérée:

1. Soit par voie de communication directe entre les autorités judiciaires;

2. Soit par correspondance directe entre les Ministres de la Justice de deux Etats, ou par envoi direct, par une autre autorité compétente de l'Etat requérant, au Ministre de la Justice de l'Etat requis;

3. Soit par l'intermédiaire de l'agent diplomatique ou consulaire de l'Etat requérant dans l'Etat requis; cet agent enverra directement les commissions rogatoires à l'autorité judiciaire compétente ou à l'autorité indiquée par le Gouvernement de l'Etat requis, et recevra directement de cette autorité les pièces constituant l'exécution des commissions rogatoires.

Dans les cas 1 et 3, copie de la commission rogatoire sera toujours adressée en même temps à l'autorité supérieure de l'Etat requis.

A défaut d'entente contraire, la commission rogatoire doit être rédigée dans la langue de l'autorité requérante, sous réserve que l'Etat requis aura le droit d'en demander une traduction faite dans sa propre langue et certifiée conforme par l'autorité requérante.

Chaque Partie à la présente Convention fera connaître, par une communication adressée à chacune des autres Parties à la Convention, celui ou ceux des modes de transmission susvisés qu'elle admet pour les commissions rogatoires de ladite Partie.

Jusqu'au moment où un Etat fera une telle communication, la procédure en vigueur en fait de commissions rogatoires sera maintenue.

L'exécution des commissions rogatoires ne pourra donner lieu au remboursement d'aucun droit ou frais autres que les frais d'expertise.

Rien dans le présent article ne devra être interprété comme constituant de la part des Parties à la présente Convention un engagement d'admettre une dérogation à leurs lois en ce qui concerne la procédure et les méthodes employées pour établir la preuve en matière répressive.

ARTICLE 14

Chacune des Parties à la présente Convention doit créer ou maintenir un service chargé de coordonner et de centraliser les résultats des recherches relatives aux infractions visées par la présente Convention.

Ces services devront réunir tous les renseignements qui pourraient aider à prévenir et à réprimer les infractions visées par la présente Convention et devront se tenir en contact étroit avec les services correspondants des autres Etats.

ARTICLE 15

Dans la mesure où le permet la législation nationale et où elles le jugeront utile, les autorités chargées des services mentionnés à l'article 14 donneront aux autorités chargées des services correspondants dans les autres Etats les renseignements suivants:

1. Des précisions concernant toute infraction ou tentative d'infraction visée par la présente Convention;

2. Des précisions concernant les recherches, poursuites, arrestations, condamnations, refus d'admission ou expulsions de personnes coupables de l'une quelconque des infractions visées par la présente Convention ainsi que les déplacements de ces personnes et tous autres renseignements utiles à leur sujet.

Les renseignements à fournir comprendront notamment le signalement des délinquants, leurs empreintes digitales et leur photographie, des indications sur leurs procédés habituels, les procès-verbaux de police et les casiers judiciaires.

ARTICLE 16

Les Parties à la présente Convention conviennent de prendre ou d'encourager, par l'intermédiaire de leurs services sociaux, économiques, d'enseignement, d'hygiène et autres services connexes, qu'ils soient publics ou privés, les mesures propres à prévenir la prostitution et à assurer la rééducation et le reclassement des victimes de la prostitution et des infractions visées par la présente Convention.

ARTICLE 17

Les Parties à la présente Convention conviennent, en ce qui concerne l'immigration et l'émigration, de prendre ou de maintenir en vigueur, dans les limites de leurs obligations définies par la présente Convention, les mesures destinées à combattre la traite des personnes de l'un ou de l'autre sexe aux fins de prostitution.

Elles s'engagent notamment:

1. A promulguer les règlements nécessaires pour la protection des immigrants ou émigrants, en particulier des femmes et des enfants, tant aux lieux d'arrivée et de départ qu'en cours de route;

2. A prendre des dispositions pour organiser une propagande appropriée qui mette le public en garde contre les dangers de cette traite;

3. A prendre les mesures appropriées pour qu'une surveillance soint exercée dans les gares, les aéroports, les ports maritimes, en cours de voyage et dans les lieux publics, en vue d'empêcher la traite internationale des êtres humains aux fins de prostitution;

4. A prendre les mesures appropriées pour que les autorités compétentes soient prévenues de l'arrivée de personnes qui paraissent manifestement coupables, complices ou victimes de cette traite.

ARTICLE 18

Les Parties à la présente Convention s'engagent à faire recueillir, conformément aux conditions stipulées par leur législation nationale, les déclarations des personnes de nationalité étrangère qui se livrent à la prostitution, en vue d'établir leur identité et leur état civil et de rechercher qui les a décidées à quitter leur Etat. Ces renseignements seront communiqués aux autorités de l'tEat d'origine desdites personnes en vue de leur rapatriement éventuel.

ARTICLE 19

Les Parties à la présente Convention s'engagent, conformément aux conditions stipulées par leur législation nationale et sans préjudice des poursuites ou de toute autre action intentée pour des infractions à ses dispositions et autant que faire se peut:

1. A prendre les mesures appropriées pour pourvoir aux besoins et assurer l'entretien, à titre provisoire, des victimes de la traite internationale aux fins de prostitution, lorsqu'elles sont dépourvues de ressources en attendant que soient prises toutes les dispositions en vue de leur rapatriement;

2. A rapatrier celles des personnes visées à l'article 18 qui le désireraient ou qui seraient réclamées par des personnes ayant autorité sur elles et celles dont l'expulsion est décrétée conformément à la loi. Le rapatriement ne sera effectué qu'après entente sur l'identité et la nationalité avec l'Etat de destination, ainsi que sur le lieu et la date de l'arrivée aux

frontières. Chacune des Parties à la présente Convention facilitera le transit des personnes en question sur son territoire.

Au cas où les personnes visées à l'alinéa précédent ne pourraient rembourser elles-mêmes les frais de leur rapatriement et où elles n'auraient ni conjoint, ni parent, ni tuteur qui payerait pour elles, les frais de rapatriement seront à la charge de l'Etat où elles se trouvent jusqu'à la frontière, au port d'embarquement, ou à l'aéroport le plus proche dans la direction de l'Etat d'origine, et, au-delà, à la charge de l'Etat d'origine.

ARTICLE 20

Les Parties à la présente Convention s'engagent, si elles ne l'ont déjà fait, à prendre les mesures nécessaires pour exercer une surveillance sur les bureaux ou agences de placement, en vue d'éviter que les personnes qui cherchent un emploi, particulièrement les femmes et les enfants, ne soient exposées au danger de la prostitution.

ARTICLE 21

Les Parties à la présente Convention communiqueront au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies leurs lois et règlements en vigueur et, annuellement par la suite, tous nouveaux textes de lois ou règlements relatifs à l'objet de la présente Convention, ainsi que toutes mesures qu'elles auront prises pour l'application de la Convention. Les renseignements reçus seront publiés périodiquement par le Secrétaire général et adressés à tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies et aux Etats non membres auxquels la présente Convention aura été officiellement communiquée, conformément aux dispositions de l'article 23.

ARTICLE 22

S'il s'élève entre les Parties à la présente Convention un différend quelconque relatif à son interprétation ou à son application, et si ce différend ne peut être réglé par d'autres moyens, il sera, à la demande de l'une quelconque des Parties au différend, soumis à la Cour internationale de Justice.

ARTICLE 23

La présente Convention sera ouverte à la signature de tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et de tout autre Etat auquel le Conseil économique et social aura adressé une invitation à cet effet.

Elle sera ratifiée et les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Les Etats mentionnés au paragraphe premier, qui n'ont pas signé la Convention, pourront y adhérer.

L'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Aux fins de la présente Convention, le mot « Etat » désignera également toutes les colonies et Territoires sous tutelle dépendant de l'Etat qui signe ou ratifie la Convention, ou y adhère, ainsi que tous les territoires que cet Etat représente sur le plan international.

ARTICLE 24

La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt du deuxième instrument de ratification ou d'adhésion.

Pour chacun des Etats qui ratifieront ou adhéreront après le dépôt du deuxième instrument de ratification ou d'adhésion, elle entrera en vigueur quatre-vingt-dix jours après le dépôt par cet Etat de son instrument de ratification ou d'adhésion.

ARTICLE 25

A l'expiration d'un délai de cinq ans à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, toute Partie à la Convention peut la dénoncer par notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

La dénonciation prendra effet pour la Partie intéressée un an après la date à laquelle elle aura été reçue par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

ARTICLE 26

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifiera à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et aux Etats non membres mentionnés à l'article 23:

a) Les signatures, ratifications et adhésions reçues en application de l'article 23;

b) La date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur, en application de l'article 24;

c) Les dénonciations reçues en application de l'article 25.

ARTICLE 27

Chaque Partie à la présente Convention s'engage à prendre, conformément à sa Constitution, les mesures législatives ou autres, nécessaires pour assurer l'application de la Convention.

ARTICLE 28

Les dispositions de la présente Convention annulent et remplacent, entre les Parties, les dispositions des instruments internationaux mentionnés aux alinéas 1, 2, 3 et 4 du deuxième paragraphe du Préambule; chacun de ces instruments sera considéré comme ayant cessé d'être en vigueur quand toutes les Parties à cet instrument seront devenues Parties à la présente Convention.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention, qui a été ouverte à la signature à Lake Success, New-York, le vingt et un mars mil neuf cent cinquante, et dont une copie certifiée conforme sera envoyée par le Secrétaire général à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et aux Etats non membres visés par l'article 23.

PROTOCOLE DE CLOTURE

Aucune des dispositions de la présente Convention ne devra être considérée comme portant atteinte à toute législation prévoyant, pour l'application des dispositions tendant à la suppression de la traite internationale des êtres humains et de l'exploitation d'autrui aux fins de prostitution, des conditions plus rigoureuses que celles prévues par la présente Convention.

Les dispositions des articles 23 à 26 inclus de la Convention seront applicables au présent Protocole.

禁止販賣人口及意圖營利使人賣淫公約

弁言

鑒於淫業以及因此而起之販人操淫業之罪惡，侮蔑人格尊嚴與價值，危害個人、家庭及社會之幸福，

鑒於禁止販賣婦孺，有下列現行國際文書：

一．經聯合國大會一九四八年十二月三日所核定議定書修正之一九〇四年五月十八日禁止販賣白奴國際協定，

二．經同議定書修正之一九一〇年五月四日禁止販賣白奴國際公約，

三．經聯合國大會一九四七年十月二十日所核定議定書修正之一九二一年九月三十日禁止販賣婦孺國際公約，

四．經同議定書修正之一九三三年十月十一日禁止販賣成年婦女國際公約，

鑒於國際聯合會會於一九三七年擬訂公約草案一件以擴充上述各項文書之範圍，又

鑒於一九三七年以後之發展，茲可訂立公約一項，併合上述各項文書，兼採一九三七年公約草案內容並加適當之修正；

各締約國

爰議定

下列各條款：

第一條

本公約締約國同意：對於意圖滿足他人情慾而有下列行爲之一者，一應科罪：

一．凡招僱、引誘或拐帶他人使其賣淫，即使得本人之同意者；

二．使人賣淫，即使得本人之同意者。

第二條

本公約締約國並同意對於有下列行爲之一者，一應處罰：

一．開設或經營娼寮，或知情而出資或貸助者；

二．知情而以或租賃房舍或其他場所或其一部供人經營淫業者。

第三條

第一條及第二條之未遂罪，以及犯有上二項罪之準備行爲者，在當地法律所許可之範圍內罰之。

第四條

故意共同犯上開第一條及第二條之罪

者，亦應就當地法律所許可之範圍內加以懲處。

爲防止俾免失罰有必要時，在當地法律所許可之範圍內，參加犯罪之行爲，應作單獨罪行論。

第五條

如遇被害人依其本國法有權爲本公約所稱罪行訴訟之當事人時，外國人民亦應有權爲訴訟當事人，其條件與本國國民同。

第六條

本公約締約國各同意採取一切必要措施，對於規定賣淫或有賣淫嫌疑者，須經特別登記，或須領取特別證件，或須遵守監督或通知之特別條件之現行法律、規程、或行政規定，一律取消或廢止之。

第七條

前曾在其他國家經判決犯本公約所列之罪者，應就當地法律所許可之範圍內，合併論斷以決定：

一．累犯罪是否成立；

二．應否褫奪公權。

第八條

本公約第一條及第二條所列各罪應於本公約締約國間所訂或日後訂定之任何引渡條約中視爲得行引渡之犯罪。

本公約締約國其不以訂有條約爲引渡之條件者，此後應以本公約第一條及第二條所列各罪爲彼此引渡之案件。

引渡應依受請國之法律爲之。

第九條

引渡本國國民爲法律所不許之國家，其國民在境外犯本公約之第一條及第二條各罪，而已回至該國者，應在該國法院予以追訴，並由該國法院處罰之。

如引渡外國人民爲不可行者，本公約締約國間遇類似情形時，不適用本條之規定。

第十條

倘被告已在外國受審，且經定罪並已受刑之執行，或依該外國法律業予免除或減輕其刑者，不適用第九條之規定。

第十一條

本公約中任何規定不得釋爲限定締約國對於國際法下刑事管轄權限一般問題之態度。

第十二條

本公約不影響約文內所稱罪行應由各國依當地法律予以確立、追訴、及處罰之原則。

第十三條

本公約各締約國對於他國爲懲處本公約所載罪行所作之請求書，應有依本國法律及慣例辦理之義務。

請求書之遞送應依下列方式爲之：

一．司法當局間直接行文；或

二．兩國司法部長間直接行文，或由提請國之其他主管當局直接移文受請國之司法部長；或

三．經由在受請國之請求國外交或領館代表送達；該代表應將請求書直接遞交主管司法當局或受請國政府指定機關當局，並應直接收受各該當局爲處理所請事由而作之文件。

倘採用一、三兩項方式，則必須將請求書副本送交受請國之上級當局。

除另有約定外，請求書應以提請國之語文爲之，但受請國得要求以其本國語文作成譯本，並由請求當局證明無誤。

本公約各締約國應通知本公約其他締約國上述各項方式中何者爲其認可之請求方式。

在任何國家未發是項通知前，其關於請求書之現行程序應繼續有效。

依請求書所爲之執行，不得因而索償專家費用以外之任何性質之規費。

本條規定不得釋爲本公約各締約國擅允在刑事案件上採用違反其當地法律之任何取證方式或方法。

第十四條

本公約各締約國應設立或維持特種機關，負責協調及彙集本公約所稱各罪之審訊結果。

此等機關應纂輯一切協進防止及懲治本公約所稱各罪之情報，並應與其他國家之類似機關保持密切聯繫。

第十五條

第十四條所稱機關應在當地法律所許可之範圍及各該機關主管當局認爲適當之範圍內，向其他國家之類似機關主管當局提供下列情報：

一．犯本公約所列各罪或任何犯罪未遂之詳情；

二．關於犯本公約所列各罪罪犯之偵緝、追訴、逮捕、宣判、禁止入境或驅逐出境之詳情，此等罪犯之行蹤以及關於彼等之任何其他有用情報。

所提供之此等情報應備載罪犯之特徵、指紋、像片、行爲習慣、通信紀錄、犯罪紀錄。

第十六條

本公約各締約國同意經由其公私教育、衛生、社會、經濟及其他有關機關採取或推進各種措施以防止淫業並對淫業本公約所指罪行之被害人加以感化並改善其社會地位。

第十七條

本公約締約國擅允對移入或移出人口遷動，依照本公約所規定之義務，採取或實施必需辦法，取締販賣男女以賣淫爲業。

各締約國特爲擅允：

一．制定必要之規章，對移入國境或移出國境之人等尤其婦孺，在其抵境及離境地點與途中，予以保護；

二．設法爲適當之宣傳，曉喻民衆，告以上述販人賣淫之危險；

三．採取適當辦出，於火車站、飛機場、海港、沿途以及其他公共場所，設爲監督，以防止國際販賣人口賣淫爲業；

四．採取適當辦法俾遇有顯係從事此種販賣之主犯及從犯或被害人抵境時，主管當局即能獲悉。

第十八條

本公約締約國僧允，依本國法律之規定，向賣淫之外國人取得口供，以憑確認其爲本人及查明其根底，並查明誰爲其離開本國之主使者。所獲供詞應送達此等人之原籍國當局，以便將來遣送其回籍。

第十九條

本公約締約國擔允，依本國法律之規定，並在不妨礙因犯法而須予追訴或採取其他行動之情形下，儘可能：

一．在國際販賣人口使操淫業之貧困被害者遣送回籍辦法籌劃竣事以前，對於此等人暫時妥予照料並維持其生活；

二．將第十八條所稱之人自願被送回籍者，或由聲明負責管理之人認領者，或依法判令驅逐出境者，遣送回籍。遣送回籍應於獲得送往國知悉被遣送人之形貌、國籍及抵達邊境之地點、日期等事表示同意後始得爲之。本公約各締約國應予此等人以通過其領土之便利。

前項所稱之人如無力自償回籍費用，又無配偶、親戚或監護人爲之代付，則將其送至距向原籍國之最近邊境或登船埠頭或飛機場之回籍費用，應由其現居國家擔負，至其餘途中費用，則應由原籍國擔負。

第二十條

本公約締約國應採取必要辦法，對各種介紹職業之機關加以監察，以防求謀就業之人，尤其婦孺，有被誘賣淫之危險。

第二十一條

本公約締約國應將其前已頒布及日後每年或將頒布與本公約所述事項有關之法律及條例，以及爲實施本公約所採取之一切辦法，通知聯合國秘書長。秘書長應定期印行所接獲之消息並將其送達聯合國所有會員國及依照第二十三條規定正式向其送致本公約之非會員國。

第二十二條

本公約締約國間倘因本公約之解釋及適用問題發生爭執而不能以其他方法解決時，則經爭執當事國任何一造之請求，應將其交由國際法院處理。

第二十三條

聯合國任何會員國及凡經經濟暨社會理事會邀請之其他國家均得簽署本公約。

本公約應批准之，其批准書應交存聯合國秘書長。

本條第一項所述之國家倘未簽署本公約者皆得加入本公約。

加入應以加入書交存聯合國秘書長。

就本公約之規定而言，"國家"一辭應兼指本公約締約國或加入國之所有殖民地與託管領土，以及此種國家負有國際義務之其他領土。

第二十四條

本公約於批准書或加入書二件交存聯合國秘書長後第九十日起發生效力。

對於在批准書或加入書二件交存後始行批准或加入本公約之國家，本公約於該國交存其批准書或加入書後第九十日起發生效力。

第二十五條

本公約發生效力後五年屆滿時，任一締約國均得以通知書送交聯合國秘書長聲明廢止之。

此項廢止應於聯合國秘書長接獲廢止聲明一年後對作廢止聲明之國家生效。

第二十六條

聯合國秘書長應通知聯合國各會員國及第二十三條所稱之非會員國：

（甲）秘書長所收到依第二十三條而爲之簽署、批准及加入，

（乙）本公約依第二十四條規定而發生效力之日期；

（丙）依第二十五條而爲之廢止聲明。

第二十七條

本公約締約國擔允依其本國憲法制定爲確保本公約之實施所必需之法律或其他辦法。

第二十八條

本公約之規定，就締約國間之關係言，應替代弁言第二段中第一、二、三、四各分段所稱各項國際文書之規定，倘其中一項文書之所有締約國均已爲本公約之締約國時，則該項文書應視爲業已失效。

爲此，下列代表各秉其本國政府所授全權，簽字於本公約，以昭信守。公曆一九五〇年三月二十一日簽訂於紐約成功湖。由秘書長將本公約正式副本分送聯合國所有會員國及第二十三條所稱非聯合國會員國之國家。

蔵事文件

凡任何法令，其執行禁止販賣人口及意圖營利使人賣淫各條款較本公約規定爲嚴者，不得認爲與本公約有所牴觸。

本公約第二十三條至第二十六條之規定，對本蔵事文件應適用之。

КОНВЕНЦИЯ О БОРЬБЕ С ТОРГОВЛЕЙ ЛЮДЬМИ И С ЭКСПЛОАТАЦИЕЙ ПРОСТИТУЦИИ ТРЕТЬИМИ ЛИЦАМИ

Преамбула

Принимая во внимание, что проституция и сопровождающее ее зло, каковым является торговля людьми, преследующая цели проституции, несовместимы с достоинством и ценностью человеческой личности и угрожают благосостоянию человека, семьи и общества,

Принимая во внимание, что в отношении борьбы с торговлей женщинами и детьми имеют силу нижеследующие международные акты:

1. Международный договор от 18 мая 1904 г. о борьбе с торговлей белыми рабынями, с изменениями, внесенными в него Протоколом, утвержденным Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций 3 декабря 1948 года;

2. Международная конвенция от 4 мая 1910 г. о борьбе с торговлей белыми рабынями, с изменениями, внесенными в нее упомянутым выше Протоколом;

3. Международная конвенция от 30 сентября 1921 г. о борьбе с торговлей женщинами и детьми, с изменениями внесенными в нее Протоколом, принятым Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций 20 октября 1947 года;

4. Международная конвенция от 11 октября 1933 г. о борьбе с торговлей совершеннолетними женщинами, с изменениями, внесенными в нее указанным Протоколом,

Принимая во внимание, что в 1937 году Лигой Наций был составлен проект конвенции, расширивший круг действия указанных выше актов,

Принимая во внимание, что новые факторы, возникшие с 1937 года, делают возможным заключение конвенции, объединяющей в себе вышеуказанные акты и включающей основные положения проекта конвенции 1937 года, равно как и желательные поправки к нему,

посему,
договаривающиеся стороны
настоящим согласились со следующим:

Статья 1

Стороны в настоящей Конвенции обязуются подвергать наказанию каждого, кто для удовлетворения похоти другого лица:

1. сводит, склоняет или совращает в целях проституции другое лицо, даже с согласия этого лица;

2. эксплоатирует проституцию другого лица, даже с согласия этого лица.

Статья 2

Стороны в настоящей Конвенции обязуются далее подвергать наказанию каждого, кто:

1. содержит дом терпимости или управляет им, или сознательно финансирует или принимает участие в финансировании дома терпимости;

2. сдает в аренду или снимает здание или другое место, или часть такового, зная, что они будут использованы в целях проституции третьими лицами.

Статья 3

Поскольку это совместимо с требованиями внутреннего законодательства, покушения на совершение любого из предусмотренных в статьях 1 и 2 правонарушений, равно как и действия, подготовительные к совершению таковых, также являются наказуемыми.

Статья 4

Поскольку это совместимо с требованиями внутреннего законодательства, умышленное участие в предусмотренных в статьях 1 и 2 актах также наказуется.

Поскольку это допускается требованиями внутреннего законодательства, акты соучастия рассматриваются как отдельные преступления, если это является необходимым для предупреждения безнаказанности.

Статья 5

В тех случаях, когда потерпевшие лица имеют право на основании внутреннего законодательства выступать истцами в делах, касающихся любых преступлений, предусмотренных настоящей Конвенцией, иностранцы пользуются этим правом наравне с гражданами данного государства.

Статья 6

Каждая сторона в настоящей Конвенции обязуется принимать все необходимые меры для отмены или аннулирования любого действующего закона, постановления или административного распоряжения, в силу которых лица, занимающиеся или подозреваемые в занятии проституцией, либо подлежат особой регистрации, либо должны иметь особый документ, либо подчиняются исключительным требованиям, имеющим своей целью контроль или оповещение.

Статья 7

Приговоры, вынесенные ранее в других государствах за преступления, предусмотренные настоящей Конвенцией, принимаются во внимание, поскольку это допускается внутренним законодательством, для:

1. установления факта рецидивизма;
2. лишения преступника политических и гражданских прав.

Статья 8

Преступления, предусмотренные в статьях 1 и 2 настоящей Конвенции, рассматриваются как преступления, влекущие за собой выдачу, и на них распространяется любой договор о выдаче преступников, который был или будет заключен между любыми сторонами в этой Конвенции.

Те стороны в настоящей Конвенции, которые не обусловливают выдачу преступников существованием о том договоров, отныне в своих взаимоотношениях признают преступления, предусмотренные в статьях 1 и 2 настоящей Конвенции, преступлениями, влекущими за собой выдачу.

Выдача производится согласно закону того государства, к которому обращено требование о выдаче.

Статья 9

В государствах, в которых принцип выдачи своих граждан не признается законом, граждане, которые возвращаются в свое государство после совершения ими в другом государстве любого из преступлений, указанных в статьях 1 и 2 настоящей Конвенции, подвергаются преследованию и наказанию по суду их собственного государства.

Это положение не применяется, если в делах такого рода, возникающих между сторонами настоящей Конвенции, требование о выдаче иностранца не может быть удовлетворено.

Статья 10

Положения статьи 9 не применяются, если лицо, обвиняемое в совершении преступления, было судимо в другом государстве, и в случае обвинительного приговора, отбыло наказание или было от наказания освобождено, или срок его наказания был сокращен в соответствии с законами этого государства.

Статья 11

Ничто в настоящей Конвенции не должно быть истолковано как определение отношения той или иной стороны в ней к

общему вопросу о пределах уголовной юрисдикции в соответствии с нормами международного права.

Статья 12

Настоящая Конвенция не нарушает принципа, согласно которому предусмотренные Конвенцией преступления в каждом отдельном государстве определяются, равно как виновные в совершении их лица преследуются и наказываются по законам этого государства.

Статья 13

Стороны в настоящей Конвенции обязуются выполнять, в соответствии со своими собственными законами и практикой, судебные поручения, относящиеся к предусмотренным в настоящей Конвенции преступлениям.

Передача судебных поручений производится:

1. путем непосредственных сношений между судебными властями; или

2. путем непосредственных сношений между министрами юстиции двух государств или путем непосредственного обращения других надлежащих властей государства, от которого исходит поручение, к министру юстиции государства, к которому оно обращено; или

3. через посредство дипломатических или консульских представителей государства, от которого исходит поручение, государству, к которому оно обращено. Означенный представитель направляет судебное поручение непосредственно соответствующим судебным властям или же властям, указанным правительством того государства, к которому поручение обращено, причем он получает от этих властей непосредственно документы, являющиеся актом выполнения судебного поручения.

В предусмотренных в пунктах 1 и 3 случаях судебное поручение посылается в копии высшим властям того государства, к которому оно обращено.

Если не имеется какого-либо иного соглашения, судебное поручение всегда составляется на языке тех властей, от которых оно исходит, при непременном условии, что государство, к которому поручение обращено, может требовать представления перевода на свой язык, засвидетельствованного теми властями, от которых поручение исходит.

Каждая сторона в настоящей Конвенции уведомляет каждую другую сторону в этой Конвенции о том методе или о тех методах из упомянутых выше, которые будут считаться ею приемлемыми при напраплении ей судебных поручений этим другим государством.

Пока какое-либо государство не сделает такого уведомления, существующий в нем порядок в отношении судебных поручений остается в силе.

Выполнение судебных поручений не может служить основанием для требования о возмещении каких бы то ни было расходов или издержек, за исключением расходов по экспертизе.

Ничто в настоящей статье не должно быть истолковано как обязательство сторон в настоящей Конвенции применять в уголовных делах какую-либо форму или какие-либо методы доказательства, несовместимые с их собственными законами.

Статья 14

Каждая сторона в настоящей Конвенции учреждает и содержит орган, которому поручается координация и централизация результатов расследования предусмотренных в настоящей Конвенции преступлений.

Эти органы компилируют всю информацию, собираемую для того, чтобы облегчить предупреждение предусматриваемых в настоящей Конвенции преступлений и наложение наказаний за них, причем эти органы поддерживают тесный контакт с аналогичными органами других стран.

Статья 15

Поскольку это совместимо с требованиями внутреннего законодательства и поскольку это будет признано желательным властями, которым подчинены указанные в статье 14 органы, последние сообщают властям, которым подчинены аналогичные органы в других государствах, следующую информацию:

1. подробности о каждом из предусматриваемых в настоящей Конвенции преступлений и о каждом покушении на совершение такого преступления;

2. подробности о всех случаях розыска, а также уголовного преследования, ареста, осуждения, отказов в допущении и высылке лиц, виновных в совершении преступлений, предусматриваемых в настоящей Конвенции, а также о перемене местожительства таких лиц и любую иную касающуюся их полезную информацию.

Сообщаемая таким путем информация включает описание преступников, их дактилоскопические отпечатки, фотоснимки, сообщение о методе работы, полицейские справки и справки о судимости.

Статья 16

Стороны в настоящей Конвенции — через посредство своих правительственных или частных учреждений в области образования, здравоохранения, социального и экономического обслуживания и иных связанных с ним видов обслуживания — обязуются принимать или поощрять все необходимые меры по борьбе с проституцией и по возвращению и приспособлению жертв проституции и предусматриваемых в настоящей Конвенции преступлений к нормальным социальным условиям.

Статья 17

В отношении иммиграции и эмиграции стороны в настоящей Конвенции обязуются принимать и проводить все меры, которые требуются согласно обязательствам, принятым ими на себя в соответствии с настоящей Конвенцией, для пресечения торговли людьми обоего пола, преследующей цели проституции.

В частности, они обязуются:

1. издавать все необходимые постановления для защиты иммигрантов и эмигрантов и, в особенности, женщин и детей в пунктах их прибытия и отправления, а также во время их следования;

2. принимать меры для соответствующего оповещения населения об опасностях упомянутой торговли;

3. Принимать надлежащие меры для обеспечения наблюдения за железнодорожными станциями, авиапортами, портами и другими общественными местами, а также на пути следования, для предупреждения международной торговли людьми, преследующей цели проституции;

4. принимать все необходимые меры в целях уведомления соответствующих властей о прибытии лиц, которые по имеющимся сведениям prima facie являются главными виновниками, соучестниками или жертвами этой торговли.

Статья 18

Стороны в настоящей Конвенции обязуются — в соответствии с условиями, уставновленными их собственными законами — собирать сведения о всех иностранцах, занимающихся проституцией, в целях установления их личности и социального положения а также в целях обнаружения лиц, побудивших их покинуть свое государство. Эти сведения сообщаются властями государства происхождения означенных лиц в целях их последующей репатриации.

Статья 19

Стороны в настоящей Конвенции обязуются, в соответствии с условиями, установленными их собственными законами, и не отменяя этим преследования или иных мероприятий, вызываемых нарушением этих законов, и поскольку это возможно:

1. впредь до проведения окончательных мероприятий по репатриации бедствующих лиц, ставших жертвами международной торговли людьми, преследующей цели проституции, принимать надлежащие меры по оказанию им временной помощи и поддержки.

2. репатриировать указанных в статье 18 лиц, если они этого пожелают или если поступило требование об их репатриации со стороны лиц, в чьем распоряжении они состоят или если имеется основанный на законе приказ об их высылке из страны. Репатриация производится лишь после того, как достигнуто соглашение с государством назначения о личности и гражденстве репатриируемого лица или о месте и дате его прибытия на границу. Каждая сторона в настоящей Конвенции способствует проезду такого лица через свою территорию.

В случаях, когда указанные в предыдущем абзаце лица не могут сами возместить расходов по репатриации и не имеют ни супруга, ни родных, ни опекуна, которые заплатили бы за них, расходы по репатриации до границы, порта отправления или авиапорта, ближайших к государству их происхождения, оплачиваются государством, в котором данные лица проживают, а остальные связанные с этим расходы принимает на себя государство их происхождения.

Статья 20

Стороны в настоящей Конвенции принимают необходимые меры по наблюдению за конторами по найму труда, если эти меры ими еще не приняты, в целях ограждения лиц, ищущих работы, в особенности женщин и детей, от опасности возможной их эксплоатации в целях проституции.

Статья 21

Стороны в настоящей Конвенции сообщают Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций о законах и постановлениях, относящихся и иредмету настоящей Конвенции и изданных в их государствах, и ежегодно после этого сообщают о законах и постановлениях, которые будут изданы в связи с Конвенцией, а также о всех принятых мерах, касающихся применения настоящей Конвенции. Эта информация периодически опубликовывается Генеральным Секретарем и рассылается им всем членам Организации Объединенных Наций, а также не состоящим членами Организации государствам, которым настоящая Конвенция официально сообщается в соответствии со статьей 23.

Статья 22

Если между сторонами в настоящей Конвенции возникает спор относительно ее толкования или применения и если этот спор не может быть разрешен иным путем, по требованию любой из сторон в споре, последний передается в Международный Суд.

Статья 23

Настоящая Конвенция открыта дгя подписания от имени любого члена Организации Объединенных Наций, а также от имени любого другого государства, которому Экономическим и Социальным Советом было обращено соотвествующее приглашение.

Настоящая Конвенция подлежит ратификации и акты ратификации депонируются у Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций.

Государства, упоминаемые в первом абзаце и не подписавшие настоящую Конвенцию, могут к ней присоединиться.

Присоединение совершается путем депонирования у Генерального Секретаря Организации Объединенных Нации акта о присоединени.

В настоящей Конвенции слово «государство» включает все колонии и подопечные территории государства, подписавшего настоящую Конвенцию или присоединившегося к ней, и все территории, за которые это государство несет международную ответственность.

Статья 24

Настоящая Конвенция вступает в силу на девяностый день после даты депонирования второго акта о ратификации или присоединении.

В отношении каждого государства, ратифицирующего настоящую Конвенцию или присоединяющегося к ней после депонирования второго акта о ратификации или присоединении, настоящая Конвенция вступает в силу через девяносто дней после депонирования этим государством своего акта о ратификации или присоединении.

Статья 25

По истечении пяти лет со времени вступления настоящей Конвенции в силу, любая сторона в настоящей Конвенции может денонсировать ее путем письменного уведомления об этом, адресованного Генеральному Секретарю Организации Объединенных Нации.

Такая денонсация вступает в силу в отношении заявляющей о ней стороны через год после даты получения ее заявления Генеральным Секретарем Организации Объединенных Нации.

Статья 26

Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций уведомляет всех членов Организации Объединенных Наций и государства, не состоящие членами Организации и упомянутые в статье 23:

a) об актах подписания, ратификации и присоединения, полученных в соотвествии со статьей 23;

b) о дате вступления в силу настоящей Конвенции в соответствии со статьей 24;

c) о денонсациях, заявления о которых получены в соответствии со статьей 25.

Статья 27

Каждая сторона в настоящей Конвенции обязуется принять, в соответствии со своей конституцией, законодательные или иные мерпоприятия, необходимые для того, чтобы обеспечить применение настоящей Конвенции.

Статья 28

Положения настоящей Конвенции, поскольку это касается взаимоотношений между сторонами в ней, отменяют положения международных актов, упоминаемых в пунктах 1, 2, 3 и 4 второго абзаца преамбулы, причем каждый из этих актов считается аннулированным после того, как все стороны в них станут сторонами в настоящей Конвенции.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные соответствующими правительствами, подписали настоящую Конвенцию, открытую для подписания в Лейк Соксес, Нью-Йорк, 21 марта тысяча девятьсот пятидесятого года; одна точная заверенная копия Конвенции будет разослана Генеральным Секретарем всем государствам-членам Организации Объединенных Наций и всем государствам, не состоящим членами Организации, к которым относятся положения статьи 23.

ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЙ ПРОТОКОЛ

Ничто в настоящей Конвенции не должно рассматриваться как препятствие к выполнению требований каких-либо законов, устанавливающих более строгие условия для осуществления положений, обеспечивающих борьбу с торговлей людьми и с эксплоатацией других лиц в целях проституции, чем условия, предусмотренные настоящей Конвенцией.

Положения статей 23—26 настоящей Конвенции применимы к настоящему Протоколу.

CONVENIO PARA LA REPRESION DE LA TRATA DE PERSONAS Y DE LA EXPLOTACION DE LA PROSTITUCION AJENA

PREAMBULO

Considerando que la prostitución y el mal que la acompaña, la trata de personas para fines de prostitución, son incompatibles con la dignidad y el valor de la persona humana y ponen en peligro el bienestar del individuo, de la familia y de la comunidad,

Considerando que, con respecto a la represión de la trata de mujeres y niños, están en vigor los siguientes instrumentos internacionales:

1. Acuerdo internacional del 18 de mayo de 1904 para la represión de la trata de blancas, modificado por el Protocolo aprobado por la Asamblea General de las Naciones Unidas el 3 de diciembre de 1948,

2. Convenio internacional del 4 de mayo de 1910 para la represión de la trata de blancas, modificado por el precitado Protocolo,

3. Convenio internacional del 30 de septiembre de 1921 para la represión de la trata de mujeres y niños, modificado por el Protocolo aprobado por la Asamblea General de las Naciones Unidas el 20 de octubre de 1947,

4. Convenio internacional del 11 de octubre de 1933 para la represión de la trata de mujeres mayores de edad, modificado por el precitado Protocolo,

Considerando que la Sociedad de las Naciones redactó en 1937 un proyecto de Convenio para extender el alcance de tales instrumentos; y

Considerando que la evolución ocurrida en la situación desde 1937 hace posible la conclusión de un convenio para fusionar los instrumentos precitados en uno que recoja el fondo del proyecto de Convenio de 1937 así como las modificaciones que se estime conveniente introducir;

Por lo tanto,

Las Partes Contratantes

Convienen, por el presente, en lo que a continuación se establece:

ARTICULO 1

Las Partes en el presente Convenio se comprometen a castigar a toda persona que, para satisfacer las pasiones de otra:

1. Concertare la prostitución de otra persona, la indujere a la prostitución o la corrompiere con objeto de prostituirla, aun con el consentimiento de tal persona;

2. Explotare la prostitución de otra persona, aun con el consentimiento de tal persona.

ARTICULO 2

Las Partes en el presente Convenio se comprometen asimismo a castigar a toda persona que:

1. Mantuviere una casa de prostitución, la administrare o a sabiendas la sostuviere o participare en su financiamiento;

2. Diere o tomare a sabiendas en arriendo, un edificio u otro local, o cualquier parte de los mismos, para explotar la prostitución ajena.

ARTICULO 3

En la medida en que lo permitan las leyes nacionales, serán también castigados toda tentativa de cometer las infracciones mencionadas en los artículos 1 y 2 y todo acto preparatorio de su comisión.

ARTICULO 4

En la medida en que lo permitan las leyes nacionales, será también punible la participación intencional en los actos delictuosos mencionados en los artículos 1 y 2.

En la medida en que lo permitan las leyes nacionales, los actos de participación serán considerados como infracciones distintas en todos los casos en que ello sea necesario par evitar la impunidad.

ARTICULO 5

Cuando las personas perjudicadas tuvieren derecho, con arreglo a las leyes nacionales, a constituirse en parte civil respecto a cualquiera de las infracciones mencionadas en el presente Convenio, los extranjeros tendrán el mismo derecho en condiciones de igualdad con los nacionales.

ARTICULO 6

Cada una de las Partes en el presente Convenio conviene en adoptar todas las medidas necesarias para derogar o abolir cualquier ley, reglamento o disposición administrativa vigente ,en virtud de la cual las personas dedicadas a la prostitución o de quienes se sospeche que se dedican a ella, tengan que inscribirse en un registro especial, que poseer un documento especial o que cumplir algún requisito excepcional para fines de vigilancia o notificación.

ARTICULO 7

En la medida en que lo permitan las leyes nacionales, las condenas anteriores pronunciadas en Estados extranjeros por las infracciones mencionadas en el presente Convenio, se tendrán en cuenta para:

1. Determinar la reincidencia,

2. Inhabilitar al infractor para el ejercicio de sus derechos civiles o políticos.

ARTICULO 8

Las infracciones mencionadas en los artículos 1 y 2 del presente Convenio serán consideradas como casos de extradición en todo tratado de extradición ya concertado o que ulteriormente se concierte entre cualesquiera de las Partes en el presente Convenio.

Las Partes en el presente Convenio que no subordinen la extradición a la existencia de un tratado, deberán reconocer en adelante las infracciones mencionadas en los artículos 1 y 2 del presente Convenio como casos de extradición entre ellas.

La extradición será concedida con arreglo a las leyes del Estado al que se formulare la petición de extradición.

ARTICULO 9

En los Estados cuya legislación no admita la extradición de nacionales, los nacionales que hubieren regresado a su propio Estado después de haber cometido en el extranjero cualquiera de las infracciones mencionadas en los artículos 1 y 2 del presente Convenio, serán enjuiciados y castigados por los tribunales de su propio Estado.

No se aplicará esta disposición cuando, en casos análogos entre la Partes en el presente Convenio, no pueda concederse la extradición de un extranjero.

ARTICULO 10

Las disposiciones del artículo 9 no se aplicarán cuando el inculpado hubiere sido enjuiciado en un Estado extranjero y, caso de haber sido condenado, hubiere cumplido su condena o se le hubiere condonado o reducido la pena con arreglo a lo dispuesto en las leyes de tal Estado extranjero.

ARTICULO 11

Ninguna de las disposiciones del presente Convenio deberá interpretarse en el sentido de prejuzgar la actitud de cualquiera de las Partes respecto a la cuestión general de los límites de la jurisdicción penal en derecho internacional.

ARTICULO 12

El presente Convenio no afecta al principio de que las infracciones a que se refiere habrán de ser definidas, enjuiciadas y castigadas, en cada Estado, conforme a sus leyes nacionales.

ARTICULO 13

Las Partes en el presente Convenio estarán obligadas a ejecutar las comisiones rogatorias relativas a las infracciones mencionadas en este Convenio, conforme a sus leyes y prácticas nacionales.

La transmisión de comisiones rogatorias se efectuará:

1. Por comunicación directa entre las autoridades judiciales;

2. Por comunicación directa entre los Ministros de Justicia de los dos Estados, o por comunicación directa de otra autoridad competente del Estado que formulare la solicitud al Ministro de Justicia del Estado al cual le fuese formulada la solicitud; o

3. Por conducto del representante diplomático o consular del Estado que formulare la solicitud, acreditado en el Estado al cual le fuese formulada la solicitud; tal representante enviará las comisiones rogatorias directamente a la autoridad judicial competente o a la autoridad indicada por el gobierno del Estado al cual le fuese formulada la solicitud, y deberá recibir, directamente de tal autoridad, los documentos que constituyan la ejecución de las comisiones rogatorias.

En los casos 1 y 3 se enviará siempre una copia de la comisión rogatoria a la autoridad superior del Estado al cual le fuese formulada la solicitud.

Salvo acuerdo en contrario, las comisiones rogatorias serán redactadas en el idioma de la autoridad que formulare la solicitud, pero el Estado al cual le fuese formulada la solicitud podrá pedir una traducción a su propio idioma, certificada conforme al original por la autoridad que formulare la solicitud.

Cada una de las Partes en el presente Convenio notificará a cada una de las demás Partes cuál o cuáles de los medios de transmisión anteriormente mencionados reconocerá para las comisiones rogatorias de tal Parte.

Hasta que un Estado haya hecho tal notificación, seguirá en vigor el procedimiento que utilice normalmente en cuanto a las comisiones rogatorias.

La ejecución de las comisiones rogatorias no dará lugar a reclamación de reembolso por derechos o gastos de ninguna clase, salvo los gastos de peritaje.

Nada de lo dispuesto en el presente artículo deberá interpretarse en el sentido de comprometer a las Partes en el presente Convenio a adoptar en materia penal cualquier forma o método de prueba que sea incompatible con sus leyes nacionales.

ARTICULO 14

Cada una de las Partes en el presente Convenio establecerá o mantendrá un servicio encargado de coordinar y centralizar los resultados de las investigaciones sobre las infracciones a que se refiere el presente Convenio.

Tales servicios tendrán a su cargo la compilación de toda información que pueda facilitar la prevención y el castigo de las infracciones a que se refiere el presente Convenio y deberán mantener estrechas relaciones con los servicios correspondientes de los demás Estados.

ARTICULO 15

En la medida en que lo permitan las leyes nacionales y en que las autoridades encargadas de los servicios mencionados en el artículo 14 lo estimaren conveniente, tales autoridades deberán suministrar a las encargadas de los servicios correspondientes en otros Estados, los datos siguientes:

1. Información detallada respecto a cualquiera de las infracciones mencionadas en el presente Convenio o a las tentativas de cometerlas;

2. Información detallada acerca de cualquier enjuiciamiento, detención, condena, negativa de admisión o expulsión de personas culpables de cualquiera de las infracciones mencionadas en el presente Convenio, así como de los desplazamientos de tales personas y cualesquiera otros datos pertinentes.

Los datos suministrados en esta forma habrán de incluir la descripción de los infractores, sus impresiones digitales, fotografías, métodos de operación, antecedentes policiales y antecedentes penales.

ARTICULO 16

Las Partes en el presente Convenio se comprometen a adoptar medidas para la prevención de la prostitución y para la rehabilitación y adaptación social de las víctimas de la prostitución y de las infracciones a que se refiere el presente Convenio, o a estimular la adopción de tales medidas, por sus servicios públicos o privados de carácter educativo, sanitario, social, económico y otros servicios conexos.

ARTICULO 17

Las Partes en el presente Convenio se comprometen a adoptar o mantener, en relación con la inmigración y la emigración, las medidas que sean necesarias, con arreglo a sus obligaciones en virtud del presente Convenio, para combatir la trata de personas de uno u otro sexo para fines de prostitución.

En especial se comprometen:

1. A promulgar las disposiciones reglamentarias que sean necesarias para proteger a los inmigrantes o emigrantes, y en particular a las mujeres y a los niños, tanto en el lugar de llegada o de partida como durante el viaje,

2. A adoptar disposiciones para organizar una publicidad adecuada en que se advierta al público el peligro de dicha trata,

3. A adoptar las medidas adecuadas para garantizar la vigilancia en las estaciones de ferrocarril, en los aeropuertos, en los puertos marítimos y durante los viajes y en otros lugares públicos, a fin de impedir la trata internacional de personas para fines de prostitución,

4. A adoptar las medidas adecuadas para informar a las autoridades competentes de la llegada de personas que *prima facie* parezcan ser culpables o cómplices de dicha trata o víctimas de ella.

ARTICULO 18

Las Partes en el presente Convenio se comprometen, con arreglo a las condiciones prescritas en sus leyes nacionales, a tomar declaraciones a las personas extranjeras dedicadas a la prostitución, con objeto de establecer su identidad y estado civil y de determinar las causas que les obligaron a salir de su Estado. Los datos obtenidos serán comunicados a las autoridades del Estado de origen de tales personas, con miras a su repatriación eventual.

ARTICULO 19

Las Partes en el presente Convenio se comprometen, con arreglo a las condiciones prescritas en sus leyes nacionales y sin perjuicio del enjuiciamiento o de otra acción por violaciones de sus disposiciones, en cuanto sea posible:

1. A adoptar las medidas adecuadas para proporcionar ayuda y mantener a las víctimas indigentes de la trata internacional de personas para fines de prostitución, mientras se tramita su repatriación;

2. A repatriar a las personas a que se refiere el artículo 18 que desearen ser repatriadas o que fueren reclamadas por personas que tengan autoridad sobre ellas, o cuya expulsión se ordenare conforme a la ley. La repatriación se llevará a

cabo únicamente previo acuerdo con el Estado de destino en cuanto a la identidad y la nacionalidad de las personas de que se trata, así como respecto al lugar y a la fecha de llegada a las fronteras. Cada una de las Partes en el presente Convenio facilitará el tránsito de tales personas a través de su territorio.

Cuando las personas a que se refiere el párrafo precedente no pudieren devolver el importe de los gastos de su repatriación y carecieren de cónyuge, parientes o tutores que pudieren sufragarlos, la repatriación hasta la frontera, el puerto de embarque o el aeropuerto más próximo en dirección del Estado de origen, será costeada por el Estado de residencia y el coste del resto del viaje será sufragado por el Estado de origen.

ARTICULO 20

Las Partes en el presente Convenio, si no lo hubieren hecho ya, deberán adoptar las medidas necesarias para la inspección de las agencias de colocación, a fin de impedir que las personas que buscan trabajo, en especial las mujeres y los niños, se expongan al peligro de la prostitución.

ARTICULO 21

Las Partes en el presente Convenio comunicarán al Secretario General de las Naciones Unidas las leyes y reglamentos que ya hubieren sido promulgados en sus Estados y, en lo sucesivo, comunicarán anualmente toda ley o reglamento que promulgaren respecto a las materias a que se refiere el presente Convenio, así como toda medida adoptada por ellas en cuanto a la aplicación del Convenio. Las informaciones recibidas serán publicadas periódicamente por el Secretario General y enviadas a todos los Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros a los que se comunique oficialmente el presente Convenio con arreglo al artículo 23.

ARTICULO 22

En caso de que surgiere una controversia entre las Partes en el presente Convenio, respecto a su interpretación o aplicación, y que tal controversia no pudiere ser resuelta por otros medios, será sometida a la Corte Internacional de Justicia, a petición de cualquiera de las partes en la controversia.

ARTICULO 23

El presente Convenio quedará abierto a la firma de todo Miembro de las Naciones Unidas, así como de cualquier otro Estado al cual el Consejo Económico y Social hubiere dirigido una invitación al efecto.

El presente Convenio será ratificado y los instrumentos de ratifacación serán depositados en la Secretaría General de las Naciones Unidas.

Los Estados a que se refiere el párrafo primero, que no hayan firmado el Convenio, podrán adherirse a él.

La adhesión se efectuará mediante el depósito de un instrumento de adhesión en la Secretaría General de las Naciones Unidas.

A los efectos del presente Convenio, el término "Estado" comprenderá igualmente a todas las colonias y Territorios bajo fideicomiso de un Estado que firme el Convenio o se adhiera a él, así como a todos los demás territorios de cuyas relaciones internacionales sea responsable tal Estado.

ARTICULO 24

El presente Convenio entrará en vigor noventa días después de la fecha de depósito del segundo instrumento de ratificación o adhesión.

Respecto a cada Estado que ratifique el Convenio, o se adhiera a él, después del depósito del segundo instrumento de ratificación o adhesión, el Convenio entrará en vigor noventa días después del depósito por tal Estado de su instrumento de ratificación o adhesión.

ARTICULO 25

Transcurridos cinco años después de su entrada en vigor, cualquier Parte en el presente Convenio podrá denunciarlo mediante notificación por escrito dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas.

Tal denuncia surtirá efecto, con respecto a la Parte que la formule, un año después de la fecha en que sea recibida por el Secretario General de las Naciones Unidas.

ARTICULO 26

El Secretario General de las Naciones Unidas notificará a todos los Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros a los que se refiere el artículo 23:

a) De las firmas, ratificaciones y adhesiones, recibidas con arreglo al artículo 23;

b) De la fecha en que el presente Convenio entrará en vigor, con arreglo al artículo 24;

c) De las denuncias recibidas con arreglo al artículo 25.

ARTICULO 27

Cada Parte en el presente Convenio se compromete a adoptar, de conformidad con su Constitución, las medidas legislativas o de otra índole necesarias para garantizar la aplicación del presente Convenio.

ARTICULO 28

Las disposiciones del presente Convenio abrogarán, en las relaciones entre las Partes en el mismo, las disposiciones de los instrumentos internacionales mencionados en los incisos 1, 2, 3 y 4 del segundo párrafo del Preámbulo, cada uno de los cuales se considerará caducado cuando todas las Partes en el mismo hayan llegado a ser Partes en el presente Convenio.

EN FE DE LO CUAL, los infrascritos, debidamente autorizados para ello por sus respectivos Gobiernos, han firmado el presente Convenio, el cual ha sido abierto a la firma en Lake Success, Nueva York, el veintiuno de marzo de mil novecientos cincuenta, y del cual se enviará una copia certificada conforme al original por el Secretario General a todos los Estados Miembros de la Organización de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros a los cuales se refiere el Artículo 23.

PROTOCOLO FINAL

Nada en el presente Convenio podrá interpretarse en perjuicio de cualquier legislación que, para la aplicación de las disposiciones encaminadas a la represión de la trata de personas y de la explotación de la prostitución ajena, prevea condiciones más severas que las estipuladas por el presente Convenio.

Las disposiciones de los artículos 23 a 26 inclusive del Convenio se aplicarán a este Protocolo.

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 10. Dezember 1962 über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen

vom 14. Januar 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 16. Juli 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Konvention vom 10. Dezember 1962 über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen hinterlegt wurde.

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel 6 am 14. Oktober 1974 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 14. Januar 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen

Präambel

Die Vertragsstaaten

Von dem Wunsche geleitet, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen in der ganzen Welt die Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern,

Eingedenk des Artikels 16 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der folgendes feststellt:

„(1) Volljährige Männer und Frauen haben ohne Beschränkung durch Rasse, Staatsangehörigkeit oder Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

(2) Eine Ehe darf nur mit der freien uneingeschränkten Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden."

Sowie eingedenk dessen, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Entschließung 843 (IX) vom 17. Dezember 1954 erklärt hat, bestimmte Bräuche, alte Gesetze und Gepflogenheiten in bezug auf Ehe und Familie seien unvereinbar mit den Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dargelegt sind,

Unter erneuter Bekräftigung der Pflicht aller Staaten einschließlich derjenigen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten ohne Selbstregierung oder von Treuhandgebieten bis zu deren Unabhängigkeit übernommen haben oder übernehmen, alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung dieser Bräuche, alten Gesetze und Gepflogenheiten zu treffen, indem sie unter anderem die völlige Freiheit bei der Wahl des Ehegatten gewährleisten, die Kinderehe und das Verlöbnis junger Mädchen vor dem heiratsfähigen Alter völlig beseitigen, erforderlichenfalls geeignete Strafen festsetzen und ein Personenstands- oder sonstiges Register einrichten, in das alle Eheschließungen eingetragen werden —

Kommen hiermit wie folgt überein:

Artikel 1

(1) Eine Ehe kann rechtmäßig ohne die freie und uneingeschränkte Willenseinigung beider Partner nicht eingegangen werden; die Willenserklärungen der Partner sollen entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nach ordnungsgemäßem öffentlichem Aufgebot vor der für die Eheschließung zuständigen Behörde in Gegenwart von Zeugen persönlich abgegeben werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 kann von der Anwesenheit eines der Partner abgesehen werden, wenn der zuständigen Behörde der Nachweis erbracht ist, daß außergewöhnliche Umstände vorliegen und daß dieser Partner in der gesetzlich vorgeschriebenen Form vor einer zuständigen Behörde seinen Ehewillen erklärt und nicht widerrufen hat.

Artikel 2

Die Vertragsstaaten ergreifen gesetzgeberische Maßnahmen zur Festlegung eines Heiratsmindestalters. Personen, welche dieses Alter nicht erreicht haben, können rechtmäßig eine Ehe nicht eingehen, es sei denn, daß die zuständige Behörde aus schwerwiegenden Gründen im Interesse der künftigen Ehegatten Befreiung vom Alterserfordernis erteilt hat.

Artikel 3

Alle Eheschließungen werden von der zuständigen Behörde in ein amtliches Register eingetragen.

Artikel 4

(1) Diese Konvention liegt bis zum 31. Dezember 1963 für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und alle Mitglieder einer Spezialorganisation sowie für jeden sonstigen Staat zur Unterzeichnung auf, den die Vollversammlung der Vereinten Nationen einlädt, Vertragspartei zu werden.

(2) Diese Konvention bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel 5

(1) Diese Konvention liegt für alle in Artikel 4 Absatz 1 bezeichneten Staaten zum Beitritt auf.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 6

(1) Diese Konvention tritt am neunzigsten Tage nach Hinterlegung der achten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der diese Konvention ratifiziert oder ihr beitritt, nachdem die achte Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt worden ist, tritt sie am neunzigsten Tage nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 7

(1) Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(2) Diese Konvention tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die Kündigung wirksam wird, welche die Anzahl der Vertragsparteien auf weniger als acht verringert.

Artikel 8

Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention eine Streitigkeit, die nicht durch Verhandlungen beigelegt wird, so ist sie auf Antrag aller an der Streitigkeit beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen, sofern die Parteien nicht eine andere Art der Beilegung vereinbaren.

Artikel 9

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und den in Artikel 4 Absatz 1 dieser Konvention bezeichneten Nichtmitgliedstaaten

a) die Unterzeichnung und den Eingang der Ratifikationsurkunden nach Artikel 4;
b) den Eingang der Beitrittsurkunden nach Artikel 5;
c) den Zeitpunkt, zu dem die Konvention nach Artikel 6 in Kraft tritt;
d) den Eingang der Kündigungsnotifikationen nach Artikel 7 Absatz 1;
e) das Außerkrafttreten nach Artikel 7 Absatz 2.

Artikel 10

(1) Diese Konvention, deren chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und allen in Artikel 4 Absatz 1 bezeichneten Nichtmitgliedstaaten eine beglaubigte Abschrift der Konvention.

Zu Urkund dessen haben die gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen diese Konvention unterschrieben, die am zehnten Dezember neunzehnhundertzweiundsechzig im Hauptquartier der Vereinten Nationen zu New York zur Unterzeichnung aufgelegt worden ist.

CONVENTION ON CONSENT TO MARRIAGE, MINIMUM AGE FOR MARRIAGE AND REGISTRATION OF MARRIAGES

Preamble

The Contracting States,

Desiring, in conformity with the Charter of the United Nations, to promote universal respect for, and observance of, human rights and fundamental freedoms for all, without distinction as to race, sex, language or religion,

Recalling that article 16 of the Universal Declaration of Human Rights states that:

"(1) Men and women of full age, without any limitation due to race, nationality or religion, have the right to marry and to found a family. They are entitled to equal rights as to marriage, during marriage and at its dissolution.

(2) Marriage shall be entered into only with the free and full consent of the intending spouses.",

Recalling further that the General Assembly of the United Nations declared, by resolution 843 (IX) of 17 December 1954, that certain customs, ancient laws and practices relating to marriage and the family were inconsistent with the principles set forth in the Charter of the United Nations and in the Universal Declaration of Human Rights,

Reaffirming that all States, including those which have or assume responsibility for the administration of Non-Self-Governing and Trust Territories until their achievement of independence, should take all appropriate measures with a view to abolishing such customs, ancient laws and practices by ensuring, **inter alia,** complete freedom in the choice of a spouse, eliminating completely child marriages and the betrothal of young girls before the age of puberty, establishing appropriate penalties where necessary and establishing a civil or other register in which all marriages will be recorded,

Hereby agree as hereinafter provided:

Article 1

(1) No marriage shall be legally entered into without the full and free consent of both parties, such consent to be expressed by them in person after due publicity and in the presence of the authority competent to solemnize the marriage and of witnesses, as prescribed by law.

(2) Notwithstanding anything in paragraph 1 above, it shall not be necessary for one of the parties to be present when the competent authority is satisfied that the circumstances are exceptional and that the party has, before a competent authority and in such manner as may be prescribed by law, expressed and not withdrawn consent.

Article 2

States parties to the present Convention shall take legislative action to specify a minimum age for marriage. No marriage shall be legally entered into by any person under this age, except where a competent authority has granted a dispensation as to age, for serious reasons, in the interest of the intending spouses.

Article 3

All marriages shall be registered in an appropriate official register by the competent authority.

Article 4

(1) The present Convention shall, until 31 December 1963, be open for signature on behalf of all States Members of the United Nations or members of any of the specialized agencies, and of any other State invited by the General Assembly of the United Nations to become party to the Convention.

(2) The present Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 5

(1) The present Convention shall be open for accession to all States referred to in article 4, paragraph 1.

(2) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 6

(1) The present Convention shall come into force on the ninetieth day following the date of deposit of the eighth instrument of ratification or accession.

(2) For each State ratifying or acceding to the Convention ofter the deposit of the eighth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the ninetieth day after deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

Article 7

(1) Any Contracting State may denounce the present Convention by written notification to the Secretary-General of the United Nations. Denunciation shall take effect one year after the date of receipt of the notification by the Secretary-General.

(2) The present Convention shall cease to be in force as from the date when the denunciation which reduces the number of parties to less than eight becomes effective.

Article 8

Any dispute which may arise between any two or more Contracting States concerning the interpretation or application of the present Convention which is not settled by negotiation shall, at the request of all the parties to the dispute, be referred to the International Court of Justice for decision, unless the parties agree to another mode of settlement.

Article 9

The Secretary-General of the United Nations shall notify all States Members of the United Nations and the non-member States contemplated in article 4, paragraph 1, of the present Convention of the following:

(a) Signatures and instruments of ratification received in accordance with article 4;

(b) Instruments of accession received in accordance with article 5;

(c) The date upon which the Convention enters into force in accordance with article 6;

(d) Notifications of denunciation received in accordance with article 7, paragraph 1;

(e) Abrogation in accordance with article 7, paragraph 2.

Article 10

(1) The present Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts shall be equally authentic, shall be deposited in the archives of the United Nations.

(2) The Secretary-General of the United Nations shall transmit a certified copy of the Convention to all States Members of the United Nations and to the non-member States contemplated in article 4, paragraph 1.

IN FAITH WHEREOF the undersigned, being duly authorized, have signed, on behalf of their respective Governments, the present Convention which was opened for signature at the Headquarters of the United Nations, New York, on the tenth day of December, one thousand nine hundred and sixty-two.

CONVENTION SUR LE CONSENTEMENT AU MARIAGE, L'AGE MINIMUM DU MARIAGE ET L'ENREGISTREMENT DES MARIAGES

Préambule

Les Etats contractants,

Désirant, conformément à la Charte des Nations Unies, favoriser le respect universel et effectif des droits de l'homme et des libertés fondamentales pour tous, sans distinction de race, de sexe, de langue ou de religion,

Rappelant que l'article 16 de la Déclaration universelle des droits de l'homme stipule que:

« 1) A partir de l'âge nubile, l'homme et la femme, sans aucune restriction quant à la race, la nationalité ou la religion, ont le droit de se marier et de fonder une famille. Ils ont des droits égaux au regard du mariage, durant le mariage et lors de sa dissolution,

2) Le mariage ne peut être conclu qu'avec le libre et plein consentement des futurs époux. »,

Rappelant en outre que, dans sa résolution 843 (IX) du 17 décembre 1954, l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies a déclaré que certaines coutumes, anciennes lois et pratiques intéressant le mariage et la famille étaient incompatibles avec les principes énoncés dans la Charte des Nations Unies et la Déclaration universelle des droits de l'homme,

Réaffirmant que tous les Etats, y compris ceux qui ont ou assument la responsabilité de l'administration de territoires non autonomes ou de territoires sous tutelle jusqu'à leur accession à l'indépendance, doivent prendre toutes les mesures utiles en vue d'abolir ces coutumes, anciennes lois et pratiques, en assurant notamment une entière liberté dans le choix du conjoint, en abolissant totalement le mariage des enfants et la pratique des fiançailles des jeunes filles avant l'âge nubile, en instituant, le cas échéant, les sanctions voulues et en créant un service de l'état civil ou un autre service qui enregistre tous les mariages,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

1) Aucun mariage ne pourra être contracté légalement sans le libre et plein consentement des deux parties, ce consentement devant être exprimé par elles en personne, en présence de l'autorité compétente pour célébrer le mariage et de témoins, après une publicité suffisante, conformément aux dispositions de la loi.

2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, la présence de l'une des parties ne sera pas exigée si l'autorité compétente a la preuve que les circonstances sont exceptionnelles et que cette partie a exprimé son consentement, devant une autorité compétente et dans les formes que peut prescrire la loi, et ne l'a pas retiré.

Article 2

Les Etats parties à la présente Convention prendront les mesures législatives nécessaires pour spécifier un âge minimum pour le mariage. Ne pourront contracter légalement mariage les personnes qui n'auront pas atteint cet âge, à moins d'une dispense d'âge accordée par l'autorité compétente pour des motifs graves et dans l'intérêt des futurs époux.

Article 3

Tous les mariages devront être inscrits par l'autorité compétente sur un registre officiel.

Article 4

1) La présente Convention sera ouverte, jusqu'au 31 décembre 1963, à la signature de tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies ou membres de l'une quelconque des institutions spécialisées et de tous autres Etats que l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies aura invités à devenir partie à la Convention.

2) La présente Convention est sujette à ratification et les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 5

1) Tous les Etats visés au paragraphe 1 de l'article 4 pourront adhérer à la présente Convention.

2) L'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 6

1) La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt du huitième instrument de ratification ou d'adhésion.

2) Pour chacun des Etats qui ratifieront la Convention ou y adhéreront après le dépôt du huitième instrument de ratification ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt par cet Etat de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 7

1) Tout Etat contractant peut dénoncer la présente Convention par notification écrite au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. La dénonciation prend effet un an après la date à laquelle le Secrétaire général en a reçu notification.

2) La présente Convention cessera d'être en vigueur à compter de la date où prendra effet la dénonciation qui ramènera le nombre des parties à moins de huit.

Article 8

Tout différend entre deux ou plusieurs Etats contractants relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention, qui n'aura pas été réglé par voie de négociations, sera soumis pour décisions à la Cour internationale de Justice à la demande de toutes les parties au différend, sauf si lesdites parties sont convenues d'un autre mode de règlement.

Article 9

Seront notifiés par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies à tous les Etats Membres de l'Organisation et aux Etats non membres visés au paragraphe 1 de l'article 4 de la présente Convention:

a) Les signatures apposées et les instruments de ratification reçus conformément à l'article 4;

b) Les instruments d'adhésion reçus conformément à l'article 5;

c) La date à laquelle la Convention entrera en vigueur conformément à l'article 6;

d) Les notifications de dénonciation reçues conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 7;

e) L'extinction résultant de l'application du paragraphe 2 de l'article 7.

Article 10

1) La présente Convention, dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposée dans les archives de l'Organisation des Nations Unies.

2) Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies communiquera une copie certifiée conforme de la Convention à tous les Etats Membres de l'Organisation et aux Etats non membres visés au paragraphe 1 de l'article 4.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés, ont signé au nom de leurs gouvernements respectifs la présente Convention, qui a été ouverte à la signature au Siège des Nations Unies, à New York, le dix décembre mil neuf cent soixante deux.

關於婚姻之同意、結婚最低年齡及婚姻登記之公約

弁言

締約國,

深願依照聯合國憲章,促進對於全體人類之人權及基本自由之普徧尊重與遵守,而不分種族、性別、語言或宗教,

案查世界人權宣言第十六條稱:

"(一) 成年男女,不受種族、國籍或宗教之任何限制,有權婚嫁及成立家庭。男女在婚姻方面,在婚姻關係存續期間及在婚姻關係消滅時,俱有平等權利。

"(二) 婚姻須經男女當事人之自由完全同意始得締結。",

復查聯合國大會前以一九五四年十二月十七日決議案八四三(九)宣告在婚姻與家庭方面之若干風俗、古法及習慣與聯合國憲章及世界人權宣言所載之原則不符,

查申所有國家,包括負有或承擔非自治及託管領土未臻獨立前管理責任之國家,應採取一切適當措施,尤應確保選擇配偶之完全自由,徹底廢除童婚及少女青春期屆至前之婚約,必要時制定適當罰則並設登錄一切婚姻事項之民事或其他登記冊以期廢止此類風俗古法及習慣,

爰議定條款如下:

第一條

一. 婚姻非經當事人雙方完全自由同意,不得依法締結,此項同意應由當事人依法律規定,經適當之通告後,在主管證婚當局及證人前親自表示之。

二. 雖有本條第一項之規定,如主管當局認為情形特殊,且當事人之一方已向主管當局依法定方式表示同意而未予撤銷者,該方即無須到場。

第二條

本公約之當事國應採取立法行動明定結婚之最低年齡。凡未滿此項年齡者不得依法結婚,但如有重大理由,為顧及男女雙方之利益而經主管當局特許免除年齡限制者不在此限。

第三條

婚姻應由主管當局在適當之正式登記冊上登錄之。

第四條

一. 本公約應聽由聯合國所有會員國或任何專門機關會員國以及經聯合國大會邀請加入本公約之任何其他國家於一九六三年十二月三十一日前簽署之。

二. 本公約須經批准。批准書應送交聯合國秘書長存放。

第五條

一. 本公約應聽由第四條第一項所稱之所有國家加入。

二. 加入應以加入書送交聯合國秘書長存放為之。

第六條

一. 本公約應俟第八份批准書或加入書交存之日起第九十日發生效力。

二. 本公約對於在第八份批准書或加入書交存後始行批准或加入之國家,應於該國之批准書或加入書交存之日起第九十日發生效力。

第七條

一. 任何締約國得以書面通知聯合國秘書長聲明退出本公約。退約應於秘書長接到通知之日起一年後發生效力。

二. 倘因退約關係致本公約當事國之數目不足八國時,本公約應於最後退約國之退約生效日起失效。

第八條

兩締約國或兩國以上之締約國對於本公約之解釋或適用發生爭端而未能以談判方式解決時,除爭端當事國協議以其他方式解決外,經爭端當事國所有各造之請求應將爭端交由國際法院裁決。

第九條

聯合國秘書長應將下列事項通知聯合國所有會員國及本公約第四條第一項所指之非會員國：

（甲） 依照第四條規定之簽署及依該條規定所收到之批准書；

（乙） 依照第五條規定所收到之加入書；

（丙） 依照第六條規定本公約開始生效之日期；

（丁） 依照第七條第一項規定所收到之退約通知書；

（戊） 依照第七條第二項規定本公約之廢止。

第十條

一. 本公約應交存聯合國檔庫，其中文、英文、法文、俄文、西班牙文各本同一作準。

二. 聯合國秘書長應將本公約正式副本分送聯合國所有會員國及第四條第一項所指之非會員國。

為此，下列簽字人各秉本國政府正式授予之權，謹簽字於一九六二年十二月十日開始在紐約聯合國會所聽由簽署之本公約，以昭信守。

КОНВЕНЦИЯ О СОГЛАСИИ НА ВСТУПЛЕНИЕ В БРАК, БРАЧНОМ ВОЗРАСТЕ И РЕГИСТРАЦИИ БРАКОВ

Преамбула

Договаривающиеся Государства,

желая в соответствии с Уставом Организации Объединенных Наций поощрять всеобщее уважение и соблюдение прав человека и основных свобод для всех, без различия по признакам расы, пола, языка или религии,

имея в виду, что в статье 16 Всеобщей декларации прав человека предусматривается следующее:

«1) Мужчины и женщины, достигшие совершеннолетия, имеют право без всяких ограничений по признаку пола, национальности или религии вступать в брак и основывать семью. Они пользуются одинаковыми правами в отношении вступления в брак, во время состояния в браке и во время его расторжения.

2) Брак может быть заключен только при свободном и полном согласии обеих вступающих в брак сторон.»

имея в виду также, что Генеральная Ассамблея Организации Объединенных Наций в резолюции 843 (IX) от 17 декабря 1954 г. указала, что некоторые обычаи, устаревшие законы и практика, относящиеся к браку и семье, противоречат принципам, изложенным в Уставе Организации Объединенных Наций и во Всеобщей декларации прав человека,

подтверждая, что все государства, включая те, которые несут или принимают на себя ответственность за управление несамоуправляющимися и подопечными территориями впредь до достижения ими независимости, должны принять все надлежащие меры к отмене таких обычаев, устаревших законов и практики путем обеспечения, в частности, полной свободы выбора супруга, полного упразднения детских браков и заключаемых до достижения девушками половой зрелости предварительных договоров о выдаче их замух, установления, когда необходимо, надлежащих наказаний и введения реестра актов гражденского состояния или иного реестра, в котором регистрировались бы все браки,

настоящим соглашаются о нижеследующем:

Статья 1

1. Не допускается заключение брака без полного и свободного согласия обеих сторон, которое должно быть изъявлено ими лично, в соответствии с законом, после надлежащего оглашения, в присутствии представителя власти, имеющего право на оформление брака, и в присутствии свидетелей.

2. Несмотря на постановления пункта 1 настоящей статьи, не требуется присутствия одной из сторон, если соответствующий компетентный представитель власти удостоверится, что налицо имеются исключительные обстоятельства и что эта сторона перед каким-либо компетентным представителем власти и в порядке, предусматриваемом законом, изъявила согласие и не взяла его обратно.

Статья 2

Участвующими в настоящей Конвенции государствами издаются законодательные акты, устанавливающие минимальный брачный возраст. Не допускается заключение брака с лицом, не достигшим установленного возраста, кроме тех случаев, когда компетентный орган власти в интересах сторон, вступающих в брак, разрешает сделать из этого правила о возрасте исключение по серьезным причинам.

Статья 3

Все браки регистрируются компетентным органом власти в соответствующем официальном реестре.

Статья 4

1. Настоящая Конвенция открыта до 31 декабря 1963 г. для подписания всеми государствами-членами Организации Объединенных Наций или любого специализированного учреждения и любыми другими государствами, приглашенными Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций к участию в настоящей Конвенции.

2. Настоящая Конвенция подлежит ратификации. Ратификационные грамоты депонируются у Генерального Секретаря Организации Оъединенных Наций.

Статья 5

1. Настоящая Конвенция открыта для присоединения для всех государств, указанных в пункте 1 статьи 4.

2. Присоединение совершается депонированием грамоты о присоединении у Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций.

Статья 6

1. Настоящая Конвенция вступает в силу на девяностый день со дня депонирования восьмой ратификационной грамоты или грамоты о присоединении.

2. Для каждого государства, ратифицирующего эту Конвенцию или присоединяющегося к ней после того, как депонирована восьмая ратификационная грамота или грамота о присоединении, это Конвенция вступает в силу на девяностый день после депонирования этим государством своей ратификационной грамоты или грамоты о присоединении.

Статья 7

1. Любое Договаривающееся Государство может денонсировать настоящую Конвенцию посредством письменного уведомления на имя Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций. Денонсация вступает в силу через год со дня получения этого уведомления Генеральным Секретарем.

2. Настоящая Конвенция утрачивает силу со дня вступления в силу денонсации, в результате которой число участников становится меньше восьми.

Статья 8

Любой спор, возникающий между любыми двумя или более Договаривающимися Государствами о толковании или применении настоящей Конвенции, не разрешенный путем переговоров, передается, по требованию всех сторон в этом споре, в Международный Суд на решение, если стороны не договорились об ином способе урегулирования.

Статья 9

Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций уведомляет все государства, являющиеся членами Организации Объединенных Наций, и государства, не состоящие членами этой Организации, указанные в пункте 1 статьи 4 настоящей Конвенции, о нижеследующем:

a) о подписании Конвенции и о получении ратификационных грамот согласно статье 4;

b) о получении грамот о присоединении согласно статье 5;

c) о дне вступления настоящей Конвенции в силу согласно статье 6;

d) об уведомлениях и денонсации, полученных согласно постановлениям пункта 1 статьи 7;

e) об утрате Конвенцией силы согласно пункту 2 статьи 7.

Статья 10

1. Настоящая Конвенция, английский, испанский, китайский, русский и французский тексты которой являются равно аунтентичными, сдается на хранение в архив Организации Объединенных Наций.

2. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций передает засвидетельствованные копии этой Конвенции всем государствам-членам Организации Объединенных Наций и не состоящим членами этой Организации государствам, указанным в пункте 1 статьи 4.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные соответствующими правительствами, подписали настоящую Конвенцию, открытую для подписания в Центральных учреждениях Организации Объединенных Наций, Нью-Йорк, десятого декабря тысяча девятьсот шестьдесят второго года.

CONVENCION SOBRE EL CONSENTIMIENTO PARA EL MATRIMONIO, LA EDAD MINIMA PARA CONTRAER MATRIMONIO Y EL REGISTRO DE LOS MATRIMONIOS

Preámbulo

Los Estados contratantes,

Deseando, de conformidad con la Carta de las Naciones Unidas, promover el respeto y la observancia universales de los derechos humanos y las libertades fundamentales de todos, sin distinción de raza, sexo, idioma o religión,

Recordando que el artículo 16 de la Declaración Universal de Derechos Humanos dice que:

"1) Los hombres y las mujeres, a partir de la edad núbil, tienen derecho, sin restricción alguna por motivos de raza, nacionalidad o religión, a casarse y fundar una familia; y disfrutarán de iguales derechos en cuanto al matrimonio, durante el matrimonio y en caso de disolución del matrimonio.

2) Sólo mediante libre y pleno consentimiento de los futuros esposos podrá contraerse el matrimonio.",

Recordando asimismo que la Asamblea General de las Naciones Unidas, en su resolución 843 (IX) de 17 de diciembre de 1954 declaró que ciertas costumbres, antiguas leyes y prácticas referentes al matrimonio y a la familia son incompatibles con los principios enunciados en la Carta de las Naciones Unidas y en la Declaración Universal de Derechos Humanos,

Reafirmando que todos los Estados, incluso los que hubieren contraído o pudieren contraer la obligación de administrar territorios no autónomos o en fideicomiso hasta el momento en que éstos alcancen la independencia, deben adoptar todas las disposiciones adecuadas con objeto de abolir dichas costumbres, antiguas leyes y prácticas, entre otras cosas, asegurando la libertad completa en la elección de cónyuge, aboliendo totalmente el matrimonio de los niños y la práctica de los esponsales de las jóvenes antes de la edad núbil, estableciendo con tal fin las penas que fueren del caso y creando un registro civil o de otra clase para la inscripción de todos los matrimonios,

Convienen por la presente en las disposiciones siguientes:

Artículo 1

1) No podrá contraerse legalmente matrimonio sin el pleno y libre consentimiento de ambos contrayentes, expresado por éstos en persona, después de la debida publicidad, ante la autoridad competente para formalizar el matrimonio y testigos, de acuerdo con la ley.

2) Sin perjuicio de lo dispuesto en el párrafo 1 *supra*, no será necesario que una de las partes esté presente cuando la autoridad competente esté convencida de que las circunstancias son excepcionales y de que tal parte, ante una autoridad competente y del modo prescrito por la ley, ha expresado su consentimiento, sin haberlo retirado posteriormente.

Artículo 2

Los Estados partes en la presente Convención adoptarán las medidas legislativas necesarias para determinar la edad mínima para contraer matrimonio. No podrán contraer legalmente matrimonio las personas que no hayan cumplido esa edad, salvo que la autoridad competente, por causas justificadas y en interés de los contrayentes, dispense el requisito de la edad.

Artículo 3

Todo matrimonio deberá ser inscrito por la autoridad competente en un registro oficial destinado al efecto.

Artículo 4

1) La presente Convención quedará abierta, hasta el 31 de diciembre de 1963, a la firma de todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas o miembros de cualquiera de los organismos especializados, y de todo otro Estado que haya sido invitado por la Asamblea General de las Naciones Unidas a participar en la Convención.

2) La presente Convención estará sujeta a ratificación y los instrumentos de ratificación serán depositados en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 5

1) Todos los Estados a que se refiere el párrafo 1 del artículo 4 podrán adherirse a la presente Convención.

2) La adhesión se efectuará depositando un instrumento de adhesión en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 6

1) La presente Convención entrará en vigor noventa días después de la fecha en que se haya depositado el octavo instrumento de ratificación o de adhesión.

2) Para cada uno de los Estados que ratifiquen la Convención o se adhieran a ella después de depositado el octavo instrumento de ratificación o de adhesión, la Convención entrará en vigor noventa días después de la fecha en que ese Estado haya depositado el respectivo instrumento de ratificación o de adhesión.

Artículo 7

1) Todo Estado contratante podrá denunciar la presente Convención mediante notificación por escrito dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas. La denuncia surtirá efecto un año después de la fecha en que el Secretario General haya recibido la notificación.

2) La presente Convención dejará de estar en vigor a partir de la fecha en que surta efecto la denuncia que reduzca a menos de ocho el número de los Estados partes.

Artículo 8

Toda cuestión que surja entre dos o más Estados contratantes sobre la interpretación o la aplicación de la presente Convención, que no sea resuelta por medio de negociaciones, será sometida a la Corte Internacional de Justicia, para que la resuelva, a petición de todas las partes en conflicto, salvo que las partes interesadas convengan en otro modo de solucionarla.

Artículo 9

El Secretario General de las Naciones Unidas notificará a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros a que se refiere el párrafo 1 del artículo 4 de la presente Convención:

a) Las firmas y los instrumentos de ratificación recibidos en virtud del artículo 4;
b) Los instrumentos de adhesión recibidos en virtud del artículo 5;
c) La fecha en que entre en vigor la Convención en virtud del artículo 6;
d) Las notificaciones de denuncia recibidas en virtud del párrafo 1 del artículo 7;
e) La extinción resultante de lo previsto en el párrafo 2 del artículo 7.

Artículo 10

1) La presente Convención, cuyos textos chino, español, francés, inglés y ruso hacen fe por igual, quedará depositada en los archivos de las Naciones Unidas.

2) El Secretario General de las Naciones Unidas enviará copia certificada de la Convención a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros a que se refiere el párrafo 1 del artículo 4.

EN FE DE LO CUAL, los infrascritos, debidamente autorizados, han firmado por cuenta de sus respectivos Gobiernos el presente Convenio, el cual ha sido abierto a la firma en la Sede de las Naciones Unidas en Nueva York el décimo día de diciembre de mil novecientos sesenta y dos.

Sofort lieferbar!

Berufsbilder für Ausbildungsberufe

Diese Berufsbilder wurden zur Unterstützung der berufsaufklärenden und -orientierenden Arbeit an den Oberschulen, in den Betrieben und durch die Abteilungen Berufsbildung und Berufsberatung der Räte der Bezirke und der Räte der Kreise für alle Ausbildungsberufe, in denen Lehrlinge ausgebildet werden können, herausgegeben.
Sie sollen Schüler, Lehrer und Eltern über den Inhalt der Ausbildung zum Facharbeiter, über Anforderungen und Tätigkeitsmerkmale sowie über physische und psychische Voraussetzungen zum Erlernen dieser Ausbildungsberufe informieren.

Die Berufsbildkurzfassungen der Bände 1 und 2 sind auch als Einzelexemplare in Lose-Blatt-Form erhältlich.

Bestell-Nummern: B 1 bis B 200
Preis je Exemplar: 0,05 M

2 Bände · Format A 4
je 200 Seiten · broschiert je 5,60 M

Ihre schriftliche Bestellung richten Sie bitte an den

Zentral-Versand Erfurt
501 Erfurt
Postschließfach 696

Außerdem besteht Kaufmöglichkeit gegen Barzahlung bei Selbstabholung (kein Versand) in der

Buchhandlung für amtliche Dokumente
108 Berlin
Neustädtische Kirchstraße 15

STAATSVERLAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31 818

AUSGESONDERT
Hochschulbibliothek

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1975	Berlin, den 3. April 1975	Teil II Nr. 2

Tag	Inhalt	Seite
3. 2. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 24. Januar 1959 über die Fischerei im Nordostatlantik**	29
21. 2. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 5. Oktober 1961 über das für die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht**	40

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 24. Januar 1959 über die Fischerei im Nordostatlantik

vom 3. Februar 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 26. Juni 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Konvention vom 24. Januar 1959 über die Fischerei im Nordostatlantik hinterlegt wurde.

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel 15 für die Deutsche Demokratische Republik am 26. Juni 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Februar 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention über die Fischerei im Nordostatlantik

Die Vertragsstaaten dieser Konvention –

in dem Wunsch, die Erhaltung der Fischbestände und die rationelle Betreibung der Fischerei im Nordostatlantischen Ozean und den angrenzenden Gewässern, die ein allen gemeinsames Anliegen sind, sicherzustellen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Der Bereich, auf den diese Konvention Anwendung findet (im folgenden als „Konventionsbereich" bezeichnet), umfaßt alle Gewässer

a) innerhalb derjenigen Teile des Atlantischen Ozeans und des Nördlichen Eismeers und deren Nebengewässern, die nördlich von 36° nördlicher Breite und zwischen 42° westlicher Länge und 51° östlicher Länge liegen, jedoch ausschließlich

i) der Ostsee und der Belte südlich und östlich der Linien, die vom Kap Hasenöre zum Kap Gniben, von Korshage nach Spodsbjerg und vom Kap Gilbjerg nach Kullen verlaufen, sowie

ii) des Mittelmeers und seiner Nebengewässer bis zum Schnittpunkt des Breitenkreises in 36° Breite und des Längenkreises in 5° 36' westlicher Länge;

b) innerhalb desjenigen Teils des Atlantischen Ozeans, der nördlich von 59° nördlicher Breite und zwischen 44° westlicher Länge und 42° westlicher Länge liegt.

(2) Der Konventionsbereich wird in Gebiete eingeteilt, deren Grenzen in der Anlage zu dieser Konvention festgelegt sind. Diese Gebiete können nach Maßgabe des Artikels 5 Absatz (4) geändert werden.

(3) Im Sinne dieser Konvention

a) bedeutet der Ausdruck „Schiff" jedes Schiff oder Boot, das zum Fang oder zur Verarbeitung von Seefischen verwendet wird und in den Hoheitsgebieten eines Vertragsstaates registriert oder Eigentum eines dortigen Reeders ist oder die Flagge eines Vertragsstaates führt;

b) erstreckt sich der Ausdruck „Hoheitsgebiete" in bezug auf jeden Vertragsstaat auf

i) jedes innerhalb des Konventionsbereiches liegende oder an diesen angrenzende Hoheitsgebiet, für dessen internationale Beziehungen der Vertragsstaat verantwortlich ist,

ii) jedes nicht innerhalb des Konventionsbereiches liegende oder an diesen angrenzende Hoheitsgebiet, für dessen internationale Beziehungen der Vertragsstaat verantwortlich ist und für das er zum Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder des Beitritts oder später durch eine an die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (im folgenden als Regierung des Vereinigten Königreichs bezeichnet) gerichtete schriftliche Erklärung mitgeteilt hat, daß diese Konvention auf das betreffende Hoheitsgebiet Anwendung findet,

iii) die Gewässer innerhalb des Konventionsbereiches, in denen der Vertragsstaat die ausschließliche Hoheitsgewalt über die Fischerei innehat.

Artikel 2

Diese Konvention berührt nicht die Rechte, Ansprüche oder Auffassung eines Vertragsstaates hinsichtlich der Ausdehnung der Hoheitsgewalt über die Fischerei.

Artikel 3

(1) Hiermit wird eine Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik (im folgenden als Kommission bezeichnet) geschaffen; sie bleibt für die Zwecke dieser Konvention tätig.

(2) Jeder Vertragsstaat kann höchstens zwei Kommissionsmitglieder als Delegation in die Kommission entsenden und ihnen von ihm benannte Sachverständige und Berater beigeben.

(3) Die Kommission wählt ihren Präsidenten und höchstens zwei Vizepräsidenten, die nicht Kommissionsmitglieder oder deren Sachverständige oder Berater zu sein brauchen. Ist ein Mitglied einer Delegation zum Präsidenten gewählt worden, so endet damit seine Tätigkeit als Mitglied der Delegation; nach der Wahl eines Kommissionsmitgliedes ist der betreffende Staat berechtigt, eine andere Person an dessen Statt zu benennen.

(4) Das Büro der Kommission befindet sich in London.

(5) Sofern die Kommission nichts anderes bestimmt, tritt sie einmal im Jahr zu dem von ihr festgesetzten Zeitpunkt in London zusammen; auf Antrag eines Kommissionsmitgliedes eines Vertragsstaates, der von je einem Kommissionsmitglied dreier weiterer Vertragsstaaten unterstützt sein muß, beruft jedoch der Präsident so bald wie möglich eine Tagung ein, deren Zeitpunkt und Ort er bestimmen kann.

(6) Die Kommission ernennt ihren Sekretär; sie kann das jeweils erforderliche sonstige Personal einstellen.

(7) Die Kommission kann diejenigen Ausschüsse einsetzen, die sie zur Wahrnehmung der von ihr bestimmten Aufgaben für zweckmäßig hält.

(8) Jede Delegation hat in der Kommission eine Stimme; diese darf nur von einem Kommissionsmitglied des betreffenden Staates abgegeben werden. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Besteht in einer Angelegenheit, über die mit einfacher Mehrheit zu beschließen ist, Stimmengleichheit, so gilt der Vorschlag als abgelehnt.

(9) Vorbehaltlich dieses Artikels gibt sich die Kommission ihre eigene Geschäftsordnung; diese enthält auch Bestimmungen über die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten sowie deren Amtszeit.

(10) Die Regierung des Vereinigten Königreichs beruft so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieser Konvention die erste Tagung der Kommission ein und teilt die vorläufige Tagesordnung spätestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt der Tagung allen anderen Vertragsstaaten mit.

(11) Die Übermittlung der Sitzungsberichte der Kommission sowie die Notifizierung der Vorschläge und Empfehlungen an alle Vertragsstaaten erfolgen so bald wie möglich in englischer und französischer Sprache.

Artikel 4

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Ausgaben für die von ihm ernannten Kommissionsmitglieder, Sachverständigen und Berater.

(2) Die Kommission stellt einen jährlichen Haushaltsplan für die von ihr veranschlagten Ausgaben auf.

(3) In jedem Jahr, in dem sich der Jahreshaushalt für jeden Vertragsstaat auf höchstens £ 200 beläuft, wird die Gesamtsumme gleichmäßig auf die Vertragsstaaten aufgeteilt.

(4) In jedem Jahr, in dem sich der Jahreshaushalt für jeden Vertragsstaat auf mehr als £ 200 beläuft, errechnet die Kommission die von jedem Vertragsstaat zu zahlenden Beträge wie folgt:

a) für jeden Vertragsstaat wird vom Haushalt ein Betrag von £ 200 abgesetzt;

b) der Restbetrag wird in gleich hohe Teilbeträge entsprechend der Gesamtzahl der Mitgliedschaften in den Regionalausschüssen aufgeteilt;

c) der Beitrag jedes Vertragsstaates entspricht dem Gegenwert von £ 200 zuzüglich der Zahl der Teilbeträge, die der Zahl der Regionalausschüsse, in denen der Staat vertreten ist, entspricht.

(5) Die Kommission notifiziert jedem Vertragsstaat den von diesem auf Grund der Absätze (3) und (4) dieses Artikels zu zahlenden Betrag; danach zahlt jeder Vertragsstaat so bald wie möglich den ihm notifizierten Betrag an die Kommission.

(6) Die Beiträge sind in der Währung des Landes zu entrichten, in dem sich das Büro der Kommission befindet; die Kommission kann jedoch bis zu einem alljährlich bei der Aufstellung des Jahreshaushaltsplanes von ihr festzusetzenden Betrag auch Zahlungen in Währungen entgegennehmen, in denen ihr voraussichtlich von Zeit zu Zeit Ausgaben entstehen werden.

(7) Auf ihrer ersten Tagung genehmigt die Kommission einen Haushaltsplan für den Teil des ersten Rechnungsjahres, in dem sie tätig wird; sie übermittelt den Vertragsstaaten Abschriften dieses Haushaltsplanes nebst Mitteilungen über die nach Absatz (3) oder (4) auf sie entfallenden Beiträge.

(8) In den folgenden Rechnungsjahren unterbreitet die Kommission jedem Vertragsstaat mindestens sechs Wochen vor ihrer Jahrestagung, in der über den Haushalt beraten wird, Entwürfe des Jahreshaushaltsplanes sowie eine Beitragsaufstellung.

Artikel 5

(1) Die Kommission setzt für jedes der Gebiete, in die der Konventionsbereich aufgeteilt ist, einen Regionalausschuß mit den in Artikel 6 bezeichneten Befugnissen und Aufgaben ein.

(2) Die Kommission bestimmt die Zusammensetzung jedes Regionalausschusses; jedoch hat ein Vertragsstaat, dessen Küstenlinie an das betreffende Gebiet angrenzt oder der dieses Gebiet befischt, ohne weiteres Anspruch auf eine Vertretung im Ausschuß. Vertragsstaaten, die anderswo einen Fischbestand ausbeuten, der auch in dem betreffenden Gebiet gefangen wird, haben die Möglichkeit, sich im Regionalausschuß vertreten zu lassen.

(3) Vorbehaltlich des Artikels 6 bestimmt die Kommission den Aufgabenbereich jedes Regionalausschusses und das von ihm zu befolgende Verfahren.

(4) Die Kommission kann jederzeit die Grenzen der in der Anlage zu dieser Konvention festgelegten Gebiete und deren Zahl ändern, wenn dies auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der anwesenden und abstimmenden Delegationen geschieht und während der folgenden drei Monate kein Einspruch durch einen auf der Tagung nicht vertretenen oder nicht abstimmenden Vertragsstaat erhoben wird.

Artikel 6

(1) Aufgabe der Kommission ist es,

a) die Fischerei im Konventionsbereich ständig zu beaufsichtigen;

b) an Hand der verfügbaren sachlichen Angaben zu prüfen, welche Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände und zur rationellen Betreibung der Fischerei in dem betreffenden Gebiet erforderlich sind;

c) auf Antrag eines Vertragsstaates die Vorstellungen zu prüfen, die ihr von einem Staat, der nicht Partei dieser Konvention ist, bezüglich der Aufnahme von Verhandlungen über die Erhaltung der Fischbestände im Konventionsbereich oder in einem Teil desselben gemacht worden sind, und

d) an die Vertragsstaaten hinsichtlich der in Artikel 7 bezeichneten Maßnahmen Empfehlungen zu richten, die, soweit durchführbar, auf den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschungen und Untersuchungen beruhen.

(2) Den Regionalausschüssen obliegt es, für ihr Gebiet Aufsichts- und Prüfungsaufgaben entsprechend den in Absatz (1) für die Kommission und den Konventionsbereich bezeichneten

Aufgaben wahrzunehmen. Ein Regionalausschuß kann Maßnahmen in bezug auf sein Gebiet vorschlagen und prüft alle derartigen von der Kommission an ihn verwiesenen Vorschläge.

(3) Ein Regionalausschuß kann Empfehlungsentwürfe ausarbeiten und sie der Kommission zur Prüfung vorlegen; diese kann die Entwürfe mit den ihr angebracht erscheinenden Änderungen als Empfehlungen im Sinne des Artikels 7 annehmen.

(4) Ein Regionalausschuß kann jederzeit Unterausschüsse einsetzen, um Teile des Gebietes betreffende Sonderfragen zu untersuchen und ihm darüber zu berichten.

Artikel 7

(1) Die von der Kommission und den Regionalausschüssen in Erwägung gezogenen Maßnahmen betreffend die Ziele und Zwecke dieser Konvention, bezüglich derer die Kommission Empfehlungen an die Vertragsstaaten richten kann, sind folgende:

a) alle Maßnahmen zur Regelung der Maschengrößen der Fischnetze;

b) alle Maßnahmen zur Regelung der Größenbegrenzungen der Fische, die an Bord behalten, angelandet, zum Verkauf ausgestellt oder angeboten werden dürfen;

c) alle Maßnahmen zur Festsetzung von Schonzeiten;

d) alle Maßnahmen zur Festsetzung von Schongebieten;

e) alle Maßnahmen zur Regelung der Fanggeräte und -vorrichtungen mit Ausnahme der Regelung der Maschengrößen der Fischnetze;

f) alle Maßnahmen zur Verbesserung und Vermehrung der Meeresschätze; hierzu können auch die künstliche Fortpflanzung sowie die Verpflanzung von Organismen und von jungen Fischen gehören.

(2) Zusätzlich zu den in Absatz (1) aufgeführten Maßnahmen können Maßnahmen zur Regelung der Höhe des Gesamtfangs oder des Umfangs der Fischereitätigkeit in einem bestimmten Zeitabschnitt sowie alle sonstigen Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände im Konventionsbereich getroffen werden; hierzu bedarf es eines Vorschlags, der von mindestens zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Delegationen gebilligt und in der Folge von allen Vertragsstaaten im Einklang mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren angenommen worden ist.

(3) Die in den Absätzen (1) und (2) vorgesehenen Maßnahmen können sich auf einige oder alle Arten von Seefischen und Schalentieren, nicht aber auf Meeressäugetiere, und auf einige oder alle Methoden des Fischfangs sowie auf einige oder alle Teile des Konventionsbereiches beziehen.

Artikel 8

(1) Vorbehaltlich dieses Artikels verpflichten sich die Vertragsstaaten, jede Empfehlung in Kraft zu setzen, die von der Kommission gemäß Artikel 7 abgegeben und von mindestens zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Delegationen angenommen worden ist.

(2) Jeder Vertragsstaat kann binnen neunzig Tagen nach Übermittlung einer Empfehlung, auf die Absatz (1) Anwendung findet, gegen sie Einspruch erheben; er ist in diesem Fall nicht verpflichtet, die Empfehlung in Kraft zu setzen.

(3) Wird binnen neunzig Tagen ein Einspruch erhoben, so kann jeder andere Vertragsstaat jederzeit binnen weiterer sechzig Tage oder binnen dreißig Tagen nach Eingang der Mitteilung, daß ein anderer Vertragsstaat innerhalb des Zeitabschnittes von sechzig Tagen Einspruch erhoben hat, gleichermaßen Einspruch erheben.

(4) Erheben drei oder mehr Vertragsstaaten gegen eine Empfehlung Einspruch, so sind alle anderen Vertragsstaaten damit von der Verpflichtung entbunden, die Empfehlung in Kraft zu setzen; einige oder alle dieser Staaten können jedoch unter sich vereinbaren, die Empfehlung in Kraft zu setzen.

(5) Jeder Vertragsstaat, der gegen eine Empfehlung Einspruch erhoben hat, kann diesen jederzeit zurückziehen; er setzt sodann vorbehaltlich des Absatzes (4) die Empfehlung binnen 90 Tagen oder zu dem von der Kommission nach Artikel 9 festgesetzten Zeitpunkt in Kraft, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

(6) Die Kommission notifiziert allen Vertragsstaaten jeden Einspruch und jede Zurücknahme eines Einspruchs unverzüglich nach deren Eingang.

Artikel 9

Jede Empfehlung, auf die Artikel 8 Absatz (1) Anwendung findet, wird vorbehaltlich des genannten Artikels zu dem von der Kommission festgesetzten Zeitpunkt, jedoch nicht vor Ablauf der in Artikel 8 vorgesehenen Frist zur Erhebung von Einsprüchen, für die Vertragsstaaten verbindlich.

Artikel 10

(1) Jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren, nachdem ein Vertragsstaat eine Empfehlung, auf die Artikel 8 Absatz (1) Anwendung findet, in Kraft zu setzen hatte, kann er der Kommission mitteilen, daß er der Empfehlung nicht mehr zustimmt; wird diese Mitteilung nicht zurückgezogen, so ist die Empfehlung nach Ablauf von zwölf Monaten, vom Zeitpunkt der Mitteilung an gerechnet, für diesen Vertragsstaat nicht mehr verbindlich.

(2) Ist eine Empfehlung für einen Vertragsstaat gemäß Absatz (1) nicht mehr verbindlich, so ist sie auch jederzeit für einen anderen Staat auf dessen Wunsch von dem Tag an nicht mehr verbindlich, an dem dieser Staat der Kommission mitgeteilt hat, daß er der Empfehlung nicht mehr zustimmt.

(3) Die Kommission notifiziert allen Vertragsstaaten jede auf Grund dieses Artikels erfolgende Mitteilung unverzüglich nach deren Eingang.

Artikel 11

(1) Damit die von der Kommission abgegebenen Empfehlungen zur Erhaltung der Fischbestände im Konventionsbereich, soweit durchführbar, auf den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschungen und Untersuchungen beruhen, ersucht die Kommission nach Möglichkeit den Internationalen Rat für Meeresforschung um seinen Rat und um seine Mitarbeit bei der Durchführung der erforderlichen Untersuchungen; zu diesem Zweck kann die Kommission gemeinsame, mit dem Internationalen Rat für Meeresforschung vereinbarte Maßnahmen ergreifen oder sonstige von ihr für zweckmäßig erachtete Vorkehrungen treffen.

(2) Die Kommission kann sich bemühen, Arbeitsabkommen mit allen sonstigen internationalen Organisationen, die verwandte Ziele verfolgen, zu vereinbaren und beizubehalten.

Artikel 12

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, auf Ersuchen der Kommission alle verfügbaren statistischen und biologischen Informationen zu liefern, welche die Kommission für die Zwecke dieser Konvention benötigt.

(2) Die Kommission kann Berichte über ihre Tätigkeit und sonstige von ihr für geeignet erachtete Informationen über die Fischerei im Konventionsbereich oder in einem Teil dieses Bereiches veröffentlichen oder in anderer Weise verbreiten.

Artikel 13

(1) Jeder Vertragsstaat trifft in seinen Hoheitsgebieten in bezug auf seine eigenen Staatsangehörigen und Schiffe geeignete Maßnahmen, um die Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention und der für ihn verbindlich gewordenen Empfehlungen der Kommission sowie die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die genannten Bestimmungen und Empfehlungen sicherzustellen; die Hoheitsrechte der Staaten

in bezug auf ihre Hoheits- und Binnengewässer bleiben unberührt.

(2) Jeder Vertragsstaat übermittelt der Kommission alljährlich eine Aufstellung über die von ihm für diese Zwecke getroffenen Vorkehrungen.

(3) Die Kommission kann mit Zweidrittelmehrheit Empfehlungen über nationale Kontrollmaßnahmen in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten sowie über nationale und internationale Kontrollmaßnahmen auf Hoher See abgeben, um die Anwendung der Konvention und der auf Grund derselben in Kraft befindlichen Maßnahmen sicherzustellen. Diese Empfehlungen unterliegen den Bestimmungen der Artikel 8, 9 und 10.

Artikel 14

Diese Konvention findet keine Anwendung auf Fischfangunternehmungen, die ausschließlich zum Zweck wissenschaftlicher Untersuchungen von Schiffen durchgeführt werden, die von einem Vertragsstaat hierzu ermächtigt sind, oder auf Fische, die im Verlaufe dieser Maßnahmen gefangen werden; die hierbei gefangenen Fische dürfen jedoch in den Hoheitsgebieten eines Vertragsstaates, der durch eine Empfehlung, auf die Artikel 8 Absatz (1) Anwendung findet, gebunden ist, nicht verkauft, zum Verkauf ausgestellt oder angeboten werden, wenn dies im Widerspruch zu einer solchen Empfehlung steht.

Artikel 15

(1) Diese Konvention liegt bis zum 31. März 1959 zur Unterzeichnung auf. Sie wird so bald wie möglich ratifiziert; die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung des Vereinigten Königreichs hinterlegt.

(2) Diese Konvention tritt nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch alle Unterzeichnerstaaten in Kraft. Haben jedoch nach Ablauf eines Jahres, vom 31. März 1959 an gerechnet, nicht alle Unterzeichnerstaaten die Konvention ratifiziert, mindestens aber sieben von ihnen ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt, so können die letztgenannten Staaten in einem Sonderprotokoll den Zeitpunkt vereinbaren, an dem die Konvention in Kraft tritt; in diesem Fall tritt sie für jeden Staat, der sie später ratifiziert, am Tag der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

(3) Jeder Staat, der diese Konvention nicht unterzeichnet hat, kann ihr jederzeit beitreten, nachdem sie gemäß Absatz (2) in Kraft getreten ist. Der Beitritt erfolgt durch eine an die Regierung des Vereinigten Königreichs gerichtete schriftliche Anzeige und wird am Tag ihres Eingangs wirksam. Jeder Staat, der dieser Konvention beitritt, verpflichtet sich gleichzeitig, die Empfehlungen, die bei seinem Beitritt für alle anderen Vertragsstaaten verbindlich sind, sowie alle anderen Empfehlungen, die zu dieser Zeit für einen oder mehrere Vertragsstaaten verbindlich und von dem beitretenden Staat in seiner Beitrittsanzeige nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden, in Kraft zu setzen.

(4) Die Regierung des Vereinigten Königreichs unterrichtet alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten von der Hinterlegung aller Ratifikationsurkunden und vom Eingang aller Beitrittsanzeigen; sie notifiziert den Unterzeichnerstaaten den Zeitpunkt und die Staaten, für welche diese Konvention in Kraft tritt.

Artikel 16

(1) Für jeden Staat, der Vertragspartei dieser Konvention ist, bleiben die Artikel 5, 6, 7, 8 und 9 sowie die Anhänge I, II und III der am 5. April 1946 in London unterzeichneten Konvention über die Regelung der Maschen der Fischnetze und die Größenbegrenzungen der Fische in der durch die Beschlüsse gemäß Artikel 12 Absatz (10) der Konvention geänderten Fassung in Kraft; sie gelten jedoch für die Zwecke dieser Konvention als eine Empfehlung, die abgegeben und ohne Einspruch nach dieser Konvention zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens für diesen Staat in dem von der Konvention von 1946 erfaßten Gebiet in Kraft tritt; jeder Vertragsstaat kann jedoch binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Konvention mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist durch eine an die Regierung des Vereinigten Königreichs gerichtete schriftliche Anzeige ganz oder teilweise von der genannten Empfehlung zurücktreten. Hat ein Vertragsstaat nach Maßgabe dieses Artikels seinen Rücktritt von einem Teil der genannten Empfehlung angezeigt, so kann jeder andere Vertragsstaat mit Wirkung vom gleichen Tage seinen Rücktritt von dem gleichen oder einem anderen Teil der Empfehlung oder von der gesamten Empfehlung anzeigen.

(2) Die Bestimmungen der am 5. April 1946 in London unterzeichneten Konvention zur Regelung der Maschen der Fischnetze und der Größenbegrenzungen der Fische treten vorbehaltlich des Absatzes (1) dieses Artikels für jeden Vertragsstaat dieser Konvention mit dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens für diesen Staat außer Kraft.

Artikel 17

Nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt, in dem diese Konvention für einen Vertragsstaat in Kraft getreten ist, kann dieser Staat die Konvention jederzeit durch eine an die Regierung des Vereinigten Königreichs gerichtete schriftliche Anzeige kündigen. Diese Kündigung wird zwölf Monate nach dem Tag ihres Eingangs wirksam und wird den Vertragsstaaten durch die Regierung des Vereinigten Königreichs notifiziert.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten diese Konvention unterzeichnet.

Geschehen in London am 24. Januar 1959 in zwei Exemplaren, das eine in englischer und das andere in französischer Sprache. Beide Wortlaute werden im Archiv der Regierung des Vereinigten Königreichs hinterlegt und gelten als gleichermaßen verbindlich.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften beider Wortlaute dieser Konvention in beiden Sprachen.

(Unterschriften)

Anlage

Die in Artikel 1 dieser Konvention vorgesehenen Gebiete werden wie folgt festgelegt:

Gebiet 1 — Der Teil des Konventionsbereiches, der südlich von einer Linie begrenzt wird, die von einem Punkt 59° nördlicher Breite 44° westlicher Länge genau östlich zum Längenkreis 42° westlicher Länge, von dort genau südlich zum Breitenkreis 48° nördlicher Breite, von dort genau östlich zum Längenkreis 18° westlicher Länge, von dort genau nördlich zum Breitenkreis 60° nördlicher Breite, von dort genau östlich zum Längenkreis 5° westlicher Länge, von dort genau nördlich zum Breitenkreis 60° 30' nördlicher Breite, von dort genau östlich zum Längenkreis 4° westlicher Länge, von dort genau nördlich zum Breitenkreis 62° nördlicher Breite, von dort genau östlich zur norwegischen Küste, von dort nördlich und östlich entlang der norwegischen Küste und entlang der Küste der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis zum Längenkreis 51° östlicher Länge verläuft.

Gebiet 2 — Der nicht zum Gebiet 1 gehörende Teil des Konventionsbereiches nördlich 48° nördlicher Breite.

Gebiet 3 — Der Teil des Konventionsbereiches zwischen 36° und 48° nördlicher Breite.

NORTH-EAST ATLANTIC FISHERIES CONVENTION

The States Parties to this Convention

Desiring to ensure the conservation of the fish stocks and the rational exploitation of the fisheries of the North-East Atlantic Ocean and adjacent waters, which are of common concern to them;

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

(1) The area to which this Convention applies (hereinafter referred to as "the Convention area") shall be all waters which are situated

(a) within those parts of the Atlantic and Arctic Oceans and their dependent seas which lie north of 36° north latitude and between 42° west longitude and 51° east longitude, but excluding

(i) the Baltic Sea and Belts lying to the south and east of lines drawn from Hasenore Head to Gniben Point, from Korshage to Spodsbierg and from Gilbierg Head to the Kullen, and

(ii) the Mediterranean Sea and its dependent seas as far as the point of intersection of the parallel of 36° latitude and the meridian of 5° 36' west longitude.

(b) within that part of the Atlantic Ocean north of 59° west latitude and between 44° west longitude and 42° west longitude.

(2) The Convention area shall be divided into regions, the boundaries of which shall be those defined in the Annex to this Convention. The regions shall be subject to such alterations as may be made in accordance with the provisions of paragraph (4) of Article 5 of this Convention.

(3) For the purposes of this Convention

(a) the expression "vessel" means any vessel or boat employed in fishing for sea fish or in the treatment of sea fish which is registered or owned in the territories of, or which flies the flag of, any Contracting State; and

(b) the expression "territories", in relation to any Contracting State, extends to

(i) any territory within or adjacent to the Convention area for whose international relations the Contracting State is responsible;

(ii) any other territory, not situated within the Convention area or adjacent to it, for whose international relations the Contracting State is responsible and for which such State shall have made known, by written declaration to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (hereinafter referred to as the Government of the United Kingdom), either at the time of signature, of ratification, or of adherence, or subsequently, that this Convention shall apply to it;

(iii) the waters within the Convention area where the Contracting State has exclusive jurisdiction over fisheries.

ARTICLE 2

Nothing in this Convention shall be deemed to affect the rights, claims, or views of any Contracting State in regard to the extent of jurisdiction over fisheries.

ARTICLE 3

(1) A North-East Atlantic Fisheries Commission (hereinafter referred to as the Commission) is hereby established and shall be maintained for the purposes of this Convention.

(2) Each Contracting State may appoint as its Delegation to the Commission not more than two Commissioners and such experts and advisers to assist them as that State may determine.

(3) The Commission shall elect its own President and not more than two Vice-Presidents who need not be chosen from the Commissioners or their experts or advisers. If a member of a Delegation has been elected President he shall forthwith cease to act as a member of that Delegation, and if a Commissioner has been elected the State concerned shall have the right to appoint another person to serve in his place.

(4) The Office of the Commission shall be in London.

(5) Except where the Commission determines otherwise, it shall meet once a year in London at such time as it shall decide: provided, however, that upon the request of a Commissioner of a Contracting State and subject to the concurrence of a Commissioner of each of three other Contracting States, the President shall, as soon as practicable, summon a meeting at such time and place as he may determine.

(6) The Commission shall appoint its own Secretary and may from time to time appoint such other staff as it may require.

(7) The Commission may set up such Committees as it considers desirable to perform such functions as it may determine.

(8) Each Delegation shall have one vote in the Commission which may be cast only by a Commissioner of the State concerned. Decisions shall be taken by a simple majority except where otherwise specifically provided. If there is an even division of votes on any matter which is subject to a simple majority decision, the proposal shall be regarded as rejected.

(9) Subject to the provisions of this Article, the Commission shall draw up its own Rules of Procedure, including provisions for the election of the President and Vice-Presidents and their terms of office.

(10) The Government of the United Kingdom shall call the first meeting of the Commission as soon as practicable after the coming into force of this Convention, and shall communicate the provisional agenda to each of the other Contracting States not less than two months before the date of the meeting.

(11) Reports of the proceedings of the Commission shall be transmitted and proposals and recommendations shall be notified as soon as possible to all Contracting States in English and in French.

ARTICLE 4

(1) Each Contracting State shall pay the expenses of the Commissioners, experts and advisers appointed by it.

(2) The Commission shall prepare an annual budget of the proposed expenditures of the Commission.

(3) In any year in which the annual budget amounts to £200 or less for each Contracting State, the total sum shall be shared equally between Contracting States.

(4) In any year in which the annual budget exceeds £200 for each Contracting State, the Commission shall calculate the payments due from each Contracting State according to the following formula:—

(a) from the budget there shall be deducted a sum of £200 for each Contracting State;

(b) the remainder shall be divided into such number of equal shares as correspond to the total number of Regional Committee memberships;

(c) the payment due from any Contracting State shall be the equivalent of £200 plus the number of shares equal to the number of Regional Committees in which that State participates.

(5) The Commission shall notify to each Contracting State the sum due from that State as calculated under paragraph (3) or (4) of this Article and as soon as possible thereafter each Contracting State shall pay to the Commission the sum so notified.

(6) Contributions shall be payable in the currency of the country in which the Office of the Commission is located, except that the Commission may accept payment in the currencies in which it may be expected that expenditures of the Commission will be made from time to time, up to an amount established each year by the Commission when preparing the annual budget.

(7) At its first meeting the Commission shall approve a budget for the balance of the first financial year in which the Commission functions and shall transmit to the Contracting States copies of that budget together with notices of their respective contributions as assessed under paragraph (3) or (4) of this Article.

(8) In subsequent financial years, the Commission shall submit to each Contracting State drafts of annual budgets, together with a schedule of allocations, not less than six weeks before the annual meeting of the Commission at which the budgets are to be considered.

ARTICLE 5

(1) The Commission shall establish a Regional Committee, with the powers and duties described in Article 6 of this Convention, for each of the regions into which the Convention area is divided.

(2) The representation on any Regional Committee so established shall be determined by the Commission, provided, however, that any Contracting State with a coastline adjacent to that region, or exploiting the fisheries of the region, has automatically the right of representation on the Regional Committee. Contracting States exploiting elsewhere a stock which is also fished in that region shall have the opportunity of being represented on the Regional Committee.

(3) Subject to the provisions of Article 6 of this Convention, the Commission shall determine the terms of reference of, and the procedure to be followed by, each Regional Committee.

(4) The Commission may at any time alter the boundaries and vary the number of the regions defined in the Annex to this Convention, provided this is by the unanimous decision of the Delegations present and voting and no objection is made within three months thereafter by any Contracting State not represented, or not voting, at the meeting.

ARTICLE 6

(1) It shall be the duty of the Commission

(a) to keep under review the fisheries in the Convention area;

(b) to consider, in the light of the technical information available, what measures may be required for the conservation of the fish stocks and for the rational exploitation of the fisheries in the area;

(c) to consider, at the request of any Contracting State, representations made to it by a State which is not a party to this Convention for the opening of negotiations on the conservation of fish stocks in the Convention area or any part thereof; and

(d) to make to Contracting States recommendations, based as far as practicable on the results of scientific research and investigation, with regard to any of the measures set out in Article 7 of this Convention.

(2) It shall be the duty of a Regional Committee to perform, in relation to its Region, functions of review and consideration similar to those described in paragraph (1) of this Article in relation to the Commission and the Convention area. A Regional Committee may initiate proposals for measures in relation to its region and shall consider any such proposals as may be remitted to it by the Commission.

(3) A Regional Committee may prepare draft recommendations for consideration by the Commission, which may adopt any such draft recommendations, with any modifications it may consider desirable, as recommendations for the purpose of Article 7 of this Convention.

(4) A Regional Committee may at any time appoint subcommittees to study specific problems affecting parts of the Region and to report thereon to the Regional Committee.

ARTICLE 7

(1) The measures relating to the objectives and purposes of this Convention which the Commission and Regional Committees may consider, and on which the Commission may make recommendations to the Contracting States, are

(a) any measures for the regulation of the size of mesh of fishing nets;

(b) any measures for the regulation of the size limits of fish that may be retained on board vessels, or landed, or exposed or offered for sale;

(c) any measures for the establishment of closed seasons;

(d) any measures for the establishment of closed areas;

(e) any measures for the regulation of fishing gear and appliances, other than regulation of the size of mesh of fishing nets;

(f) any measures for the improvement and the increase of marine resources, which may include artificial propagation, the transplantation of organisms and the transplantation of young.

(2) Measures for regulating the amount of total catch, or the amount of fishing effort in any period, or any other kinds of measures for the purpose of the conservation of the fish stocks in the Convention area, may be added to the measures listed in paragraph (1) of this Article on a proposal adopted by not less than a two-thirds majority of the Delegations present and voting and subsequently accepted by all Contracting States in accordance with their respective constitutional procedures.

(3) The measures provided for in paragraphs (1) and (2) of this Article may relate to any or all species of sea fish and shell fish, but not to sea mammals; to any or all methods of fishing; and to any or all parts of the Convention area.

ARTICLE 8

(1) Subject to the provisions of this Article, the Contracting States undertake to give effect to any recommendation made by the Commission under Article 7 of this Convention and adopted by not less than a two-thirds majority of the Delegations present and voting.

(2) Any Contracting State may, within ninety days of the date of notice of a recommendation to which paragraph (1) of this Article applies, object to it and in that event shall not be under obligation to give effect to the recommendation.

(3) In the event of an objection being made within the ninety-day period, any other Contracting State may similarly object at any time within a further period of sixty days, or within thirty days after receiving notice of an objection by another Contracting State made within the further period of sixty days.

(4) If objections to a recommendation are made by three or more of the Contracting States, all the other Contracting States shall be relieved forthwith of any obligation to give effect to that recommendation but any or all of them may nevertheless agree among themselves to give effect to it.

(5) Any Contracting State which has objected to a recommendation may at any time withdraw that objection and shall then, subject to the provisions of paragraph (4) of this

Article, give effect to the recommendation within ninety days, or as from the date determined by the Commission under Article 9 of this Convention, whichever is the later.

(6) The Commission shall notify each Contracting State immediately upon receipt of each objection and withdrawal.

ARTICLE 9

Any recommendation to which paragraph (1) of Article 8 of this Convention applies shall, subject to the provisions of that Article, become binding on the Contracting States from the date determined by the Commission, which shall not be before the period for objection provided in Article 8 has elapsed.

ARTICLE 10

(1) At any time after two years from the date on which it has been required to give effect to any recommendation to which paragraph (1) of Article 8 of this Convention applies, any Contracting State may give the Commission notice of the termination of its acceptance of the recommendation and, if that notice is not withdrawn, the recommendation shall cease to be binding on that Contracting State at the end of twelve months from the date of the notice.

(2) At any time after a recommendation has ceased to be binding on a Contracting State under paragraph (1) of this Article, the recommendation shall cease to be binding on any other State which so desires upon the date of notice to the Commission of withdrawal of acceptance of that recommendation by such other State.

(3) The Commission shall notify all Contracting States of every notice under this Article immediately upon the receipt thereof.

ARTICLE 11

(1) In order that the recommendations made by the Commission for the conservation of the stocks of fish within the Convention area shall be based so far as practicable upon the results of scientific research and investigation, the Commission shall when possible seek the advice of the International Council for the Exploration of the Sea and the co-operation of the Council in carrying out any necessary investigations and, for this purpose may make such joint arrangements as may be agreed with the International Council for the Exploration of the Sea or may make such other arrangements as it may think fit.

(2) The Commission may seek to establish and maintain working arrangements with any other international organization which has related objectives.

ARTICLE 12

(1) The Contracting States undertake to furnish on the request of the Commission any available statistical and biological information the Commission may need for the purposes of this Convention.

(2) The Commission may publish or otherwise disseminate reports of its activities and such other information relating to the fisheries in the Convention area or any part of that area as it may deem appropriate.

ARTICLE 13

(1) Without prejudice to the sovereign rights of States in regard to their territorial and internal waters, each Contracting State shall take in its territories and in regard to its own nationals and its own vessels appropriate measures to ensure the application of the provisions of this Convention and of the recommendations of the Commission which have become binding on that Contracting State and the punishment of infractions of the said provisions and recommendations.

(2) Each Contracting State shall transmit annually to the Commission a statement of the action taken by it for these purposes.

(3) The Commission may by a two-thirds majority make recommendations for, on the one hand, measures of national control in the territories of the Contracting States and, on the other hand, national and international measures of control on the high seas, for the purpose of ensuring the application of the Convention and the measures in force thereunder. Such recommendations shall be subject to the provisions of Articles 8, 9 and 10.

ARTICLE 14

The provisions of this Convention shall not apply to fishing operations conducted solely for the purpose of scientific investigation by vessels authorised by a Contracting State for that purpose, or to fish taken in the course of such operations, but in any of the territories of any Contracting State bound by a recommendation to which paragraph (1) of Article 8 applies, fish so taken shall not be sold or exposed or offered for sale in contravention of any such recommendation.

ARTICLE 15

(1) This Convention shall be open for signature until 31st March, 1959. It shall be ratified as soon as possible and the instruments of ratification shall be deposited with the Government of the United Kingdom.

(2) This Convention shall enter into force upon the deposit of instruments of ratification by all signatory States. If, however, after the lapse of one year from 31st March, 1959, all the signatory States have not ratified this Convention, but not less than seven of them have deposited instruments of ratification, these latter States may agree among themselves by special protocol on the date on which this Convention shall enter into force; and in that case this Convention shall enter into force with respect to any State that ratifies thereafter on the date of deposit of its instruments of ratification.

(3) Any State which has not signed this Convention may accede thereto at any time after it has come into force in accordance with paragraph (2) of this Article. Accession shall be effected by means of a notice in writing addressed to the Government of the United Kingdom and shall take effect on the date of its receipt. Any State which accedes to this Convention shall simultaneously undertake to give effect to those recommendations which are, at the time of its accession, binding on all the other Contracting States as well as to any other recommendations which are, at that time, binding on one or more of the Contracting States and are not specifically excluded by the acceding State in its notice of accession.

(4) The Government of the United Kingdom shall inform all signatory and acceding States of all ratifications deposited and accessions received and shall notify signatory States of the date and the States in respect of which this Convention enters into force.

ARTICLE 16

(1) In respect of each State Party to this Convention the provisions of Articles 5, 6, 7, 8 and 9 and Annexes I, II and III of the Convention for the Regulation of the Meshes of Fishing Nets and the Size Limits of Fish, signed at London, on 5th April, 1946, as amended by decisions made under paragraph (10) of Article 12 of that Convention, shall remain in force but shall be deemed for the purposes of the present Convention to be a recommendation made and given effect without objection under this Convention as from the date of its entry into force in respect of that State within the area covered by the 1946 Convention; provided that in the period of two years after the coming into force of this Convention,

any Contracting State may, on giving twelve months' written notice to the Government of the United Kingdom, withdraw from the whole or any part of the said recommendation. If a Contracting State has, in accordance with the provisions of this Article, given notice of its withdrawal from a part of the said recommendation, any other Contracting State may, with effect from the same date, give notice of its withdrawal from the same or any other part of the said recommendation or from the recommendation as a whole.

(2) The provisions of the Convention for the Regulation of the Meshes of Fishing Nets and the Size Limits of Fish signed at London on 5th April, 1946, shall, save as provided in paragraph (1) of this Article, cease to apply to each Contracting State to this Convention as from the date of the entry into force of this Convention in respect of that State.

ARTICLE 17

At any time after two years from the date on which this Convention has come into force with respect to a Contracting State, that State may denounce the Convention by means of a notice in writing addressed to the Government of the United Kingdom. Any such denunciation shall take effect twelve months after the date of its receipt, and shall be notified to the Contracting States by the Government of the United Kingdom.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done in London this twenty fourth day of January nineteen hundred and fifty nine in two copies, one in the English language,the other in the French language. Both texts shall be deposited in the archives of the Government of the United Kingdom and shall be regarded as equally authentic.

The Government of the United Kingdom shall transmit certified copies of both texts of this Convention in the two languages to all the signatory and acceding States.

ANNEX

The regions provided for by Article 1 of this Convention shall be as follows:

Region 1 — The part of the Convention area bounded on the south by a line running from a point 59° north latitude 44° west longitude due east to the meridian of 42° west longitude; thence due south to the parallel of 48° north latitude; thence due east to the meridian of 18° west longitude; thence due north to the parallel of 60° north latitude; thence due east to the meridian of 5° west longitude; thence due north to the parallel of 60° 30′ north latitude; thence due east to the meridian of 4° west longitude; thence due north to the parallel of 62° north latitude; thence due east to the coast of Norway; thence north and east along the coast of Norway and along the coast of the Union of Soviet Socialist Republics as far as the meridian of 51° east longitude.

Region 2 — The part of the Convention area not covered by Region 1 and north of 48° north latitude.

Region 3 — The part of the Convention area between 36° and 48° north latitude.

CONVENTION SUR LES PECHERIES DE L'ATLANTIQUE DU NORD-EST

Les Etats parties à la présente Convention, désireux d'assurer la conservation des stocks de poissons et l'exploitation rationnelle des pêcheries de l'Océan Altantique du Nord-Est et des eaux adjacentes, qui leur sont d'un intérêt commun, sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE I

(1) La zone à laquelle s'applique la présente Convention (ci-après désignée par les termes « la zone de la Convention ») comprend toutes les eaux qui sont situées:

a) à l'intérieur des parties des Océans Atlantique et Arctique et de leurs mers tributaires sises au Nord du 36° de latitude Nord et entre les 42° de longitude Ouest et 51° de longitude Est, mais à l'exclusion:
   (i) de la Mer Baltique et des Belts au sud et à l'Est des lignes tirées de Hasenore Head à Gniben Point, de Korshage à Spodsbierg et de Gilbierg Head à Kullen et
   (ii) de la Mer Méditerranée et de ses eaux tributaires, jusqu'au point d'intersection du parallèle du 36° de latitude et du méridien de 5° 36' de longitude Ouest.

b) à l'intérieur de la partie de l'Océan Atlantique sise au Nord du 59° de latitude Nord et entre les 44° de longitude Ouest et 42° de longitude Ouest.

(2) La zone de la Convention est divisée en régions dont les limites sont celles qui sont définies dans l'Annexe à la présente Convention. Ces régions peuvent être l'objet de telles modifications qui peuvent y être apportées conformément aux dispositions du paragraphe (4) de l'Article 5 de la présente Convention.

(3) Aux fins de la présente Convention

a) l'expression « navire » signifie tout navire ou embarcation utilisé pour la pêche des poissons de mer ou pour le traitement des poissons de mer, qui est immatriculé ou qui fait l'objet d'un droit de propriété dans les territoires de tout Etat contractant ou qui bat le pavillon de l'un desdits Etats,

b) l'expression « territoires » s'étend, en ce qui concerne tout Etat contractant,
   i) à tout territoire situé dans la zone de la Convention ou adjacent à cette zone dont les relations internationales sont assumées par ledit Etat contractant;
   ii) à tout autre territoire qui n'est pas situé dans la zone de la Convention ni adjacent à cette zone et dont les relations internationales sont assumées par un Etat contractant lorsque ce dernier Etat aura fait connaître, par une déclaration écrite adressée au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après désigné comme le Gouvernement du Royaume-Uni), soit au moment de signer, de ratifier ou d'adhérer, soit ultérieurement, que la présente Convention s'appliquera à ce territoire;
   iii) aux eaux situées dans la zone de la Convention dans lesquelles l'Etat contractant a compétence exclusive en ce qui concerne les pêcheries.

ARTICLE 2

Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme portant atteinte aux droits, revendications ou points de vue de tout Etat contractant concernant l'étendue de la compétence en matière de pêcheries.

ARTICLE 3

(1) Une Commission des Pêcheries de l'Atlantique du Nord-Est (désignée ci-après par les termes « La Commission »), est créée par la présente Convention et sera maintenue aux fins d'application de ladite Convention.

(2) La Délégation de chaque Etat contractant à la Commission pourra être composée de deux Commissaires au plus et d'autant d'experts et de conseillers que ledit Etat aura décidé de nommer pour les assister.

(3) La Commission élit son Président et deux Vice-Présidents au plus, qui ne seront pas nécessairement choisis parmi les Commissaires ou leurs experts ou conseillers. Si un membre d'une délégation est élu Président, il cessera sur le champ ses fonctions de membre de cette délégation; si c'est un Commissaire qui a été élu, l'Etat intéressé aura le droit de désigner une autre personne pour le remplacer.

(4) Le Siège de la Commission est à Londres.

(5) Sauf si la Commission en décide autrement, celle-ci se réunit une fois par un à Londres à telle date qu'elle décide; toutefois, le Président convoquera une rénion de la Commission, aussitôt que possible, et à tel lieu et moment qu'il décidera, chaque fois que la demande lui en sera présentée par un Commissaire d'un Etat contractant et à condition qu'un Commissaire de chacun de trois autres Etats contractants se rallie à cette demande.

(6) La Commission désigne son Secrétaire et peut, à tout moment, recruter, en tant que besoin, tout autre personnel.

(7) La Commission peut constituer tels Comités qu'elle estime souhaitable pour l'accomplissement de telles fonctions qu'elle peut fixer.

(8) Chaque délégation a droit à une voix à la Commission. Ce droit ne peut être exercé que par un Commissaire de l'Etat intéressé. Les décisions sont prises à la majorité simple sauf si une disposition expresse en décide autrement. En cas de partage égal des voix sur une question pour laquelle la majorité simple est requise, la proposition est considérée comme rejetée.

(9) Sous réserve des dispositions du présent Article, la Commission établit son propre règlement intérieur y compris les dispositions relatives à l'élection du Président et des Vice-Présidents et à la durée de leurs mandats.

(10) Le Gouvernement du Royaume-Uni convoquera la première réunion de la Commission dès que possible après l'entrée en vigueur de la présente Convention et communiquera l'ordre du jour provisoire à chacun des autres Etats contractants, deux mois au moins avant la date de la réunion.

(11) Les procès-verbaux des débats de la Commission sont transmis et les propositions et recommandations sont notifiées dès que possible, en anglais et en français, à tous les Etats contractants.

ARTICLE 4

(1) Chaque Etat contractant assume les frais des Commissaires, experts et conseillers désignés par lui.

(2) La Commission prépare un budget annuel de ses prévisions de dépenses.

(3) Si le budget annuel s'élève au cours d'une année donnée à un chiffre égal ou inférieur à £200 sterling par Etat contractant, la somme totale sera répartie également entre les Etats contractants.

(4) Se le budget annuel dépasse pour une année donnée £200 sterling par Etat contractant, la Commission calcule les versements dûs par chaque Etat contractant d'après la formule suivante:

a) il est déduit du budget une somme de £200 sterling par Etat contractant;

b) le solde est divisé en un nombre de parts égales correspondant au nombre total de membres représentés aux Comités régionaux;

c) le montant de la participation due par chaque Etat contractant s'élève à l'équivalent de £200 sterling plus un nombre de parts correspondant au nombre de Comités régionaux auxquels participe cet Etat.

(5) La Commission notifie à chaque Etat contractant la somme due par lui, calculée conformément aux dispositions des paragraphes 3 ou 4 du présent Article et ledit Etat versera dès que possible à la Commission la somme ainsi notifiée.

(6) Les contributions seront payables dans la monnaie du pays où se trouve le siège de la Commission; toutefois, la Commission peut accepter des paiements en d'autres devises lorsqu'on peut prévoir que des dépenses de la Commission auront parfois à être effectuées avec lesdites devises, et ce jusqu'à concurrence d'un montant fixé chaque année par la Commission lors de la préparation du budget annuel.

(7) Lors de sa première réunion, la Commission adopte le budget pour la période restant à courir sur le premier exercice financier au cours duquel elle fonctionne, et transmet aux Etats contractants copie de ce budget avec notification de leur contribution respective établie conformément aux dispositions des paragraphes (3) ou (4) du présent Article.

(8) Au cours des exercices financiers suivants, la Commission soumet à chaque Etat contractant des projets de budget annuel, ainsi qu'un plan de répartition, six semaines au moins avant la réunion annuelle de la Commission au cours de laquelle ledit budget doit être examiné.

ARTICLE 5

(1) La Commission crée, pour chacune des régions composant la zone de la Convention, un Comité régional dont les pouvoirs et les tâches sont ceux définis à l'article 6 de la présente Convention.

(2) La représentation à tout Comité régional ainsi établi est déterminée par la Commission, étant entendu cependant que tout Etat contractant ayant une côte adjacente à la région correspondante, ou exploitant les pêcheries de ladite région, a automatiquement le droit d'être représenté au Comité régional. Les Etats contractants exploitant ailleurs un stock qui est également pêché dans cette région auront la possibilité d'être représentés au Comité régional.

(3) Sous réserve des dispositions de l'article 6 de la présente Convention, la Commission fixe les attributions de chaque Comité régional ainsi que la procédure qu'il doit appliquer.

(4) La Commission peut, à tout moment, modifier les limites et le nombre des régions définies dans l'Annexe à la présente Convention, sous réserve que ce soit par décision unanime des délégations présentes et prenant part au vote, et qu'il n'y ait pas d'objection faite dans les trois mois qui suivent par un Etat contractant non représenté ou n'ayant pas voté à la réunion.

ARTICLE 6

(1) La Commission a pour tâche:

a) de se tenir informée de la situation des pêcheries dans la zone de la Convention;

b) d'étudier, à la lumière des renseignements techniques disponibles, les mesures qui pourraient être prises pour la conservation des stocks de poissons et pour l'exploitation rationelle des pêcheries de cette zone;

c) d'examiner, à la requête de tout Etat contractant, les demandes qui lui seraient présentées par un Etat non partie à la présente Convention, en vue d'engager des négociations sur la conservation des stocks de poissons dans la zone de la Convention ou dans une partie de cette zone, et

d) de faire aux Etats contractants des recommandations fondées dans toute la mesure du possible sur les ré-

sultats de recherches et d'enquêtes scientifiques et relatives à l'une quelconque des mesures exposées à l'article 7 de la présente Convention.

(2) Les Comités régionaux ont pour tâche d'assurer, chacun en ce qui concerne sa région, des fonctions d'information et d'études analogues à celles décrites au paragraphe (1) du présent article en ce qui concerne la Commission et la zone de la Convention. Chaque Comité régional peut prendre l'initiative de proposer des mesures intéressant sa région et étudie toutes propositions de cette nature qui pourraient lui être soumises par la Commission.

(3) Chaque Comité régional peut préparer des projets de recommandation destinés à être soumis à la Commission; la Commission peut les adopter avec telles modifications qu'elle estime souhaitable à titre de recommandations aux fins de l'Article 7 de la présente Convention.

(4) Chaque Comité régional peut, à tout moment, créer des sous-comités chargés d'étudier des problèmes particuliers, affectant certaines parties de la région et de faire rapport au Comité régional à ce sujet.

ARTICLE 7

(1) Les mesures relatives aux buts et objectifs de la présente Convention, que la Commission et les Comités régionaux peuvent étudier, et au sujet desquels la Commission peut formuler des recommandations aux Etats contractants sont:

a) toute mesure tendant à la réglementation de la dimension des mailles des filets de pêche;
b) toute mesure tendant à la réglementation de la taille limite des poissons qui peuvent être conservés à bord des navires, débarqués, exposés ou offerts à la vente;
c) toute mesure tendant à instituer des périodes d'interdiction de pêche;
d) toute mesure tendant à instituer des zones interdites
e) toute mesure tendant à la réglementation des équipements et engins de pêche autres que les réglementations relatives à la dimension des mailles des filets;
f) toute mesure tendant à l'amélioration et l'accroissement des ressources de la mer, y compris, le cas échéant, la reproduction artificielle, la transplantation des organismes et la transplantation des jeunes.

(2) Des mesures destinées à réglementer la quantité totale des captures ou le volume de l'effort de pêche au cours de n'importe quelle période, ainsi que toute autre mesure ayant pour objet la conservation des stocks de poissons dans la zone de la Convention, peuvent être ajoutées aux mesures énumérées au paragraphe (1) du présent article sur proposition adoptée par une majorité des deux tiers au moins des délégations présentes et prenant part au vote et ultérieurement acceptée par tous les Etats contractants conformément à leurs procédures constitionnelles respectives.

(3) Les mesures prévues aux paragraphes (1) et (2) du présent article peuvent concerner toute espèce ou toutes les espèces de poissons de mer et de crustacés, à l'exception des mammifères marins, toute méthode ou toutes les méthodes de pêche, une partie ou la totalité de la zone de la Convention.

ARTICLE 8

(1) Sous réserve des dispositions du présent article, les Etats contractants s'engagent à appliquer toute recommandation faite par la Commission conformément à l'Article 7 de la présente Convention et adoptée par une majorité des deux tiers au moins des délégations présentes et prenant part au vote.

(2) Tout Etat contractant peut, dans les quatre vingt dix jours suivant la date de notification d'une recommandation à laquelle s'applique le paragraphe (1) du présent article, y faire opposition, et dans ce cas, il ne sera pas tenu d'appliquer cette recommandation.

(3) Dans le cas d'une opposition faite dans le délai de quatre vingt dix jours, tout autre Etat contractant peut, de la même manière, faire opposition à tout moment, au cours d'une période supplémentaire de soixante jours, ou dans un délai de trente jours à compter de la réception de la notification d'une opposition faite par un autre Etat contractant dans la période supplémentaire de soixante jours.

(4) Si des oppositions à une recommandation sont faites par trois au moins des Etats contractants, tous les autres Etats contractants sont sur le champ dispensés de l'obligation d'appliquer cette recommandation; cependant, certains d'entre eux ou tous ces Etats peuvent convenir entre eux de l'appliquer.

(5) Tout Etat contractant qui a fait opposition à une recommandation peut, à tout moment, retirer cette opposition et, sous réserve des dispositions du paragraphe (4) du présent article il applique alors cette recommandation dans les quatre vingt dix jours, ou à la date fixée par la Commission conformément à l'Article 9 de la présente Convention selon celle de ces deux dates qui sera la plus éloignée.

(6) La Commission notifie, dès réception, à tout Etat contractant toute opposition et tout retrait d'opposition.

ARTICLE 9

Toute recommandation à laquelle s'applique le paragraphe (1) de l'Article 8 de la présente Convention, lie, sous réserve des dispositions dudit article, les Etats contractants à partir de la date fixée par la Commission, cette date ne pouvant être antérieure à la date d'expiration du délai d'opposition prévue à l'Article 8.

ARTICLE 10

(1) A tout moment, après l'expiration d'un délai de deux ans à compter de la date à laquelle il a été tenu de mettre en application une recommandation à laquelle s'applique le paragraphe (1) de l'Article 8 de la présente Convention, tout Etat contractant peut notifier à la Commission qu'il cesse d'accepter cette recommandation; si cette notification n'est pas retirée, la recommandation cesse de lier cet Etat contractant à l'expiration d'un délai de douze mois à compter de la date de la notification.

(2) A tout moment après qu'une recommandation a cessé de lier un Etat contractant en vertu du paragraphe (1) du présent article, cette recommandation cesse de lier tout autre Etat contractant qui le désire et ce à la date de la notification à la Commission du retrait de l'acceptation de cette recommandation par cet autre Etat.

(3) Dès réception d'une notification envoyée en application du présent article la Commission en avise tous les Etats contractants.

ARTICLE 11

(1) Afin que les recommandations faites par la Commission en vue de la conservation des stocks de poissons dans la zone de la Convention soient fondées autant que possible sur les résultats de recherches et d'enquêtes scientifiques, la Commission sollicite, quand cela est possible, l'avis du Conseil International pour l'Exploration de la Mer et demande sa coopération pour effectuer les enquêtes nécessaires; elle peut à cette fin prendre telles dispositions communes qui pourront être convenues avec le Conseil International pour l'Exploration de la Mer, ou faire tels autres arrangements qu'elle peut juger opportuns.

(2) La Commission peut s'attacher à établir et à maintenir des accords de coopération avec tout autre organisme international ayant des objectifs connexes.

ARTICLE 12

(1) Les Etats contractants s'engagent à fournir à la demande de la Commission tout renseignement d'ordre statistique et biologique disponible dont la Commission peut avoir besoin aux fins de la présente Convention.

(2) La Commission peut dans la mesure où elle le juge approprié publier ou diffuser sous toute autre forme des rap-

ports sur ses activités et d'autres informations concernant les pêcheries dans tout ou partie de la zone de la Convention.

ARTICLE 13

(1) Sans préjudice des droits souverains des Etats en ce qui concerne leurs eaux territoriales et intérieures tout Etat contractant prendra dans ses territoires et à l'égard de ses nationaux et de sès navires les mesures appropriées pour assurer l'application des dispositions de la présente Convention et des recommandations de la Commission qui lient ledit Etat et pour frapper de sanctions les infractions auxdites dispositions et recommandations.

(2) Tout Etat contractant communiquera annuellement à la Commission un compte rendu des mesures qu'il a prises à ces fins.

(3) La Commission peut à la majorité des deux tiers faire des recommandations en vue de la mise en vigueur d'une part de mesures de contrôle national dans les territoires des Etats contractants et d'autre part de mesures de contrôle national et international en haute mer afin d'assurer l'application de la Convention et des mesures prises en vertu de la Convention. Ces recommandations seront soumises aux dispositions des articles 8, 9 et 10.

ARTICLE 14

Les dispositions de la présente Convention ne s'appliquent pas aux opérations de pêche menées uniquement dans un but de recherche scientifique par des navires habilités à cet effet par un Etat contractant ni aux poissons pris au cours de telles opérations. Cependant dans un territoire quelconque d'un Etat contractant lié par une recommandation à laquelle s'applique le paragraphe (1) de l'Article 8, le poisson capturé dans ces conditions ne doit être ni vendu, ni exposé ou offert à la vente en infraction à ladite recommandation.

ARTICLE 15

(1) La présente Convention est ouverte à la signature jusqu'au 31 Mars 1959. Elle sera ratifiée aussitôt que possible et les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume-Uni.

(2) La présente Convention entrera en vigueur à la suite du dépôt des instruments de ratification par tous les Etats signataires. Cependant, dans le cas où, après l'expiration d'une année à dater du 31 Mars 1959, tous les Etats signataires n'auraient pas ratifié la présente Convention, mais où sept d'entre eux au moins auraient déposé leurs instruments de ratification, ces derniers Etats pourront convenir entre eux par un protocole spécial de la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur; dans ce cas, la présente Convention entrera en vigueur, en ce qui concerne tout Etat qui la ratifiera par la suite, à la date du dépôt de son instrument de ratification.

(3) Tout Etat qui n'a pas signé la présente Convention peut y accéder à tout moment après qu'elle soit entrée en vigueur conformément au paragraphe (2) du présent Article. L'accession se fait par une notification écrite adressée au Gouvernement du Royaume-Uni et prend effet à la date de réception de cette notification. Tout Etat qui accède à la présente Convention s'engage en même temps à mettre en application les recommandations qui, à la date de son accession, lient tous les autres Etats contractants, ainsi que toutes autres recommandations qui, à cette même date, lient un ou plusieurs des Etats contractants et que l'Etat qui accède n'a pas expréssément exclues dans sa notification d'accession.

(4) Le Gouvernement du Royaume-Uni informe tous les Etats signataires et tous les Etats qui accèdent de toutes les ratifications déposées et de toutes les accessions reçues, et notifie aux Etats signataires la date et les Etats à l'égard desquels la Convention entre en vigueur.

ARTICLE 16

(1) Au regard de tout Etat partie à la présente Convention les dispositions des Articles 5, 6, 7, 8 et 9 et les Annexes I, II et III de la Convention pour la réglementation du maillage des filets de pêche et des tailles limites des poissons, signée à Londres le 5 Avril 1946, telle qu'amendée par les décisions prises en application du paragraphe (10) de l'Article 12 de cette Convention, resteront en vigueur mais, aux fins de la présente Convention, seront considérées comme une recommandation faite et mise en application sans objection aux termes de la présente Convention à dater de l'entrée en vigueur de celle-ci à l'égard de cet Etat, dans les limites de la zone définie par la Convention de 1946; étant entendu que, dans un délai de deux ans après l'entrée en vigueur de la présente Convention, tout Etat contractant peut, par préavis de douze mois donné par écrit au Gouvernement du Royaume-Uni, déclarer qu'il n'est plus lié par l'ensemble ou une partie de ladite recommandation. Si un Etat contractant a, confermément aux dispositions du présent Article, signifié qu'il n'est plus lié par une partie de ladite recommandation, tout autre Etat contractant peut, avec effet de la même date, signifier qu'il n'est lui-même plus lié par la même partie ou toute autre partie, ou l'ensemble de la recommandation.,

(2) Les dispositions de la Convention pour la réglementation du maillage des filets de pêche et des tailles limites des poissons signée à Londres le 5 Avril 1946 cessera, sauf les dispositions contenues au paragraphe (1) du présent Article, de s'appliquer à tout Etat partie à la présente Convention à dater de l'entrée en vigueur de ladite Convention à l'égard de cet Etat.

ARTICLE 17

A tout moment aprés l'expiration d'un délai de deux ans à compter de la date à laquelle la présente Convention sera entrée en vigueur à l'égard d'un Etat contractant, cet Etat pourra dénoncer la Convention par voie de notification écrite adressée au Gouvernement du Royaume-Uni.

Cette dénonciation prendra effect douze mois à partir de la date de sa réception et sera notifiée aux Etats contractants par le Gouvernement du Royaume-Uni.

En foi de quoi les soussignés dûment autorisés à cet effet ont signé la présente Convention.

Fait à Londres le vingt quatrième jour du mois de Janvier mil neuf cent cinquante neuf en deux exemplaires l'un en langue française, l'autre en langue anglaise. Les deux textes seront déposés dans les archives du Gouvernement du Royaume-Uni et seront considérés comme faisant également foi.

Le Gouvernement du Royaume-Uni transmettra des copies certifiées des deux textes de la présente Convention dans les deux langues à tous les Etats signataires et à tous les Etats ayant accédé à la présente Convention.

ANNEXE

Les régions prévues à l'Article 1 de la présente Convention seront les suivantes:

REGION 1 — La partie de la zone de la Convention limitée au sud par une ligne partant d'un point situé par 59° de latitude nord et 44° de longitude ouest se dirigeant plein est jusqu'à 42° de longitude ouest; puis plein sud jusqu'au 48° de latitude nord; puis plein est jusqu'au 18° de longitude ouest; puis plein nord jusqu'au 60° de latitude nord; puis plein est jusqu'au 5° de longitude ouest; puis plein nord jusqu'au 60° 30' de latitude nord; puis plein est jusqu'au 4° de longitude ouest; puis plein nord jusqu'au 62° de latitude nord; puis plein est jusqu'au la côte de la Norvège; puis au nord et à l'est le long de la côte de la Norvège et le long de la côte de l'URSS jusqu'au 51° de longitude est.

REGION II — La partie de la zone de la Convention non couverte par la Région 1 et située au nord du 48° de latitude nord.

REGION III — La partie de la zone de la Convention sise entre le 36° et le 48° de latitude nord.

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 5. Oktober 1961 über das für die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht

vom 21. Februar 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 23. Juli 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Konvention über das für die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht vom 5. Oktober 1961 hinterlegt wurde.

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel 16 Absatz 2 für die Deutsche Demokratische Republik am 21. September 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 21. Februar 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht

DIE UNTERZEICHNERSTAATEN DIESER KONVENTION — IN DEM WUNSCHE, gemeinsame Regeln zur Lösung der Frage des auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendenden Rechtes aufzustellen —

HABEN BESCHLOSSEN, zu diesem Zweck eine Konvention abzuschließen, und haben die folgenden Bestimmungen vereinbart:

Artikel 1

Eine letztwillige Verfügung ist hinsichtlich ihrer Form gültig, wenn diese dem innerstaatlichen Recht entspricht:

a) des Ortes, an dem der Erblasser letztwillig verfügt hat, oder

b) eines Staates, dessen Staatsangehörigkeit der Erblasser zum Zeitpunkt, an dem er letztwillig verfügt hat, oder zum Zeitpunkt seines Todes besessen hat, oder

c) eines Ortes, an dem der Erblasser zum Zeitpunkt, an dem er letztwillig verfügt hat, oder zum Zeitpunkt seines Todes seinen Wohnsitz gehabt hat, oder

d) des Ortes, an dem der Erblasser zum Zeitpunkt, an dem er letztwillig verfügt hat, oder zum Zeitpunkt seines Todes seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat, oder

e) soweit es sich um unbewegliches Vermögen handelt, des Ortes, an dem sich dieses befindet.

Ist die innerstaatliche Rechtsordnung nicht vereinheitlicht, so wird für die Zwecke dieser Konvention das anzuwendende Recht durch die innerhalb dieser Rechtsordnung geltenden Vorschriften und mangels solcher Vorschriften durch die engste Bindung bestimmt, die der Erblasser zu einer der Rechtsordnungen innerhalb dieses Systems gehabt hat.

Die Frage, ob der Erblasser an einem bestimmten Ort einen Wohnsitz gehabt hat, wird durch das an diesem Ort geltende Recht geregelt.

Artikel 2

Artikel 1 ist auch auf letztwillige Verfügungen anzuwenden, durch die eine frühere letztwillige Verfügung widerrufen wird.

Der Widerruf ist hinsichtlich seiner Form auch dann gültig, wenn diese einer der Rechtsordnungen entspricht, nach denen die widerrufene letztwillige Verfügung gemäß Artikel 1 gültig gewesen ist.

Artikel 3

Diese Konvention berührt bestehende oder künftige Vorschriften der Vertragsstaaten nicht, wodurch letztwillige Verfügungen anerkannt werden, die der Form nach entsprechend einer in den vorangehenden Artikeln nicht vorgesehenen Rechtsordnung errichtet worden sind.

Artikel 4

Diese Konvention ist auch auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwenden, die zwei oder mehrere Personen in derselben Urkunde errichtet haben.

Artikel 5

Für den Zweck dieser Konvention werden die Vorschriften, welche die für letztwillige Verfügungen zugelassenen Formen mit Beziehung auf das Alter, die Staatsangehörigkeit oder andere persönliche Eigenschaften des Erblassers beschränken, als zur Form gehörend angesehen. Das gleiche gilt für Eigenschaften, welche die für die Gültigkeit einer letztwilligen Verfügung erforderlichen Zeugen besitzen müssen.

Artikel 6

Die Anwendung der in dieser Konvention aufgestellten Regeln über das anzuwendende Recht hängt nicht von der Gegenseitigkeit ab. Die Konvention ist auch dann anzuwenden, wenn die Beteiligten nicht Staatsangehörige eines Vertragsstaates sind oder das auf Grund der vorangehenden Artikel anzuwendende Recht nicht das eines Vertragsstaates ist.

Artikel 7

Die Anwendung eines durch diese Konvention für maßgebend erklärten Rechtes darf nur abgelehnt werden, wenn sie mit der öffentlichen Ordnung offensichtlich unvereinbar ist.

Artikel 8

Diese Konvention ist in allen Fällen anzuwenden, in denen der Erblasser nach dem Inkrafttreten der Konvention stirbt.

Artikel 9

Jeder Vertragsstaat kann sich, abweichend von Artikel 1 Abs. 3, das Recht vorbehalten, den Ort, an dem der Erblasser seinen Wohnsitz gehabt hat, nach dem am Gerichtsort geltenden Recht zu bestimmen.

Artikel 10

Jeder Vertragsstaat kann sich das Recht vorbehalten, letztwillige Verfügungen nicht anzuerkennen, die einer seiner Staatsangehörigen, der keine andere Staatsangehörigkeit besaß, ausgenommen den Fall außergewöhnlicher Umstände, in mündlicher Form errichtet hat.

Artikel 11

Jeder Vertragsstaat kann sich das Recht vorbehalten, bestimmte Formen im Ausland errichteter letztwilliger Verfügungen auf Grund der einschlägigen Vorschriften seines Rechtes nicht anzuerkennen, wenn sämtliche der folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

a) die letztwillige Verfügung ist hinsichtlich ihrer Form nur nach einem Recht gültig, das ausschließlich auf Grund des Ortes anzuwenden ist, an dem der Erblasser sie errichtet hat,

b) der Erblasser war Staatsangehöriger des Staates, der den Vorbehalt erklärt hat,

c) der Erblasser hatte in diesem Staat einen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt und

d) der Erblasser ist in einem anderen Staat gestorben als in dem, wo er letztwillig verfügt hatte.

Dieser Vorbehalt ist nur für das Vermögen wirksam, das sich in dem Staat befindet, der den Vorbehalt erklärt hat.

Artikel 12

Jeder Vertragsstaat kann sich das Recht vorbehalten, die Anwendung dieser Konvention auf Anordnungen in einer letztwilligen Verfügung auszuschließen, die nach seinem Recht nicht erbrechtlicher Art sind.

Artikel 13

Jeder Vertragsstaat kann sich, abweichend von Artikel 8, das Recht vorbehalten, diese Konvention nur auf letztwillige Verfügungen anzuwenden, die nach deren Inkrafttreten errichtet worden sind.

Artikel 14

Diese Konvention liegt für die bei der Neunten Tagung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht vertretenen Staaten zur Unterzeichnung auf.

Sie bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sind beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.

Artikel 15

Diese Konvention tritt am sechzigsten Tage nach der gemäß Artikel 14 Abs. 2 vorgenommenen Hinterlegung der dritten Ratifikationsurkunde in Kraft.

Die Konvention tritt für jeden Unterzeichnerstaat, der sie später ratifiziert, am sechzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Artikel 16

Jeder bei der Neunten Tagung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht nicht vertretene Staat kann dieser Konvention beitreten, nachdem sie gemäß Artikel 15 Abs. 1 in Kraft getreten ist. Die Beitrittsurkunde ist beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.

Die Konvention tritt für den beitretenden Staat am sechzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 17

Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, bei der Ratifizierung oder beim Beitritt erklären, daß diese Konvention auf alle oder auf einzelne der Gebiete ausgedehnt werde, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt.

Eine solche Erklärung wird wirksam, sobald die Konvention für den betreffenden Staat in Kraft tritt.

Später kann eine solche Ausdehnung dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande notifiziert werden.

Die Konvention tritt für die Gebiete, auf die sich die Ausdehnung erstreckt, am sechzigsten Tage nach der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Notifikation in Kraft.

Artikel 18

Jeder Staat kann spätestens bei der Ratifizierung oder beim Beitritt einen oder mehrere der in den Artikeln 9, 10, 11, 12 und 13 vorgesehenen Vorbehalte erklären. Andere Vorbehalte sind nicht zulässig.

Ebenso kann jeder Vertragsstaat bei der Notifikation einer Ausdehnung der Konvention gemäß Artikel 17 einen oder mehrere dieser Vorbehalte für alle oder einzelne der Gebiete, auf die sich die Ausdehnung erstreckt, erklären.

Jeder Vertragsstaat kann einen Vorbehalt, den er erklärt hat, jederzeit zurückziehen. Diese Zurückziehung ist dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.

Die Wirkung des Vorbehalts erlischt am sechzigsten Tage nach der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Notifikation.

Artikel 19

Diese Konvention gilt für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet von ihrem Inkrafttreten gemäß Artikel 15 Abs. 1, und zwar auch für Staaten, die sie später ratifiziert haben oder ihr später beigetreten sind.

Die Geltungsdauer der Konvention verlängert sich, außer im Falle der Kündigung, stillschweigend um jeweils fünf Jahre.

Die Kündigung ist spätestens sechs Monate, bevor der Zeitraum von fünf Jahren jeweils abläuft, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.

Sie kann sich auf bestimmte Gebiete, auf die die Konvention anzuwenden ist, beschränken.

Die Kündigung wirkt nur für den Staat, der sie notifiziert hat. Für die anderen Vertragsstaaten bleibt die Konvention in Kraft.

Artikel 20

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande notifiziert den in Artikel 14 bezeichneten Staaten sowie den Staaten, die gemäß Artikel 16 beigetreten sind:

a) die Unterzeichnungen und Ratifikationen gemäß Artikel 14;
b) den Tag, an dem diese Konvention gemäß Artikel 15 Abs. 1 in Kraft tritt;
c) die Beitrittserklärungen gemäß Artikel 16 sowie den Tag, an dem sie wirksam werden;
d) die Erklärungen über die Ausdehnung gemäß Artikel 17 sowie den Tag, an dem sie wirksam werden;
e) die Vorbehalte und Zurückziehungen von Vorbehalten gemäß Artikel 18,
f) die Kündigungen gemäß Artikel 19 Abs. 3.

ZU URKUND DESSEN haben die gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN in Den Haag, am 5. Oktober 1961, in französischer und englischer Sprache, wobei im Falle von Abweichungen der französische Wortlaut maßgebend ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Niederlande hinterlegt und von der jedem bei der Neunten Tagung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht vertretenen Staat eine beglaubigte Abschrift auf diplomatischem Weg übermittelt wird.

CONVENTION SUR LES CONFLITS DE LOIS EN MATIERE DE FORME DES DISPOSITIONS TESTAMENTAIRES

Les Etats signataires de la présente Convention,

Désirant établir des règles communes de solution des conflits de lois en matière de forme des dispositions testamentaires,

Ont résolu de conclure une Convention à cet effet et sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

Une disposition testamentaire est valable quant à la forme si celle-ci répond à la loi interne:

a) du lieu où le testateur a disposé, ou

b) d'une nationalité possédée par le testateur, soit au moment où il a disposé, soit au moment de son décès, ou

c) d'un lieu dans lequel le testateur avait son domicile, soit au moment où il a disposé, soit au moment de son décès, ou

d) du lieu dans lequel le testateur avait sa résidence habituelle, soit au moment où il a disposé, soit au moment de son décès, ou

e) pour les immeubles, du lieu de leur situation.

Aux fins de la présente Convention, si la loi nationale consiste en un système non unifié, la loi applicable est déterminée par les règles en vigueur dans ce système et, à défaut de telles règles, par le lien le plus effectif qu'avait le testateur avec l'une des législations composant ce système.

La question de savoir si le testateur avait un domicile dans un lieu déterminé est régie par la loi de ce même lieu.

Article 2

L'article premier s'applique aux dispositions testamentaires révoquant une disposition testamentaire antérieure.

La révocation est également valable quant à la forme si elle répond à l'une des lois aux termes de laquelle, conformément à l'article premier, la disposition testamentaire révoquée était valable.

Article 3

La présente Convention ne porte pas atteinte aux règles actuelles ou futures des Etats contractants reconnaissant des dispositions testamentaires faites en la forme d'une loi non prévue aux articles précédents.

Article 4

La présente Convention s'applique également aux formes des dispositions testamentaires faites dans un même acte par deux ou plusieurs personnes.

Article 5

Aux fins de la présente Convention, les prescriptions limitant les formes de dispositions testamentaires admises et se rattachant à l'âge, à la nationalité ou à d'autres qualités personnelles du testateur, sont considérées comme appartenant au domaine de la forme. Il en est de même des qualités que doivent posséder les témoins requis pour la validité d'une disposition testamentaire.

Article 6

L'application des règles de conflits établies par la présente Convention est indépendante de toute condition de réciprocité. La Convention s'applique même si la nationalité des intéressés ou la loi applicable en vertu des articles précédents ne sont pas celles d'un Etat contractant.

Article 7

L'application d'une des lois déclarées compétentes par la présente Convention ne peut être écartée que si elle est manifestement incompatible avec l'ordre public..

Article 8

La présente Convention s'applique à tous les cas où le testateur est décédé après son entrée en vigueur.

Article 9

Chaque Etat contractant peut se réserver, par dérogation à l'article premier, alinéa 3, le droit de déterminer selon la loi du for le lieu dans lequel le testateur avait son domicile.

Article 10

Chaque Etat contractant peut se réserver de ne pas reconnaître les dispositions testamentaires faites, en dehors de circonstances extraordinaires, en la forme orale par un de ses ressortissants n'ayant aucune autre nationalité.

Article 11

Chaque Etat contractant peut se réserver de ne pas reconnaître, en vertu de prescriptions de sa loi les visant, certaines formes de dispositions testamentaires faites à l'étranger, si les conditions suivantes sont réunies:

a) la disposition testamentaire n'est valable en la forme que selon une loi compétente uniquement en raison du lieu où le testateur a disposé,

b) le testateur avait la nationalité de l'Etat qui aura fait la réserve,

c) le testateur était domicilié dans ledit Etat ou y avait sa résidence habituelle, et

d) le testateur est décédé dans un Etat autre que celui où il avait disposé.

Cette réserve n'a d'effets que pour les seuls biens qui se trouvent dans l'Etat qui l'aura faite.

Article 12

Chaque Etat contractant peut se réserver d'exclure l'application de la présente Convention aux clauses testamentaires qui, selon son droit, n'ont pas un caractère successoral.

Article 13

Chaque Etat contractant peut se réserver, par dérogation à l'article 8, de n'appliquer la présente Convention qu'aux dispositions testamentaires postérieures à son entrée en vigueur.

Article 14

La présente Convention est ouverte à la signature des Etats représentés à la Neuvième session de la Conférence de La Haye de droit international privé.

Ella sera ratifiée et les instruments de ratification seront déposés auprès du Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Article 15

La présente Convention entrera en vigueur le soixantième jour après le dépôt du troisième instrument de ratification prévu par l'article 14, alinéa 2.

La Convention entrera en vigueur, pour chaque Etat signataire ratifiant postérieurement, le soixantième jour après le dépôt de son instrument de ratification.

Article 16

Tout Etat non représenté à la Neuvième session de la Conférence de La Haye de droit international privé pourra adhérer à la présente Convention après son entrée en vigueur en vertu de l'article 15, alinéa premier. L'instrument d'adhésion sera déposé auprès du Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

La Convention entrera en vigueur, pour l'Etat adhérant, le soixantième jour après le dépôt de son instrument d'adhésion.

Article 17

Tout Etat, au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, pourra déclarer que la présente Convention s'étendra à l'ensemble des territoires qu'il représente sur le plan international, ou à l'un ou plusieurs d'entre eux. Cette déclaration aura effet au moment de l'entrée en vigueur de la Convention pour ledit Etat.

Par la suite, toute extension de cette nature sera notifiée au Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

La Convention entrera en vigueur, pour les territoires visés par l'extension, le soixantième jour après la notification mentionnée à l'alinéa précédent.

Article 18

Tout Etat pourra, au plus tard au moment de la ratification ou de l'adhésion, faire une ou plusieurs des réserves prévues aux articles 9, 10, 11, 12 et 13 de la présente Convention. Aucune autre réserve ne sera admise.

Chaque Etat contractant pourra également, en notifiant une extension de la Convention conformément à l'article 17, faire une ou plusieurs de ces réserves avec effet limité aux territoires ou à certains des territoires visés par l'extension.

Chaque Etat contractant pourra, à tout moment, retirer une réserve qu'il aura faite. Ce retrait sera notifié au Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

L'effet de la réserve cessera le soixantième jour après la notification mentionnée à l'alinéa précédent.

Article 19

La présente Convention aura une durée de cinq ans à partir de la date de son entrée en vigueur conformément à l'article 15, alinéa premier, même pour les Etats qui l'auront ratifiée ou y auront adhéré postérieurement.

La Convention sera renouvelée tacitement de cinq en cinq ans, sauf dénonciation.

La dénonciation sera, au moins six mois avant l'expiration du délai de cinq ans, notifiée au Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Elle pourra se limiter à certains des territoires auxquels s'applique la Convention.

La dénonciation n'aura d'effet qu'à l'égard de l'Etat qui l'aura notifiée. La Convention restera en vigueur pour les autres Etats contractants.

Article 20

Le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas notifiera aux Etats visés à l'article 14, ainsi qu'aux Etats qui auront adhéré conformément aux dispositions de l'article 16:

a) les signatures et ratifications visées à l'article 14;

b) la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur conformément aux dispositions de l'article 15, alinéa premier;

c) les adhésions visées à l'article 16 et la date à laquelle elles auront effet;

d) les extensions visées à l'article 17 et la date à laquelle elles auront effet;

e) les réserves et retraits de réserves visés à l'article 18;

f) les dénonciations visées à l'article 19, alinéa 3.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés, ont signé la présente Convention.

Fait à La Haye, le 5 octobre 1961, en français et en anglais, le texte français faisant foi en cas de divergence entre les textes, en un seul exemplaire, qui sera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont une copie certifiée conforme sera remise, par la voie diplomatique, à chacun des Etats représentés à la Neuvième session de la Conférence de La Haye de droit international privé.

CONVENTION ON THE CONFLICTS OF LAWS RELATING TO THE FORM OF TESTAMENTARY DISPOSITIONS

The States signatory to the present Convention,

Desiring to establish common provisions on the conflicts of laws relating to the form of testamentary dispositions,

Have resolved to conclude a Convention to this effect and have agreed upon the following provisions:

Article 1

A testamentary disposition shall be valid as regards form if its form complies with the internal law:

a) of the place where the testator made it, or

b) of a nationality possessed by the testator, either at the time when he made the disposition, or at the time of his death, or

c) of a place in which the testator had his domicile either at the time when he made the disposition, or at the time of his death, or

d) of the place in which the testator had his habitual residence either at the time when he made the disposition, or at the time of his death, or

e) so far as immovables are concerned, of the place where they are situated.

For the purposes of the present Convention, if a national law consists of a non-unified system, the law to be applied shall be determined by the rules in force in that system and, failing any such rules, by the most real connexion which the testator had with any one of the various laws within that system.

The determination of whether or not the testator had his domicile in a particular place shall be governed by the law of that place.

Article 2

Article 1 shall apply to testamentary dispositions revoking an earlier testamentary disposition.

The revocation shall also be valid as regards form if it complies with any one of the laws according to the terms of which, under Article 1, the testamentary disposition that has been revoked was valid.

Article 3

The present Convention shall not affect any existing or future rules of law in contracting States which recognize testamentary dispositions made in compliance with the formal requirements of a law other than a law referred to in the preceding Articles.

Article 4

The present Convention shall also apply to the form of testamentary dispositions made by two or more persons in one document.

Article 5

For the purposes of the present Convention, any provision of law which limits the permitted forms of testamentary dispositions by reference to the age, nationality or other personal conditions of the testator, shall be deemed to pertain to matters of form. The same rule shall apply to the qualifications that must be possessed by witnesses required for the validity of a testamentary disposition.

Article 6

The application of the rules of conflicts laid down in the present Convention shall be independent of any requirement of reciprocity. The Convention shall be applied even if the nationality of the persons involved or the law to be applied by virtue of the foregoing Articles is not that of a contracting State.

Article 7

The application of any of the laws declared applicable by the present Convention may be refused only when it is manifestly contrary to "ordre public".

Article 8

The present Convention shall be applied in all cases where the testator dies after its entry into force.

Article 9

Each contracting State may reserve the right, in derogation of the third paragraph of Article 1, to determine in accordance with the *lex fori* the place where the testator had his domicile.

Article 10

Each contracting State may reserve the right not to recognize testamentary dispositions made orally, save in exceptional

circumstances, by one of its nationals possessing no other nationality.

Article 11

Each contracting State may reserve the right not to recognize, by virtue of provisions of its own law relating thereto, forms of testamentary dispositions made abroad when the following conditions are fulfilled:

a) the testamentary disposition is valid as to form by reason only of a law solely applicable because of the place where the testator made his disposition,

b) the testator possessed the nationality of the State making the reservation,

c) the testator was domiciled in the said State or had his habitual residence there, and

d) the testator died in a State other than that in which he had made his disposition.

This reservation shall be effective only as to the property situated in the State making the reservation.

Article 12

Each contracting State may reserve the right to exclude from the application of the present Convention any testamentary clauses which, under its law, do not relate to matters of succession.

Article 13

Each contracting State may reserve the right, in derogation of Article 8, to apply the present Convention only to testamentary dispositions made after its entry into force.

Article 14

The present Convention shall be open for signature by the States represented at the Ninth session of the Hague Conference on Private International Law.

It shall be ratified, and the instruments of ratification shall be deposited with the Ministry of Foreign Affairs of the Netherlands.

Article 15

The present Convention shall enter into force on the sixtieth day after the deposit of the third instrument of ratification referred to in the second paragraph of Article 14.

The Convention shall enter into force for each signatory State which ratifies subsequently on the sixtieth day after the deposit of its instrument of ratification.

Article 16

Any State not represented at the Ninth session of the Hague Conference on Private International Law may accede to the present Convention after it has entered into force in accordance with the first paragraph of Article 15. The instrument of accession shall be deposited with the Ministry of Foreign Affairs of the Netherlands.

The Convention shall enter into force for a State acceding to it on the sixtieth day after the deposit of its instrument of accession.

Article 17

Any State may, at the time of signature, ratification or accession, declare that the present Convention shall extend to all the territories for the international relations of which it is responsible, or to one or more of them. Such a declaration shall take effect on the date of entry into force of the Convention for the State concerned.

At any time thereafter, such extensions shall be notified to the Ministry of Foreign Affairs of the Netherlands.

The Convention shall enter into force for the territories mentioned in such an extension on the sixtieth day after the notification referred to in the preceding paragraph.

Article 18

Any State may, not later than the moment of its ratification or accession, make one or more of the reservations mentioned in Articles 9, 10, 11, 12 and 13 of the present Convention. No other reservation shall be permitted.

Each contracting State may also, when notifying an extension of the Convention in accordance with Article 17, make one or more of the said reservations, with its effect limited to all or some of the territories mentioned in the extension.

Each contracting State may at any time withdraw a reservation it has made. Such a withdrawal shall be notified to the Ministry of Foreign Affairs of the Netherlands.

Such a reservation shall cease to have effect on the sixtieth day after the notification referred to in the preceding paragraph.

Article 19

The present Convention shall remain in force for five years from the date of its entry into force in accordance with the first paragraph of Article 15, even for States which have ratified it or acceded to it subsequently.

If there has been no denunciation, it shall be renewed tacitly every five years.

Any denunciation shall be notified to the Ministry of Foreign Affairs of the Netherlands at least six months before the end of the five year period.

It may be limited to certain of the territories to which the Convention applies.

The denunciation will only have effect as regards the State which has notified it. The Convention shall remain in force for the other contracting States.

Article 20

The Ministry of Foreign Affairs of the Netherlands shall give notice to the States referred to in Article 14, and to the States which have acceded in accordance with Article 16, of the following:

a) the signatures and ratifications referred to in Article 14;

b) the date on which the present Convention enters into force in accordance with the first paragraph of Article 15;

c) the accession referred to in Article 16 and the date on which they take effect;

d) the extensions referred to in Article 17 and the date on which they take effect;

e) the reservations and withdrawals referred to in Article 18;

f) the denunciation referred to in the third paragraph of Article 19.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed the present Convention.

Done at The Hague the 5th October 1961, in French and in English, the French text prevailing in case of divergence between the two texts, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Government of the Netherlands, and of which a certified copy shall be sent, through the diplomatic channel, to each of the States represented at the Ninth session of the Hague Conference on Private International Law.

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31 818

AUSGESONDERT

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

45

1975	Berlin, den 8. April 1975	Teil II Nr. 3

Tag	Inhalt	Seite
21. 2. 75	**Bekanntmachung über die Annahme des Protokolls vom 7. Dezember 1953 zur Änderung der am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Konvention über die Sklaverei**	45
21. 2. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Zusatzkonvention vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und der Einrichtungen und Praktiken, die der Sklaverei ähnlich sind**	52
13. 3. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr und zur Konvention vom 8. November 1968 über Verkehrszeichen und -signale**	67
20. 3. 75	**Bekanntmachung über das endgültige Inkrafttreten des Internationalen Zuckerabkommens, 1973**	67

Bekanntmachung über die Annahme des Protokolls vom 7. Dezember 1953 zur Änderung der am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Konvention über die Sklaverei

vom 21. Februar 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 16. Juli 1974 die Annahmeurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu dem nachstehend veröffentlichten Protokoll vom 7. Dezember 1953 zur Änderung der am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Konvention über die Sklaverei (RGBl. 1929 II S. 63), die die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 22. Dezember 1958 wiederangewandt hat, hinterlegt wurde.

Das Protokoll ist entsprechend seinem Artikel III für die Deutsche Demokratische Republik am 16. Juli 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 21. Februar 1975

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

Protokoll zur Änderung der am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Konvention über die Sklaverei

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls,

Von der Erwägung geleitet, daß dem Völkerbund nach der am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Konvention über die Sklaverei (im folgenden als „Konvention" bezeichnet) bestimmte Aufgaben und Befugnisse oblagen, und

In der Erwägung, daß es zweckdienlich ist, wenn diese Aufgaben und Befugnisse fortan von den Vereinten Nationen wahrgenommen werden,

Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls gewähren im Verhältnis zueinander den in der Anlage zu dem Protokoll aufgeführten Änderungen der Konvention nach Maßgabe dieses Protokolls volle rechtliche Wirksamkeit, setzen sie in Kraft und gewährleisten ihre Anwendung.

Artikel II

(1) Dieses Protokoll liegt für alle Vertragsstaaten der Konvention, denen der Generalsekretär zu diesem Zweck eine Kopie des Protokolls zugeleitet hat, zur Unterzeichnung oder Annahme auf.

(2) Staaten können Vertragsparteien dieses Protokolls werden,

a) indem sie es ohne Vorbehalt in bezug auf die Annahme unterzeichnen;

b) indem sie es vorbehaltlich der Annahme unterzeichnen und in der Folge annehmen;

c) indem sie es annehmen.

(3) Die Annahme erfolgt durch Hinterlegung einer offiziellen Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel III

(1) Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem zwei Staaten Vertragsparteien desselben geworden sind; in der Folge tritt es für jeden Staat an dem Tag in Kraft, an dem dieser Vertragspartei des Protokolls wird.

(2) Die in der Anlage zu diesem Protokoll aufgeführten Änderungen treten in Kraft, wenn dreiundzwanzig Staaten Vertragsparteien des Protokolls geworden sind; somit wird jeder Staat, der Vertragspartei der Konvention wird, nachdem deren Änderungen in Kraft getreten sind, Vertragspartei der Konvention in der geänderten Fassung.

Artikel IV

Nach Artikel 102 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen und den von der Vollversammlung angenommenen Ausführungsbestimmungen dazu ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen ermächtigt, dieses Protokoll sowie die durch dieses Protokoll an der Konvention bewirkten Änderungen zu den Zeitpunkten ihres Inkrafttretens zu registrieren und das Protokoll sowie den geänderten Wortlaut der Konvention so bald wie möglich nach der Registrierung zu veröffentlichen.

Artikel V

Dieses Protokoll, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv des Sekretariats der Vereinten Nationen hinterlegt. Für die nach Maßgabe der Anlage zu ändernde Konvention, die nur in englischer und französischer Sprache verbindlich ist, sind der englische und der französische Wortlaut der Anlage gleichermaßen verbindlich, während der chinesische, der russische und der spanische Wortlaut als Übersetzungen gelten. Der Generalsekretär sorgt für beglaubigte Kopien des Protokolls einschließlich der Anlage zwecks Übermittlung an die Vertragsstaaten der Konvention sowie an alle anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Sobald die Änderungen nach Artikel III in Kraft getreten sind, sorgt er ferner für beglaubigte Kopien der Konvention in ihrer geänderten Fassung zwecks Übermittlung an die verschiedenen Staaten, einschließlich der Nichtmitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll an den gegenüber ihren Unterschriften vermerkten Tagen unterschrieben.

GESCHEHEN am Sitz der Vereinten Nationen in New York am 7. Dezember 1953.

Anlage zum Protokoll zur Änderung der am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Konvention über die Sklaverei

In Artikel 7 werden die Worte „dem Generalsekretär des Völkerbundes" ersetzt durch „dem Generalsekretär der Vereinten Nationen".

In Artikel 8 werden die Worte „Ständigen Internationalen Gerichtshof" ersetzt durch „Internationalen Gerichtshof" und die Worte „des Protokolls vom 16. Dezember 1920 über den Ständigen Internationalen Gerichtshof" durch „der Satzung des Internationalen Gerichtshofs".

In Artikel 10 Absätze 1 und 2 werden die Worte „des Völkerbundes" ersetzt durch „der Vereinten Nationen".

In Artikel 11 werden die drei letzten Absätze durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Diese Konvention liegt für alle Staaten einschließlich der Nichtmitgliedstaaten der Vereinten Nationen, denen der Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Kopie der Konvention übermittelt hat, zum Beitritt auf.

Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer offiziellen Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen; dieser teilt allen Vertragsstaaten der Konvention und allen anderen in diesem Artikel vorgesehenen Staaten die Hinterlegung sowie den Zeitpunkt mit, zu dem die Beitrittsurkunde hinterlegt wurde."

In Artikel 12 werden die Worte „des Völkerbundes" ersetzt durch „der Vereinten Nationen".

PROTOCOL
AMENDING THE SLAVERY CONVENTION
SIGNED AT GENEVA ON 25 SEPTEMBER 1926

The States Parties to the present Protocol,

Considering that under the Slavery Convention signed at Geneva on 25 September 1926 (hereinafter called "the Convention") the League of Nations was invested with certain duties and functions, and

Considering that it is expedient that these duties and functions should be continued by the United Nations,

Have agreed as follows:

ARTICLE I

The States Parties to the present Protocol undertake that as between themselves they will, in accordance with the provisions of the Protocol, attribute full legal force and effect to and duly apply the amendments to the Convention set forth in the annex to the Protocol.

ARTICLE II

1. The present Protocol shall be open for signature or acceptance by any of the States Parties to the Convention to which the Secretary-General has communicated for this purpose a copy of the Protocol.

2. States may become Parties to the present Protocol by:

(a) Signature without reservation as to acceptance;

(b) Signature with reservation as to acceptance, followed by acceptance;

(c) Acceptance.

3. Acceptance shall be effected by the deposit of a formal instrument with the Secretary-General of the United Nations.

ARTICLE III

1. The present Protocol shall come into force on the date on which two States shall have become Parties thereto, and shall thereafter come into force in respect of each State upon the date on which it becomes a Party to the Protocol.

2. The amendments set forth in the annex to the present Protocol shall come into force when twenty-three States shall have become Parties to the Protocol, and consequently any State becoming a Party to the Convention, after the amendments thereto have come into force, shall become a Party to the Convention as so amended.

ARTICLE IV

In accordance with paragraph 1 of Article 102 of the Charter of the United Nations and the regulations pursuant thereto adopted by the General Assembly, the Secretary-General of the United Nations is authorized to effect registration of the present Protocol and of the amendments made in the Convention by the Protocol on the respective dates of their entry into force and to publish the Protocol and the amended text of the Convention as soon as possible after registration.

ARTICLE V

The present Protocol, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited in the archives of the United Nations Secretariat. The texts of the Convention to be amended in accordance with the annex being authentic in the English and French languages only, the English and French texts of the annex shall be equally authentic, and the Chinese, Russian and Spanish texts shall be translations. The Secretary-General shall prepare certified copies of the Protocol, including the annex, for communication to States Parties to the Convention, as well as to all other States Members of the United Nations. He shall likewise prepare for communication to States, including States not Members of the United Nations, upon the entry into force of the amendments as provided in article III, certified copies of the Convention as so amended.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, signed the present Protocol on the date appearing opposite their respective signatures.

Done at the Headquarters of the United Nations, New York, this seventh day of December one thousand nine hundred and fifty-three.

ANNEX
TO THE PROTOCOL
AMENDING THE SLAVERY CONVENTION
SIGNED AT GENEVA ON 25 SEPTEMBER 1926

In *article 7* "the Secretary-General of the United Nations" shall be substituted for "the Secretary-General of the League of Nations".

In *article 8* "the International Court of Justice" shall be substituted for "the Permanent Court of International Justice", and "the Statute of the International Court of Justice" shall be substituted for "the Protocol of December 16th, 1920, relating to the Permanent Court of International Justice".

In the first and second paragraphs of *article 10* "the United Nations" shall be substituted for "the League of Nations".

The last three paragraphs of *article 11* shall be deleted and the following substituted:

"The present Convention shall be open to accession by all States, including States which are not Members of the United Nations, to which the Secretary-General of the United Nations shall have communicated a certified copy of the Convention.

"Accession shall be effected by the deposit of a formal instrument with the Secretary-General of the United Nations, who shall give notice thereof to all States Parties to the Convention and to all other States contemplated in the present article, informing them of the date on which each such instrument of accession was received in deposit."

In *article 12* "the United Nations" shall be substituted for "the League of Nations".

PROTOCOLE AMENDANT LA CONVENTION RELATIVE A L'ESCLAVAGE SIGNÉE A GENÈVE LE 25 SEPTEMBRE 1926

Les Etats parties au présent Protocole,

Considérant que la Convention relative à l'esclavage signée à Genève le 25 septembre 1926 (ci-après dénommée « la Convention ») a confié à la Société des Nations certains devoirs et certaines fonctions, et

Considérant qu'il est opportun que ces devoirs et ces fonctions soient assumés désormais par l'Organisation des Nations Unies,

Sont convenus des dispositions suivantes:

ARTICLE PREMIER

Les Etats parties au présent Protocole prennent l'engagement qu'entre eux-mêmes, conformément aux dispositions du présent Protocole, ils attribueront plein effet juridique aux amendements à cet instrument qui figurent à l'annexe au présent Protocole, les mettront en vigueur et en assureront l'application.

ARTICLE II

1. Le présent Protocole sera ouvert à la signature ou à l'acceptation de tous les Etats parties à la Convention auxquels le Secrétaire général aura communiqué à cette fin un exemplaire dudit Protocole.

2. Les Etats pourront devenir parties au présent Protocole:

a) En le signant sans réserve quant à l'acceptation;

b) En le signant sous réserve d'acceptation et en l'acceptant ultérieurement;

c) En l'acceptant.

3. L'acceptation s'effectura par le dépôt d'un instrument formel auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

ARTICLE III

1. Le présent Protocole entrera en vigueur à la date à laquelle deux Etats y seront devenus parties; il entrera par la suite en vigueur, à l'égard de chaque Etat, à la date à laquelle cet Etat deviendra partie au Protocole.

2. Les amendements qui figurent à l'annexe au présent Protocole entreront en vigueur lorsque vingt-trois Etats seront devenus parties audit Protocole. En conséquence, tout Etat devenant partie à la Convention après que les amendements à cette Convention seront entrés en vigueur, deviendra partie à la Convention ainsi amendée.

ARTICLE IV

Conformément au paragraphe 1 de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies et au règlement adopté par l'Assemblée générale pour son application, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est autorisé à enregistrer, aux dates respectives de leur entrée en vigueur, le présent Protocole ainsi que les amendements apportés à la Convention par ledit Protocole, et à publier, aussitôt que possible après l'enregistrement, le Protocole et le texte amendé de la Convention.

ARTICLE V

Le présent Protocole, dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe feront également foi, sera déposé aux archives du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies. Les textes de la Convention, qui doit être amendée comme prévu à l'annexe, faisant foi seulement en anglais et en français, les textes français et anglais de l'annexe feront également foi, et les textes chinois, espagnol et russe seront considérés comme des traductions. Le Secrétaire général établira des copies certifiées conformes du Protocole, y compris l'annexe, aux fins de communication aux Etats parties à la Convention, ainsi qu'à tous les autres Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies. Dès que les amendements prévus à l'article III seront entrés en vigueur, il établira de même des copies certifiées conformes de la Convention ainsi amendée, aux fins de communication aux différents Etats, y compris les Etats non membres de l'Organisation des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Protocole aux dates figurant en regard de leurs signatures respectives.

FAIT au Siège de l'Organisation des Nations Unies, à New-York, le sept décembre mil neuf cent cinquante-trois.

ANNEXE

AU PROTOCOLE AMENDANT LA CONVENTION RELATIVE A L'ESCLAVAGE SIGNÉE A GENÈVE LE 25 SEPTEMBRE 1926

A l'*article 7*, remplacer les mots « au Secrétaire général de la Société des Nations » par les mots « au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies «.

A l'*article 8*, remplacer les mots « la Cour permanente de Justice internationale « par les mots » la Cour internationale de Justice «; remplacer les mots » au Protocole du 16 décembre 1920, relatif à la Cour permanente de Justice internationale » par les mots » au Statut de la Cour internationale de Justice «.

A l'*article 10*, dans les premier et deuxième alinéas, remplacer les mots « la Société des Nations » par les mots « l'Organisation des Nations Unies «.

A l'*article 11*, remplacer les trois derniers alinéas par le texte suivant:

» La présente Convention sera ouverte à l'adhésion de tous les Etats, y compris les Etats non membres de l'Organisation des Nations Unies, auxquels le Secrétaire général aura communiqué une copie certifiée conforme de la Convention.

« L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument formel auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en avisera tous les Etats parties à la Convention et tous les autres Etats visés dans le présent article, en leur indiquant la date à laquelle chacun de ces instruments d'adhésion a été déposé. «

A l'*article 12*, remplacer les mots « la Société des Nations » par les mots » l'Organisation des Nations Unies. «

修正一九二六年九月二十五日在日內瓦所訂禁奴公約之議定書

本議定書簽訂國

鑒於國際聯合會依據一九二六年九月二十五日在日內瓦簽訂之禁奴公約（以下簡稱"公約"）負有若干職責，

並鑒於各該職責宜由聯合國繼續執行，

爰經議定條款如下：

第一條

本議定書各簽訂國承擔於彼此間依照本議定書之規定，對於本議定書附件內所載之公約修正條款賦與充分法律效力，並妥予實施。

第二條

一。本議定書應聽由公約之任何簽訂國經秘書長送交本議定書副本以備其簽署或接受本議定書者予以簽署或接受。

二。各國得依下列方式之一成爲本議定書簽訂國：

(甲)對於接受不附保留之簽署；

(乙)對於接受附有保留之簽署，繼以接受；

(丙)接受。

三。接受應以正式文書送交聯合國祕書長存放爲之。

第三條

一。本議定書應自兩個國家成爲簽訂國之日起發生效力，嗣後對於每一國家應自該國成爲簽訂國之日起發生效力。

二。本議定書附件內所載之修正條款應自二十三個國家成爲本議定書簽訂國之日起發生效力，因此任何國家於公約之修正條款生效後成爲公約之簽訂國者即爲修正後之公約之簽訂國。

第四條

茲依照聯合國憲章第一百零二條第一項之規定及大會遵照該項規定所訂之細則，授權聯合國祕書長於本議定書及本議定書對於公約所爲之修正分別發生效力之日，予以登記，並於登記後儘速將本議定書及修正後之公約全文予以公佈。

第五條

本議定書應交存聯合國祕書處檔庫，其中、英、法、俄、西文各本同一作準。須依附件修正之公約既僅以英、法文本作準，故附件應以其英、法文本同一作準，中、俄、西文各本則爲譯本。祕書長應備就本議定書包括附件在內之正式副本，以便分送公約各簽訂國及聯合國所有其他會員國。祕書長並應備就修正後之公約之正式副本，俾於修正條款依照第三條規定生效時分送各國，包括非聯合國會員國之國家在內。

爲此，下列簽字人各本其本國政府正式授權，爰簽字於本議定書，以昭信守。其簽署日期與簽字並列。

公曆一九五三年十二月七日訂於紐約聯合國會所。

ПРОТОКОЛ
О ВНЕСЕНИИ ИЗМЕНЕНИЙ В КОНВЕНЦИЮ О РАБСТВЕ, ПОДПИСАННУЮ В ЖЕНЕВЕ 25 СЕНТЯБРЯ 1926 ГОДА

Государства, участвующие в настоящем Протоколе,

принимая во внимание, что по Конвенции о рабстве, подписанной в Женеве 25 сентября 1926 года (именуемой в дальнейшем «Конвенция»), на Лигу Наций было возложено выполнение некоторых обязанностей и функций, и

считая целесообразным, чтобы выполнение этих обязанностей и функций в дальнейшем приняла на себя Организация Объединенных Наций,

согласились о нижеследующем:

СТАТЬЯ I

Государства, участвующие в настоящем Протоколе, обязуются в своих взаимоотношениях признавать, в соответствии с положениями настоящего Протокола, полную юридическую силу и значение поправок к Конвенции, изложенных в Приложении к настоящему Протоколу, и надлежащим образом применять их.

СТАТЬЯ II

1. Настоящий Протокол открыт для подписания или принятия любым государством, участвующим в Конвенции, которому Генеральный Секретарь в этих целях препроводит копию настоящего Протокола.

2. Государства могут стать участниками настоящего Протокола путем:

a) подписания без оговорок относительно принятия;

b) подписания с оговоркой относительно принятия, после чего следует принятие;

c) принятия.

3. Принятие производится путем депонирования формального акта у Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций.

СТАТЬЯ III

1. Настоящий Протокол вступает в силу в день, когда не менее двух государств станут его участниками, и после этого входит в силу в отношении каждого государства в день, когда оно становится участником Протокола.

2. Поправки, изложенные в Приложении к настоящему Протоколу, вступают в силу после того как двадцать три государства станут участниками Протокола, и после этого каждое государство, которое становится участником Конвенции после вступления в силу поправок к таковой, становится участником соответственно измененной Конвенции.

СТАТЬЯ IV

Согласно пункту 1 статьи 102 Устава Организации Объединенных Наций и согласно правилам, установленным Генеральной Ассамблеей для выполнения его, Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций уполномочен зарегистрировать настоящий Протокол и внесенные настоящим Протоколом в Конвенцию поправки в соответствующие дни вступления таковых в силу и опубликовать настоящий Протокол и измененный текст Конвенции в кратчайший по возможности срок по их регистрации.

СТАТЬЯ V

Настоящий Протокол, английский, испанский, китайский, русский и французский тексты которого являются равно аутентичными, будет храниться в архиве Секретариата Организации Объединенных Наций. Ввиду того что аутентичными являются только английский и французский тексты Конвенции, подлежащей изменению в соответствии с Приложением, равно аутентичными являются английский и французский тексты Приложения, а его испанский, китайский и русский тексты являются переводами. Генеральный Секретарь является переводами. Генеральный Секретарь должен приготовить заверенные копии Протокола и Приложения к нему для препровождения их участвующим в Конвенции государствам, а также и всем другим государствам-членам Организации Объединенных Наций. Когда поправки вступят в силу, как это предусматривается статьей III, он равным образом должен будет приготовить заверенные копии измененной Конвенции для препровождения их государствам, включая и государства, не состоящие членами Организации Объединенных Наций.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, надлежащим образом уполномоченные своими правительствами, подписали настоящий Протокол в дни, соответственно указанные против их подписей.

СОСТАВЛЕНО в Центральных учреждениях Организации Объединенных Наций, Нью-Йорк, сего седьмого декабря тысяча девятьсот пятьдесят третьего года.

PROTOCOLO
PARA MODIFICAR LA CONVENCION SOBRE LA ESCLAVITUD FIRMADA EN GINEBRA EL 25 DE SEPTIEMBRE DE 1926

Los Estados Partes en el presente Protocolo,

Considerando que la Convención sobre la Esclavitud firmada en Ginebra el 25 de septiembre de 1926 (denominada en adelante en el presente instrumento "la Convención") encomendó a la Sociedad de las Naciones determinados deberes y funciones, y

Considerando que es conveniente que las Naciones Unidas asuman en adelante el ejercicio de esos deberes y funciones,

Han convenido en lo siguiente:

ARTICULO I

Los Estados Partes en el presente Protocolo se comprometen entre sí, con arreglo a las disposiciones de este Protocolo, a atribuir plena fuerza y eficacia jurídica a las modificaciones de la Convención que figuran en el anexo al Protocolo, y a aplicar debidamente dichas modificaciones.

ARTICULO II

1. El presente Protocolo estará abierto a la firma o a la aceptación de todos los Estados Partes en la Convención a los que el Secretario General haya enviado al efecto copia del Protocolo.

2. Los Estados podrán llegar a ser Partes en el presente Protocolo:

a) Por la firma sin reserva en cuanto a la aceptación;

b) Por la firma con reserva en cuanto a la aceptación y la aceptación ulterior;

c) Por la aceptación.

3. La aceptación se efectuará depositando un instrumento en debida forma en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

ARTICULO III

1. El presente Protocolo entrará en vigor en la fecha en que hayan llegado a ser Partes en el mismo dos Estados y, en lo sucesivo, respecto de cada Estado, en la fecha en que éste llegue a ser Parte en el Protocolo.

2. Las modificaciones que figuran en el anexo al presente Protocolo entrarán en vigor cuando hayan llegado a ser Partes en el Protocolo veintitrés Estados. En consecuencia, cualquier Estado que llegare a ser Parte en la Convención, después de haber entrado en vigor las modificaciones de la misma, será Parte en la Convención así modificada.

ARTICULO IV

Conforme al párrafo 1 del Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas y al reglamento aprobado por la Asamblea General para la aplicación de ese texto, el Secretario General de las Naciones Unidas queda autorizado para registrar, en las fechas de su respectiva entrada en vigor, el presente Protocolo y las modificaciones introducidas en la Convención por el Protocolo, y a publicar, tan pronto como sea posible después del registro, el Protocolo y el texto modificado de la Convención.

ARTICULO V

El presente Protocolo, cuyos textos chino, español, francés, inglés y ruso son igualmente auténticos, será depositado en los archivos de la Secretaría de las Naciones Unidas. Como los textos auténticos de la Convención, que ha de ser modificada de conformidad con el anexo, son únicamente el inglés y el francés, los textos inglés y francés del anexo serán igualmente auténticos y los textos chino, español y ruso serán considerados como traducciones. El Secretario General preparará copias certificadas del Protocolo, con inclusión del anexo, para enviarlas a los Estados Partes en la Convención, así como a todos los demás Estados Miembros de las Naciones Unidas. Al entrar en vigor las modificaciones con arreglo a lo previsto en el artículo III, el Secretario General preparará también, para enviarlas a los Estados, inclusive los que no son miembros de las Naciones Unidas, copias certificadas de la Convención así modificada.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL los infrascritos, debidamente autorizados por sus respectivos Gobiernos, han firmado el presente Protocolo en las fechas que figuran al lado de sus respectivas firmas.

HECHO en la Sede de las Naciones Unidas, Nueva York, el siete de diciembre de mil novecientos cincuenta y tres.

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Zusatzkonvention vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und der Einrichtungen und Praktiken, die der Sklaverei ähnlich sind

vom 21. Februar 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 16. Juli 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Zusatzkonvention vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und der Einrichtungen und Praktiken, die der Sklaverei ähnlich sind, hinterlegt wurde.

Die Zusatzkonvention ist gemäß ihrem Artikel 13 für die Deutsche Demokratische Republik am 16. Juli 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 21. Februar 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Zusatzkonvention über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und der Einrichtungen und Praktiken, die der Sklaverei ähnlich sind

PRÄAMBEL

DIE VERTRAGSSTAATEN DIESER KONVENTION

IN DER ERWÄGUNG, daß die Freiheit das angeborene Recht jedes Menschen ist,

EINGEDENK der Tatsache, daß die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die Würde und den Wert der menschlichen Person erneut bekräftigt haben,

IN DER ERWÄGUNG, daß in der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal verkündeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgestellt wird, daß niemand in Sklaverei oder Knechtschaft gehalten werden darf und daß Sklaverei und Sklavenhandel in jeder Form verboten werden sollen,

IN ANERKENNUNG der Tatsache, daß seit dem Abschluß der am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Konvention über die Sklaverei, durch welche die Abschaffung der Sklaverei und des Sklavenhandels sichergestellt werden sollte, weitere Fortschritte zur Erreichung dieses Ziels gemacht worden sind,

IN ANBETRACHT des Übereinkommens über Zwangs- oder Pflichtarbeit von 1930 und weiterer, von der Internationalen Arbeitsorganisation in bezug auf Zwangs- oder Pflichtarbeit unternommener Schritte,

jedoch IN DEM BEWUSSTSEIN, daß Sklaverei, Sklavenhandel und sklavereiähnliche Einrichtungen und Praktiken noch nicht in allen Teilen der Welt beseitigt sind,

HABEN DAHER BESCHLOSSEN, die Konvention von 1926, die in Kraft bleibt, nunmehr durch den Abschluß einer Zusatzkonvention zu ergänzen mit dem Ziel, sowohl die nationalen als auch die internationalen Bemühungen um die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken zu verstärken, und

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

TEIL I

Sklavereiähnliche Einrichtungen und Praktiken

Artikel 1

Jeder Vertragsstaat dieser Konvention trifft alle durchführbaren und notwendigen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen, um schrittweise und so bald wie möglich die vollständige Abschaffung der folgenden Einrichtungen und Praktiken oder den Verzicht darauf herbeizuführen, soweit sie noch bestehen und ohne Rücksicht darauf, ob sie unter die in Artikel 1 der am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Konvention über die Sklaverei enthaltene Begriffsbestimmung fallen:

a) Schuldknechtschaft, d. h. eine Rechtsstellung oder eine Lage, die dadurch entsteht, daß ein Schuldner als Sicherheit für eine Schuld seine persönlichen Dienstleistungen oder diejenigen einer seiner Kontrolle unterstehenden Person verpfändet, wenn der in angemessener Weise festgesetzte Wert dieser Dienstleistungen nicht zur Tilgung der Schuld dient oder wenn diese Dienstleistungen nicht sowohl nach ihrer Dauer wie auch nach ihrer Art begrenzt und bestimmt sind;

b) Leibeigenschaft, d. h. die Lage oder Rechtsstellung eines Pächters, der durch Gesetz, Gewohnheitsrecht oder Vereinbarung verpflichtet ist, auf einem einer anderen Person gehörenden Grundstück zu leben und zu arbeiten und dieser Person bestimmte entgeltliche oder unentgeltliche Dienste zu leisten, ohne seine Rechtsstellung selbständig ändern zu können;

c) Einrichtungen oder Praktiken, durch die

(i) eine Frau, ohne ein Weigerungsrecht zu besitzen, gegen eine an ihre Eltern, ihren Vormund, ihre Familie oder eine andere Person oder Gruppe gegebene Geld- oder Naturalleistung zur Ehe versprochen oder verheiratet wird,

(ii) der Ehemann einer Frau, seine Familie oder seine Sippe berechtigt ist, sie gegen Entgelt oder in anderer Weise an eine andere Person abzutreten,

(iii) eine Frau beim Tode ihres Ehemannes zwangsläufig an eine andere Person vererbt wird;

d) Einrichtungen oder Praktiken, durch die ein Kind oder ein Jugendlicher unter achtzehn Jahren von seinen natürlichen Eltern oder einem Elternteil oder seinem Vormund entgeltlich oder unentgeltlich einer anderen Person übergeben werden, in der Absicht, das Kind oder den Jugendlichen oder seine Arbeitskraft auszubeuten.

Artikel 2

Um den in Artikel 1 Absatz c dieser Konvention erwähnten Einrichtungen und Praktiken ein Ende zu bereiten, verpflichten sich die Vertragsstaaten, dort, wo es angebracht erscheint, ein angemessenes Mindestalter zur Eheschließung festzusetzen, die Anwendung von Vorkehrungen, auf Grund deren die Zustimmung beider Ehepartner vor einer zuständigen zivilen oder religiösen Behörde frei zum Ausdruck gebracht werden kann, und die Eintragung der Eheschließungen zu fördern.

TEIL II

Sklavenhandel

Artikel 3

1. Die Beförderung oder der Versuch der Beförderung von Sklaven aus einem Land in ein anderes, gleichgültig mit welchen Beförderungsmitteln sie erfolgt, oder die Beihilfe dazu soll ein Verbrechen nach den Gesetzen der Vertragsstaaten dieser Konvention sein; Personen, die dieser Verbrechen überführt werden, sollen sehr schwer bestraft werden.

2. a) Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen Maßnahmen, um Schiffe und Luftfahrzeuge, die ihre Flagge führen dürfen, an der Beförderung von Sklaven zu

hindern und um Personen, die solcher Handlungen oder der Benutzung nationaler Flaggen für diesen Zweck schuldig werden, zu bestrafen.

b) Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ihre Häfen, Flughäfen und Küsten nicht zur Beförderung von Sklaven benutzt werden.

3. Die Vertragsstaaten dieser Konvention tauschen Informationen aus, um die praktische Koordinierung der von ihnen zur Bekämpfung des Sklavenhandels getroffenen Maßnahmen sicherzustellen, und unterrichten einander über jeden Fall von Sklavenhandel und jeden Versuch, dieses Verbrechen zu begehen, der zu ihrer Kenntnis gelangt.

Artikel 4

Jeder Sklave, der an Bord eines Schiffes eines Vertragsstaates dieser Konvention Zuflucht sucht, wird ipso facto frei.

TEIL III

Sklaverei und sklavereiähnliche Einrichtungen und Praktiken

Artikel 5

In einem Land, in dem die Abschaffung der Sklaverei oder der in Artikel 1 dieser Konvention erwähnten Einrichtungen oder Praktiken oder der Verzicht darauf noch nicht in vollem Umfang erfolgt ist, soll das Verstümmeln, Brandmarken oder sonstige Kennzeichnen eines Sklaven oder einer Person in sklavereiähnlicher Rechtsstellung zur Bezeichnung dieser Rechtsstellung oder als Strafe oder aus einem anderen Grunde oder die Beihilfe dazu ein Verbrechen nach den Gesetzen der Vertragsstaaten dieser Konvention sein; Personen, die dieser Verbrechen überführt werden, werden bestraft.

Artikel 6

1. Die Versklavung einer Person oder die Anstiftung einer Person, sich oder eine von ihr abhängige Person in Sklaverei zu geben, oder der Versuch dazu oder die Beihilfe dazu oder die Beteiligung an einer Verschwörung zur Durchführung solcher Handlungen soll ein Verbrechen nach den Gesetzen der Vertragsstaaten dieser Konvention sein; Personen, die dieser Verbrechen überführt werden, werden bestraft.

2. Vorbehaltlich der Bestimmungen des einleitenden Absatzes des Artikels 1 dieser Konvention finden die Bestimmungen von Absatz 1 des vorliegenden Artikels auch Anwendung auf die Anstiftung einer Person, sich oder eine von ihr abhängige Person in eine sklavereiähnliche Rechtsstellung zu geben, die auf einer der in Artikel 1 erwähnten Einrichtungen oder Praktiken beruht, auf jeden Versuch, solche Handlungen zu begehen, auf die Beihilfe dazu und auf die Beteiligung an einer Verschwörung zur Durchführung solcher Handlungen.

TEIL IV

Begriffsbestimmungen

Artikel 7

Im Sinne dieser Konvention bedeutet

a) „Sklaverei", wie in der Konvention über die Sklaverei von 1926 definiert wird, die Rechtsstellung oder Lage einer Person, an der einzelne oder alle der mit dem Eigentumsrecht verbundenen Befugnisse ausgeübt werden, und „Sklave" eine Person in einer solchen Lage oder Rechtsstellung;

b) „eine Person in sklavereiähnlicher Rechtsstellung" eine Person in einer Lage oder Rechtsstellung, die auf einer der in Artikel 1 dieser Konvention erwähnten Einrichtungen oder Praktiken beruht;

c) „Sklavenhandel" den Gesamtbereich aller Handlungen der Festnahme, des Erwerbs oder der Veräußerung einer Person in der Absicht, sie zum Sklaven zu machen; aller Handlungen zum Erwerb eines Sklaven in der Absicht, ihn zu verkaufen oder zu tauschen; aller Handlungen zur Veräußerung einer zum Verkauf oder Tausch erworbenen Person durch Verkauf oder Tausch und ganz allgemein jeder Handel mit Sklaven und jede Beförderung derselben, gleichgültig, mit welchen Beförderungsmitteln sie erfolgt.

TEIL V

Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten und Übermittlung von Informationen

Artikel 8

1. Die Vertragsstaaten dieser Konvention verpflichten sich, zur Durchführung der vorstehenden Bestimmungen miteinander und mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten.

2. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Abschriften aller Gesetze, Vorschriften und Verwaltungsanordnungen zu übermitteln, die sie zur Durchführung der Bestimmungen dieser Konvention erlassen oder in Kraft gesetzt haben.

3. Der Generalsekretär übermittelt die gemäß Absatz 2 dieses Artikels erhaltenen Informationen den anderen Vertragsstaaten und dem Wirtschafts- und Sozialrat als Teil der Unterlagen für alle etwaigen Beratungen des Rates mit dem Zweck, weitere Empfehlungen zur Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels oder der Einrichtungen und Praktiken zu machen, die den Gegenstand dieser Konvention bilden.

TEIL VI

Schlußbestimmungen

Artikel 9

Zu dieser Konvention können keine Vorbehalte gemacht werden.

Artikel 10

Alle Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten dieser Konvention über ihre Auslegung oder Anwendung, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden, sind auf Antrag einer der an dem Streit beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, sofern die betroffenen Parteien kein anderes Streitregelungsverfahren vereinbaren.

Artikel 11

1. Diese Konvention liegt bis zum 1. Juli 1957 für jeden Mitgliedstaat der Vereinten Nationen oder einer Spezialorganisation zur Unterzeichnung auf. Sie bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten; die Ratifikationsurkunden werden bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten davon in Kenntnis setzt.

2. Nach dem 1. Juli 1957 liegt diese Konvention für jeden Mitgliedstaat der Vereinten Nationen oder einer Spezialorganisation oder für jeden anderen Staat zum Beitritt auf, der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgefordert wird, ihr beizutreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer offiziellen Urkunde bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, der alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten davon in Kenntnis setzt.

Artikel 12

1. Diese Konvention findet Anwendung auf alle nicht unter Selbstregierung stehenden, alle treuhänderisch verwalteten, Kolonial- und sonstigen Gebiete außerhalb des Mutterlandes, für deren internationale Beziehungen ein Vertragsstaat verantwortlich ist; der betreffende Vertragsstaat erklärt vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels anläßlich der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder des Beitritts, auf welches Gebiet oder welche Gebiete außerhalb des Mutterlandes die Konvention ipso facto auf Grund dieser Unterzeichnung, dieser Ratifizierung oder dieses Beitritts Anwendung findet.

2. In allen Fällen, in denen die vorherige Zustimmung eines Gebietes außerhalb des Mutterlandes nach den verfassungsrechtlichen Vorschriften oder Übungen des Vertragsstaates oder des Gebietes außerhalb des Mutterlandes erforderlich ist, ist der betreffende Vertragsstaat bestrebt, die benötigte Zustimmung des Gebietes außerhalb des Mutterlandes innerhalb eines Zeitabschnitts von zwölf Monaten nach der Unterzeichnung der Konvention durch das Mutterland zu erwirken; liegt diese Zustimmung vor, so notifiziert sie der Vertragsstaat dem Generalsekretär. Diese Konvention findet auf jedes in dieser Notifizierung genannte Gebiet mit dem Tage ihres Eingangs bei dem Generalsekretär Anwendung.

3. Nach Ablauf des in Absatz 2 erwähnten Zeitabschnitts von zwölf Monaten teilen die betreffenden Vertragsstaaten dem Generalsekretär das Ergebnis der Konsultationen mit denjenigen Gebieten außerhalb des Mutterlandes mit, für deren internationale Beziehungen sie verantwortlich sind und die gegebenenfalls der Anwendung dieser Konvention noch nicht zugestimmt haben.

Artikel 13

1. Diese Konvention tritt zu dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem zwei Staaten Vertragsparteien derselben geworden sind.

2. In der Folge tritt sie für jeden Staat und jedes Gebiet im Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Staates oder der Notifizierung über die Anwendung auf dieses Gebiet in Kraft.

Artikel 14

1. Die Anwendung dieser Konvention wird in aufeinanderfolgende Zeitabschnitte von jeweils drei Jahren aufgeteilt, deren erster mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Konvention gemäß Artikel 13 Absatz 1 beginnt.

2. Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention durch eine von ihm an den Generalsekretär spätestens sechs Monate vor Beendigung des laufenden Zeitabschnitts von drei Jahren gerichtete Mitteilung kündigen. Der Generalsekretär notifiziert allen anderen Vertragsstaaten jede derartige Mitteilung sowie den Zeitpunkt ihres Eingangs.

3. Die Kündigung wird nach Beendigung des laufenden Zeitabschnitts von drei Jahren wirksam.

4. In Fällen, in denen diese Konvention gemäß den Bestimmungen von Artikel 12 auf ein Gebiet außerhalb des Mutterlandes eines Vertragsstaates anwendbar geworden ist, kann dieser Vertragsstaat jederzeit danach mit Zustimmung des betreffenden Gebietes dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitteilen, daß die Konvention für dieses Gebiet gesondert gekündigt wird. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Zeitpunkt des Eingangs dieser Mitteilung bei dem Generalsekretär wirksam, der allen anderen Vertragsstaaten diese Mitteilung sowie den Zeitpunkt ihres Eingangs notifiziert.

Artikel 15

Diese Konvention, deren chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv des Sekretariats der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generalsekretär fertigt davon beglaubigte Abschriften zur Übermittlung an die Vertragsstaaten dieser Konvention sowie an alle anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der Spezialorganisationen aus.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention an dem neben ihrer Unterschrift jeweils vermerkten Tage unterschrieben.

GESCHEHEN im Europabüro der Vereinten Nationen in Genf am 7. September 1956.

SUPPLEMENTARY CONVENTION ON THE ABOLITION OF SLAVERY, THE SLAVE TRADE, AND INSTITUTIONS AND PRACTICES SIMILAR TO SLAVERY

PREAMBLE

The States Parties to the present Convention

Considering that freedom is the birthright of every human being;

Mindful that the peoples of the United Nations reaffirmed in the Charter their faith in the dignity and worth of the human person;

Considering that the Universal Declaration of Human Rights, proclaimed by the General Assembly of the United Nations as a common standard of achievement for all peoples and all nations, states that no one shall be held in slavery or servitude and that slavery and the slave trade shall be prohibited in all their forms;

Recognizing that, since the conclusion of the Slavery Convention signed at Geneva on 25 September 1926, which was designed to secure the abolition of slavery and of the slave trade, further progress has been made towards this end;

Having regard to the Forced Labour Convention of 1930 and to subsequent action by the International Labour Organisation in regard to forced or compulsory labour;

Being aware, however, that slavery, the slave trade and institutions and practices similar to slavery have not yet been eliminated in all parts of the world;

Having decided, therefore, that the Convention of 1926, which remains operative, should now be augmented by the conclusion of a supplementary convention designed to intensify national as well as international efforts towards the abolition of slavery, the slave trade and institutions and practices similar to slavery;

Have agreed as follows:

SECTION I

INSTITUTIONS AND PRACTICES SIMILAR TO SLAVERY

Article 1

Each of the States Parties to this Convention shall take all practicable and necessary legislative and other measures to bring about progressively and as soon as possible the complete abolition or abandonment of the following institutions and practices, where they still exist and whether or not they are covered by the definition of slavery contained in article 1 of the Slavery Convention signed at Geneva on 25 September 1926:

(a) Debt bondage, that is to say, the status or condition arising from a pledge by a debtor of his personal services or of those of a person under his control as security for a debt, if the value of those services as reasonably assessed is not applied towards the liquidation of the debt or the length and nature of those services are not respectively limited and defined;

(b) Serfdom, that is to say, the condition or status of a tenant who is by law, custom or agreement bound to live and labour on land belonging to another person and to render some determinate service to such other person, whether for reward or not, and is not free to change his status;

c) Any institution or practice whereby:

(i) A woman, without the right to refuse, is promised or given in marriage on payment of a consideration in money or in kind to her parents, guardian, family or any other person or group; or

(ii) The husband of a woman, his family, or his clan, has the right to transfer her to another person for value received or otherwise; or

(iii) A woman on the death of her husband is liable to be inherited by another person;

(d) Any institution or practice whereby a child or young person under the age of 18 years is delivered by either or both of his natural parents or by his guardian to another person, whether for reward or not, with a view to the exploitation of the child or young person or of his labour.

Article 2

With a view to bringing to an end the institutions and practices mentioned in article 1 (c) of this Convention, the States Parties undertake to prescribe, where appropriate, suitable minimum ages of marriage, to encourage the use of facilities whereby the consent of both parties to a marriage may be freely expressed in the presence of a competent civil or religious authority, and to encourage the registration of marriages.

SECTION II

THE SLAVE TRADE

Article 3

1. The act of conveying or attempting to convey slaves from one country to another by whatever means of transport, or of being accessory thereto, shall be a criminal offence under the laws of the States Parties to this Convention and persons convicted thereof shall be liable to very severe penalties.

2. *(a)* The States Parties shall take all effective measures to prevent ships and aircraft authorized to fly their flags from conveying slaves and to punish persons guilty of such acts or of using national flags for that purpose.

(b) The States Parties shall take all effective measures to ensure that their ports, airfields and coasts are not used for the conveyance of slaves.

3. The States Parties to this Convention shall exchange information in order to ensure the practical co-ordination of the measures taken by them in combating the slave trade and shall inform each other of every case of the slave trade, and of every attempt to commit this criminal offence, which comes to their notice.

Article 4

Any slave who takes refuge on board any vessel of a State Party to this Convention shall *ipso facto* be free.

SECTION III

SLAVERY AND INSTITUTIONS AND PRACTICES SIMILAR TO SLAVERY

Article 5

In a country where the abolition or abandonment of slavery, or of the institutions or practices mentioned in article 1 of this Convention, is not yet complete, the act of mutilating, branding or otherwise marking a slave or a person of servile status in order to indicate his status, or as a punishment, or for any other reason, or of being accessory thereto, shall be a criminal offence under the laws of the States Parties to this Convention and persons convicted thereof shall be liable to punishment.

Article 6

1. The act of enslaving another person or of inducing another person to give himself or a person dependent upon him into slavery, or of attempting these acts, or being accessory thereto, or being a party to a conspiracy to accomplish any such acts, shall be a criminal offence under the laws of the States Parties to this Convention and persons convicted thereof shall be liable to punishment.

2. Subject to the provisions of the introductory paragraph of article 1 of this Convention, the provisions of paragraph 1 of the present article shall also apply to the act of inducing another person to place himself or a person dependent upon him into the servile status resulting from any of the institutions or practices mentioned in article 1, to any attempt to perform such acts, to bring accessory thereto, and to being a party to a conspiracy to accomplish any such acts.

SECTION IV

DEFINITIONS

Article 7

For the purposes of the present Convention:

(a) "Slavery" means, as defined in the Slavery Convention of 1926, the status or condition of a person over whom any or all of the powers attaching to the right of ownership are exercised, and "slave" means a person in such condition or status;

(b) "A person of servile status" means a person in the condition or status resulting from any of the institutions or practices mentioned in article 1 of this Convention;

(c) "Slave trade" means and includes all acts involved in the capture, acquisition or disposal of a person with intent to reduce him to slavery; all acts involved in the acquisition of a slave with a view to selling or exchanging him; all acts of disposal by sale or exchange of a person acquired with a view to being sold or exchanged; and, in general, every act of trade or transport in slaves by whatever means of conveyance.

SECTION V

CO-OPERATION BETWEEN STATES PARTIES AND COMMUNICATION OF INFORMATION

Article 8

1. The States Parties to this Convention undertake to co-operate with each other and with the United Nations to give effect to the foregoing provisions.

2. The Parties undertake to communicate to the Secretary-General of the United Nations copies of any laws, regulations and administrative measures enacted or put into effect to implement the provisions of this Convention.

3. The Secretary-General shall communicate the information received under paragraph 2 of this article to the other Parties and to the Economic and Social Council as part of the documentation for any discussion which the Council might undertake with a view to making further recommendations for the abolition of slavery, the slave trade or the institutions and practices which are the subject of this Convention.

SECTION VI

FINAL CLAUSES

Article 9

No reservations may be made to this Convention.

Article 10

Any dispute between States Parties to this Convention relating to its interpretation or application, which is not settled by negotiation, shall be referred to the International Court of Justice at the request of any one of the parties to the dispute, unless the parties concerned agree on another mode of settlement.

Article 11

1. This Convenition shall be open until 1 July 1957 for signature by any State Member of the United Nations or of a specialized agency. It shall be subject to ratification by the signatory States, and the instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall inform each signatory and acceding State.

2. After 1 Juli 1957 this Convention shall be open for accession by any State Member of the United Nations or of a specialized agency, or by any other State to which an invitation to accede has been addressed by the General Assembly of the United Nations. Accession shall be effected by the deposit of a formal instrument with the Secretary-General of the United Nations, who shall inform each signatory and acceding State.

Article 12

1. This Convention shall apply to all non-self-governing, trust, colonial and other non-metropolitan territories for the international relations of which any State Party is responsible; the Party concerned shall, subject to the provisions of paragraph 2 of this article, at the time of signature, ratification or accession declare the non-metropolitan territory or territories to which the Convention shall apply *ipso facto* as a result of such signature, ratification or accession.

2. In any case in which the previous consent of a non-metropolitan territory is required by the constitutional laws or practices of the Party or of the non-metropolitan territory, the Party concerned shall endeavour to secure the needed consent of the non-metropolitan territory within the period of twelve months from the date of signature of the Convention by the metropolitan State, and when such consent has been obtained the Party shall notify the Secretary-General. This Convention shall apply to the territory or territories named in such notification from the date of its receipt by the Secretary-General.

3. After the expiry of the twelve month period mentioned in the preceding paragraph, the States Parties concerned shall inform the Secretary-General of the results of the consultations with those non-metropolitan territories for whose international relations they are responsible and whose consent to the application of this Convention may have been withheld.

Article 13

1. This Convention shall enter into force on the date on which two States have become Parties thereto.

2. It shall thereafter enter into force with respect to each State and territory on the date of deposit of the instrument of ratification or accession of that State or notification of application to that territory.

Article 14

1. The application of this Convention shall be divided into successive periods of three years, of which the first shall begin on the date of entry into force of the Convention in accordance with paragraph 1 of article 13.

2. Any State Party may denounce this Convention by a notice addressed by that State to the Secretary-General not less than six months before the expiration of the current three-year period. The Secretary-General shall notify all other Parties of each such notice and the date of the receipt thereof.

3. Denunciations shall take effect at the expiration of the current three-year period.

4. In cases where, in accordance with the provisions of article 12, this Convention has become applicable to a non-metropolitan territory of a Party, that Party may at any time thereafter, with the consent of the territory concerned, give notice to the Secretary-General of the United Nations denouncing this Convention separately in respect of that territory. The denunciation shall take effect one year after the date of the receipt of such notice by the Secretary-General, who shall notify all other Parties of such notice and the date of the receipt thereof.

Article 15

This Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited in the archives of the United Nations Secretariat. The Secretary-General shall prepare a certified copy thereof for communication to States Parties to this Convention, as well as to all other States Members of the United Nations and of the specialized agencies.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Convention on the date appearing opposite their respective signatures.

Done at the European Office of the United Nations at Geneva, this seventh day of September one thousand nine hundred and fifty-six.

CONVENTION SUPPLEMENTAIRE RELATIVE A L'ABOLITION DE L'ESCLAVAGE, DE LA TRAITE DES ESCLAVES ET DES INSTITUTIONS ET PRATIQUES ANALOGUES A L'ESCLAVAGE

PRÉAMBULE

Les Etats parties à la présente Convention,

Considérant que la liberté est un droit que tout être humain acquiert à sa naissance;

Conscients de ce que les peuples des Nations Unies ont réaffirmé, dans la Charte, leur foi dans la dignité et la valeur de la personne humaine;

Considérant que la Déclaration universelle des droits de l'homme, que l'Assemblée générale a proclamée comme l'idéal commun à atteindre par tous les peuples et toutes les nations, dispose que nul ne sera tenu en esclavage ni en servitude et que l'esclavage et la traite des esclaves sont interdits sous toutes leurs formes;

Reconnaissant que, depuis la conclusion, à Genève, le 25 septembre 1926, de la Convention relative à l'esclavage, qui visait à supprimer l'esclavage et la traite des esclaves, de nouveaux progrès ont été accomplis dans cette direction;

Tenant compte de la Convention de 1930 sur le travail forcé et de ce qui a été fait ultérieurement par l'Organisation internationale du Travail en ce qui concerne le travail forcé obligatoire;

Constatant, toutefois, que l'esclavage, la traite des esclaves et les institutions et pratiques analogues à l'esclavage n'ont pas encore été éliminés dans toutes les régions du monde;

Ayant décidé en conséquence qu'à la Convention de 1926, qui est toujours en vigueur, doit maintenant s'ajouter une convention supplémentaire destinée à intensifier les efforts, tant nationaux qu'internationaux, qui visent à abolir l'esclavage, la traite des esclaves et les institutions et pratiques analogues à l'esclavage;

Sont convenus de ce qui suit:

SECTION I

INSTITUTIONS ET PRATIQUES ANALOGUES À L'ESCLAVAGE

Article premier

Chacun des Etats parties à la présente Convention prendra toutes les mesures, législatives et autres, qui seront réalisables et nécessaires pour obtenir progressivement et aussitôt que possible l'abolition complète ou l'abandon des institutions et pratiques suivantes, là où elles subsistent encore, qu'elles rentrent ou non dans la définition de l'esclavage qui figure à l'article premier de la Convention relative à l'esclavage signée à Genève le 25 septembre 1926:

a) La servitude pour dettes, c'est-à-dire l'état ou la condition résultant du fait qu'un débiteur s'est engagé à fournir en garantie d'une dette ses services personnels ou ceux de quelqu'un sur lequel il a autorité, si la valeur équitable de ces services n'est pas affectée à la liquidation de la dette ou si la durée de ces services n'est pas limitée ni leur caractère défini;

b) Le servage, c'est-à-dire la condition de quiconque est tenu par la loi, la coutume ou un accord, de vivre et de travailler sur une terre appartenant à une autre personne et de fournir à cette autre personne, contre rémunération ou gratuitement, certains services déterminés, sans pouvoir changer sa condition;

c) Toute institution ou pratique en vertu de laquelle:

i) Une femme est, sans qu'elle ait le droit de refuser, promise ou donnée en mariage moyennant une contrepartie en

espèces ou en nature versée à ses parents, à son tuteur, à sa famille ou à toute autre personne ou tout autre groupe de personnes;

ii) Le mari d'une femme, la famille ou le clan de celui-ci ont le droit de la céder à un tiers, à titre onéreux ou autrement;

iii) La femme peut, à la mort de son mari, être transmise par succession à une autre personne;

d) Toute institution ou pratique en vertu de laquelle un enfant ou un adolescent de moins de dix-huit ans est remis, soit par ses parents ou par l'un d'eux, soit par son tuteur, à un tiers, contre paiement ou non, en vue de l'exploitation de la personne ou du travail dudit enfant ou adolescent.

Article 2

En vue de mettre fin aux institutions et pratiques visées à l'alinéa c de l'article premier de la Convention, les Etats parties s'engagent à fixer, là où il y aura lieu, des âges minimums appropriés pour le mariage, à encourager le recours à une procédure qui permette à l'un et l'autre des futurs époux d'exprimer librement leur consentement au mariage en présence d'une autorité civile ou religieuse compétente et à encourager l'enregistrement des mariages.

SECTION II

TRAITE DES ESCLAVES

Article 3

1. Le fait de transporter ou de tenter de transporter des esclaves d'un pays à un autre par un moyen de transport quelconque ou le fait d'être complice de ces actes constituera une infraction pénale au regard de la loi des Etats parties à la Convention et les personnes reconnues coupables d'une telle infraction seront passibles de peines très rigoureuses.

2. *a)* Les Etats parties prendront toutes mesures efficaces pour empêcher les navires et aéronefs autorisés à battre leur pavillon de transporter des esclaves et pour punir les personnes coupables de ces actes ou coupables d'utiliser le pavillon national à cette fin.

b) Les Etats parties prendront toutes mesures efficaces pour que leurs ports, leurs aérodromes et leurs côtes ne puissent servir au transport des esclaves.

3. Les Etats parties à la Convention échangeront des renseignements afin d'assurer la coordination pratique des mesures prises par eux dans la lutte contre la traite des esclaves et s'informeront mutuellement de tout cas de traite d'esclaves et de toute tentative d'infraction de ce genre dont ils auraient connaissance.

Article 4

Tout esclave qui se réfugie à bord d'un navire d'un Etat partie à la présente Convention sera libre *ipso facto*.

SECTION III

ESCLAVAGE ET INSTITUTIONS ET PRATIQUES ANALOGUES À L'ESCLAVAGE

Article 5

Dans un pays où l'esclavage ou les institutions et pratiques visées à l'article premier de la Convention ne sont pas encore complètement abolis ou abandonnés, le fait de mutiler, de marquer au fer rouge ou autrement un esclave ou une personne de condition servile — que ce soit pour indiquer sa condition, pour infliger un châtiment ou pour toute autre raison — ou le fait d'être complice de tels actes constituera une infraction pénale au regard de la loi des Etats parties à la Convention et les personnes reconnues coupables seront passibles d'une peine.

Article 6

1. Le fait de réduire autrui en esclavage ou d'inciter autrui à aliéner sa liberté ou celle d'une personne à sa charge, pour être réduit en esclavage, constituera une infraction pénale au regard de la loi des Etats parties à la présente Convention et les personnes reconnues coupables seront passibles d'une peine; il en sera de même de la participation à une entente formée dans ce dessein, de la tentative et de la complicité.

2. Sous réserve des dispositions de l'alinéa introductif de l'article premier de la Convention, les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliqueront également au fait d'inciter autrui à se placer ou à placer une personne à sa charge dans une condition servile résultant d'une des institutions ou pratiques visées à l'article premier; il en sera de même de la participation à une entente formée dans ce dessein, de la tentative et de la complicité.

SECTION IV

DÉFINITIONS

Article 7

Aux fins de la présente Convention:

a) L'« esclavage », tel qu'il est défini dans la Convention de 1926 relative à l'esclavage, est l'état ou la condition d'un individu sur lequel s'exercent les attributs du droit de propriété ou certains d'entre eux et l'« esclave » est l'individu qui a ce statut ou cette condition;

b) La « personne de condition servile » est celle qui est placée dans le statut ou la condition qui résulte d'une des institutions ou pratiques visées à l'article premier de la présente Convention;

c) La « traite des esclaves » désigne et comprend tout acte de capture, d'acquisition ou de cession d'une personne en vue de la réduire en esclavage; tout acte d'acquisition d'un esclave en vue de le vendre ou de l'échanger; tout acte de cession par vente ou échange d'une personne acquise en vue d'être vendue ou échangée, ainsi qu'en général tout acte de commerce ou de transport d'esclaves, quel que soit le moyen de transport employé.

SECTION V

COOPÉRATION ENTRE LES ETATS PARTIES ET COMMUNICATIONS DE RENSEIGNEMENTS

Article 8

1. Les Etats parties à la Convention s'engagent à se prêter un concours mutuel et à coopérer avec l'Organisation des Nations Unies en vue de l'application des dispositions qui précèdent.

2. Les parties s'engagent à communiquer au Secrétaire général des Nations Unies copie de toute loi, tout règlement et toute décision administrative adoptés ou mis en vigueur pour donner effet aux dispositions de la présente Convention.

3. Le Secrétaire général communiquera les renseignements reçus en vertu du paragraphe 2 du présent article aux autres parties et au Conseil économique et social comme élément de documentation pour tout débat auquel le Conseil procéderait en vue de faire de nouvelles recommandations pour l'abolition de l'esclavage, de la traite des esclaves ou des institutions et pratiques qui font l'objet de la Convention.

SECTION VI

CLAUSES FINALES

Article 9

Il ne sera admis aucune réserve à la Convention.

Article 10

Tout différend entre les Etats parties à la Convention concernant son interprétation ou son application, qui ne serait pas réglé par voie de négociation, sera soumis à la Cour internationale de Justice à la demande de l'une des parties au différend, à moins que les parties intéressées ne conviennent d'un autre mode de règlement.

Article 11

1. La présente Convention sera ouverte jusqu'au 1er juillet 1957 à la signature de tout Etat Membre des Nations Unies ou d'une institution spécialisée. Elle sera soumise à la ratification des Etats signataires et les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général des Nations Unies qui en informera tous les Etats signataires et adhérents.

2. Après le 1er juillet 1957, la Convention sera ouverte à l'adhésion de tout Etat Membre des Nations Unies ou d'une institution spécialisée, ou de tout autre Etat auquel une invitation d'adhérer sera faite par l'Assemblée générale des Nations Unies. L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument formel auprès du Secrétaire général des Nations Unies qui en informera tous les Etats signataires et adhérents.

Article 12

1. La présente Convention s'appliquera à tous les territoires non autonomes, sous tutelle, coloniaux et autres territoires non métropolitains qu'un Etat partie représente sur le plan international; la partie intéressée devra, sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article, au moment de la signature ou de la ratification de la Convention, ou encore de l'adhésion à la présente Convention, déclarer le ou les territoires non métropolitains auxquels la présente Convention s'appliquera *ipso facto* à la suite de cette signature, ratification ou adhésion.

2. Dans le cas où le consentement préalable d'un territoire non métropolitain est nécessaire en vertu des lois ou pratiques constitutionnelles de la partie ou du territoire non métropolitain, la partie devra s'efforcer d'obtenir, dans le délai de douze mois à compter de la date de la signature par elle, le consentement du territoire non métropolitain qui est nécessaire et, lorsque ce consentement aura été obtenu, la partie devra le notifier au Secrétaire général. Dès la date de la réception par le Secrétaire général de cette notification, la Convention s'appliquera aux territoire ou territoires désignés par celle-ci.

3. A l'expiration du délai de douze mois mentionné au paragraphe précédent, les parties intéressées informeront le Secrétaire général des résultats des consultations avec les territoires non métropolitains dont ils assument les relations internationales et dont le consentement pour l'application de la présente Convention n'aurait pas été donné.

Article 13

1. La Convention entrera en vigueur à la date où deux Etats y seront devenus parties.

2. Elle entrera par la suite en vigueur, à l'égard de chaque Etat et territoire, à la date du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion de l'Etat intéressé ou de la notification de l'application à ce territoire.

Article 14

1. L'application de la présente Convention sera divisée en périodes successives de trois ans dont la première partira de la date de l'entrée en vigueur de la Convention conformément au paragraphe 1 de l'article 13.

2. Tout Etat partie pourra dénoncer la présente Convention en adressant six mois au moins avant l'expiration de la période triennale en cours une notification au Secrétaire général. Celui-ci informera toutes les autres parties de cette notification et de la date de sa réception.

3. Les dénonciations prendront effet à l'expiration de la période triennale en cours.

4. Dans les cas où, conformément aux dispositions de l'article 12, la présente Convention aura été rendue applicable à un territoire non métropolitain d'une partie, cette dernière pourra, avec le consentement du territoire en question, notifier par la suite à tout moment au Secrétaire général des Nations Unies que la Convention est dénoncée à l'égard de ce territoire. La dénonciation prendra effet un an après la date où la notification sera parvenue au Secrétaire général, lequel informera toutes les autres parties de cette notification et de la date où il l'aura reçue.

Article 15

La présente Convention, dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe feront également foi, sera déposée aux archives du Secrétariat des Nations Unies. Le Secrétaire général en établira des copies certifiées conformes pour les communiquer aux Etats parties à la Convention ainsi qu'à tous les autres Etats Membres des Nations Unies et des institutions spécialisées.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention aux dates qui figurent en regard de leurs signatures respectives.

Fait à l'Office européen des Nations Unies, à Genève, le sept septembre mil neuf cent cinquante-six.

廢止奴隸制、奴隸販賣及類似奴隸制之制度與習俗補充公約

序言

本公約當事各國，

認爲自由係人類隨生而來之權利；

鑒於聯合國人民在憲章重申其對人格尊嚴與價值之信念；

查聯合國大會頒有世界人權宣言，懸爲所有人民、所有國家共同努力之標的，內稱任何人不得使充奴隸或奴工，奴隸制及奴隸販賣，不論出於何種方式，悉應禁止；

承認廢止奴隸制及奴隸販賣一事，自一九二六年九月二十五日特爲此事在日內瓦締訂禁奴公約以來已續有進展；

鑒及一九三〇年所訂强迫勞工公約及其後國際勞工組織對强迫及强制性勞工所採行動；

惟深知奴隸制、奴隸販賣及類似奴隸制之制度與習俗尚未在世界各地完全廢除；

爰決定締結補充公約，俾增益現仍有效之一九二六年公約，藉以加强國內及國際方面謀求廢止奴隸制、奴隸販賣及類似奴隸制之制度與習俗之努力；

用特議定條款如下：

第壹編

類似奴隸制之制度與習俗

第一條

本公約各當事國遇有下列制度與習俗依然存在之情形，無論其是否在一九二六年九月二十五日日內瓦禁奴公約第一條所載之奴隸制定義範圍以內，均應採取一切實際而必要之立法及其他措施，逐漸並儘速達成完全之廢止或廢棄：

(甲)債務質役，乃因債務人與其將其本人或受其控制之第三人之勞務充作債務擔保，所服勞務之合理估定價值並不作爲清償債務計算，或此種勞務之期間及性質未經分別限制及訂明，所引起之地位或狀況；

(乙)農奴制，即土地承租人受法律、習慣或契約之拘束須在他人所有之土地居住勞作，並向該一他人服有償或無償之若干固定勞務，而不能自由變更其身份之租地狀況；

(丙)有下列情形之一之制度或習俗：

(子)女子之父母、監護人、家屬或任何他人或團體受金錢或實物之報酬，將女子許配或出嫁，而女子本人無權拒絕；

(丑)女子之丈夫、其夫之家屬或部族，有權取得代價或在其他情形下將女子轉讓他人；

(寅)女子於丈夫亡故後可爲他人所繼承；

(丁)兒童或未滿十八歲少年之生父、生母或兩者、或其監護人，不論是否爲取得報酬，將兒童或少年交給他人以供利用、或剝削其勞力之制度或習俗。

第二條

爲廢除本公約第一條(丙)項所稱各種制度與習俗計，當事國應允酌最情形規定適當之最低結婚年齡，鼓勵採用婚姻當事兩方可在主管民政或宗教當局之前自由表示同意之方式，並鼓勵婚姻登記。

第貳編

奴隸販賣

第三條

壹. 以任何運輸方式將奴隸從一國運至他國，或實施此項行爲未遂，或爲此等行爲從犯之行爲，應由本公約當事國法律規定爲刑事罪；凡經判決之此等罪犯應受極嚴厲之處罰。

貳. (甲) 當事各國應採各種有效措施以制止准懸各該國旗幟之船舶與飛機從事運輸奴隸，並將犯有此等罪行或爲此目的利用該國國旗之人予以懲罰。

(乙) 當事各國應採各種有效措施務使其港口、飛機場及海岸不爲運輸奴隸之用。

叁. 本公約當事各國應交換情報以獲致各國間就取締奴隸販賣所採措施之實際調協；並應將其所發現之每一販賣奴隸及此項罪行未遂案件互相通知。

第四條

任何奴隸逃避至本公約當事國所屬任何船舶應當然獲得自由。

第叁編

奴隸制及類似奴隸制之制度與習俗

第五條

在奴隸制或本公約第一條所稱之制度或習俗尚未完全廢止或廢棄之國家內，凡爲顯示其身分或爲懲罰、或因任何其他理由對奴隸或奴役身分之他人加以毀傷、烙印或他種標記之行爲，或爲此等行爲從犯之行爲，應由本公約當事國法律規定爲刑事罪，凡經判決之此等罪犯應受處罰。

第六條

壹. 使他人爲奴隸或引誘他人本身或其受贍養人淪爲奴隸、或爲此等行爲未遂，或爲此等行爲從犯，或爲實施此等行爲陰謀者當事人之行爲，應由本公約當事國法律規定爲刑事罪，凡經判決之此等罪犯應受處罰。

貳. 在不違背本公約第一條引言之規定下，本條第壹項之規定，亦應適用於在第一條所稱任一制度或習俗下，引誘他人本身或其受贍養人淪爲奴地役位，或爲此等行爲未遂，或爲此等行爲從犯，或爲實施此等行爲陰謀當者事人之行爲。

第肆編

定義

第七條

爲本公約之目的，所稱：

甲 "奴隸制"乃依一九二六年禁奴公約定義，對一人行使附屬於所有權之任何或一切權力之地位或狀況，"奴隸"係指處於該一狀況或地位之人；

乙. "奴役地位之人"係指處於本公約第一條所稱任一制度或習俗所產生狀況或地位之人；

丙. "奴隸販賣"係指意在使一人淪爲奴隸之擄獲、取得或處置行爲；以轉賣或交換爲目的取得奴隸之一切行爲；將以轉賣或交換爲目的所取得之人出賣或交換之一切處置行爲；及，一般而論，以任何運送方式將奴隸販賣或運輸之一切行爲。

第伍編

當事國之間合作與情報之遞送

第八條

壹. 本公約當事國擅允互相並與聯合國合作實行上開規定。

貳. 當事國擅允將所有爲實施本公約規定而制定或施行之法律、條例及行政措施之副本送交聯合國祕書長。

叁. 祕書長應將依本條第貳項所收到之情報轉遞其他當事各國，並送交經濟暨社會理事會，以供該理事會今後就廢止奴隸制、奴隸販

實或本公約所議各項制度與習俗作進一步之建議而從事討論時所用文件之一部分。

第陸編

最後條款

第九條

對本公約不得作任何保留。

第十條

本公約當事國對於本公約之解釋或適用發生爭端未能以協商解決時，除非各該國同意其他解決方式應依爭端當事國任何一方之請求，提交國際法院裁決。

第十一條

壹．本公約在一九五七年七月一日以前聽由任何聯合國或專門機關會員國簽署。本公約須經簽署國批准，批准文件應送交聯合國祕書長存放，並由祕書長轉知各簽署國及加入國。

貳．本公約在一九五七年七月一日以後聽由任何聯合國或專門機關會員國或經聯合國大會邀請加入之任何其他國家加入。加入應以正式文件送交聯合國祕書長存放爲之，並由祕書長轉知各簽署國及加入國。

第十二條

壹．本公約對於所有由任何當事國負責其國際關係之非自治、託管、殖民及其他非本部領土均適用之；該當事國在不違反本條第貳項之規定下，應在其簽署、批准或加入時宣告由於此項簽署、批准或加入而當然適用本公約之非本部領土。

貳．倘依當事國或其非本部領土之憲法或憲政慣例，須徵得非本部領土之事先同意時，該當事國應盡力於本國簽署本公約起十二個月之期限內徵得該非本部領土必須之同意，並於徵得此項同意後通知祕書長。本公約對於此項通知書所列領土，自祕書長接到通知之日起適用之。

叁．在上項所稱十二個月期限屆滿後，當事各國在其負責國際關係之非本部領土對於實施本公約尚未表示同意時，應將其磋商結果通知祕書長。

第十三條

壹．本公約應自有兩國成爲公約當事國之日起發生效力。

貳．本公約嗣後對各國及領土應自該國批准文件或加入文件存放之日起發生效力。

第十四條

壹．本公約應連貫分期實施，每期三年，其第一期應自公約依第十三條第壹項生效之日起始。

貳．任何當事國得於當屆三年期滿至少六個月前以該國致祕書長之通知宣告退出本公約；祕書長應將每件退約通知及收到日期轉知所有其他當事國。

叁．退約應在當屆三年期滿時生效。

肆．凡本公約依第十二條規定對於當事國之非本部領土適用者，該當事國此後[illegible]時，經有關係領土之同意，得通知聯合國祕書長，宣告該領土單[illegible]退出本公約。此項退約應自祕書長收到通知之日起一年後生效，祕書長應將此項通知及其收到日期轉知所有其他當事國。

第十五條

本公約之中文、英文、法文、俄文、及西班牙文各本同一作準，應存放於聯合國祕書處檔庫。祕書長應備就正式副本，分送本公約當事各國以及所有其他聯合國或專門機關之會員國。

爲此，下列代表各秉其本國政府正式授予簽署之權，於各自簽署旁側所註之日期，簽署本公約，以昭信守。

公曆一九五六年九月七日訂於日內瓦聯合國歐洲辦事處。

ДОПОЛНИТЕЛЬНАЯ КОНВЕНЦИЯ ОБ УПРАЗДНЕНИИ РАБСТВА, РАБОТОРГОВЛИ И ИНСТИТУТОВ И ОБЫЧАЕВ, СХОДНЫХ С РАБСТВОМ

ПРЕАМБУЛА

Участвующие в настоящей Конвенции Государства,

считая, что свобода есть прирожденное право каждого человека,

имея в виду, что народы Объединенных Наций подтвердили в Уставе свою веру в достоинство и ценность человеческой личности,

принимая во внимание, что Всеобщая декларация прав человека, провозглашенная Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций в качестве общего идеала, к достижению которого должны стремиться все народы и все государства, установила, что никто не должен содержаться в рабстве или в подневольном состоянии и что рабство и работорговля запрещаются во всех их формах,

признавая, что со времени заключения Конвенции о рабстве, подписанной в Женеве 25 сентября 1926 г. и направленной на обеспечение упразднения рабства и работорговли, достигнут дальнейший прогресс на пути к этой цели,

принимая во внимание Конвенцию о принудительном труде 1930 года и принятые затем Международной организацией труда меры, касающиеся принудительного или обязательного труда,

учитывая, однако, что рабство, работорговля и институты и обычаи, сходные с рабством, ликвидированы еще не во всех частях мира,

решив поэтому, что Конвенция 1926 года, которая остается в силе, должна быть теперь восполнена заключением дополнительной конвенции, которая была бы направлена на интенсификацию национальных, равно как и международных усилий к упразднению рабства, работорговли и институтов и обычаев, сходных с рабством,

согласились о нижеследующем:

РАЗДЕЛ I

ИНСТИТУТЫ И ОБЫЧАИ, СХОДНЫЕ С РАБСТВОМ

Статья 1

Каждое из участвующих в настоящей Конвенции Государств принимает все возможные и необходимые законодательные и иные меры к тому, чтобы осуществить постепенно и в кратчайший по возможности срок полную отмену или упразднение нижеследующих институтов и обычаев, где они еще существуют, и независимо от того, охватываются ли они или не охватываются определением рабства, содержащимся в статье 1 Конвенции о рабстве, подписанной в Женеве 25 сентября 1926 года:

a) долговой кабалы, т. е. положения или состояния, возникающего вследствие заклада должником в обеспечение долга своего личного труда или труда зависимого от него лица, если надлежаще определяемая ценность выполняемой работы не зачитывается в погашение долга или если продолжительность этой работы не ограничена и харектер ее не определен;

b) крепностного состояния, т. е. такого пользования землей, при котором пользователь обязан по закону, обычаю или соглашению жить и работать на земле, принадлежащей другому лицу, и выполнять определенную работу для такого другого лица, или за вознаграждение или без такового, и не может изменить это свое состояние;

c) любого института или обычая, в силу которых

i) женщину обещают выдать или выдают замуж, без права отказа с ее стороны, ее родители, опекун, семья или любое другое лицо или группа лиц за вознаграждение деньгами или натурой;

ii) муж женщины, его семья или его клан имеет право передать ее другому лицу за вознаграждение или иным образом; или

iii) женщина по смерти мужа передается по наследству другому лицу;

d) любого института или обычая, в силу которого ребенок или подросток моложе восемнадцати лет передается одним или обоими своими родителями или своим опекуном другому лицу, за вознаграждение или без такового, с целью эксплуатации этого ребенка или подростка или его труда.

Статья 2

Чтобы положить конец институтам и обычаям, упомянутым в пункте c) статьи 1 настоящей Конвенции, участвующие в ней Государства обязуются установить, где надлежит соответствующий минимальный брачный возраст и поощрять установление порядка, при котором обеспечивается свободное изъявление обеими сторонами согласия на вступление в брак в присутствии компетентного гражданского должностного лица или служителя культа, а также поощрять регистрацию браков.

РАЗДЕЛ II

РАБОТОРГОВЛЯ

Статья 3

1. Перевозка или попытка перевозки рабов из одной страны в другую какими бы то ни было транспортными средствами, или соучастие в таковых, считается уголовным преступлением по законам участвующих в настоящей Конвенции Государств, и лица, признанные виновными в этих преступлениях, подлежат суровым наказаниям.

2. a) Участвующие в настоящей Конвенции Государства принимают все эффективные меры для воспрепятствования тому, чтобы суда и летательные аппараты, законно пользующиеся их флагом, перевозили рабов, и для наказания лиц, виновных в таких деяниях или в использовании государственного флага для этой цели.

b) Участвующие в настоящей Конвенции Государства принимают все эффективные меры для воспрепятствования тому, чтобы их порты, аэродромы и побережье использовались для перевозки рабов.

3. Участвующие в настоящей Конвенции Государства обмениваются информацией с целью обеспечения практической координации принимаемых ими в борьбе с работорговлей мер и уведомляют друг друга о каждом случае работорговли и о каждой попытке совершить такое преступление, о которых им стало известно.

Статья 4

Раб, нашедший убежище на судне участвующего в настоящей Конвенции Государства, ipso facto становится свободным.

РАЗДЕЛ III

РАБСТВО И ИНСТИТУТЫ И ОБЫЧАИ, СХОДНЫЕ С РАБСТВОМ

Статья 5

В стране, где рабство или институты или обычаи, упомянутые в статье 1 настоящей Конвенции, еще не отменены или не упразднены полностью, искалечение, клеймление выжиганием или иным способом раба или лица в подневольном состоянии, чтобы отметить такое его состояние, или с целью наказания или по какой-либо иной причине, а равно и соучастие в таких действиях, считается уголовным преступлением по законам участвующих в настоящей Конвенции Государств, и признанные виновными в таких преступлениях лица подлежат наказанию.

Статья 6

1. Обращение другого лица в рабство или склонение другого лица к отдаче себя или лица, зависимого от этого другого лица, в рабство или покушение на совершение таких действий, или соучастие в них, или участие в тайном сговоре для совершения любого из этих действий считается уголовным преступлением по законам участвующих в настоящей Конвенции Государств, и лица, признанные виновными в нем, подлежат наказанию.

2. С соблюдением положений вступительной части статьи 1 настоящей Конвенции, положения пункта 1 настоящей статьи применяются также к случаям склонения другого лица к отдаче себя или лица, зависимого от этого другого лица, в подневольное состояние, являющееся результатом институтов или обычаев, упомянутых в статье 1, ко всякому покушению на совершение такого преступления, к соучастию в нем или участию в тайном сговоре для совершения любого из этих преступлений.

РАЗДЕЛ IV

ОПРЕДЕЛЕНИЯ

Статья 7

В настоящей Конвенции

a) под «рабством», как оно определено в Конвенции 1926 года о рабстве, понимается положение или состояние лица, в отношении которого осуществляются некоторые или все правомочия, присущие праву собственности, а под «рабом» понимается лицо, находящееся в таком состоянии или положении;

b) под «лицом в подневольном состоянии» понимается лицо, находящееся в состоянии или положении, создавшемся в результате институтов или обычаев, упомянутых в статье 1 настоящей Конвенции;

c) под «работорговлей» понимаются и в нее включаются все действия, связанные с захватом, приобретением какого-либо лица или с распоряжением им с целью обращения его в рабство; все действия, связанные с приобретением раба с целью его продажи или обмена; все действия по продаже или обмену лица, приобретенного с этой целью, и вообще всякое действие по торговле или перевозке рабов какими бы то ни было транспортными средствами.

РАЗДЕЛ V

СОТРУДНИЧЕСТВО МЕЖДУ УЧАСТВУЮЩИМИ В НАСТОЯЩЕЙ КОНВЕНЦИИ ГОСУДАРСТВАМИ И СООБЩЕНИЕ СВЕДЕНИЙ

Статья 8

1. Участвующие в настоящей Конвенции Государства обязуются сотрудничать друг с другом и с Организацией Объединенных Наций в осуществлении изложенных выше постановлений.

2. Участники Конвенции обязуются посылать Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций копии всех законов, правил и административных распоряжений, издаваемых и вводимых в действие для осуществления постановлений настоящей Конвенции.

3. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций сообщает полученную согласно пункту 2 этой статьи информацию другим участникам Конвенции и Экономическому и Социальному Совету в числе документов, направляемых Совету для обсуждения вопросов, которое Совет может предпринять для выработки дальнейших рекомендаций относительно упразднения рабства, работорговли или институтов и обычаев, которые являются предметом настоящей Конвенции.

РАЗДЕЛ VI

ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОСТАНОВЛЕНИЯ

Статья 9

Оговорки к настоящей Конвенции не допускаются.

Статья 10

Споры между Государствами, участвующими в настоящей Конвенции, относительно ее толкования или применения, не урегулированные путем переговоров, передаются по требованию любой из сторон в споре в Международный Суд, если только стороны не согласятся об ином способе их урегулирования.

Статья 11

1. Конвенция открыта до 1 июля 1957 года для подписания ее Государствами-Членами Организации Объединенных Наций или одного из специализированных учреждений. Конвенция подлежит ратификации подписавшими Государствами и ратификационные грамоты депонируются у Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций, который уведомляет об этом каждое Государство, подписавшее Конвенцию или присоединившееся к ней.

2. После 1 июля 1957 года Конвенция будет открыта для присоединения к ней Государств-Членов Организации Объединенных Наций или одного из специализированных учреждений, или же любого другого Государства, которому Генеральная Ассамблея Организации Объединенных Наций направит приглашение присоединиться. Присоединение осуществляется путем депонирования официального акта у Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций, который извещает об этом каждое Государство, подписавшее Конвенцию или присоединившееся к ней.

Статья 12

1. Настоящая Конвенция применяется ко всем несамоуправляющимся, подопечным, колониальным и другим не входящим в метрополию территориям, за международные отношения которых данное участвующее в Конвенции Государство несет ответственность; это Государство, с соблюдением положений пункта 2 настоящей статьи, объявляет во время подписания, ратификации или присоединения, к какой из не входящих в метрополию территории или к каким из этих территорий Конвенция ipso facto применяется.

2. В каждом случае, когда согласно конституционным законам или практике участвующего в Конвенции Государства или не входящей в метрополию территории требуется получение предварительного согласия этой территории, это Государство приглагает усилия, чтобы обеспечить получение необ-

ходимого согласия не входящей в метрополию территории в течение двенадцатимесячного срока со дня подписания Конвенции Государством-метрополией, и по получении согласия уведомляет о том Генерального Секретаря. К территории или территориям, указанным в упомянутом уведомлении, настоящая Конвенция применяется со дня получения уведомления Генеральным Секретарем.

3. По истечении упомянутого в предыдущем пункте двенадцатимесячного срока, соответствующие Государства, участвующие в Конвенции, уведомляют Генерального Секретаря о результатах консультаций с находящимися вне метрополии территориями, за международные отношения которых они несут ответственность и согласие которых на применение настоящей Конвенции не было дано.

Статья 13

1. Настоящая Конвенция вступает в силу в день, когда два Государства станут ее участниками.

2. Затем она вступает в силу в отношении каждого Государства и территории в день депонирования ратификационной грамоты или грамоты о присоединении этого Государства, или уведомления о применении Конвенции к этой территории.

Статья 14

1. Применение настоящей Конвенции делится на последовательные трехлетние периоды, из которых первый начинается в день вступления в силу Конвенции согласно пункту 1 статьи 13.

2. Любое участвующее в настоящей Конвенции Государство может ее денонсировать путем уведомления о том Генерального Секретаря не позднее, чем за шесть месяцев до истечения текущего трехлетнего периода. Генеральный Секретарь сообщает всем другим участникам Конвенции о каждом таком уведомлении и о дне получения такового.

3. Денонсация вступает в силу по истечении текущего трехлетнего периода.

4. В тех случаях, когда, в соответствии с постановлениями статьи 12, настоящая Конвенция станет применимой к не входящей в метрополию территории участвующего в настоящей Конвенции Государства, это Государство может в любое время после этого, с согласия соответствующей территории, послать уведомление Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций о денонсации настоящей Конвенции в отношении этой территории. Эта денонсация вступает в силу через год со дня получения такого уведомления Генеральным Секретарем, который сообщает всем другим участникам Конвенции об этом уведомлении и о дне его получения.

Статья 15

Настоящая Конвенция, английский, испанский, китайский, русский и французский тексты которой являются равно аутентичными, сдается на хранение в архив Секретариата Организации Объединенных Наций. Генеральный Секретарь изготовляет засвидетельствованные копии ее для препровождения участвующим в настоящей Конвенции Государствам, равно как и всем другим Государствам-Членам Организации Объединенных Наций и специализированных учреждений.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ чего нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные на то своими правительствами, подписали настоящую Конвенцию в дни, указанные против их подписей.

СОСТАВЛЕНО в Европейском Отделении Организации Объединенных Наций, в городе Женеве, сентября седьмого дня тысяча девятьсот пятьдесят шестого года.

CONVENCION SUPLEMENTARIA SOBRE LA ABOLICION DE LA ESCLAVITUD, LA TRATA DE ESCLAVOS Y LAS INSTITUCIONES Y PRACTICAS ANALOGAS A LA ESCLAVITUD

PREAMBULO

Los Estados Partes en la presente Convención,

Considerando que la libertad es un derecho innato de todo ser humano;

Conscientes de que los pueblos de las Naciones Unidas han reafirmado en la Carta su fe en la dignidad y el valor de la persona humana;

Considerando que la Declaración Universal de Derechos Humanos, proclamada por la Asamblea General como ideal común que todos los pueblos y naciones han de realizar, afirma que nadie estará sometido a esclavitud ni a servidumbre y que la esclavitud y la trata de esclavos están prohibidas en todas sus formas;

Reconociendo que desde que se concertó en Ginebra, el 25 de septiembre de 1926, el Convenio sobre la Esclavitud, encaminado a suprimir la esclavitud y la trata de esclavos, se han realizado nuevos progresos hacia ese fin;

Teniendo en cuenta el Convenio sobre el Trabajo Forzoso, de 1930, y las medidas adoptadas después por la Organización Internacional del Trabajo en materia de trabajo forzoso u obligatorio;

Advirtiendo, sin embargo, que la esclavitud, la trata de esclavos y las instituciones y prácticas análogas a la esclavitud no han sido aún suprimidas en todas las partes del mundo;

Habiendo decidido, por ello, que el Convenio de 1926, que continúa en vigor, debe ser ampliado ahora por una convención suplementaria destinada a intensificar los esfuerzos nacionales e internacionales encaminados a abolir la esclavitud, la trata de esclavos y las instituciones y prácticas análogas a la esclavitud;

Han convenido en lo siguiente:

SECCION I

INSTITUCIONES Y PRACTICAS ANALOGAS A LA ESCLAVITUD

Artículo 1

Cada uno de los Estados Partes en la Convención adoptará todas aquellas medidas, legislativas o de cualquier otra índole, que sean factibles y necesarias para lograr progresivamente y a la mayor brevedad posible la completa abolición o el abandono de las instituciones y prácticas que se indican a continuación, dondequiera que subsistan, les sea o no aplicable la definición de esclavitud que figura en el artículo 1 del Convenio sobre la Esclavitud, firmado en Ginebra el 25 de septiembre de 1926:

a) La servidumbre por deudas, o sea, el estado o la condición que resulta del hecho de que un deudor se haya comprometido a prestar sus servicios personales, o los de alguien sobre quien ejerce autoridad, como garantía de una deuda, si los servicios prestados, equitativamente valorados, no se aplican al pago de la deuda, o si no se limita su duración ni se define la naturaleza de dichos servicios;

b) La servidumbre de la gleba, o sea, la condición de la persona que está obligada por la ley, por la costumbre o por un acuerdo a vivir y a trabajar sobre una tierra que pertenece a otra persona y a prestar a ésta, mediante remuneración o gratuitamente, determinados servicios, sin libertad para cambiar su condición;

c) Toda institución o práctica en virtud de la cual:

i) Una mujer, sin que le asista el derecho a oponerse, es prometida o dada en matrimonio a cambio de una contrapartida en dinero o en especie entregada a sus padres, a su tutor, a su familia o a cualquier otra persona o grupo de personas;

ii) El marido de una mujer, la familia o el clan del marido tienen el derecho de cederla a un tercero a título oneroso o de otra manera;

iii) La mujer, a la muerte de su marido, puede ser transmitida por herencia a otra persona;

d) Toda institución o práctica en virtud de la cual un niño o un joven menor de dieciocho años es entregado por sus padres, o uno de ellos, o por su tutor, a otra persona, mediante remuneración o sin ella, con el propósito de que se explote la persona o el trabajo del niño o del joven.

Artículo 2

Con objeto de poner fin a las instituciones y prácticas a que se refiere el inciso *c)* del artículo 1 de la presente Convención, los Estados Partes se comprometen a prescribir, allí donde proceda, edades mínimas apropiadas para el matrimonio, a fomentar la adopción de un procedimiento que permita a cualquiera de los contrayentes expresar libremente su consentimiento al matrimonio ante una autoridad civil o religiosa competente, y a fomentar la inscripción de los matrimonios en un registro.

SECCION II
LA TRATA DE ESCLAVOS

Artículo 3

1. El acto de transportar o de intentar transportar esclavos de un país a otro por cualquier medio de transporte, o la complicidad en dicho acto, constituirá delito en la legislación de los Estados Partes en la Convención, y las personas declaradas culpables de él serán castigadas con penas muy severas.

2. *a)* Los Estados Partes dictarán todas las disposiciones necesarias para impedir que los buques y las aeronaves autorizados a enarbolar su pabellón transporten esclavos y para castigar a las personas culpables de dicho acto o de utilizar el pabellón nacional con ese propósito;

b) Los Estados Partes adoptarán todas las medidas necesarias para impedir que sus puertos, aeropuertos y costas sean utilizados para el transporte de esclavos.

3. Los Estados Partes en la Convención procederán a un intercambio de información con objeto de conseguir una coordinación práctica de las medidas tomadas por ellos para combatir la trata de esclavos y se comunicarán mutuamente todo caso de trata de esclavos y toda tentativa de cometer dicho delito que lleguen a su conocimiento.

Artículo 4

Todo esclavo que se refugie a bordo de cualquier buque de un Estado Parte en la Convención quedará libre *ipso facto*.

SECCION III
DISPOSICIONES COMUNES A LA ESCLAVITUD Y A LAS INSTITUCIONES Y PRACTICAS ANALOGAS A LA ESCLAVITUD

Artículo 5

En cualquier país donde la esclavitud o las instituciones y prácticas mencionadas en el artículo 1 de esta Convención no hayan sido completamente abolidas o abandonadas, el acto de mutilar o de marcar a fuego, o por otro medio, a un esclavo o a una persona de condición servil —ya sea para indicar su condición, para infligirle un castigo, o por cualquier otra razón — o la complicidad en tales actos, constituirá delito en la legislación de los Estados Partes en la Convención, y las personas declaradas culpables incurrirán en penalidad.

Artículo 6

1. El hecho de reducir a una persona a esclavitud, o de inducirla a enajenar su libertad o la de una persona dependiente de ella para quedar reducida a esclavitud, la tentativa de cometer estos actos o la complicidad en ellos o la participación en un acuerdo para ejecutarlos, constituirán delito en la legislación de los Estados Partes en la Convención y las personas declaradas culpables de ellos incurrirán en penalidad.

2. A reserva de lo establecido en el párrafo primero del artículo 1 de la Convención, las disposiciones del párrafo 1 del presente artículo se aplicarán también al hecho de inducir a una persona a someterse o a someter a una persona dependiente de ella a un estado servil que resulte de cualquiera de las instituciones o prácticas mencionadas en el artículo 1, así como a la tentativa de cometer estos actos, o la complicidad en ellos, y a la participación en un acuerdo para ejecutarlos.

SECCION IV
DEFINICIONES

Artículo 7

A los efectos de la presente Convención:

a) La "esclavitud", tal como está definida en el Convenio sobre la Esclavitud de 1926, es el estado o condición de las personas sobre las que se ejercen todos o parte de los poderes atribuídos al derecho de propiedad, y "esclavo" es toda persona en tal estado o condición;

b) La expresión "persona de condición servil" indica toda persona colocada en la condición o estado que resulta de alguna de las instituciones o prácticas mencionadas en el artículo 1 de la Convención;

c) "Trata de esclavos" significa y abarca todo acto de captura, de adquisición o de disposición de una persona con intención de someterla a esclavitud; todo acto de adquisición de un esclavo con intención de venderlo o de cambiarlo; todo acto de cesión por venta o cambio de una persona, adquirida con intención de venderla o cambiarla, y, en general, todo acto de comercio o de transporte de esclavos, sea cual fuere el medio de transporte empleado.

SECCION V
COOPERACION ENTRE LOS ESTADOS PARTES Y TRANSMISION DE INFORMACION

Artículo 8

1. Los Estados Partes en la Convención se comprometen a cooperar entre sí y con las Naciones Unidas para dar cumplimiento a las anteriores disposiciones.

2. Los Estados Partes se comprometen a transmitir al Secretario General de las Naciones Unidas ejemplares de todas las leyes, reglamentos y disposiciones administrativas promulgados o puestos en vigor para dar efecto a las disposiciones de la Convención.

3. El Secretario General comunicará los datos recibidos en virtud del párrafo 2 a los demás Estados Partes y al Consejo Económico y Social como elemento de documentación para cualquiera examen que el Consejo emprenda con el propósito de formular nuevas recomendaciones para la abolición de la esclavitud, la trata de esclavos o las instituciones y prácticas que son objeto de la Convención.

SECCION VI

DISPOSICIONES FINALES

Artículo 9

No se admitirá ninguna reserva a la presente Convención.

Artículo 10

Cualquier conflicto que surja entre los Estados Partes en la Convención respecto a su interpretación o a su aplicación, que no pueda ser resuelto por negociación, será sometido a la Corte Internacional de Justicia a petición de cualquiera de las Partes en conflicto, a menos que éstas convengan en resolverlo en otra forma.

Artículo 11

1. La presente Convención estará abierta a la firma de cualquiera Estado Miembro de las Naciones Unidas o de los organismos especializados hasta el 1º de julio de 1957. Quedará sometida a la ratificación de los Estados signatarios, y los instrumentos de ratificación serán depositados en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, que lo comunicará a todos los Estados signatarios de la Convención o que se adhirieren a ella.

2. Después del 1º de julio de 1957, la Convención quedará abierta a la adhesión de cualquier Estado Miembro de las Naciones Unidas o de un organismo especializado, o a la de cualquier otro Estado a quien la Asamblea General de las Naciones Unidas haya invitado a adherirse a la Convención. La adhesión se efectuará depositando un instrumento en debida forma en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, que lo comunicará a todos los Estados signatarios de la Convención o que se adhirieren a ella.

Artículo 12

1. La presente Convención se aplicará a todos los territorios no autónomos, en fideicomiso, coloniales y demás territorios no metropolitanos cuyas relaciones internacionales estén encomendadas a cualquiera de los Estados Partes; la Parte interesada, en el momento de la firma, de la ratificación o de la adhesión, y a reserva de lo dispuesto en el párrafo 2 del presente artículo, deberá indicar el territorio o los territorios no metropolitanos a los que la Convención se aplicará *ipso facto* como resultado de dicha firma, ratificación o adhesión.

2. Cuando, en virtud de las leyes o prácticas constitucionales del Estado Parte o del territorio no metropolitano, sea necesario el consentimiento previo de un territorio no metropolitano, la Parte deberá procurar obtener el consentimiento del territorio no metropolitano dentro de los doce meses siguientes a la fecha en que el Estado metropolitano haya firmado la Convención, y, cuando lo haya obtenido, lo notificará al Secretario General. La Convención se aplicará al territorio o a los territorios mencionados en dicha notificación desde la fecha en que la reciba el Secretario General.

3. A la terminación del plazo de doce meses mencionado en el párrafo anterior, los Estados Partes interesados comunicarán al Secretario General el resultado de las consultas con los territorios no metropolitanos cuyas relaciones internacionales les estén encomendadas y que no hubieren dado su consentimiento para la aplicación de la Convención.

Artículo 13

1. La presente Convención entrará en vigor en la fecha en que sean Partes en ella dos Estados.

2. La Convención entrará luego en vigor, respecto de cada Estado y territorio, en la fecha de depósito del instrumento de ratificación o de adhesión de ese Estado o de la notificación de su aplicación a dicho territorio.

Artículo 14

1. La aplicación de la presente Convención se dividirá en períodos sucesivos de tres años, el primero de los cuales empezará a contarse a partir de la fecha en que entre en vigor la Convención, según lo dispuesto en el párrafo 1 del artículo 13.

2. Todo Estado Parte podrá denunciar la Convención notificándolo al Secretario General seis meses, por lo menos, antes de que expire el período de tres años que esté en curso. El Secretario General informará a todos los demás Estados Partes acerca de dicha notificación y de la fecha en que la haya recibido.

3. Las denuncias surtirán efecto al expirar el período de tres años que esté en curso.

4. En los casos en que, de conformidad con lo dispuesto en el artículo 12, la Convención se haya hecho aplicable a un territorio no metropolitano de una Parte, ésta, con el consentimiento del territorio de que se trate, podrá, desde entonces, notificar en cualquier momento al Secretario General de las Naciones Unidas que denuncia la Convención por lo que respecta a dicho territorio. La denuncia surtirá efecto un año después de la fecha en que haya sido recibida la notificación por el Secretario General, quien informará de dicha notificación y de la fecha en que la haya recibido a todos los demás Estados Partes.

Artículo 15

La presente Convención, cuyos textos chino, español, francés, inglés y ruso son igualmente auténticos, será depositada en los archivos de la Secretaría de las Naciones Unidas. El Secretario General extenderá copias certificadas auténticas de la Convención para que sean enviadas a los Estados Partes, así como a todos los demás Estados Miembros de las Naciones Unidas y de los organismos especializados.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL los infrascritos, debidamente autorizados por sus respectivos Gobiernos, han firmado la presente Convención en las fechas que figuran al lado de sus respectivas firmas.

HECHO en la Oficina Europea de las Naciones Unidas, Ginebra, a los siete días de septiembre de mil novecientos cincuenta y seis.

Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr und zur Konvention vom 8. November 1968 über Verkehrszeichen und -signale

vom 13. März 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 11. Oktober 1973 die Beitrittsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu der Konvention über den Straßenverkehr vom 8. November 1968 und zu der Konvention über Verkehrszeichen und -signale vom 8. November 1968 hinterlegt wurde.

Bei der Übergabe der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß sie sich an Artikel 52 der Konvention über den Straßenverkehr und an Artikel 44 der Konvention über Verkehrszeichen und -signale nicht als gebunden betrachtet.

Der Tag, an dem die obengenannten Konventionen für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft treten, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Die Texte der beiden Konventionen werden im Sonderdruck Nr. 791 des Gesetzblattes veröffentlicht.

Berlin, den 13. März 1975

Der Leiter des Büros des Ministerrates

Dr. Rost
Staatssekretär

Bekanntmachung über das endgültige Inkrafttreten des Internationalen Zuckerabkommens, 1973

vom 20. März 1975

Entsprechend der Bekanntmachung vom 25. November 1974 über den Erwerb der Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Internationalen Zuckerabkommen, 1973 (GBl. II Nr. 28 S. 515) wird hierdurch bekanntgemacht, daß das Abkommen nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden gemäß seinem Artikel 36 Absatz 1 am 15. Oktober 1974 endgültig in Kraft getreten ist.

Berlin, den 20. März 1975

Der Leiter des Büros des Ministerrates

Dr. Rost
Staatssekretär

Eine Analyse
des Militär-Industrie-Komplexes
im imperialistischen Staat

Dr. Klaus Engelhardt, Dr. Karl-Heinz Heise

Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem

Hrsg.: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
304 Seiten · Leinen · 12,50 M
Bestellwort: Engelhardt, Militär / 770 372 3

Die Arbeit ist das Ergebnis langjähriger Forschungen. Sie untersucht die Rolle der Zentralisation des Rüstungskapitals und die Stellung der Rüstungsforschung vor allem in den USA und der BRD.
Im Inhalt:
Zur politisch-strategischen und ökonomischen Interessenlage des militärisch-industriellen Komplexes im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem
Zur Funktion des Militär-Industrie-Komplexes in der imperialistischen Gesamtstrategie / Anpassung der Entwicklungsformen des Militär-Industrie-Komplexes an die gegenwärtige strategische Lage des Imperialismus
Zur Rolle der Profitinteressen des Rüstungskapitals im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem
Der Widerspruch zwischen den partiellen Profitinteressen des Rüstungskapitals und den kollektiven Verwertungsansprüchen des Monopolkapitals / Gegenwärtige Versuche zur Modifizierung der staatlich garantierten Profitbedingungen des Rüstungskapitals und ihre Auswirkungen
Zur Rolle der Zentralisation des Rüstungskapitals in der BRD
Die machtpolitischen und ökonomischen Grundlagen der forcierten Zentralisation des Rüstungskapitals / Formen, Ausmaß und Bedeutung der Zentralisation des Rüstungskapitals
Zur Stellung der Rüstungsforschung im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem
Einflüsse der Rüstungsforschung auf die Machtstruktur des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems / Die Forschungsstrategie der BRD im Zeichen divergierender und ständig anwachsender Anforderungen an das begrenzte Forschungspotential
Anhang, Quellenverzeichnis, Sachregister sowie ein Personen- und Firmenregister beenden das Werk und erhärten gewonnene Erkenntnisse.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15. Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31 818

Ingenieurhochschule Cottbus
AUSGESONDERT
1993
UB Cottbus
Z 34 a

GESETZBLATT
der Deutschen Demokratischen Republik

1975	Berlin, den 15. Mai 1975	Teil II Nr. 4

Inhalt

Tag		Seite
3. 3. 75	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959	69
3. 3. 75	Bekanntmachung über die Annahme des Protokolls vom 4. Mai 1949 zur Änderung des am 18. Mai 1904 in Paris unterzeichneten „Internationalen Abkommens zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel" und der am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten „Internationalen Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels" durch die Deutsche Demokratische Republik	81
4. 3. 75	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen vom 11. Oktober 1933 in der durch das Protokoll vom 12. November 1947 geänderten Fassung	85
4. 3. 75	Bekanntmachung über die Annahme des Protokolls vom 12. November 1947 zur Änderung der am 30. September 1921 in Genf geschlossenen „Konvention zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels" und der am 11. Oktober 1933 in Genf geschlossenen „Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen" durch die Deutsche Demokratische Republik	87
22. 4. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 21. Juni 1974 über die Anwendung der Standards des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	91

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959

vom 3. März 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 19. November 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zum nachstehend veröffentlichten Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959 hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel XIII Absatz 1 des Vertrages folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß Artikel XIII Absatz 1 des Vertrages im Widerspruch zu dem Prinzip steht, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Verträgen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren."

Der Vertrag ist gemäß seinem Artikel XIII Absatz 5 für die Deutsche Demokratische Republik am 19. November 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 3. März 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Antarktis-Vertrag

Die Regierungen Argentiniens, Australiens, Belgiens, Chiles, der Französischen Republik, Japans, Neuseelands, Norwegens, der Südafrikanischen Union, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika —

in dem Bewußtsein, daß die Antarktis im Interesse der Menschheit auch künftig nur friedlichen Zwecken dienstbar sein und nicht zum Schauplatz oder Gegenstand internationaler Differenzen werden darf;

in Anerkennung des bedeutenden Beitrags, der dank der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung der Antarktis zur wissenschaftlichen Erkenntnis geleistet worden ist;

in der Überzeugung, daß die Herstellung eines festen Fundaments für die Fortsetzung und Entwicklung dieser Zusammenarbeit auf der Grundlage der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung in der Antarktis, wie sie im Laufe des Internationalen Geophysikalischen Jahres betrieben wurde, den Interessen der Wissenschaft und dem Fortschritt der ganzen Menschheit entspricht;

wie auch in der Überzeugung, daß ein Vertrag, der gewährleistet, daß die Antarktis nur zu friedlichen Zwecken und zur weiteren Förderung des internationalen Einvernehmens in der Antarktis genutzt wird, zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen beitragen wird,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

1. Die Antarktis wird nur zu friedlichen Zwecken genutzt. Es werden namentlich jegliche Maßnahmen militärischen Charakters verboten, wie die Anlegung von Militärstützpunkten und Befestigungen, die Abhaltung militärischer Manöver sowie Versuche mit jedweden Waffen.

2. Durch diesen Vertrag wird die Verwendung militärischen Personals oder militärischer Ausrüstungsgegenstände zu wissenschaftlichen Forschungen oder zu beliebigen anderen friedlichen Zwecken nicht behindert.

Artikel II

Die freie wissenschaftliche Forschung in der Antarktis und die darauf abgestellte Zusammenarbeit, wie sie während des Internationalen Geophysikalischen Jahres betrieben wurden, werden nach Maßgabe dieses Vertrages weitergeführt.

Artikel III

1. Zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Forschung in der Antarktis gemäß Artikel II dieses Vertrages kommen die Vertragsparteien überein, soweit irgend möglich
   a) Mitteilungen über die wissenschaftlichen Programme in der Antarktis auszutauschen, um den bestmöglichen Einsatz der Mittel und den Erfolg der Arbeiten zu gewährleisten;
   b) wissenschaftliches Personal zwischen Expeditionen und Stationen in diesem Raum auszutauschen;
   c) die in der Antarktis gemachten Beobachtungen und erzielten wissenschaftlichen Ergebnisse, die frei verfügbar sein sollen, auszutauschen.
2. In Anwendung dieser Bestimmungen wird die Zusammenarbeit in den Arbeitsbeziehungen mit den Spezialorganisationen der Vereinten Nationen und den anderen internationalen Organisationen, für die die Antarktis von besonderem wissenschaftlichen oder technischen Interesse ist, mit allen Mitteln gefördert.

Artikel IV

1. Keine Vertragsbestimmung ist so auszulegen,
   a) als enthalte sie den Verzicht einer Vertragspartei auf ihre Rechte auf territoriale Souveränität oder auf territoriale Ansprüche in der Antarktis, die von ihr vorher geltend gemacht worden sind;
   b) als enthalte sie den vollständigen oder teilweisen Verzicht einer Vertragspartei auf die Grundlage eines Anspruchs auf territoriale Souveränität in der Antarktis, der sich aus ihrer eigenen Betätigung oder aus derjenigen ihrer Staatsangehörigen in der Antarktis oder aus einem anderen Grund ergeben könnte;
   c) als beeinträchtige sie die Stellung einer Vertragspartei hinsichtlich der Anerkennung oder Nichtanerkennung des Hoheitsrechts, eines Anspruchs oder der Grundlage eines Anspruchs auf territoriale Souveränität jedes anderen Staates in der Antarktis durch diese Partei.
2. Während der Geltungsdauer dieses Vertrages bildet keine Handlung oder Betätigung eine Grundlage dafür, einen Anspruch auf territoriale Souveränität in der Antarktis zu erheben oder zu bestreiten, und begründet keine Souveränitätsrechte in diesem Raum. Während der Geltungsdauer dieses Vertrages dürfen kein neuer Anspruch und keine Erweiterung eines vorher geltend gemachten Anspruchs auf territoriale Souveränität erhoben werden.

Artikel V

1. In der Antarktis sind jede Kernexplosion und jede Ablagerung radioaktiver Abfälle verboten.
2. Werden internationale Abkommen über die Verwendung der Kernenergie, einschließlich der Kernexplosionen und der Ablagerung radioaktiver Abfälle, geschlossen, an denen alle Vertragsparteien teilnehmen, deren Vertreter zur Teilnahme an den in Artikel IX vorgesehenen Tagungen befugt sind, so finden die Bestimmungen dieser Abkommen in der Antarktis Anwendung.

Artikel VI

Dieser Vertrag findet Anwendung auf den Raum südlich des 60. Grades südlicher Breite, einschließlich aller Schelfeisflächen; er berührt oder beeinträchtigt jedoch nicht die jedem Staat durch das Völkerrecht zuerkannten Rechte oder die Ausübung dieser Rechte betreffend die Teile der hohen See, die sich innerhalb des so abgegrenzten Raumes befinden.

Artikel VII

1. Um die Ziele dieses Vertrages zu erreichen und um die Einhaltung seiner Bestimmungen zu gewährleisten, ist jede Vertragspartei, deren Vertreter befugt sind, an den in Artikel IX dieses Vertrages erwähnten Tagungen teilzunehmen, berechtigt, Beobachter zu benennen, die mit der Durchführung der in diesem Artikel vorgesehenen Inspektionen beauftragt sind. Diese Beobachter werden aus den Staatsangehörigen der Vertragspartei, die sie benennt, ausgewählt. Ihre Namen werden allen anderen Vertragsparteien mitgeteilt, die befugt sind, Beobachter zu benennen; die Beendigung ihrer Tätigkeit wird entsprechend notifiziert.
2. Die nach Maßgabe des Absatzes 1 benannten Beobachter haben jederzeit ungehinderten Zugang zu einzelnen oder allen Gebieten der Antarktis.
3. Alle Gebiete der Antarktis, alle Stationen und Anlagen, alles dort vorhandene Material sowie alle Schiffe und Luftfahrzeuge an den Aus- und Eingangspunkten für Fracht und Personal in der Antarktis sind jederzeit allen nach Maßgabe des Absatzes 1 benannten Beobachtern zwecks Inspektion zugänglich.
4. Jede der zur Benennung von Beobachtern befugten Vertragsparteien kann jederzeit die Luftinspektion einzelner oder aller Gebiete der Antarktis durchführen.
5. Jede Vertragspartei hat, sobald dieser Vertrag für sie in Kraft tritt, die anderen Vertragsparteien zu unterrichten und ihnen in der Folge jeweils vorher Mitteilung zu machen über:
   a) alle Expeditionen, die zur Antarktis aufbrechen oder dort ihren Standort wechseln, soweit sie mittels ihrer Schiffe oder durch ihre Staatsangehörigen durchgeführt werden, sowie alle Expeditionen, die in ihrem Hoheitsgebiet organisiert werden oder von dort aufbrechen werden;
   b) alle Stationen, die in der Antarktis von ihren eigenen Staatsangehörigen besetzt sind;
   c) ihre Absicht, nach Maßgabe des Artikels I Absatz 2 militärisches Personal oder Material jeder Art in die Antarktis zu entsenden.

Artikel VIII

1. Um die Wahrnehmung der den Vertragsparteien aus diesem Vertrag erwachsenden Aufgaben zu erleichtern und unbeschadet der Haltung, welche die Vertragsparteien bezüglich der Gerichtsbarkeit über alle anderen Personen in der Antarktis einnehmen, unterstehen die gemäß Artikel VII Absatz 1 benannten Beobachter und das wissenschaftliche Personal, das gemäß Artikel III Absatz 1 b) dieses Vertrages ausgetauscht wird, sowie die ihnen beigegebenen und sie begleitenden Personen hinsichtlich aller Handlungen oder Unterlassungen während ihres der Erfüllung ihrer Aufgaben dienenden Aufenthalts in der Antarktis lediglich der Gerichtsbarkeit der Vertragspartei, deren Staatsangehörige sie sind.
2. Unbeschadet des Absatzes 1 und bis zur Veranlassung der in Artikel IX Absatz 1 e) vorgesehenen Maßnahmen haben sich die Vertragsparteien, die an einer Streitigkeit über die Ausübung der Gerichtsbarkeit in der Antarktis beteiligt sind, unverzüglich zu konsultieren, um zu einer beiderseits annehmbaren Lösung zu gelangen.

Artikel IX

1. Die in der Präambel zu diesem Vertrag erwähnten Vertreter der Vertragsparteien werden binnen zwei Monaten nach seinem Inkrafttreten in Canberra und in der Folge in angemessenen Abständen und an geeigneten Orten zusammentreten, um Informationen auszutauschen, um sich über die Antarktis betreffende Fragen von gemeinsamem Interesse zu konsultieren und um Maßnahmen, die die Beachtung der Grundsätze und die Verfolgung der Ziele dieses Vertrages sicherstellen sollen, zu prüfen, festzulegen und ihren Regierungen zu empfehlen, insbesondere Maßnahmen:
   a) welche sich auf die Nutzung der Antarktis zu ausschließlich friedlichen Zwecken beziehen;
   b) welche die wissenschaftliche Forschung in der Antarktis erleichtern;
   c) welche die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit in diesem Raum erleichtern;
   d) welche die Ausübung der in Artikel VII dieses Vertrages vorgesehenen Inspektionsrechte erleichtern;
   e) welche sich auf Fragen der Ausübung der Gerichtsbarkeit in der Antarktis beziehen;
   f) welche sich auf den Schutz und die Erhaltung der Pflanzen- und Tierwelt in der Antarktis beziehen.
2. Jede Vertragspartei, die diesem Vertrag gemäß Artikel XIII beigetreten ist, hat das Recht, Vertreter zu benennen, die an den in Absatz 1 erwähnten Tagungen teilnehmen, solange sie ihr Interesse an der Antarktis dadurch bekundet, daß sie dort wesentliche wissenschaftliche Forschungen betreibt, z. B. durch Errichtung einer Station oder Entsendung einer Expedition.
3. Die Berichte der in Artikel VII dieses Vertrages erwähnten Beobachter werden den Vertretern der Vertragsparteien übermittelt, die an den in Absatz 1 erwähnten Tagungen teilnehmen.
4. Die in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen treten mit ihrer Billigung durch alle Vertragsparteien in Kraft, deren Vertreter befugt waren, an den Tagungen teilzunehmen, auf denen über diese Maßnahmen beraten wurde.
5. Einzelne oder alle durch diesen Vertrag begründeten Rechte können von seinem Inkrafttreten an ausgeübt werden ohne Rücksicht darauf, ob Maßnahmen zur Erleichterung der Wahrnehmung dieser Rechte nach Maßgabe dieses Artikels geprüft, vorgeschlagen oder gebilligt worden sind oder nicht.

Artikel X

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, geeignete, mit der Charta der Vereinten Nationen zu vereinbarende Maßnahmen zu treffen, damit niemand in der Antarktis sich in einer Weise betätigt, die den Grundsätzen oder Absichten dieses Vertrages zuwiderläuft.

Artikel XI

1. Bei Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages werden sie diese Vertragsparteien konsultieren, um die Streitigkeiten durch Verhandlungen, Untersuchungen, Vermittlung, Schlichtung, Schiedsspruch, gerichtliche Beilegung oder jedes andere friedliche Mittel ihrer Wahl beizulegen.
2. Jede derartige Streitigkeit, die nicht auf diese Weise beigelegt werden kann, ist, in jedem Fall mit Zustimmung aller beteiligten Parteien, dem Internationalen Gerichtshof zur Beilegung zu unterbreiten; die Unmöglichkeit, ein Einvernehmen über eine derartige Anrufung des Gerichtshofes zu erzielen, entbindet jedoch die beteiligten Parteien keinesfalls von der Verpflichtung, die Beilegung der Streitigkeit weiterhin mit allen in Absatz 1 erwähnten friedlichen Mitteln anzustreben.

Artikel XII

1. a) Dieser Vertrag kann jederzeit mit Zustimmung aller Vertragsparteien, deren Vertreter zur Teilnahme an den in Artikel IX vorgesehenen Tagungen befugt sind, geändert oder ergänzt werden. Eine solche Änderung oder Ergänzung tritt in Kraft, sobald die Depositarregierung von allen diesen Vertragsparteien die Mitteilung über ihre Ratifikation erhalten hat.
   b) In der Folge tritt eine solche Änderung oder Ergänzung für jede andere Vertragspartei in Kraft, sobald die Mitteilung über die Ratifikation durch diese Partei bei der Depositarregierung eingegangen ist. Jede Vertragspartei, deren Mitteilung nicht binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten der Änderung oder Ergänzung gemäß Absatz 1 a) eingegangen ist, gilt nach Ablauf dieser Frist nicht mehr als Partei dieses Vertrages.
2. a) Stellt nach Ablauf von 30 Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine der Vertragsparteien, deren Vertreter zur Teilnahme an den in Artikel IX vorgesehenen Tagungen befugt sind, durch eine an die Depositarregierung gerichtete Mitteilung einen entsprechenden Antrag, so wird so bald wie möglich eine Konferenz aller Vertragsparteien zur Überprüfung der Wirksamkeit des Vertrages einberufen.
   b) Jede Änderung oder Ergänzung dieses Vertrages, die auf einer solchen Konferenz von der Mehrheit der auf ihr vertretenen Vertragsparteien, einschließlich der Mehrheit der Vertragsparteien, deren Vertreter zur Teilnahme an den in Artikel IX vorgesehenen Tagungen befugt sind, gebilligt worden ist, wird nach Abschluß der Konferenz von der Depositarregierung allen Vertragsparteien mitgeteilt und tritt nach Maßgabe des Absatzes 1 in Kraft.
   c) Ist eine solche Änderung oder Ergänzung nicht gemäß Absatz 1 a) binnen zwei Jahren nach dem Tage, an dem alle Vertragsparteien davon verständigt sind, in Kraft getreten, so kann jede Vertragspartei jederzeit nach Ablauf dieser Frist der Depositarregierung notifizieren, daß sie nicht mehr Partei dieses Vertrages ist; dieser Rücktritt wird zwei Jahre nach Eingang der Notifizierung bei der Depositarregierung wirksam.

Artikel XIII

1. Dieser Vertrag wird den Unterzeichnerstaaten zur Ratifizierung unterbreitet. Er steht jedem Mitgliedstaat der Vereinten Nationen und jedem anderen Staat zum Beitritt offen, der mit Zustimmung aller Vertragsparteien, deren Vertreter zur Teilnahme an den in Artikel IX des Vertrages erwähnten Tagungen befugt sind, dazu eingeladen wird.
2. Die Ratifikation dieses Vertrages oder der Beitritt zu demselben erfolgt durch jeden Staat nach seinem verfassungsmäßigen Verfahren.
3. Die Ratifikations- und Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Depositarregierung ist, hinterlegt.
4. Die Depositarregierung unterrichtet alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten vom Zeitpunkt der Hinterlegung jeder Ratifikations- und Beitrittsurkunde sowie vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages und von jeder seiner Änderungen und Ergänzungen.
5. Sobald alle Unterzeichnerstaaten ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, tritt dieser Vertrag für diese Staaten und für diejenigen Staaten, die ihre Beitrittsurkunde hinterlegt haben, in Kraft. In der Folge tritt der Vertrag für jeden beitretenden Staat mit dem Tage der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.
6. Dieser Vertrag wird von der Depositarregierung gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert.

Artikel XIV

Dieser Vertrag, dessen englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt den Regierungen der Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu Washington am 1. Dezember des Jahres eintausendneunhundertneunundfünfzig.

THE ANTARCTIC TREATY

The Governments of Argentina, Australia, Belgium, Chile, the French Republic, Japan, New Zealand, Norway, the Union of South Africa, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America,

Recognizing that it is in the interest of all manking that Antarctica shall continue forever to be used exclusively for peaceful purposes and shall not become the scene or object of international discord;

Acknowledging the substantial contributions to scientific knowledge resulting from international cooperation in scientific investigation in Antarctica;

Convinced that the establishment of a firm foundation for the continuation and development of such cooperation on the basis of freedom of scientific investigation in Antarctica as applied during the International Geophysical Year accords with the interests of science and the progress of all mankind;

Convinced also that a treaty ensuring the use of Antarctica for peaceful purposes only and the continuance of international harmony in Antarctica will further the purposes and principles embodied in the Charter of the United Nations;

Have agreed as follows:

ARTICLE I

1. Antarctica shall be used for peaceful purposes only. There shall be prohibited, **inter alia,** any measures of a military nature, such as the establishment of military bases and fortifications, the carrying out of military maneuvers, as well as the testing of any type of weapons.

2. The present Treaty shall not prevent the use of military personnel or equipment for scientific research or for any other peaceful purpose.

ARTICLE II

Freedom of scientific investigation in Antarctica and cooperation toward that end, as applied during the International Geophysical Year, shall continue, subject to the provisions of the present Treaty.

ARTICLE III

1. In order to promote international cooperation in scientific investigation in Antarctica, as provided for in Article II of the present Treaty, the Contracting Parties agree that, to the greatest extent feasible and practicable:

(a) information regarding plans for scientific programs in Antarctica shall be exchanged to permit maximum economy and efficiency of operations;

(b) scientific personnel shall be exchanged in Antarctica between expeditions and stations;

(c) scientific observations and results from Antarctica shall be exchanged and made freely available.

2. In implementing this Article, every encouragement shall be given to the establishment of cooperative working relations with those Specialized Agencies of the United Nations and other international organizations having a scientific or technical interest in Antarctica.

ARTICLE IV

1. Nothing contained in the present Treaty shall be interpreted as:

(a) a renunciation by any Contracting Party of previously asserted rights of or claims to territorial sovereignty in Antarctica;

(b) a renunciation or diminution by any Contracting Party of any basis of claim to territorial sovereignty in Antarctica which it may have whether as a result of its activities or those of its nationals in Antarctica, or otherwise;

(c) prejudicing the position of any Contracting Party as regards its recognition or non-recognition of any other State's right of or claim or basis of claim to territorial sovereignty in Antarctica.

2. No acts or activities taking place while the present Treaty is in force shall constitute a basis for asserting, supporting or denying a claim to territorial sovereignty in Antarctica or create any rights of sovereignty in Antarctica. No new claim, or enlargement of an existing claim, to territorial sovereignty in Antarctica shall be asserted while the present Treaty is in force.

ARTICLE V

1. Any nuclear explosions in Antarctica and the disposal there of radioactive waste material shall be prohibited.

2. In the event of the conclusion of international agreements concerning the use of nuclear energy, including nuclear explosions and the disposal of radioactive waste material, to which all of the Contracting Parties whose representatives are entitled to participate in the meetings provided for under Article IX are parties, the rules established under such agreements shall apply in Antarctica.

ARTICLE VI

The provisions of the present Treaty shall apply to the area south of 60° South Latitude, including all ice shelves, but nothing in the present Treaty shall prejudice or in any way affect the rights, or the exercise of the rights, of any State under international law with regard to the high seas within that area.

ARTICLE VII

1. In order to promote the objectives and ensure the observance of the provisions of the present Treaty, each Contracting Party whose representatives are entitled to participate in the meetings referred to in Article IX of the Treaty shall have the right to designate observers to carry out any inspection provided for by the present Article. Observers shall be nationals of the Contracting Parties which designate them. The names of observers shall be communicated to every other Contracting Party having the right to designate observers, and like notice shall be given of the termination of their appointment.

2. Each observer designated in accordance with the provisions of paragraph 1 of this Article shall have complete freedom of access at any time to any or all areas of Antarctica.

3. All areas of Antarctica, including all stations, installations and equipment within those areas, and all ships and aircraft at points of discharging or embarking cargoes or personnel in Antarctica, shall be open at all times to inspection by any observers designated in accordance with paragraph 1 of this Article.

4. Aerial observation may be carried out at any time over any or all areas of Antarctica by any of the Contracting Parties having the right to designate observers.

5. Each Contracting Party shall, at the time when the present Treaty enters into force for it, inform the other Contracting Parties, and thereafter shall give them notice in advance, of

(a) all expeditions to and within Antarctica, on the part of its ships or nationals, and all expeditions to Antarctica organized in or proceeding from its territory;

(b) all stations in Antarctica occupied by its nationals; and

(c) any military personnel or equipment intended to be introduced by it into Antarctica subject to the conditions prescribed in paragraph 2 of Article I of the present Treaty.

ARTICLE VIII

1. In order to facilitate the exercise of their functions under the present Treaty, and without prejudice to the respective positions of the Contracting Parties relating to jurisdiction over all other persons in Antarctica, observers designated under paragraph 1 of Article VII and scientific personnel exchanged under subparagraph 1(b) of Article III of the Treaty, and members of the staffs accompanying any such persons, shall be subject only to the jurisdiction of the Contracting Party of which they are nationals in respect of all acts or ommissions occurring while they are in Antarctica for the purpose of exercising their functions.

2. Without prejudice to the provisions of paragraph 1 of this Article, and pending the adoption of measures in pursuance of subparagraph 1(e) of Article IX, the Contracting Parties concerned in any case of dispute with regard to the exercise of jurisdiction in Antarctica shall immediately consult together with a view to reaching a mutually acceptable solution.

ARTICLE IX

1. Representatives of the Contracting Parties named in the preamble to the present Treaty shall meet at the City of Canberra within two months after the date of entry into force of the Treaty, and thereafter at suitable intervals and places, for the purpose of exchanging information, consulting together on matters of common interest pertaining to Antarctica, and formulating and considering, and recommending to their Governments, measures in furtherance of the principles and objectives of the Treaty, including measures regarding:

(a) use of Antarctica for peaceful purposes only;

(b) facilitation of scientific research in Antarctica;

(c) facilitation of international scientific cooperation in Antarctica;

(d) facilitation of the exercise of the rights of inspection provided for in Article VII of the Treaty;

(e) questions relating to the exercise of jurisdiction in Antarctica;

(f) preservation and conservation of living resources in Antarctica.

2. Each Contracting Party which has become a party to the present Treaty by accession under Article XIII shall be entitled to appoint representatives to participate in the meetings referred to in paragraph 1 of the present Article, during such time as that Contracting Party demonstrates its interest in Antarctica by conducting substantial scientific research activity there, such as the establishment of a scientific station or the despatch of a scientific expedition.

3. Reports from the observers referred to in Article VII of the present Treaty shall be transmitted to the representatives of the Contracting Parties participating in the meetings referred to in paragraph 1 of the present Article.

4. The measures referred to in paragraph 1 of this Article shall become effective when approved by all the Contracting Parties whose representatives were entitled to participate in the meetings held to consider those measures.

5. Any or all of the rights established in the present Treaty may be exercised as from the date of entry into force of the Treaty whether or not any measures facilitating the exercise of such rights have been proposed, considered or approved as provided in this Article.

ARTICLE X

Each of the Contracting Parties undertakes to exert appropriate efforts, consistent with the Charter of the United Nations, to the end that no one engages in any activity in Antarctica contrary to the principles or purposes of the present Treaty.

ARTICLE XI

1. If any dispute arises between two or more of the Contracting Parties concerning the interpretation or application of the present Treaty, those Contracting Parties shall consult among themselves with a view to having the dispute resolved by negotiation, inquiry, mediation, conciliation, arbitration, judicial settlement or other peaceful means of their own choice.

2. Any dispute of this character not so resolved shall, with the consent, in each case, of all parties to the dispute, be referred to the International Court of Justice for settlement; but failure to reach agreement on reference to the International Court shall not absolve parties to the dispute from the responsibility of continuing to seek to resolve it by any of the various peaceful means referred to in paragraph 1 of this Article.

ARTICLE XII

1. (a) The present Treaty may be modified or amended at any time by unanimous agreement of the Contracting Parties whose representatives are entitled to participate in the meetings provided for under Article IX. Any such modification or amendment shall enter into force when the depositary Government has received notice from all such Contracting Parties that they have ratified it.

(b) Such modification or amendment shall thereafter enter into force as to any other Contracting Party when notice of ratification by it has been received by the depositary Government. Any such Contracting Party from which no notice of ratification is received within a period of two years from the date of entry into force of the modification or amendment in accordance with the provisions of subparagraph 1(a) of this Article shall be deemed to have withdrawn from the present Treaty on the date of the expiration of such period.

2. (a) If after the expiration of thirty years from the date of entry into force of the present Treaty, any of the Contracting Parties whose representatives are entitled to participate in the meetings provided for under Article IX so requests by a communication addressed to the depositary Government, a Conference of all the Contracting Parties shall be held as soon as practicable to review the operation of the Treaty.

(b) Any modification or amendment to the present Treaty which is approved at such a Conference by a majority of the Contracting Parties there represented, including a majority of those whose representatives are entitled to participate in the meetings provided for under Article IX, shall be communicated by the depositary Government to all the Contracting Parties immediately after the termination of the Conference and shall enter into force in accordance with the provisions of paragraph 1 of the present Article.

(c) If any such modification or amendment has not entered into force in accordance with the provisions of subparagraph 1(a) of this Article within a period of two years after the date of its communication to all the Contracting Parties, any Contracting Party may at any time after the expiration of that period give notice to the depositary Government of

its withdrawal from the present Treaty; and such withdrawal shall take effect two years after the receipt of the notice by the depositary Government.

ARTICLE XIII

1. The present Treaty shall be subject to ratification by the signatory States. It shall be open for accession by any State which is a Member of the United Nations, or by any other State which may be invited to accede to the Treaty with the consent of all the Contracting Parties whose representatives are entitled to participate in the meetings provided for under Article IX of the Treaty.

2. Ratification of or accession to the present Treaty shall be effected by each State in accordance with its constitutional processes.

3. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the Government of the United States of America, hereby designated as the depositary Government.

4. The depositary Government shall inform all signatory and acceding States of the date of each deposit of an instrument of ratification or accession, and the date of entry into force of the Treaty and of any modification or amendment thereto.

5. Upon the deposit of instruments of ratification by all the signatory States, the present Treaty shall enter into force for those States and for States which have deposited instruments of accession. Thereafter the Treaty shall enter into force for any acceding State upon the deposit of its instrument of accession.

6. The present Treaty shall be registered by the depositary Government pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

ARTICLE XIV

The present Treaty, done in the English, French, Russian and Spanish languages, each version being equally authentic, shall be deposited in the archives of the Government of the United States of America, which shall transmit duly certified copies thereof to the Governments of the signatory and acceding States.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, duly authorized, have signed the present Treaty.

DONE at Washington this first day of December, one thousand nine hundred and fifty-nine.

TRAITE SUR L'ANTARTIQUE

Les Gouvernments de l'Argentine, de l'Australie, de la Belgique, du Chili, de la République Française, du Japon, de la Nouvelle-Zélande, de la Norvège, de l'Union Sud-Africaine, de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, et des Etats-Unis d'Amérique,

Reconnaissant qu'il est de l'intérêt de l'humanité tout entière que l'Antarctique soit à jamais réservée aux seules activités pacifiques et ne devienne ni le théâtre ni l'enjeu de différends internationaux;

Appréciant l'ampleur des progrès réalisés par la science grâce à la coopération internationale en matière de recherche scientifique dans l'Antarctique;

Persuadés qu'il est conforme aux intérêts de la science et au progrès de l'humanité d'établir une construction solide permettant de poursuivre et de développer cette coopération en la fondant sur la liberté de la recherche scientifique dans l'Antarctique telle qu'elle a été pratiquée pendant l'Année Géophysique Internationale;

Persuadés qu'un Traité réservant l'Antarctique aux seules activités pacifiques et maintenant dans cette région l'harmonie internationale, servira les intentions et les principes de la Charte des Nations Unies;

Sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE I

1. Seules les activités pacifiques sont autorisées dans l'Antarctique. Sont interdites, entre autres, toutes mesures de caractère militaire telles que l'établissement de bases, la construction de fortifications, les manœuvres, ainsi que les essais d'armes de toutes sortes.

2. Le présent Traité ne s'oppose pas à l'emploi de personnel ou de matériel militaires pour la recherche scientifique ou pour toute autre fin pacifique.

ARTICLE II

La liberté de la recherche scientifique dans l'Antarctique et la coopération à cette fin, telles qu'elles ont été pratiquées durant l'Année Géophysique Internationale, se poursuivront conformément aux dispositions du présent Traité.

ARTICLE III

1. En vue de renforcer dans l'Antarctique la coopération internationale en matière de recherche scientifique, comme il est prévu à l'Article II du présent Traité, les Parties Contractantes conviennent de procéder, dans toute la mesure du possible:

(a) à l'échange de renseignements relatifs aux programmes scientifiques dans l'Antarctique, afin d'assurer au maximum l'économie des moyens et le rendement des opérations;

(b) à des échanges de personnel scientifique entre expéditions et stations dans cette région;

(c) à l'échange des observations et des résultats scientifiques obtenus dans l'Antarctique qui seront rendus librement disponibles.

2. Dans l'application de ces dispositions, la coopération dans les relations de travail avec les Institutions Spécialisées des Nations Unies et les autres organisations internationales pour lesquelles l'Antarctique offre un intérêt scientifique ou technique, sera encouragée par tous les moyens.

ARTICLE IV

1. Aucune disposition du présent Traité ne peut être interprétée:

(a) comme constituant, de la part d'aucune des Parties Contractantes, une renonciation à ses droits de souveraineté territoriale, ou aux revendications territoriales, précédemment affirmés par elle dans l'Antarctique;

(b) comme un abandon total ou partiel, de la part d'aucune des Parties Contractantes, d'une base de revendication de souveraineté territoriale dans l'Antarctique, qui pourrait résulter de ses propres activités ou de celles de ses ressortissants dans l'Antarctique, ou de toute autre cause;

(c) comme portant atteinte à la position de chaque Partie Contractante en ce qui concerne la reconnaissance ou la non reconnaissance par cette Partie, du droit de souveraineté, d'une revendication ou d'une base de revendication de souveraineté territoriale de tout autre Etat, dans l'Antarctique.

2. Aucun acte ou activité intervenant pendant la durée du présent Traité ne constituera une base permettant de faire valoir, de soutenir ou de contester une revendication de souveraineté territoriale dans l'Antarctique, ni ne créera des droits de souveraineté dans cette région. Aucune revendication nouvelle, ni aucune extension d'une revendication de souveraineté territoriale précédemment affirmée, ne devra être présentée pendant la durée du présent Traité.

ARTICLE V

1. Toute explosion nucléaire dans l'Antarctique est interdite, ainsi que l'élimination dans cette région de déchets radioactifs.

2. Au cas où seraient conclus des accords internationaux, auxquels participeraient toutes les Parties Contractantes dont les représentants sont habilités à participer aux réunions prévues à l'Article IX, concernant l'utilisation de l'énergie nucléaire y compris les explosions nucléaires et l'élimination de déchets radioactifs, les règles établies par de tels accords seront appliquées dans l'Antarctique.

ARTICLE VI

Les dispositions du présent Traité s'appliquent à la région située au sud du 60ème degré de latitude Sud, y compris toutes les plates-formes glaciaires; mais rien dans le présent Traité ne pourra porter préjudice ou porter atteinte en aucune façon aux droits ou à l'exercice des droits reconnus à tout Etat par le droit international en ce qui concerne les parties de haute mer se trouvant dans la région ainsi délimitée.

ARTICLE VII

1. En vue d'atteindre les objectifs du présent Traité et d'en faire respecter les dispositions, chacune des Parties Contractantes dont les représentants sont habilités à participer aux réunions mentionnées à l'Article IX de ce Traité, a le droit de désigner des observateurs chargés d'effectuer toute inspection prévue au présent Article. Ces observateurs seront choisis parmi les ressortissants de la Partie Contractante qui les désigne. Leurs noms seront communiqués à chacune des autres Parties Contractantes habilitées à désigner des observateurs; la cessation de leurs fonctions fera l'objet d'une notification analogue.

2. Les observateurs désignés conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent Article auront complète liberté d'accès à tout moment à l'une ou à toutes les régions de l'Antartique.

3. Toutes les régions de l'Antarctique, toutes les stations et installations, tout le matériel s'y trouvant, ainsi que tous les navires et aéronefs aux points de débarquement et d'embarquement de fret ou de personnel dans l'Antarctique, seront accessibles à tout moment à l'inspection de tous observateurs désignés conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent Article.

4. Chacune des Parties Contractantes habilitées à désigner des observateurs peut effectuer à tout moment l'inspection aérienne de l'une ou de toutes les régions de l'Antarctique.

5. Chacune des Parties Contractantes doit, au moment de l'entrée en vigueur du présent Traité en ce qui la concerne, informer les autres Parties Contractantes et par la suite leur donner notification préalable:

(a) de toutes les expéditions se dirigeant vers l'Antarctique ou s'y déplaçant, effectuées à l'aide de ses navires ou par ses ressortissants, de toutes celles qui seront organisées sur son territoire ou qui en partiront;

(b) de l'existence de toutes stations occupées dans l'Antartique par ses ressortissants;

(c) de son intention de faire pénétrer dans l'Antarctique, conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'Article 1 du présent Traité, du personnel ou du matériel militaires quels qu'ils soient.

ARTICLE VIII

1. Afin de faciliter l'exercice des fonctions qui leur sont dévolues par le présent Traité et sans préjudice des positions respectives prises par les Parties Contractantes en ce qui concerne la juridiction sur toutes les autres personnes dans l'Antarctique, les observateurs désignés conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'Article VII et le personnel scientifique faisant l'objet d'un échange aux termes de l'alinéa 1(b) de l'Article III du Traité ainsi que les personnes qui leur sont attachées et qui les accompagnent, n'auront à répondre que devant la juridiction de la Partie Contractante dont ils sont ressortissants, en ce qui concerne tous actes ou omissions durant le séjour qu'ils effectueront dans l'Antarctique pour y remplir leurs fonctions.

2. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 du présent Article et en attendant l'adoption des mesures prévues à l'alinéa 1(e) de l'Article IX, les Parties Contractantes se trouvant parties à tout différend relatif à l'exercice de la juridiction dans l'Antarctique devront se consulter immédiatement en vue de parvenir à une solution acceptable de part et d'autre.

ARTICLE IX

1. Les représentants des Parties Contractantes qui sont mentionnées au préambule du présent Traité se réuniront à Canberra dans les deux mois suivant son entrée en vigueur et, par la suite, à des intervalles et en des lieux appropriés, en vue d'échanger des informations, de se consulter sur des questions d'intérêt commun concernant l'Antarctique, d'étudier, formuler et recommander à leurs Gouvernements des mesures destinées à assurer le respect des principes et la poursuite des objectifs du présent Traité, et notamment des mesures:

(a) se rapportant à l'utilisation de l'Antarctique à des fins exclusivement pacifiques;

(b) facilitant la recherche scientifique dans l'Antarctique;

(c) facilitant la coopération scientifique internationale dans cette région;

(d) facilitant l'exercice des droits d'inspection prévus à l'Article VII du présent Traité;

(e) relatives à des questions concernant l'exercice de la juridiction dans l'Antarctique;

(f) relatives à la protection et à la conservation de la faune et de la flore dans l'Antarctique.

2. Toute Partie Contractante ayant adhéré au présent Traité conformément aux dispositions de l'Article XIII a le droit de nommer des représentants qui participeront aux réunions mentionnées au paragraphe 1 du présent Article, aussi longtemps qu'elle démontre l'intérêt qu'elle porte à l'Antarctique en y menant des activités substantielles de recherche scientifique telles que l'établissement d'une station ou l'envoi d'une expédition.

3. Les rapports des observateurs mentionnés à l'Article VII du présent Traité seront transmis aux représentants des Parties Contractantes qui participent aux réunions mentionnées au paragraphe 1 du présent Article.

4. Les mesures prévues au paragraphe 1 du présent Article prendront effet dès leur approbation par toutes les Parties Contractantes dont les représentants étaient habilités à participer aux réunions tenues pour l'examen desdites mesures.

5. L'un quelconque ou tous les droits établis par le présent Traité peuvent être exercés dès son entrée en vigueur, qu'il y ait eu ou non, comme il est prévu au présent Article, examen, proposition ou approbation de mesures facilitant l'exercice de ces droits.

ARTICLE X

Chacune des Parties Contractantes s'engage à prendre des mesures appropriées, compatibles avec la Charte des Nations Unies, en vue d'empêcher que personne n'entreprenne dans l'Antarctique aucune activité contraire aux principes ou aux intentions du présent Traité.

ARTICLE XI

1. En cas de différend entre deux ou plusieurs des Parties Contractantes en ce qui concerne l'interprétation ou l'application du présent Traité, ces Parties Contractantes se consulteront en vue de régler ce différend par voie de négociation,

enquête, médiation, conciliation, arbitrage, règlement judiciaire ou par tout autre moyen pacifique de leur choix.

2. Tout différend de cette nature qui n'aura pu être ainsi réglé, devra être porté, avec l'assentiment dans chaque cas de toutes les parties en cause, devant la Cour Internationale de Justice en vue de règlement; cependant l'impossibilité de parvenir à un accord sur un tel recours ne dispensera aucunement les parties en cause de l'obligation de continuer à rechercher la solution du différend par tous les modes de règlement pacifique mentionnés au paragraphe 1 du présent Article.

ARTICLE XII

1. (a) Le présent Traité peut être modifié ou amendé à tout moment par accord unanime entre les Parties Contractantes dont les représentants sont habilités à participer aux réunions prévues à l'Article IX. Une telle modification ou un tel amendement entrera en vigueur lorsque le Gouvernement dépositaire aura reçu de toutes ces Parties Contractantes avis de leur ratification.

(b) Par la suite une telle modification ou un tel amendement entrera en vigueur à l'égard de toute autre Partie Contractante lorsqu'un avis de ratification émanant de celle-ci aura été reçu par le Gouvernement dépositaire. Chacune de ces Parties Contractantes dont l'avis de ratification n'aura pas été reçu dans les deux ans suivant l'entrée en vigueur de la modification ou de l'amendement conformément aux dispositions de l'alinéa 1(a) du présent Article, sera considérée comme ayant cessé d'être partie au présent Traité à l'expiration de ce délai.

2. (a) Si à l'expiration d'une période de trente ans à dater de l'entrée en vigueur du présent Traité, une des Parties Contractantes dont les représentants sont habilités à participer aux réunions prévues à l'Article IX, en fait la demande par une communication adressée au Gouvernement dépositaire, une Conférence de toutes les Parties Contractantes sera réunie aussitôt que possible, en vue de revoir le fonctionnement du Traité.

(b) Toute modification ou tout amendement au présent Traité, approuvé à l'occasion d'une telle Conférence par la majorité des Parties Contractantes qui y seront représentées, y compris la majorité des Parties Contractantes dont les représentants sont habilités à participer aux réunions prévues à l'Article IX, sera communiqué à toutes les Parties Contractantes par le Gouvernement dépositaire dès la fin de la Conférence, et entrera en vigueur conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent Article.

(c) Si une telle modification ou un tel amendement n'est pas entré en vigueur, conformément aux dispositions de l'alidéa 1(a) du présent Article, dans un délai de deux ans à compter de la date à laquelle toutes les Parties Contractantes en auront reçu communication, toute Partie Contractante peut, à tout moment après l'expiration de ce délai, notifier au Gouvernement dépositaire qu'elle cesse d'être partie au présent Traité; ce retrait prendra effet deux ans apprés la réception de cette notification par le Gouvernement dépositaire.

ARTICLE XIII

1. Le présent Traité sera soumis à la ratification des Etats signataires. Il restera ouvert à l'adhésion de tout Etat membre des Nations Unies, ou de tout autre Etat qui pourrait être invité à adhérer au Traité avec le consentement de toutes les Parties Contractantes dont les représentants sont habilités à participer aux réunions mentionnées à l'Article IX du Traité.

2. La ratification du présent Traité ou l'adhésion à celui-ci sera effectuée par chaque Etat conformément à sa procédure constitutionelle.

3. Les instruments de ratification et les instruments d'adhésion seront déposés près le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui sera le Gouvernement dépositaire.

4. Le Gouvernement dépositaire avisera tous les Etats signataires et adhérents de la date de dépôt de chaque instrument de ratification ou d'adhésion ainsi que de la date d'entrée en vigueur du Traité et de toute modification ou de tout amendement qui y serait apporté.

5. Lorsque tous les Etats signataires auront déposé leurs instruments de ratification, le présent Traité entrera en vigueur pour ces Etats et pour ceux des Etats qui auront déposé leurs instruments d'adhésion. Par la suite, le Traité entrera en vigueur pour tout Etat adhérent, à la date du dépôt de son instrument d'adhésion.

6. Le présent Traité sera enregistré par le Gouvernement dépositaire conformément aux dispositions de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

ARTICLE XIV

Le présent Traité, rédigé dans les langues anglaise, française, russe et espagnole, chaque version faisant également foi, sera déposé aux archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique qui en transmettra des copies certifiées conformes aux Gouvernements des Etats signataires ou adhérents.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont apposé leur signature au présent Traité.

FAIT à Washington le premier décembre mille neuf cent cinquante-neuf.

ДОГОВОР ОБ АНТАРКТИКЕ

Правительства Аргентины, Австралии, Бельгии, Чили, Французской Республики, Японии, Новой Зеландии, Норвегии, Южно-Африканского Союза, Союза Советских Социалистических Республик, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии и Соединенных Штатов Америки,

Сознавая, что в интересах всего человечества Антарктика должна и впредь всегда использоваться исключительно в мирных целях и не должна стать ареной или предметом международных разногласий;

Признавая существенный вклад, внесенный в научные познания благодаря международному сотрудничеству в научных исследованиях в Антарктике;

Убежденные в том, что установление прочного фундамента для продолжения и развития такого сотрудничества на основе свободы научных исследований в Антарктике, как оно осуществлялось в течение Международного геофизического года, отвечает интересам науки и прогресса всего человечества;

Убежденные также в том, что договор, обеспечивающий использование Антарктики только в мирных целях и продолжение международного согласия в Антарктике, будет содействовать осуществлению целей и принципов Устава Организации Объединенных Наций;

Согласились о нижеследующем:

СТАТЬЯ I

1. Антарктика используется только в мирных целях. Запрещаются, в частности, любые мероприятия военного характера, такие как создание военных баз и укреплений, проведение военных маневров, а также испытания любых видов оружия.

2. Настоящий Договор не препятствует использованию военного персонала или оснащения для научных исследований или для любых других мирных целей.

СТАТЬЯ II

Свобода научных исследований в Антарктике и сотрудничество в этих целях, как они применялись в течение Между-

народного геофизического года, будут продолжаться в соответствии с положениями настоящего Договора.

СТАТЬЯ III

1. Для содействия международному сотрудничеству в научных исследованиях в Антарктике, как это предусмотрено в Статье II настоящего Договора, Договаривающиеся Стороны соглашаются, что в максимально возможной и практически осуществимой степени:

a) производится обмен информацией относительно планов научных работ в Антарктике с тем, чтобы обеспечить максимальную экономию средств и эффективность работ;

b) производится обмен научным персоналом в Антарктике между экспедициями и станциями;

c) производится обмен данными и результатами научных наблюдений в Антарктике и обеспечивается свободный доступ к ним.

2. При выполнении настоящей Статьи всячески поощряется установление отношений делового сотрудничества с теми специализированными учреждениями Организации Объединенных Наций и другими международными организациями, для которых Антарктика представляет интерес в научном или техническом отношении.

СТАТЬЯ IV

1. Ничто содержащееся в настоящем Договоре не должно толковаться как:

a) отказ любой из Договаривающихся Сторон от ранее заявленных прав или претензий на территориальный суверенитет в Антарктике;

b) отказ любой из Договаривающихся Сторон от любой основы для претензии на территориальный суверенитет в Антарктике или сокращение этой основы, которую она может иметь в результате ее деятельности или деятельности ее граждан в Антарктике или по другим причинам;

c) наносящее ущерб позиции любой из Договаривающихся Сторон в отношении признания или непризнания ею права или претензии, или основы для претензии любого другого государства на территориальный суверенитет в Антарктике.

2. Никакие действия или деятельность, имеющие место пока настоящий Договор находится в силе, не образуют основы для заявления, поддержания или отрицания какой-либо претензии на территориальный суверенитет в Антарктике и не создают никаких прав суверенитета в Антарктике. Никакая новая претензия или расширение существующей претензии на территориальный суверенитет в Антакртике не заявляются пока настоящий Договор находится в силе.

СТАТЬЯ V

1. Любые ядерные взрывы в Антарктике и удаление в этом районе радиоактивных материалов запрещаются.

2. В случае заключения международных соглашений, в которых будут участвовать все Договаривающиеся Стороны, представители которых имеют право участвовать в совещаниях, предусмотренных Статьей IX, относительно использования ядерной энергии, включая ядерные взрывы и удаление радиоактивных отходов, в Антарктике будут применяться правила, установленные такими соглашениями.

СТАТЬЯ VI

Положения настоящего Договора применяются к району южнее 60 параллели южной широты, включая все шельфовые ледники, но ничто в настоящем Договоре не ущемляет и никоим образом не затрагивает прав любого государства или осуществления этих прав, признанных международным правом в отношении открытого моря, в пределах этого района.

СТАТЬЯ VII

1. Для содействия достижению целей и для обеспечения соблюдения положений настоящего Договора каждая Договаривающаяся Сторона, представители которой имеют право участвовать в совещаниях, предусмотренных в Статье IX настоящего Договора, имеет право назначать наблюдателей для проведения любой инспекции, предусмотренной настоящей Статьей. Наблюдатели должны быть гражданами тех Договаривающихся Сторон, которые их назначают. Фамилии наблюдателей сообщаются каждой из Договаривающихся Сторон, имеющей право назначать наблюдателей; подобное сообщение делается и об окончании срока их назначения.

2. Каждый наблюдатель, назначенный в соответствии с положениями пункта 1 настоящей Статьи, имеет полную свободу доступа в любое время в любой или все районы Антарктики.

3. Все районы Антарктики, включая все станции,установки и оборудование в этих районах, а также все морские и воздушные суда в пунктах разгрузки и погрузки груза или персонала в Антарктике всегда открыты для инспекции любыми наблюдателями, назначенными в соответствии с положениями пункта 1 настоящей Статьи.

4. Наблюдение с воздуха может производиться в любое время над любым или всеми районами Антарктики каждой Договаривающейся Стороной, имеющей право назначать наблюдателей.

5. Каждая из Договаривающихся Сторон по вступлении для нее в силу настоящего Договора информирует другие Договаривающиеся Стороны и в дальнейшем уведомляет их заблаговременно:

a) о всех экспедициях в Антарктику или в пределах Антарктики, совершаемых ее судами или гражданами, и всех экспедициях в Антарктику, организуемых на ее территории или направляющихся с ее территории;

b) о всех станциях в Антарктике, занимаемых ее гражданами;

c) о любом военном персонале или оснащении, предназначенном для направления ею в Антарктику с соблюдением условий, предусмотренных в пункте 2 Статьи I настоящего Договора.

СТАТЬЯ VIII

1. Для содействия осуществлению ими своих функций на основании настоящего Договора и без ущерба для соответствующей позиции каждой Договаривающейся Стороны относительно юрисдикции над всеми другими лицами в Антарктике, наблюдатели, назначенные в соответствии с положениями пункта 1 Статьи VII, и научный персонал, которым обмениваются согласно подпункту 1 (b) Статьи III Договора, а также персонал, сопровождающий любых таких лиц, находятся под юрисдикцией только той Договаривающейся Стороны, гражданами которой они являются, в отношении всех действий или упущений, имеющих место во время их пребывания в Антарктике для выполнения своих функций.

2. Без ущерба для положений пункта 1 настоящей Статьи и до принятия мер в соответствии с положениями подпункта 1 (e) Статьи IX заинтересованные Договаривающиеся Стороны в любом случае спора относительно осуществления юрисдикции в Антарктике немедленно консультируются между собой с целью достижения взаимоприемлемого решения.

СТАТЬЯ IX

1. Представители Договаривающихся Сторон, упомянутых в преамбуле настоящего Договора, соберутся в городе Канберре не позднее, чем через два месяца по вступлении в силу настоящего Договора, и будут собираться впоследствии через промежутки времени и в местах, которые будут ими определены, с целью обмена информацией, взаимных консультаций по вопросам Антарктики, представляющим общий интерес, а также

разработки, рассмотрения и рекомендации своим правительствам мер, содействующих осуществлению принципов и целей настоящего Договора, включая меры относительно:

a) использования Антарктики только в мирных целях;

b) содействия научным исследованиям в Антарктике;

c) содействия международному научному сотрудничеству в Антарктике;

d) содействия осуществлению прав инспекции, предусмотренных в Статье VII настоящего Договора;

e) вопросов, касающихся осуществления юрисдикции в Антарктике;

f) охраны и сохранения живых ресурсов в Антарктике.

2. Каждая Договаривающаяся Сторона, которая стала участником настоящего Договора путем присоединения в соответствии с положениями Статьи XIII, имеет право назначать представителей для участия в совещаниях, упомянутых в пункте 1 настоящей Статьи, в течение того времени, пока эта Договаривающаяся Сторона проявляет свою заинтересованность в Антарктике проведением там существенной научно-исследовательской деятельности, такой как создание научной станции или посылка научной экспедиции.

3. Доклады наблюдателей, упомянутых в Статье VII настоящего Договора, направляются представителям Договаривающихся Сторон, участвующим в совещаниях, упомянутых в пункте 1 настоящей Статьи.

4. Меры, упомянутые в пункте 1 настоящей Статьи, вступают в силу по утверждении их всеми Договаривающимися Сторонами, представители которых имели право участвовать в совещаниях, созванных для рассмотрения этих мер.

5. Любое или все права, установленные в настоящем Договоре, могут осуществляться со дня вступления в силу Договора независимо от того, были или не были какие-либо меры, содействующие осуществлению таких прав, предложены, рассмотрены или одобрены, как это предусмотрено в настоящей Статье.

СТАТЬЯ X

Каждая из Договаривающихся Сторон обязуется прилагать соответствующие усилия, совместимые с Уставом Организации Объединенных Наций, с тем, чтобы в Антарктике не проводилось какой-либо деятельности, противоречащей принципам или целям настоящего Договора.

СТАТЬЯ XI

1. В случае возникновения какого-либо спора между двумя или несколькими Договаривающимися Сторонами относительно толкования или применения настоящего Договора, эти Договаривающиеся Стороны консультируются между собой с целью разрешения спора путем переговоров, расследования, посредничества, примирения, арбитража, судебного разбирательства или другими мирными средствами по их собственному выбору.

2. Любой спор такого рода, который не будет разрешен указанным путем, передается, с согласия в каждом случае всех сторон, участвующих в споре, на разрешение в Международный Суд; однако, если не будет достигнута договоренность о передаче спора в Международный Суд, стороны, участвующие в споре, не освобождаются от обязанности продолжать поиски его разрешения любым из различных мирных средств, указанных в пункте 1 настоящей Статьи.

СТАТЬЯ XII

1. a) Настоящий Договор может быть изменен или в него может быть внесена поправка в любое время по согласию всех Договаривающихся Сторон, представители которых имеют право участвовать в совещаниях, предусмотренных Статьей IX. Любое такое изменение или любая такая поправка вступает в силу по получении правительством-депозитарием от всех таких Договаривающихся Сторон уведомления о ратификации.

b) Такое изменение или такая поправка затем вступает в силу в отношении любой другой Договаривающейся Стороны по получении от нее правительством-депозитарием уведомления о ратификации. Любая такая Договаривающаяся Сторона, от которой не получено уведомление о ратификации в течение двух лет со дня вступления в силу изменения или поправки в соответствии с положениями подпункта 1 (a) настоящей Статьи, рассматривается как вышедшая из Договора в день истечения этого срока.

2. a) Если по истечении тридцати лет со дня вступления в силу настоящего Договора любая из Договаривающихся Сторон, представители которой имеют право участвовать в совещаниях, предусмотренных Статьей IX, того потребует путем обращения, направленного правительству-депозитарию, то будет созвана так скоро, как это практически осуществимо, конференция всех Договаривающихся Сторон для рассмотрения вопроса о том, как действует Договор.

b) Любое изменение настоящего Договора или любая поправка к нему, которые одобрены на указанной конференции большинством представленных на ней Договаривающихся Сторон, включая большинство тех Сторон, представители которых имеют право участвовать в совещаниях, предусмотренных Статьей IX, доводятся правительством-депозитарием до сведения всех Договаривающихся Сторон немедленно по окончании конференции и вступают в силу в соответствии с положениями пункта 1 настоящей Статьи.

c) Если любое такое изменение или любая такая поправка не вступит в силу в соответствии с положениями подпункта 1 (a) настоящей Статьи в течение двух лет со дня уведомления всех Договаривающихся Сторон, любая Договаривающаяся Сторона может в любое время по истечении этого срока уведомить правительство-депозитария о своем выходе из настоящего Договора; такой выход из Договора приобретает силу по истечении двух лет со дня получения правительством-депозитарием этого уведомления.

СТАТЬЯ XIII

1. Настоящий Договор подлежит ратификации подписавшими его государствами. Договор открыт для присоединения к нему любого государства, являющегося членом Организации Объединенных Наций, или любого другого государства, которое может быть приглашено присоединиться к Договору с согласия всех Договаривающихся Сторон, представители которых имеют право участвовать в совещаниях, предусмотренных Статьей IX настоящего Договора.

2. Ратификация настоящего Договора или присоединение к нему осуществляется каждым государством в соответствии с его конституционной процедурой.

3. Ратификационные грамоты и акты о присоединении сдаются на хранение Правительству Соединенных Штатов Америки, которое является правительством-депозитарием.

4. Правительство-депозитарий уведомляет все государства, подписавшие Договор и присоединившиеся к нему, о дате сдачи на хранение каждой ратификационной грамоты или каждого акта о присоединении, а также о дате вступления в силу Договора и любого его изменения или любой поправки к нему.

5. По сдаче на хранение ратификационных грамот всеми подписавшими Договор государствами настоящий Договор вступит в силу для этих государств и для государств, которые сдали на хранение акты о присоединении. В дальнейшем Договор вступает в силу для любого присоединившегося государства по сдаче им на хранение акта о присоединении.

6. Настоящий Договор будет зарегистрирован правительством-депозитарием в соответствии с положениями Статьи 102 Устава Организации Объединенных Наций.

СТАТЬЯ XIV

Настоящий Договор, составленный на английском, французском, русском и испанском языках, причем каждый из текстов является равно аутентичным, будет сдан на хранение в архив Правительства Соединенных Штатов Америки, которое препровождает должным образом заверенные копии Договора Правительствам подписавших его или присоединившихся к нему государств.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО Полномочные представители, должным образом на то уполномоченные, подписали настоящий Договор.

СОВЕРШЕНО в городе Вашингтоне, декабря первого дня тысяча девятсот пятьдесят девятого года.

TRATADO ANTARTICO

Los Gobiernos de Argentina, Australia, Bélgica, Chile, la República Francesa, Japón, Nueva Zelandia, Noruega, la Unión del Africa del Sur, la Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas, el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte y los Estados Unidos de América.

Reconociendo que es en interés de toda la humanidad que la Antártida continúe utilizándose siempre exclusivamente para fines pacíficos y que no llegue a ser escenario u objeto de discordia internacional;

Reconociendo la importancia de las contribuciones aportadas al conocimiento científico como resultado de la cooperación internacional en la investigación científica en la Antártida;

Convencidos de que el establecimiento de una base sólida para la continuación y el desarrollo de dicha cooperación, fundada en la libertad de investigación científica en la Antártida, como fuera aplicada durante el Año Geofísico Internacional, concuerda con los intereses de la ciencia y el progreso de toda la humanidad;

Convencidos, también, de que un Tratado que asegure el uso de la Antártida exclusivamente para fines pacíficos y la continuación de la armonía internacional en la Antártida promoverá los propósitos y principios enunciados en la Carta de las Naciones Unidas,

Han acordado lo siguiente:

ARTICULO I

1. La Antártida se utilizará exclusivamente para fines pacíficos. Se prohibe, entre otras, toda medida de carácter militar, tal como el establecimiento de bases y fortificaciones militares, la realización de maniobras militares, así como los ensayos de toda clase de armas.

2. El presente Tratado no impedirá el empleo de personal o equipo militares para investigaciones científicas o para cualquier otro fin pacífico.

ARTICULO II

La libertad de investigación científica en la Antártida y la cooperación hacia ese fin, como fueran aplicadas durante el Año Geofísico Internacional, continuarán, sujetas a las disposiciones del presente Tratado.

ARTICULO III

1. Con el fin de promover la cooperación internacional en la investigación científica en la Antártida, prevista en el Artículo II del presente Tratado, las Partes Contratantes acuerdan proceder, en la medida más amplia posible:

(a) al intercambio de información sobre los proyectos de programas científicos en la Antártida, a fin de permitir el máximo de economía y eficiencia en las operaciones;

(b) al intercambio de personal científico entre las expediciones y estaciones en la Antártida;

(c) al intercambio de observaciones y resultados científicos sobre la Antártida, los cuales estarán disponibles libremente.

2. Al aplicarse este Artículo se dará el mayor estímulo al establecimiento de relaciones cooperativas de trabajo con aquellos Organismos Especializados de las Naciones Unidas y con otras organizaciones internacionales que tengan interés científico o técnico en la Antártida.

ARTICULO IV

1. Ninguna disposición de presente Tratado se interpretará:

(a) como una renuncia, por cualquiera de las Partes Contratantes, a sus derechos de soberanía territorial o a las reclamaciones territoriales en la Antártida, que hubiere hecho valer precedentemente;

(b) como una renuncia o menoscabo, por cualquiera de las Partes Contratantes, a cualquier fundamento de reclamación de soberanía territorial en la Antártida que pudiera tener, ya sea como resultado de sus actividades o de las de sus nacionales en la Antártida, o por cualquier otro motivo;

(c) como perjudicial a la posición de cualquiera de las Partes Contratantes, en lo concerniente a su reconocimiento o no reconocimiento del derecho de soberanía territorial, de una reclamación o de un fundamento de reclamación de soberanía territorial de cualquier otro Estado en la Antártida.

2. Ningún acto o actividad que se lleve a cabo mientras el presente Tratado se halle en vigencia constituirá fundamento para hacer valer, apoyar o negar una reclamación de soberanía territorial en la Antártida, ni para crear derechos de soberanía en esta región. No se harán nuevas reclamaciones de soberanía territorial en la Antártida, ni se ampliarán las reclamaciones anteriormente hechas valer, mientras el presente Tratado se halle en vigencia.

ARTICULO V

1. Toda explosión nuclear en la Antártida y la eliminación de desechos radiactivos en dicha región quedan prohibidas.

2. En caso de que se concluyan acuerdos internacionales relativos al uso de la energía nuclear, comprendidas las explosiones nucleares y la eliminación de desechos radiactivos, en los que sean Partes todas las Partes Contratantes cuyos representantes estén facultados a participar en las reuniones previstas en el Artículo IX, las normas establecidas en tales acuerdos se aplicarán en la Antártida.

ARTICULO VI

Las disposiciones del presente Tratado se aplicarán a la región situada al sur de los 60° de latidud Sur, incluídas todas las barreras de hielo; pero nada en el presente Tratado perjudicará o afectará en modo alguno los derechos o el ejercicio de los derechos de cualquier Estado conforme al Derecho Internacional en lo relativo a la alta mar dentro de esa región.

ARTICULO VII

1. Con el fin de promover los objetivos y asegurar la aplicación de las disposiciones del presente Tratado, cada una de las Partes Contratantes, cuyos representantes estén facultados a participar en las reuniones a que se refiere el Artículo IX de este Tratado, tendrá derecho a designar observadores para llevar a cabo las inspecciones previstas en el presente Artículo. Los observadores serán nacionales de la Parte Contratante que los designa. Sus nombres se comunicarán a cada una de las demás Partes Contratantes que tienen derecho a designar observadores, y se les dará igual aviso cuando cesen en sus funciones.

2. Todos los observadores designados de conformidad con las disposiciones del párrafo 1 de este Artículo gozarán de entera

libertad de acceso, en cualquier momento, a cada una y a todas las regiones de la Antártida.

3. Todas las regiones de la Antártida, y todas las estaciones, instalaciones y equipos que allí se encuentren, así como todos los navíos y aeronaves, en los puntos de embarque y desembarque de personal o de carga en la Antártida, estarán abiertos en todo momento a la inspección por parte de cualquier observador designado de conformidad con el párrafo 1 de este Artículo.

4. La observación aérea podrá efectuarse, en cualquier momento, sobre cada una y todas las regiones de la Antártida por cualquiera de las Partes Contratantes que estén facultadas a designar observadores.

5. Cada una de las Partes Contratantes, al entrar en vigencia respecto de ella el presente Tratado, informará a las otras Partes Contratantes y, en lo sucesivo, les informará por adelantado sobre:

(a) toda expedición a la Antártida y dentro de la Antártida en la que participen sus navíos o nacionales, y sobre todas las expediciones a la Antártida que se organicen o partan de su territorio;

(b) todas las estaciones en la Antártida ocupadas por sus nacionales, y

(c) todo personal o equipo militares que se proyecte introducir en la Antártida, con sujeción a las disposiciones del párrafo 2 del Artículo I del presente Tratado.

ARTICULO VIII

1. Con el fin de facilitarles el ejercicio de las funciones que les otorga el presente Tratado, y sin perjuicio de las respectivas posiciones de las Partes Contratantes, en lo que concierne a la jurisdicción sobre todas las demás personas en la Antártida, los observadores designados de acuerdo con el párrafo 1 del Artículo VII y el personal científico intercambiado de acuerdo con el subpárrafo 1(b) del Artículo III del Tratado, así como los miembros del personal acompañante de dichas personas, estarán sometidos sólo a la jurisdicción de la Parte Contratante de la cual sean nacionales, en lo referente a las acciones u omisiones que tengan lugar mientras se encuentren en la Antártida con el fin de ejercer sus funciones.

2. Sin perjuicio de las disposiciones del párrafo 1 de este Artículo, y en espera de la adopción de medidas expresadas en el subpárrafo 1(e) del Artículo IX, las Partes Contratantes, implicadas en cualquier controversia con respecto al ejercicio de la jurisdicción en la Antártida, se consultarán inmediatamente con el ánimo de alcanzar una solución mutuamente aceptable.

ARTICULO IX

1. Los representantes de las Partes Contratantes, nombradas en el preámbulo del presente Tratado, se reunirán en la ciudad de Canberra dentro de los dos meses después de la entrada en vigencia del presente Tratado y, en adelante, a intervalos y en lugares apropiados, con el fin de intercambiar informaciones, consultarse mutuamente sobre asuntos de interés común relacionados con la Antártida, y formular, considerar y recomendar a sus Gobiernos medidas para promover los principios y objetivos del presente Tratado, inclusive medidas relacionadas con:

(a) uso de la Antártida para fines exclusivamente pacíficos;

(b) facilidades para la investigación científica en la Antártida;

(c) facilidades para la cooperación científica internacional en la Antártida;

(d) facilidades para el ejercicio de los derechos de inspección previstos en el Artículo VII del presente Tratado;

(e) cuestiones relacionadas con el ejercicio de la jurisdicción en la Antártida;

(f) protección y conservación de los recursos vivos de la Antártida.

2. Cada una de las Partes Contratantes que haya llegado a ser Parte del presente Tratado por adhesión, conforme al Artículo XIII, tendrá derecho a nombrar representantes que participarán en las reuniones mencionadas en el párrafo 1 del presente Artículo, mientras dicha Parte Contratante demuestre su interés en la Antártida mediante la realización en ella de investigaciones científicas importantes, como el establecimiento de una estación científica o el envío de una expedición científica.

3. Los informes de los observadores mencionados en el Artículo VII del presente Tratado serán transmitidos a los representantes de las Partes Contratantes que participen en las reuniones a que se refiere el párrafo 1 del presente Artículo.

4. Las medidas contempladas en el párrafo 1 de este Artículo entrarán en vigencia cuando las aprueben todas las Partes Contratantes, cuyos representantes estuvieron facultados a participar en las reuniones que se celebraron para considerar esas medidas.

5. Cualquiera o todos los derechos establecidos en el presente Tratado podrán ser ejercidos desde la fecha de su entrada en vigencia, ya sea que las medidas para facilitar el ejercicio de tales derechos hayan sido o no propuestas, consideradas o aprobadas conforme a las disposiciones de este Artículo.

ARTICULO X

Cada una de las Partes Contratantes se compromete a hacer los esfuerzos apropiados, compatibles con la Carta de las Naciones Unidas, con el fin de que nadie lleve a cabo en la Antártida ninguna actividad contraria a los propósitos y principios del presente Tratado.

ARTICULO XI

1. En caso de surgir una controversia entre dos o más de las Partes Contratantes, concerniente a la interpretación o a la aplicación del presente Tratado, dichas Partes Contratantes se consultarán entre sí con el propósito de resolver la controversia por negociación, investigación, mediación, conciliación, arbitraje, decisión judicial u otros medios pacíficos, a su elección.

2. Toda controversia de esa naturaleza, no resuelta por tales medios, será referida a la Corte Internacional de Justicia, con el consentimiento, en cada caso, de todas las partes en controversia, para su resolución; pero la falta de acuerdo para referirla a la Corte Internacional de Justicia no dispensará a las partes en controversia de la responsabilidad de seguir buscando una solución por cualquiera de los diversos medios pacíficos contemplados en el párrafo 1 de este Artículo.

ARTICULO XII

1. (a) El presente Tratado podrá ser modificado o enmendado, en cualquier momento, con el consentimiento unánime de las Partes Contratantes, cuyos representantes estén facultados a participar en las reuniones previstas en el Artículo IX. Tal modificación o tal enmienda entrará en vigencia cuando el Gobierno depositario haya sido notificado por la totalidad de dichas Partes Contratantes de que las han ratificado.

(b) Subsiguientemente, tal modificación o tal enmienda entrará en vigencia, para cualquier otra Parte Contratante, cuando el Gobierno depositario haya recibido aviso de su ratificación. Si no se recibe aviso de ratificación de dicha Parte Contratante dentro del plazo de dos años, contados desde la fecha de entrada en vigencia de la modificación o enmienda, en conformidad con lo dispuesto en el subpárrafo 1(a) de este Artículo, se la consideradá como habiendo dejado de ser Parte del presente Tratado en la fecha de vencimiento de tal plazo.

2. (a) Si después de expirados treinta años, contados desde la fecha de entrada en vigencia del presente Tratado, cualquiera de las Partes Contratantes, cuyos representantes estén

facultados a participar en las reuniones previstas en el Artículo IX, así lo solicita, mediante una comunicación dirigida al Gobierno depositario, se celebrará, en el menor plazo posible, una Conferencia de todas las Partes Contratantes para revisar el funcionamiento del presente Tratado.

(b) Toda modificación o toda enmienda al presente Tratado, aprobada en tal Conferencia por la mayoría de las Partes Contratantes en ella representadas, incluyendo la mayoría de aquéllas cuyos representantes están facultados a participar en las reuniones previstas en el Artículo IX, se comunicará a todas las Partes Contratantes por el Gobierno depositario, inmediatamente después de finalizar la Conferencia, y entrará en vigencia de conformidad con lo dispuesto en el párrafo 1 del presente Artículo.

(c) Si tal modificación o tal enmienda no hubiere entrado en vigencia, de conformidad con lo dispuesto en el subpárrafo 1(a) de este Artículo, dentro de un período de dos años, contados desde la fecha de su comunicación a todas las Partes Contratantes, cualquiera de las Partes Contratantes podrá, en cualquier momento, después de la expiración de dicho plazo, informar al Gobierno depositario que ha dejado de ser parte del presente Tratado, y dicho retiro tendrá efecto dos años después que el Gobierno depositario haya recibido esta notificación.

ARTICULO XIII

1. El presente Tratado estará sujeto a la ratificación por parte de los Estados signatarios. Quedará abierto a la adhesión de cualquier Estado que sea miembro de las Naciones Unidas, o de cualquier otro Estado que pueda ser invitado a adherirse al Tratado con el consentimiento de todas las Partes Contratantes cuyos representantes estén facultados a participar en las reuniones previstas en el Artículo IX del Tratado.

2. La ratificación del presente Tratado o la adhesión al mismo será efectuada por cada Estado de acuerdo con sus procedimientos constitucionales.

3. Los instrumentos de ratificación y los de adhesión serán depositados ante el Gobierno de los Estados Unidos de América, que será el Gobierno depositario.

4. El Gobierno depositario informará a todos los Estados signatarios y adherentes sobre la fecha de depósito de cada instrumento de ratificación o de adhesión y sobre la fecha de entrada en vigencia del Tratado y de cualquier modificación o enmienda al mismo.

5. Una vez depositados los instrumentos de ratificación por todos los Estados signatarios, el presente Tratado entrará en vigencia para dichos Estados y para los Estados que hayan depositado sus instrumentos de adhesión. En lo sucesivo, el Tratado entrará en vigencia para cualquier Estado adherente una vez que deposite su instrumento de adhesión.

6. El presente Tratado será registrado por el Gobierno depositario conforme al Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas.

ARTICULO XIV

El presente Tratado, hecho en los idiomas inglés, francés, ruso y español, siendo cada uno de estos textos igualmente auténtico, será depositado en los Archivos del Gobierno de los Estados Unidos de América, el que enviará copias debidamente certificadas del mismo a los Gobiernos de los Estados signatarios y de los adherentes.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL, los infrascritos Plenipotenciarios, debidamente autorizados, suscriben el presente Tratado.

HECHO en Washington, el primer día del mes de diciembre de mil novecientos cincuenta y nueve.

Bekanntmachung über die Annahme des Protokolls vom 4. Mai 1949 zur Änderung des am 18. Mai 1904 in Paris unterzeichneten „Internationalen Abkommens zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel“ und der am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten „Internationalen Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels“ durch die Deutsche Demokratische Republik

vom 3. März 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 16. Juli 1974 die Annahmeurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu dem nachstehend veröffentlichten Protokoll vom 4. Mai 1949 zur Änderung des am 18. Mai 1904 in Paris unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel und der am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Internationalen Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels, zu denen die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 10. August 1958 die Wiederanwendung erklärt hat (Bekanntmachung vom 16. April 1959, GBl. I Nr. 30 S. 505), hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Annahmeurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den Absätzen 1 und 5 des Artikels 11 der Internationalen Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom 4. Mai 1910 in der durch das Protokoll geänderten Fassung folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu der Neufassung der Absätze 1 und 5 des Artikels 11 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Das Protokoll ist am 16. Juli 1974 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 3. März 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Protokoll zur Änderung des am 18. Mai 1904 in Paris unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel und der am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Internationalen Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels

Die Vertragsparteien dieses Protokolls,

von der Erwägung geleitet, daß der Regierung der Französischen Republik nach dem am 18. Mai 1904 in Paris unterzeichneten Internationalen Abkommen zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel und der am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Internationalen Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels bestimmte Aufgaben oblagen;

im Hinblick darauf, daß diese Regierung von sich aus angeboten hat, die von ihr nach den obengenannten Konventionen wahrgenommenen Aufgaben den Vereinten Nationen zu übertragen, und

in der Erwägung, daß es zweckdienlich ist, wenn diese Aufgaben fortan von den Vereinten Nationen wahrgenommen werden,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien dieses Protokolls verpflichten sich, im Verhältnis zueinander den in der Anlage zu diesem Protokoll aufgeführten Änderungen der Konventionen, denen sie jeweils als Vertragspartei angehören, nach Maßgabe dieses Protokolls volle rechtliche Wirksamkeit zu gewähren, sie in Kraft zu setzen und ihre Anwendung zu gewährleisten.

Artikel 2

Der Generalsekretär erstellt den nach Maßgabe dieses Protokolls revidierten Wortlaut des Internationalen Abkommens vom 18. Mai 1904 zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel und der Internationalen Konvention vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels und übermittelt der Regierung eines jeden Mitglieds der Vereinten Nationen sowie der Regierung eines jeden Nichtmitgliedstaates, für den dieses Protokoll zur Unterzeichnung oder Annahme aufliegt, Abschriften zu ihrer Unterrichtung. Er ersucht ferner die jeweiligen Vertragsparteien der obengenannten Übereinkommen, deren geänderten Wortlaut nach dem Inkrafttreten der Änderungen anzuwenden, auch wenn sie noch nicht Vertragsparteien dieses Protokolls werden konnten.

Artikel 3

Dieses Protokoll liegt für alle Vertragsparteien des Internationalen Abkommens vom 18. Mai 1904 zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel und der Internationalen Konvention vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels, denen der Generalsekretär hierzu eine Abschrift dieses Protokolls zugeleitet hat, zur Unterzeichnung oder Annahme auf.

Artikel 4

Staaten können Vertragsparteien dieses Protokolls werden,

a) indem sie es ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnen;
b) indem sie es vorbehaltlich der Annahme unterzeichnen und in der Folge annehmen;
c) indem sie es annehmen.

Die Annahme erfolgt durch Hinterlegung einer förmlichen Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 5

Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem zwei oder mehr Staaten Vertragsparteien desselben geworden sind.

Die in der Anlage zu diesem Protokoll aufgeführten Änderungen treten in Kraft in bezug auf das Internationale Abkommen vom 18. Mai 1904 zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel, wenn zwanzig Vertragsparteien des Abkommens Vertragsparteien dieses Protokolls geworden sind, und in bezug auf die Internationale Konvention vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels, wenn zwanzig Vertragsparteien der Konvention Vertragsparteien dieses Protokolls geworden sind; somit wird jeder Staat, der Vertragspartei einer dieser Konventionen wird, nachdem deren Änderungen in Kraft getreten sind, Vertragspartei der Konvention in der geänderten Fassung.

Artikel 6

Nach dem Inkrafttreten der in der Anlage zu diesem Protokoll aufgeführten Änderungen der Konventionen hinterlegt die französische Regierung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen die Urschrift derjenigen der beiden Konventionen, auf die sich die Änderungen beziehen, sowie die einzelnen von ihr in Wahrnehmung ihrer Aufgaben verwahrten Dokumente.

Artikel 7

Nach Artikel 102 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen und den von der Vollversammlung angenommenen Ausführungsbestimmungen dazu ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen ermächtigt, dieses Protokoll sowie die durch dieses Protokoll an den beiden Konventionen bewirkten Änderungen zu den Zeitpunkten ihres Inkrafttretens zu registrieren und das Protokoll sowie die geänderten Konventionen so bald wie möglich nach der Registrierung zu veröffentlichen.

Artikel 8

Dieses Protokoll, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv des Sekretariats der Vereinten Nationen hinterlegt. Für die nach Maßgabe der Anlage zu ändernden Konventionen, die nur in französischer Sprache vorliegen, ist der französische Wortlaut der Anlage verbindlich, während der chinesische, der englische, der russische und der spanische Wortlaut Übersetzungen sind. Der Generalsekretär übermittelt den Vertragsparteien des Internationalen Abkommens vom 18. Mai 1904 zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel und der Internationalen Konvention vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels sowie allen Mitgliedern der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift des Protokolls einschließlich der Anlage.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll an dem gegenüber ihren Unterschriften vermerkten Tag unterschrieben.

GESCHEHEN zu Lake Success, New York, am 4. Mai 1949.

Anlage zum Protokoll zur Änderung des am 18. Mai 1904 in Paris unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel und der am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Internationalen Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels

1. Internationales Abkommen zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel, unterzeichnet am 18. Mai 1904 in Paris

Artikel 7 erhält folgende Fassung:

„Den Staaten, die dieses Abkommen nicht unterzeichnet haben, steht der Beitritt frei. Sie notifizieren ihre diesbezügliche Absicht dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, der alle Vertragsstaaten sowie alle Mitglieder der Vereinten Nationen davon unterrichtet."

2. Internationale Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels, unterzeichnet am 4. Mai 1910 in Paris

Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Die Vertragsparteien geben sich gegenseitig durch Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen die in ihren Staaten bereits erlassenen oder künftig zu erlassenden Gesetze bekannt, die den Gegenstand dieser Konvention betreffen."

Artikel 8 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Den Staaten, die diese Konvention nicht unterzeichnet haben, steht der Beitritt frei. Sie notifizieren ihre diesbezügliche Absicht durch eine Urkunde, die im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt wird. Eine beglaubigte Abschrift davon übermittelt der Generalsekretär der Vereinten Nationen jedem Vertragsstaat und allen Mitgliedern der Vereinten Nationen unter gleichzeitiger Benachrichtigung von dem

Tag der Hinterlegung. In der Notifikationsurkunde ist ferner Mitteilung von den Gesetzen zu machen, die der beitretende Staat zum Gegenstand dieser Konvention erlassen hat."

Artikel 10 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Kündigung wird durch eine Urkunde notifiziert, die im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt wird. Eine beglaubigte Abschrift davon übermittelt der Generalsekretär der Vereinten Nationen jedem Vertragsstaat und allen Mitgliedern der Vereinten Nationen unter gleichzeitiger Benachrichtigung von dem Tag der Hinterlegung."

Artikel 11 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Wünscht ein Vertragsstaat die Inkraftsetzung dieser Konvention in einer oder mehreren seiner Kolonien, Besitzungen oder in einem oder mehreren seiner Konsulargerichtsbezirke, so notifiziert er seine diesbezügliche Absicht durch eine Urkunde, die im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt wird. Eine beglaubigte Abschrift davon übermittelt der Generalsekretär der Vereinten Nationen jedem Vertragsstaat und allen Mitgliedern der Vereinten Nationen unter gleichzeitiger Benachrichtigung von dem Tag der Hinterlegung."

Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„Die Kündigung der Konvention durch einen Vertragsstaat für eine oder mehrere seiner Kolonien oder Besitzungen oder für einen oder mehrere seiner Konsulargerichtsbezirke erfolgt nach Maßgabe des Absatzes 1. Die Kündigung wird 12 Monate nach dem Tag wirksam, an dem die Kündigungsurkunde im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt worden ist."

ПРОТОКОЛ ОБ ИЗМЕНЕНИИ МЕЖДУНАРОДНОГО ДОГОВОРА, ПОДПИСАННОГО В ПАРИЖЕ 18 МАЯ 1904 ГОДА, О ДЕЙСТВИТЕЛЬНОМ ПРЕДУПРЕЖДЕНИИ ПРЕСТУПНОЙ ТОРГОВЛИ, ИЗВЕСТНОЙ КАК ТОРГОВЛЯ БЕЛЫМИ РАБЫНЯМИ, И МЕЖДУНАРОДНОЙ КОНВЕНЦИИ О БОРЬБЕ С ТОРГОВЛЕЙ БЕЛЫМИ РАБЫНЯМИ, ПОДПИСАННОЙ В ПАРИЖЕ 4 МАЯ 1910 ГОДА

Государства, являющиеся сторонами в настоящем Протоколе, — принимая во внимание, что на основании Международного договора, подписанного в Париже 18 мая 1904 г., о действительном предупреждении преступной торговли, известной как торговля белыми рабынями, и Международной конвенции о борьбе с торговлей белыми рабынями, подписанной в Париже 4 мая 1910 г., на правительство Французской Республики были возложены некоторые функции; и принимая во внимание, что указанное правительство добровольно предложило передать Организации Объединенных Наций функции, выполняемые им на основании вышеуказанных соглашений; и считая целесообразным, чтобы впредь эти функции выполнялись Организацией Объединенных Наций, — настоящим пришли к следующему соглашению:

СТАТЬЯ 1

Государства, являющиеся сторонами в настоящем Протоколе, обязуются в своих взаимоотношениях, каждое из них в той мере, в какой его касаются акты, стороной в которых оно является, и в соответствии с положениями настоящего Протокола признать полную юридическую силу внесенных в эти акты и содержащихся в Приложении к настоящему Протоколу изменений, ввести таковые изменения в действие и обеспечить их применение.

СТАТЬЯ 2

Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций заготовит измененные в соответствии с настоящим Протоколом тексты Международного договора от 18 мая 1904 г. о действительном предупреждении преступной торговли, известной как торговля белыми рабынями, и Международной конвенции от 4 мая 1910 г. о борьбе с торговлей белыми рабынями и разошлет их в копиях для осведомления правительствам всех государств, состоящих членами Организации Объединенных Наций, и государств, не состоящих членами Организации, для подписания или принятия которыми настоящий Протокол открыт. Он предложит также государствам, являющимся сторонами в каком-либо из вышеуказанных актов, применять измененные положения этого или этих актов немедленно по вступлении в силу таких изменений, даже в тех случаях когда эти государства не имели еще возможности стать сторонами в настоящем Протоколе.

СТАТЬЯ 3

Настоящий Протокол открыт для подписания или принятия его каждым из государств, которые являются сторонами в Международном договоре от 18 мая 1904 г. о действительном предупреждении преступной торговли, известной как торговля белыми рабынями, и Международной конвенции от 4 мая 1910 г. о борьбе с торговлей белыми рабынями, и которым Генеральный Секретарь сообщит с этой целью копию настоящего Протокола.

СТАТЬЯ 4

Государства могут стать сторонами в настоящем Протоколе:

a) подписав его без оговорок относительно его принятия;

b) подписав его с оговорками относительно его принятия и приняв его впоследствии;

c) приняв его.

Принятие осуществляется путем депонирования официального акта у Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций.

СТАТЬЯ 5

Настоящий Протокол вступит в силу в день, когда не менее двух государств станут в нем сторонами.

Изменения, содержащиеся в Приложении к настоящему Протоколу, вступят в силу в отношении Международного договора от 18 мая 1904 г. о действительном предупреждении преступной торговли, известной как торговля белыми рабынями, после того как двадцать участвующих в нем государств станут сторонами в настоящем Протоколе, а в отношении Международной конвенции от 4 мая 1910 г. о борьбе с торговлей белыми рабынями — после того как двадцать государств, являющихся сторонами в нем, станут сторонами в настоящем Протоколе; следовательно, каждое государство, ставшее стороной либо в Договоре либо в Конвенции после того, как вступят в силу внесенные в них изменения, станет стороной в измененных таким образом Договоре или Конвенции.

СТАТЬЯ 6

По вступлении в силу содержащихся в Приложении к настоящему Протоколу изменений, относящихся либо к Договору либо к Конвенции, французское правительство депонирует у Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций подлинник того из двух соглашений, к которому вышеуказанные изменения относятся, а также различные документы, которые хранились этим правительством в связи с выполнявшимися им функциями.

СТАТЬЯ 7

В соответствии с положениями пункта 1 статьи 102 Устава Организации Объединенных Наций и с правилами относительно применения этой статьи, принятыми Генеральной Ассамблеей, Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций уполномочивается зарегистрировать настоящий Протокол, равно как и изменения, внесенные настоящим Протоколом в Договор и Конвенцию, в соответствующие дни вступления этих изменений в силу, и опубликовать Протокол и измененные тексты Договора и Конвенции в возможно краткий срок после их регистрации.

СТАТЬЯ 8

Настоящий Протокол, английский, испанский, китайский, русский и французский тексты которого являются равно аутентичными, депонируется в архив Секретариата Организа-

ции Объединенных Наций. Ввиду того, что Договор и Конвенция, которые будут изменены в соответствии с Приложением, составлены только на французском языке, французский текст Приложения является аутентичным, тогда как английский, испанский, китайский и русский тексты его считаются переводными. Протокол, включающий Приложение, посылается Генеральным Секретарем в заверенной копии каждому из государств, являющихся сторонами в Международном договоре от 18 мая 1904 г. о действительном предупреждении преступной торговли, известной как торговля белыми рабынями, или Международного соглашения от 4 мая 1910 г. о борьбе с торговлей белыми рабынями, а также всем государствам, состоящим членами Организации Объединенных Наций.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО, нижеподписавшиеся, будучи должным образом на то уполномочены своими правительствами, подписали настоящий Протокол в дни, указанные против их подписей.

СОСТАВЛЕНО в Лейк Соксес, Нью-Йорк, тысяча девятьсот сорок девятого года.

PROTOCOL AMENDING THE INTERNATIONAL AGREEMENT FOR THE SUPPRESSION OF THE WHITE SLAVE TRAFFIC, SIGNED AT PARIS ON 18 MAY 1904, AND THE INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE WHITE SLAVE TRAFFIC, SIGNED AT PARIS ON 4 MAY 1910

The Parties to the present Protocol, considering that under the International Agreement for the Suppression of the White Slave Traffic, signed at Paris on 18 May 1904, and the International Convention for the Suppression of the White Slave Traffic, signed at Paris on 4 May 1910, the Government of the French Republic was invested with certain functions; considering that the said Government has offered to transfer to the United Nations the functions exercised by it under the above-mentioned agreements; and considering that it is expedient that these functions should be assumed henceforth by the United Nations; hereby agree as follows:

ARTICLE 1

The Parties to the present Protocol undertake that as between themselves they will, each in respect of the instruments to which it is a Party and in accordance with the provisions of the present Protocol, attribute full legal force and effect to, and duly apply, the amendments to those instruments which are set forth in the annex to the present Protocol.

ARTICLE 2

The Secretary-General shall prepare the texts of the International Agreement of 18 Mai 1904 for the Suppression of the White Slave Traffic and of the International Convention of 4 May 1910 for the Suppression of the White Slave Traffic, as revised in accordance with the present Protocol, and shall send copies for their information to the Governments of every Member of the United Nations and every non-member State to which this Protocol is open for signature or acceptance. He shall also invite Parties to any of the instruments to be amended by the present Protocol to apply the amended texts of those instruments as soon as the amendments are in force, even if they have not yet been able to become Parties to the present Protocol.

ARTICLE 3

The present Protocol shall be open for signature or acceptance by any of the Parties to the International Agreement of 18 May 1904 for the Suppression of the White Slave Traffic or to the International Convention of 4 May 1910 for the Suppression of the White Slave Traffic, to which the Secretary-General has communicated for this purpose a copy of the present Protocol.

ARTICLE 4

States may become Parties to the present Protocol by:

(a) Signature without reservation as to acceptance;

(b) Signature with reservation as to acceptance, followed by acceptance;

(c) Acceptance.

Acceptance shall be effected by the deposit of a formal instrument with the Secretary-General of the United Nations.

ARTICLE 5

The present Protocol shall come into force on the date on which two or more States shall have become Parties thereto.

The amendments set forth in the annex to the present Protocol shall come into force in respect of the International Agreement of 18 May 1904 for the Suppression of the White Slave Traffic when twenty Parties thereto shall have become Parties to the present Protocol; and in respect of the International Convention of 4 May 1910 for the Suppression of the White Slave Traffic when twenty Parties thereto shall have become Parties to the present Protocol; and, consequently, any State becoming a Party to the Agreement or to the Convention after the amendments thereto have come into force shall become a Party to the Agreement or to the Convention as so amended.

ARTICLE 6

Upon the entry into force of the amendments set forth in the annex to the present Protocol and concerning either the Agreement or the Convention, the French Government shall deposit with the Secretary-General of the United Nations the original of that of the two agreements to which the aforesaid amendments relate, together with the various documents which were in its custody by virtue of the functions which it exercised.

ARTICLE 7

In accordance with paraphraph 1 of Article 102 of the Charter of the United Nations and the regulations pursuant thereto adopted by the General Assembly, the Secretary-General of the United Nations is authorized to effect registration of the present Protocol and the amendments made in the Agreement and Convention by the present Protocol on the respective dates of their entry into force, and to publish the Protocol and the amended Agreement and Convention as soon as possible after registration.

ARTICLE 8

The present Protocol, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited in the archives of the United Nations Secretariat. The Agreement and the Convention to be amended in accordance with the annex being in the French language only, the French text of the annex shall be authentic and the Chinese, English, Russian and Spanish texts shall be translations. A certified copy of the Protocol, including the annex, shall be sent by the Secretary-General to each of the Parties to the International Agreement of 18 May 1904 for the Suppression of the White Slave Traffic or to the International Convention of 4 May 1910 for the Suppression of the White Slave Traffic, as well as to all Members of the United Nations.

In WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, signed the present Protocol on the date appearing opposite their respective signatures.

DONE at Lake Success, New York, this
day of 1949.

ANNEXE AU PROTOCOLE AMENDANT L'ARRANGEMENT INTERNATIONAL EN VUE D'ASSURER UNE PROTECTION EFFICACE CONTRE LE TRAFIC CRIMINEL CONNU SOUS LE NOM DE TRAITE DES BLANCHES, SIGNE A PARIS LE 18 MAI 1904, ET LA CONVENTION INTERNATIONALE RELATIVE A LA REPRESSION DE LA TRAITE DES BLANCHES, SIGNEE A PARIS LE 4 MAI 1910

1. ARRANGEMENT INTERNATIONAL EN VUE D'ASSURER UNE PROTECTION EFFICACE CONTRE LE TRAFIC CRIMINEL CONNU SOUS LE NOM DE "TRAITE DES BLANCHES", SIGNÉ À PARIS LE 18 MAI 1904

L'*article 7* sera rédigé comme suit:

"Les Etats non signataires sont admis à adhérer au présent Arrangement. A cet effet, ils notifieront leur intention au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en donnera connaissance à tous les Etats contractants ainsi qu'à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies."

2. CONVENTION INTERNATIONALE RELATIVE À LA RÉPRESSION DE LA TRAITE DES BLANCHES, SIGNÉE À PARIS LE 4 MAI 1910

L'*article 4* sera rédigé comme suit:

"Les Parties contractantes se communiqueront, par l'entremise du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, les lois qui auraient déjà été rendues, ou qui viendraient à l'être, dans leurs Etats relativement à l'objet de la présente Convention."

A l'*article 8*, le premier paragraphe sera rédigé comme suit:

"Les Etats non signataires sont admis à adhérer à la présente Convention. A cet effet, ils notifieront leur intention par un acte qui sera déposé dans les archives de l'Organisation des Nations Unies. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en enverra copie certifiée conforme à chacun des Etats contractants et à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et les avisera en même temps de la date du dépôt. Il sera donné aussi, dans ledit acte de notification, communication des lois rendues dans l'Etat adhérent, relativement à l'objet de la présente Convention."

A l'*article 10*, le deuxième paragraphe sera rédigé comme suit:

"La dénonciation sera notifée par un acte qui sera déposé dans les archives de l'Organisation des Nations Unies. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en enverra copie certifiée conforme à chacun des Etats contractants et à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et les avisera en même temps de la date du dépôt."

A l'*article 11*,

Le premier paragraphe sera rédigé comme suit:

"Si un Etat contractant désire la mise en vigueur de la présente Convention dans une ou plusieurs de ses colonies, possesions ou circonscriptions consulaires judiciaires, il notifiera son intention à cet effet par un acte qui sera déposé dans les archives de l'Organisation des Nations Unies. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en enverra copie certifée conforme à chacun des Etats contractants et à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et les avisera en même temps de la date du dépôt."

Le cinquième paragraphe sera rédigé comme suit:

"La dénonciation de la Convention par un des Etats contractants pour une ou plusieurs de ses colonies, possessions ou circonscriptions consulaires judiciaires, s'effectuera dans les formes et conditions déterminées au premier alinéa du présent article. Elle portera effet douze mois après la date du dépôt de l'acte de dénonciation dans les archives de l'Organisation des Nations Unies."

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen vom 11. Oktober 1933 in der durch das Protokoll vom 12. November 1947 geänderten Fassung

vom 4. März 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 16. Juli 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen vom 11. Oktober 1933 in der durch das Protokoll vom 12. November 1947 geänderten Fassung hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 4 der Konvention in der durch das Protokoll geänderten Fassung folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht durch die Bestimmungen des Artikels 4 der Konvention in der durch das Protokoll geänderten Fassung gebunden, wonach ein Streitfall über die Auslegung und Anwendung der Konvention, der nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt wurde, auf Ersuchen einer der am Streitfall beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten ist, falls sich die Parteien nicht auf einen anderen Weg der Beilegung geeinigt haben. Die Deutsche Demokratische Republik vertritt in bezug auf die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes die Auffassung, daß in jedem Einzelfall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien erforderlich ist, um einen bestimmten Streitfall den Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen."

Zusammen mit dem Vorbehalt wurde zu Artikel 1 der Konvention in der durch das Protokoll geänderten Fassung folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu Artikel 1 der Konvention, soweit er die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betrifft, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren."

Die Konvention in der durch das Protokoll geänderten Fassung ist gemäß ihrem Artikel 8 für die Deutsche Demokratische Republik am 14. September 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 4. März 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen vom 11. Oktober 1933 in der durch das Protokoll vom 12. November 1947 geänderten Fassung

Artikel 1

Wer, um die Leidenschaften eines anderen zu befriedigen, eine volljährige Frau oder ein volljähriges Mädchen, selbst mit deren Einwilligung, zu unmoralischen Zwecken in einem an-

deren Land vermittelt, verleitet oder entführt, wird bestraft, auch wenn die verschiedenen Handlungen, die Tatbestand für die Straftat sind, in verschiedenen Ländern begangen wurden.

Auch der Versuch ist strafbar. Das gleiche gilt innerhalb der Rechtsgrenzen für vorbereitende Handlungen.

Im Sinne dieses Artikels schließt der Begriff „Land" die Kolonien und Protektorate der betreffenden Hohen Vertragschließenden Seite, unter ihrer Oberhoheit stehende und solche Territorien ein, die ihr durch Mandat anvertraut wurden.

Artikel 2

Die Hohen Vertragschließenden Seiten, deren Gesetze gegenwärtig für die Behandlung der im vorhergehenden Artikel angeführten Straftaten nicht ausreichend sind, sind einverstanden, die Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, damit diese Straftaten nach ihrer Schwere bestraft werden.

Artikel 3

Die Hohen Vertragschließenden Seiten verpflichten sich, einander über jede Person des einen oder anderen Geschlechts, die eine der in dieser Konvention oder in den Konventionen von 1910 und 1921 über die Unterdrückung des Handels mit Frauen und Kindern aufgeführten Straftaten begangen hat oder zu begehen versucht hat, wenn Handlungen, die den Tatbestand der Straftat erfüllen, in verschiedenen Ländern begangen wurden oder begangen werden sollten, folgende Informationen (oder ähnliche Angaben, die nach den Gesetzen und Bestimmungen des betreffenden Landes gemacht werden können) zu übermitteln:

a) vorherige Strafurteile mit allen nützlichen und verfügbaren Angaben über den Täter, wie z. B. Personenstand, Personenbeschreibung, Fingerabdrücke, Lichtbild, polizeiliche Unterlagen, die Art und Weise seines Vorgehens usw.,
b) Angaben über alle eventuellen Maßnahmen der Einreiseverweigerung oder Ausweisung, die gegen ihn ergriffen wurden.

Diese Dokumente und Informationen werden, wenn möglich, in allen Fällen, in denen die Straftat, Verurteilung, Einreiseverweigerung oder Ausweisung ordnungsgemäß festgestellt wurde, durch die in Artikel I des am 18. Mai 1904 in Paris abgeschlossenen Abkommens genannten Behörden direkt und unverzüglich den Behörden des an dem jeweiligen Fall interessierten Landes zugestellt.

Artikel 4

Entsteht unter den Hohen Vertragschließenden Seiten ein Streit über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention oder der Konvention von 1910 und 1921 und kann ein solcher Streit auf diplomatischem Wege nicht zufriedenstellend beigelegt werden, wird er in Übereinstimmung mit jedwedem zwischen den Parteien bestehenden Übereinkommen über die Beilegung von internationalen Streitfällen geregelt.

Sollte ein solches Übereinkommen zwischen den Parteien nicht in Kraft sein, wird der Streitfall einem Schieds- oder Gerichtsverfahren unterworfen. Besteht über die Wahl eines anderen Gerichts keine Einigkeit, wird der Streit, wenn alle Streitparteien Mitglied des Statuts des Internationalen Gerichtshofes sind, auf Ersuchen einer der Parteien dem Internationalen Gerichtshof und, wenn eine der Streitparteien nicht Mitglied des Statuts des Internationalen Gerichtshofes ist, einem Schiedsgericht unterbreitet, das gemäß dem Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle zusammentritt.

Artikel 5

Diese Konvention, deren englische und französische Fassung gleichermaßen gültig ist, soll mit dem heutigen Datum versehen bis zum 1. April 1934 zur Unterzeichnung durch Mitglieder des Völkerbundes oder durch einen Nichtmitgliedstaat, der auf der Konferenz vertreten war, die diese Konvention ausgearbeitet hat, oder dem der Rat des Völkerbundes ein Exemplar der Konvention zu diesem Zwecke zugeleitet hat, offenstehen.

Artikel 6

Diese Konvention bedarf der Ratifizierung. Mit Wirkung vom 1. Januar 1948 sind die Ratifikationsurkunden dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übersenden, der allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und den Nichtmitgliedstaaten, denen er ein Exemplar der Konvention übersandt hat, die Hinterlegung bekanntgibt.

Artikel 7

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen können dieser Konvention beitreten. Das gleiche trifft auf Nichtmitgliedstaaten zu, denen der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen nach eigener Entscheidung diese Konvention offiziell übermitteln kann.

Die Beitrittsurkunde wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt, der allen Mitgliedstaaten und den Nichtmitgliedstaaten, denen er ein Exemplar der Konvention übersandt hat, die Hinterlegung bekanntgibt.

Artikel 8

Diese Konvention tritt sechzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem der Generalsekretär des Völkerbundes zwei Ratifikationsurkunden oder Beitrittserklärungen erhalten hat.

Die Konvention wird am Tage ihres Inkrafttretens beim Generalsekretär registriert.

Nachfolgende Ratifikationsurkunden oder Beitrittserklärungen werden sechzig Tage nach Eingang beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 9

Diese Konvention kann durch eine schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gekündigt werden. Eine solche Kündigung tritt ein Jahr nach dem Empfang der Mitteilung in Kraft, jedoch nur für die Hohe Vertragschließende Seite, die gekündigt hat.

Artikel 10

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen teilt allen Mitgliedstaaten und den Nichtmitgliedstaaten, denen er ein Exemplar der Konvention übersandt hat, die in Artikel 9 genannten Kündigungen mit.

INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN WOMEN OF FULL AGE, CONCLUDED AT GENEVA ON 11 OCTOBER 1933, AS AMENDED BY THE PROTOCOL SIGNED AT LAKE SUCCESS, NEW YORK, ON 12 NOVEMBER 1947

Article 1

Whoever, in order to gratify the passions of another person, has procured, enticed or led away even with her consent, a woman or girl of full age for immoral purposes to be carried out in another country, shall be punished, notwithstanding that the various acts constituting the offence may have been committed in different countries.

Attempted offences, and within the legal limits, acts preparatory to the offences in question, shall also be punishable.

For the purposes of the present Article, the term "country" includes the colonies and protectorates of the High

Contracting Party concerned, as well as territories under his suzerainty and territories for which a mandate has ben entrusted to him.

Article 2

The High Contracting Parties whose laws are at present inadequate to deal with the offences specified in the preceding Article agree to take the necessary steps to ensure that these offences shall be punished in accordance with their gravity.

Article 3

The High Contracting Parties undertake to communicate to each other in regard to any person of either sex who has committed or attempted to commit any of the offences referred to in the present Convention or in the Conventions of 1910 and 1921 on the Suppression of the Traffic in Women and Children, the various constituent acts of which were, or were to have been, accomplished in different countries, the following information (or similar information which it may be possible to supply under the laws and regulations of the country concerned):

(a) Records of convictions, together with any useful and available information with regard to the offender, such as his civil status, description, fingerprints, photograph and police record, his methods of operations, etc.

(b) Particulars of any measures of refusal of admission or of expulsion which may have been applied to him.

These documents and information shall be sent direct and without delay to the authorities of the countries concerned in each particular case by the authorities named in Article I of the Agreement concluded in Paris on May 18th, 1904, and, if possible, in all cases when the offence, conviction, refusal of admission or expulsion has been duly established.

Article 4

If there should arise between the High Contracting Parties a dispute of any kind relating to the interpretation or application of the present Convention or of the Conventions of 1919 and 1921, and if such dispute cannot be satisfactorily settled by diplomacy, it shall be settled in accordance with any applicable agreements in force between the Parties providing for the settlement of international disputes.

In case there is no such agreement in force between the Parties, the dispute shall be referred to arbitration or judicial settlement. In the absence of agreement on the choice of another tribunal, the dispute shall, at the request of any of the Parties, be referred to the International Court of Justice, if all the Parties to the dispute are Parties to the Statute of the International Court of Justice, and if any of the Parties to the dispute is not a Party to the Statute of the International Court of Justice, to an arbitral tribunal constituted in accordance with the Hague Convention of October 18th, 1907, for the Pacific Settlement of International Disputes.

Article 5

The present Convention, of which the English and French texts are both authoritative, shall bear this day's date, and shall, until April 1st, 1934, be open for signature on behalf of any Member of the League of Nations, or of any non-member State which was represented at the Conference which drew up this Convention or to which the Council of the League of Nations shall have communicated a copy of the Convention for this purpose.

Article 6

The present Convention shall be ratified. As from 1 January 1948 the instruments of ratification shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations, who shall notify their receipt to all Members of the United Nations and to non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

Article 7

Members of the United Nations may accede to the present Convention. The same applies to non-member States to which the Economic and Social Council of the United Nations may decide officially to communicate the present Convention.

The instrument of accession shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations, who shall notify their receipt to all Members of the United Nations and to non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

Article 8

The present Convention shall come into force sixty days after the Secretary-General of the League of Nations has received two ratifications or accessions.

It shall be registered by the Secretary-General on the day of its entry into force.

Subsequent ratifications or accessions shall take effect at the end of sixty days after their receipt by the Secretary-General.

Article 9

The present Convention may be denounced by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations. Such denunciation shall take effect one ear after its receipt, but only in relation to the High Contracting Party who has notified it.

Article 10

The Secretary-General of the United Nations shall communicate to all the Members of the United Nations and to the nun-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention, the denunciations referred to in Article 9.

Bekanntmachung über die Annahme des Protokolls vom 12. November 1947 zur Änderung der am 30. September 1921 in Genf geschlossenen „Konvention zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels" und der am 11. Oktober 1933 in Genf geschlossenen „Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen" durch die Deutsche Demokratische Republik

vom 4. März 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 16. Juli 1974 die Annahmeurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu dem nachstehend veröffentlichten Protokoll vom 12. November 1947 zur Änderung der am 30. September 1921 in Genf geschlossenen Konvention zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und der am 11. Oktober 1933 in Genf geschlossenen Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen hinterlegt wurde.

Zu der Konvention zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels vom 30. September 1921 hat die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 8. März 1958 die Wiederanwendung erklärt (Bekanntmachung vom 16. April 1959, GBl. I Nr. 30 S. 505). Der Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen vom 11. Oktober 1933 in der durch das Protokoll vom 12. November 1947 geänderten Fassung ist die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 14. September 1974 beigetreten (GBl. II 1975 Nr. 4 S. 85).

Das Protokoll ist gemäß seinem Artikel IV für die Deutsche Demokratische Republik am 16. Juli 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 4. März 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Protokoll zur Änderung der am 30. September 1921 in Genf geschlossenen Konvention zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und der am 11. Oktober 1933 in Genf geschlossenen Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen

Die Vertragsparteien dieses Protokolls,

von der Erwägung geleitet, daß dem Völkerbund nach der am 30. September 1921 in Genf geschlossenen Konvention zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und der am 11. Oktober 1933 in Genf geschlossenen Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen bestimmte Aufgaben und Befugnisse oblagen, für deren weitere Wahrnehmung wegen der Auflösung des Völkerbundes Maßnahmen getroffen werden müssen, und in der Erwägung, daß es zweckdienlich ist, wenn diese Aufgaben und Befugnisse fortan von den Vereinten Nationen wahrgenommen werden,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Die Vertragsparteien dieses Protokolls gewähren im Verhältnis zueinander den in der Anlage zu diesem Protokoll aufgeführten Änderungen der Konventionen, denen sie jeweils als Vertragspartei angehören, nach Maßgabe dieses Protokolls volle rechtliche Wirksamkeit, setzen sie in Kraft und gewährleisten ihre Anwendung.

Artikel II

Der Generalsekretär erstellt den nach Maßgabe dieses Protokolls revidierten Wortlaut der Konventionen und übermittelt der Regierung eines jeden Mitglieds der Vereinten Nationen sowie der Regierung eines jeden Nichtmitgliedstaates, für den dieses Protokoll zur Unterzeichnung oder Annahme aufliegt, Abschriften zu ihrer Unterrichtung. Er ersucht ferner die Vertragsparteien der durch dieses Protokoll zu ändernden Konventionen, deren geänderten Wortlaut nach dem Inkrafttreten der Änderungen anzuwenden, auch wenn sie noch nicht Vertragsparteien dieses Protokolls werden konnten.

Artikel III

Dieses Protokoll liegt für alle Vertragsparteien der Konvention vom 30. September 1921 zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und der Konvention vom 11. Oktober 1933 zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen, denen der Generalsekretär eine Abschrift dieses Protokolls zugeleitet hat, zur Unterzeichnung oder Annahme auf.

Artikel IV

Staaten können Vertragsparteien dieses Protokolls werden,

a) indem sie es ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnen oder

b) indem sie es annehmen; die Annahme erfolgt durch Hinterlegung einer offiziellen Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel V

1. Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem zwei oder mehr Staaten Vertragsparteien desselben geworden sind.
2. Die in der Anlage zu diesem Protokoll aufgeführten Änderungen treten in bezug auf jede Konvention in Kraft, wenn die Mehrheit der Vertragsparteien der Konvention Vertragsparteien dieses Protokolls geworden sind; somit wird jeder Staat, der Vertragspartei einer dieser Konventionen wird, nachdem deren Änderungen in Kraft getreten sind, Vertragspartei der Konvention in der geänderten Fassung.

Artikel VI

Nach Artikel 102 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen und den von der Vollversammlung angenommenen Ausführungsbestimmungen dazu ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen ermächtigt, dieses Protokoll sowie die durch dieses Protokoll an jeder Konvention bewirkten Änderungen zu den Zeitpunkten ihres Inkrafttretens zu registrieren und das Protokoll sowie die geänderten Konventionen so bald wie möglich nach der Registrierung zu veröffentlichen.

Artikel VII

Dieses Protokoll, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv des Sekretariats der Vereinten Nationen hinterlegt. Für die nach Maßgabe der Anlage zu ändernden Konventionen, die nur in englischer und französischer Sprache vorliegen, sind der englische und der französische Wortlaut der Anlage gleichermaßen verbindlich, während der chinesische, der russische und der spanische Wortlaut Übersetzungen sind.

Der Generalsekretär übermittelt den Vertragsparteien der Konvention vom 30. September 1921 zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und der Konvention vom 11. Oktober 1933 zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen sowie allen Mitgliedern der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift des Protokolls einschließlich der Anlage.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll an den gegenüber ihren Unterschriften vermerkten Tagen unterschrieben.

Geschehen zu Lake Success, New York, am 12. November 1947.

Anlage zum Protokoll zur Änderung der am 30. September 1921 in Genf geschlossenen Konvention zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und der am 11. Oktober 1933 in Genf geschlossenen Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen

1. Internationale Konvention zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels, zur Unterzeichnung aufgelegt in Genf am 30. September 1921

Artikel 9 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Diese Konvention bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sind vom 1. Januar 1948 an dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln; dieser notifiziert ihren Eingang den Mitgliedern der Vereinten Nationen und denjenigen Nichtmitgliedstaaten, denen er eine Abschrift der Konvention zugeleitet hat. Die Ratifikationsurkunden werden im Archiv des Sekretariats der Vereinten Nationen hinterlegt."

Artikel 10 erhält folgende Fassung:

„Die Mitglieder der Vereinten Nationen können dieser Konvention beitreten.

Das gleiche gilt für diejenigen Nichtmitgliedstaaten, denen der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen diese Konvention offiziell zu übermitteln beschließt.

Der Beitritt wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert; dieser notifiziert ihn allen Mitgliedern der Vereinten Nationen sowie denjenigen Nichtmitgliedstaaten, denen er eine Abschrift der Konvention zugeleitet hat."

Artikel 12 erhält folgende Fassung:

„Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten kündigen.

Die Kündigung erfolgt durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation. Dieser übermittelt sogleich allen Mitgliedern der Vereinten Nationen sowie denjenigen Nichtmitgliedstaaten, denen er eine Abschrift der Konvention zugeleitet hat, Abschriften dieser Notifikation unter gleichzeitiger Benachrichtigung von dem Tag des Eingangs.

Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem sie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert wurde; sie gilt nur für den Staat, der sie notifiziert hat."

Artikel 13 erhält folgende Fassung:

„Der Generalsekretär der Vereinten Nationen führt ein besonderes Verzeichnis der Vertragsparteien, welche diese Konvention unterzeichnet haben, sie ratifiziert haben, ihr beigetreten sind oder sie gekündigt haben. Dieses Verzeichnis können die Mitglieder der Vereinten Nationen und diejenigen Nichtmitgliedstaaten, denen er eine Abschrift der Konvention zugeleitet hat, jederzeit einsehen; es wird im Einklang mit den Weisungen des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen so oft wie möglich veröffentlicht."

Artikel 14 wird gestrichen.

2. Internationale Konvention zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen, unterzeichnet am 11. Oktober 1933 in Genf

In Artikel 4 werden die Worte „Ständigen Internationalen Gerichtshof" ersetzt durch „Internationalen Gerichtshof" und die Worte „des Protokolls vom 16. Dezember 1920 zur Satzung dieses Gerichtshofs" und „des Protokolls vom 16. Dezember 1920" durch die Worte „des Statuts des Internationalen Gerichtshofs".

Artikel 6 erhält folgende Fassung:

„Diese Konvention bedarf der Ratifizierung. Mit Wirkung vom 1. Januar 1948 sind die Ratifikationsurkunden dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übersenden, der allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und den Nichtmitgliedstaaten, denen er ein Exemplar der Konvention übersandt hat, die Hinterlegung bekanntgibt."

Artikel 7 erhält folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen können dieser Konvention beitreten. Das gleiche trifft auf Nichtmitgliedstaaten zu, denen der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen nach eigener Entscheidung diese Konvention offiziell übermitteln kann.

Die Beitrittsurkunde wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt, der allen Mitgliedstaaten und den Nichtmitgliedstaaten, denen er ein Exemplar der Konvention übersandt hat, die Hinterlegung bekanntgibt."

In Artikel 9 werden die Worte „Generalsekretär des Völkerbundes" ersetzt durch „Generalsekretär der Vereinten Nationen".

In Artikel 10 werden die Absätze 1 bis 3 und Absatz 5 gestrichen; Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„Der Generalsekretär der Vereinten Nationen teilt allen Mitgliedstaaten und den Nichtmitgliedstaaten, denen er ein Exemplar der Konvention übersandt hat, die in Artikel 9 genannten Kündigungen mit."

PROTOCOL TO AMEND THE CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN WOMEN AND CHILDREN, CONCLUDED AT GENEVA ON 30 SEPTEMBER 1921, AND THE CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN WOMEN OF FULL AGE, CONCLUDED AT GENEVA ON 11 OCTOBER 1933. SIGNED AT LAKE SUCCESS, NEW YORK, ON 12 NOVEMBER 1947

The Parties to the present Protocol, considering that under the Convention for the Suppression of the Traffic in Women and Children, concluded at Geneva on 30 September 1921, and the Convention for the Suppression of the Traffic in Women of Full Age, concluded at Geneva on 11 October 1933, the League of Nations was invested with certain functions and powers for whose continued performance it is necessary to make provision in consequence of the dissolution of the League of Nations, and considering that it is expedient that these functions and powers should be performed henceforth by the United Nations, hereby agree as follows:

Article I

The Parties to the present Protocol undertake that as between themselves they will, each in respect of the instruments to which it is a Party, and in accordance with the provisions of the present Protocol, attribute full legal force and effect to, and duly apply the amendments to those instruments which are set forth in the annex to the present Protocol.

Article II

The Secretary-General shall prepare texts of the Conventions as revised in accordance with the present Protocol, and shall send copies for their information to the Governments of every Member of the United Nations and every non-member State to which this Protocol is open for signature or acceptance. He shall also invite Parties to any of the instruments to be amended by the present Protocol to apply the amended texts of those instruments as soon as the amendments are in force, even if they have not yet been able to become Parties to the present Protocol.

Article III

The present Protocol shall be open for signature or acceptance by any of the Parties to the Convention of 30 September 1921 for the Suppression of the Traffic in Women and Children or the Convention of 11 October 1933 for the Suppression of the Traffic in Women of Full Age, to which the Secretary-General has communicated a copy of this Protocol.

Article IV

States may become Parties to the present Protocol by

(a) Signature without reservation as to approval; or

(b) Acceptance, which shall be effected by the deposit of a formal instrument with the Secretary-General of the United Nations.

Article V

1. The present Protocol shall come into force on the date on which two or more States shall have become Parties thereto.

2. The amendments set forth in the annex to the present Protocol shall come into force in respect of each Convention when a majority of the Parties thereto have become Parties to the present Protocol, and consequently any State becoming a Party to either Convention after the amendments thereto have come into force, shall become a Party to the Convention as so amended.

Article VI

In accordance with paragraph 1 of Article 102 of the Charter of the United Nations and the regulations pursuant thereto adopted by the General Assembly, the Secretary-General of the United Nations is authorized to effect registration of the present Protocol and the amendments made in each Convention by this Protocol on the respective dates of their entry into force, and to publish the Protocol and the amended Conventions as soon as possible after registration.

Article VII

The present Protocol, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally autentic, shall be deposited in the archives of the United Nations Secretariat. The Conventions to be amended in accordance with the annex being in the English and French languages only, the English and French texts of the annex shall equally be the authentic texts, and the Chinese, Russian and Spanish texts will be translations.

A certified copy of the Protocol, including the annex, shall be sent by the Secretary-General to each of the Parties to the Convention of 30 September 1921 for the Suppression of the Traffic in Women and Children or the Convention of 11 October 1933 for the Suppression of the Traffic in Women of Full Age, as well as to all Members of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, signed the present Protocol on the dates appearing opposite their respective signatures.

DONE at Lake Success, New York, this twelfth day of November, one thousand nine hundred and forty-seven.

ANNEX

TO THE PROTOCOL TO AMEND THE CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN WOMEN AND CHILDREN, CONCLUDED AT GENEVA ON 30 SEPTEMBER 1921, AND THE CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN WOMEN OF FULL AGE, CONCLUDED AT GENEVA ON 11 OCTOBER 1933

1. INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN WOMEN AND CHILDREN, OPENED FOR SIGNATURE AT GENEVA, 30 SEPTEMBER 1921

Article 9, the first paragraph, shall read:

The present Convention is subject to ratification. With effect from 1 January 1948 instruments of ratification shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations, who will notify the receipt of them to Members of the United Nations and to non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention. The instruments of ratification shall be deposited in the archives of the Secretariat of the United Nations.

Article 10 shall read:

Members of the United Nations may accede to the present Convention.

The same applies to non-member States to which the Economic and Social Council of the United Nations may decide officially to communicate the present Convention.

Accession will be notified to the Secretary-General of the United Nations, who will notify all Members of the United Nations and the non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

Article 12 shall read:

The present Convention may be denounced by any State which is a Party thereto, on giving twelve months' notice of its intention to denounce.

Denunciation shall be effected by notification in writing addressed to the Secretary-General of the United Nations. Copies of such notification shall be transmitted forthwith by him to all Members of the United Nations and to non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention. The denunciation shall take effect one year after the date on which it was notified to the Secretary-General of the United Nations, and shall operate only in respect of the notifying Power.

Article 13 shall read:

A special record shall be kept by the Secretary-General of the United Nations, showing which of the Parties have signed, ratified, acceded to or denounced the present Convention. This record shall be open at all times to any Member of the United Nations or any non-member State to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention; it shall be published as often as possible, in accordance with the directions of the Economic and Social Council of the United Nations.

Article 14 shall be deleted.

2. INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN WOMEN OF FULL AGE, SIGNED AT GENEVA, 11 OCTOBER 1933

In article 4 the International Court of Justice *shall be substituted for* the Permanent Court of International Justice, *and* the Statute of the International Court of Justice *shall be substituted for* the Protocoll of December 16, 1920, relating to the Statute of that Court *or* the Protocol of Dezember 16, 1920.

Article 6 shall read:

The present Convention shall be ratified. With effect from 1 January 1948 the instruments of ratification shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations, who shall notify their receipt to all Members of the United Nations and to non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

Article 7 shall read:

Members of the United Nations may accede to the present Convention. The same applies to non-member States to which the Economic and Social Council of the United Nations may decide officially to communicate the present Convention.

The instruments of accession shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations, who shall notify their receipt to all Members of the United Nations and to non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

In article 9 the Secretary-General of the United Nations *shall be substituted for* the Secretary-General of the League of Nations.

In article 10 the first three paragraphs and the fifth paragraph shall be deleted, and the fourth paragraph shall read:

The Secretary-General shall communicate to all the Members of the United Nations and to the non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention, the denunciations referred to in article 9.

ПРОТОКОЛ ОБ ИЗМЕНЕНИИ КОНВЕНЦИИ О БОРЬБЕ С ТОРГОВЛЕЙ ЖЕНЩИНАМИ И ДЕТЬМИ, ЗАКЛЮЧЕННОЙ В ЖЕНЕВЕ 30 СЕНТЯБРЯ 1921 Г., И КОНВЕНЦИИ О БОРЬБЕ С ТОРГОВЛЕЙ СОВЕРШЕННОЛЕТНИМИ ЖЕНЩИНАМИ, ЗАКЛЮЧЕННОЙ В ЖЕНЕВЕ 11 ОКТЯБРЯ 1933 Г.

Государства, являющиеся сторонами в настоящем Протоколе, — принимая во внимание, что на основании Конвенции о борьбе с торговлей женщинами и детьми, заключенной в Женеве 30 сентября 1921 г., и Конвенции о борьбе с торговлей совершеннолетними женщинами, заключенной в Женеве 11 октября 1933 г., на Лигу наций были возложены известные функции и полномочия, для непрерывного выполнения которых необходимо, вследствие роспуска Лиги наций, установить правила, и считая целесообразным, чтобы впредь эти функции и полномочия выполнялись Объединенными Нациями, — настоящим пришли к следующему соглашению:

Статья I

Государства, являющиеся сторонами в настоящем Протоколе, обязуются в отношениях между собой — каждое в отношении документов, стороной в которых оно является — и в соответствии с постановлениями настоящего Протокола, признавать полную правовую силу изменений, внесенных в означенные акты в Приложении к настоящему Протоколу, и должным образом применять их.

Статья II

Генеральный Секретарь заготовит тексты Конвенций, исправленных в соответствии с настоящим Протоколом и разошлет их в копиях для осведомления правительствам всех государств, состоящих членами Объединенных Наций, а также правительствам всех государств, не состоящих членами Организации и имеющих право подписать настоящий Протокол или принять его. Он предложит также сторонам во всех актах, подлежащих изменению в силу настоящего Протокола, — даже в тех случаях, когда они еще не успели стать сторонами в настоящем Протоколе, — ввести в действие измененные тексты означенных актов немедленно по вступлении в силу изменений.

Статья III

Настоящий Протокол будет открыт для подписания или принятия его любым из государств, которые являются сторонами в Конвенции 30 сентября 1921 г. о борьбе с торговлей женщинами и детьми или в Конвенции 11 октября 1933 г. о борьбе с торговлей совершеннолетними женщинами, и которым Генеральный Секретарь сообщил копию настоящего Протокола.

Статья IV

Государства могут стать сторонами в настоящем Протоколе посредством:

a) подписания без оговорок, относящихся к его учреждению; или

b) принятия, которое осуществляется путем депонирования официального акта у Генерального Секретаря Объединенных Наций.

Статья V

1. Настоящий Протокол вступит в силу в день, когда, по меньшей мере, два государства станут в нем сторонами.

2. Изменения, указанные в Приложении к настоящему Протоколу, вступят в силу в отношении каждой Конвенции, после того, как большинство сторон в данной Конвенции станут сторонами в настоящем Протоколе; поэтому каждое государство, ставшее стороной в одной из указанных Конвенций после того, как вступят в силу изменения, становится стороной в видоизмененной таким образом Конвенции.

Статья VI

В соответствии с пунктом 1 статьи 102 Устава Объединенных Наций и относящимися к нему правилами, принятыми Генеральной Ассамблеей, Генеральный Секретарь Объединенных Наций уполномочивается произвести регистрацию настоящего Протокола и изменений, внесенных в каждую из Конвенций настоящим Протоколом, в соответствующие дни вступления их в силу, а также опубликовать Протокол и видоизмененные Конвенции в возможно скором времени после их регистрации.

Статья VII

Настоящий Протокол, китайский, английский, французский, русский и испанский тексты которого являются равно аутентичными, будет храниться в архивах Секретариата Объединенных Наций. Ввиду того, что Конвенции, подлежащие изменению в соответствии с Приложением, составлены лишь на английском и французском языках, английский и французский тексты Приложения будут равно аутентичными текстами, а китайский, русский и испанский тексты будут переводными.

Протокол, включая Приложение, будет Генеральным Секретарем послан в заверенных копиях каждому из государств, являющихся сторонами в Конвенции 30 сентября 1921 г. о борьбе с торговлей женщинами и детьми или в Конвенции 11 октября 1933 г. о борьбе с торговлей совершеннолетними женщинами, а также всем государствам, состоящим членами Объединенных Наций.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО, нижеподписавшиеся, будучи должным образом на то уполномочены соответствующими правительствами, подписали настоящий Протокол в дни, указанные против их подписей.

СОСТАВЛЕНО в Лейк Соксес, Нью-Йорк, двенадцатого ноября тысяча девятьсот сорок седьмого года.

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 21. Juni 1974 über die Anwendung der Standards des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

vom 22. April 1975

Entsprechend der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1974 über die Ratifikation der Konvention vom 21. Juni 1974 über die Anwendung der Standards des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (GBl. II Nr. 27 S. 507) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikationsurkunden gemäß ihrem Artikel III am 27. März 1975 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 22. April 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Vorankündigung!

Im Mai 1975 erscheint

Das Geltende Recht

Ausgabe 1975

Format: L 4 — Kunstleder

Umfang: etwa 800 Seiten in 2 Bänden

EVP: 24,— Mark (für beide Bände)

Richten Sie Ihre Bestellungen schon jetzt an den

Zentralversand Erfurt
501 Erfurt
Postschließfach 696

Die Bestellung für das „Geltende Recht", Ausgabe 1975, schließt auch die Vormerkung für eventuelle Ergänzungen ein.

Zur laufenden Belieferung mit der jeweils neuesten Ausgabe können auch Abonnementsbestellungen aufgegeben werden.

Nach Erscheinen der Ausgabe 1975 besteht auch Kaufmöglichkeit gegen Barzahlung bei Selbstabholung (kein Versand) in der

Buchhandlung
für Amtliche Dokumente
108 Berlin
Neustädtische Kirchstraße 15

Das „Geltende Recht", Ausgabe 1975, ist das chronologisch und systematisch geordnete Nachschlagewerk über die veröffentlichten geltenden Rechtsvorschriften der DDR. In der Ausgabe 1975 sind alle bis 31. Dezember 1974 veröffentlichten Rechtsvorschriften (ohne staatliche Standards) erfaßt.

Zur rationelleren Arbeit erscheinen der chronologische und der systematische Teil in getrennten Bänden.

Der systematische Teil ist in 10 Hauptgruppen gegliedert:

0 Verfassungsrecht; Stellung, Aufbau und Arbeitsweise der Staatsorgane

1 Grundfragen der Leitung der Volkswirtschaft, Planung, Wissenschaft und Technik, Statistik und Finanzen

2 Rationalisierung, Automatisierung, Investitionen, Material- und Warenprüfung, Materialwirtschaft, Leitung der Industrie und des Handwerks, Kommunalwirtschaft, internationale ökonomische Beziehungen der DDR, Außenhandel, Zollrecht

3 Bauwesen, Wohnungswirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

4 Landwirtschaft, Nahrungsgüterwirtschaft, Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Landtechnik, Bodenrecht, Meliorationswesen, Forstwirtschaft, Jagdwesen, Wasserwirtschaft, Fischereiwesen, Naturschutz, Landeskultur, Umweltschutz

5 Binnenhandel und Versorgung der Bevölkerung

6 Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Gesundheits- und Sozialwesen

7 Einheitliches sozialistisches Bildungssystem, Wissenschaften, Kultur, Jugend und Sport

8 Rechtspflege, Innere Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

9 Auswärtige Angelegenheiten

Das Stichwortverzeichnis wurde wesentlich erweitert und das Verweissystem ist vervollkommnet worden.

Mit dem Nachschlagewerk das „Geltende Recht", Ausgabe 1975, wird den Abgeordneten, den Staats- und Wirtschaftsfunktionären und allen interessierten Bürgern ein wichtiges Hilfsmittel in die Hand gegeben, das einen schnellen und vollständigen Überblick über das geltende Recht ermöglicht.

STAATSVERLAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31 818

27. APR. 1993
UB Cottbus
Z 37a

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

93

1975	Berlin, den 16. Juni 1975	Teil II Nr. 5

Tag	Inhalt	Seite
21. 2. 75	**Bekanntmachung über die Internationalen Gesundheitsvorschriften (1969), angenommen von der 22. Weltgesundheitsversammlung 1969, mit den auf der 26. Weltgesundheitsversammlung 1973 beschlossenen Abänderungen**	93

Bekanntmachung über die Internationalen Gesundheitsvorschriften (1969), angenommen von der 22. Weltgesundheitsversammlung 1969, mit den auf der 26. Weltgesundheitsversammlung 1973 beschlossenen Abänderungen vom 21. Februar 1975

Im Anschluß an die Bekanntmachung über die Annahme der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation durch die Deutsche Demokratische Republik vom 27. März 1974 (GBl. II Nr. 14 S. 241) werden nachstehend die Internationalen Gesundheitsvorschriften (1969), angenommen von der 22. Weltgesundheitsversammlung 1969, mit den auf der 26. Weltgesundheitsversammlung 1973 beschlossenen Abänderungen, bekanntgemacht.

Die Internationalen Gesundheitsvorschriften sind gemäß ihrem Artikel 97 für die Deutsche Demokratische Republik am 8. August 1973 in Kraft getreten.

Berlin, den 21. Februar 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

Internationale Gesundheitsvorschriften (1969), angenommen von der 22. Weltgesundheitsversammlung 1969, mit den auf der 26. Weltgesundheitsversammlung 1973 beschlossenen Abänderungen

Inhalt

Internationale Gesundheitsvorschriften (1969)

Teil	I	Definitionen
Teil	II	Meldungen und epidemiologische Auskünfte
Teil	III	Gesundheitsorganisation
Teil	IV	Gesundheitsmaßnahmen und -verfahren
	Kap. I	Allgemeine Bestimmungen
	Kap. II	Gesundheitsmaßnahmen bei der Abreise
	Kap. III	Gesundheitsmaßnahmen zwischen den Abfahrts- und Ankunftshäfen oder -flughäfen
	Kap. IV	Gesundheitsmaßnahmen bei der Ankunft
	Kap. V	Maßnahmen bezüglich der internationalen Beförderung von Fracht, Gütern, Gepäck und Post
Teil	V	Besondere Bestimmungen betreffend die einzelnen den Vorschriften unterliegenden Krankheiten
	Kap. I	Pest
	Kap. II	Cholera
	Kap. III	Gelbfieber
	Kap. IV	Pocken
Teil	VI	Gesundheitsdokumente
Teil	VII	Gebühren
Teil	VIII	Verschiedene Bestimmungen
Teil	IX	Schlußbestimmungen
Anlage 1		Entrattungsbescheinigung — Bescheinigung über die Befreiung von der Entrattung
Anlage 2		Internationale Bescheinigung über Impfung oder Wiederimpfung gegen Gelbfieber
Anlage 3		Internationale Bescheinigung über Impfung oder Wiederimpfung gegen Pocken
Anlage 4		Seegesundheitserklärung
Anlage 5		Allgemeine Erklärung für Luftfahrzeuge, Abschnitt über Gesundheit

Internationale Gesundheitsvorschriften (1969)

Teil I

Definitionen

Artikel 1

Im Sinne dieser Vorschriften bedeutet:

„Aedes aegypti-Index" das prozentuale Verhältnis zwischen der Anzahl der Häuser in einem begrenzten, genau bezeichneten Gebiet, in denen Brutstätten von Aedes aegypti festgestellt worden sind, und der Gesamtzahl der überprüften Häuser in diesem Gebiet;

„Aerosol-Zerstäuber" einen Zerstäuber, der eine unter Druck stehende Verbindung enthält, welche bei Öffnung des Ventils ein insektizides Aerosol abgibt;

„Luftfahrzeug" ein auf einer internationalen Reise befindliches Luftfahrzeug;

„Flughafen" einen Flughafen, der von dem Mitgliedstaat, auf dessen Territorium er sich befindet, zum Ein- und Ausreiseflughafen für den internationalen Verkehr bestimmt wurde und auf dem die Formalitäten im Zusammenhang mit Zoll- und Immigrationsverfahren, Verfahren des Gesundheitswesens, der Tier- und Pflanzenquarantäne und ähnlichen Verfahren abgewickelt werden.

„Ankunft" eines Schiffes, eines Luftfahrzeuges, eines Eisenbahnzuges oder eines Straßenfahrzeuges

a) bei einem Seefahrzeug die Ankunft in einem Hafen;

b) bei einem Luftfahrzeug die Ankunft auf einem Flughafen;

c) bei einem Binnenschiffahrtsfahrzeug die Ankunft in einem Hafen oder an einer Grenzstelle, je nach geographischen Bedingungen und den Verträgen oder sonstigen Übereinkünften zwischen den beteiligten Staaten nach Artikel 92 oder auf Grund der im Ankunftsland geltenden Gesetze und sonstigen Bestimmungen;

d) bei einem Eisenbahnzug oder Straßenfahrzeug die Ankunft an einen Grenzübergang.

„Gepäck" die Gegenstände des persönlichen Gebrauchs eines Reisenden oder eines Besatzungsmitgliedes;

„Container (Fracht-Container)" einen Transportbehälter,

a) der dauerhaft und deshalb wiederholt benutzbar ist;

b) der besonders dazu bestimmt ist, den Gütertransport mit einem oder mehreren Verkehrsmitteln ohne Umladen zu erleichtern;

c) der mit Vorrichtungen versehen ist, die seine bequeme Handhabung, insbesondere sein Umladen von einem Verkehrsmittel auf ein anderes, gestatten;

d) der so gestaltet ist, daß er leicht gefüllt und entleert werden kann.

Fahrzeuge oder herkömmliche Verpackungen fallen nicht unter den Begriff „Container (Fracht-Container)";

„Besatzung" das Dienstpersonal eines Schiffes, eines Luftfahrzeuges, eines Eisenbahnzuges, eines Straßenfahrzeuges oder eines sonstigen Verkehrsmittels;

„Tag" einen Zeitabschnitt von vierundzwanzig Stunden;

„Transitraum" ein in Verbindung mit einem Flughafen eingerichtetes besonderes Gebiet, das von der zuständigen Gesundheitsbehörde genehmigt ist, ihrer direkten Aufsicht untersteht und der Erleichterung des direkten Durchgangsverkehrs und insbesondere der abgesonderten Unterbringung von Fluggästen und Besatzungsmitgliedern dient, die ihre Flugreise unterbrechen, ohne den Flughafen zu verlassen;

„Generaldirektor" den Generaldirektor der Organisation;

„den Vorschriften unterliegende Krankheiten" (quarantänepflichtige Krankheiten): Cholera einschließlich der El Tor-Cholera, Pest, Pocken einschließlich Variola minor (Alastrim) sowie Gelbfieber;

„Entwesung" die Maßnahmen zur Vernichtung der Insekten, die Überträger menschlicher Erkrankungen sein können, in Schiffen, Luftfahrzeugen, Eisenbahnzügen, Straßenfahrzeugen oder sonstigen Beförderungsmitteln und in Containern;

„Epidemie" die Ausbreitung einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit durch Vervielfältigung der Krankheitsfälle in einem Gebiet;

„Anlauf- bzw. Landeerlaubnis" die Genehmigung für ein Schiff, einen Hafen anzulaufen, die Fahrgäste auszuschiffen und mit den üblichen Verrichtungen zu beginnen, oder für ein Luftfahrzeug, nach der Landung die Fluggäste aussteigen zu lassen und mit den üblichen Verrichtungen zu beginnen;

„Gesundheitsverwaltung" die staatliche Behörde, die für das gesamte Hoheitsgebiet, auf das diese Vorschriften Anwendung finden, für die Durchführung der in den Vorschriften vorgesehenen Gesundheitsmaßnahmen zuständig ist;

„Gesundheitsbehörde" die für die Anwendung der nach diesen Vorschriften zugelassenen oder vorgeschriebenen angemessenen Gesundheitsmaßnahmen in ihrem Bereich unmittelbar zuständige Behörde;

„eingeschleppter Fall" eine infizierte Person, die auf einer internationalen Reise eintrifft;

„Infektionsgebiet" ein durch die Gesundheitsverwaltung, die die Krankheit in ihrem Land meldet, nach epidemiologischen Prinzipien festgelegtes Gebiet, dessen Begrenzungen nicht den Verwaltungsgrenzen entsprechen müssen. Es ist der Teil ihres Hoheitsgebietes, in dem auf Grund der Bevölkerungsmerkmale, der Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsbewegung und/oder des Überträgerpotentials und des Potentials an tierischen Krankheitsherden die Übertragung der gemeldeten Krankheit begünstigt werden könnte;

„infizierte Person" eine Person, die an einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit leidet oder bei der sich später zeigt, daß sie mit einer solchen Krankheit inkubiert war;

„während des Fluges" den Zeitabschnitt zwischen dem Schließen der Türen eines Luftfahrzeuges vor dem Start und dem Öffnen der Türen nach der Landung;

„in Quarantäne" den Zustand oder die Bedingungen, in dem oder unter denen eine Gesundheitsbehörde hinsichtlich eines Schiffes, Luftfahrzeuges, Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges, sonstigen Beförderungsmittels oder Containers Maßnahmen durchführt, um die Ausbreitung von Krankheiten, Krankheitsherden oder Krankheitsüberträgern von dem Quarantäneobjekt aus zu verhüten;

„internationale Reise"

a) bei einem Schiff oder Luftfahrzeug eine Reise zwischen Häfen oder Flughäfen in den Hoheitsgebieten von mehr als einem Staat oder eine Reise zwischen Häfen oder Flughäfen im Hoheitsgebiet oder in den Hoheitsgebieten desselben Staates, wenn das Schiff oder Luftfahrzeug auf seiner Reise mit dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates in Berührung gekommen ist, jedoch nur hinsichtlich dieser Berührung;

b) bei einer Person eine Reise, welche die Einreise in das Hoheitsgebiet eines Staates einschließt, das nicht das Hoheitsgebiet des Staates ist, in dem die Person die Reise antritt;

„Absonderung" im Zusammenhang mit einer Person oder Personengruppe, deren Absonderung von anderen Personen, mit Ausnahme des diensttuenden Gesundheitspersonals, in einer die Verbreitung der Infektion verhindernden Weise;

„ärztliche Untersuchung" die Besichtigung und Überprüfung eines Schiffes, Luftfahrzeuges, Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels oder Containers und die vorläufige Untersuchung von Personen einschließlich der Prüfung der Impfbescheinigungen, jedoch ausschließlich der regelmäßigen Überprüfung eines Schiffes zur Feststellung, ob eine Entrattung erforderlich ist;

„Organisation" die Weltgesundheitsorganisation;

„Hafen" einen See- oder Binnenhafen;

„Schiff" ein auf einer internationalen Reise befindliches Seeschiff oder Binnenschiffahrtsfahrzeug;

„verdächtig, angesteckt zu sein" ist eine Person, von der die Gesundheitsbehörde annimmt, daß sie der Ansteckung durch eine den Vorschriften unterliegenden Krankheit ausgesetzt war und für fähig gehalten wird, diese Krankheit zu verbreiten;

„verschleppter Fall" eine infizierte Person, die in einem anderen Gebiet des Zuständigkeitsbereiches derselben Gesundheitsverwaltung angesteckt wurde;

„gültige Bescheinigung" im Zusammenhang mit Impfungen eine Bescheinigung nach den Bestimmungen und dem Muster der Anlagen 2 oder 3.

Teil II

Meldungen und epidemiologische Auskünfte

Artikel 2

Für die Anwendung dieser Vorschriften anerkennt jeder Staat das Recht der Organisation, unmittelbar mit der Gesundheitsverwaltung seines Hoheitsgebietes oder seiner Hoheitsgebiete in Verbindung zu treten. Jede Meldung oder Auskunft der Organisation an die Gesundheitsverwaltung gilt als an den Staat gerichtet, und jede Meldung oder Auskunft der Gesundheitsverwaltung an die Organisation gilt als von dem Staat übermittelt.

Artikel 3

1. Jede Gesundheitsverwaltung erstattet der Organisation telegrafisch oder fernschriftlich binnen vierundzwanzig

Stunden Meldung, sobald sie davon Kenntnis erhalten hat, daß der erste Fall einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit, welcher weder ein eingeschleppter noch ein verschleppter Fall ist, in ihrem Hoheitsgebiet aufgetreten ist, und meldet binnen weiterer vierundzwanzig Stunden das Infektionsgebiet.

2. Ferner erstattet jede Gesundheitsverwaltung der Organisation telegrafisch oder fernschriftlich binnen vierundzwanzig Stunden Meldung, sobald sie davon Kenntnis erhalten hat,
   a) daß ein oder mehrere Fälle einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit in ein infektionsfreies Gebiet eingeschleppt oder verschleppt wurden, wobei die Meldung alle verfügbaren Auskünfte über den Ursprung der Infektion enthält;
   b) daß ein Schiff oder Luftfahrzeug mit einem oder mehreren Fällen einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit an Bord eingetroffen ist, wobei die Meldung den Namen des Schiffes oder die Flugnummer des Luftfahrzeuges sowie die vorhergehenden und nachfolgenden Anlauf- bzw. Landehäfen und gegebenenfalls die Maßnahmen, denen das Schiff oder Luftfahrzeug unterzogen wurde, enthält.
3. Das Vorliegen der auf Grund einer ausreichend sicheren klinischen Diagnose gemeldeten Krankheit ist, soweit es die vorhandenen Hilfsmittel gestatten, baldmöglichst durch Laboruntersuchungen zu bestätigen, deren Ergebnis der Organisation sofort telegrafisch oder fernschriftlich zu übermitteln ist.

Artikel 4

1. Jede Gesundheitsverwaltung erstattet der Organisation sofort Meldung über jedes Anzeichen eines Auftretens des Gelbfiebervirus in irgendeinem Teil ihres Hoheitsgebietes, einschließlich des Virus, der in Mücken oder Wirbeltieren gefunden wird, oder des Pestbakteriums, und meldet die Ausdehnung des betroffenen Gebietes.
2. Bei der Meldung über eine Nagetierpest unterscheiden die Gesundheitsverwaltungen zwischen der Pest unter wilden und der Pest unter zahmen Nagetieren; im Fall der ersteren geben sie die epidemiologischen Einzelheiten und das betroffene Gebiet an.

Artikel 5

Jede nach Artikel 3 Absatz 1 vorgeschriebene Meldung ist unverzüglich durch Auskünfte über Quelle und Art der Krankheit, die Zahl der Erkrankungs- und Todesfälle, die die Verbreitung der Krankheit beeinflussenden Umstände und die getroffenen vorbeugenden Maßnahmen zu ergänzen.

Artikel 6

1. Während einer Epidemie sind die Meldungen und Auskünfte nach den Artikeln 3 und 5 durch weitere Mitteilungen zu ergänzen, die in regelmäßigen Zeitabständen an die Organisation zu richten sind.
2. Diese Mitteilungen erfolgen so häufig und so detailliert wie möglich. Die Zahl der Erkrankungs- und Todesfälle ist wenigstens einmal wöchentlich mitzuteilen. Anzugeben sind die zur Verhütung und Ausbreitung der Krankheit getroffenen Vorsichtsmaßnahmen, insbesondere die Maßnahmen, die eine Ausbreitung der Krankheit auf andere Hoheitsgebiete durch das Infektionsgebiet verlassende Schiffe, Luftfahrzeuge, Eisenbahnzüge, Straßenfahrzeuge, sonstige Beförderungsmittel und Container verhüten sollen. Bei Auftreten von Pest sind die gegen Nagetiere getroffenen Maßnahmen im einzelnen anzugeben. Im Falle der den Vorschriften unterliegenden Krankheiten, die durch Insekten übertragen werden, sind die gegen diese Überträger getroffenen Maßnahmen ebenfalls im einzelnen anzugeben.

Artikel 7

1. Die Gesundheitsverwaltung eines Hoheitsgebietes, in dem ein Infektionsgebiet festgelegt und gemeldet worden ist, benachrichtigt die Organisation, sobald dieses Gebiet infektionsfrei geworden ist.
2. Ein Infektionsgebiet kann als infektionsfrei angesehen werden, wenn alle vorbeugenden Maßnahmen getroffen und aufrechterhalten worden sind, um das Wiederauftreten der Krankheit oder ihre Verbreitung auf andere Gebiete zu verhindern, und
   a) wenn bei Pest, Cholera oder Pocken nach dem Zeitpunkt, in dem der letzte festgestellte Fall mit dem Tode, der Genesung oder der Absonderung beendet wurde und keine epidemiologischen Anzeichen für die Ausbreitung der Krankheit auf irgendein benachbartes Gebiet vorliegen, eine Frist verstrichen ist, die mindestens der doppelten Inkubationszeit der Krankheit gemäß den nachstehenden Bestimmungen entspricht;
   b) i) wenn bei Gelbfieber, das durch einen anderen Träger als Aedes aegypti übertragen wurde, drei Monate ohne Anzeichen eines Wirksamwerdens des Gelbfiebervirus verstrichen sind;
      ii) wenn bei Gelbfieber, das durch Aedes aegypti übertragen wurde, drei Monate nach Auftreten des letzten Falles beim Menschen verstrichen sind oder ein Monat nach Auftreten dieses letzten Falles, wenn der Aedes aegypti-Index ständig unter 1 % gehalten worden ist;
   c) i) wenn bei Pest unter zahmen Nagetieren ein Monat verstrichen ist, nachdem das letzte infizierte Tier festgestellt oder gefangen wurde;
      ii) wenn bei Pest unter wilden Nagetieren in einem solchen Umkreis um Häfen und Flughäfen, in dem diese Krankheit eine Gefahr für den internationalen Verkehr bedeutet, drei Monate ohne Anzeichen für diese Krankheit verstrichen sind.

Artikel 8

1. Jede Gesundheitsverwaltung meldet der Organisation
   a) die Maßnahmen, deren Anwendung sie bei Ankünften aus einem Infektionsgebiet vorschreibt, und die Aufhebung solcher Maßnahmen mit Angabe des Zeitpunktes der Anwendung oder Aufhebung;
   b) jede Änderung ihrer Impfvorschriften für internationale Reisen.
2. Jede derartige Meldung ist telegrafisch oder fernschriftlich und möglichst vor Änderung, Anwendung oder Aufhebung einer solchen Maßnahme zu übermitteln.
3. Jede Gesundheitsverwaltung übermittelt der Organisation einmal jährlich zu einem von der Organisation festzusetzenden Zeitpunkt eine Zusammenstellung ihrer Impfvorschriften für internationale Reisen.
4. Jede Gesundheitsverwaltung hat Vorkehrungen zu treffen, um Personen, die eine Reise planen, gegebenenfalls unter Mithilfe von Reisebüros, Schiffs- und Fluggesellschaften oder auf andere Weise, über ihre Impfvorschriften und jede Änderung derselben zu informieren.

Artikel 9

Außer den Meldungen und Auskünften nach den Artikeln 3 bis 8 übermittelt jede Gesundheitsverwaltung der Organisation wöchentlich
   a) einen telegrafischen oder fernschriftlichen Bericht über die Zahl der Erkrankungs- und Todesfälle an den diesen Vorschriften unterliegenden Krankheiten während der abgelaufenen Woche in jeder in der Nachbarschaft eines Hafens oder Flughafens gelegenen Stadt, einschließlich aller eingeschleppten oder verschleppten Fälle;
   b) einen Bericht durch Luftpost über das Nichtauftreten solcher Erkrankungsfälle während der in Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannfen Fristen.

Artikel 10

Jede nach den Artikeln 3 bis 9 erforderliche Meldung und Auskunft ist von der Gesundheitsverwaltung auf Antrag auch jeder diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung in dem Hoheitsgebiet zu übermitteln, für das sie zuständig ist.

Artikel 11

1. Die Organisation übermittelt allen Gesundheitsverwaltungen so bald wie möglich und auf dem den Gegebenheiten entsprechenden Weg alle epidemiologischen und sonstigen Auskünfte, die sie nach den Artikeln 3 bis 8 sowie nach Artikel 9 Buchstabe a erhalten hat, und setzt diese Verwaltungen vom Fehlen der im Artikel 9 geforderten Berichte in Kenntnis. Dringende Mitteilungen sind telegrafisch, fernschriftlich oder fernmündlich zu übermitteln.
2. Alle weiteren der Organisation auf Grund ihres Überwachungsprogramms zur Verfügung stehenden epidemiologischen Daten und anderen Informationen sind gegebenenfalls allen Gesundheitsverwaltungen zugänglich zu machen.
3. Die Organisation kann mit Zustimmung der zuständigen Regierung Untersuchungen über den Ausbruch einer diesen Vorschriften unterliegenden Krankheit durchführen, der eine ernste Bedrohung der benachbarten Länder oder der internationalen Gesundheit darstellt. Diese Untersuchungen werden geführt, um den Regierungen bei der Einleitung geeigneter Bekämpfungsmaßnahmen zu helfen, und können Untersuchungen an Ort und Stelle durch eine Untersuchungsgruppe einschließen.

Artikel 12

Jedes Telegramm, Fernschreiben oder Telefongespräch, das nach den Artikeln 3 bis 8 sowie nach Artikel 11 abgesandt oder geführt wird, genießt den den Gegebenheiten entsprechenden Vorrang; bei außergewöhnlicher Dringlichkeit, wenn die Gefahr der Verbreitung einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit besteht, wird die höchste Dringlichkeitsstufe nach den internationalen Vereinbarungen für den Fernmeldeverkehr gewährt.

Artikel 13

1. Jeder Staat erteilt der Organisation alljährlich, entsprechend Artikel 62 der Verfassung der Organisation, Auskünfte über jeden Fall einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit, der durch den internationalen Verkehr verursacht oder weiterverbreitet wurde, sowie über die auf Grund der Vorschriften getroffenen oder ihre Anwendung betreffenden Maßnahmen.
2. Die Organisation erstellt auf Grund der Auskünfte nach Absatz 1 der Meldungen und Berichte nach diesen Vorschriften und aller sonstigen amtlichen Unterlagen einen Jahresbericht über die Durchführung der Vorschriften und ihre Auswirkungen auf den internationalen Verkehr.
3. Die Organisation verfolgt die epidemiologischen Trends der den Vorschriften unterliegenden Krankheiten und veröffentlicht mindestens einmal jährlich die entsprechenden Daten zusammen mit Karten, in denen die Infektionsgebiete und die infektionsfreien Gebiete der Welt dargestellt werden, sowie alle sonstigen aus dem Überwachungsprogramm der Organisation gewonnenen sachdienlichen Angaben.

Teil III

Gesundheitsorganisation

Artikel 14

1. Jede Gesundheitsverwaltung garantiert, daß die Häfen und Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet über eine Organisation und Ausrüstung verfügen, die für die Durchführung der in diesen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen angemessen sind.
2. Jeder Hafen und Flughafen muß aus von der Gesundheitsverwaltung zugelassenen Quellen mit einwandfreiem Trinkwasser und einwandfreien Lebensmitteln zum allgemeinen Verzehr an Ort und Stelle oder an Bord von Schiffen oder Luftfahrzeugen beliefert werden. Das Trinkwasser und die Lebensmittel sind so zu lagern und zu handhaben, daß sie vor Kontamination geschützt sind. Die Gesundheitsbehörde führt in regelmäßigen Zeitabständen Überprüfungen der Geräte, der Einrichtungen und des Geländes durch und entnimmt Wasser- und Lebensmittelproben für Laboruntersuchungen, um die Einhaltung dieses Artikels nachzuprüfen.

   Hierbei wie auch bei anderen Gesundheitsmaßnahmen sind die Grundsätze und Empfehlungen anzuwenden, die in den von der Organisation veröffentlichten einschlägigen Richtlinien enthalten sind, soweit dies bei der Erfüllung dieser Vorschriften durchführbar ist.
3. Jeder Hafen und Flughafen muß ferner mit einem wirksamen System zur Beseitigung und Unschädlichmachung von Fäkalien, Küchenabfällen, Abwässern sowie verdorbenen Lebensmitteln und anderen gesundheitsgefährdenden Stoffen ausgestattet sein.

Artikel 15

Möglichst viele Häfen und Flughäfen eines Hoheitsgebietes müssen über einen organisierten Ärzte- und Gesundheitsdienst mit dem erforderlichen Personal sowie die nötigen Ausrüstungen und Räumlichkeiten und insbesondere Einrichtungen für die sofortige Absonderung und Betreuung infizierter Personen, für Desinfektion, Entwesung und Entrattung, für bakteriologische Untersuchungen sowie für das Einfangen und Untersuchen von Nagetieren auf Pestinfektionen, für die Entnahme von Wasser- und Lebensmittelproben und deren Weiterleitung an ein Laboratorium zur Untersuchung sowie für sonstige in diesen Vorschriften vorgesehene Maßnahmen verfügen.

Artikel 16

Die Gesundheitsbehörde eines jeden Hafens und Flughafens

a) trifft alle zweckdienlichen Maßnahmen, um die Hafen- und Flughafen-Einrichtungen frei von Nagetieren zu halten;
b) unternimmt alle Anstrengungen, um den Schutz der Hafen- und Flughafen-Einrichtungen gegen Ratten zu vergrößern.

Artikel 17

1. Jede Gesundheitsverwaltung garantiert, daß in ihrem Hoheitsgebiet eine ausreichende Zahl von Häfen über genügend Personal verfügt, das befähigt ist, Schiffe zum Zweck der Ausstellung der in Artikel 54 erwähnten Bescheinigung über die Befreiung von der Entrattung zu überprüfen; solche Häfen sind von der Gesundheitsverwaltung für diesen Zweck zuzulassen.
2. Die Gesundheitsverwaltung gibt unter Berücksichtigung des Umfangs und der Verbreitung des internationalen Verkehrs in ihrem Hoheitsgebiet eine Anzahl zugelassener Häfen bekannt, die über die erforderlichen Einrichtungen und das erforderliche Personal für die Entrattung von Schiffen zwecks Ausstellung der im Artikel 54 erwähnten Entrattungsbescheinigung verfügen.
3. Jede Gesundheitsverwaltung, die solche Häfen bestimmt, garantiert, daß die Bescheinigung über die Entrattung und über die Befreiung von der Entrattung in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften ausgestellt werden.

Artikel 18

Jede Gesundheitsverwaltung gibt diejenigen Flughäfen bekannt, die ein unmittelbares Transitgebiet im Sinne des Artikels 1 besitzen.

Artikel 19

1. Jede Gesundheitsverwaltung erklärt, abhängig vom Umfang des internationalen Verkehrs, eine Anzahl von

Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet, sofern diese den Bedingungen des Absatzes 2 des vorliegenden Artikels und des Artikels 14 entsprechen, zu Sanitätsflughäfen.

2. Jeder Sanitätsflughafen muß zu seiner Verfügung haben:
   a) einen organisierten ärztlichen Bereitschaftsdienst mit dem entsprechenden Personal sowie den erforderlichen Ausrüstungen und Räumlichkeiten;
   b) Einrichtungen für die Beförderung, Absonderung und Betreuung infizierter oder ansteckungsverdächtiger Personen;
   c) Einrichtungen für eine wirksame Desinfektion und Entwesung, für die Bekämpfung von Krankheitsüberträgern und Nagetieren und für alle sonstigen zweckdienlichen Maßnahmen, die in diesen Vorschriften vorgesehen sind;
   d) ein bakteriologisches Laboratorium oder Möglichkeiten für das Einsenden verdächtigen Materials an ein solches Laboratorium;
   e) Einrichtungen innerhalb des Flughafens für die Pokkenimpfung sowie Einrichtungen für die Cholera- und Gelbfieberimpfung, die sich innerhalb des Flughafens befinden oder diesem zur Verfügung stehen.

Artikel 20

1. Jeder Hafen und der gesamte Umkreis jedes Flughafens sind von Aedes aegypti im Larvenzustand und im ausgewachsenen Zustand sowie von Überträgermücken für Malaria und andere Krankheiten freizuhalten, die von epidemiologischer Bedeutung für den internationalen Verkehr sind. Zu diesem Zweck sind laufend Maßnahmen gegen Mücken innerhalb einer Schutzzone durchzuführen, die sich über ein mindestens 400 m über den Umkreis hinausgehendes Gebiet erstreckt.

2. Innerhalb eines Transitgebietes auf einem Flughafen, der sich in oder unmittelbar neben einem Gebiet befindet, in dem die in Absatz 1 genannten Überträger vorkommen, ist jedes als Aufenthalt für Menschen oder Tiere benutzte Gebäude mückenfrei zu halten.

3. Im Sinne dieses Artikels bedeutet Umkreis eines Flughafens das von einer Linie umgrenzte Gebiet, in dem sich die Flughafengebäude und das Gelände oder Gewässer für das Abstellen von Luftfahrzeugen befinden.

4. Jede Gesundheitsverwaltung erstattet der Organisation einmal jährlich darüber Bericht, inwieweit ihre Häfen und Flughäfen von Krankheitsüberträgern freigehalten sind, die von epidemiologischer Bedeutung für den internationalen Verkehr sind.

Artikel 21

1. Jede Gesundheitsverwaltung übermittelt der Organisation ein Verzeichnis der Häfen in ihrem Hoheitsgebiet, die nach Artikel 17 zugelassen sind für die Ausstellung
   i) lediglich von Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung und
   ii) von Entrattungsbescheinigungen und Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung.

2. Die Gesundheitsverwaltung meldet der Organisation jede spätere Änderung des in Absatz 1 vorgesehenen Verzeichnisses.

3. Die Organisation übermittelt allen Gesundheitsverwaltungen unverzüglich die auf Grund dieses Artikels eingegangenen Informationen.

Artikel 22

1. Die Organisation bestätigt auf Antrag der zuständigen Gesundheitsverwaltung nach angemessener Nachprüfung, daß ein Sanitätsflughafen im Hoheitsgebiet dieser Gesundheitsverwaltung die in den Vorschriften geforderten Voraussetzungen erfüllt.

2. Die Organisation bestätigt auf Antrag der zuständigen Gesundheitsverwaltung und nach angemessener Nachprüfung, daß ein direktes Transitgebiet auf einem Flughafen innerhalb eines Gelbfiebergebietes im Hoheitsgebiet dieser Gesundheitsverwaltung die in den Vorschriften geforderten Voraussetzungen erfüllt.

3. Diese Bestätigungen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch die Organisation in Zusammenarbeit mit der zuständigen Gesundheitsverwaltung, um zu garantieren, daß die geforderten Voraussetzungen weiterhin erfüllt sind.

Artikel 23

1. Ist der Umfang des internationalen Verkehrs bedeutend genug und machen es die epidemiologischen Bedingungen erforderlich, so sind bei den Grenzübergängen an Eisenbahnlinien, an Straßen und, sofern die Gesundheitskontrolle der Binnenschiffahrt an der Grenze erfolgt, an Binnenwasserstraßen Einrichtungen für die Durchführung der in diesen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen zu schaffen.

2. Jede Gesundheitsverwaltung meldet der Organisation, wann und wo derartige Einrichtungen geschaffen worden sind.

3. Die Organisation übermittelt die nach diesem Artikel erhaltenen Informationen unverzüglich allen Gesundheitsverwaltungen.

Teil IV

Gesundheitsmaßnahmen und -verfahren

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 24

Die nach diesen Vorschriften zugelassenen Gesundheitsmaßnahmen stellen das Höchstmaß der auf den internationalen Verkehr anwendbaren Maßnahmen dar, die ein Staat zum Schutz seines Hoheitsgebietes gegen die den Vorschriften unterliegenden Krankheiten fordern kann.

Artikel 25

Die Gesundheitsmaßnahmen sind sofort einzuleiten, unverzüglich abzuschließen und unterschiedslos anzuwenden.

Artikel 26

1. Desinfektion, Entwesung, Entrattung und andere gesundheitliche Vorkehrungen sind so durchzuführen,
   a) daß niemand durch sie ungebührlich belästigt oder gesundheitlich geschädigt wird;
   b) daß sie an einem Schiff, Luftfahrzeug oder Straßenfahrzeug oder an deren Betriebseinrichtungen keinen Schaden hervorrufen;
   c) daß jede Feuergefahr vermieden wird.

2. Bei der Anwendung solcher Vorkehrungen auf Frachtgüter, Gepäck, Container und sonstige Gegenstände sind alle Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um jeden Schaden zu vermeiden.

3. Sind Verfahren oder Methoden von der Organisation empfohlen, sollen diese angewandt werden.

Artikel 27

1. Die Gesundheitsbehörde stellt auf Antrag dem Spediteur gebührenfrei eine Bescheinigung über die auf Schiffe, Luftfahrzeuge, Eisenbahnzüge, Straßenfahrzeuge oder sonstige Beförderungsmittel oder auf Container angewandten Maßnahmen, die betroffenen Teile des Verkehrsmittels, die angewandten Methoden und die Gründe für die Anwendung der getroffenen Maßnahmen aus. Bei Luftfahrzeugen wird diese Bescheinigung auf Antrag in die Allgemeine Erklärung für Luftfahrzeuge, Abschnitt über Gesundheit, eingetragen.

2. Ebenso stellt die Gesundheitsbehörde auf Antrag gebührenfrei
   a) jedem Reisenden eine Bescheinigung über den Tag seiner Ankunft oder Abreise und über die Maßnahmen aus, die auf ihn und sein Gepäck angewandt worden sind;
   b) dem Absender, dem Empfänger und dem Spediteur oder ihrem jeweiligen Vertreter eine Bescheinigung über die auf Waren angewandten Maßnahmen aus.

Artikel 28

1. Eine unter Gesundheitskontrolle stehende Person darf nicht abgesondert werden, und es ist ihr zu gestatten, sich frei zu bewegen. Die Gesundheitsbehörde kann von ihr fordern, sich nötigenfalls während der Dauer der Gesundheitskontrolle in bestimmten Zeitabständen bei ihr zu melden. Mit Ausnahme der Einschränkungen nach Artikel 71 kann die Gesundheitsbehörde auch die ärztliche Untersuchung einer solchen Person veranlassen sowie alle Erkundigungen einziehen, die für die Feststellung ihres Gesundheitszustandes erforderlich sind.
2. Reist eine unter Gesundheitskontrolle stehende Person nach einem anderen Ort innerhalb oder außerhalb desselben Hoheitsgebietes ab, hat sie die Gesundheitsbehörde zu informieren; diese benachrichtigt ihrerseits sofort die Gesundheitsbehörde des Ortes, an den sich die betreffende Person begibt. Die Person hat sich nach ihrer Ankunft bei dieser Gesundheitsbehörde zu melden, die die in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen auf sie anwenden kann.

Artikel 29

Ausgenommen den Fall eines Notstandes, der eine ernste Gefahr für die öffentliche Gesundheit bildet, darf einem Schiff oder Luftfahrzeug, das nicht mit einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit infiziert ist oder in dem Verdacht steht, infiziert zu sein, nicht auf Grund irgendeiner anderen epidemischen Krankheit von der Gesundheitsbehörde eines Hafens oder Flughafens die Anlauf- bzw. Landeerlaubnis verweigert werden; insbesondere darf das Schiff oder Luftfahrzeug nicht daran gehindert werden, Ladung oder Vorräte zu löschen oder zu laden oder Brennstoff oder Wasser aufzunehmen.

Artikel 30

Eine Gesundheitsbehörde kann alle geeigneten Maßnahmen treffen, um das Entleeren von Abwässern und Abfällen aus einem Schiff, die die Gewässer eines Hafens, Flusses oder Kanals verseuchen könnten, zu überwachen.

Kapitel II

Gesundheitsmaßnahmen bei der Abreise

Artikel 31

1. Die Gesundheitsbehörde eines Hafens oder Flughafens oder eines Gebietes, in dem ein Grenzübergang liegt, trifft alle geeigneten Maßnahmen,
   a) um die Abreise jeder infizierten Person oder Person, die verdächtig ist, angesteckt zu sein, zu verhindern;
   b) um das Einschleppen von möglichen Krankheitserregern oder Überträgern einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit auf ein Schiff, in ein Luftfahrzeug, einen Eisenbahnzug, ein Straßenfahrzeug, ein sonstiges Beförderungsmittel oder einen Container zu verhindern.
2. Die Gesundheitsbehörde in einem Infektionsgebiet kann von abreisenden Personen die Vorlage einer gültigen Impfbescheinigung verlangen.
3. Die in Absatz 1 erwähnte Gesundheitsbehörde kann, wenn sie es für notwendig hält, jede Person vor Antritt einer internationalen Reise ärztlich untersuchen lassen. Zeit und Ort dieser Untersuchung sind unter Berücksichtigung aller anderen Formalitäten so zu bestimmen, daß die Abreise nicht behindert und eine Verzögerung vermieden wird.
4. Ungeachtet des Absatzes 1 Buchstabe a kann einer auf einer internationalen Reise befindlichen Person, die bei der Ankunft unter Gesundheitskontrolle gestellt wird, die Fortsetzung der Reise gestattet werden. Die Gesundheitsbehörde benachrichtigt entsprechend Artikel 28 so schnell wie möglich die Gesundheitsbehörde des Ortes, an den sich die Person begibt.

Kapitel III

Gesundheitsmaßnahmen zwischen den Abfahrts- und Ankunftshäfen oder -flughäfen

Artikel 32

Aus einem Luftfahrzeug darf während eines Fluges nichts geworfen oder fallengelassen werden, was eine epidemische Krankheit verursachen könnte.

Artikel 33

1. Gesundheitsmaßnahmen dürfen von einem Staat nicht auf ein Schiff angewandt werden, das seine Hoheitsgewässer durchfährt, ohne in einem Hafen oder an der Küste anzulegen.
2. Legt ein solches Schiff aus irgendeinem Grund an, so können die in diesem Hoheitsgebiet geltenden Gesetze und sonstigen Bestimmungen angewandt werden, ohne jedoch über die vorliegenden Vorschriften hinauszugehen.

Artikel 34

1. Auf ein infektionsfreies Schiff im Sinne des Teiles V, das einen Seeschiffahrtskanal oder eine andere Wasserstraße im Hoheitsgebiet eines Staates auf seiner Fahrt zu einem im Hoheitsgebiet eines anderen Staates gelegenen Hafen durchfährt, dürfen außer einer ärztlichen Untersuchung keine Gesundheitsmaßnahmen angewandt werden, es sei denn, daß dieses Schiff aus einem Infektionsgebiet kommt oder eine Person an Bord hat, die aus einem solchen Gebiet innerhalb der Inkubationszeit der Krankheit, die in dem Infektionsgebiet herrscht, kommt.
2. Die einzige Maßnahme, die auf ein aus einem solchen Gebiet kommendes Schiff oder eine solche an Bord befindliche Person angewandt werden darf, ist nötigenfalls das Aufstellen einer Gesundheitswache an Bord, um jeden unzulässigen Verkehr zwischen dem Schiff und dem Ufer zu verhindern und die Anwendung des Artikels 30 zu überwachen.
3. Die Gesundheitsbehörde gestattet einem solchen Schiff, unter ihrer Kontrolle Brennstoff, Wasser und Vorräte an Bord zu nehmen.
4. Ein infiziertes oder infektionsverdächtiges Schiff, das einen Seeschiffahrtskanal oder eine andere Wasserstraße durchfährt, kann so behandelt werden, als liefe es einen Hafen in dem betreffenden Hoheitsgebiet an.

Artikel 35

Ungeachtet anderslautender in diesen Vorschriften enthaltenen Bestimmungen, ausgenommen Artikel 70, darf außer der ärztlichen Untersuchung keine Gesundheitsmaßnahme Anwendung finden
   a) auf Passagiere und Besatzungsmitglieder an Bord eines infektionsfreien Schiffes, wenn diese das Schiff nicht verlassen;
   b) auf Passagiere und Besatzungsmitglieder eines infektionsfreien Luftfahrzeuges auf der Durchreise durch ein Hoheitsgebiet, wenn sie im direkten Transitgebiet eines Flughafens dieses Hoheitsgebietes bleiben oder, falls der Flughafen noch nicht über einen solchen verfügt, wenn sie sich den von der Gesundheitsbehörde zur Verhütung der Krankheitsverbreitung vorgeschriebenen Absonde-

rungsmaßnahmen unterziehen; sind solche Personen genötigt, den Flughafen, auf dem sie landen, nur deshalb zu verlassen, um ihre Reise von einem anderen Flughafen in der Nähe des ersten Flughafens aus fortzusetzen, so wird eine solche Maßnahme auf sie nicht angewendet, wenn der Übergang unter Kontrolle der Gesundheitsbehörden erfolgt.

Kapitel IV

Gesundheitsmaßnahmen bei der Ankunft

Artikel 36

Die Staaten lassen die Erteilung der Anlauf- bzw. Landeerlaubnis an ein Schiff oder Luftfahrzeug nach Möglichkeit auf dem Funkweg zu, sofern die Gesundheitsbehörde des vorgesehenen Anlaufhafens bzw. Landeflughafens auf Grund der vor der Ankunft erhaltenen Informationen der Meinung ist, daß durch die Ankunft keine den Vorschriften unterliegende Krankheit eingeschleppt oder verbreitet wird.

Artikel 37

1. Die Gesundheitsbehörde eines Hafens, eines Flughafens oder eines Grenzüberganges kann Schiffe, Luftfahrzeuge, Eisenbahnzüge, Straßenfahrzeuge, sonstige Beförderungsmittel oder Container sowie jede Person auf einer internationalen Reise bei der Ankunft einer ärztlichen Untersuchung unterziehen.
2. Weitere Gesundheitsmaßnahmen, die auf Schiffe, Luftfahrzeuge, Eisenbahnzüge, Straßenfahrzeuge oder sonstige Beförderungsmittel und auf Container angewandt werden können, richten sich nach den Verhältnissen an Bord während der Reise oder zur Zeit der ärztlichen Untersuchung, jedoch unbeschadet der Maßnahmen, die nach diesen Vorschriften auf Schiffe, Luftfahrzeuge, Eisenbahnzüge, Straßenfahrzeuge oder sonstige Beförderungsmittel und auf Container bei der Ankunft aus einem Infektionsgebiet angewandt werden können.
3. Sieht sich eine Gesundheitsverwaltung besonderen Schwierigkeiten gegenüber, die eine ernste Gefahr für die öffentliche Gesundheit bilden könnten, so kann sie von einer Person auf einer internationalen Reise fordern, bei der Ankunft ihre Zieladresse schriftlich anzugeben.

Artikel 38

Die Anwendung der in Teil V vorgesehenen Maßnahmen bei der Ankunft aus einem von der zuständigen Gesundheitsverwaltung gemeldeten Infektionsgebiet ist auf Schiffe, Luftfahrzeuge, Eisenbahnzüge, Straßenfahrzeuge oder sonstige Beförderungsmittel, auf Personen, Container oder Gegenstände, die aus einem solchen Gebiet kommen, zu beschränken, vorausgesetzt, daß die Gesundheitsbehörde des Infektionsgebietes alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung der Ausbreitung der Krankheit getroffen hat und die in Artikel 31 Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen anwendet.

Artikel 39

Bei der Ankunft von Schiffen, Luftfahrzeugen, Eisenbahnzügen, Straßenfahrzeugen oder sonstigen Beförderungsmitteln kann eine darin befindliche infizierte Person von der Gesundheitsbehörde entfernt und abgesondert werden. Die Entfernung durch die Gesundheitsbehörde muß vorgenommen werden, wenn sie von der für das Beförderungsmittel verantwortlichen Person gefordert wird.

Artikel 40

1. Abgesehen von Teil V kann eine Gesundheitsbehörde jede Person, die verdächtig ist, angesteckt zu sein, auf einer internationalen Reise unter Gesundheitskontrolle stellen, ganz gleich auf welche Weise sie aus einem Infektionsgebiet ankommt. Diese Gesundheitskontrolle kann bis zum Ablauf der in Teil V bezeichneten jeweiligen Inkubationszeit fortgesetzt werden.
2. Sofern in diesen Vorschriften nicht ausdrücklich anders vorgesehen, tritt die Absonderung nur dann an die Stelle der Gesundheitskontrolle, wenn die Gesundheitsbehörde die Gefahr der Übertragung der Infektion durch die Person, die verdächtig ist, angesteckt zu sein, für außergewöhnlich ernst hält.

Artikel 41

Außer der ärztlichen Untersuchung darf jede Gesundheitsmaßnahme, die in bzw. auf einem vorhergehenden Hafen oder Flughafen angewandt wurde, in bzw. auf dem folgenden Hafen oder Flughafen nur dann wiederholt werden, wenn

a) nach der Abfahrt eines Schiffes oder dem Abgang eines Luftfahrzeuges von dem Hafen bzw. Flughafen, in bzw. auf dem die Maßnahmen angewandt wurden, ein epidemiologisch wichtiger Umstand, der eine weitere Anwendung solcher Maßnahmen erforderlich macht, entweder in dem Hafen oder auf dem Flughafen oder an Bord des Schiffes oder Luftfahrzeuges eingetreten ist;
b) die Gesundheitsbehörde des folgenden Hafens oder Flughafens auf Grund eindeutiger Beweise festgestellt hat, daß die angewandten Einzelmaßnahmen nicht wirksam genug waren.

Artikel 42

Vorbehaltlich des Artikels 74 dürfen Schiffe oder Luftfahrzeuge aus gesundheitlichen Gründen nicht daran gehindert werden, einen Hafen anzulaufen oder auf einem Flughafen zu landen. Besitzt der Hafen oder Flughafen nicht die erforderlichen Einrichtungen für die Anwendung der Gesundheitsmaßnahmen, die nach diesen Vorschriften zulässig und nach Meinung der Gesundheitsbehörde des Hafens oder Flughafens erforderlich sind, können diese Schiffe oder Luftfahrzeuge angewiesen werden, sich auf eigene Gefahr zum nächsten geeigneten, für sie günstig gelegenen Hafen oder Flughafen zu begeben.

Artikel 43

Ein Luftfahrzeug gilt nicht als von einem Infektionsgebiet angekommen, wenn es in einem solchen Gebiet nur auf einem Sanitätsflughafen gelandet ist, der selbst nicht Infektionsgebiet ist.

Artikel 44

Alle Personen an Bord eines infektionsfreien Luftfahrzeuges, das in einem Infektionsgebiet landete und dessen Fluggäste und Besatzungsmitglieder die in Artikel 35 festgelegten Bedingungen erfüllt haben, gelten nicht als aus einem solchen Gebiet kommend.

Artikel 45

1. Die Festlegungen in Absatz 2 ausgenommen, wird jedem Schiff oder Luftfahrzeug, das nicht bereit ist, sich den von der Gesundheitsbehörde des Hafens oder Flughafens nach diesen Vorschriften angeordneten Maßnahmen zu unterwerfen, die sofortige Abfahrt bzw. der sofortige Abgang gestattet, doch darf es im Verlauf seiner Reise nicht einen anderen Hafen desselben Hoheitsgebietes anlaufen bzw. auf einem anderen Flughafen dieses Gebietes landen. Einem solchen Schiff oder Luftfahrzeug wird jedoch gestattet, in Quarantäne Brennstoff, Wasser und Vorräte an Bord zu nehmen. Wird bei der ärztlichen Untersuchung festgestellt, daß dieses Schiff infektionsfrei ist, so bleiben die Vergünstigungen nach Artikel 34 anwendbar.
2. Einem Schiff oder Luftfahrzeug, das in einem Hafen oder auf einem Flughafen eines Gebietes ankommt, in dem Gelbfieberüberträger vorhanden sind, darf unter den nachstehend aufgeführten Umständen die Weiterfahrt bzw. der Weiterflug nicht gestattet werden, und es ist den von der Gesundheitsbehörde nach diesen Vorschriften angeordneten Maßnahmen zu unterwerfen,
   a) wenn das Luftfahrzeug mit Gelbfieber verseucht ist;
   b) wenn das Schiff mit Gelbfieber verseucht ist und Aedes aegypti an Bord festgestellt wurden und wenn die ärztliche Untersuchung ergibt, daß eine infizierte Person nicht rechtzeitig abgesondert wurde.

Artikel 46

1. Wenn aus Gründen, für die der Luftfahrzeugführer nicht verantwortlich ist, ein Luftfahrzeug außerhalb eines Flughafens oder auf einem anderen als dem für die Landung vorgesehenen Flughafen landet, so hat der Luftfahrzeugführer oder sein Vertreter sich zu bemühen, unverzüglich die Verbindung zur nächsten Gesundheitsbehörde oder einer anderen Behörde aufzunehmen.
2. Sobald die Gesundheitsbehörde von der Landung benachrichtigt worden ist, kann sie geeignete Maßnahmen treffen; sie darf jedoch in keinem Fall über die nach diesen Vorschriften zulässigen Maßnahmen hinausgehen.
3. Vorbehaltlich des Absatzes 5 darf sich keine an Bord des Luftfahrzeuges befindliche Person aus der unmittelbaren Nähe des Landeplatzes entfernen, und es dürfen keine Güter aus der Nähe dieses Platzes entfernt werden; Ausnahmen sind nur zwecks Aufnahme der Verbindung zu der Gesundheits- oder sonstigen Behörde oder mit deren Genehmigung zulässig.
4. Sobald die von der Gesundheitsbehörde angeordneten Maßnahmen durchgeführt worden sind, kann das Luftfahrzeug, was die Gesundheitsmaßnahmen anbelangt, entweder zu dem Flughafen fliegen, auf dem seine Landung vorgesehen war, oder, wenn dies aus technischen Gründen nicht möglich ist, zu einem anderen günstig gelegenen Flughafen.
5. Der Luftfahrzeugführer oder sein Vertreter kann die für die Gesundheit und Sicherheit der Fluggäste und Besatzungsmitglieder erforderlichen Notmaßnahmen treffen.

Kapitel V

Maßnahmen bezüglich der internationalen Beförderung von Fracht, Gütern, Gepäck und Post

Artikel 47

1. Fracht und Güter sind den in diesen Vorschriften vorgesehenen Gesundheitsmaßnahmen nur dann zu unterwerfen, wenn sie aus einem Infektionsgebiet kommen und die Gesundheitsbehörde Grund zu der Annahme hat, daß die Fracht und die Güter mit dem Erreger einer den Vorschriften unterliegenden Krankheit kontaminiert sein oder als Träger für die Verbreitung einer solchen Krankheit dienen könnten.
2. Außer den in Artikel 64 vorgesehenen Maßnahmen dürfen Güter — mit Ausnahme lebender Tiere — im Transitverkehr ohne Umladung keinen Gesundheitsmaßnahmen unterworfen und nicht in einem Hafen, auf einem Flughafen oder an einem Grenzübergang zurückgehalten werden.
3. Die Ausstellung einer Bescheinigung über die Desinfektion von Gütern, die Gegenstand des Handels zwischen zwei Ländern sind, kann durch zweiseitige Abkommen zwischen dem Ausfuhr- und dem Einfuhrland geregelt werden.

Artikel 48

Außer bei einer infizierten oder ansteckungsverdächtigen Person darf das Gepäck nur dann desinfiziert oder entwest werden, wenn eine Person infektiöses Material mit sich führt oder Überträgerinsekten einer diesen Vorschriften unterliegenden Krankheit bei ihr festgestellt wurden.

Artikel 49

1. Post, Zeitungen, Bücher und andere Drucksachen dürfen keinerlei Gesundheitsmaßnahmen unterworfen werden.
2. Postpakete dürfen Gesundheitsmaßnahmen nur dann unterworfen werden, wenn sie enthalten:
   a) Lebensmittel im Sinne des Artikels 64 Absatz 1, bei denen die Gesundheitsbehörde Grund zu der Annahme hat, daß sie aus einem Cholera-Infektionsgebiet kommen;
   b) Wäsche, Kleidungsstücke oder Bettzeug, die gebraucht oder verschmutzt sind und auf die Teil V anwendbar ist;
   c) infektiöses Material oder
   d) lebende Insekten und andere Tiere, die Überträger für auf den Menschen übertragbare Krankheiten sein können, wenn sie eingeschleppt wurden oder sich festgesetzt haben.

Artikel 50

Nach Möglichkeit garantiert die Gesundheitsverwaltung, daß Container, die im internationalen Eisenbahn-, Straßen-, See- oder Luftverkehr benutzt werden, beim Füllen frei von infektiösem Material, lebenden Krankheitsüberträgern oder Nagetieren gehalten werden.

Teil V

Besondere Bestimmungen betreffend die einzelnen den Vorschriften unterliegenden Krankheiten

Kapitel I

Pest

Artikel 51

Die Inkubationszeit im Sinne dieser Vorschriften beträgt bei Pest sechs Tage.

Artikel 52

Die Impfung gegen Pest darf nicht als Voraussetzung für die Einreise einer Person in ein Hoheitsgebiet gefordert werden.

Artikel 53

1. Jeder Staat wendet alle in seiner Macht stehenden Mittel an, um die Gefahr der Verbreitung der Pest durch Nagetiere und ihre Ektoparasiten zu verringern. Seine Gesundheitsverwaltung unterrichtet sich laufend durch systematisches Einfangen und regelmäßige Untersuchung von Nagetieren und ihren Ektoparasiten über die Verhältnisse in allen Gebieten, insbesondere Häfen oder Flughäfen, die tatsächlich oder vermutlich mit Nagetierpest infiziert sind.
2. Während des Aufenthaltes eines Schiffes oder Luftfahrzeuges in bzw. auf einem mit Pest infizierten Hafen oder Flughafen sind besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um das Einschleppen von Nagetieren an Bord zu verhindern.

Artikel 54

1. Jedes Schiff ist
   a) entweder ständig frei von Nagetieren und Pestüberträgern zu halten oder
   b) regelmäßig zu entratten.
2. Eine Entrattungsbescheinigung oder eine Bescheinigung über die Befreiung von der Entrattung darf nur von der Gesundheitsbehörde eines zu diesem Zweck nach Artikel 17 zugelassenen Hafens ausgestellt werden. Jede solche Bescheinigung ist sechs Monate gültig, doch kann diese Frist für ein Schiff, das sich nach einem zugelassenen Hafen begibt, um einen Monat verlängert werden, wenn die Entrattung bzw. Überprüfung dort unter besseren Bedingungen durchgeführt werden könnte.
3. Die Entrattungsbescheinigungen und die Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung müssen dem in Anlage 1 wiedergegebenen Muster entsprechen.
4. Wird keine gültige Bescheinigung vorgelegt, so kann die Gesundheitsbehörde eines nach Artikel 17 zugelassenen Hafens nach einer Untersuchung und Überprüfung folgendermaßen verfahren:
   a) Handelt es sich um einen nach Artikel 17 Absatz 2 bekanntgegebenen Hafen, so kann die Gesundheitsbehörde das Schiff entratten oder dessen Entrattung unter ihrer Leitung und Aufsicht anordnen. Sie bestimmt für jeden einzelnen Fall das anzuwendende Verfahren, um die Ausrottung der Nagetiere an Bord

sicherzustellen. Die Entrattung ist so durchzuführen, daß eine Beschädigung des Schiffes und der Ladung weitestgehend vermieden wird und sie nicht länger als unbedingt notwendig dauert. Die Entrattung ist nach Möglichkeit vorzunehmen, wenn die Laderäume leer sind. Bei einem Schiff, das Ballast führt, ist sie vor dem Beladen auszuführen. Ist die Entrattung in befriedigender Weise durchgeführt worden, so stellt die Gesundheitsbehörde eine Entrattungsbescheinigung aus;

b) Die Gesundheitsbehörde kann in einem nach Artikel 17 zugelassenen Hafen eine Bescheinigung über die Befreiung von der Entrattung ausstellen, wenn sie überzeugt ist, daß das Schiff frei von Nagetieren ist. Solch eine Bescheinigung ist nur dann auszustellen, wenn die Überprüfung des Schiffes zu einem Zeitpunkt durchgeführt wurde, in dem die Laderäume leer waren oder nur Ballast oder sonstige Stoffe enthielten, die Nagetiere nicht anziehen und so beschaffen oder gelagert sind, daß eine gründliche Überprüfung der Laderäume möglich ist. Eine Bescheinigung über die Befreiung von der Entrattung kann für einen Öltanker bei vollen Ladetanks ausgestellt werden.

5. Ist die Gesundheitsbehörde des Hafens, in dem die Entrattung vorgenommen wurde, der Meinung, daß unter den vorliegenden Bedingungen kein befriedigendes Ergebnis erzielt werden konnte, so versieht sie die vorhandene Entrattungsbescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk.

Artikel 55

Unter außergewöhnlichen epidemiologischen Umständen kann ein Luftfahrzeug, in dem an Bord Nagetiere vermutet werden, entwest und entrattet werden.

Artikel 56

Vor Antritt einer internationalen Reise von einem Gebiet aus, in dem eine Lungenpestepidemie herrscht, ist jede Person, die verdächtig ist, angesteckt zu sein, von der Gesundheitsbehörde für die Dauer von sechs Tagen, gerechnet vom letzten Tag an, an dem diese Person der Infektion ausgesetzt war, zu isolieren.

Artikel 57

1. Ein ankommendes Schiff oder Luftfahrzeug gilt als infiziert,
   a) wenn es einen Fall von Menschenpest an Bord hat;
   b) wenn ein pestinfiziertes Nagetier an Bord gefunden wird.

   Ein Schiff gilt ferner als infiziert, wenn ein Fall von Menschenpest später als sechs Tage nach der Einschiffung aufgetreten ist.
2. Ein Schiff gilt bei der Ankunft als verdächtig, infiziert zu sein,
   a) wenn es zwar keinen Fall von Menschenpest an Bord hat, ein solcher Fall aber innerhalb der ersten sechs Tage nach der Einschiffung an Bord aufgetreten ist;
   b) wenn eine ungewöhnlich hohe Mortalität unter den Nagetieren an Bord festgestellt wird, dessen Ursache noch nicht bekannt ist;
   c) wenn sich eine Person an Bord befindet, die der Lungenpest ausgesetzt war und auf die Artikel 56 nicht angewandt worden ist.
3. Ein Schiff oder Luftfahrzeug, das aus einem Infektionsgebiet kommt oder eine Person an Bord hat, die aus einem solchen Gebiet kommt, gilt bei der Ankunft als infektionsfrei, wenn sich die Gesundheitsbehörde bei der ärztlichen Untersuchung davon überzeugt hat, daß die in den Absätzen 1 und 2 angeführten Tatbestände nicht gegeben sind.

Artikel 58

1. Bei der Ankunft eines infizierten oder infektionsverdächtigen Schiffes oder eines infizierten Luftfahrzeuges kann die Gesundheitsbehörde folgende Maßnahmen anwenden:
   a) Entwesungsmaßnahmen bei jeder Person, die verdächtig ist, angesteckt zu sein, und Beobachtung dieser Person während höchstens sechs Tage, vom Tag der Ankunft an gerechnet;
   b) Entwesung und erforderlichenfalls Desinfektion
      i) des gesamten Gepäcks jeder infizierten Person oder Person, die verdächtig ist, angesteckt zu sein, und
      ii) aller sonstigen Gegenstände, wie z. B. des gebrauchten Bettzeugs oder der gebrauchten Wäsche, sowie aller Teile des Schiffes oder Luftfahrzeuges, die als infiziert angesehen werden.
2. Bei der Ankunft eines Schiffes, Luftfahrzeuges, Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels, in dem sich eine Person befindet, die an Lungenpest leidet, oder wenn an Bord eines Schiffes innerhalb von sechs Tagen vor der Ankunft ein Fall von Lungenpest aufgetreten war, kann die Gesundheitsbehörde zusätzlich zu den in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen Passagiere und Besatzung des betreffenden Verkehrsmittels für die Dauer von sechs Tagen, von dem Tag an gerechnet, an dem sie zuletzt der Infektion ausgesetzt waren, absondern.
3. Besteht an Bord eines Schiffes oder in den an Bord befindlichen Containern Nagetierpest, so ist das Schiff erforderlichenfalls in Quarantäne in der in Artikel 54 festgelegten Art und Weise zu entwesen und zu entratten; folgendes ist vorsorglich zu beachten:
   a) Die Entrattung ist durchzuführen, sobald die Laderäume geleert worden sind.
   b) Es können eine oder mehrere vorläufige Entrattungen eines Schiffes mit Ladung oder während des Löschens durchgeführt werden, um das Entkommen infizierter Nagetiere zu verhindern.
   c) Ist die vollständige Vernichtung der Nagetiere nicht gewährleistet, weil nur ein Teil der Ladung zu löschen ist, so darf ein Schiff am Löschen dieses Teiles nicht gehindert werden; die Gesundheitsbehörde kann jedoch alle Maßnahmen, einschließlich der Anordnung der Quarantäne, für das Schiff treffen, die sie zur Verhinderung des Entkommens infizierter Nagetiere für erforderlich hält.
4. Wird an Bord eines Luftfahrzeuges ein pestinfiziertes Nagetier gefunden, so ist das Luftfahrzeug, erforderlichenfalls in Quarantäne, zu entwesen und zu entratten.

Artikel 59

Ein Schiff gilt nicht mehr als infiziert oder verdächtig, infiziert zu sein, und ein Luftfahrzeug gilt nicht mehr als infiziert, wenn die von der Gesundheitsbehörde nach den Artikeln 39 und 58 angeordneten Maßnahmen wirksam durchgeführt worden sind oder wenn diese Behörde sich davon überzeugt hat, daß die ungewöhnlich hohe Mortalität der Nagetiere nicht durch die Pest bedingt ist. Dem Schiff oder Luftfahrzeug ist sodann Anlauf- bzw. Landeerlaubnis zu erteilen.

Artikel 60

Einem infektionsfreien Schiff oder Luftfahrzeug ist bei der Ankunft Anlauf- bzw. Landeerlaubnis zu erteilen; wenn es aus einem Infektionsgebiet kommt, kann jedoch die Gesundheitsbehörde

a) jede von Bord gehende Person, die verdächtig ist, angesteckt zu sein, für die Dauer von höchstens sechs Tagen, gerechnet von dem Tag an, an dem das Schiff oder Luftfahrzeug das Infektionsgebiet verlassen hat, unter Beobachtung stellen;
b) in außergewöhnlichen Fällen und aus triftigen Gründen, die dem Kapitän schriftlich mitzuteilen sind, die Vernichtung der Nagetiere an Bord eines Schiffes und seine Entwesung verlangen.

Artikel 61

Wird bei Ankunft eines Eisenbahnzuges oder Straßenfahrzeuges ein Fall von Menschenpest festgestellt, so kann die Ge-

sundheitsbehörde die in Artikel 39 und in Artikel 58 Absätze 1 und 2 vorgesehenen Maßnahmen treffen, wobei alle Teile des Eisenbahnzuges oder Straßenfahrzeuges, die als infiziert angesehen werden, zu entwesen und nötigenfalls zu desinfizieren sind.

Kapitel II

Cholera

Artikel 62

Die Inkubationszeit im Sinne dieser Vorschriften beträgt bei Cholera fünf Tage.

Artikel 63

1. Wird bei Ankunft eines Schiffes, Flugzeuges, Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder anderen Transportmittels ein Cholera-Fall entdeckt oder ist an Bord ein Fall aufgetreten,
   a) kann die Gesundheitsbehörde die Überwachung oder Absonderung von Verdachtsfällen unter den Passagieren oder der Mannschaft für einen Zeitraum bis zu fünf Tagen ab Ankunft verfügen und
   b) ist sie für die Kontrolle der Beseitigung und sicheren Vernichtung von Wasservorräten, Nahrungsmitteln (ausschließlich der Fracht), menschlichen Exkrementen, Abwässern einschließlich Bilgewasser, Abfallstoffen und allen anderen Gegenständen, die als verseucht betrachtet werden können, verantwortlich und haftet für die Desinfektion von Wasserbehältern und aller mit Nahrungsmitteln in Berührung kommenden Gegenstände.
2. Nach Abschluß der unter (b) genannten Maßnahmen wird dem Schiff, Flugzeug, Eisenbahnzug, Straßenfahrzeug oder anderen Transportmitteln freie Verkehrserlaubnis erteilt.

Artikel 64

Nahrungsmittel, die als Fracht an Bord von Schiffen, Flugzeugen, in Eisenbahnzügen, Straßenfahrzeugen oder anderen Transportmitteln, in denen während der Reise ein Cholera-Fall aufgetreten ist, befördert werden, dürfen nur von den Gesundheitsbehörden des endgültigen Bestimmungslandes bakteriologisch untersucht werden.

Artikel 65

1. Niemand darf gezwungen werden, an sich einen Analabstrich vornehmen zu lassen.
2. Von einer auf einer internationalen Reise befindlichen Person, die innerhalb der Cholera-Inkubationszeit aus einem Infektionsgebiet kommt und Anzeichen von Cholera aufweist, kann eine Stuhluntersuchung verlangt werden.

Kapitel III

Gelbfieber

Artikel 66

Die Inkubationszeit im Sinne dieser Vorschriften beträgt bei Gelbfieber sechs Tage.

Artikel 67

1. Die Impfung gegen Gelbfieber kann von jeder Person verlangt werden, die von einem Infektionsgebiet aus eine internationale Reise antritt.
2. Besitzt eine solche Person eine Gelbfieber-Impfbescheinigung, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht gültig ist, so kann ihr die Abreise gestattet werden, doch kann bei der Ankunft Artikel 69 auf sie angewandt werden.
3. Eine Person, die im Besitz einer gültigen Gelbfieber-Impfbescheinigung ist, wird auch dann nicht als verdächtig angesteckt zu sein behandelt, wenn sie aus einem Infektionsgebiet kommt.
4. Der verwendete Gelbfieber-Impfstoff muß von der Organisation anerkannt sein, und die Impfstelle muß von der Gesundheitsverwaltung des Hoheitsgebietes, in dem sie gelegen ist, zugelassen sein. Gegenüber der Organisation muß sichergestellt werden, daß die zu diesem Zweck benutzten Impfstoffe stets die angemessene Güte haben.

Artikel 68

1. Jede in einem Hafen oder auf einem Flughafen innerhalb eines Infektionsgebietes beschäftigte Person und jedes Besatzungsmitglied eines Schiffes oder Luftfahrzeuges, das einen solchen Hafen bzw. Flughafen benutzt, muß im Besitz einer gültigen Gelbfieber-Impfbescheinigung sein.
2. Jedes Luftfahrzeug, das einen in einem Infektionsgebiet gelegenen Flughafen verläßt, ist nach Artikel 26 zu entwesen, wobei von der Organisation empfohlene Verfahren anzuwenden sind; die Einzelheiten der Entwesung sind in die Allgemeine Erklärung für Luftfahrzeuge, Abschnitt über Gesundheit, einzutragen, es sei denn, daß die Gesundheitsbehörde des Bestimmungsflughafens auf diesen Teil der Allgemeinen Erklärung verzichtet. Die in Betracht kommenden Staaten erkennen die Entwesung der Luftfahrzeuge durch das während des Fluges durchgeführte zugelassene Aerosol-Insektenvernichtungsverfahren an.
3. Jedes Schiff, das einen Hafen in einem Gebiet verläßt, in dem noch Aedes aegypti vorkommen, und sich nach einem von Aedes aegypti befreiten Gebiet begibt, ist von Aedes aegypti im Larven- und im ausgewachsenen Zustand freizuhalten.
4. Ein Flugzeug, das einen Flughafen verläßt, auf dem Aedes aegypti vorkommen, und sich nach einem von Aedes aegypti befreiten Gebiet begibt, ist nach Artikel 26 unter Anwendung von der Organisation empfohlener Verfahren zu entwesen.

Artikel 69

Die Gesundheitsbehörde eines Gebietes, in dem Gelbfieberüberträger vorhanden sind, kann verlangen, daß eine auf einer internationalen Reise befindliche Person, die aus einem Infektionsgebiet kommt und keine gültige Gelbfieber-Impfbescheinigung vorlegen kann, abgesondert wird, bis ihre Impfbescheinigung Gültigkeit erlangt oder bis zum Ablauf einer Frist von höchstens sechs Tagen, vom Tag der letzten Infektionsmöglichkeit an gerechnet, je nachdem, welche Frist zuerst abläuft.

Artikel 70

1. Eine Person, die aus einem Infektionsgebiet kommt und keine gültige Gelbfieber-Impfbescheinigung vorlegen kann und die sich auf einer internationalen Reise nach einem Flughafen in einem Gebiet begeben will, in dem Gelbfieberüberträger vorhanden sind, kann, wenn auf diesem Flughafen eine Absonderung nach Artikel 35 noch nicht möglich ist, auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Gesundheitsverwaltungen der Hoheitsgebiete, in denen die in Betracht kommenden Flughäfen liegen, daran gehindert werden, innerhalb des in Artikel 69 festgelegten Zeitabschnitts einen Flughafen zu verlassen, auf dem diese Möglichkeit gegeben ist.
2. Die beteiligten Gesundheitsverwaltungen unterrichten die Organisation von jeder Vereinbarung dieser Art und deren Beendigung. Die Organisation gibt diese Informationen unverzüglich allen Gesundheitsverwaltungen bekannt.

Artikel 71

1. Ein Schiff gilt bei der Ankunft als infiziert, wenn es einen Gelbfieberfall an Bord hat oder wenn ein solcher Fall während der Reise an Bord aufgetreten ist. Es gilt als verdächtig, infiziert zu sein, wenn es weniger als sechs Tage vor der Ankunft ein Infektiongebiet verlassen hat oder wenn bei seiner Ankunft innerhalb von dreißig Tagen nach der Abreise aus einem solchen Gebiet die Gesundheitsbehörde Aedes aegypti oder andere Überträger des Gelbfiebers an Bord feststellt. Alle anderen Schiffe sind als infektionsfrei anzusehen.
2. Ein Luftfahrzeug gilt bei der Ankunft als infiziert, wenn es einen Gelbfieberfall an Bord hat. Es gilt als verdächtig, infiziert zu sein, wenn die Gesundheitsbehörde das Er-

gebnis einer nach Artikel 68 Absatz 2 durchgeführten Entwesung als nicht ausreichend ansieht und lebende Mücken an Bord des Luftfahrzeuges feststellt. Alle anderen Luftfahrzeuge gelten als infektionsfrei.

Artikel 72

1. Bei der Ankunft eines infizierten oder infektionsverdächtigen Schiffes oder Luftfahrzeuges kann die Gesundheitsbehörde folgende Maßnahmen anwenden:
   a) in einem Gebiet, in dem Gelbfieberüberträger vorhanden sind, die in Artikel 69 vorgesehenen Maßnahmen auf alle Passagiere oder Besatzungsmitglieder, die von Bord gehen und nicht im Besitz einer gültigen Gelbfieber-Impfbescheinigung sind;
   b) Überprüfung des Schiffes oder Luftfahrzeuges und Vernichtung aller Aedes aegypti oder anderer Gelbfieberüberträger an Bord; in einem Gebiet, in dem Gelbfieberüberträger vorhanden sind, kann von dem Schiff verlangt werden, bis zum Abschluß dieser Maßnahmen einen Abstand von mindestens 400 m zum Land zu halten.
2. Das Schiff oder Luftfahrzeug gilt nicht mehr als infiziert oder verdächtig, infiziert zu sein, wenn die von der Gesundheitsbehörde nach Artikel 39 und nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels geforderten Maßnahmen wirksam durchgeführt wurden; es ist ihm sodann Anlauf- bzw. Landeerlaubnis zu erteilen.

Artikel 73

Bei der Ankunft eines infektionsfreien Schiffes oder Luftfahrzeuges aus einem Infektionsgebiet können die in Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b vorgesehenen Maßnahmen angewandt werden. Dem Schiff oder Luftfahrzeug ist sodann Anlauf- bzw. Landeerlaubnis zu erteilen.

Artikel 74

Ein Staat darf die Landung eines Luftfahrzeuges auf einem Sanitätsflughafen seines Hoheitsgebietes nicht verbieten, wenn die in Artikel 68 Absatz 2 vorgesehenen Maßnahmen Anwendung finden; doch darf in einem Gebiet, in dem Gelbfieberüberträger vorhanden sind, ein aus einem Infektionsgebiet kommendes Luftfahrzeug nur auf Flughäfen landen, die von dem Staat für diesen Zweck bestimmt worden sind.

Artikel 75

Bei der Ankunft eines Eisenbahnzuges, eines Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels in einem Gebiet, in dem Gelbfieberüberträger vorhanden sind, können folgende Maßnahmen von der Gesundheitsbehörde angewandt werden:

a) die in Artikel 69 vorgesehene Absonderung jeder Person, die aus einem Infektionsgebiet kommt und keine gültige Gelbfieber-Impfbescheinigung vorlegen kann;
b) Entwesung des Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels bei der Ankunft aus einem Infektionsgebiet.

Artikel 76

In einem Gebiet, in dem Gelbfieberüberträger vorhanden sind, muß die in Artikel 39 und im vorliegenden Kapitel vorgesehene Absonderung in mückensicheren Räumlichkeiten erfolgen.

Kapitel IV

Pocken

Artikel 77

Die Inkubationszeit im Sinne dieser Vorschriften beträgt bei Pocken vierzehn Tage.

Artikel 78

1. Eine Gesundheitsverwaltung kann von jeder auf einer internationalen Reise befindlichen Person, die keinen ausreichenden Nachweis einer Immunität infolge einer früheren Pockenerkrankung besitzt, bei der Ankunft eine gültige Pocken-Impfbescheinigung fordern. Jede Person, die eine solche Bescheinigung nicht vorlegt, kann geimpft werden oder, falls sie die Impfung verweigert, für höchstens vierzehn Tage, gerechnet vom Tag ihrer Abreise aus dem vor der Ankunft zuletzt besuchten Hoheitsgebiet an, unter Beobachtung gestellt werden.
2. Eine auf einer internationalen Reise befindliche Person, die innerhalb von vierzehn Tagen vor ihrer Ankunft ein Infektionsgebiet besucht hat und nach Auffassung der Gesundheitsbehörde durch Impfung oder eine frühere Pockenerkrankung nicht genügend geschützt ist, kann aufgefordert werden, sich impfen zu lassen, oder kann unter Beobachtung gestellt oder geimpft und danach unter Beobachtung gestellt werden. Verweigert sie die Impfung, so kann sie abgesondert werden. Die Dauer der Beobachtung oder Absonderung darf vierzehn Tage, gerechnet vom Tag der Abreise aus dem Infektionsgebiet, nicht überschreiten. Eine gültige Pocken-Impfbescheinigung gilt als Nachweis einer ausreichenden Immunität.
3. Jede Gesundheitsverwaltung kann die in diesem Artikel vorgesehenen Maßnahmen anwenden, unabhängig davon, ob eine Pockeninfektion in ihrem Hoheitsgebiet vorliegt oder nicht.

Artikel 79

1. Ein Schiff oder Luftfahrzeug gilt als infiziert, wenn es bei der Ankunft einen Pockenfall an Bord hat oder wenn ein solcher Fall während der Reise aufgetreten ist.
2. Jedes andere Schiff oder Luftfahrzeug gilt als seuchenfrei, auch wenn sich Personen, die verdächtig sind, angesteckt zu sein, an Bord befinden; doch kann jede dieser Personen, wenn sie von Bord geht, den in Artikel 80 vorgesehenen Maßnahmen unterworfen werden.

Artikel 80

1. Bei der Ankunft eines infizierten Schiffes oder Luftfahrzeuges
   a) bietet die Gesundheitsbehörde allen Personen an Bord, die ihrer Meinung nach nicht ausreichend gegen Pokken geschützt sind, die Impfung an;
   b) kann die Gesundheitsbehörde jede von Bord gehende Person für die Dauer von höchstens vierzehn Tagen, gerechnet von der letzten Infektionsmöglichkeit an, absondern oder unter Beobachtung stellen; bei der Festsetzung der Dauer dieser Absonderung oder Beobachtung berücksichtigt die Behörde jedoch bei der betreffenden Person frühere Impfungen und die Möglichkeit, daß sie der Infektion ausgesetzt war;
   c) desinfiziert die Gesundheitsbehörde
      i) das gesamte Gepäck jeder infizierten Person und
      ii) alles sonstige Gepäck und alle sonstigen Gegenstände, wie z. B. gebrauchtes Bettzeug oder gebrauchte Wäsche, sowie alle Teile des Schiffes oder Luftfahrzeuges, die als infiziert angesehen werden.
2. Ein Schiff oder Luftfahrzeug gilt so lange als infiziert, bis jede infizierte Person entfernt und die von der Gesundheitsbehörde nach Absatz 1 angeordneten Maßnahmen wirksam durchgeführt worden sind. Dem Schiff oder Luftfahrzeug ist sodann Anlauf- bzw. Landeerlaubnis zu erteilen.

Artikel 81

Einem infektionsfreien Schiff oder Luftfahrzeug ist Anlauf- bzw. Landeerlaubnis zu erteilen, auch wenn es aus einem Infektionsgebiet kommt.

Artikel 82

Wird bei der Ankunft eines Eisenbahnzuges, eines Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels ein Pockenfall festgestellt, so ist die infizierte Person zu entfernen, und es ist Artikel 80 Absatz 1 anzuwenden, wobei jede Beobachtungs-

oder Absonderungszeit vom Tag der Ankunft an gerechnet wird und die Desinfektion alle Teile des Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels zu umfassen hat, die als infiziert angesehen werden.

Teil VI

Gesundheitsdokumente

Artikel 83

Gesundheitspässe mit oder ohne konsularischen Sichtvermerk oder Bescheinigungen gleich welcher Bezeichnung über die gesundheitlichen Bedingungen in einem Hafen oder auf einem Flughafen dürfen von einem Schiff oder Luftfahrzeug nicht gefordert werden.

Artikel 84

1. Der Kapitän eines auf einer internationalen Reise befindlichen Seeschiffes hat vor der Ankunft im ersten Anlaufhafen eines Hoheitsgebietes den Gesundheitszustand der an Bord befindlichen Personen festzustellen und bei der Ankunft eine vom Schiffsarzt — sofern an Bord vorhanden — gegenzuzeichnende Seegesundheitserklärung auszufüllen und der Gesundheitsbehörde dieses Hafens zu übergeben, es sei denn, daß eine Gesundheitsverwaltung dies nicht fordert.
2. Der Kapitän und der Schiffsarzt — sofern an Bord vorhanden — haben alle von der Gesundheitsbehörde geforderten Auskünfte über die gesundheitlichen Verhältnisse an Bord während der Reise zu geben.
3. Die Seegesundheitserklärung muß dem in Anlage 4 wiedergegebenen Muster entsprechen.
4. Eine Gesundheitsverwaltung kann beschließen,
   a) entweder auf die Vorlage der Seegesundheitserklärung durch ankommende Schiffe ganz zu verzichten oder
   b) sie nur zu fordern, wenn das Schiff aus bestimmten ausdrücklich bezeichneten Gebieten kommt oder wenn bejahende Angaben vorliegen.

   In beiden Fällen informiert die Gesundheitsverwaltung die Reedereien.

Artikel 85

1. Der Luftfahrzeugführer oder sein bevollmächtigter Vertreter hat bei der Landung auf dem ersten Flughafen eines Hoheitsgebietes die Allgemeine Erklärung für Luftfahrzeuge, Abschnitt über Gesundheit, die dem in Anlage 5 wiedergegebenen Muster entsprechen muß, auszufüllen und der Gesundheitsbehörde dieses Flughafens zu übergeben, es sei denn, daß eine Gesundheitsverwaltung dies nicht fordert.
2. Der Luftfahrzeugführer oder sein bevollmächtigter Vertreter hat alle von der Gesundheitsbehörde geforderten Auskünfte über die gesundheitlichen Verhältnisse an Bord während der Reise zu geben.
3. Eine Gesundheitsverwaltung kann beschließen,
   a) entweder auf die Vorlage der Allgemeinen Erklärung für Luftfahrzeuge, Abschnitt über Gesundheit, durch ankommende Luftfahrzeuge ganz zu verzichten oder
   b) sie nur zu fordern, wenn das Luftfahrzeug aus bestimmten ausdrücklich bezeichneten Gebieten kommt oder wenn bejahende Angaben vorliegen.

   In beiden Fällen informiert die Gesundheitsverwaltung die Fluggesellschaften.

Artikel 86

1. Die in den Anlagen 1, 2 und 3 bezeichneten Bescheinigungen sind in englischer und französischer Sprache zu drucken. Sie können zusätzlich in einer Amtssprache des Hoheitsgebietes gehalten sein, in dem die Bescheinigung ausgestellt wird.
2. Die in Absatz 1 erwähnten Bescheinigungen sind in englischer oder französischer Sprache auszufüllen. Sie können zusätzlich in einer anderen Sprache ausgefüllt werden.
3. Internationale Impfbescheinigungen müssen von einem praktischen Arzt oder einer von der Gesundheitsbehörde des Landes bevollmächtigten Person eigenhändig unterzeichnet sein. Der Amtsstempel wird als Ersatz für die Unterschrift nicht anerkannt.
4. Die internationalen Impfbescheinigungen sind Einzelbescheinigungen und dürfen unter keinen Umständen als Sammelbescheinigung benutzt werden. Für Kinder sind gesonderte Impfbescheinigungen auszustellen.
5. Von den Mustern der Bescheinigungen in den Anlagen 2 und 3 darf nicht abgewichen werden; ein Lichtbild ist nicht beizufügen.
6. Ein Elternteil oder Erziehungsberechtigter hat die internationale Impfbescheinigung zu unterschreiben, wenn das Kind noch nicht schreiben kann. Die Unterschrift eines Analphabeten ist in der üblichen Weise durch sein Handzeichen und die Bestätigung einer anderen Person zu vollziehen, daß dies das Handzeichen der betreffenden Person ist.
7. Ist ein Impfarzt der Meinung, daß eine Impfung aus medizinischen Gründen kontraindiziert ist, so stellt er der betreffenden Person ein Schreiben in englischer oder französischer Sprache aus, in dem er die Gründe für seine Auffassung darlegt; die Gesundheitsbehörden sollen diese Gründe berücksichtigen.

Artikel 87

Eine von den Streitkräften für ein aktives Mitglied derselben ausgestellte Impfbescheinigung ist an Stelle einer internationalen Bescheinigung nach dem in Anlage 2 oder 3 wiedergegebenen Muster anzuerkennen,

a) wenn sie ärztliche Angaben enthält, die im wesentlichen den in den Mustern geforderten Angaben entsprechen, und
b) wenn sie eine Erklärung in englischer oder französischer Sprache über Art und Zeitpunkt der Impfung sowie die Bestätigung enthält, daß die Bescheinigung im Einklang mit diesem Artikel ausgestellt ist.

Artikel 88

Im internationalen Verkehr dürfen keine anderen als die in diesen Vorschriften vorgesehenen Gesundheitsdokumente gefordert werden.

Teil VII

Gebühren

Artikel 89

1. Eine Gesundheitsbehörde darf keine Gebühren erheben
   a) für eine in diesen Vorschriften vorgesehene ärztliche Untersuchung oder eine zusätzliche bakteriologische oder sonstige Untersuchung, die erforderlich sein kann, um den Gesundheitszustand der untersuchten Person festzustellen;
   b) für irgendeine Impfung einer Person bei der Ankunft und die Ausstellung einer Bescheinigung hierüber.
2. Werden für die Anwendung der in diesen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen, abgesehen von den in Absatz 1 erwähnten, Gebühren erhoben, so richten sich diese nach einem einzigen, in dem betreffenden Hoheitsgebiet geltenden Tarif.

   Jede Gebühr muß
   a) diesem Tarif entsprechen,
   b) mäßig sein und darf die tatsächlichen Kosten der Dienstleistung nicht übersteigen,
   c) ohne Unterschied bezüglich der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes der betreffenden Person oder der Staatszugehörigkeit, Flagge, Registrierung oder Eigentumsverhältnisse des Schiffes, Luftfahrzeuges, Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels und Containers erhoben werden. Insbesondere darf kein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern sowie zwischen inländischen

und ausländischen Schiffen, Luftfahrzeugen, Eisenbahnzügen, Straßenfahrzeugen oder sonstigen Beförderungsmitteln und Containern gemacht werden.

3. Die für die Übermittlung einer Nachricht auf dem Funkweg im Zusammenhang mit diesen Vorschriften erhobene Gebühr darf die übliche Gebühr für Funksprüche nicht übersteigen.
4. Der Tarif und jede Änderung des Tarifs sind mindestens zehn Tage vor ihrem Inkrafttreten zu veröffentlichen und der Organisation sofort zu melden.

Teil VIII
Verschiedene Bestimmungen

Artikel 90

1. Jedes Luftfahrzeug, das einen Flughafen in einem Gebiet verläßt, in dem eine Übertragung von Malaria oder anderen durch Mücken übertragbaren Krankheiten vorkommt, in dem es gegen Insektizide resistente Überträgermücken gibt oder in dem es eine Überträgerart gibt, die in dem Gebiet, in dem der Bestimmungsflughafen des Luftfahrzeuges liegt, ausgerottet ist, wird nach Artikel 26 unter Anwendung von von der Organisation empfohlener Verfahren entwest. Die in Betracht kommenden Staaten erkennen die Entwesung in Luftfahrzeugen mittels des während des Fluges durchgeführten zugelassenen Aerosol-Insektenvernichtungsverfahrens an. Jedes Schiff, das einen Hafen verläßt, in dem die obengenannten Bedingungen vorherrschen, ist von den in Betracht kommenden Mücken im Larven- und ausgewachsenen Zustand freizuhalten.
2. Bei der Ankunft auf einem Flughafen in einem Gebiet, in dem sich Malaria oder andere durch Mücken übertragbare Krankheiten auf Grund eingeschleppter Überträger entwickeln können oder in dem eine Überträgerart ausgerottet ist, die in dem Gebiet vorkommt, in dem der Herkunftsflughafen gelegen ist, kann das in Absatz 1 erwähnte Luftfahrzeug nach Artikel 26 entwest werden, wenn der Gesundheitsbehörde nicht überzeugend nachgewiesen wird, daß die Entwesung nach Absatz 1 durchgeführt worden ist. Jedes Schiff, das in einen Hafen einläuft, in dem die obengenannten Bedingungen vorherrschen, ist unter Aufsicht der Gesundheitsbehörde entsprechend zu behandeln und von den in Betracht kommenden Mücken im Larven- und ausgewachsenen Zustand zu befreien.
3. Soweit durchführbar und zweckmäßig, sind Eisenbahnzüge, Straßenfahrzeuge oder sonstige Beförderungsmittel, Container oder im internationalen Küstenverkehr oder für den internationalen Verkehr auf Binnenwasserstraßen eingesetzte Boote frei von Überträgerinsekten menschlicher Krankheiten zu halten.

Artikel 91

1. Ein- und Auswanderer, Nomaden, Saisonarbeiter oder Teilnehmer an regelmäßig stattfindenden Massenveranstaltungen sowie Schiffe, insbesondere kleine im internationalen Küstenverkehr eingesetzte Boote, Luftfahrzeuge, Eisenbahnzüge, Straßenfahrzeuge oder sonstige Beförderungsmittel, die diese Personen befördern, können zusätzlichen Gesundheitsmaßnahmen nach den Gesetzen und sonstigen Bestimmungen jedes beteiligten Staates und nach den zwischen einzelnen dieser Staaten geschlossenen Übereinkünften unterworfen werden.
2. Jeder Staat hat der Organisation über solche Gesetze und Bestimmungen oder Übereinkünfte Meldung zu erstatten.
3. Die hygienischen Verhältnisse an Bord von Schiffen und Luftfahrzeugen, die Teilnehmer an regelmäßig stattfindenden Massenveranstaltungen befördern, dürfen nicht unter den von der Organisation empfohlenen Normen liegen.

Artikel 92

1. Zwischen zwei oder mehreren Staaten, die auf Grund ihrer gesundheitlichen, geographischen, sozialen oder wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmte gemeinsame Interessen haben, können besondere Verträge oder sonstige Übereinkünfte geschlossen werden, um die Anwendung dieser Vorschriften zu erleichtern, insbesondere im Hinblick auf
   a) den direkten und schnellen Austausch epidemiologischer Informationen zwischen benachbarten Hoheitsgebieten;
   b) die im internationalen Küstenverkehr und im internationalen Verkehr auf Binnenwasserstraßen einschließlich der Seen anzuwendenden Gesundheitsmaßnahmen;
   c) die in angrenzenden Hoheitsgebieten an ihrer gemeinsamen Grenze anzuwendenden Gesundheitsmaßnahmen;
   d) die Zusammenfassung von zwei oder mehr Hoheitsgebieten zu einem Gebiet zwecks Anwendung von Gesundheitsmaßnahmen nach diesen Vorschriften;
   e) Vereinbarungen für die Beförderung infizierter Personen in eigens für diesen Zweck hergerichteten Beförderungsmitteln.
2. Die in Absatz 1 erwähnten Verträge oder sonstigen Übereinkünfte dürfen diesen Vorschriften nicht entgegenstehen.
3. Die Staaten teilen der Organisation alle Verträge oder sonstigen Übereinkünfte dieser Art mit, die sie abschließen. Die Organisation unterrichtet alle Gesundheitsverwaltungen sofort von diesen Verträgen oder sonstigen Übereinkünften.

Teil IX
Schlußbestimmungen

Artikel 93

1. Diese Vorschriften ersetzen, vorbehaltlich des Artikels 95 und der nachstehend vorgesehenen Ausnahme, zwischen den durch diese Vorschriften gebundenen Staaten sowie zwischen diesen Staaten und der Organisation folgende geltende internationale Sanitätsabkommen, Vorschriften und ähnliche Übereinkünfte:
   a) Internationales Sanitätsabkommen, unterzeichnet in Paris am 3. Dezember 1903;
   b) Panamerikanisches Sanitätsabkommen, unterzeichnet in Washington am 14. Oktober 1905;
   c) Internationales Sanitätsabkommen, unterzeichnet in Paris am 17. Januar 1912;
   d) Internationales Sanitätsabkommen, unterzeichnet in Paris am 21. Juni 1926;
   e) Internationales Sanitätsabkommen für die Luftfahrt, unterzeichnet in Den Haag am 12. April 1933;
   f) Internationales Abkommen über die Abschaffung der Gesundheitspässe, unterzeichnet in Paris am 22. Dezember 1934;
   g) Internationales Abkommen über die Abschaffung der Konsulatssichtvermerke auf den Gesundheitspässen, unterzeichnet in Paris am 22. Dezember 1934;
   h) Abkommen der Änderung des Internationalen Sanitätsabkommens vom 21. Juni 1926, unterzeichnet in Paris am 31. Oktober 1938;
   i) Internationales Sanitätsabkommen von 1944 zur Änderung des Internationalen Sanitätsabkommens vom 21. Juni 1926, zur Unterzeichnung aufgelegt in Washington am 15. Dezember 1944;
   j) Internationales Sanitätsabkommen für die Luftfahrt von 1944 zur Änderung des Internationalen Sanitätsabkommens vom 12. April 1933, zur Unterzeichnung aufgelegt in Washington am 15. Dezember 1944;
   k) Protokoll vom 23. April 1946 zur Verlängerung des Internationalen Sanitätsabkommens von 1944, unterzeichnet in Washington;
   l) Protokoll vom 23. April 1946 zur Verlängerung des Internationalen Sanitätsabkommens für die Luftfahrt von 1944, unterzeichnet in Washington;

m) Internationale Gesundheitsvorschriften von 1951 und Zusatzvorschriften von 1955, 1956, 1960, 1963 und 1965.

2. Der in Havanna am 14. November 1924 unterzeichnete Panamerikanische Kodex des Gesundheitswesens bleibt mit Ausnahme der Artikel 2, 9, 10, 11, 16 bis 53, 61 und 62, auf welche der einschlägige Teil des Absatzes 1 des vorliegenden Artikels Anwendung findet, in Kraft.

Artikel 94

1. Die in Durchführung des Artikels 22 der Verfassung der Organisation vorgesehene Frist für Ablehnungen oder Vorbehalte beträgt neun Monate, gerechnet von dem Tag, an dem der Generaldirektor die Annahme dieser Vorschriften durch die Weltgesundheitsversammlung notifiziert.
2. Diese Frist kann ein Staat durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation für überseeische oder fernabliegende Hoheitsgebiete, für deren internationale Beziehungen er verantwortlich ist, auf achtzehn Monate verlängern.
3. Ablehnungen oder Vorbehalte, die nach Ablauf der in Absatz 1 oder 2 festgelegten Frist beim Generaldirektor eingehen, sind unwirksam.

Artikel 95

1. Macht ein Staat einen Vorbehalt zu diesen Vorschriften, so wird der Vorbehalt erst gültig, wenn er von der Weltgesundheitsversammlung angenommen worden ist; die Vorschriften treten für diesen Staat erst dann in Kraft, wenn der Vorbehalt von der Versammlung angenommen oder, falls die Versammlung dem Vorbehalt mit der Begründung widerspricht, daß er Art und Zweck der Vorschriften wesentlich beeinträchtigt, wenn der Vorbehalt zurückgezogen worden ist.
2. Die Ablehnung eines Teiles dieser Vorschriften gilt als Vorbehalt.
3. Die Weltgesundheitsversammlung kann als Bedingung für die Annahme eines Vorbehalts von dem Staat, der den Vorbehalt macht, die Zusage fordern, daß er die sich auf den Gegenstand des Vorbehalts beziehenden Verpflichtungen, die dieser Staat auf Grund der in Artikel 93 aufgeführten Abkommen, Vorschriften und ähnlichen Übereinkünften vorher übernommen hatte, auch weiterhin erfüllt.
4. Macht ein Staat einen Vorbehalt, der nach Auffassung der Weltgesundheitsversammlung Verpflichtungen, die dieser Staat auf Grund der in Artikel 93 aufgeführten Abkommen, Vorschriften und ähnlichen Übereinkünfte vorher übernommen hatte, nur unwesentlich beeinträchtigt, so kann die Versammlung diesen Vorbehalt annehmen, ohne als Bedingung für ihre Annahme die in Absatz 3 genannte Zusage zu fordern.
5. Widerspricht die Weltgesundheitsversammlung einem Vorbehalt und wird dieser Vorbehalt daraufhin nicht zurückgezogen, so treten diese Vorschriften in bezug auf den Staat, der den Vorbehalt gemacht hat, nicht in Kraft. Alle in Artikel 93 aufgeführten Abkommen, Vorschriften und ähnlichen Übereinkünfte, deren Vertragspartei ein solcher Staat bereits ist, bleiben daher für diesen Staat in Kraft.

Artikel 96

Eine Ablehnung, ein Vorbehalt oder ein Teil eines Vorbehalts kann durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation jederzeit zurückgezogen werden.

Artikel 97

1. Diese Vorschriften treten am 1. Januar 1971 in Kraft.
2. Jeder Staat, der nach diesem Tag Mitglied der Organisation wird und nicht bereits Vertragspartei dieser Vorschriften ist, kann innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Tag, an dem er Mitglied der Organisation geworden ist, die Ablehnung der Vorschriften oder einen Vorbehalt dazu notifizieren. Werden sie nicht abgelehnt, so treten die Vorschriften vorbehaltlich des Artikels 95 nach Ablauf der genannten Frist in bezug auf den betreffenden Staat in Kraft.

Artikel 98

1. Ein Staat, der nicht Mitglied der Organisation, jedoch Vertragspartei eines bzw. einer der in Artikel 93 aufgeführten Abkommen, Vorschriften und ähnlicher Übereinkünfte ist oder dem der Generaldirektor die Annahme dieser Vorschriften durch die Weltgesundheitsversammlung notifiziert hat, kann Vertragspartei der Vorschriften werden, indem er dem Generaldirektor ihre Annahme notifiziert; diese Annahme wird vorbehaltlich des Artikels 95 mit dem Tag des Inkrafttretens der Vorschriften wirksam oder, wenn die Annahme nach diesem Zeitpunkt notifiziert wird, drei Monate nach Eingang der Notifikation über die Annahme beim Generaldirektor.
2. Für die Anwendung dieser Vorschriften werden die Artikel 23, 33, 62, 63 und 64 der Verfassung der Organisation auf alle Nichtmitgliedstaaten angewandt, die den Vorschriften beitreten.
3. Jeder Nichtmitgliedstaat, der Vertragspartei dieser Vorschriften geworden ist, kann diese jederzeit durch eine an den Generaldirektor zu richtende Notifikation, die sechs Monate nach ihrem Eingang wirksam wird, für sich kündigen. Der Staat, der die Vorschriften gekündigt hat, wendet von dem genannten Zeitpunkt an diejenigen in Artikel 93 aufgeführten Abkommen, Vorschriften und ähnlichen Übereinkünfte wieder an, deren Vertragspartei er vorher war.

Artikel 99

Der Generaldirektor notifiziert allen Mitgliedern und assoziierten Mitgliedern sowie allen anderen Vertragsparteien der in Artikel 93 aufgeführten Abkommen, Vorschriften und ähnlichen Übereinkünfte die Annahme dieser Vorschriften durch die Weltgesundheitsversammlung. Der Generaldirektor notifiziert ferner diesen Staaten sowie allen anderen Staaten, die Vertragspartei der Vorschriften geworden sind, alle zusätzlichen Vorschriften zur Änderung oder Ergänzung der Vorschriften, alle nach den Artikeln 94, 96, 97 und 98 bei ihm eingegangenen Notifikationen sowie alle von der Weltgesundheitsversammlung nach Artikel 95 gefaßten Beschlüsse.

Artikel 100

1. Fragen oder Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vorschriften oder etwaiger Vorschriften zur Ergänzung derselben können von jedem beteiligten Staat dem Generaldirektor vorgelegt werden; dieser bemüht sich um eine Klärung der Fragen oder Streitigkeiten. Wird eine solche Frage oder Streitigkeit nicht auf diese Weise geregelt, so verweist sie der Generaldirektor von sich aus oder auf Antrag eines beteiligten Staates an den zuständigen Ausschuß oder das sonstige zuständige Organ der Organisation zur Beratung.
2. Jeder beteiligte Staat ist berechtigt, vor diesem Ausschuß oder sonstigen Organ vertreten zu sein.
3. Jede derartige Streitigkeit, die nicht auf diese Weise beigelegt wird, kann durch schriftlichen Antrag eines beteiligten Staates an den Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung verwiesen werden.

Artikel 101

1. Der englische und der französische Wortlaut dieser Vorschriften sind gleichermaßen verbindlich.
2. Die Urschrift dieser Vorschriften wird im Archiv der Organisation hinterlegt. Der Generaldirektor übermittelt allen Mitgliedern und assoziierten Mitgliedern sowie den anderen Vertragsparteien der in Artikel 93 aufgeführten Abkommen, Vorschriften und ähnlichen Übereinkünfte beglaubigte Abschriften. Bei Inkrafttreten der Vorschriften übermittelt der Generaldirektor dem Generalsekretär der Vereinten Nationen beglaubigte Abschriften zur Registrierung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Entrattungsbescheinigung / Bescheinigung über die Befreiung von der Entrattung (a)

Anlage 1

ausgestellt nach Artikel 54 der Internationalen Gesundheitsvorschriften

(Diese Bescheinigung darf von den Hafenbehörden nicht einbehalten werden.) Hafen ..... Datum.....

Diese Bescheinigung bestätigt die Überprüfung und Entrattung / Befreiung von der Entrattung (a) in diesem Hafen an dem o. g. Tag des Seeschiffes / Binnenschiffes (a) von Netto-Tonnengehalt für ein Seeschiff / .....-Tonnengehalt für ein Binnenschiff } (a) (f)

Zur Zeit der Überprüfung / Entrattung (a) befanden sich im Laderaum ..... Tonnen .....Frachtgut

Einzelne Räume des Schiffes (b)	Anzeichen von Ratten (c)	Rattenschlupfwinkel		Entrattung				
		festgestellt (d)	entrattet	Durch Ausräuchern Name des verwendeten Gases ..... Dauer der Vergasung in Stunden			Durch Fangen, Fallen oder Gift	
				Rauminhalt (Kubikmeter)	verwendete Menge (e)	tot aufgefundene Ratten	aufgestellte Fallen od. ausgelegtes Gift	gefangene od. getötete Ratten
Laderaum 1.								
Laderaum 2.								
Laderaum 3.								
Laderaum 4.								
Laderaum 5.								
Laderaum 6.								
Laderaum 7.								
Shelterdeck								
Kohlenbunker								
Maschinenraum u. Wellentunnel								
Lagerraum am Bug								
Lagerraum am Heck								
Rettungsboote								
Navigations- und Funkräume								
Küchen								
Proviantkammern								
Vorratsräume								
Mannschaftsunterkünfte								
Offiziersunterkünfte								
Fahrgastkabinen								
Zwischendeck								
Insgesamt								

(a) Nichtzutreffendes ist zu streichen.
(b) Sind irgendwelche der genannten Räume auf dem See- oder Binnenschiff nicht vorhanden, so ist dies ausdrücklich anzugeben.
(c) Alte oder frische Kot-, Lauf- oder Nagespuren.
(d) Keine, geringe, mäßige oder viele.
(e) Angaben über die verwendete Menge an Schwefel, Zyanid, Salzen oder Blausäure.
(f) Angaben, ob der Tonnengehalt nach dem metrischen oder einem anderen Kubikmaß berechnet wurde.

Anmerkung: Ist Befreiung von der Entrattung erteilt worden, so ist hierunter anzugeben, welche Maßnahmen getroffen wurden, um das See- oder Binnenschiff frei von Nagetieren und Pestüberträgern zu halten.

Siegel, Name, Dienststellung und Unterschrift des Aufsichtsbeamten

Anlage 2

Internationale Bescheinigung über Impfung oder Wiederimpfung gegen Gelbfieber

Hiermit wird bescheinigt, daß .....

Geburtsdatum ..... Geschlecht .....

dessen/deren Unterschrift folgt .....

zu dem angegebenen Zeitpunkt gegen Gelbfieber geimpft oder wiedergeimpft worden ist.

Datum	Unterschrift und Dienststellung des die Impfung Ausführenden	Hersteller und Chargennummer des Impfstoffes	Dienstsiegel der Impfstelle
1		1	2
2			
3		3	4
4			

Diese Bescheinigung ist nur gültig, wenn der verwendete Impfstoff von der Weltgesundheitsorganisation anerkannt und die Impfstelle von der Gesundheitsverwaltung des Hoheitsgebietes, in dem sich die Impfstelle befindet, zugelassen worden ist.

Diese Bescheinigung hat eine Gültigkeit von zehn Jahren, beginnend zehn Tage nach der Impfung oder, bei Wiederimpfung innerhalb dieser zehn Jahre, mit dem Tag der Wiederimpfung.

Diese Bescheinigung muß von einem Arzt eigenhändig unterschrieben sein; sein Stempel wird nicht als Ersatz für die Unterschrift anerkannt.

Jedes Ändern, Radieren oder unvollständiges Ausfüllen dieser Bescheinigung kann ihre Ungültigkeit zur Folge haben.

Anlage 3

Internationale Bescheinigung über Impfung oder Wiederimpfung gegen Pocken

Hiermit wird bescheinigt, daß .....

Geburtsdatum ..... Geschlecht .....

dessen/deren Unterschrift folgt .....

zu dem angegebenen Zeitpunkt mit einem Trockenimpfstoff oder flüssigen Impfstoff, der laut Bescheinigung den empfohlenen Anforderungen der Weltgesundheitsorganisation entspricht, gegen Pocken geimpft oder wiedergeimpft worden ist.

Datum	ankreuzen (x), ob	Unterschrift und Dienststellung des die Impfung Ausführenden	Hersteller und Chargennummer des Impfstoffes	Behördlich anerkanntes Siegel
1 a	Erstimpfung			1 a 1 b
1 b	mit Erfolg ..... ohne Erfolg			
2	Wiederimpfung			2 3
3	Wiederimpfung			

Diese Bescheinigung hat eine Gültigkeit von drei Jahren, beginnend acht Tage nach der ersten mit Erfolg durchgeführten Impfung oder, bei Wiederimpfung, mit dem Tag der Wiederimpfung.

Das vorgenannte behördlich anerkannte Siegel muß den Vorschriften der Gesundheitsverwaltung des Hoheitsgebietes entsprechen, in dem die Impfung durchgeführt wird.

Diese Bescheinigung muß von einem Arzt eigenhändig unterschrieben sein; sein Stempel wird nicht als Ersatz für die Unterschrift anerkannt.

Jedes Ändern, Radieren oder unvollständiges Ausfüllen dieser Bescheinigung kann ihre Ungültigkeit zur Folge haben.

Anlage 4

Seegesundheitserklärung

(Abzugeben vom Kapitän eines Schiffes, das aus einem außerhalb des Hoheitsgebietes gelegenen Hafen ankommt.)

Hafen ..... Datum .....

Name des Schiffes ..... von ..... nach .....

Staatszugehörigkeit ..... Name des Kapitäns .....

Nettoregistertonnen .....

Entrattung oder Befreiung von der Entrattung: Bescheinigung ..... Datum ..... ausgestellt in .....

Zahl der Fahrgäste: Kabine ..... Deck ..... Zahl der Besatzungsmitglieder ..

Aufstellung der seit Beginn der Reise angelaufenen Häfen nebst Abfahrtsdaten:

.....

.....

Fragen über die Gesundheit

	Antwort Ja / Nein
1. Ist während der Reise*) an Bord ein Fall oder Verdachtsfall von Pest, Cholera, Gelbfieber oder Pocken aufgetreten? Nähere Angaben sind in der Tabelle zur Anlage 4 zu machen.	.....
2. Ist während der Reise*) die Pest unter den Ratten oder Mäusen an Bord aufgetreten, bestand Verdacht hierfür oder war die Mortalität unter diesen Tieren anormal hoch?	.....
3. Ist während der Reise*) eine Person an Bord aus einer anderen Ursache als infolge Unfalls gestorben? Nähere Angaben sind in der Tabelle zur Anlage 4 zu machen.	.....
4. Gibt es oder gab es während der Reise*) einen Krankheitsfall an Bord, bei dem der Verdacht besteht, daß er ansteckend sein könnte? Nähere Angaben sind in der Tabelle zur Anlage 4 zu machen.	.....
5. Befindet sich gegenwärtig eine kranke Person an Bord? Nähere Angaben sind in der Tabelle zur Anlage 4 zu machen. Anmerkung: Befindet sich kein Arzt an Bord, so soll der Kapitän die folgenden Symptome als Verdachtsmomente für das Vorhandensein einer ansteckenden Krankheit ansehen: Fieber mit gleichzeitiger Entkräftung, Fieber von mehrtägiger Dauer oder mit Drüsenschwellung, jede akute Hautreizung oder jeden Hautaus-	.....

*) Falls seit Reisebeginn mehr als vier Wochen vergangen sind, genügt es, Angaben über die letzten vier Wochen zu machen.

schlag mit oder ohne Fieber, schwere Diarrhöe mit Anzeichen deutlicher Schwächung, Gelbsucht mit Fieber.

6. Sind Ihnen andere Umstände an Bord bekannt, die zu einer Ansteckung oder zur Verbreitung von Krankheiten führen könnten? .....

Hiermit erkläre ich, daß die in dieser Gesundheitserklärung (einschließlich der dazugehörigen Tabelle) enthaltenen Angaben und Antworten nach bestem Wissen und Gewissen richtig und der Wahrheit entsprechend gemacht worden sind.

Unterschrift .....
Kapitän

gegengezeichnet .....
Schiffsarzt

Datum .....

Anlage 4
(Fortsetzung)

Tabelle zur Gesundheitserklärung

Einzelheiten über jeden Krankheits- oder Todesfall an Bord des Schiffes

Name	Klasse oder Tätigkeit an Bord	Alter	Geschlecht	Staatsangehörigkeit	Einschiffungshafen	Datum der Einschiffung	Art der Krankheit	Datum des Beginns der Krankheit	Erkrankungsausgang*	Nachfolgende Maßnahmen**

* Angaben, ob wiederhergestellt, ob noch krank oder ob verstorben.
** Angaben, ob noch an Bord befindlich, ob an Land gesetzt (Angabe des Hafens) oder ob die Leiche auf See versenkt wurde.

Anlage 5

Allgemeine Erklärung für Luftfahrzeuge
Abschnitt über Gesundheit

Gesundheitserklärung

Krankheitsfälle außer Fällen von Luftkrankheit oder Unfallfolgen (einschließlich Symptomen oder Anzeichen von Krankheiten wie Hautausschlag, Fieber, Frösteln, Diarrhöe), die an Bord festgestellt oder während der Reise von Bord gegangen sind .....
.....
.....

Jeder sonstige Umstand an Bord, der zur Verbreitung einer Krankheit führen könnte .....
.....
.....

Einzelheiten über jede während des Fluges durchgeführte Entwesung oder sonstige Gesundheitsmaßnahmen (Ort, Datum, Uhrzeit, Verfahren). Falls während des Fluges keine Entwesung stattgefunden hat, sind genaue Angaben über die zuletzt durchgeführte Entwesung zu machen .....
.....
.....

Unterschrift, falls erforderlich

Mitglied der Besatzung
.....

CONTENTS

INTERNATIONAL HEALTH REGULATIONS (1969)

		Article
Part I.	Definitions	1
Part II.	Notifications and epidemiological information	2–13
Part III.	Health organization	14–23
Part IV.	Health measures and procedure	
Chapter I.	General provisions	24–30
Chapter II.	Health measures on departure	31
Chapter III.	Health measures applicable between ports or airports of departure and arrival	32–35
Chapter IV.	Health measures on arrival	36–46
Chapter V.	Measures concerning the international transport of cargo, goods, baggage and mail	47–50
Part V.	Special provisions relating to each of the diseases subject to the Regulations	
Chapter I.	Plague	51–61
Chapter II.	Cholera	62–65
Chapter III.	Yellow fever	66–76
Chapter IV.	Smallpox	72–82
Part VI.	Health documents	83–88
Part VII.	Charges	89
Part VIII.	Various provisions	90–92
Part IX.	Final provisions	93–101
Appendix 1.	Deratting Certificate—Deratting Exemption Certificate	
Appendix 2.	International Certificate of Vaccination or Revaccination against Yellow Fever	
Appendix 3.	International Certificate of Vaccination or Revaccination against Smallpox	
Appendix 4.	Maritime Declaration of Health	
Appendix 5.	Health Part of the Aircraft General Declaration	

INTERNATIONAL HEALTH REGULATIONS (1969)

PART I — DEFINITIONS

Article 1

For the purposes of these Regulations—

"*Aedes aegypti index*" means the ratio, expressed as a percentage, between the number of houses in a limited well-defined area on the premises of which actual breeding-places of *Aedes aegypti* are found, and the total number of houses examined in that area;

"*aerosol dispenser*" means a dispenser holding a pressurized formulation which produces an insecticidal aerosol when the valve is opened;

"*aircraft*" means an aircraft making an international voyage;

"*airport*" means any airport designated by the Member State in whose territory it is situated as an airport of entry and departure for international air traffic, where the formalities incident to customs, immigration, public health, animal and plant quarantine and similar procedures are carried out;

"*arrival*" of a ship, an aircraft, a train, or a road vehicle means—

(*a*) in the case of a seagoing vessel, arrival at a port;

(*b*) in the case of an aircraft, arrival at an airport;

(*c*) in the case of an inland navigation vessel, arrival either at a port or at a frontier post, as geographical conditions and treaties or arrangements among the States concerned, under Article 92 or under the laws and regulations in force in the territory of entry, may determine;

(*d*) in the case of a train or road vehicle, arrival at a frontier post;

"*baggage*" means the personal effects of a traveller or of a member of the crew;

"*container (freight container)*" means an article of transport equipment—

(*a*) of a permanent character and accordingly strong enough to be suitable for repeated use;

(*b*) specially designed to facilitate the carriage of goods, by one or more modes of transport, without intermediate reloading;

(*c*) fitted with devices permitting its ready handling, particularly its transfer from one mode of transport to another;

(*d*) so designed as to be easy to fill and empty.

The term "*container (freight container)*" does not include vehicles or conventional packing;

"*crew*" means the personnel of a ship, an aircraft, a train a road vehicle or other means of transport who are employed for duties on board;

"*day*" means an interval of twenty-four hours;

"*direct transit area*" means a special area established in connexion with an airport, approved by the health authority concerned and under its direct supervision, for accommodating direct transit traffic and, in particular, for accommodating, in segregation, passengers and crews breaking their air voyage without leaving the airport;

"*Director-General*" means the Director-General of the Organization;

"*diseases subject to the Regulations*" (quarantinable diseases) means cholera, including cholera due to the *eltor* vibrio, plague, smallpox, including variola minor (alastrim), and yellow fever;

"*disinsecting*" means the operation in which measures are taken to kill the insect vectors of human disease present in ships, aircraft, trains, road vehicles, other means of transport, and containers;

"*epidemic*" means an extension of a disease subject to the Regulations by a multiplication of cases in an area;

"*free pratique*" means permission for a ship to enter a port, disembark and commence operation, or for an aircraft, after landing, to disembark and commence operation;

"*health administration*" means the governmental authority responsible over the whole of a territory to which these Regulations apply for the implementation of the health measures provided herein;

"*health authority*" means the authority immediately responsible in its jurisdiction for the appropriate health measures permitted or prescribed by these Regulations;

"*imported case*" means an infected person arriving on an international voyage;

"*infected area*" is defined on epidemiological principles by the health administration reporting the disease in its country and need not correspond to administrative boundaries. It is that part of its territory which, because of population characteristics, density and mobility and/or vector and animal reservoir potential, could support transmission of the reported disease;

"*infected person*" means a person who is suffering from a disease subject to the Regulations or who is subsequently shown to have been incubating such a disease;

"in flight" means the time elapsing between the closing of the doors of the aircraft before take-off and their opening on arrival;

"in quarantine" means that state or condition during which measures are applied by a health authority to a ship, an aircraft, a train, road vehicle, other means of transport or container, to prevent the spread of disease, reservoirs of disease or vectors of disease from the object of quarantine;

"international voyage" means—

(a) in the case of a ship or an aircraft, a voyage between ports or airports in the territories of more than one State, or a voyage between ports or airports in the territory or territories of the same State if the ship or aircraft has relations with the territory of any other State on its voyage but only as regards those relations;

(b) in the case of a person, a voyage involving entry into the territory of a State other than the territory of the State in which that person commences his voyage;

"isolation", when applied to a person or group of persons, means the separation of that person or group of persons from other persons, except the health staff on duty, in such a manner as to prevent the spread of infection;

"medical examination" includes visit to and inspection of a ship, an aircraft, a train, road vehicle, other means of transport, and container, and the preliminary examination of persons, including scrutiny of vaccination certificates, but does not include the periodical inspection of a ship to ascertain the need for deratting;

"Organization" means the World Health Organization;

"port" means a seaport or an inland port;

"ship" means a seagoing or an inland navigation vessel making an international voyage;

"suspect" means a person who is considered by the health authority as having been exposed to infection by a disease subject to the Regulations and is considered capable of spreading that disease;

"transferred case" means an infected person whose infection originated in another area under the jurisdiction of the same health administration;

"valid certificate", when applied to vaccination, means a certificate conforming with the rules and the model laid down in Appendix 2 or 3.

PART II — NOTIFICATIONS AND EPIDEMIOLOGICAL INFORMATION

Article 2

For the application of these Regulations, each State recognizes the right of the Organization to communicate directly with the health administration of its territory or territories. Any notification or information sent by the Organization to the health administration shall be considered as having been sent to the State, and any notification or information sent by the health administration to the Organization shall be considered as having been sent by the State.

Article 3

1. Each health administration shall notify the Organization by telegram or telex within twenty-four hours of its being informed that the first case of a disease subject to the Regulations, that is neither an imported case nor a transferred case, has occurred in its territory, and, within the subsequent twenty-four hours, notify the infected area.

2. In addition each health administration shall notify the Organization by telegram or telex within twenty-four hours of its being informed:

(a) that one or more cases of a disease subject to the Regulations has been imported or transferred into a non-infected area—the notification to include all information available on the origin of infection;

(b) that a ship or aircraft has arrived with one or more cases of a disease subject to the Regulations on board—the notification to include the name of the ship or the flight number of the aircraft, its previous and subsequent ports of call, and the health measures, if any, taken with respect to the ship or aircraft.

3. The existence of the disease so notified on the establishment of a reasonably certain clinical diagnosis shall be confirmed as soon as possible by laboratory methods, as far as resources permit, and the result shall be sent immediately to the Organization by telegram or telex.

Article 4

1. Each health administration shall notify the Organization immediately of evidence of the presence of the virus of yellow fever, including the virus found in mosquitos or in vertebrates other than man, or the plague bacillus, in any part of its territory, and shall report the extent of the area involved.

2. Health administrations, when making a notification of rodent plague, shall distinguish wild rodent plague from domestic rodent plague and, in the case of the former, describe the epidemiological circumstances and the area involved.

Article 5

Any notification required under paragraph 1 of Article 3 shall be promptly suplemented by information as to the source and type of the disease, the number of cases and deaths, the conditions affecting the spread of the disease, and the prophylactic measures taken.

Article 6

1. During an epidemic the notifications and information required under Article 3 and Article 5 shall be followed by subsequent communications sent at regular intervals to the Organization.

2. These communications shall be as frequent and as detailed as possible. The number of cases and deaths shall be communicated at least once a week. The precautions taken to prevent the spread of the disease, in particular the measures which are being applied to prevent the spread of the disease to other territories by ships. aircraft, trains, road vehicles, other means of transport, and containers leaving the infected area, shall be stated. In the case of plague, the measures taken against rodents shall be specified. In the case of the diseases subject to the Regulations which are transmitted by insect vectors, the measures taken against such vectors shall also be specified.

Article 7

1. The health administration for a territory in which an infected area has been defined and notified shall notify the Organization when that area is free from infection.

2. An infected area may be considered as free from infection when all measures of prophylaxis have been taken and maintained to prevent the recurrence of the disease or its spread to other areas, and when:

(a) in the case of plague, cholera or smallpox, a period of time equal to at least twice the incubation period of the disease, as hereinafter provided, has elapsed since the last case identified has died, recovered or been isolated, and there is no epidemiological evidence of spread of that disease to any contiguous area:

(b) (i) in the case of yellow fever not transmitted by *Aedes aegypti*, three months have elapsed without evidence of activity of the yellow-fever virus;

(ii) in the case of yellow fever transmitted by *Aedes aegypti*, three months have elapsed since the occurrence of the last human case, or one month since that occurrence if the *Aedes aegypti* index has been continuously maintained below one per cent;

(c) (i) in the case of plague in domectic rodents, one month has elapsed since the last infected animal was found or trapped;

(ii) in the case of plague in wild rodents, three months have elapsed without evidence of the disease in sufficient proximity to ports and airports to be a threat to international traffic.

Article 8

1. Each health administration shall notify the Organization of:

(a) the measures which it has decided to apply to arrivals from an infected area and the withdrawal of any such measures, indicating the date of application or withdrawal;

(b) any change in its requirements as to vaccination for any international voyage.

2. Any such notification shall be sent by telegram or telex, and whenever possible in advance of any such change or of the application or withdrawal of any such measure.

3. Each health administration shall send to the Organization once a year, at a date to be fixed by the Organization, a recapitulation of its requirements as to vaccination for any international voyage.

4. Each health administration shall take steps to inform prospective travellers, through the co-operation of, as appropriate, travel agencies, shipping firms, aircraft operators or by other means, of its requirements and of any modifications thereto.

Article 9

In addition to the notifications and information required under Articles 3 to 8 inclusive, each health administration shall send to the Organization weekly:

(a) a report by telegram or telex of the number of cases of the diseases subject to the Regulations and deaths therefrom during the previous week in each of its towns and cities adjacent to a port or an airport, including any imported or transferred cases;

(b) a report by airmail of the absence of such cases during the periods referred to in subparagraphs (a), (b) and (c) of paragraph 2 of Article 7.

Article 10

Any notification and information required under Articles 3 to 9 inclusive shall also be sent by the health administration, on request, to any diplomatic mission or consulate established in the territory for which it is responsible.

Article 11

1. The Organization shall send to all health administrations, as soon as possible and by the means appropriate to the circumstances, all epidemiological and other information which it has received under Articles 3 to 8 inclusive and paragraph (a) of Article 9 as well as information as to the absence of any returns required by Article 9. Communications of an urgent nature shall be sent by telegram, telex or telephone.

2. Any additional epidemiological data and other information available to the Organization through its surveillance programme shall be made available, when appropriate, to all health administrations.

3. The Organization may, with the consent of the government concerned, investigate an outbreak of a disease subject to the Regulations which constitutes a serious threat to neighbouring countries or to international health. Such investigation shall be directed to assist governments to organize appropriate control measures and may include on-the-spot studies by a team.

Article 12

Any telegram or telex sent, or telephone call made, for the purposes of Articles 3 to 8 inclusive and Article 11 shall be given the priority appropriate to the circumstances; in any case of exceptional urgency, where there is risk of the spread of a disease subject to the Regulations, the priority shall be the highest available under international telecommunication agreements.

Article 13

1. Each State shall forward annually to the Organization, in accordance with Article 62 of the Constitution of the Organization, information concerning the occurrence of any case of a disease subject to the Regulations due to or carried by international traffic, as well as on the action taken under these Regulations or bearing upon their application.

2. The Organization shall, on the basis of the information required by paragraph 1 of this Article, of the notifications and reports required by these Regulations, and of any other official information, prepare an annual report on the functioning of these Regulations and on their effect on international traffic.

3. The Organization shall review the epidemiological trends of the diseases subject to the Regulations, and shall publish such data, not less than once a year, illustrated with maps showing infected and free areas of the world, and any other relevant information obtained from the surveillance programme of the Organization.

PART III — HEALTH ORGANIZATION

Article 14

1. Each health administration shall ensure that ports and airports in its territory shall have at their disposal an organization and equipment adequate for the application of the measures provided for in these Regulations.

2. Every port and airport shall be provided with pure drinking-water and wholesome food supplied from sources approved by the health administration for public use and concumption on the premises or on board ships or aircraft. The drinking-water and food shall be stored and handled in such a manner as to ensure their protection against contamination. The health authority shall conduct periodic inspections of equipment, installations and premises, and shall collect samples of water and food for laboratory examinations to verify the observance of this Article. For this purpose and for other sanitary measures, the principles and recommendations set forth in the guides on these subjects published by the Organization shall be applied as far as practicable in fulfilling the requirements of these Regulations.

3. Every port and airport shall also be provided with an effective system for the removal and safe disposal of excrement, refuse, waste water, condemned food, and other matter dangerous to health.

Article 15

There shall be available to as many of the ports and airports in a territory as practicable an organized medical and health service with adequate staff, equipment and premises, and in particular facilities for the prompt isolation and care of infected persons, for disinfection, disinsecting and deratting, for bacteriological investigation, for the collection and examination of rodents for plague infection, for collection of water and food samples and their dispatch to a laboratory for examination, and for other appropriate measures provided for by these Regulations.

Article 16

The health authority for each port and airport shall:

(a) take all practicable measures to keep port and airport installations free of rodents;

(b) make every effort to extend rat-proofing to the port and airport installations.

Article 17

1. Each health administration shall ensure that a sufficient number of ports in its territory shall have at their disposal adequate personnel competent to inspect ships for the issue

of the Deratting Exemption Certificates referred to in Article 54, and the health administration shall approve such ports for that purpose.

2. The health administration shall designate a number of these approved ports, depending upon the volume and incidence of its international traffic, as having at their disposal the equipment and personnel necessary to derat ships for the issue of the Deratting Certificates referred to in Article 54.

3. Each health administration which so designates ports shall ensure that Deratting Certificates and Deratting Exemption Certificates are issued in accordance with the requirements of the Regulations.

Article 18

Each health administration shall designate those airports which posses a direct transit area as defined in Article 1.

Article 19

1. Depending upon the volume of its international traffic, each health administration shall designate as sanitary airports a number of the airports in its territory, provided they meet the conditions laid down in paragraph 2 of this Article, and the provisions of Article 14.

2. Every sanitary airport shall have at its disposal:

(a) an organized medical service with adequate staff, equipment and premises;

(b) facilities for the transport, isolation, and care of infected persons or suspects;

(c) facilities for efficient disinfection and disinsecting, for the control of vectors and rodents, and for any other appropriate measure provided for by these Regulations;

(d) a bacteriological laboratory, or facilities for dispatching suspected material to such a laboratory;

(e) facilities within the airport for vaccination against smallpox, and facilities within the airport or available to it for vaccination against cholera and yellow fever.

Article 20

1. Every port and the area within the perimeter of every airport shall be kept free from *Aedes aegypti* in its immature and adult stages and the mosquito vectors of malaria and other diseases of epidemiological significance in international traffic. For this purpose active anti-mosquito measures shall be maintained within a protective area extending for a distance of at least 400 metres around the perimeter.

2. Within a direct transit area provided at any airport situated in or adjacent to an area where the vectors refferred to in paragraph 1 of this Article exist, any building used as accommodation for persons or animals shall be kept mosquito-proof.

3. For the purposes of this Article, the perimeter of an airport means a line enclosing the area containing the airport buildings and any land or water used or intended to be used for the parking of aircraft.

4. Each health administration shall furnish data to the Organization once a year on the extent to which its ports and airports are kept free from vectors of epidemiological significance in international traffic.

Article 21

1. Each health administration shall send to the Organization a list of the ports in its territory approved under Article 17 for the issue of:

(i) Deratting Exemption Certificates only and

(ii) Deratting Certificates and Deratting Exemption Certificates.

2. The health administration shall notify the Organization of any change which may occur from time to time in the list required by paragraph 1 of this Article.

3. The Organization shall send promptly to all health administrations the information received in accordance with this Article.

Article 22

1. The Organization shall, at the request of the health administration concerned, arrange to certify, after any appropriate investigation, that a sanitary airport in its territory fulfils the conditions required by the Regulations.

2. The Organization shall, at the request of the health administration concerned, and after appropriate investigation, certify that a direct transit area at an airport in a yellow-fever infected area in its territory fulfils the conditions required by the Regulations.

3. These certifications shall be subject to periodic review by the Organization, in co-operation with the health administration concerned, to ensure that the required conditions are fulfilled.

Article 23

1. Wherever the volume of international traffic is sufficiently important and whenever epidemiological conditions so require, facilities for the application of the measures provided for in these Regulations shall be made available at frontier posts on railway lines, on roads and, where sanitary control over inland navigation is carried out at the frontier, on inland waterways.

2. Each health administration shall notify the Organization when and where such facilities are provided.

3. The Organization shall send promptly to all health administrations the information received in accordance with this Article.

PART IV — HEALTH MEASURES AND PROCEDURE

Chapter I — General Provisions

Article 24

The health measures permitted by these Regulations are the maximum measures applicable to international traffic, which a State may require for the protection of its territory against the diseases subject to the Regulations.

Article 25

Health measures shall be initiated forthwith, completed without delay, and applied without discrimination.

Article 26

1. Disinfection, disinsecting, deratting, and other sanitary operations shall be carried out so as:

(a) not to cause undue discomfort to any person, or injury to his health;

(b) not to produce any deleterious effect on the structure of a ship, an aircraft, or a vehicle, or on its operating equipment;

(c) to avoid all risk of fire.

2. In carrying out such operations on cargo, goods, baggage, containers and other articles, every precaution shall be taken to avoid any damage.

3. Where there are procedures or methods recommended by the Organization they should be employed.

Article 27

1. A health authority shall, when so requested, issue free of charge to the carrier a certificate specifying the measures applied to a ship, aircraft, train, road vehicle, other means of transport, or container, the parts thereof treated, the methods employed, and the reasons why the measures have

been applied. In the case of an aircraft this information shall, on request, be entered instead in the Health Part of the Aircraft General Declaration.

2. Similarly, a health authority shall, when so requested, issue free of charge:

(*a*) to any traveller a certificate specifying the date of his arrival or departure and the measures applied to him and his baggage;

(*b*) to the consignor, the consignee, and the carrier, or their respective agents, a certificate specifying the measures applied to any goods.

Article 28

1. A person under surveillance shall not be isolated and shall be permitted to move about freely. The health authority may require him to report to it, if necessary, at specified intervals during the period of surveillance. Except as limited by the provisions of Article 65, the health authority may also subject such a person to medical investigation and make any inquiries which are necessary for ascertaining his state of health.

2. When a person under surveillance departs for another place, within or without the same territory, he shall inform the health authority, which shall immediately notify the health authority for the place to which the person is proceeding. On arrival the person shall report to that health authority which may apply the measure provided for in paragraph 1 of this Article.

Article 29

Except in case of an emergency constituting a grave danger to public health, a ship or an aircraft, which is not infected or suspected of being infected with a disease subject to the Regulations, shall not on account of any other epidemic disease be refused free pratique by the health authority for a port of an airport; in particular it shall not be prevented from discharging or loading cargo or stores, or taking on fuel or water.

Article 30

A health authority make take all practicable measures to control the discharge from any ship of sewage and refuse which might contaminate the waters of a port, river or canal.

Chapter II — Health Measures on Departure

Article 31

1. The health authority for a port or an airport or for the area in which a frontier post is situated shall take all practicable measures:

(*a*) to prevent the departure of any infected person or suspect;

(*b*) to prevent the introduction on board a ship, an aircraft, a train, a road vehicle, other means of transport, or container, of possible agents of infection or vectors of a disease subject to the Regulations.

2. The health authority in an infected area may require a valid vaccination certificate from departing travellers.

3. The health authority referred to in paragraph 1 of this Article may, when it considers it necessary, medically examine any person before his departure on an international voyage. The time and place of this examination shall be arranged to take into account any other formalities, so as to facilitate his departure and to avoid delay.

4. Notwithstanding the provisions of subparagraph (*a*) of paragraph 1 of this Article, a person on an international voyage who on arrival is placed under surveillance may be allowed to continue his voyage. The health authority shall, in accordance with Article 28, notify by the most expeditious means the health authority for the place to which he is proceeding.

Chapter III — Health Measures Applicable between Ports or Airports of Departure and Arrival

Article 32

No matter capable of causing any epidemic disease shall be thrown or allowed to fall from an aircraft when it is in flight.

Article 33

1. No health measure shall be applied by a State to any ship which passes through waters within its jurisdiction without calling at a port or on the coast.

2. If for any reason such a call is made, the laws and regulations in force in the territory may be applied without exceeding, however, the provisions of these Regulations.

Article 34

1. No health measure, other than medical examination, shall be applied to a healthy ship, as specified in Part V, which passes through a maritime canal or waterway in the territory of a State on its way to a port in the territory of another State, unless such ship comes from an infected area or has on board any person coming from an infected area, within the incubation period of the disease with which the area is infected.

2. The only measure which may be applied to such a ship coming from such an area or having such a person on board is the stationing on board, if necessary, of a sanitary guard to prevent all unauthorized contact between the ship and the shore, and to supervise the application of Article 30.

3. A health authority shall permit any such ship to take on, under its control, fuel, water and stores.

4. An infected or suspected ship which passes through a maritime canal or waterway may be treated as if it were calling at a port in the same territory.

Article 35

Notwithstanding any provision to the contrary in these Regulations except Article 70, no health measure, other than medical examination, shall be applied to:

(*a*) passengers and crew on board a healthy ship from which they do not disembark;

(*b*) passengers and crew from a healthy aircraft who are in transit through a territory and who remain in a direct transit area of an airport of that territory, or, if the airport is not yet provided with such an area, who submit to the measures for segregation prescribed by the health authority in order to prevent the spread of disease; if such persons are obliged to leave the airport at which they disembark solely in order to continue their voyage from another airport in the vicinity of the first airport, no such measure shall be applied to them if the transfer is made under the control of the health authority or authorities.

Chapter IV — Health Measures on Arrival

Article 36

Whenever practicable States shall authorize granting of free pratique by radio to a ship or an aircraft when, on the basis of information received from it prior to its arrival, the health authority for the intended port or airport of arrival is of the opinion that its arrival will not result in the introduction or spread of a disease subject to the Regulations.

Article 37

1. The health authority for a port, an airport, or a frontier station may subject to medical examination on arrival any ship, aircraft, train, road vehicle, other means of transport, or container, as well as any person arriving on an international voyage.

2. The further health measures which may be applied to the ship, aircraft, train, road vehicle, other means of transport, and container shall be determined by the conditions which existed on board during the voyage or which exist at the time of the medical examination, without prejudice, however, to the measures which are permitted by these Regulations to be applied to the ship, aircraft, train, road vehicle, other means of transport, and container if it arrives from an infected area.

3. Where a health administration has special problems which could constitute a grave danger to public health, it may require a person on an international voyage to give on arrival a destination address in writing.

Article 38

The application of the measures provided for in Part V which depend on arrival from an infected area as notified by the health administration concerned shall be limited to the ship, aircraft, train, road vehicle, or other means of transport, person, container or article as the case may be, arriving from such an area, provided that the health authority for the infected area is taking all measures necessary for checking the spread of the disease and is applying the measures provided for in paragraph 1 of Article 31.

Article 39

On arrival of a ship, an aircraft, a train, a road vehicle, or other means of transport, an infected person on board may be removed and isolated by the health authority. Such removal by the health authority shall be compulsory if it is required by the person in charge of the means of transport.

Article 40

1. Apart from the provisions of Part V, a health authority may place under surveillance any suspect on an international voyage arriving by whatever means from an infected area. Such surveillance may be continued until the end of the appropriate period of incubation specified in Part V.

2. Except where specifically provided for in these Regulations, isolation shall not be substituted for surveillance unless the health authority considers the risk of transmission of the infection by the suspect to be exceptionally serious.

Article 41

Any health measure, other than medical examination, which has been applied at a previous port or airport shall not be repeated at a subsequent port or airport, unless:

(*a*) after the departure of a ship or an aircraft from the port or airport where the measures were applied, an incident of epidemiological significance calling for a further application of any such measure has occurred either in that port or airport or on board the ship or aircraft;

(*b*) the health authority for the subsequent port or airport has ascertained on the basis of definite evidence that the individual measure so applied was not substantially effective.

Article 42

Subject to Article 74, a ship or an aircraft shall not be prevented for health reasons from calling at any port or airport. If the port or airport is not equipped for applying the health measures which are permitted by these Regulations and which in the opinion of the health authority for the port or airport are required, such ship or aircraft may be ordered to proceed at its own risk to the nearest suitable port or airport convenient to the ship or aircraft.

Article 43

An aircraft shall not be considered as having come from an infected area if it has landed only in such an area at any sanitary airport which is not itself an infected area.

Article 44

Any person on board a healthy aircraft which has landed in an infected area, and the passengers and crew of which have complied with the conditions laid down in Article 35, shall not be considered as having come from such an area.

Article 45

1. Except as provided in paragraph 2 of this Article, any ship or aircraft, which is unwilling to submit to the measures required by the health authority for the port or airport in accordance with these Regulations, shall be allowed to depart forthwith, but it shall not during its voyage call at any other port or airport in the same territory. Such a ship or an aircraft shall nevertheless be permitted, while in quarantine, to take on fuel, water and stores. If, on medical examination, such a ship is found to be healthy, it shall not lose the benefit of Article 34.

2. A ship or an aircraft arriving at a port or an airport situated in an area where the vector of yellow fever is present shall not, in the following circumstances, be allowed to depart and shall be subject to the measures required by the health authority in accordance with these Regulations:

(*a*) if the aircraft is infected with yellow fever;

(*b*) if the ship is infected with yellow fever, and *Aedes aegypti* have been found on board, and the medical examination shows that any infected person has not been isolated in good time.

Article 46

1. If, for reasons beyond the control of the pilot in command, an aircraft lands elsewhere than at an airport, or at an airport other than the airport at which the aircraft was due to land, the pilot in command or other person in charge shall make every effort to communicate without delay with the nearest health authority or any other public authority.

2. As soon as the health authority has been informed of the landing it may take such action as is appropriate, but in no case shall it exceed the measures permitted by these Regulations.

3. Subject to paragraph 5 of this Article, and except for the purpose of communicating with any such health or public authority or with the permission of any such authority, no person on board the aircraft shall leave its vicinity and no cargo shall be removed from that vicinity.

4. When any measure required by the health authority has been completed the aircraft may, so far as health measures are concerned, proceed either to the airport at which it was due to land, or, if for technical reasons it cannot do so, to a conveniently situated airport.

5. The pilot in command or other person in charge may take such emergency measures as may be necessary for the health and safety of passengers and crew.

Chapter V — Measures concerning the International Transport of Cargo, Goods, Baggage, and Mail

Article 47

1. Cargo and goods shall be submitted to the health measures provided for in these Regulations only when coming from infected areas and when the health authority has reason to believe that the cargo and goods may have become contaminated by the agent of a disease subject to the Regulations or may serve as a vehicle for the spread of any such disease.

2. Apart from the measures provided for in Article 64, goods, other than live animals, in transit without transhipment shall not be subject to health measures or detained at any port, airport, or frontier.

3. The issue of a certificate of disinfection of merchandise which is the subject of trade between two countries may be governed by bilateral agreements between the exporting and the importing countries.

Article 48

Except in the case of an infected person or suspect, baggage may be disinfected or disinsected only in the case of a person carrying infectious material or insect vectors of a disease subject to the Regulations.

Article 49

1. Mail, newspapers, books, and other printed matter shall not be subject to any health measure.

2. Postal parcels may be subject to health measures only if they contain:

(*a*) any of the foods referred to in Article 64 which the health authority has reason to believe comes from a cholera-infected area;

(*b*) linen, wearing apparel, or bedding, which has been used or soiled and to which the provisions of Part V are applicable;

(*c*) infectious material; or

(*d*) living insects and other animals capable of being a vector of human disease if introduced or established.

Article 50

A health administration shall ensure as far as practicable that containers used in international traffic by rail, road, sea or air shall, in packing, be kept free of infectious material, vectors or rodents.

PART V — SPECIAL PROVISIONS RELATING TO EACH OF THE DISEASES SUBJECT TO THE REGULATIONS

Chapter I — Plague

Article 51

For the purposes of these Regulations the incubation period of plague is six days.

Article 52

Vaccination against plague shall not be required as a condition of admission of any person to a territory.

Article 53

1. Each State shall employ all means in its power to diminish the danger from the spread of plague by rodents and their ectoparasites. Its health administration shall keep itself constantly informed by systematic collection and regular examination of rodents and their ectoparasites of the conditions in any area, especially any port or airport, infected or suspected of being infected by rodent plague.

2. During the stay of a ship or an aircraft in a port or an airport infected by plague, special care shall be taken to prevent the introduction of rodents on board.

Article 54

1. Every ship shall be either:

(*a*) permanently kept in such a condition that it is free of rodents and the plague vector; or

(*b*) periodically deratted.

2. A Deratting Certificate or a Deratting Exemption Certificate shall be issued only by the health authority for a port approved for that purpose under Article 17. Every such certificate shall be valid for six months, but this period may be extended by one month for a ship proceeding to such a port if the deratting or inspection, as the case may be, would be facilitated by the operations due to take place there.

3. Deratting Certificates and Deratting Exemption Certificates shall conform with the model specified in Appendix 1.

4. If a valid certificate is not produced, the health authority for a port approved under Article 17, after inquiry and inspection, may proceed in the following manner:

(*a*) If the port has been designated under paragraph 2 of Article 17, the health authority may derat the ship or cause the deratting to be done under its direction and control. It shall decide in each case the technique which should be employed to secure the extermination of rodents on the ship. Deratting shall be carried out so as to avoid as far as possible damage to the ship and to any cargo and shall not take longer than is absolutely necessary. Wherever possible deratting shall be done when the holds are empty. In the case of a ship in ballast, it shall be done before loading. When deratting has been satisfactorily completed, the health authority shall issue a Deratting Certificate.

(*b*) At any port approved under Article 17, the health authority may issue a Deratting Exemption Certificate if it is satisfied that the ship is free of rodents. Such a certificate shall be issued only if the inspection of the ship has been carried out when the holds are empty or when they contain only ballast or other material, unattractive to rodents, of such a nature or so disposed as to make a thorough inspection of the holds possible. A Deratting Exemption Certificate may be issued for an oil tanker with full holds.

5. If the conditions under which a deratting is carried out are such that, in the opinion of the health authority for the port where the operation was performed, a satisfactory result cannot be obtained, the health authority shall make a note to that effect on the existing Deratting Certificate.

Article 55

In exceptional circumstances of an epidemiological nature, when the presence of rodents is suspected on board, an aircraft may be disinsected and deratted.

Article 56

Before departure on an international voyage from an area where there is an epidemic of pulmonary plague, every suspect shall be placed in isolation by the health authority for a period of six days, reckoned from the date of the last exposure to infection.

Article 57

1. A ship or an aircraft on arrival shall be regarded as infected if:

(*a*) it has a case of human plague on board;

(*b*) a plague-infected rodent is found on board.

A ship shall also be regarded as infected if a case of human plague has occurred on board more than six days after embarkation.

2. A ship on arrival shall be regarded as suspected if:

(*a*) it has no case of human plague on board, but such a case has occurred on board within the first six days after embarkation;

(*b*) there is evidence of an abnormal mortality among rodents on board of which the cause is not yet known;

(*c*) it has a person on board who has been exposed to pulmonary plague and has not met the requirements of Article 56.

3. Even when coming from an infected area or having on board a person coming from an infected area, a ship or an aircraft on arrival shall be regarded as healthy if, on medical examination, the health authority is satisfied that the conditions specified in paragraphs 1 and 2 of this Article do not exist.

Article 58

1. On arrival of an infected or suspected ship or an infected aircraft, the following measures may be applied by the health authority:

(a) disinsecting of any suspect and surveillance for a period of not more than six days reckoned from the date of arrival;

(b) disinsecting and, if necessary, disinfection of:

(i) any baggage of any infected person or suspect; and

(ii) any other article such as used bedding or linen, and any part of the ship or aircraft, which is considered to be contaminated.

2. On arrival of a ship, an aircraft, a train, road vehicle or other means of transport having on board a person suffering from pulmonary plague, or if there has been a case of pulmonary plague on board a ship within the period of six days before its arrival, the health authority may, in addition to the measures required by paragraph 1 of this Article, place the passengers and crew of the ship, aircraft, train, road vehicle or other means of transport in isolation for a period of six days, reckoned from the date of the last exposure to infection.

3. If there is rodent plague on board a ship, or in its containers, it shall be disinsected and deratted, if necessary in quarantine, in the manner provided for in Article 54 subject to the following provisions:

(a) the deratting shall be carried out as soon as the holds have been emptied;

(b) one or more preliminary derattings of a ship with the cargo *in situ*, or during its unloading, may be carried out to prevent the escape of infected rodents;

(c) if the complete destruction of rodents cannot be secured because only part of the cargo is due to be unloaded, a ship shall not be prevented from unloading that part, but the health authority may apply any measures, including placing the ship in quarantine, which it considers necessary to prevent the escape of infected rodents.

4. If a rodent infected with plague is found on board an aircraft, the aircraft shall be disinsected and deratted, if necessary in quarantine.

Article 59

A ship shall cease to be regarded as infected or suspected, or an aircraft shall cease to be regarded as infected, when the measures required by the health authority in accordance with Article 39 and 58 have been effectively carried out, or when the health authority is satisfied that the abnormal mortality among rodents is not due to plague. The ship or aircraft shall thereupon be given free pratique.

Article 60

On arrival, a healthy ship or aircraft shall be given free pratique, but, if it has come from an infected area, the health authority may:

(a) place under surveillance any suspect who disembarks, for a period of not more than six days, reckoned from the date on which the ship or aircraft left the infected area;

(b) require the destruction of rodents on board a ship and disinsecting in exceptional cases and for well-founded reasons which shall be communicated in writing to the master.

Article 61

If, on arrival of a train or a road vehicle, a case of human plague is discovered, the measures provided for in Article 39 and in paragraphs 1 and 2 of Article 58 may be applied by the health authority, disinsecting and, if necessary, disinfection being applied to any part of the train or road vehicle which is considered to the contaminated.

Chapter II — Cholera

Article 62

For the purposes of these Regulations the incubation period of cholera is five days.

Article 63

1. If on arrival of a ship, aircraft, train, road vehicle or other means of transport a case of cholera is discovered, or a case has occurred on board, the health authority *(a)* may apply surveillance or isolation of suspects among passengers or crew for a period not to exceed five days reckoned from the date of disembarkation; *(b)* shall be responsible for the supervision of the removal and safe disposal of any water, food (excluding cargo), human dejecta, waste water including bilge water, waste matter, and any other matter which is considered to be contaminated, and shall be responsible for the disinfection of water tanks and food handling equipment.

2. Upon accomplishment of *(b)* the ship, aircraft, train, road vehicle or other means of transport shall be given free pratique.

Article 64

Foodstuffs carried as cargo on board ships, aircraft, trains, road vehicles or other means of transport in which a case of cholera has occurred during the journey, may not be subjected to bacteriological examination except by the health authorities of the country of final destination.

Article 65

1. No person shall be required to submit to rectal swabbing.

2. A person on an international voyage, who has come from an infected area within the incubation period of cholera and who has symptoms indicative of cholera, may be required to submit to stool examination.

Chapter III — Yellow Fever

Article 66

For the purposes of these Regulations the incubation period of yellow fever is six days.

Article 67

1. Vaccination against yellow fever may be required of any person leaving an infected area on an international voyage.

2. If such a person is in possession of a certificate of vaccination against yellow fever which is not yet valid, he may nevertheless be permitted to depart, but the provisions of Article 69 may be applied to him on arrival.

3. A person in possession of a valid certificate of vaccination against yellow fever shall not be treated as a suspect, even if he has come from an infected area.

4. The yellow-fever vaccine used must be approved by the Organization, and the vaccinating centre must have been designated by the health administration for the territory in which it is situated. The Organization shall be assured that the vaccines used for this purpose continue to be of suitable quality.

Article 68

1. Every person employed at a port or an airport situated in an infected area, and every member of the crew of a ship or an aircraft using any such port or airport, shall be in possession of a valid certificate of vaccination against yellow fever.

2. Every aircraft leaving an airport situated in an infected area shall be disinsected in accordance with Article 26, using methods recommended by the Organization, and details of the

disinsecting shall be included in the Health Part of the Aircraft General Declaration, unless this part of the Aircraft General Declaration is waived by the health authority of the airport of arrival. States concerned shall accept disinsecting of aircraft by the approved vapour disinsecting system carried out in flight.

3. Every ship leaving a port in an area where *Aedes aegypti* still exists and bound for an area where *Aedes aegypti* has been eradicated shall be kept free of *Aedes aegypti* in its immature and adult stages.

4. An aircraft leaving an airport where *Aedes aegypti* exists and bound for an area where *Aedes aegypti* has been eradicated shall be disinsected in accordance with Article 26, using methods recommended by the Organization.

Article 69

A health authority in an area where the vector of yellow fever is present may require a person on an international voyage, who has come from an infected area and is unable to produce a valid certificate of vaccination against yellow fever, to be isolated until his certificate becomes valid, or until a period of not more than six days reckoned from the date of last possible exposure to infection has elapsed, whichever occurs first.

Article 70

1. A person coming from an infected area who is unable to produce a valid certificate of vaccination against yellow fever and who is due to proceed on an international voyage to an airport in an area where the vector of yellow fever is present and at which the means for securing segregation provided for in Article 35 do not yet exist, may, by arrangement between the health administrations for the territories in which the airports concerned are situated, be prevented from proceeding from an airport at which such means are available, during the period provided for in Article 69.

2. The health administrations concerned shall inform the Organization of any such arrangement, and of its termination. The Organization shall immediately send this information to all health administrations.

Article 71

1. On arrival, a ship shall be regarded as infected if it has a case of yellow fever on board, or if a case has occured on board during the voyage. It shall be regarded as suspected if it has left an infected area less than six days before arrival, or, if arriving within thirty days of leaving such an area, the health authority finds *Aedes aegypti* or other vectors of yellow fever on board. Any other ship shall be regarded as healthy.

2. On arrival, an aircraft shall be regarded as infected if it has a case of yellow fever on board. It shall be regarded as suspected if the health authority is not satisfied with a disinsecting carried out in accordance with paragraph 2 of Article 68 and it finds live mosquitos on board the aircraft. Any other aircraft shall be regarded as healthy.

Article 72

1. On arrival of an infected or suspected ship or aircraft, the following measures may be applied by the health authority:

(a) in an area where the vector of yellow fever is present, the measures provided for in Article 69 to any passenger or member of the crew who disembarks and is not in possession of a valid certificate of vaccination against yellow fever;

(b) inspection of the ship or aircraft and destruction of any *Aedes aegypti* or other vectors of yellow fever on board; in an area where the vector of yellow fever is present, the ship may, until such measures have been carried out, be required to keep at least 400 metres from land.

2. The ship or aircraft shall cease to be regarded as infected or suspected when the measures required by the health authority in accordance with Article 39 and with paragraph 1 of this Article have been effectively carried out, and it shall thereupon be given free pratique.

Article 73

On arrival of a healthy ship or aircraft coming from an infected area, the measures provided for in subparagraph *(b)* of paragraph 1 of Article 72 may be applied. The ship or aircraft shall thereupon be given free pratique.

Article 74

A State shall not prohibit the landing of an aircraft at any sanitary airport in its territory if the measures provided for in paragraph 2 of Article 68 are applied, but, in an area where the vector of yellow fever is present, aircraft coming from an infected area may land only at airports specified by the State for that purpose.

Article 75

On arrival of a train, a road vehicle, or other means of transport in an area where the vector of yellow fever is present, the following measures may be applied by the health authority:

(a) isolation, as provided for in Article 69, of any person coming from an infected area, who is unable to produce a valid certificate of vaccination against yellow fever;

(b) disinsecting of the train, road vehicle or other means of transport if it has come from an infected area.

Article 76

In an area where the vector of yellow fever is present the isolation provided for in Article 39 and in this Chapter shall be in mosquito-proof accommodation.

Chapter IV — Smallpox

Article 77

For the purposes of these Regulations the incubation period of smallpox is fourteen days.

Article 78

1. A health administration may require any person on an international voyage who does not show sufficient evidence of protection by a previous attack of smallpox to possess, on arrival, a valid certificate of vaccination against smallpox. Any such person who does not produce such a certificate may be vaccinated or, if he refuses vaccination, he may be placed under surveillance for not more than fourteen days, reckoned from the date of his departure from the last territory visited before arrival.

2. A person on an international voyage, who during a period of fourteen days before his arrival has visited an infected area and who, in the opinion of the health authority, is not sufficiently protected by vaccination or by a previous attack of smallpox, may be required to be vaccinated, or may be placed under surveillance, or may be vaccinated and then placed under surveillance; if he refuses to be vaccinated, he may be isolated. The period of surveillance or isolation shall not be more than fourteen days, reckoned from the date of his departure from the infected area. A valid certificate of vaccination against smallpox shall be considered as evidence of sufficient protection.

3. Any health administration may apply the measures provided for in this Article, whether smallpox infection is present in its territory or not.

Article 79

1. A ship or an aircraft shall be regarded as infected if, on arrival, it has a case of smallpox on board, or if such a case has occurred on board during the voyage.

2. Any other ship or aircraft shall be regarded as healthy, even though there may be suspects on board, but any suspect may on disembarking be subjected to the measures provided for in Article 80.

Article 80

1. On arrival of an infected ship or aircraft, the health authority:

(*a*) shall offer vaccination to any person on board who, in its opinion, is not sufficiently protected against smallpox;

(*b*) may, for a period of not more than fourteen days, reckoned from the last exposure to infection, isolate or place under surveillance any person disembarking, but the health authority shall take into account the previous vaccinations of the person and the possibility of his having been exposed to infection in determining the period of such isolation or surveillance;

(*c*) shall disinfect:

(i) any baggage of any infected person; and

(ii) any other baggage or article such as used bedding or linen, and any part of the ship or aircraft, which is considered to be contaminated.

2. A ship or an aircraft shall continue to be regarded as infected until every infected person has been removed and until the measures required by the health authority in accordance with paragraph 1 of this Article have been effectively carried out. The ship or aircraft shall thereupon be given free pratique.

Article 81

On arrival, a healthy ship or aircraft, even when it has come from an infected area, shall be given free pratique.

Article 82

If, on arrival of a train, road vehicle or other means of transport, a case of smallpox is discovered, the infected person shall be removed and the provisions of paragraph 1 of Article 80 shall apply, any period of surveillance or isolation being reckoned from the date of arrival, and disinfection being applied to any part of the train, road vehicle or other means of transport which is considered to be contaminated.

PART VI — HEALTH DOCUMENTS

Article 83

Bills of health, with or without consular visa, or any certificate, however designated, concerning health conditions of a port or an airport, shall not be required from any ship or aircraft.

Article 84

1. The master of a seagoing vessel making an international voyage, before arrival at its first port of call in a territory, shall ascertain the state of health on board, and, except when a health administration does not require it, he shall, on arrival, complete and deliver to the health authority for that port a Maritime Declaration of Health which shall be countersigned by the ship's surgeon if one is carried.

2. The master, and the ship's surgeon if one is carried, shall supply any information required by the health authority as to health conditions on board during the voyage.

3. A Maritime Declaration of Health shall conform with the model specified in Appendix 4.

4. A health administration may decide:

(*a*) either to dispense with the submission of the Maritime Declaration of Health by all arriving ships; or

(*b*) to require it only if the ship arrives from certain stated areas, or if there is positive information to report.

In either case, the health administration shall inform shipping operators.

Article 85

1. The pilot in command of an aircraft, on landing at the first airport in a territory, or his authorized agent, shall complete and deliver to the health authority for that airport the Health Part of the Aircraft General Declaration which shall conform with the model specified in Appendix 5, except when a health administration does not require it.

2. The pilot in command of an aircraft, or his authorized agent, shall supply any information required by the health authority as to health conditions on board during the voyage.

3. A health administration may decide:

(*a*) either to dispense with the submission of the Health Part of the Aircraft General Declaration by all arriving aircraft; or

(*b*) to require it only if the aircraft arrives from certain stated areas, or if there is positive information to report.

In either case, the health administration shall inform aircraft operators.

Article 86

1. The certificates specified in Appendices 1, 2 and 3 shall be printed in English and in French. An official language of the territory of issue may be added.

2. The certificates referred to in paragraph 1 of this Article shall be completed in English or in French. Completion in another language in addition is not excluded.

3. International certificates of vaccination must be signed in his own hand by a medical practitioner or other person authorized by the national health administration; his official stamp is not an accepted substitute for his signature.

4. International certificates of vaccination are individual certificates and shall in no circumstances be used collectively. Separate certificates shall be issued for children.

5. No departure shall be made from the models of the certificates specified in Appendices 2 and 3, and no photograph shall be included.

6. A parent or guardian shall sign the international certificate of vaccination when the child is unable to write. The signature of an illiterate shall be indicated in the usual manner by his mark and the indication by another that this is the mark of the person concerned.

7. If a vaccinator is of the opinion that vaccination is contraindicated on medical grounds he shall provide the person with reasons, written in English or French, underlying that opinion, which health authorities should take into account.

Article 87

A vaccination document issued by the Armed Forces to an active member of those Forces shall be accepted in lieu of an international certificate in the form shown in Appendix 2 or 3 if:

(*a*) it embodies medical information substantially the same as that required by such form; and

(*b*) it contains a statement in English or in French recording the nature and date of the vaccination and to the effect that it is issued in accordance with this Article.

Article 88

No health document, other than those provided for in these Regulations, shall be required in international traffic.

PART VII — CHARGES

Article 89

1. No charge shall be made by a health authority for:

(a) any medical examination provided for in these Regulations, or any supplementary examination, bacteriological or otherwise, which may be required to ascertain the state of health of the person examined;

(b) any vaccination of a person on arrival and any certificate thereof.

2. Where charges are made for applying the measures provided for in these Regulations, other than the measures referred to in paragraph 1 of this Article, there shall be in each territory only one tariff for such charges and every charge shall:

(a) conform with this tariff;

(b) be moderate and not exceed the actual cost of the service rendered;

(c) be levied without distinction as to the nationality, domicile, or residence of the person concerned, or as to the nationality, flag, registry or ownership of the ship, aircraft, train, road vehicle, other means of transport, and containers. In particular, there shall be no distinction made between national and foreign persons, ships, aircraft, trains, road vehicles, other means of transport, and containers.

3. The levying of a charge for the transmission of a message relating to provisions of these Regulations by radio may not exceed the normal charge for radio messages.

4. The tariff, and any amendment thereto, shall be published at least ten days in advance of any levy thereunder and notified immediately to the Organization.

PART VIII — VARIOUS PROVISIONS

Article 90

1. Every aircraft leaving an airport situated in an area where transmission of malaria or other mosquito-borne disease is occurring, or where insecticide-resistant mosquito vectors of disease are present, or where a vector species is present that has been eradicated in the area where the airport of destination of the aircraft is situated, shall be disinsected in accordance with Article 26 using the methods recommended by the Organization. States concerned shall accept disinsecting of aircraft by the approved vapour disinsecting system carried out in flight. Every ship leaving a port in the situation referred to above shall be kept free from the immature and adult stages of the mosquito concerned.

2. On arrival at an airport in an area where malaria or other mosquito-borne disease could develop from imported vectors, or where a vector species has been eradicated that is present in the area in which the airport of origin is located, the aircraft mentioned in paragraph 1 of this Article may be disinsected in accordance with Article 26 if the health authority is not provided with satisfactory evidence that disinsecting has been carried out in accordance with paragraph 1 of this Article. Every ship arriving in a port in the situation referred to above should be treated and freed, under the control of the health authority, from the immature and adult stages of the mosquito concerned.

3. As far as practicable, and where appropriate, a train, road vehicle, other means of transport, container, or boat used for international coastal traffic or for international traffic on inland waterways, shall be kept free of insect vectors of human disease.

Article 91

1. Migrants, nomads, seasonal workers or persons taking part in periodic mass congregations, and any ship, in particular small boats for international coastal traffic, aircraft, train, road vehicle or other means of transport carrying them, may be subjected to additional health measures conforming with the laws and regulations of each State concerned, and with any agreement concluded between any such States.

2. Each State shall notify the Organization of the provisions of any such laws and regulations or agreement.

3. The standards of hygiene on ships and aircraft carrying persons taking part in periodic mass congregations shall not be inferior to those recommended by the Organization.

Article 92

1. Special treaties or arrangements may be concluded between two or more States having certain interests in common owing to their health, geographical, social or economic conditions, in order to facilitate the application of these Regulations, and in particular with regard to:

(a) the direct and rapid exchange of epidemiological information between neighbouring territories;

(b) the health measures to be applied to international coastal traffic and to international traffic on inland waterways, including lakes;

(c) the health measures to be applied in contiguous territories at their common frontier;

(d) the combination of two or more territories into one territory for the purposes of any of the health measures to be applied in accordance with these Regulations;

(e) arrangements for carrying infected persons by means of transport specially adapted for the purpose.

2. The treaties or arrangements referred to in paragraph 1 of this Article shall not be in conflict with the provisions of these Regulations.

3. States shall inform the Organization of any such treaty or arrangement which they may conclude. The Organization shall send immediately to all health administrations information concerning any such treaty or arrangement.

PART IX — FINAL PROVISIONS

Article 93

1. These Regulations, subject to the provisions of Article 95 and the exceptions hereinafter provided, replace, as between the States bound by these Regulations and as between these States and the Organization, the provisions of the following existing International Sanitary Conventions, Regulations and similar agreements:

(a) International Sanitary Convention, signed in Paris, 3 December 1903;

(b) Pan American Sanitary Convention, signed in Washington, 14 October 1905;

(c) International Sanitary Convention, signed in Paris, 17 January 1912;

(d) International Sanitary Convention, signed in Paris, 21 June 1926;

(e) International Sanitary Convention for Aerial Navigation, signed at The Hague, 12 April 1933;

(f) International Agreement for dispensing with Bills of Health, signed in Paris, 22 December 1934;

(g) International Agreement for dispensing with Consular Visas on Bills of Health, signed in Paris, 22 December 1934;

(h) Convention modifying the International Sanitary Convention of 21 June 1926, signed in Paris, 31 October 1938;

(i) International Sanitary Convention, 1944, modifying the International Sanitary Convention of 21 June 1926, opened for signature in Washington, 15 December 1944;

(j) International Sanitary Convention for Aerial Navigation, 1944, modifying the International Sanitary Convention of 12 April 1933, opened for signature in Washington, 15 December 1944;

(k) Protocol of 23 April 1946 to prolong the International Sanitary Convention, 1944, signed in Washington;

(*l*) Protocol of 23 April 1946 to prolong the International Sanitary Convention for Aerial Navigation, 1944, signed in Washington;

(*m*) International Sanitary Regulations, 1951, and the Additional Regulations of 1955, 1956, 1960, 1963 and 1965.

2. The Pan American Sanitary Code, signed at Habana, 14 November 1924, remains in force with the exception of Articles 2, 9, 10, 11, 16 to 53 inclusive, 61, and 62, to which the relevant part of paragraph 1 of this Article shall apply.

Article 94

1. The period provided in execution of Article 22 of the Constitution of the Organization for rejection or reservation shall be nine months from the date of the notification by the Director-General of the adoption of these Regulations by the World Health Assembly.

2. Such period may, by notification to the Director-General, be extended to eigtheen months with respect to overseas or other outlying territories for whose international relations the State may be responsible.

3. Any rejection or reservation received by the Director-General after the expiry of the periods referred to in paragraph 1 or 2 of this Article shall have no effect.

Article 95

1. If any State makes a reservation to these Regulations, such reservation shall not be valid unless it is accepted by the World Health Assembly, and these Regulations shall not enter into force with respect to that State until such reservation has been accepted by the Assembly or, if the Assembly objects to it on the ground that it substantially detracts from the character and purpose of these Regulations, until it has been withdrawn.

2. A rejection in part of these Regulations shall be considered as a reservation.

3. The World Health Assembly may, as a condition of its acceptance of a reservation, request the State making such reservation to undertake that it will continue to fulfil any obligation or obligations corresponding to the subject-matter of such reservation, which such State has previously accepted under the existing conventions, regulations and similar agreements listed in Article 93.

4. If a State makes a reservation which in the opinion of the World Health Assembly detracts to an insubstantial extent from an obligation or obligations previously accepted by that State under the existing conventions, regulations and similar agreements listed in Article 93, the Assembly may accept such reservation without requiring as a condition of its acceptance an undertaking of the kind referred to in paragraph 3 of this Article.

5. If the World Health Assembly objects to a reservation, and that reservation is not then withdrawn, these Regulations shall not enter into force with respect to the State which has made such a reservation. Any existing conventions, regulations and similar agreements listed in Article 93 to which such State is already a party consequently remain in force as far as such State is concerned.

Article 96

A rejection, or the whole or part of any reservation, may at any time be withdrawn by notifying the Director-General.

Article 97

1. These Regulations shall come into force on the first day of January 1971.

2. Any State which becomes a Member of the Organization after that date and which is not already a party hereto may notify its rejection of, or any reservation to, these Regulations within a period of three months from the date on which that State becomes a Member of the Organization. Unless rejected, these Regulations shall come into force with respect to that State, subject to the provisions of Article 95 upon expiry of that period.

Article 98

1. Any State not a Member of the Organization, which is a party to any conventions, regulations and similar agreements listed in Article 93 or to which the Director-General has notified the adoption of these Regulations by the World Health Assembly, may become a party hereto by notifying its acceptance to the Director-General and, subject to the provisions of Article 95, such acceptance shall become effective upon the date of coming-into-force of these Regulations, or, if such acceptance is notified after that date, three months after the date of receipt by the Director-General of the notification of acceptance.

2. For the purpose of the application of these Regulations Articles 23, 33, 62, 63 and 64 of the Constitution of the Organization shall apply to any non-Member State which becomes a party to these Regulations.

3. Any non-Member State which has become a party to these Regulations may at any time withdraw from participation in these Regulations, by means of a notification addressed to the Director-General which shall take effect six months after he has received it. The State which has withdrawn shall, as from that date, resume application of the provisions of any conventions, regulations and similar agreements listed in Article 93 to which it was previously a party.

Article 99

The Director-General shall notify all Members and Associate Members, and also other parties to any conventions, regulations and similar agreements listed in Article 93 of the adoption by the World Health Assembly of these Regulations. The Director-General shall also notify these States as well as any other State, which has become a party to these Regulations, of any additional Regulations amending or supplementing these Regulations, of any notification received by him under Articles 94, 96, 97 and 98 respectively, as well as of any decision taken by the World Health Assembly under Article 95.

Article 100

1. Any question or dispute concerning the interpretation or application of these Regulations or of any Regulations supplementary to these Regulations may be referred by any State concerned to the Director-General who shall attempt to settle the question or dispute. If such question or dispute is not thus settled, the Director-General on his own initiative, or at the request of any State concerned, shall refer the question or dispute to the appropriate committee or other organ of the Organization for consideration.

2. Any State concerned shall be entitled to be represented before such committee or other organ.

3. Any such dispute which has not been thus settled may, by written application, be referred by any State concerned to the International Court of Justice for decision.

Article 101

1. The English and French texts of these Regulations shall be equally authentic.

2. The original texts of these Regulations shall be deposited in the archives of the Organization. Certified true copies shall be sent by the Director-General to all Members and Associate Members, and also to other parties to one of the conventions, regulations and similar agreements listed in Article 93. Upon the entry-into-force of these Regulations, certified true copies shall be delivered by the Director-General to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

DERATTING CERTIFICATE (a) — CERTIFICAT DE DÉRATISATION (a)
DERATTING EXEMPTION CERTIFICATE (a) — CERTIFICAT D'EXEMPTION DE LA DÉRATISATION (a)

issued in accordance with Article 54 of the International Health Regulations. — délivré conformément à l'article 54 du Règlement sanitaire international (1969)
(Not to be taken away by Port Authorities.) — (Ce certificat ne doit pas être retiré par les autorités portuaires.)

PORT OF ..... PORT DE.....

Date — Date .....

THIS CERTIFICATE records the inspection and { *deratting* / *exemption* } (a) *at this port and on the above date*

LE PRÉSENT CERTIFICAT atteste l'inspection et { la dératisation / l'exemption } (a) en ce port et à la date ci-dessus

of the { *ship* / *inland navigation vessel* } (a) *of* { *net tonnage for a sea-going vessel* / ..... *tonnage for an inland navigation vessel* } (a) (f)

du navire de { tonnage net dans le cas d'un navire de haute mer / tonnage ..... dans le cas d'un navire de navigation intérieure } (a) (f)

At the time of { *inspection* / *deratting* } (a) *the holds were laden with* ..... *tons of* ..... *cargo*

Au moment de { l'inspection / la dératisation } (a) les cales étaient chargées de ..... tonnes de ..... cargaison

COMPARTMENTS (b)	*RAT INDICATIONS* TRACES DE RATS (c)	*RAT HARBOURAGE* REFUGES À RATS		*DERATTING — DÉRATISATION*					COMPARTIMENTS (b)
				by fumigation — par fumigation *Fumigant — Gaz utilisé* ..... *Hours exposure* Exposition (heures)			*by catching, trapping, or poisoning* par capture ou poison		
		discovered trouvés (d)	*treated* supprimés	*Space (cubic feet)* Espaces (mètres cubes)	*Quantity used* Quantités employées (e)	*Rats found dead* Rats trouvés morts	*Traps set or poisons put out* Pièges ou poisons mis	*Rats caught or killed* Rats pris ou tués	
Holds 1.									Cales 1.
— 2.									— 2.
— 3.									— 3.
— 4.									— 4.
— 5.									— 5.
— 6.									— 6.
— 7.									— 7.
Shelter deck space									Entrepont
Bunker space									Soute à charbon
Engineroom and shaft alley									Chaufferies, tunnel de l'arbre
Forepeak and storeroom . .									Peak avant et magasin
Afterpeak and storeroom . .									Peak arrière et magasin
Lifeboats									Canots de sauvetage
Charts and wireless rooms .									Chambre des cartes, T.S.F.
Galley									Cuisines
Pantry									Cambuses
Provision storerooms . . .									Soute à vivres
Quarters (crew)									Postes (équipage)
Quarters (officers)									Chambres (officiers)
Quarters (cabin passengers) .									Cabines (passagers)
Quarters (steerage)									Postes (émigrants)
Total . . .									Total

(a) *Strike out the unnecessary indications.* — Rayer les mentions inutiles.
(b) *In case any of the compartments enumerated do not exist on the ship or inland navigation vessel, this fact must be mentioned.* — Lorsqu'un des compartiments énumérés n'existe pas sur le navire, on devra le mentionner expressément.
(c) *Old or recent evidence of excreta, runs, or gnawing.* — Traces anciennes ou récentes d'excréments, de passages ou de rongements.
(d) *None, small, moderate, or large.* — Néant, peu, passablement ou beaucoup.
(e) *State the weight of sulphur or of cyanide salts or quantity of HCN acid used.* — Indiquer les poids de soufre ou de cyanure ou la proportion d'acide cyanhydrique.
(f) *Specify whether applies to metric displacement or any other method of determining the tonnage.* — Spécifier s'il s'agit de déplacement métrique ou, sinon, de quel autre tonnage il s'agit.

RECOMMENDATIONS MADE. — OBSERVATIONS. — *In the case of exemption, state here the measures taken for maintaining the ship or inland navigation vessel in such a condition that it is free of rodents and the plague vector.* — Dans le cas d'exemption, indiquer ici les mesures prises pour que le navire soit maintenu dans des conditions telles qu'il n'y ait à bord ni rongeurs, ni vecteurs de la peste.

Seal, name, qualification, and signature of the inspector. — Cachet, nom, qualité et signature de l'inspecteur.

Appendix 2 **Appendice 2**

INTERNATIONAL CERTIFICATE OF VACCINATION OR REVACCINATION AGAINST YELLOW FEVER

CERTIFICAT INTERNATIONAL DE VACCINATION OU DE REVACCINATION CONTRE LA FIÈVRE JAUNE

This is to certify that / Je soussigné(e) certifie que ..... date of birth / né(e) le .....

sex / sexe ..... whose signature follows / dont la signature suit .....

has on the date indicated been vaccinated or revaccinated against yellow fever.

a été vacciné(e) ou revacciné(e) contre la fièvre jaune à la date indiquée.

Date	Signature and professional status of vaccinator Signature et titre du vaccinateur	Manufacturer and batch no. of vaccine Fabricant du vaccin et numéro du lot	Official stamp of vaccinating centre Cachet officiel du centre de vaccination	
1			1	2
2				
3			3	4
4				

This certificate is valid only if the vaccine used has been approved by the World Health Organization and if the vaccinating centre has been designated by the health administration for the territory in which that centre is situated.

The validity of this certificate shall extend for a period of ten years, beginning ten days after the date of vaccination or, in the event of a revaccination within such period of ten years, from the date of that revaccination.

This certificate must be signed in his own hand by a medical practitioner or other person authorized by the national health administration; his official stamp is not an accepted substitute for his signature.

Any amendment of this certificate, or erasure, or failure to complete any part of it, may render it invalid.

Ce certificat n'est valable que si le vaccin employé a été approuvé par l'Organisation mondiale de la Santé et si le centre de vaccination a été habilité par l'administration sanitaire du territoire dans lequel ce centre est suité.

La validité de ce certificat couvre une périod de dix ans commençant dix jours aprés la date de la vaccination ou, dans le cas d'une revaccination au cours de cette périod de dix ans, le jour de cette revaccination.

Ce certificat doit être signé de sa propre main par un médecin ou une autre personne habilitée par l'administration sanitaire nationale, un cachet officiel ne pouvent être considéré comme tenant lieu de signature.

Toute correction ou rature sur le certificat ou l'omission d'une quelconque des mentions qu'il comporte peut affecter sa validité.

Appendix 3 **Appendice 3**

INTERNATIONAL CERTIFICATE OF VACCINATION OR REVACCINATION AGAINST SMALLPOX

CERTIFICAT INTERNATIONAL DE VACCINATION OU DE REVACCINATION CONTRE LA VARIOLE

This is to certify that / Je soussigné(e) certifie que ..... date of birth / né(e) le .....

sex / sexe ..... whose signature follows / dont la signature suit .....

has on the date indicated been vaccinated or revaccinated against smallpox with a freeze-dried or liquid vaccine certified to fulfil the recommended requirements of the World Health Organization.

a été vacciné(e) ou revacciné(e) contre la variole à la date indiquée ci-dessous, avec un vaccin lyophilisé ou liquide certifié conforme aux normes recommandées par l'Organisation mondiale de la Santé.

Date	Show by "X" whether / Indiquer par «X» s'il s'agit de	Signature and professional status of vaccinator Signature et titre du vaccinateur	Manufacturer and no. of batch vaccine Fabricant du vaccin et numéro du lot	Approved stamp Cachet autorisé	
1a	Primary vaccination performed / Primovaccination effectuée			1a	1b
1b	Read as successful / Prise ..... Unsuccessful / Pas de prise				
2	Revaccination			2	3
3	Revaccination				

The validity of this certificate shall extend for a period of three years, beginning eight days after the date of a successful primary vaccination or, in the event of a revaccination, on the date of that revaccination.

The approved stamp mentioned above must be in a form prescribed by the health administration of the territory in which the vaccination is performed.

This certificate must be signed in his own hand by a medical practitioner or other person authorized by the national health administration; his official stamp is not an accepted substitute for his signature.

Any amendment of this certificate, or erasure, or failure to complete any part of it, may render it invalid.

La validité de ce certificat couvre une période de trois ans commençant huit jours aprés la date de la primovaccination effectuée avec succès (prise) ou, dans le cas d'une revaccination, le jour de cette revaccination.

Le cachet autorisé doit être conforme au modèle prescrit par l'administration sanitaire du territoire où la vaccination est effectuée.

Ce certificat doit être signé de sa propre main par un médecin ou autre personne habilitée par l'administration sanitaire nationale, un cachet officiel ne pouvant être considéré comme tenant lieu de signature.

Toute correction ou rature sur le certificat ou l'omission d'une quelconque des mentions qu'il comporte peut affecter sa validité.

Appendix 4

MARITIME DECLARATION OF HEALTH

(To be rendered by the masters of ships arriving from ports outside the territory)

Port of ..... Date .....

Name of ship ..... From ..... To .....

Nationality ..... Master's name .....

Net Registered Tonnage .....

Deratting or Deratting Exemption } Certificate ..... Dated .....
Issued at .....

Number of passengers } Cabin ..... Number of crew .....
Deck .....

List of ports of call from commencement of voyage with dates of departure:

.....
.....

Health Questions	Answer Yes or No
1. Has there been on board during the voyage* any case or suspected case of plague, cholera, yellow fever, or smallpox? Give particulars in Schedule.	.....
2. Has plague occurred or been suspected among the rats or mice on board during the voyage,* or has there been an abnormal mortality among them?	.....
3. Has any person died on board during the voyage* otherwise than as a result of accident? Give particulars in Schedule.	.....
4. Is there on board or has there been during the voyage* any case of disease which you suspect to be of an infectious nature? Give particulars in Schedule.	.....
5. Is there any sick person on board now? Give particulars in Schedule.	.....
6. Are you aware of any other condition on board which may lead to infection or the spread of disease?	.....

Note: In the absence of a surgeon, the Master should regard the following symptoms as ground for suspecting the existence of disease of an infectious nature: fever accompanied by prostration or persisting for several days, or attended with glandular swelling; or any acute skin rash or eruption with or without fever; severe diarrhoea with symptoms of collapse; jaundice accompanied by fever.

I hereby declare that the particulars and answers to the questions given in this Declaration of Health (including the Schedule) are true and correct to the best of my knowledge and belief.

Signed .....
Master

Date ..... Countersigned .....
Ship's Surgeon

* If more than four weeks have elapsed since the voyage began, it will suffice to give particulars for the last four weeks.

Appendix 4 *(continued)*

SCHEDULE TO THE DECLARATION

Particulars of every case of illness or death occurring on board

Name	Class or rating	Age	Sex	Nationality	Port of embarkation	Date of embarkation	Nature of illness	Date of its onset	Results of illness*	Disposal of case**

* State whether recovered; still ill; died.
** State whether still on board; landed at (give name of port); buried at sea.

Appendix 5

HEALTH PART OF THE AIRCRAFT GENERAL DECLARATION

Declaration of Health

Persons on board with illnesses other than airsickness or the effects of accidents (including persons with symptoms or signs of illness such as rash, fever, chills, diarrhoea) as well as those cases of illness disembarked during the flight .....
.....

Any other condition on board which may lead to the spread of disease .....
.....

Details of each disinsecting or sanitary treatment (place, date, time, method) during the flight. If no disinsecting has been carried out during the flight, give details of most recent disinsecting .....
.....
.....

Signature, if required: .....
Crew member concerned

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31 818

AUSGESONDERT
27. APR. 1993

234a

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

125

1975	Berlin, den 16. Juli 1975	Teil II Nr. 6

Tag	Inhalt	Seite
19. 6. 75	Gesetz über den Konsularvertrag vom 26. März 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich	125
19. 6. 75	Gesetz über den Konsularvertrag vom 28. April 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland	133
6. 6. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der „Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes" für die Deutsche Demokratische Republik	147
6. 6. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der „Konvention vom 20. Dezember 1952 über die politischen Rechte der Frau" für die Deutsche Demokratische Republik	147
12. 6. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 26. Mai 1972 über die schiedsgerichtliche Entscheidung von Zivilrechtsstreitigkeiten, die sich aus Beziehungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergeben	147

Gesetz über den Konsularvertrag vom 26. März 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich

vom 19. Juni 1975

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 26. März 1975 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 50 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 19. Juni 1975 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunzehnten Juni neunzehnhundertfünfundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunzehnten Juni neunzehnhundertfünfundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph

Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Österreich, vom Wunsch geleitet, die konsularischen Beziehungen zu regeln und zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen, haben beschlossen, einen Konsularvertrag zu schließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates der
Deutschen Demokratischen Republik:
Herrn Oskar Fischer
Minister für Auswärtige Angelegenheiten der
Deutschen Demokratischen Republik,

Der Bundespräsident der Republik Österreich:
Herrn Dr. Friedrich Bauer
Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter
der Republik Österreich in der Deutschen Demokratischen
Republik,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I

Begriffsbestimmungen

Artikel 1

(1) In diesem Vertrag bedeuten die nachstehenden Begriffe

1. „Konsulat" ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur;
2. „Konsularbezirk" das Gebiet, auf dem ein Konsulat berechtigt ist, konsularische Aufgaben auszuüben;
3. „Leiter des Konsulats" die mit dieser Funktion beauftragte Person;
4. „Konsul" eine Person einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Aufgaben beauftragt ist;
5. „Konsularangestellter" eine Person, die im Konsulat administrative oder technische Funktionen ausübt;
6. „Mitglied des dienstlichen Hauspersonals" eine Person, die als Hausangestellte in einem Konsulat beschäftigt ist;
7. „Mitglied des Konsulats" die Konsuln, die Konsularangestellten und die Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals;
8. „Familienangehörige" den Ehegatten des Mitglieds des Konsulats, seine Kinder und Eltern und die seines Ehegatten, soweit diese Personen dem Haushalt des Mitglieds des Konsulats angehören und von ihm unterhalten werden;
9. „Angehöriger des privaten Hauspersonals" eine Person, die ausschließlich im privaten Dienst eines Mitglieds des Konsulats beschäftigt ist;
10. „Konsularräumlichkeiten" ungeachtet der Eigentumsverhältnisse, Gebäude oder Gebäudeteile sowie dazugehörende Grundstücke, die ausschließlich für konsularische Zwecke verwendet werden;
11. „Konsulararchiv" den dienstlichen Schriftwechsel, Chiffrematerial, Dokumente und sonstige Schriftstücke, Bücher und technische Arbeitsmittel des Konsulats sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung und ihrem Schutz bestimmt sind;
12. „Schiff des Entsendestaates" jedes Wasserfahrzeug, das im Schiffsregister des Entsendestaates eingetragen ist und das rechtmäßig unter dessen Flagge fährt; dieser Begriff schließt Kriegsschiffe nicht ein;
13. „Luftfahrzeug des Entsendestaates" jedes zivile Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragungszeichen des Entsendestaates trägt.

(2) Staatsbürger des Entsendestaates sind die Personen, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft haben. Für das Vertretungsrecht für eine Person, die die Staatsbürgerschaft des Entsendestaates und des Empfangsstaates besitzt, gegenüber den Staatsorganen/Behörden des Empfangsstaates sowie für die Handlungspflichten des Empfangsstaates nach diesem Vertrag ist die Staatsbürgerschaft in erster Linie nach dem Wohnsitz zu beurteilen.

(3) Juristische Personen sowie Personengesellschaften des Handelsrechts, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates errichtet worden sind und in ihm ihren Sitz haben, werden wie Staatsbürger des Entsendestaates behandelt.

Abschnitt II

Einrichtung von Konsulaten, Ernennung und Abberufung von Konsuln

Artikel 2

(1) Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung eingerichtet werden.

(2) Der Sitz des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk sowie die Anzahl der Mitglieder des Konsulats werden im Einvernehmen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat bestimmt.

(3) Änderungen des Sitzes des Konsulats, seines Ranges, des Konsularbezirkes sowie der Anzahl der Mitglieder des Konsulats werden im Einvernehmen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat bestimmt.

Artikel 3

(1) Der Entsendestaat hat sich auf diplomatischem Weg zu vergewissern, daß der Empfangsstaat die Person, die der Entsendestaat zum Leiter eines Konsulats zu ernennen beabsichtigt, zur Ausübung seiner Funktion zulassen wird.

(2) Der Entsendestaat übermittelt auf diplomatischem Weg dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates das Konsularpatent/die Bestallungsurkunde. Darin sind der Familienname und Vorname des Leiters des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk, in dem er seine Aufgaben wahrnehmen wird, und der Sitz des Konsulats angegeben.

(3) Nach Vorlage des Konsularpatents/der Bestallungsurkunde stellt der Empfangsstaat das Exequatur oder eine andere entsprechende Genehmigung aus.

(4) Der Leiter des Konsulats darf nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen entsprechenden Genehmigung mit der Wahrnehmung seiner Aufgaben beginnen.

(5) Der Empfangsstaat kann dem Leiter des Konsulats vor Erteilung des Exequaturs oder einer anderen entsprechenden Genehmigung die Zustimmung zur vorläufigen Ausübung seiner Funktion erteilen.

(6) Der Empfangsstaat trifft bei der Erteilung des Exequaturs, einer anderen entsprechenden Genehmigung oder der Zustimmung zur vorläufigen Ausübung seiner Funktion die erforderlichen Maßnahmen, damit der Leiter des Konsulats seine Aufgaben wahrnehmen kann.

Artikel 4

(1) Kann der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktion nicht ausüben oder ist seine Stelle zeitweilig unbesetzt, so kann der Entsendestaat einen Konsul des betreffenden oder eines anderen Konsulats im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.

(2) Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt worden ist, genießt die gleichen Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.

Artikel 5

(1) Der Entsendestaat wird dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates auf diplomatischem Weg folgendes notifizieren:

1. die Ernennung oder den Dienstantritt eines Mitglieds des Konsulats, den Tag seiner Ankunft und endgültigen Abreise oder die Beendigung seiner dienstlichen Tätigkeit und alle sonstigen seine Stellung betreffenden Änderungen während seiner Tätigkeit im Konsulat;
2. den Tag der Ankunft und der endgültigen Abreise von Familienangehörigen eines Mitglieds des Konsulats und gegebenenfalls die Tatsache, daß eine Person Familienangehöriger wird oder diese Eigenschaft verliert;
3. den Tag der Ankunft und der endgültigen Abreise eines Angehörigen des privaten Hauspersonals sowie sein Ausscheiden aus diesem Dienst;
4. den Dienstantritt und die Beendigung der dienstlichen Tätigkeit einer Person, die ihren Wohnsitz im Empfangsstaat hat, als Mitglied des Konsulats oder als Angehöriger des privaten Hauspersonals mit Anspruch auf Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten.

(2) Der Tag der Ankunft und der endgültigen Abreise sind im voraus zu notifizieren.

Artikel 6

(1) Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates stellt jedem Mitglied des Konsulats, das nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist, einen mit einem Lichtbild versehenen Ausweis aus, der seine Identität und seine Eigenschaft als Mitglied des Konsulats bestätigt.

(2) Der Absatz 1 ist auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

Artikel 7

Konsul darf nur eine Person sein, die ausschließlich Staatsbürger des Entsendestaates ist und im Empfangsstaat keinen Wohnsitz hat.

Artikel 8

(1) Der Empfangsstaat kann dem Entsendestaat auf diplomatischem Weg jederzeit, ohne seine Entscheidung begründen zu müssen, notifizieren, daß er beabsichtigt, das Exequatur des Leiters des Konsulats oder die entsprechende Genehmigung zu widerrufen oder daß ein sonstiges Mitglied des Konsulats ihm nicht genehm ist. In diesem Fall hat der Entsendestaat diesen Konsul abzuberufen oder die dienstliche Tätigkeit des anderen Mitglieds des Konsulats zu beenden.

(2) Kommt der Entsendestaat innerhalb angemessener Frist seinen Verpflichtungen gemäß Absatz 1 nicht nach, so kann der Empfangsstaat auf diplomatischem Weg im Fall des Leiters des Konsulats diesem das Exequatur entziehen oder im Fall eines anderen Mitglieds des Konsulats dem Entsendestaat notifizieren, daß er dieses nicht mehr als Mitglied des Konsulats betrachtet.

Abschnitt III

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat behandelt ein Mitglied des Konsulats mit der gebührenden Achtung und trifft alle notwendigen Maßnahmen, um ihm die wirksame Wahrnehmung seiner Aufgaben zu gewährleisten.

(2) Der Empfangsstaat gewährleistet, daß ein Mitglied des Konsulats die Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die ihm nach diesem Vertrag zustehen, in Anspruch nehmen kann.

Artikel 10

(1) Der Empfangsstaat erweist dem Entsendestaat bei der Beschaffung von Konsularräumlichkeiten und Wohnungen für die Mitglieder des Konsulats Hilfe und Unterstützung.

(2) Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Konsularräumlichkeiten und Wohnungen für die Mitglieder des Konsulats erwerben, pachten oder mieten.

Artikel 11

(1) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats können das Staatswappen und die entsprechende Bezeichnung angebracht werden.

(2) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Staatsflagge des Entsendestaates gehißt werden.

(3) Der Leiter des Konsulats kann die Staatsflagge des Entsendestaates an seinen von ihm dienstlich benutzten Fahrzeugen führen.

Artikel 12

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten.

(2) Die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der Konsuln sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der Konsuln ohne Einwilligung des Leiters des Konsulats oder des Chefs der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von ihnen ermächtigten Person nicht betreten.

(3) Die Konsularräumlichkeiten dürfen nur zu Zwecken verwendet werden, die mit der Wahrnehmung der konsularischen Aufgaben vereinbar sind.

(4) Die Konsularräumlichkeiten, ihre Einrichtung und das sonstige Vermögen des Konsulats einschließlich seiner Beförderungsmittel sind nicht Gegenstand einer Inanspruchnahme im öffentlichen Interesse oder für Zwecke der Landesverteidigung.

Artikel 13

Das Konsulararchiv ist jederzeit unverletzlich, wo immer es sich befindet.

Artikel 14

(1) Der Empfangsstaat gestattet und schützt den freien Verkehr des Konsulats für alle amtlichen Zwecke mit der Regierung, den diplomatischen Vertretungen und den anderen Konsulaten des Entsendestaates, wo immer sie sich befinden. Das Konsulat darf sich dazu aller geeigneten Mittel einschließlich diplomatischer oder konsularischer Kuriere, Diplomaten- oder Konsulargepäcks und verschlüsselter Nachrichten bedienen. Das Errichten und der Betrieb einer Funkstation sind dem Konsulat nur mit Zustimmung des Empfangsstaates gestattet. Für die Inanspruchnahme von Nachrichtenmitteln gelten für das Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung.

(2) Der dienstliche Schriftverkehr des Konsulats ist unverletzlich.

(3) Gepäckstücke, die das Konsulargepäck bilden, müssen versiegelt und äußerlich sichtbar als solches gekennzeichnet sein. Sie dürfen nur den dienstlichen Schriftverkehr sowie ausschließlich für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Schriftstücke und Gegenstände enthalten.

(4) Das Konsulargepäck, das den Voraussetzungen des Absatzes 3 entspricht, darf weder geöffnet, geprüft noch zurückgehalten werden.

(5) Der konsularische Kurier muß ein amtliches Schriftstück mit sich führen, aus dem seine Stellung und die Anzahl der Kuriergepäckstücke ersichtlich sind. Er muß Staatsbürger des Entsendestaates sein und darf im Empfangsstaat keinen Wohnsitz haben. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Kurier vom Empfangsstaat geschützt. Er genießt persönliche Unverletzlichkeit und darf daher weder vorläufig festgenommen, verhaftet noch einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden. Das gilt auch für den konsularischen Kurier ad hoc, jedoch erlöschen dessen Immunitäten und die Schutzpflicht des Empfangsstaates, nachdem der Kurier das Konsulargepäck dem Empfänger ausgehändigt hat.

(6) Das Konsulargepäck kann auch dem Kommandanten eines kommerziellen Zwecken dienenden Luftfahrzeuges einer Fluggesellschaft oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden. Diese werden mit einem amtlichen Schriftstück ausgestattet, aus dem die Anzahl der Kuriergepäckstücke ersichtlich ist, gelten jedoch nicht als konsularische Kuriere. Ein Mitglied des Konsulats kann das Konsulargepäck dem Kommandanten oder dem Kapitän unter Einhaltung der für den jeweiligen Flughafen oder Hafen geltenden Sicherheitsbestimmungen unmittelbar und ungehindert übergeben oder von ihnen entgegennehmen.

Artikel 15

(1) Der Leiter des Konsulats ist persönlich unverletzlich und genießt Immunität von der Gerichtsbarkeit und von Zwangsmaßnahmen anderer Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates. Er darf weder vorläufig festgenommen, verhaftet noch einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit im Empfangsstaat unterworfen werden.

(2) Die Immunität des Leiters des Konsulats von der Zivilgerichtsbarkeit des Empfangsstaates erstreckt sich nicht auf Klagen

1. in bezug auf privates, im Empfangsstaat gelegenes unbewegliches Vermögen, es sei denn, daß er dieses im Auftrag des Entsendestaates für die Zwecke des Konsulats in Anspruch nimmt;
2. in Nachlaßsachen, in denen er als Testamentsvollstrecker, Nachlaßverwalter, Erbe, Pflichtteilsberechtigter oder Vermächtnisnehmer in privater Eigenschaft und nicht als Vertreter des Entsendestaates auftritt;
3. im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die er im Empfangsstaat neben seiner Funktion ausübt;
4. die eine dritte Person wegen eines Schadens anstrengt, der aus einem im Empfangsstaat mit einem Fahrzeug verursachten Unfall entstanden ist.

(3) Gegen den Leiter des Konsulats dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den im Absatz 2 angeführten Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie ohne Beeinträchtigung der Unverletzlichkeit seiner Person oder Residenz durchführbar sind.

Artikel 16

(1) Ein Konsul, der nicht Leiter eines Konsulats ist, und ein Konsularangestellter genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit und von Zwangsmaßnahmen anderer Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates in bezug auf Handlungen, die in Wahrnehmung konsularischer Aufgaben vorgenommen wurden. Das gleiche gilt für ein Mitglied des dienstlichen Hauspersonals für die von ihm in Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben vorgenommenen Handlungen. Ein Konsul, der nicht Leiter eines Konsulats ist, darf weder vorläufig festgenommen, verhaftet noch einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden, es sei denn wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat, für die nach den Gesetzen des Empfangsstaates eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren oder eine strengere Strafe angedroht ist oder daß gegen ihn ein rechtskräftiges Urteil wegen einer solchen Straftat vollstreckt werden soll.

(2) Wird gegen ein Mitglied des Konsulats ein Strafverfahren eingeleitet oder wird es vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen, so haben die Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates unverzüglich den Leiter des Konsulats zu verständigen.

(3) Wird gegen einen Konsul ein Strafverfahren eingeleitet, so ist es mit der dem Konsul auf Grund seiner amtlichen Stellung gebührenden Rücksicht und in einer Weise zu führen, die die Wahrnehmung der konsularischen Aufgaben möglichst wenig beeinträchtigt.

(4) Die Immunität einer im Absatz 1 genannten Person von der Zivilgerichtsbarkeit des Empfangsstaates erstreckt sich nicht auf Klagen,

1. die aus einem Vertrag entstehen, den ein Konsul oder ein Konsularangestellter geschlossen hat, ohne dabei ausdrücklich oder sonst erkennbar im Auftrag des Entsendestaates gehandelt zu haben;
2. die eine dritte Person wegen eines Schadens anstrengt, der aus einem im Empfangsstaat mit einem Fahrzeug verursachten Unfall entstanden ist.

(5) Ein Mitglied des Konsulats genießt im Empfangsstaat unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit alle Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die einem Mitglied des Konsulats gleichen Ranges des auf dem Gebiet der Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten meistbegünstigten Staates zuerkannt sind oder werden.

Artikel 17

(1) Ein Mitglied des Konsulats kann in einem Verfahren von den Gerichten oder anderen Staatsorganen/Behörden des Empfangsstaates als Zeuge geladen werden. Es ist jedoch nicht verpflichtet, Aussagen über Angelegenheiten zu machen, die mit seiner dienstlichen Tätigkeit verbunden sind.

(2) Weigert sich ein Konsul zur Zeugenaussage zu erscheinen oder auszusagen, so dürfen gegen ihn keine Zwangsmaßnahmen angewendet werden.

(3) Ein Konsul, der als Zeuge vorgeladen wird, darf in seiner dienstlichen Tätigkeit nicht behindert werden. Seine Aussage kann, soweit möglich, in seiner Wohnung oder im Konsulat oder als schriftliche Erklärung entgegengenommen werden.

Artikel 18

(1) Der Entsendestaat kann auf die in den Artikeln 15, 16 und 17 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß für jeden Einzelfall ausdrücklich schriftlich gegenüber dem Empfangsstaat erklärt werden.

(2) Erhebt ein Mitglied des Konsulats, das Immunität von der Gerichtsbarkeit genießen würde, eine Klage, so kann es sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität von der Gerichtsbarkeit berufen.

(3) Der Verzicht auf die Immunität in einem Verfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität von der Vollstreckung der Entscheidung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 19

Ein Mitglied des Konsulats ist im Empfangsstaat von öffentlichen und persönlichen Leistungen jeglicher Art und den gegebenenfalls an ihrer Statt erhobenen Beiträgen befreit.

Artikel 20

(1) Die Konsularräumlichkeiten und die Wohnungen von Mitgliedern des Konsulats, die Eigentum des Entsendestaates, von ihm gemietet oder gepachtet sind, sind von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben befreit, soweit diese nicht als Vergütung für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden.

(2) Die im Absatz 1 vorgesehene Steuerbefreiung gilt nicht für diese Steuern und sonstigen Abgaben, wenn sie nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates von einer Person zu entrichten sind, die mit dem Entsendestaat Verträge geschlossen hat.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auf Beförderungsmittel, die Eigentum des Entsendestaates sind und ausschließlich Zwecken des Konsulats dienen, sinngemäß anzuwenden.

Artikel 21

(1) Ein Konsul und ein Konsularangestellter sind von allen Steuern und sonstigen Abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind

1. indirekte Steuern und Abgaben, die normalerweise im Preis von Waren und Dienstleistungen enthalten sind;
2. Steuern und sonstige Abgaben von privatem, im Empfangsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen;
3. Erbschaftssteuern und Abgaben vom Vermögensübergang in bezug auf Vermögen im Empfangsstaat;
4. Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie von dort gelegenem Vermögen;
5. Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
6. Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Beglaubigungs-, Hypotheken- und Stempelgebühren.

(2) Ein Mitglied des dienstlichen Hauspersonals ist von Steuern und sonstigen Abgaben auf seine Dienstbezüge befreit.

(3) Beschäftigt ein Mitglied des Konsulats Personen, deren Bezüge nicht von der Lohnsteuer/Einkommensteuer im Empfangsstaat befreit sind, so hat es die Verpflichtungen einzuhalten, die ihm die Rechtsvorschriften dieses Staates in bezug auf die Erhebung der Lohnsteuer/Einkommensteuer auferlegen.

(4) Stirbt ein Mitglied des Konsulats, so unterliegt sein bewegliches Gut, das sich nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Mitglied des Konsulats dort aufgehalten hat, im Empfangsstaat keinen staatlichen, regionalen oder kommunalen Erbschaftssteuern oder Abgaben vom Vermögensübergang.

(5) Der Empfangsstaat gestattet die Ausfuhr des beweglichen Gutes des Verstorbenen, mit Ausnahme von im Empfangsstaat erworbenen Gütern, deren Ausfuhr zum Zeitpunkt des Todesfalles verboten war.

Artikel 22

(1) Ein Mitglied des Konsulats ist in bezug auf seine Dienste für den Entsendestaat von den im Empfangsstaat geltenden Rechtsvorschriften über die Sozialversicherung befreit.

(2) Der Absatz 1 gilt auch für einen Angehörigen des privaten Hauspersonals, der ausschließlich bei einem Mitglied des Konsulats beschäftigt ist, sofern er

1. weder Staatsbürger des Empfangsstaates ist noch dort seinen Wohnsitz hat und
2. den im Entsendestaat oder in einem dritten Staat geltenden Rechtsvorschriften über die Sozialversicherung unterliegt.

(3) Ein Mitglied des Konsulats, das Personen beschäftigt, auf die der Absatz 2 nicht zutrifft, hat die Verpflichtungen zu beachten, die die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Sozialversicherung vorsehen.

Artikel 23

(1) Alle Gegenstände, Kraftfahrzeuge eingeschlossen, die für den amtlichen Gebrauch des Konsulats eingeführt werden, sind im Empfangsstaat in gleicher Weise von Zöllen, sonstigen Abgaben und von wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen befreit, wie die Gegenstände, die zum amtlichen Gebrauch der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates eingeführt werden.

(2) Ein Konsul ist in gleicher Weise von der Zollkontrolle seines persönlichen Gepäcks, von Zöllen, sonstigen Abgaben und von wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen für den persönlichen Gebrauch befreit, wie ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates.

(3) Ein Konsularangestellter ist hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen, die zur ersten Einrichtung im Empfangsstaat bestimmt sind, von Zöllen, sonstigen Abgaben und von wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen in gleicher Weise befreit, wie das Mitglied des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates.

(4) Die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Befreiungen beziehen sich nicht auf die Kosten für die Aufbewahrung, Lagerung und den Transport der Gegenstände.

Artikel 24

Der Empfangsstaat gewährt einem Mitglied des Konsulats Bewegungs- und Reisefreiheit, sofern das nicht seinen Rechtsvorschriften über den Aufenthalt in Gebieten, in die die Einreise und der Aufenthalt aus Gründen der staatlichen Sicherheit verboten oder besonders geregelt ist, widerspricht.

Artikel 25

(1) Die Familienangehörigen genießen die den Mitgliedern des Konsulats durch diesen Vertrag gewährten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten unter der Voraussetzung, daß sie weder Staatsbürger des Empfangsstaates sind noch in

diesem einen Wohnsitz haben oder in ihm einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

(2) Ein Mitglied des Konsulats, das Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder in diesem seinen Wohnsitz hat oder dort außer seiner dienstlichen Tätigkeit einer anderen Erwerbstätigkeit nachgeht, genießt lediglich die Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die die Zeugnispflicht über Angelegenheiten, die mit der Wahrnehmung seiner Aufgaben zusammenhängen, betreffen.

Artikel 26

(1) Die in diesem Vertrag vorgesehenen Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten stehen einem Mitglied des Konsulats von dem Zeitpunkt an zu, in dem es in den Empfangsstaat einreist, um dort seine Tätigkeit aufzunehmen, oder, wenn es sich bereits in ihm befindet, von dem Zeitpunkt an, in dem es seine Tätigkeit im Konsulat aufnimmt.

(2) Die Familienangehörigen der im Absatz 1 genannten Person sowie ein Angehöriger des privaten Hauspersonals erhalten die in diesem Vertrag vorgesehenen Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten von dem Zeitpunkt an, in dem

1. das Mitglied des Konsulats nach Absatz 1 in den Genuß der Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten gelangt;
2. sie in den Empfangsstaat einreisen, wenn das zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, als durch das Mitglied des Konsulats;
3. sie Familienangehörige oder Angehöriger des privaten Hauspersonals werden, wenn sie diese Eigenschaft später als in dem unter Ziffer 2 vorgesehenen Zeitpunkt erlangen.

(3) Ist die Tätigkeit eines Mitglieds des Konsulats beendet, so werden seine Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten sowie die seiner Familienangehörigen und des Angehörigen seines privaten Hauspersonals zum Zeitpunkt der Ausreise des Betreffenden aus dem Empfangsstaat oder nach dem Ablauf einer hierfür gewährten angemessenen Frist hinfällig. Die Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten der im Absatz 2 genannten Personen werden hinfällig, wenn die betreffende Person ihre Eigenschaft als Familienangehöriger verliert oder als Angehöriger des privaten Hauspersonals ausscheidet; beabsichtigen sie jedoch innerhalb einer angemessenen Frist aus dem Empfangsstaat auszureisen, so bleiben ihre Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten bis zu ihrer Ausreise bestehen.

(4) In bezug auf die von einem Mitglied des Konsulats in Wahrnehmung seiner dienstlichen Aufgaben vorgenommenen Handlungen bleibt die Immunität gemäß den Artikeln 15, 16 und 17 auf unbegrenzte Zeit bestehen.

(5) Stirbt ein Mitglied des Konsulats, so genießen seine Familienangehörigen weiterhin die ihnen nach diesem Vertrag zustehenden Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten bis zu ihrer Ausreise aus dem Empfangsstaat oder bis zum Ablauf einer hierfür gewährten angemessenen Frist.

Abschnitt IV

Konsularische Aufgaben

Artikel 27

Ein Konsul hat das Recht,

1. die Rechte und Interessen des Entsendestaates und seiner Staatsbürger zu vertreten und zu schützen;
2. zur Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat beizutragen;
3. die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat zu fördern.

Artikel 28

(1) Ein Konsul nimmt seine konsularischen Aufgaben im Konsularbezirk wahr. Die Ausübung dieser Aufgaben außerhalb des Konsularbezirkes bedarf der Zustimmung des Empfangsstaates.

(2) Ein Konsul kann sich bei der Wahrnehmung seiner konsularischen Aufgaben direkt an die zuständigen Staatsorgane/Behörden im Konsularbezirk wenden.

Artikel 29

Ein Konsul hat das Recht, nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates für die angemessene Vertretung der Staatsbürger des Entsendestaates vor den Gerichten und anderen Staatsorganen/Behörden zu sorgen und vorläufige Maßnahmen zur Wahrnehmung der Rechte und Interessen dieser Staatsbürger zu erwirken, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus einem anderen Grund ihre Rechte und Interessen nicht selbst rechtzeitig wahrnehmen können.

Artikel 30

Ein Konsul hat das Recht,

1. ein Verzeichnis der Staatsbürger des Entsendestaates, die ihren Wohnsitz oder Aufenthalt in seinem Konsularbezirk haben, zu führen;
2. in Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Anträge und Erklärungen entgegenzunehmen sowie Dokumente auszuhändigen;
3. für Staatsbürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern, zu ändern, einzuschränken, ungültig zu machen und zu entziehen;
4. Visa zu erteilen.

Artikel 31

(1) Ein Konsul hat das Recht,

1. Geburten- und Sterbebücher von Staatsbürgern des Entsendestaates zu führen;
2. Erklärungen über die Anerkennung der Vaterschaft außerhalb der Ehe geborener Kinder entgegenzunehmen und zu beurkunden, wenn der Anerkennende oder das Kind die Staatsbürgerschaft des Entsendestaates hat;
3. vorbereitende Maßnahmen zur Einleitung der Annahme an Kindes Statt zu treffen, wenn der Annehmende und das an Kindes Statt anzunehmende Kind Staatsbürger des Entsendestaates sind.

(2) Der Konsul verständigt die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates über Handlungen nach dem Absatz 1 Ziffer 1 und 2, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates erfordern.

Artikel 32

Ein Konsul hat das Recht,

1. Erklärungen von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beurkunden;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente, die einseitige Rechtsgeschäfte von Staatsbürgern des Entsendestaates betreffen, entgegenzunehmen, zu beurkunden und aufzubewahren;

3. Verträge, die zwischen Staatsbürgern des Entsendestaates geschlossen worden sind, entgegenzunehmen, zu beurkunden und aufzubewahren, sofern sie sich nicht auf die Begründung, Übertragung oder Aufhebung von Rechten an Liegenschaften im Empfangsstaat beziehen;

4. Unterschriften von Staatsbürgern des Entsendestaates auf Dokumenten sowie Abschriften von und Auszüge aus Dokumenten zu beglaubigen;

5. Dokumente, die von den zuständigen Staatsorganen/Behörden des Empfangsstaates ausgestellt und zur Verwendung im Entsendestaat bestimmt sind, zu legalisieren/überzubeglaubigen.

Artikel 33

Die von einem Konsul in Übereinstimmung mit Artikel 32 beurkundeten oder beglaubigten Erklärungen oder Dokumente besitzen im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft, als wären sie von den zuständigen Staatsorganen/Behörden des Empfangsstaates beurkundet oder beglaubigt, es sei denn, sie stehen mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates im Widerspruch.

Artikel 34

(1) Ein Konsul hat das Recht,

1. von Staatsbürgern des Entsendestaates Schriftstücke, Geld, Wertsachen und andere Gegenstände in Verwahrung zu nehmen;

2. Schriftstücke, Geld, Wertsachen und andere Gegenstände, die den Staatsbürgern des Entsendestaates während ihres Aufenthaltes im Empfangsstaat abhanden gekommen sind, von den Staatsorganen/Behörden des Empfangsstaates zur Übermittlung an die Eigentümer entgegenzunehmen.

(2) Die gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommenen Gegenstände dürfen aus dem Empfangsstaat nur ausgeführt werden, wenn dies den Rechtsvorschriften dieses Staates nicht widerspricht.

Artikel 35

(1) Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates verständigen den Konsul unverzüglich vom Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates.

(2) Im Fall des Absatzes 1 übersenden die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates dem Konsul eine gebührenfreie Sterbeurkunde.

(3) Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates haben dem Konsul alle verfügbaren Auskünfte über den Nachlaß eines im Empfangsstaat verstorbenen Staatsbürgers des Entsendestaates, die in Frage kommenden Erben, Vermächtnisnehmer und Pflichtteilsberechtigten, deren Wohnsitz oder Aufenthalt und das Vorhandensein einer letztwilligen Verfügung des Verstorbenen, zu erteilen.

(4) Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates werden den Konsul unverzüglich verständigen, wenn sich im Zusammenhang mit einem im Empfangsstaat eröffneten Nachlaßverfahren ergibt, daß Staatsbürger des Entsendestaates Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigte sind.

(5) Handelt es sich um den Nachlaß eines Staatsbürgers des Entsendestaates oder kommen Staatsbürger des Entsendestaates als Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigte in Betracht, so hat der Konsul das Recht,

1. an der Aufnahme eines Nachlaßinventars teilzunehmen;

2. mit den zuständigen Staatsorganen/Behörden des Empfangsstaates wegen Maßnahmen zur Sicherung, Erhaltung und Verwaltung des Nachlasses in Verbindung zu treten.

(6) Ist nach der Durchführung des Nachlaßverfahrens im Empfangsstaat bewegliches Nachlaßvermögen oder der Erlös aus beweglichem oder unbeweglichem Nachlaßvermögen einem Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigten zugesprochen worden, der seinen Wohnsitz im Entsendestaat hat und der an dem Nachlaßverfahren weder persönlich noch durch einen Bevollmächtigten teilgenommen hat, so wird dieses Vermögen oder der Erlös aus dem Verkauf dem Konsul zur Verfügung des Erben, des Vermächtnisnehmers oder des Pflichtteilsberechtigten übergeben.

(7) Das Vermögen oder der Verkaufserlös, die im Absatz 6 genannt sind, werden dem Konsul erst nach Bezahlung oder Sicherstellung der Nachlaßverbindlichkeiten, die innerhalb der nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates geltenden Fristen angemeldet worden sind, und der mit dem Nachlaß verbundenen Steuern übergeben.

(8) Die Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates übergeben einem Konsul die von einem Staatsbürger des Entsendestaates hinterlassenen Gegenstände, Geldmittel und Wertsachen, wenn dieser während eines vorübergehenden Aufenthalts im Empfangsstaat verstorben ist.

(9) Die Ausfuhr der in den Absätzen 7 und 8 genannten Vermögenswerte erfolgt unter der Beachtung der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 36

Ist für einen Staatsbürger des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat oder sich zeitweilig in diesem Staat aufhält, ein Vormund, Pfleger, Kurator oder Beistand zu bestellen, so hat der Konsul das Recht, eine geeignete Person vorzuschlagen.

Artikel 37

(1) Ein Konsul hat das Recht, mit Staatsbürgern des Entsendestaates zu verkehren sowie ihnen Rat und Hilfe zu erteilen einschließlich des Rechtes, ihnen einen Vertreter zu verschaffen. Der Empfangsstaat wird die Möglichkeit dieses Verkehrs ebenso wie den Zutritt zum Konsulat in keiner Weise beschränken.

(2) Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates unterstützen einen Konsul im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten bei der Einholung von Auskünften über den Aufenthalt von Staatsbürgern des Entsendestaates, um dem Konsul die Möglichkeit zu geben, mit diesen in Verbindung zu treten.

Artikel 38

(1) Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates werden den Konsul des Entsendestaates von jeder vorläufigen Festnahme, Verhaftung oder jedem sonstigen Entzug der persönlichen Freiheit eines Staatsbürgers des Entsendestaates unverzüglich, spätestens aber innerhalb von drei Tagen unterrichten, damit er die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen des Betroffenen ergreifen und damit der Betroffene den Schutz des Konsuls in Anspruch nehmen kann. Sie haben die vom Betroffenen an den Konsul gerichteten Mitteilungen unverzüglich weiterzuleiten.

(2) Ein Konsul hat das Recht, mit einem Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen, verhaftet oder dem die persönliche Freiheit auf irgendeine andere Art entzogen worden ist, zu verkehren, insbesondere ihn zu besuchen und mit ihm zu sprechen; er hat auch das Recht, dem Betroffenen bei der Bestellung eines Rechtsvertreters behilflich zu sein. Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates gewähren einem Konsul dieses Recht spätestens am vierten Tag nach dem Tag der vorläufigen Festnahme, Verhaftung oder des sonstigen Entzuges der persönlichen Freiheit und sodann in angemessenen Zeitabständen. Unbescha-

det seiner sonstigen Rechte auf Grund dieses Vertrages hat sich ein Konsul jedoch insoweit eines Einschreitens nach diesem Absatz zu enthalten, als der Betroffene dagegen ausdrücklich in Anwesenheit des Konsuls und eines Vertreters der zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates Einspruch erhebt.

(3) Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates werden den betroffenen Staatsbürger des Entsendestaates über die ihm nach diesem Artikel zustehenden Rechte unterrichten.

(4) Die in diesem Artikel genannten Rechte werden nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Bedingung ausgeübt, daß diese die Rechte nicht aufheben.

Artikel 39

(1) Ein Konsul hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen sowie in den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates Unterstützung und Hilfe zu leisten.

(2) Ein Konsul kann sich jederzeit an Bord eines Schiffes des Entsendestaates begeben, sofern es nicht unter Quarantäne gestellt worden ist. Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates sind vor dem Betreten des Schiffes des Entsendestaates durch einen Konsul dann zu verständigen, wenn die Abfertigung des Schiffes für den freien Verkehr mit dem Land noch nicht abgeschlossen ist. Dem Kapitän des Schiffes des Entsendestaates und den Besatzungsmitgliedern ist es gestattet, mit dem Konsul in Verbindung zu treten und ihn in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates aufzusuchen.

(3) Ein Konsul kann sich bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben in allen Fragen hinsichtlich eines Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder, der Passagiere und der Ladung an die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates wenden und diese um Hilfe ersuchen.

Artikel 40

(1) Ein Konsul hat das Recht,

1. unbeschadet der Rechte der zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates, alle während der Reise des Schiffes des Entsendestaates an Bord eingetretenen Vorkommnisse zu untersuchen und den Kapitän und die Besatzungsmitglieder darüber zu befragen;
2. jede Erklärung und jedes andere Dokument, das vom Entsendestaat im Zusammenhang mit Schiffen des Entsendestaates und ihrer Ladung vorgeschrieben ist, entgegenzunehmen, auszustellen, zu verlängern oder zu beglaubigen;
3. die Beachtung der die Schiffe des Entsendestaates und ihre Besatzung betreffenden Rechtsvorschriften des Entsendestaates auf den Schiffen dieses Staates sicherzustellen.

(2) Ein Konsul kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates gemeinsam mit dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied vor den zuständigen Staatsorganen/Behörden des Empfangsstaates auftreten.

Artikel 41

(1) Beabsichtigen die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates, an Bord eines Schiffes des Entsendestaates irgendeine Zwangsmaßnahme zu ergreifen oder dort eine amtliche Untersuchung durchzuführen, so setzen sie den Konsul hiervon in Kenntnis. Die Mitteilung hat vor Beginn der Maßnahme zu erfolgen, damit der Konsul bei deren Durchführung anwesend sein kann. Ist in dringenden Fällen eine Verständigung des Konsuls vor der Ergreifung der Maßnahme nicht möglich oder ist der Konsul bei der Durchführung der Maßnahme nicht anwesend, so werden ihn die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates unverzüglich von den durchgeführten Maßnahmen in Kenntnis setzen.

(2) Der Absatz 1 bezieht sich auf die Vernehmung des Kapitäns oder eines Mitglieds der Besatzung eines Schiffes des Entsendestaates an Land zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff.

(3) Dieser Artikel bezieht sich nicht auf die Zoll-, Paß- und Sanitätskontrolle sowie auf die Handlungen, die auf Ersuchen oder mit Zustimmung des Kapitäns des Schiffes erfolgen.

Artikel 42

(1) Erleidet ein Schiff des Entsendestaates in den Territorial- oder Binnengewässern des Empfangsstaates Schiffbruch, läuft es auf Grund, strandet es oder wird es von einer anderen Havarie betroffen, so verständigen die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates hiervon unverzüglich den Konsul und treffen alle notwendigen Maßnahmen zur Rettung von Schiff, Passagieren, Mannschaft, Ladung und Gegenständen, die einen Teil des Schiffes oder seiner Ladung darstellen und über Bord gegangen sind. Die zuständigen Staatsorgane/Behörden des Empfangsstaates verständigen den Konsul unverzüglich von den getroffenen Maßnahmen und leisten ihm die nötige Hilfe bei der Ergreifung aller weiteren Schritte, die infolge der Havarie des Schiffes erforderlich geworden sind.

(2) In den im Absatz 1 angeführten Fällen hat der Konsul das Recht, im Fall der Abwesenheit des Eigentümers oder einer anderen verfügungsberechtigten Person in deren Namen Maßnahmen zur Sicherung des Schiffes und seiner Ladung zu treffen. Gehört die Ladung eines Schiffes einem Staatsbürger des Entsendestaates, so hat der Konsul gleichfalls das Recht, im Fall der Abwesenheit des Eigentümers oder einer anderen verfügungsberechtigten Person in deren Namen solche Maßnahmen zu treffen.

(3) Ein havariertes Schiff des Entsendestaates, seine Ladung und Vorräte sind im Empfangsstaat von Zöllen, Gebühren und Abgaben unter der Voraussetzung befreit, daß sie nicht im Empfangsstaat belassen, sondern unter zollamtlicher Aufsicht wieder ausgeführt werden.

Artikel 43

Die Artikel 39 bis 42 werden sinngemäß auf Luftfahrzeuge des Entsendestaates angewendet.

Artikel 44

Ein Konsul darf jede andere, ihm vom Entsendestaat übertragene konsularische Funktion wahrnehmen, wenn der Empfangsstaat dagegen keinen Einspruch erhebt.

Artikel 45

(1) Ein Konsul ist berechtigt, im Empfangsstaat die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates für Amtshandlungen zu entrichtenden Gebühren zu erheben und sich entstandene Kosten erstatten zu lassen.

(2) Die vereinnahmten Beträge der im Absatz 1 genannten Gebühren sind im Empfangsstaat von allen Steuern und sonstigen Abgaben befreit.

Abschnitt V

Allgemeine Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 46

Alle Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates zu beachten.

Artikel 47

Fahrzeuge, die Eigentum des Entsendestaates sind und dem amtlichen Gebrauch des Konsulats dienen oder die Eigentum eines Mitglieds des Konsulats oder eines Familienangehörigen sind, sind im Empfangsstaat gegen Haftpflicht zu versichern.

Artikel 48

Werden konsularische Funktionen von Mitgliedern des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates im Empfangsstaat wahrgenommen, so ist dieser Vertrag anzuwenden, unbeschadet der Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die diesen auf Grund ihrer Stellung als Diplomaten im Empfangsstaat zustehen. Solche Mitglieder der diplomatischen Vertretung sind dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates zu notifizieren.

Artikel 49

Der Entsendestaat kann mit Zustimmung des Empfangsstaates konsularische Aufgaben für einen dritten Staat im Empfangsstaat wahrnehmen.

Artikel 50

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt am sechzigsten Tag nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Wien erfolgt, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag bleibt so lange in Kraft, bis ihn einer der Vertragsstaaten unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen in Berlin am 26. März 1975 in zwei Urschriften.

Für die Deutsche Demokratische Republik	**Für die Republik Österreich**
Oskar Fischer	Dr. Friedrich Bauer

Gesetz über den Konsularvertrag vom 28. April 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland

vom 19. Juni 1975

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 28. April 1975 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 47 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 19. Juni 1975 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunzehnten Juni neunzehnhundertfünfundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunzehnten Juni neunzehnhundertfünfundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph

Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Finnland haben, ausgehend von den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen, vom Wunsch geleitet, die Beziehungen auf konsularischem Gebiet zu regeln und zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen, beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik:
den Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten,

Ewald Moldt,

Der Präsident der Republik Finnland:
den Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten,

Paul Gustafsson,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Kapitel I

Definitionen

Artikel 1

(1) In diesem Vertrag haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. „Konsulat" bezeichnet ein Generalkonsulat, ein Konsulat und ein Vizekonsulat;
2. „Konsularbezirk" bezeichnet das Gebiet, auf dem ein Konsulat berechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben;
3. „Leiter des Konsulats" bezeichnet die mit dieser Funktion beauftragte Person; Leiter des Konsulats kann ein Generalkonsul, Konsul oder Vizekonsul sein;
4. „Konsularische Amtsperson" bezeichnet eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist. Als „konsularische Amtsperson" gilt auch eine Person, die in dieser Eigenschaft zum Praktikum in das Konsulat entsandt wurde;
5. „Mitarbeiter des Konsulats" bezeichnet eine Person, die im Konsulat administrative oder technische Funktionen ausübt, jedoch keine konsularische Amtsperson ist. Der Begriff „Mitarbeiter des Konsulats" umfaßt auch eine Person, die im Konsulat Aufgaben zur Versorgung erfüllt;
6. „Angehöriger des Konsulats" bezeichnet eine konsularische Amtsperson und einen Mitarbeiter des Konsulats;
7. „Familienangehöriger" bezeichnet den Ehegatten des Angehörigen des Konsulats, seine Kinder und Eltern und die seines Ehegatten, soweit diese Personen dem Haushalt des Angehörigen des Konsulats angehören und von ihm unterhalten werden;
8. „Konsularräumlichkeiten" bezeichnet Gebäude oder Gebäudeteile sowie dazugehörende Grundstücke, die ungeachtet der Eigentumsverhältnisse für konsularische Zwecke genutzt werden;
9. „Konsulararchiv" umfaßt den dienstlichen Schriftwechsel, Chiffré, Dokumente, Bücher und technische Arbeitsmittel des Konsulats sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung und ihrem Schutz bestimmt sind;
10. „Schiff des Entsendestaates" bezeichnet jedes zivile Wasserfahrzeug, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt;
11. „Luftfahrzeug des Entsendestaates" bezeichnet jedes zivile Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragungszeichen des Entsendestaates trägt.

(2) Staatsbürger des Entsendestaates sind die Personen, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft haben.

(3) Als juristische Personen des Entsendestaates gelten jene, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates gegründet worden sind.

Kapitel II

Einrichtung von Konsulaten, Ernennung und Abberufung von konsularischen Amtspersonen

Artikel 2

(1) Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung eingerichtet werden.

(2) Der Sitz des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk sowie die Zahl der Angehörigen des Konsulats werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

Artikel 3

(1) Vor Ernennung des Leiters des Konsulats durch den Entsendestaat ist hinsichtlich seiner Person das Einverständnis des Empfangsstaates auf diplomatischem Weg einzuholen.

(2) Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats. Darin sind die Vor- und Zunamen des Leiters des Konsulats, sein Rang sowie der Sitz des Konsulats und der Konsularbezirk zu bezeichnen.

(3) Der Leiter des Konsulats darf seine Funktionen erst nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben. Bis dahin kann der Empfangsstaat dem Leiter des Konsulats gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben. In diesem Fall gelten die Bestimmungen dieses Vertrages.

Artikel 4

(1) Wenn der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben kann oder die Stelle des Leiters des Konsulats zeitweilig unbesetzt ist, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines anderen Konsulats im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vor-

her durch den Entsendestaat auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.

(2) Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.

(3) Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt, bleiben seine diplomatischen Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten unberührt.

Artikel 5

(1) Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg die Vor- und Zunamen sowie den Rang einer jeden konsularischen Amtsperson mit, die eine andere Funktion als die des Leiters des Konsulats ausübt.

(2) Dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates ist die Ankunft und endgültige Abreise eines Angehörigen des Konsulats sowie der Familienangehörigen vorher zu notifizieren.

Artikel 6

Eine konsularische Amtsperson kann nur ein Staatsbürger des Entsendestaates sein, der seinen ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

Artikel 7

Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit auf diplomatischem Weg davon in Kenntnis setzen, daß das Exequatur beziehungsweise die andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückgezogen wird oder daß ein Angehöriger des Konsulats nicht erwünscht ist. Die Entscheidung bedarf keiner Begründung. In solchen Fällen hat der Entsendestaat die betreffende Person abzuberufen. Wenn der Entsendestaat im Laufe einer angemessenen Frist diese Person nicht abberuft, kann sich der Empfangsstaat weigern, sie als Angehörigen des Konsulats anzuerkennen.

Kapitel III

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 8

(1) Der Empfangsstaat behandelt einen Angehörigen des Konsulats mit der gebührenden Achtung und trifft die notwendigen Maßnahmen, um ihm die wirksame Ausübung seiner Funktionen zu gewährleisten.

(2) Der Empfangsstaat sichert, daß ein Angehöriger des Konsulats die Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die in diesem Vertrag vorgesehen sind, in Anspruch nehmen kann.

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat erweist dem Entsendestaat bei der Beschaffung von Konsularräumlichkeiten und Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats seinen Möglichkeiten entsprechend Hilfe und Unterstützung.

(2) Der Entsendestaat oder ein Angehöriger des Konsulats kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Konsularräumlichkeiten und Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats, soweit diese Staatsbürger des Entsendestaates sind und ihren ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben, erwerben, pachten oder mieten.

Artikel 10

(1) Am Gebäude des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in den offiziellen Sprachen des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.

(2) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates aufgezogen werden.

(3) Der Leiter des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates an seinen von ihm dienstlich benutzten Fahrzeugen führen.

Artikel 11

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten. Die Konsularräumlichkeiten dürfen jedoch nicht zu Zwecken genutzt werden, die mit dem Charakter und den Aufgaben des Konsulats unvereinbar sind.

(2) Die Konsularräumlichkeiten und die Residenz des Leiters des Konsulats sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten und die Residenz des Leiters des Konsulats ohne Einwilligung des Leiters des Konsulats, des Chefs der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von ihnen bevollmächtigten Person nicht betreten.

Artikel 12

Konsulararchive sind jederzeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich.

Artikel 13

(1) Das Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Das Konsulat kann alle allgemein üblichen Verbindungsmittel einschließlich diplomatische und konsularische Kuriere, diplomatisches und konsularisches Gepäck und verschlüsselte Nachrichten benutzen. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Funkstation bedarf der Genehmigung des Empfangsstaates. Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für das Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung.

(2) Der dienstliche Schriftverkehr des Konsulats und das Konsulargepäck sind unverletzlich und werden weder geöffnet noch zurückgehalten. Das Konsulargepäck muß als solches äußerlich sichtbar gekennzeichnet sein und darf nur dienstliche Schriftstücke oder für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten. Haben jedoch die zuständigen Organe des Empfangsstaates triftige Gründe für die Annahme, daß das Konsulargepäck etwas anderes als dienstliche Schriftstücke oder für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthält, so können sie vorschlagen, daß ein ermächtigter Vertreter des Entsendestaates die Sendung in ihrer Gegenwart öffnet. Wird dieser Vorschlag abgelehnt, so können sie die Rückbeförderung an den Absender fordern.

(3) Dem Konsularkurier, der ein offizielles Schriftstück besitzt, aus dem seine Stellung und die Anzahl der Kuriergepäckstücke ersichtlich sind, werden von dem Empfangsstaat die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt. Das gilt auch für den Konsularkurier ad hoc, jedoch erlöschen dessen Immunitäten, nachdem er das Konsulargepäck dem Empfänger ausgehändigt hat.

(4) Das Konsulargepäck kann auch dem Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden. Diese gelten jedoch nicht als Konsularkuriere. Das Konsulat kann einen Angehörigen des Konsulats beauftragen, Konsulargepäck unmittelbar vom Kommandanten

eines Luftfahrzeuges oder vom Kapitän eines Schiffes des Entsendestaates unter Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsbestimmungen entgegenzunehmen oder zu übergeben.

Artikel 14

(1) Der Leiter des Konsulats ist persönlich unverletzlich und der Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie Zwangsmaßnahmen anderer zuständiger Organe im Empfangsstaat nicht unterworfen.

(2) Absatz 1 gilt nicht bei Verfahren

1. wenn diese aus einem Vertrag entstehen, bei dessen Abschluß er nicht ausdrücklich oder sonst erkennbar im Auftrage des Entsendestaates gehandelt hat;
2. wenn diese von einem Dritten wegen eines Schadens angestrengt werden, der aus einem im Empfangsstaat mit einem Fahrzeug verursachten Unfall entstanden ist;
3. in bezug auf persönliches, im Empangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, sofern es nicht im Auftrage des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken genutzt wird;
4. in Nachlaßsachen, in denen er in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlaßverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftritt;
5. im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die er im Empfangsstaat neben seiner dienstlichen Funktion ausübt.

(3) Gegen den Leiter des Konsulats dürfen Vollstreckungsmaßnahmen in den im Absatz 2 vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit seiner Person und seiner Residenz zu beeinträchtigen.

(4) Für die Familienangehörigen des Leiters des Konsulats gelten die Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 3 entsprechend.

Artikel 15

(1) Eine konsularische Amtsperson, die nicht Leiter eines Konsulats ist, und ein Mitarbeiter des Konsulats genießen Immunität vor der Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie vor Zwangsmaßnahmen anderer zuständiger Organe im Empfangsstaat in bezug auf Handlungen, die in Wahrnehmung konsularischer Aufgaben vorgenommen wurden. Eine konsularische Amtsperson, die nicht Leiter eines Konsulats ist, darf weder vorläufig festgenommen, verhaftet noch einer sonstigen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden, es sei denn wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat, für die nach den Gesetzen des Empfangsstaates eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren oder eine strengere Strafe angedroht ist oder daß gegen ihn ein rechtskräftiges Urteil wegen einer solchen Straftat vollstreckt werden soll.

(2) Wird gegen einen Angehörigen des Konsulats ein Strafverfahren eingeleitet oder wird er vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen, haben die zuständigen Organe im Empfangsstaat unverzüglich den Leiter des Konsulats zu verständigen.

(3) Wird gegen eine konsularische Amtsperson ein Strafverfahren eingeleitet, so ist es mit der einer konsularischen Amtsperson auf Grund ihrer amtlichen Stellung gebührenden Rücksicht und in einer Weise zu führen, die die Wahrnehmung der konsularischen Aufgaben möglichst wenig beeinträchtigt.

(4) Die Immunität einer im Absatz 1 genannten Person erstreckt sich nicht auf Verfahren in den im Artikel 14 Absatz 2 genannten Fällen.

(5) Gegen eine im Absatz 1 genannte Person dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den im Artikel 14 Absatz 2 und im Artikel 15 Absatz 1 genannten Fällen getroffen werden.

Artikel 16

(1) Ein Angehöriger des Konsulats kann von den Gerichten oder anderen zuständigen Organen im Empfangsstaat als Zeuge geladen werden. Er ist jedoch nicht verpflichtet, Aussagen über Angelegenheiten zu machen, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Wenn ein Angehöriger des Konsulats sich weigert, zur Zeugenaussage vor den Gerichten oder anderen zuständigen Organen im Empfangsstaat zu erscheinen, so dürfen ihm gegenüber keinerlei Zwangsmaßnahmen oder Strafen angewandt werden.

(3) Die Gerichte oder andere zuständige Organe im Empfangsstaat, die die Zeugenaussage eines Angehörigen des Konsulats fordern, haben entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit dieser bei der Ausübung seiner dienstlichen Funktionen nicht behindert wird. Aussagen können daher mündlich oder schriftlich im Konsulat oder in der Wohnung eines Angehörigen des Konsulats entgegengenommen werden. Ein Angehöriger des Konsulats ist nicht verpflichtet, einen Eid oder Schwur abzulegen oder eine Versicherung abzugeben.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten analog für die Familienangehörigen eines Angehörigen des Konsulats.

Artikel 17

(1) Der Entsendestaat kann auf die für einen Angehörigen des Konsulats sowie seine Familienangehörigen in den Artikeln 14, 15 und 16 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß für jeden Einzelfall schriftlich erklärt werden.

(2) Erhebt ein Angehöriger des Konsulats, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießen würde, eine Klage, so kann er sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(3) Der Verzicht auf die Immunität in einem Verfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Vollstreckung der Entscheidung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 18

Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen werden im Empfangsstaat von öffentlichen und persönlichen Pflichtleistungen jeglicher Art befreit.

Artikel 19

Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Meldepflicht und den Erwerb einer Aufenthaltsberechtigung für Personen ergeben, die nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 20

(1) Der Entsendestaat und der Leiter des Konsulats sind von allen staatlichen oder kommunalen Steuern und Abgaben für

den Erwerb, das Eigentum und den Besitz von Konsularräumlichkeiten und der Residenz des Leiters des Konsulats befreit, mit Ausnahme von den Steuern und Abgaben, die als Vergütung für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden.

(2) Die im Absatz 1 genannte Befreiung gilt nicht für die Steuern und Abgaben, die nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates von einer Person zu entrichten sind, die mit dem Entsendestaat oder dem Leiter des Konsulats einen Vertrag schließt.

Artikel 21

(1) Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen sind von allen staatlichen oder kommunalen Steuern und Abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind:

1. indirekte Steuern und Abgaben, die gewöhnlich im Preis von Waren oder Dienstleistungen enthalten sind;
2. Steuern und sonstige Abgaben für privates, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, jedoch vorbehaltlich des Artikels 20;
3. Erbschaftssteuern für ererbtes Vermögen im Empfangsstaat, jedoch vorbehaltlich des Absatzes 2;
4. Steuern und sonstige Abgaben für private Einkünfte, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie Vermögenssteuern für Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen, die im Empfangsstaat ihren Sitz haben;
5. Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die als Vergütung für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
6. Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Beglaubigungs- und Hypothekengebühren sowie Stempelsteuern für unbewegliches Vermögen, jedoch vorbehaltlich des Artikels 20.

(2) Für bewegliches Vermögen eines verstorbenen Angehörigen des Konsulats oder eines seiner Familienangehörigen werden Erbschaftssteuern insoweit nicht erhoben, als sich dieses Vermögen nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Angehöriger des Konsulats oder als Familienangehöriger eines solchen in diesem Staat aufhielt.

Artikel 22

(1) Die Ein- und Ausfuhr von Gegenständen und Kraftfahrzeugen, die für den dienstlichen Gebrauch des Konsulats bestimmt sind, wird genehmigungsfrei und ohne Erhebung von Zöllen, Gebühren und Abgaben in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates gestattet, wie sie für diplomatische Vertretungen im Empfangsstaat angewandt werden.

(2) Die Ein- und Ausfuhr von Gegenständen und Kraftfahrzeugen, die für den persönlichen Gebrauch einer konsularischen Amtsperson sowie seiner Familienangehörigen einschließlich für die Erstausstattung des Haushalts bestimmt sind, wird genehmigungsfrei und ohne Erhebung von Zöllen, Gebühren und Abgaben in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates gestattet, wie sie für die Mitglieder des diplomatischen Personals diplomatischer Vertretungen im Empfangsstaat angewandt werden.

(3) Das persönliche Gepäck einer konsularischen Amtsperson sowie seiner Familienangehörigen ist von der Zollkontrolle befreit, sofern nicht ernsthafte Gründe für die Vermutung bestehen, daß es Gegenstände enthält, deren Ein- und Ausfuhr nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen gestattet ist. In diesem Falle ist eine Kontrolle nur in ihrem Beisein oder im Beisein eines Beauftragten möglich.

(4) Einem Mitarbeiter des Konsulats sowie seinen Familienangehörigen wird die Ein- und Ausfuhr von Gegenständen, die für die Erstausstattung des Haushalts bestimmt sind, und von Kraftfahrzeugen genehmigungsfrei und ohne Erhebung von Zöllen, Gebühren und Abgaben in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates gestattet, wie sie für die Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals diplomatischer Vertretungen im Empfangsstaat angewandt werden.

(5) Die in den Absätzen 1, 2 und 4 genannten Befreiungen von der Erhebung von Gebühren und Abgaben beziehen sich nicht auf die Kosten für die Aufbewahrung, Lagerung und den Transport von ein- oder ausgeführten Gegenständen und ähnliche Dienstleistungen.

Artikel 23

Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen genießen im Empfangsstaat Bewegungs- und Reisefreiheit, vorbehaltlich der Gebiete, in die die Einreise oder der Aufenthalt auf Grund der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht gestattet ist.

Artikel 24

Familienangehörige eines Angehörigen des Konsulats, die Staatsbürger des Empfangsstaates sind oder ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben, genießen nicht die in diesem Vertrag festgelegten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten. Das gilt auch für einen Mitarbeiter des Konsulats, der Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder der seinen ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, mit Ausnahme der im Artikel 16 Absatz 1 vorgesehenen Aussageverweigerung über Angelegenheiten, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktionen verbunden sind.

Kapitel IV

Konsularfunktionen

Artikel 25

Eine konsularische Amtsperson hat:

1. die Rechte und Interessen des Entsendestaates und seiner Staatsbürger, einschließlich der juristischen Personen, zu vertreten;
2. zur Entwicklung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat beizutragen;
3. auf andere Art und Weise die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat zu fördern.

Artikel 26

(1) Eine konsularische Amtsperson darf ihre konsularische Funktion nur im Konsularbezirk ausüben. Die Ausübung konsularischer Funktionen außerhalb des Konsularbezirkes bedarf in jedem Einzelfall der Zustimmung des Empfangsstaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen direkt an die zuständigen staatlichen Organe im Konsularbezirk wenden.

Artikel 27

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Staatsbürger des Entsendestaates ohne besondere Vollmacht

vor den Organen des Empfangsstaates zu vertreten oder Maßnahmen zu deren Vertretung zu treffen, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen ihre Rechte und Interessen nicht rechtzeitig wahrnehmen können. Dies trifft auch auf die Vertretung juristischer Personen des Entsendestaates zu. Die Vertretung gilt als beendet, wenn die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

Artikel 28

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Staatsbürger des Entsendestaates zu registrieren;
2. in Staatsbürgerschaftsfragen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Anträge entgegenzunehmen und Dokumente auszuhändigen;
3. für Staatsbürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verändern und zu erneuern;
4. Visa zu erteilen.

Artikel 29

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Ehe-, Geburten- und Sterberegister von Staatsbürgern des Entsendestaates zu führen;
2. Ehen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu schließen, wenn die Eheschließenden beide Staatsbürger des Entsendestaates sind und die Eheschließung nicht im Widerspruch zu den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates steht;
3. Urkunden zur Anerkennung außerhalb der Ehe geborener Kinder, unabhängig von der Staatsbürgerschaft und vom Alter der Kinder, entgegenzunehmen, vorausgesetzt, daß die Urkunde von einem Staatsbürger des Entsendestaates unterschrieben wurde.

(2) Die konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen, die im Absatz 1 festgelegt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen.

Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Erklärungen von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beurkunden;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente, die einseitige Rechtsgeschäfte von Staatsbürgern des Entsendestaates betreffen, entgegenzunehmen, zu beurkunden und aufzubewahren;
3. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen, zu beurkunden und aufzubewahren, sofern sie sich nicht auf die Begründung, Übertragung oder Aufhebung von Rechten an Liegenschaften im Empfangsstaat beziehen;
4. Unterschriften von Staatsbürgern des Entsendestaates auf Dokumenten sowie Abschriften von und Auszüge aus Dokumenten zu beglaubigen;
5. Dokumente, die von den zuständigen Organen oder Amtspersonen des Empfangsstaates ausgestellt und zur Verwendung im Entsendestaat bestimmt sind, zu legalisieren;
6. auch andere notarielle Handlungen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, vorzunehmen.

Artikel 31

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 30 ausgefertigten Urkunden und beurkundeten oder beglaubigten Verträge, Auszüge, Kopien und anderen Dokumente sowie die von ihr beglaubigten Übersetzungen besitzen im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft, als wenn sie von den zuständigen Organen des Empfangsstaates ausgefertigt, übersetzt, beurkundet oder beglaubigt wurden, sofern sie nicht zu den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates im Widerspruch stehen.

Artikel 32

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. von Staatsbürgern des Entsendestaates Dokumente, Geld, Wertsachen und andere ihnen gehörende Gegenstände in Verwahrung zu nehmen;
2. Dokumente, Geld, Wertsachen und andere Gegenstände, die Staatsbürgern des Entsendestaates während ihres Aufenthaltes im Empfangsstaat abhanden gekommen sind, von den Organen des Empfangsstaates zur Übermittlung an die Eigentümer entgegenzunehmen.

(2) Die gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommenen Gegenstände dürfen aus dem Empfangsstaat nur in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieses Staates ausgeführt werden.

Artikel 33

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson unverzüglich vom Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates und übersenden eine gebührenfreie Sterbeurkunde.

(2) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates teilen einer konsularischen Amtsperson unverzüglich Angaben über das Nachlaßvermögen eines im Empfangsstaat verstorbenen Staatsbürgers des Entsendestaates, über das Vorhandensein eines Testamentes sowie über Personen, die ein berechtigtes Interesse am Nachlaß haben, mit.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates verständigen eine konsularische Amtsperson, wenn es sich im Zusammenhang mit einem Nachlaßverfahren im Empfangsstaat ergibt, daß Staatsbürger des Entsendestaates berechtigte Interessen am Nachlaß haben, unabhängig davon, wo sich der Nachlaß befindet.

(4) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates treffen die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz des in den Absätzen 2 und 3 genannten Nachlasses, soweit er sich im Empfangsstaat befindet, und informieren darüber eine konsularische Amtsperson.

(5) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, sich zur Einleitung von Maßnahmen zum Schutz des in den Absätzen 2 und 3 genannten Nachlasses, soweit er sich im Empfangsstaat befindet, an die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu wenden besonders im Zusammenhang mit

1. allen Maßnahmen zur Vorbeugung einer Beschädigung des Nachlasses, einschließlich des Verkaufs des beweglichen Vermögens;
2. Bestellung eines Nachlaßverwalters oder eines Nachlaßpflegers.

(6) Ist nach der Durchführung des Nachlaßverfahrens im Empfangsstaat bewegliches Nachlaßvermögen oder der Erlös aus dem Verkauf von beweglichem oder unbeweglichem Nachlaßvermögen einem Staatsbürger des Entsendestaates zugesprochen worden, der seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, so wird dieses Vermögen oder der Erlös aus dessen Verkauf einer konsularischen Amtsperson zur Weiterleitung an diesen übergeben.

(7) Das Vermögen oder der Verkaufserlös gemäß Absatz 6 werden einer konsularischen Amtsperson erst nach Bezahlung oder Sicherstellung der Nachlaßverbindlichkeiten, die innerhalb der nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates geltenden Fristen angemeldet wurden, und der mit dem Nachlaß verbundenen Steuern übergeben.

(8) Die Organe des Empfangsstaates übergeben einer konsularischen Amtsperson die von einem Staatsbürger des Entsendestaates hinterlassenen Gegenstände, wenn dieser während eines vorübergehenden Aufenthalts im Empfangsstaat verstorben ist und die Übergabe an Familienmitglieder oder einen Bevollmächtigten nicht möglich ist.

(9) Die Ausfuhr der in den Absätzen 7 und 8 genannten Vermögenswerte erfolgt unter Beachtung der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 34

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Rechte und Interessen eines Minderjährigen oder eines nicht voll geschäftsfähigen Staatsbürgers des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, wahrzunehmen. Die konsularische Amtsperson hat die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Bestellung eines Vormundes, Pflegers oder Vermögensverwalters zu informieren.

(2) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson über Fälle, in denen es notwendig ist, einen Vormund oder Pfleger für einen Staatsbürger des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, zu bestellen. Das gleiche gilt für die Bestellung eines Vermögensverwalters, wenn sich das Vermögen im Empfangsstaat befindet.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates sind berechtigt, zum Schutz der Interessen eines Minderjährigen oder eines nicht voll geschäftsfähigen Staatsbürgers des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, vorläufig notwendige Maßnahmen zu treffen. Wenn die konsularische Amtsperson den zuständigen Organen des Empfangsstaates mitteilt, daß seitens des Entsendestaates kein Vormund, Pfleger oder Vermögensverwalter bestellt wird, können die zuständigen Organe des Empfangsstaates einen Vormund, Pfleger oder Vermögensverwalter bestellen. Eine konsularische Amtsperson kann den zuständigen Organen des Empfangsstaates in diesem Falle eine geeignete Person dafür vorschlagen.

Artikel 35

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit jedem Staatsbürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten, sich mit ihm zu treffen, ihm Unterstützung im Verkehr mit den Organen des Empfangsstaates zu leisten und ihm Hilfe und die Unterstützung eines Rechtsanwaltes oder einer anderen Person zu sichern sowie einen Dolmetscher zu vermitteln.

(2) Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise die Beziehungen und den Zutritt eines Staatsbürgers des Entsendestaates zum Konsulat ein.

(3) Die Organe des Empfangsstaates unterstützen eine konsularische Amtsperson beim Erhalt von Informationen über Personen, die ausschließlich die Staatsbürgerschaft des Entsendestaates besitzen, damit sich die konsularische Amtsperson mit diesen in Verbindung setzen oder treffen kann. Das bezieht sich auch auf den Kapitän und die Besatzungsmitglieder eines Schiffes sowie auf den Kommandanten und die Besatzung eines Luftfahrzeuges des Entsendestaates, sofern sie nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 36

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson innerhalb von drei Tagen über die vorläufige Festnahme, Verhaftung oder eine andere Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Staatsbürgers des Entsendestaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, eine Freiheitsstrafe verbüßt oder dessen persönliche Freiheit in anderer Form eingeschränkt wurde, innerhalb von vier Tagen zu besuchen und mit ihm Verbindung zu unterhalten. Das Recht wird wiederholt gewährt und in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates verwirklicht. Diese dürfen jedoch die in diesem Vertrag festgelegten Rechte der konsularischen Amtsperson nicht aufheben. Lehnt ein Staatsbürger des Entsendestaates, dessen persönliche Freiheit im Empfangsstaat in irgendeiner Form eingeschränkt ist, den Besuch durch eine konsularische Amtsperson ab, so hat diese das Recht, die Ablehnung durch diesen Staatsbürger in jedem Einzelfall persönlich entgegenzunehmen.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren unverzüglich den Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, eine Freiheitsstrafe verbüßt oder dessen persönliche Freiheit in anderer Form eingeschränkt wurde, über die Bestimmungen in den Absätzen 1 und 2.

Artikel 37

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in ihrem Konsularbezirk einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates Unterstützung und Hilfe zu geben.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in ihrem Konsularbezirk jederzeit an Bord eines Schiffes des Entsendestaates begeben, sofern es nicht unter Quarantäne gestellt wurde. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates sind vor dem Betreten des Schiffes des Entsendestaates durch eine konsularische Amtsperson in den Fällen zu informieren, in denen die Abfertigung des Schiffes für den freien Verkehr mit dem Land noch nicht abgeschlossen ist. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder haben das Recht, mit der konsularischen Amtsperson in Verbindung zu treten und in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates das Konsulat zu besuchen.

(3) Eine konsularische Amtsperson kann sich in ihrem Konsularbezirk in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich eines Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder, der Passagiere und der Ladung an die zuständigen Organe des Empfangsstaates wenden und um Hilfe ersuchen.

Artikel 38

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Vorkommnisse, die auf der Reiseroute an Bord des Schiffes des Entsendestaates vorgefallen sind, zu untersuchen, den Kapitän und die Besatzungsmitglieder zu befragen, Schiffsdokumente zu überprüfen und Erklärungen über die Reiseroute und das Ziel des Schiffes, den Seeprotest entgegenzunehmen und Verklarungen vorzunehmen;
2. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied, einschließlich der Streitfragen über den Lohn und den Heuervertrag, zu klären sowie Maßnahmen

zur Anheuerung oder zur Entlassung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitgliedes zu treffen, sofern das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;

3. Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitgliedes oder eines Passagiers zu treffen oder deren Rückführung in den Entsendestaat zu veranlassen;
4. Erklärungen oder Dokumente, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates und des Empfangsstaates der Schiffsladung bezüglich der Schiffe und ihrer Ladung vorgesehen sind, entgegenzunehmen, auszustellen oder zu beglaubigen, beziehungsweise ihre Gültigkeitsdauer nach Aufforderung durch die zuständigen Organe des Entsendestaates zu verlängern und die hierfür erforderlichen Gebühren zu erheben.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates gemeinsam mit dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied vor Gerichten und anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates aufzutreten, ihnen Hilfe zu erweisen sowie einen Dolmetscher für sie zu vermitteln.

Artikel 39

(1) Beabsichtigen die Gerichte oder andere zuständige Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen oder eine andere Untersuchung an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen, ist die konsularische Amtsperson durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates vorher zu verständigen, damit sie bei der Durchführung dieser Handlungen anwesend sein kann. Läßt die Dringlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen eine vorherige Benachrichtigung nicht zu, so sind die zuständigen Organe des Empfangsstaates verpflichtet, der konsularischen Amtsperson über die Vorkommnisse und über die durchgeführten Handlungen eine schriftliche Information zu geben.

(2) Die Festlegungen im Absatz 1 finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff des Entsendestaates durch die zuständigen Organe an Land vernommen werden sollen.

(3) Die Festlegungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei üblichen Zoll-, Paß- und Hygienekontrollen sowie bei Maßnahmen, die auf Ersuchen oder mit Zustimmung des Kapitäns des Schiffes getroffen werden.

Artikel 40

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates setzen eine konsularische Amtsperson umgehend davon in Kenntnis, wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates hat, und benachrichtigen sie über die Maßnahmen, die zur Rettung und Bergung von Menschen, Schiff und Ladung getroffen wurden. Eine konsularische Amtsperson kann dem Schiff des Entsendestaates, dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe erweisen sowie Maßnahmen zur Sicherstellung der Ladung und zur Reparatur des Schiffes treffen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann im Namen des Eigentümers des Schiffes des Entsendestaates Maßnahmen ergreifen, die der Eigentümer des Schiffes oder der Ladung selbst hätte veranlassen können, wenn weder der Kapitän noch der Eigentümer des Schiffes, sein Agent oder die zuständige Versicherungsanstalt in der Lage sind, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder seine Ladung zu treffen.

(3) Die Festlegungen der Absätze 1 und 2 gelten auch für Gegenstände, die Eigentum eines Staatsbürgers des Entsendestaates sind und sich auf einem Schiff des Empfangsstaates oder eines dritten Staates befanden, an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wurden.

(4) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates erweisen einer konsularischen Amtsperson bei den von ihr zu ergreifenden Maßnahmen, die mit der Havarie eines Schiffes des Entsendestaates im Zusammenhang stehen, jede notwendige Unterstützung.

(5) Ein havariertes Schiff des Entsendestaates, seine Ladung und Vorräte sind im Empfangsstaat von Zöllen, Gebühren und Abgaben befreit, wenn sie nicht zur Verwendung in diesem Staat verbleiben.

Artikel 41

Die Artikel 37—40 dieses Vertrages werden sinngemäß auf Luftfahrzeuge des Entsendestaates angewandt.

Artikel 42

Eine konsularische Amtsperson kann außer den in diesem Vertrag vorgesehenen Funktionen andere konsularische Funktionen ausüben, mit denen sie vom Entsendestaat beauftragt wurde, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.

Artikel 43

Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, im Empfangsstaat Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

Kapitel V

Allgemeine Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 44

Alle Personen, die gemäß diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Empfangsstaates einmischen. Sie sind verpflichtet, unbeschadet ihrer Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrsbestimmungen und der Versicherungsvorschriften für Kraftfahrzeuge, einzuhalten.

Artikel 45

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten auch für die konsularische Tätigkeit der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates. Für die Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die mit der Ausübung konsularischer Funktionen betraut wurden, gelten die in diesem Vertrag angeführten Rechte und Pflichten der konsularischen Amtspersonen. Diese Diplomaten sind dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates zu notifizieren. Sehen die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Übergabe eines Patents und die Ausstellung eines Exequaturs vor, so ist dieses kostenlos auszustellen.

(2) Die Wahrnehmung konsularischer Funktionen durch Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung gemäß Absatz 1 berührt nicht ihre Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die sie als Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung genießen.

Artikel 46

Der Entsendestaat kann mit dem Einverständnis des Empfangsstaates die Ausübung konsularischer Funktionen im Empfangsstaat für einen dritten Staat übernehmen.

Artikel 47

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt am 30. Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Helsinki erfolgt, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag bleibt bis zum Ablauf von sechs Monaten in Kraft, gerechnet von dem Tage ab, an dem eine der Hohen Vertragschließenden Seiten der anderen Hohen Vertragschließenden Seite die Kündigung des Vertrages notifiziert.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 28. April 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und finnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Deutsche Demokratische Republik	Für die Republik Finnland
Ewald Moldt	Paul Gustafsson

SAKSAN DEMOKRAATTISEN TASAVALLAN JA SUOMEN TASAVALLAN VÄLINEN KONSULISOPIMUS

Saksan Demokraattinen Tasavalta ja Suomen Tasavalta,

pitäen lähtökohtana Yhdistyneiden Kansakuntien Peruskirjan periaatteita ja päämääriä,

haluten säännellä maiden välisiä konsulisuhteita ja kehittää edelleen maiden välisiä ystävällisiä suhteita,

ovat päättäneet tehdä tämän konsulisopimuksen ja ovat tässä tarkoituksessa määränneet valtuutetuikseen:

Saksan Demokraattisen Tasavallan Valtion Neuvoston Puheenjohtaja:

Varaulkoasiainministeri
Ewald Moldt'n

Suomen Tasavallan Presidentti:

Ulkoasiainministeriön osastopäällikkö
Paul Gustafssonin,

jotka, vaihdettuaan oikeassa ja asianmukaisessa muodossa olevat valtakirjansa, ovat sopineet seuraavasta:

I Luku

Määritelmät

1 artikla

(1) Tässä sopimuksessa on jäljempänä luetelluilla sanonnoilla seuraava merkitys:

1. „konsuliedustusto" tarkoittaa pääkonsulinvirastoa, konsulinvirastoa ja varakonsulinvirastoa;
2. „konsulipiiri" tarkoittaa toimialuetta, jossa konsuliedustusto on oikeutettu suorittamaan konsulitehtäviä;
3. „konsuliedustuston päällikkö" tarkoittaa henkilöä, joka on määrätty toimimaan tässä ominaisuudessa; konsuliedustuston päällikkönä voi olla joko pääkonsuli, konsuli tai varakonsuli;
4. „konsulivirkamies" tarkoittaa henkilöä, jonka tehtäväksi on annettu hoitaa konsulitehtäviä, mukaan luettuna konsuliedustuston päällikkö. „Konsulivirkamies" on myös henkilö, joka siinä ominaisuudessa on lähetetty harjoittelijaksi konsuliedustustoon;
5. „konsuliedustuston toimihenkilö" tarkoittaa konsuliedustuston hallinnollisia tai teknisiä tehtäviä suorittavaa henkilöä, joka ei kuitenkaan ole konsulivirkamies. Sanonta „konsuliedustuston toimihenkilö" tarkoittaa myös henkilöä, joka suorittaa konsuliedustustossa palvelustehtäviä;
6. „konsuliedustuston jäsen" tarkoittaa konsulivirkamiestä ja konsuliedustuston toimihenkilöä;
7. „perheenjäsen" tarkoittaa konsuliedustuston jäsenen aviopuolisoa, lapsia ja vanhempia sekä aviopuolison vanhempia, sikäli kuin nämä henkilöt kuuluvat konsuliedustuston jäsenen talouteen ja hän elättää heitä;
8. „konsuliedustuston tilat" tarkoittaa niitä rakennuksia tai rakennusten osia ja niihin liittyviä tontteja, joita omistussuhteista riippumatta käytetään konsuliedustuston tarpeisiin;
9. „konsuliedustuston arkisto" sisältää konsuliedustuston virkakirjeenvaihdon salakirjoitusvälineet, asiakirjat, kirjat ja tekniset työvälineet sekä niiden säilyttämiseen ja suojelemiseen tarkoitetut esineet;
10. „lähettäjävaltion alus" tarkoittaa jokaista siviilivesikulkuneuvoa, joka laillisesti käyttää lähettäjävaltion lippua;
11. „lähettäjävaltion ilma-alus" tarkoittaa jokaista siviiliilmaalusta, joka laillisesti käyttää lähettäjävaltion kansallisuus- ja rekisteritunnuksia.

(2) Lähettäjävaltion kansalaisia ovat ne henkilöt, joilla tämän valtion oikeussäännösten mukaan on sen kansalaisuus.

(3) Lähettäjävaltion oikeushenkilöitä ovat ne, jotka on perustettu lähettäjävaltion oikeussäännösten mukaan.

II Luku

Konsuliedustuston perustaminen, konsulivirkamiesten nimittäminen ja poiskutsuminen

2 artikla

(1) Konsuliedustusto voidaan perustaa vastaanottajavaltioon ainoastaan tämän suostumuksella.

(2) Lähettäjä- ja vastaanottajavaltio sopivat keskenään konsuliedustuston sijaintipaikasta, sen arvoluokasta, toimipiiristä sekä konsuliedustuston jäsenten lukumäärästä.

3 artikla

(1) Ennen lähettäjävaltion toimesta tapahtuvaa konsuliedustuston päällikön nimittämistä on hankittava diplomaattista tietä konsuliedustuston päällikön henkilöä koskeva vastaanottajavaltion hyväksyminen.

(2) Lähettäjävaltio toimittaa vastaanottajavaltiolle diplomaattista tietä konsuliedustuston päällikön nimittämistä koskevan konsulivaltakirjan tai muun asiakirjan. Valtakirjassa on mainittava konsuliedustuston päällikön etu- ja sukunimet, hänen arvoluokkansa sekä konsuliedustuston sijaintipaikka ja toimipiiri.

(3) Konsuliedustuston päällikkö saa hoitaa tehtäviään vasta sen jälkeen, kun vastaanottajavaltio on myöntänyt eksekvatuurin tai muun luvan. Tämän myöntämiseen saakka vastaanottajavaltio voi sallia konsuliedustuston päällikön hoitaa tehtäviään väliaikaisesti. Siinä tapauksessa noudatetaan tämän sopimuksen määräyksiä.

4 artikla

(1) Mikäli konsuliedustuston päällikkö jostain syystä on estynyt hoitamasta tehtäviään tai konsuliedustuston päällikön virka on tilapäisesti täyttämättä, lähettäjävaltio voi valtuuttaa kyseisen konsuliedustuston konsulivirkamiehen tai vastaanottajavaltiossa olevan muun konsuliedustustonsa konsulivirkamiehen tai siellä olevan diplomaattisen edustustonsa diplomaattisen henkilökunnan jäsenen toimimaan väliaikaisesti konsuliedustuston päällikkönä. Lähettäjavaltion on etukäteen diplomaattista tietä saatettava tämä vastaanottajavaltion tietoon.

(2) Konsuliedustuston väliaikaiseksi päälliköksi määrätty henkilö nauttii samoja oikeuksia, helpotuksia, erioikeuksia ja -vapauksia, jotka kuuluvat tämän sopimuksen mukaan konsuliedustuston päällikölle.

(3) Mikäli lähettäjävaltion diplomaattisen edustuston diplomaattisen henkilökunnan jäsen määrätään konsuliedustuston väliaikaiseksi päälliköksi, säilyvät hänen diplomaattiset helpotuksensa, erioikeutensa ja -vapautensa koskemattomina.

5 artikla

(1) Lähettäjävaltio ilmoittaa vastaanottajavaltiolle diplomaattista tietä jokaisen muuta kuin konsuliedustuston päällikön tehtäviä hoitavan konsulivirkamiehen etu- ja sukunimet sekä arvoluokan.

(2) Vastaanottajavaltion ulkoasiainministeriölle on ilmoitettava etukäteen konsuliedustuston jäsenen ja perheenjäsenen saapumisesta ja lopullisesta lähdöstä.

6 artikla

Konsulivirkamies voi olla vain lähettäjävaltion kansalainen, jonka vakinainen asuinpaikka ei ole vastaanottajavaltiossa.

7 artikla

Vastaanottajavaltio voi milloin tahansa saattaa diplomaattista tietä lähettäjävaltion tietoon konsuliedustuston päällikön eksekvatuurin tai muun luvan peruuttamisen tai, että konsuliedustuston jäsen ei ole toivottu henkilö. Päätöstä ei tarvitse perustella. Tällaisissa tapauksissa on lähettäjävaltion kutsuttava asianomainen henkilö pois. Ellei lähettäjävaltio kohtuullisessa ajassa kutsu pois tätä henkilöä, vastaanottajavaltio voi kieltäytyä tunnustamasta häntä konsuliedustuston jäseneksi.

III Luku

Helpotukset, erioikeudet ja -vapaudet

8 artikla

(1) Vastaanottajavaltio kohtelee konsuliedustuston jäsentä asiaankuuluvalla arvonannolla ja ryhtyy tarpeellisiin toimenpiteisiin taatakseen hänen tehtäviensä tehokkaan hoitamisen.

(2) Vastaanottajavaltio takaa, että konsuliedustuston jäsen voi käyttää hyväkseen niitä helpotuksia, erioikeuksia ja -vapauksia, joista tässä sopimuksessa on sovittu.

9 artikla

(1) Vastaanottajavaltio antaa mahdollisuuksiensa mukaan apua ja tukea lähettäjävaltiolle konsuliedustuston tilojen ja konsuliedustuston jäsenten asuntojen hankkimisessa.

(2) Lähettäjävaltio tai konsuliedustuston jäsen voi vastaanottajavaltion oikeussäännösten mukaisesti hankkia tai vuokrata konsuliedustuston tiloja ja asuntoja konsuliedustuston jäsenille, sikäli kuin he ovat lähettäjävaltion kansalaisia eikä heillä ole pysyvää asuinpaikkaa vastaanottajavaltiossa.

10 artikla

(1) Konsuliedustuston rakennnukseen voidaan kiinnittää valtion vaakuna ja konsuliedustustoa osoittava kilpi lähettäjä- ja vastaanottajavaltion virallisilla kielillä.

(2) Lähettäjävaltion lippua voidaan käyttää konsuliedustusto-rakennuksessa sekä konsuliedustuston päällikön virka-asunnossa.

(3) Konsuliedustuston päällikkö voi käyttää lähettäjävaltion lippua virkakulkuneuvoissaan.

11 artikla

(1) Vastaanottajavaltio takaa konsuliedustuston tilojen suojelun. Konsuliedustuston tiloja ei kuitenkaan saa käyttää tarkoituksiin, jotka ovat ristiriidassa konsuliedustuston luonteen ja tehtävien kanssa.

(2) Konsuliedustuston tilat ja konsuliedustuston päällikön virka-asunto ovat loukkaamattomat.

Vastaanottajavaltion viranomaiset eivät saa ilman lähettäjävaltion konsuliedustuston tai diplomaattisen edustuston päällikön tai heidän valtuuttamansa henkilön suostumusta tulla konsuliedustuston tiloihin eivätkä konsuliedustuston päällikön virka-asuntoon.

12 artikla

Konsuliedustuston arkistot ovat aina loukkaamattomat riippumatta niiden sijaintipaikasta.

13 artikla

(1) Konsuliedustustolla on oikeus olla yhteydessä lähettäjävaltion hallitukseen tai diplomaattisiin edustustoihin ja muihin konsuliedustustoihin niiden sijaintipaikasta riippumatta. Konsuliedustusto voi käyttää kaikkia yleisiä viestiyhteyksiä, mukaanluettuina diplomaatti- ja konsulikuriirit, diplomaattija konsulilähetykset sekä salasanomat. Radioaseman asentamiseen ja käyttöön ottamiseen tarvitaan vastaanottajavaltion suostumus. Konsuliedustustoon sovelletaan samoja tariffeja yleisten viestiyhteyksien käytöstä kuin diplomaattiseen edustustoon.

(2) Konsuliedustuston virkakirjeenvaihto ja konsulilähetykset ovat loukkaamattomat eikä niitä saa avata eikä viivyttää. Konsulilähetyksen tulee olla ulkonaisesti havaittavasti sellaiseksi merkitty, ja se saa sisältää vain virallisia asiapapereita tai virkakäyttöön tarkoitettuja esineitä. Jos vastaanottajaval-

tion asianomaisilla viranomaisilla on kuitenkin perusteltua syytä olettaa konsulilähetyksen sisältävän muuta kuin viralisia asiapapereita tai virkakäyttöön tarkoitettuja esineitä, he voivat ehdottaa, että lähettäjävaltion valtuutettu edustaja avaa heidän läsnäollessaan tällaisen lähetyksen. Jos tähän pyyntöön ei suostuta, he voivat vaatia lähetyksen palauttamista lähettäjälle.

(3) Vastaanottajavaltio myöntää konsulikuriirille, jolla on hänen asemansa ja kuriirilähetysten lukumäärän näkyvästi osoittava virallinen asiakirja, samat oikeudet, erioikeudet ja -vapaudet kuin lähettäjävaltion diplomaattisille kuriireille.

Tätä sovelletaan myös konsulikuriiriin ad hoc, jonka erivapaudet kuitenkin lakkaavat sen jälkeen, kun hän on luovuttanut konsulilähetyksen vastaanottajalle.

(4) Konsulilähetys voidaan uskoa myös ilma-aluksen tai aluksen päällikölle. Heitä ei pidetä kuitenkaan konsulikuriireina. Konsuliedustusto voi antaa konsuliedustuston jäsenelle tehtäväksi vastaanottaa konsulilähetyksen välittömästi lähettäjävaltion ilma-aluksen tai aluksen päälliköltä tai luovuttaa se tälle asianmukaiset turvallisuusmääräykset huomioon ottaen.

14 artikla

(1) Konsuliedustuston päällikkö on henkilökohtaisesti loukkaamaton eikä hän ole vastaanottajavaltion rikos-, siviili- ja hallintotuomiovallan eikä muiden asianomaisten viranomaisten pakkotoimenpiteiden alainen.

(2) Mitä (1)-kohdassa on määrätty, ei sovelleta oikeudenkäyntiin

1. joka aiheutuu sopimuksesta, jota tehdessä hän ei ole nimenomaisesti tai muutoin havaittavasti toiminut lähettäjävaltion toimeksiannosta;
2. jota kolmas henkilö ajaa vahingosta, mikä on johtunut kulkuneuvon vastaanottajavaltiossa aiheuttamasta onnettomuudesta;
3. joka koskee henkilökohtaista vastaanottajavaltiossa olevaa kiinteätä omaisuutta, ellei sitä käytetä lähettäjävaltion toimeksiannosta konsuliedustuston tarpeisiin;
4. joka koskee jäämistöasiaa, jossa hän esiintyy yksityishenkilönä eikä lähettäjävaltion nimissä testamentin toimeenpanijana, pesänselvittäjänä, perillisenä tai testamentin saajana;
5. joka liittyy hänen vastaanottajavaltiossa virallisten tehtäviensä ohella harjoittamaan vapaaseen ammatti- tai liiketoimintaan.

(3) Konsuliedustuston päällikköön voidaan kohdistaa täytäntöönpanotoimenpiteitä (2)-kohdassa mainituissa tapauksissa ja vain sillä ehdolla, että ne voidaan toteuttaa puuttumatta hänen henkilönsä tai virka-asuntonsa loukkaamattomuuteen.

(4) Konsuliedustuston päällikön perheenjäseniin sovelletaan (1) — (3)-kohtien säännöksiä.

15 artikla

(1) Konsulivirkamies, joka ei ole konsuliedustuston päällikkö, ja konsuliedustuston toimihenkilö nauttivat erivapauksia vastaanottajavaltion rikos-, siviili- ja hallintotuomiovallasta kuten muiden asianomaisten viranomaisten pakkotoimenpiteistä toimintojen osalta, jotka on suoritettu konsuliedustuston tehtävien hoitamiseksi.

Konsulivirkamiestä, joka ei ole konsuliedustuston päällikkö, ei saa väliaikaisesti pidättää tai vangita eikä alistaa henkilökohtaisen vapautensa muunlaiseen rajoittamiseen, paitsi tahallisesti suoritetun rikoksen vuoksi, josta vastaanottajavaltion lakien mukaan saattaa seurata viiden vuoden tai ankarampi vapausrangaistus tai että häntä vastaan pannaan täytäntöön oikeusvoimainen tuomio sellaisesta rikoksesta.

(2) Jos konsuliedustuston jäsentä vastaan aloitetaan rikosoikeudenkäynti tai hänet pidätetään väliaikaisesti, vangitaan tai alistetaan henkilökohtaisen vapautensa muunlaiseen rajoittamiseen, vastaanottajavaltion asianomaisten viranomaisten on ilmoitettava tästä välittömästi konsuliedustuston päällikölle.

(3) Jos konsulivirkamiestä vastaan aloitetaan rikosoikeudenkäynti, niin se on suoritettava konsulivirkamiehelle virka-asemansa perusteella kuuluvalla kunnioituksella ja sillä tavalla, että konsuliedustuston tehtävien hoitoon vaikutetaan mahdollisimman vähän.

(4) Kohdassa (1) mainitun henkilön erivapaus ei ulotu 14-artiklan (2)-kohdassa mainittuihin tapauksiin.

(5) Kohdassa (1) mainittua henkilöä vastaan saa ryhtyä täytäntöönpanotoimenpiteisiin vain 14-artiklan (2)-kohdassa ja 15-artiklan (1)-kohdassa mainituissa tapauksissa.

16 artikla

(1) Vastaanottajavaltion tuomioistuimet tai muut asianomaiset viranomaiset voivat kutsua konsuliedustuston jäsenen todistajaksi. Hän ei ole kuitenkaan velvollinen antamaan lausuntoja asioista, jotka liittyvät hänen virkatoimiensa hoitamiseen.

(2) Jos konsuliedustuston jäsen kieltäytyy saapumasta todistamaan vastaanottajavaltion tuomioistuimissa tai muiden asianomaisten viranomaisten edessä, ei häntä vastaan saa käyttää minkäänlaisia pakkotoimenpiteitä tai rangaistuksia.

(3) Konsuliedustuston jäsenen todistajanlausuntoa pyytävän vastaanottajavaltion tuomioistuimen tai muiden asianomaisten viranomaisten on ryhdyttävä asianmukaisiin toimenpiteisiin, jotta tämän virkatehtävien hoitaminen ei estyisi. Lausunto voidaan siksi ottaa vastaan suullisesti tai kirjallisesti konsuliedustustossa tai konsuliedustuston jäsenen asunnossa. Konsuliedustuston jäsen ei ole velvollinen antamaan valaa tai vakuutusta eikä asettamaan vakuutta.

(4) Tämän artiklan määräyksiä sovelletaan vastaavasti konsuliedustuston jäsenen perheenjäseniin.

17 artikla

(1) Lähettäjävaltio voi luopua konsuliedustuston jäsenelle ja hänen perheenjäsenilleen 14, 15 ja 16 -artikloissa myönnetyistä erioikeuksista ja -vapauksista. Luopumisesta on jokaisessa yksittäistapauksessa kirjallisesti ilmoitettava.

(2) Jos konsuliedustuston erivapautta tuomiovallan suhteen nauttiva jäsen nostaa kanteen, ei hän voi välittömässä yhteydessä pääkanteeseen olevan vastakanteen osalta vedota tuomiovaltaa koskevaan erivapauteen.

(3) Luopumisen oikeudenkäyntiä koskevasta erivapaudesta ei katsota sisältävän luopumista tuomion täytäntöönpanoa koskevasta vapautuksesta; tähän tarvitaan eri luopuminen.

18 artikla

Konsuliedustuston jäsen ja hänen perheenjäsenensä vapautetaan vastaanottajavaltiossa kaikista julkisten ja henkilökohtaisten velvoitteiden suorittamisesta.

19 artikla

Konsuliedustuston jäsen ja hänen perheenjäsenensä ovat vapautetut velvollisuuksista, jotka vastaanottajavaltion oikeussäännösten mukaan koskevat ilmoittautumisvelvollisuutta ja oleskeluluvan hankkimista henkilöille, jotka eivät ole vastaanottajavaltion kansalaisia.

20 artikla

(1) Lähettäjävaltio ja konsuliedustuston päällikkö ovat vapautetut kaikista valtiollisista tai kunnallisista saantoa koske-

vista, konsuliedustuston tilojen ja konsuliedustuston päällikön virka-asunnon omistamiseen ja hallitsemiseen liittyvistä veroista ja maksuista, lukuunottamatta veroja ja maksuja, joita kannetaan maksuna erityisistä palveluksista.

(2) Kohdassa (1) mainittu vapautus ei koske sellaisia veroja ja maksuja, jotka lähettäjävaltion tai konsuliedustuston päällikön kanssa sopimuksen tekevien henkilöiden on vastaanottajavaltion oikeussäännösten mukaan suoritettava.

21 artikla

(1) Konsuliedustuston jäsen ja hänen perheenjäsenensä ovat vapautetut kaikista valtiollisista tai kunnallisista veroista ja maksuista, ei kuitenkaan:

1. välillisistä veroista ja maksuista, jotka tavallisesti sisältyvät tavarain tai palvelusten hintaan;
2. vastaanottajavaltiossa sijaitsevasta yksityisestä kiinteästä omaisuudesta kannettavista veroista ja muunlaisista maksuista, mikäli 20-artiklan määräyksistä ei muuta seuraa;
3. vastaanottajavaltiossa peritystä omaisuudesta kannettavasta perintöverosta, mikäli (2)-kohdan määräyksistä ei muuta seuraa;
4. veroista ja muunlaisista maksuista, jotka kannetaan vastaanottajavaltiossa olevasta lähteestä kertyvästä yksityisestä tulosta, sekä osallistumisesta vastaanottajavaltiossa kotipaikan omaaviin liikeyrityksiin kannettavasta omaisuusverosta;
5. veroista, suorituksista ja muunlaisista maksuista, joita peritään tiettyjen palvelusten suorittamisesta;
6. kiinteätä omaisuutta koskevista kirjaamis-, oikeudenkäynti-, todistamis-, lunastus- ja kiinnitysmaksuista sekä leimaverosta, mikäli 20-artiklan määräyksistä ei muuta seuraa.

(2) Konsuliedustuston kuolleen jäsenen tai hänen perheenjäsenensä irtaimesta omaisuudesta ei kanneta perintöveroa, sikäli kuin irtaimisto sijaitsee vastaanottajavaltiossa yksinomaan siksi, että vainaja oli siellä konsuliedustuston jäsenenä tai konsuliedustuston jäsenen perheenjäsenenä.

22 artikla

(1) Konsuliedustuston virkakäyttöön tarkoitettujen esineiden ja moottoriajoneuvojen maahantuonti ja maastavienti sallitaan ilman lupaa ja ilman tullia, veroja ja maksuja vastaanottajavaltion sellaisten oikeussäännösten mukaisesti, joita vastaanottajavaltiossa sovelletaan diplomaattisiin edustustoihin.

(2) Konsulivirkamiehen ja hänen perheenjäsentensä henkilökohtaiseen käyttöön tarkoitettujen esineiden ja moottoriajoneuvojen maahantuonti ja maastavienti, mukaanlukien hänen sijoittumiseensa tarkoitetut esineet, sallitaan ilman lupaa ja ilman tullia, veroja ja maksuja vastaanottajavaltion sellaisten oikussäännösten mukaisesti, joita vastaanottajavaltiossa sovelletaan diplomaattisten edustustojen diplomaatiisen henkilökunnan jäseniin.

(3) Konsulivirkamiehen ja hänen perheenjäsentensä henkilökohtaiset matkatavarat ovat vapaat tullitarkastuksesta, ellei ole vakavia syitä olettaa niiden sisältävän esineitä, joiden maahantuonti ja maastavienti ei ole sallittua tai on sallittua vain määrätyin edellytyksin. Tässä tapauksessa tarkastus on mahdollinen vain heidän tai valtuutetun henkilön läsnäollessa.

(4) Konsuliedustuston toimihenkilön ja hänen perheenjäsentensä sijoittumiseen tarkoitettujen esineiden ja moottoriajoneuvojen maahantuonti ja maastavienti sallitaan ilman lupaa ja ilman tullia, veroja ja maksuja vastaanottajavaltion sellaisten oikeussäännösten mukaisesti, jollaisia vastaanottajavaltiossa sovelletaan diplomaattisten edustustojen hallinto- ja teknisen henkilökunnan jäseniin.

(5) Kohdissa (1), (2) ja (4) mainitut vapautukset veroista ja maksuista eivät koske maahan tuotujen tai sieltä vietyjen tavaroiden säilytyksestä, varastoimisesta, kuljetuksesta ja vastaavista palveluksista aiheutuneita kuluja.

23 artikla

Konsuliedustuston jäsenellä ja hänen perheenjäsenillään on vastaanottajavaltiossa liikkumis- ja matkustusvapaus lukuunottamatta alueita, joille matkustaminen tai joilla oleskeleminen ei ole sallittua vastaanottajavaltion oikeussäännösten perusteella.

24 artikla

Konsuliedustuston jäsenen perheenjäsenet, jotka ovat vastaanottajavaltion kansalaisia tai joiden vakinainen asuinpaikka on tässä valtiossa, eivät nauti tässä sopimuksessa myönnettyjä helpotuksia, erioikeuksia ja -vapauksia. Tämä koskee myös konsuliedustuston toimihenkilöä, joka on vastaanottajavaltion kansalainen tai jonka vakinainen asuinpaikka on tässä valtiossa, paitsi 16-artiklan (1)-kohdan edellyttämän kieltäytymisen antamasta lausuntoa asioista, jotka liittyvät hänen virkatoimiensa suorittamiseen, ollessa kysmyksessä.

IV Luku

Konsulitehtävät

25 artikla

Konsulivirkamiehellä on oikeus:

1. valvoa lähettäjävaltion ja sen kansalaisten oikeuksia ja etuja, oikeushenkilöt mukaanluettuina;
2. myötävaikuttaa lähettäjä- ja vastaanottajavaltion välisten taloudellisten, sivistyksellisten ja tieteellisten suhteiden kehittämiseen;
3. edistää muulla tavalla lähettäjä- ja vastaanottajavaltion välisten ystävällisten suhteiden kehittämistä.

26 artikla

(1) Konsulivirkamies saa suorittaa konsulitehtäviään vain konsuliedustuston toimipiirissä. Konsulitehtävien suorittamiseen konsuliedustuston toimipiirin ulkopuolella tarvitaan jokaisessa yksittäistapauksessa vastaanottajavaltion suostumus.

(2) Konsulitehtäviään suorittaessaan voi konsulivirkamies kääntyä suoraan konsuliedustustonsa toimipiirin asianomaisten valtiollisten viranomaisten puoleen.

27 artikla

Konsulivirkamiehellä on vastaanottajavaltion oikeussäännösten mukaisesti oikeus ilman erityistä valtakirjaa edustaa lähettäjävaltion kansalaisia vastaanottajavaltion viranomaisten edessä tai ryhtyä toimenpiteisiin heidän edustamisekseen, jos nämä poissaolevina tai muista perustelluista syistä eivät voi ajoissa valvoa oikeuksiaan ja etujaan. Tämä koskee myös lähettäjävaltion oikeushenkilöiden edustamista.

Edustaminen katsotaan päättyneeksi, kun edustettavat määräävät itselleen valtuutetun tai ryhtyvät itse valvomaan oikeuksiaan ja etujaan.

28 artikla

Konsulivirkamiehellä on oikeus:

1. rekisteröidä lähettäjävaltion kansalaisia;
2. ottaa kansalaisuuskysmyksissä lähettäjävaltion oikeussäännösten mukaisesiti anomuksia vastaan ja luovuttaa asiakirjoja;
3. laatia lähettäjävaltion kansalaisille matka-asiakirjoja, muuttaa ja uusia niitä;
4. myöntää viisumeja.

29 artikla

(1) Konsulivirkamiehellä on oikeus:

1. pitää lähettäjävaltion kansalaisista avioliitto-, syntymä- ja kuolinluetteloita;
2. vihkiä avioliittoon noudattaen lähettäjävaltion oikeussäännöksiä, kun molemmant vihittävät ovat lähettäjävaltion kansalaisia eikä avioliiton päättäminen ole ristiriidassa vastaanottajavaltion oikeussäännösten kanssa;
3. ottaa vastaan avioliiton ulkopuolella syntyneitä lapsia koskevia tunnustamisasiakirjoja riippumatta lasten kansalaisuudesta ja iästä, edellyttäen että asiakirja on lähettäjävaltion kansalaisen allekirjoittama.

(2) Konsulivirkamies ilmoittaa vastaanottajavaltion asianomaisille viranomaisille (1)-kohdassa mainittujen toimien suorittamisesta, jos vastaanottajavaltion oikeussäännökset sitä edellyttävät.

30 artikla

Konsulivirkamiehellä on oikeus:

1. ottaa vastaan ja todistaa lähettäjävaltion kansalaisten selityksiä;
2. ottaa vastaan, todistaa ja talettaa testamentteja ja muita asiakirjoja, jotka koskevat lähettäjävaltion kansalaisten yksipuolisia oikeustoimia;
3. ottaa vastaan, todistaa ja tallettaa lähettäjävaltion kansalaisten välisiä oikeustoimia koskevia asiakirjoja, sikäli kuin ne eivät koske vastaanottajavaltiossa sijaitsevan kiinteän omaisuuden vuokraoikeuden alkamista, sen siirtämistä tai lakkaamista;
4. todistaa oikeiksi lähettäjävaltion kansalaisten asiakirjoihin sisältyviä nimikirjoituksia, sekä asiakirjojen jäljennöksiä ja niiden otteita;
5. todistaa oikeiksi vastaanottajavaltion asianomaisten viranomaisten vai virkamiesten antamia asiakirjoja, jotka on tarkoitettu lähettäjävaltiossa käytettäviksi;
6. suorittaa myös muita notaaritehtäviä, joita lähettäjävaltio hänelle antaa.

31 artikla

Konsulivirkamiehen 30-artiklan mukaisesti tekemät asiakirjat ja hänen varmentamansa tai todistamansa sopimukset, otteet, jäljennökset ja muut asiakirjat, samoin kuin hänen todistamansa käännökset, ovat vastaanottajavaltiossa yhtä päteviä ja todistusvoimaisia kuin jos ne olisivat vastaanottajavaltion asianomaisten viranomaisten tekemiä, kääntämiä, varmentamia tai todistamia, mikäli ne eivät ole ristiriidassa vastaanottajavaltion oikeussäännösten kanssa.

32 artikla

(1) Konsulivirkamiehellä on oikeus:

1. ottaa lähettäjävaltion kansalaisilta talletettavaksi asiakirjoja, rahaa, arvoesineitä ja muita heille kuuluvia tavaroita;
2. ottaa haltuunsa vastaanottajavaltion viranomaisilta omistajille luovutettavaksi asiakirjoja, rahaa, arvoesineitä ja muita tavaroita, joita lähettäjävaltion kansalaiset ovat kadottaneet oleskellessaan vastanottajavaltiossa.

(2) Esineet, jotka on (1)-kohdan mukaan otettu talteen, saa viedä pois vastaanottajavaltiosta vain tämän valtion oikeussäännösten mukaisesti.

33 artikla

(1) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset ilmoittavat viipymättä lähettäjävaltion kansalaisen kuolemasta konsulivirkamiehelle ja lähettävät maksuttomasti kuolintodistuksen.

(2) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset ilmoittavat konsulivirkamiehelle välittömästi tiedot lähettäjävaltion vastaanottajavaltiossa kuolleen kansalaisen jäämistöstä, testamentin olemassaolosta ja henkilöistä, joilla on oikeutettuja etuja valvottavana jäämistön suhteen.

(3) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset ilmoittavat konsulivirkamiehelle, jos se selviää jäämistöä koskevan menettelyn yhteydessä vastaanottajavaltiossa, että lähettäjävaltion kansalaisilla on oikeutettuja etuja valvottavana jäämistön suhteen, riippumatta siitä missä jäämistö sijaitsee.

(4) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset ryhtyvät tarpeellisiin toimenpiteisiin (2)-ja (3)-kohdissa mainitun jäämistön suojelemiseksi, sikäli kuin se sijaitsee vastaanottajavaltiossa, ja ilmoittavat siitä konsulivirkamiehelle.

(5) Konsulivirkamiehellä on oikeus kääntyä kohdissa (2) ja (3) mainitun jäämistön suojelemista koskevien toimenpiteiden aloittamiseksi, sikäli kuin jäämistö sijaitsee vastaanottajavaltiossa, vastaanottajavaltion asianomaisten viranomaisten puoleen erityisesti:

1. kaikissa toimenpiteissä jäämistön vahingottumisen ehkäisemiseksi, mukaanluettuna irtaimen omaisuuden myynti;
2. uskotun miehen tai jäämistön hoitajan määräämisessä.

(6) Jos vastaanottajavaltiossa tapahtuneen jäämistönselvittelyn jälkeen irtainta omaisuutta tai irtaimen tai kiinteän, jäämistöön kuuluneen omaisuuden myynnistä saatua tuottoa tulee lähettäjävaltion kansalaiselle, jolla ei ole asuinpaikkaa vastaanottajavaltiossa, niin tämä omaisuus tai sen myynnistä saatu tuotto luovutetaan konsulivirkamiehelle edelleen lähettäjävaltion kansalaiselle toimitettavaksi.

(7) Kohdan (6) mukainen omaisuus tai myynnistä saatu tuotto luovutetaan konsulivirkamiehelle vasta jäämistön sitoumusten maksamisen tai varmistamisen jälkeen, jotka vastaanottajavaltion oikeussäännösten mukaan voimassa olevan määräajan kuluessa ilmoitettiin sekä jäämistöstä suoritettavien verojen jälkeen.

(8) Vastaanottajavaltion viranomaiset luovuttavat konsulivirkamiehelle lähettäjävaltion kansalaisen jälkeenjättämät esineet, jos hän on kuollut oleskellessaan väliaikaisesti vastaanottajavaltiossa eikä niiden luovuttaminen perheenjäsenille tai valtuutetulle ole mahdollista.

(9) Kohdissa (7) ja (8) mainittujen omaisuusarvojen maastavienti tapahtuu huomioiden vastaanottajavaltion oikeussäännökset.

34 artikla

(1) Konsulivirkamiehellä on oikeus, noudattaen vastaanottajavaltion oikeussäännöksiä, valvoa vastaanottajavaltiossa asuinpaikan omaavan, lähettäjävaltion alaikäisen tai vajaavaltaisen kansalaisen oikeuksia ja etuja. Konsulivirkamiehen on ilmoitettava vastaanottajavaltion asianomaisille viranomaisille holhoojan, uskotun miehen tai omaisuudentoitajan määräämisestä.

(2) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset ilmoittavat konsulivirkamiehelle tapauksista, joissa on välttämätöntä määrätä holhooja tai uskottu mies vastaanottajavaltiossa asuinpaikan omaavalle lähettäjävaltion kansalaiselle. Sama koskee omaisuudenhoitajan määräämistä, jos omaisuus on vastaanottajavaltiossa.

(3) Vastaanottajavaltion asianomaisilla viranomaisilla on oikeus ryhtyä väliaikaisesti välttämättömiin toimenpiteisiin vastaanottajavaltiossa asuinpaikan omaavan alaikäisen tai vajaavaltaisen lähettäjävaltion kansalaisen etujen suojaamiseksi. Jos konsulivirkamies ilmoittaa vastaanottajavaltion asianomaisille viranomaisille, ettei lähettäjävaltion toimesta määrätä holhoojaa, uskottua miestä tai omaisuudenhoitajaa, voivat vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset määrätä holhoojan, uskotun miehen tai omaisuudenhoitajan. Konsulivirkamies voi ehdottaa vastaanottajavaltion asianomaisille viranomaisille tässä tapauksessa tehtävään sopivaa henkilöä.

35 artikla

(1) Konsulivirkamiehellä on oikeus asettua yhteyteen jokaisen lähettäjävaltion kansalaisen kanssa, tavata häntä, avustaa häntä kanssakäymisessä vastaanottajavaltion viranomaisten kanssa sekä varmistaa hänelle asianajajan tai muun henkilön apu ja tuki sekä hankkia hänelle tulkki.

(2) Vastaanottajavaltio ei rajoita millään tavalla lähettäjävaltion kanasalaisen yhteydenpitoa eikä pääsyä konsuliedustustoon.

(3) Vastaanottajavaltion viranomaiset auttavat konsulivirkamiestä saamaan tietoja henkilöistä, jotka ovat yksinomaan lähettäjävaltion kansalaisia, jotta konsulivirkamies voisi asettua yhteyteen heidän kanssaan tai tavata heitä. Tämä koskee myös lähettäjävaltion aluksen sekä ilma-aluksen päällikköä ja miehistön jäseniä, elleivät he ole vastaanottajavaltion kansalaisia.

36 artikla

(1) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset ilmoittavat kolmen päivän kuluessa konsulivirkamiehelle lähettäjävaltion kansalaisen tilapäisestä pidätyksestä, vangitsemisesta tai muusta henkilökohtaisesta vapauden rajoittamisesta.

(2) Konsulivirkamiehellä on oikeus käydä neljän päivän kuluessa lähettäjävaltion kansalaisen luona, joka on tilapäisesti pidätetty tai vangittu, joka kärsii vapausrangaistusta, tai jonka henkilökohtaista vapautta on muulla avoin rajoitettu, ja olla hänen kanssaan yhteydessä. Tämä oikeus myönnetään toistuvasti ja se toteutetaan vastaanottojavaltion oikeussäännösten mukaisesti. Ne eivät saa kuitenkaan poistaa tällä sopimuksella sovittuja konsulivirkamiehen oikeuksia. Jos lähettäjävaltion kansalainen, jonka henkilökohtaista vapautta on vastaanottajavaltiossa jollakin tavoin rajoitettu, torjuu konsulivirkamiehen tapaamisen, on konsulivirkamiehellä oikeus henkilökohtaisesti kussakin yksityistapauksessa todeta hänen kieltäytymisensä.

(3) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset ilmoittavat viipymättä (1) ja (2) -kohtien määräyksistä lähettäjävaltion kansalaiselle, joka on tilapäisesti pidätetty tai vangittu, joka kärsii vapausrangaistusta tai jonka henkilökohtaista vapautta on muulla tavoin rajoitettu.

37 artikla

(1) Konsulivirkamiehellä on oikeus omassa toimipiirissään antaa tukea ja apua lähettäjävaltion alukselle vastaanottajavaltion satamassa, aluemerellä tai sisäisillä aluevesillä.

(2) Konsulivirkamies voi omassa toimipiirissään astua milloin tahansa lähettäjävaltion alukseen, ellei sitä ole määrätty karanteeniin. Ennen konsulivirkamiehen laivaan astumista on siitä ilmoitettava vastaanottajavaltion asianomaisille viranomaisille niissä tapauksissa, jolloin laivan selvitystä ja tarkastusta vapaaseen liikenteeseen tämän maan kanssa ei ole vielä suoritettu loppuun. Päälliköllä ja miehistön jäsenillä on oikeus olla yhteydessä konsulivirkamiehen kanssa ja käydä konsuliedustustossa vastaanottajavaltion oikeussäännöksiä noudattaen.

(3) Konsulivirkamies voi toimipiirissään tehtäviään hoitaessaan kääntyä vastaanottajavaltion asianomaisten viranomaisten puoleen ja pyytää apua kaikissa lähettäjävaltion alusta sekä sen päällikköä, miehistön jäseniä, matkustajia ja lastia koskevissa kysymyksissä.

38 artikla

(1) Konsulivirkamiehellä on oikeus:

1. loukkaamatta vastaanottajavaltion viranomaisten oikeuksia tutkia kaikkia tapauksia, jotka ovat tapahtuneet lähettäjävaltion matkalla olleessa aluksessa, kuulustella päällikköä ja miehistön jäseniä, tarkastaa laivapapereita ja ottaa vastaa selityksiä aluksen kulkureitistä ja päämäärästä sekä meriprotesteja ja toimittaa meriselityksiä;
2. loukkaamatta vastaanottajavaltion viranomaisten oikeuksia selvittää kaikkia päällikön ja miehistön jäsenen välisiä riitakysymyksiä, mukaanlukien palkkaa ja työsopimusta koskevat riitakysymykset, sekä ryhtyä toimenpiteisiin päällikön tai miehistön jäsenen pestaamiseksi tai tehtävistään vapauttamiseksi, sikäli kuin lähettäjävaltion oikeussäännökset tätä edellyttävät;
3. ryhtyä toimenpiteisiin päällikön, miehistön jäsenen tai matkustajan saamiseksi lääkärin hoitoon tai palauttamiseksi lähettäjävaltioon;
4. ottaa vastaan, laatia tai todistaa selityksiä tai asiakirjoja, jotka lastin lähettäjävaltion ja vastaanottajavaltion oikeussäännösten mukaisesti edellytetään aluksesta ja sen lastista, tai jatkaa niiden voimassaoloaikaa lähettäjävaltion asianomaisten viranomaisten pyynnöstä ja periä tästä määrätyt maksut.

(2) Konsulivirkamiehellä on oikeus vastaanottajavaltion oikeussäännöksiä noudattaen esiintyä yhdessä päällikön tai miehistön jäsenen kanssa vastaanottajavaltion tuomioistuimessa ja muissa asianomaisissa viranomaisissa, auttaa näitä ja hankkia heille tulkki.

39 artikla

(1) Jos vastaanottajavaltion tuomioistuimet tai muut asianomaiset viranomaiset aikovat suorittaa pakkotoimenpiteitä tai muunlaisen tutkimuksen lähettäjävaltion aluksella, on vastaanottajavaltion asianomaisten viranomaisten etukäteen ilmoitettava tästä konsulivirkamiehelle, jotta hän voi olla läsnä näitä toimenpiteitä suoritettaessa. Mikäli suoritettavien toimenpiteiden kiireellisyys ei salli etukäteisilmoitusta, on vastaanottajavaltion asianomaisilla viranomaisilla velvollisuus antaa kunsulivirkamiehelle kirjallinen selonteko tapahtumista ja suoritetuista toimenpiteistä.

(2) Mitä (1)-kohdassa on sovittu, sovelletaan myös, jos maissa olevien asianomaisten viranomaisten tulee kuulustella päällikköä tai miehistön jäseniä lähettäjävaltion alukseen liittyvistä tapahtumista.

(3) Mitä tässä artiklassa on sovittu, ei sovelleta tavanomaisiin tulli-, passi- ja terveystarkastuksiin eikä toimenpiteisiin, joihin on ryhdytty aluksen päällikön pyynnöstä tai hänen suostumuksellaan.

40 artikla

(1) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset ilmoittavat konsulivirkamiehelle viipymättä, jos lähettäjävaltion alus on kärsinyt haaksirikon, ajautunut rantaan tai kärsinyt muun merivahingon vastaanottajavaltion satamassa, aluemerellä tai sisäisillä aluevesillä, sekä ilmoittavat hänelle toimenpiteistä, joihin on ryhdytty ihmishenkien, aluksen ja lastin pelastamiseksi. Konsulivirkamies voi kaikin tavoin auttaa lähettäjävaltion alusta ja sen päällikköä, miehistön jäseniä ja matkustajia sekä ryhtyä toimenpiteisiin lastin turvaamiseksi ja aluksen korjaamiseksi.

(2) Konsulivirkamies voi lähettäjävaltion aluksen omistajan nimissä ryhtyä toimenpiteisiin, joihin laivan tai lastin omistaja olisi itse voinut ryhtyä, ellei laivan päälliköllä eikä sen omistajalla, asiamiehellä tai asianomaisella vakuutuslaitoksella ole tilaisuutta ryhtyä välttämättömiin toimenpiteisiin tällaisen aluksen tai sen lastin turvaamiseksi tai siitä määräämiseksi.

(3) Mitä kohdissa (1) ja (2) on sovittu, koskee myös tavaroita, jotka ovat lähettäjävaltion kansalaisen omaisuutta ja olivat vastaanottajavaltion tai kolmannen valtion aluksessa, ja jotka on löydetty vastaanottajavaltion rannikolta tai vesiltä hylkytavarana, tai jotka on tuotu tämän valtion satamaan.

(4) Vastaanottajavaltion asianomaiset viranomaiset antavat kaikkea tarpeellista tukea konsulivirkamiehelle hänen suorittaessaan lähettäjävaltion aluksen merivahinkoon liittyviä toimenpiteitä.

(5) Lähettäjävaltion merivahingon kärsinyt alus, sen lasti ja varastot ovat vastaanottajavaltiossa vapaat tulleista, veroista ja maksuista, jos ne eivät jää tässä valtiossa käytettäviksi.

41 artikla

Tämän sopimuksen 37—40 -artikloita noudatetaan soveltuvin osin lähettäjävaltion ilma-aluksien osalta.

42 artikla

Konsulivirkamies voi suorittaa paitsi tässä sopimuksessa edellytettyjä konsulitehtäviä muitakin konsulitehtäviä, jotka lähettäjävaltio on hänelle suoritettaviksi antanut, sikäli kuin ne eivät ole ristiriidassa vastaanottajavaltion oikeussäännösten kanssa.

43 artikla

Konsulivirkamiehellä on oikeus kantaa vastaanottajavaltiossa konsulimaksuja lähettäjävaltion oikeussäännöksiä noudattaen.

V Luku

Yleiset ja loppumääräykset

44 artikla

Ketkään tämän sopimuksen mukaan helpotuksia, erioikeuksia ja -vapauksia nauttivat henkilöt eivät saa puuttua vastaanottajavaltion sisäisiin asioihin. Huolimatta helpotuksista, erioikeuksista ja -vapauksista heidän velvollisuutensa on noudattaa vastaanottajavaltion oikeussäännöksiä, mukaanlukien liikennemääräykset ja moottoriajoneuvoja koskevat vakuutussäännökset.

45 artikla

(1) Tämän sopimuksen määräykset koskevat myös lähettäjävaltion diplomaattisen edustuston konsulitehtävien hoitamista. Lähettäjävaltion konsulitehtäviä hoitavia diplomaattisen edustuston diplomaattisen henkilökunnan jäseniä koskevat tässä sopimuksessa mainitut konsulivirkamiesten oikeudet ja velvollisuudet. Nämä diplomaatit on ilmoitettava vastaanottajavaltion ulkoasiainministeriölle. Mikäli vastaanottajavaltion oikeussäännökset edellyttävät valtakirjan antamista ja eksekvatuurin myöntämistä, on tämä myönnettävä maksutta.

(2) Kohdan (1) mukaisen diplomaattisen edustuston diplomaattisen henkilökunnan jäsenten suorittama konsulitehtävien hoitaminen ei vaikuta niihin helpotuksiin, erioikeuksiin ja -vapauksiin, joita he nauttivat diplomaattisen edustuston diplomaattisen henkilökunnan jäseninä.

46 artikla

Lähettäjävaltio voi ottaa hoitaaksen kolmannen valtion konsulitehtävät vastaanottajavaltiossa vastaanottajavaltion suostumuksella

47 artikla

(1) Tämä sopimus on ratifioitava. Sopimus tulee voimaan 30. päivänä Helsingissä suoritettavan ratifioimiskirjojen vaihtamisen jälkeen.

(2) Tämä sopimus on voimassa kuusi kuukautta laskettuna siitä päivästä, jolloin toinen Korkea Sopimuspuoli ilmoittaa toiselle Korkealle Sopimuspuolelle sopimuksen irtisanomisesta.

Tämän vakuudeksi ovat Korkeiden Sopimuspuolten valtuutetut allekirjoittaneet ja sinetöineet tämän sopimuksen.

Tehty Berliinissä 28 päivänä huhtikuuta 1975 kahtena saksan- ja suomenkielisenä kappaleena molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

Saksan Demokraattisen Tasavallan puolesta	Suomen Tasavallan puolesta
Ewald Moldt	Paul Gustafsson

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der „Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes" für die Deutsche Demokratische Republik

vom 6. Juni 1975

Entsprechend der Bekanntmachung vom 14. Januar 1974 über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes (GBl. II Nr. 10 S. 169) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Konvention gemäß ihrem Artikel XIII für die Deutsche Demokratische Republik am 25. Juni 1973 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 6. Juni 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der „Konvention vom 20. Dezember 1952 über die politischen Rechte der Frau" für die Deutsche Demokratische Republik

vom 6. Juni 1975

Entsprechend der Bekanntmachung vom 14. Januar 1974 über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 20. Dezember 1952 über die politischen Rechte der Frau (GBl. II Nr. 9 S. 161) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Konvention gemäß ihrem Artikel VI Absatz 2 für die Deutsche Demokratische Republik am 25. Juni 1973 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 6. Juni 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 26. Mai 1972 über die schiedsgerichtliche Entscheidung von Zivilrechtsstreitigkeiten, die sich aus Beziehungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergeben

vom 12. Juni 1975

Entsprechend der Bekanntmachung vom 25. August 1972 über die Ratifikation der Konvention vom 26. Mai 1972 über die schiedsgerichtliche Entscheidung von Zivilrechtsstreitigkeiten, die sich aus Beziehungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergeben (GBl. I Nr. 13 S. 220) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Konvention gemäß ihrem Artikel VIII für die Deutsche Demokratische Republik am 13. August 1973 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 12. Juni 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Praktische Erfahrungen und theoretische Erkenntnisse nutzen

Sowjetisches Arbeitsrecht

Autorenkollektiv
Aus dem Russischen
Herausgeber: Prof. Dr. F. Kunz, Dr. H. Wolf
474 Seiten · Leinen · 25,– M
Bestellwort: Sowjet. Arbeitsrecht / 770 352 0

Mit diesem Werk, das in der Sowjetunion als Lehrbuch erschienen ist, werden Kenntnisse über die geltende Arbeitsgesetzgebung in der UdSSR und über den Entwicklungsstand der Theorie auf dem Gebiet des Arbeitsrechts vermittelt. Ausgehend von den Grundprinzipien des sowjetischen Arbeitsrechts verdeutlicht es, welche Wesenszüge jedem sozialistischen Arbeitsrecht eigen sind, doch es läßt zugleich die nationalen Besonderheiten klar hervortreten. So gibt es Anregungen zur Erörterung theoretischer Probleme und damit zur Weiterentwicklung der Theorie auf dem Gebiet des Arbeitsrechts in der DDR.

Gliederung:
Begriff und System des sozialistischen Arbeitsrechts / Grundprinzipien und Quellen des sowjetischen Arbeitsrechts / Rechtsverhältnisse, die vom sowjetischen Arbeitsrecht geregelt werden / Die Rechte der Gewerkschaften in der UdSSR / Der Kollektivvertrag / Der Arbeitsvertrag / Arbeitszeit und Freizeit / Der Arbeitslohn / Der Arbeitsschutz / Die Arbeitsdisziplin / Die materielle Verantwortlichkeit der Arbeiter und Angestellten / Arbeitsrechtliche Regelungen für Werktätige, die die Arbeit mit dem Studium verbinden / Arbeitsstreitigkeiten und ihre Entscheidung / Die staatliche Sozialversicherung / Das Arbeitsrecht der anderen sozialistischen Staaten / Allgemeine Charakteristik des Arbeitsrechts der kapitalistischen Staaten.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31 818

AUSGESONDERT
27 APR 1993
UB Cottbus

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1975	Berlin, den 10. Oktober 1975	Teil II Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
18. 8. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Pflanzenschutzkonvention vom 6. Dezember 1951**	149
18. 8. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 18. April 1951 in der Fassung vom 18. September 1968 zur Errichtung einer Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum**	157

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Pflanzenschutzkonvention vom 6. Dezember 1951

vom 18. August 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 4. Dezember 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Internationalen Pflanzenschutzkonvention vom 6. Dezember 1951 hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel XI der Konvention folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu Artikel XI der Konvention, soweit er die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betrifft, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren."

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel XIV für die Deutsche Demokratische Republik am 4. Dezember 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 18. August 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Internationale Pflanzenschutzkonvention

Präambel

In der Erkenntnis der Nützlichkeit internationaler Zusammenarbeit im Kampfe gegen Krankheiten und Schädlinge bei Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen, insbesondere gegen ihre Einschleppung und Verbreitung über die Grenzen der einzelnen Staaten hinweg, und in dem Wunsche, eine enge Koordinierung der hierauf gerichteten Maßnahmen zu erzielen, haben die Vertragschließenden Parteien folgendes vereinbart:

Artikel I

Ziel und Verpflichtungen

(1) Um ein gemeinsames und wirkungsvolles Vorgehen im Kampfe gegen die Einschleppung und Verbreitung von Krankheiten und Schädlingen bei Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen zu erreichen und die Einführung hierauf gerichteter Maßnahmen zu fördern, verpflichten sich die Vertragschließenden Staaten, die gesetzgeberischen, technischen und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die in dieser Konvention und in den von den Vertragschließenden Staaten auf Grund des Artikels III angenommenen Ergänzungsabkommen näher bezeichnet sind.

(2) Jeder Vertragschließende Staat verpflichtet sich, auf seinem Gebiet dafür zu sorgen, daß die in dieser Konvention vorgeschriebenen Maßnahmen durchgeführt werden.

Artikel II

Anwendungsbereich

(1) In dieser Konvention bezeichnet der Begriff „Pflanzen" lebende Pflanzen und Teile lebender Pflanzen, einschließlich derjenigen Sämereien, bezüglich deren die Vertragschließenden Staaten die Einfuhrüberwachung auf Grund des Artikels VI dieser Konvention oder die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen auf Grund des Artikels IV Absatz 1 Buchstabe a) Unterabsatz (iv) und des Artikels V dieser Konvention für erforderlich halten; der Begriff „pflanzliche Erzeugnisse" bezeichnet die nicht verarbeiteten und gemahlenen Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs, einschließlich der Sämereien, die nicht unter den Begriff „Pflanzen" fallen.

(2) Die Bestimmungen dieser Konvention können, wenn es die Vertragschließenden Staaten für zweckmäßig halten, auch auf Lager, Behältnisse, Beförderungsmittel, Verpackungsmaterial und sonstiges Begleitmaterial aller Art einschließlich Erde Anwendung finden, die bei dem internationalen Transport von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen verwendet werden.

(3) Unter diese Konvention fallen insbesondere Krankheiten und Schädlinge bei Pflanzen, die im internationalen Handel von Bedeutung sind.

Artikel III

Ergänzungsabkommen

(1) Ergänzungsabkommen, die auf bestimmte Gebiete, auf bestimmte Krankheiten oder Schädlinge, auf bestimmte Pflanzen und pflanzliche Erzeugnisse, auf bestimmte Arten des internationalen Transports von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen Anwendung finden, oder Ergänzungsabkommen, die in anderer Weise auf die Durchführung der Bestimmungen dieser Konvention gerichtet sind, können von der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (im folgenden als „FAO" bezeichnet) entweder auf Empfehlung eines Vertragschließenden Staates oder aus eigener Initiative ausgearbeitet werden, um Probleme des Pflanzenschutzes zu lösen, die besondere Aufmerksamkeit oder besondere Maßnahmen erfordern.

(2) Jedes derartige Ergänzungsabkommen tritt für jeden Vertragschließenden Staat in Kraft, nachdem es gemäß den Bestimmungen der Satzung und Geschäftsordnung der FAO angenommen worden ist.

Artikel IV

Organisation des Pflanzenschutzes in den einzelnen Staaten

(1) Jeder Vertragschließende Staat verpflichtet sich, innerhalb kürzester Frist und nach bestem Vermögen Vorkehrungen zu treffen für

a) die Einrichtung einer amtlichen Pflanzenschutzorganisation mit folgenden Hauptaufgaben:

(i) Inspektion von Pflanzen während des Wachstums, von bebauten Flächen (einschließlich von Feldern, Pflanzungen, Baumschulen, Gärten und Gewächshäusern) und von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen, die eingelagert sind oder sich auf dem Transport befinden, insbesondere um Vorhandensein, Auftreten und Verbreitung von Pflanzenkrankheiten und -schädlingen zu melden und diese Krankheiten und Schädlinge zu bekämpfen;

(ii) Überwachung des Versands von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen im internationalen Handelsverkehr und, soweit möglich, Überwachung des Versands sonstiger Artikel oder Erzeugnisse, die im internationalen Handelsverkehr unter solchen Bedingungen befördert werden, daß sie gelegentlich zu Trägern von Krankheiten und Schädlingen bei Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen werden können, und Inspektion und Überwachung der Lagereinrichtungen und Beförderungsmittel jeder Art, die im internationalen Handelsverkehr benutzt werden, gleichviel, ob es sich um Pflanzen und pflanzliche Erzeugnisse oder sonstige Erzeugnisse handelt, insbesondere um die Verbreitung von Krankheiten und Schädlingen bei Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen über die Landesgrenzen hinweg zu verhindern;

(iii) Entwesung oder Desinfizierung von Sendungen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen im internationalen Handelsverkehr sowie der hierbei verwendeten Behältnisse, Lagereinrichtungen und Beförderungsmittel jeder Art;

(iv) Ausstellung von Zeugnissen über den Pflanzengesundheitszustand und den Ursprung von Sendungen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen (im folgenden als „Pflanzengesundheitszeugnisse" bezeichnet);

b) Weitergabe im Inland von Informationen über Krankheiten und Schädlinge bei Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen sowie über Vorbeugungs- und Bekämpfungsmittel;

c) Forschungen und Untersuchungen auf dem Gebiete des Pflanzenschutzes.

(2) Jeder Vertragschließende Staat legt dem Generaldirektor der FAO einen Bericht über den Umfang seiner Organisation für Pflanzenschutz und über Veränderungen in dieser Organisation vor; der Generaldirektor übermittelt diesen Bericht sämtlichen Vertragschließenden Staaten.

Artikel V

Pflanzengesundheitszeugnisse

(1) Jeder Vertragschließende Staat trifft die Maßnahmen, die zur Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen erforderlich sind; diese Zeugnisse müssen den in den anderen Vertragschließenden Staaten geltenden Bestimmungen über Pflanzenschutz sowie den nachstehenden Vorschriften entsprechen:

a) Die Überwachung von Sendungen und die Ausstellung von Zeugnissen dürfen nur von fachlich qualifizierten und ordnungsgemäß beauftragten Bediensteten oder in deren Auftrag vorgenommen werden, und zwar unter solchen Umständen und anhand von solchen Unterlagen, daß die Behörden der Einfuhrstaaten diese Zeugnisse als glaubwürdige Unterlagen anerkennen können.

b) Zeugnisse, die zum Einpflanzen oder zur Vermehrung bestimmte Pflanzen betreffen, sind nach dem in der Anlage zu dieser Konvention wiedergegebenen Muster abzufassen und haben außerdem jede zusätzliche Erklärung zu enthalten, die von den Behörden des Einfuhrstaates gegebenenfalls verlangt wird; das Zeugnismuster kann gegebenenfalls auch für andere Pflanzen und pflanzliche Erzeugnisse verwendet werden, soweit es mit den Erfordernissen des Einfuhrstaates vereinbar ist.

c) Auf diesen Zeugnissen dürfen Änderungen oder Streichungen nicht vorgenommen werden.

(2) Jeder Vertragschließende Staat verpflichtet sich, als Begleitpapiere für Sendungen von Pflanzen, die in sein Gebiet zwecks Einpflanzung oder Vermehrung eingeführt werden, keine Pflanzengesundheitszeugnisse zu verlangen, die nicht dem in der Anlage zu dieser Konvention wiedergegebenen Muster entsprechen.

Artikel VI

Einfuhrbestimmungen

(1) Die Vertragschließenden Staaten sind in vollem Umfange befugt, die Einfuhr von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen zu regeln, um die Einschleppung von Pflanzenkrankheiten und -schädlingen auf ihr Gebiet zu verhindern; zu diesem Zweck können sie

a) für die Einfuhr von Pflanzen oder pflanzlichen Erzeugnissen Einschränkungen oder Bedingungen vorschreiben;

b) die Einfuhr bestimmter Pflanzen oder pflanzlicher Erzeugnisse oder bestimmter Sendungen von Pflanzen oder pflanzlichen Erzeugnissen verbieten;

c) bestimmte Sendungen von Pflanzen oder pflanzlichen Erzeugnissen untersuchen oder unter Quarantäne stellen;

d) die Desinfizierung, Entwesung oder Vernichtung bestimmter Sendungen von Pflanzen oder pflanzlichen Erzeugnissen vornehmen, die Desinfizierung, Entwesung oder Vernichtung dieser Sendungen verlangen oder ihre Einfuhr verbieten.

(2) Um den internationalen Handel so wenig wie möglich zu behindern, übt jeder Vertragschließende Staat die in Absatz 1 dieses Artikels bezeichnete Überwachung unter Beachtung folgender Bestimmungen aus:

a) Die Vertragschließenden Staaten dürfen auf Grund ihrer Pflanzenschutzvorschriften keine der in Absatz 1 dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen treffen, sofern diese nicht durch Erfordernisse der Pflanzengesundheit bedingt sind.

b) Jeder Vertragschließende Staat, der für die Einfuhr von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen in sein Gebiet Einschränkungen oder Bedingungen vorschreibt, hat diese Einschränkungen oder Bedingungen bekanntzugeben und sie unverzüglich den Pflanzenschutzstellen der anderen Vertragschließenden Staaten und der FAO mitzuteilen.

c) Jeder Vertragschließende Staat, der gemäß seinen Pflanzenschutzvorschriften die Einfuhr von Pflanzen oder pflanzlichen Erzeugnissen verbietet, hat seine mit Gründen versehene Entscheidung zu veröffentlichen und die Pflanzenschutzstellen der anderen Vertragschließenden Staaten sowie die FAO unverzüglich zu unterrichten.

d) Jeder Vertragschließende Staat, der bestimmte Grenzübergangsstellen für die Einfuhr einzelner Pflanzen oder pflanzlicher Erzeugnisse vorschreibt, hat diese Stellen so auszuwählen, daß der internationale Handel nicht unnötig behindert wird. Der Vertragschließende Staat hat ein Verzeichnis dieser Grenzübergangsstellen zu veröffentlichen und den Pflanzenschutzstellen der anderen Vertragschließenden Staaten und der FAO mitzuteilen. Solche Einschränkungen sind nur zulässig, wenn den in Betracht kommenden Pflanzen oder pflanzlichen Erzeugnissen Pflanzengesundheitszeugnisse beizugeben oder wenn sie einer Inspektion oder Behandlung zu unterwerfen sind.

e) Die durch die Pflanzenschutzstellen eines Vertragschließenden Staates vorzunehmende Untersuchung von Sendungen von Pflanzen, die zur Einfuhr bestimmt sind, hat innerhalb einer möglichst kurzen Frist zu erfolgen; hierbei ist auf die Verderblichkeit dieser Pflanzen gebührend Rücksicht zu nehmen. Wird festgestellt, daß eine Sendung nicht den Bestimmungen der gesetzlichen Regelung des Einfuhrstaates auf dem Gebiete des Pflanzenschutzes entspricht, so ist die Pflanzenschutzstelle des Ausfuhrstaates hiervon in Kenntnis zu setzen. Wird die Sendung ganz oder teilweise vernichtet, so ist ein amtliches Protokoll unverzüglich der Pflanzenschutzstelle des Ausfuhrstaates zu übermitteln.

f) Die Vertragschließenden Staaten haben Vorkehrungen zu treffen, damit ohne Gefährdung ihrer eigenen pflanzlichen Erzeugung die Fälle auf eine Mindestzahl herabgesetzt werden, in denen ein Pflanzengesundheitszeugnis für die Einfuhr von nicht zum Einpflanzen bestimmten Pflanzen oder pflanzlichen Erzeugnissen, wie z. B. Getreide, Obst, Gemüse und Schnittblumen, verlangt wird.

g) Die Vertragschließenden Staaten können Vorkehrungen treffen über die Einfuhr von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen und Proben von Pflanzenschädlingen und -krankheitserregern zu wissenschaftlichen Forschungszwecken; hierbei sind alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um die Verbreitung dieser Pflanzenkrankheiten und -schädlinge zu verhindern.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden auf den Transitverkehr durch das Gebiet der Vertragschließenden Staaten keine Anwendung, es sei denn, daß sie zum Schutz der eigenen Pflanzen dieser Staaten erforderlich sind.

Artikel VII

Internationale Zusammenarbeit

Die Vertragschließenden Staaten werden so weit wie möglich bei der Verwirklichung der Ziele dieser Konvention zusammenarbeiten, insbesondere in folgender Weise:

a) Jeder Vertragschließende Staat verpflichtet sich, mit der FAO bei der Errichtung eines Weltinformationsdienstes über Pflanzenkrankheiten und -schädlinge zusammenzuarbeiten und sich dabei in vollem Umfang der Einrichtungen und Dienste der auf diesem Gebiet bestehenden Organisationen zu bedienen und nach Errichtung dieses Dienstes der FAO regelmäßig zu übermitteln:

(i) Berichte über Vorkommen, Auftreten und Verbreitung von Pflanzenkrankheiten und -schädlingen auf seinem Gebiete, die vom wirtschaftlichen Standpunkt aus von Bedeutung sind und eine unmittelbare oder mögliche Gefahr bedeuten;

(ii) Angabe der Verfahren, die sich bei der Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen bei Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen als wirksam erwiesen haben.

b) Durch möglichst weitgehende Beteiligung an jedem Bekämpfungsfeldzug gegen besonders verderbliche Krankheiten oder Schädlinge, die die Ernte ernstlich bedrohen können und Maßnahmen auf internationaler Ebene erforderlich machen.

Artikel VIII

Regionale Organisation des Pflanzenschutzes

(1) Die Vertragschließenden Staaten verpflichten sich zur Zusammenarbeit bei der Errichtung regionaler Pflanzenschutzorganisationen in geeigneten Gebieten.

(2) Diese Organisationen haben in den ihnen unterstehenden Gebieten Koordinierungsaufgaben und beteiligen sich an verschiedenen Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieser Konvention.

Artikel IX

Regelung von Streitfällen

(1) Ergeben sich Streitigkeiten über die Auslegung oder Durchführung dieser Konvention oder ist ein Vertragschließender Staat der Auffassung, daß eine von einem anderen Vertragschließenden Staat getroffene Maßnahme mit den Verpflichtungen unvereinbar ist, die diesem nach Artikel V und VI dieser Konvention obliegen, insbesondere bezüglich der Gründe eines Verbots oder einer Beschränkung der Einfuhr von Pflanzen oder pflanzlichen Erzeugnissen aus dem Gebiete des ersteren Staates, so kann der beteiligte Staat oder so können die beteiligten Staaten den Generaldirektor der FAO ersuchen, einen Ausschuß zu ernennen, der den Streitfall zu untersuchen hat.

(2) In diesem Falle ernennt der Generaldirektor der FAO im Einvernehmen mit den beteiligten Staaten einen Sachverständigenausschuß, dem Vertreter dieser Staaten angehören. Dieser Ausschuß untersucht den Streitfall unter Berücksichtigung aller Unterlagen und sachdienlichen Beweismittel, die von den beteiligten Staaten beigebracht werden. Der Ausschuß erstattet dem Generaldirektor der FAO Bericht; der Generaldirektor übermittelt diesen Bericht den beteiligten Staaten und den anderen Vertragschließenden Staaten.

(3) Die Vertragschließenden Staaten erkennen zwar den Empfehlungen dieses Ausschusses keinen verbindlichen Charakter zu, vereinbaren aber, daß die beteiligten Staaten sie jeder neuerlichen Prüfung der Streitfrage zugrunde zu legen haben.

(4) Die beteiligten Staaten tragen die Kosten, die durch den den Sachverständigen erteilten Auftrag verursacht werden, zu gleichen Teilen.

Artikel X

Ersetzung früherer Abkommen

In den Beziehungen zwischen den Parteien der Konvention hebt diese Konvention das Internationale Reblausabkommen vom 3. November 1881, das Berner Zusatzabkommen vom 15. April 1889 und das Internationale Pflanzenschutzabkommen von Rom vom 16. April 1929 auf und tritt an deren Stelle.

Artikel XI

Territoriale Anwendung

(1) Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Ratifizierung oder des Beitritts oder jederzeit nach diesem Zeitpunkt dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung übermitteln, daß diese Konvention auf alle oder einen Teil der Gebiete Anwendung findet, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt; diese Entscheidung tritt mit dem dreißigsten Tage nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor für alle darin bezeichneten Gebiete in Kraft.

(2) Jeder Staat, der dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung gemäß Absatz 1 dieses Artikels übermittelt hat, kann jederzeit eine neue Erklärung übermitteln, durch welche der Geltungsbereich einer früheren Erklärung geändert oder die Durchführung der Bestimmungen dieser Konvention in einem bestimmten Gebiete beendet wird. Diese Erklärung wird mit dem dreißigsten Tage nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor wirksam.

(3) Der Generaldirektor der FAO setzt alle Unterzeichnerstaaten oder beigetretenen Staaten von den Erklärungen in Kenntnis, die bei ihm gemäß diesem Artikel eingegangen sind.

Artikel XII

Ratifizierung und Beitritt

(1) Diese Konvention steht allen Staaten bis zum 1. Mai 1952 zur Unterzeichnung offen und ist in kürzester Frist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generaldirektor der FAO zu hinterlegen, der alle Unterzeichnerstaaten vom Zeitpunkt dieser Hinterlegung benachrichtigt.

(2) Die Staaten, welche diese Konvention nicht unterzeichnet haben, können ihr nach Inkrafttreten gemäß Artikel XIV beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der FAO, der hiervon alle Unterzeichnerstaaten und beigetretenen Staaten benachrichtigt.

Artikel XIII

Änderung

(1) Jeder Änderungsvorschlag eines Vertragschließenden Staates zu dieser Konvention ist dem Generaldirektor der FAO vorzulegen.

(2) Jeder Änderungsvorschlag, der durch einen Vertragschließenden Staat bei dem Generaldirektor der FAO eingebracht wird, ist einer ordentlichen oder außerordentlichen Tagung der Konferenz der FAO zur Genehmigung vorzulegen; werden mit dem Antrag wichtige Änderungen technischer Art vorgeschlagen oder legt er den Vertragschließenden Staaten zusätzliche Verpflichtungen auf, so ist er von einem beratenden Sachverständigenausschuß zu prüfen, der von der FAO vor der Konferenz einberufen wird.

(3) Jeder Änderungsvorschlag ist den Vertragschließenden Staaten spätestens mit der Übersendung der Tagesordnung der Tagung der Konferenz, auf der dieser Vorschlag zu prüfen ist, durch den Generaldirektor der FAO bekanntzugeben.

(4) Jeder Änderungsvorschlag bedarf der Zustimmung der Konferenz der FAO und tritt mit dem dreißigsten Tage nach seiner Annahme durch zwei Drittel der Vertragschließenden Staaten in Kraft. Änderungen, die neue Verpflichtungen der Vertragschließenden Staaten mit sich bringen, werden jedoch für jeden Vertragschließenden Staat erst wirksam, nachdem sie von diesem Staat angenommen worden sind, und zwar mit dem dreißigsten Tage nach dieser Annahme.

(5) Die Urkunden über die Annahme von Änderungsvorschlägen, die neue Verpflichtungen mit sich bringen, sind beim Generaldirektor der FAO zu hinterlegen, der alle Vertragschließenden Staaten von dem Eingang dieser Urkunden und dem Inkrafttreten der Änderungen in Kenntnis setzt.

Artikel XIV

Inkrafttreten

Sobald die vorliegende Konvention von drei Unterzeichnerstaaten ratifiziert ist, tritt sie für diese in Kraft. Für die anderen Staaten tritt sie mit dem Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel XV

Kündigung

(1) Jeder Vertragschließende Staat kann jederzeit durch eine an den Generaldirektor der FAO gerichtete Mitteilung diese Konvention kündigen. Der Generaldirektor setzt hiervon alle

Unterzeichnerstaaten oder beigetretenen Staaten unverzüglich in Kenntnis.

(2) Die Kündigung wird erst ein Jahr nach dem Tage des Eingangs der Mitteilung beim Generaldirektor der FAO wirksam.

GESCHEHEN zu Rom, Italien, am sechsten Dezember neunzehnhunderteinundfünfzig, in einer Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jede Fassung in gleicher Weise maßgebend ist. Die Originale werden in den Archiven der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generaldirektor der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen übermittelt jedem Staat, der diese Konvention unterzeichnet hat oder ihr beigetreten ist, eine beglaubigte Ausfertigung.

ZU URKUND DESSEN haben die ordnungsmäßig dazu bevollmächtigten Unterzeichneten diese Konvention für ihre Regierungen an den jeweils neben ihrer Unterschrift vermerkten Tagen unterschrieben.

Anlage

Pflanzengesundheitszeugnis

(Muster)

Pflanzenschutzdienst

von (Land) .....

Nr. .....

Es wird hiermit bescheinigt,

daß die unten beschriebenen Pflanzen, Pflanzenteile oder pflanzlichen Erzeugnisse, insgesamt oder durch Entnahme charakteristischer Durchschnittsproben,

am (Datum) .....

durch (Name) .....

einen bevollmächtigten Beamten des .....

Pflanzenschutzdienstes gründlich untersucht und nach seiner besten Kenntnis praktisch frei von gefährlichen Krankheiten und Schädlingen befunden wurden und daß angenommen wird, daß die Sendung den bestehenden Pflanzenschutzvorschriften des Einfuhrlandes, wie in der nachstehenden zusätzlichen Erklärung oder anderweit angegeben, genügt.

Begasung oder Desinfektionsbehandlung (wenn vom Einfuhrland gefordert)

Datum: .....

Behandlung: .....

Dauer der Behandlung: .....

Chemikalien und Konzentration: .....

Zusätzliche Erklärung:

..... 19 .....

.....

(Unterschrift)

.....

(Dienststellung)

(Dienstsiegel)

Beschreibung der Sendung

Name, Vorname und Adresse des Absenders: .....

Name, Vorname und Adresse des Empfängers: .....

Zahl und Beschreibung der Stücke: .....

Unterscheidungsmerkmale: .....

Ursprung (auf Verlangen des Einfuhrlandes): .....

Transportmittel: .....

Grenzübertrittsort: .....

Menge und Name des Erzeugnisses: .....

Botanischer Name (auf Verlangen des Einfuhrlandes): .....

CONVENTION INTERNATIONALE POUR LA PROTECTION DES VEGETAUX

PREAMBULE

Les Parties contractantes, reconnaissant l'utilité d'une coopération internationale dans la lutte contre les maladies et les ennemis des végétaux et des produits végétaux, et particulièrement contre l'introduction et la propagation de ces maladies et ennemis au-delà des frontières nationales, désireuses d'assurer une étroite coordination des mesures visant à ces fins, sont convenues de ce qui suit:

ARTICLE I

Objet et obligations

1. En vue d'assurer une action commune et efficace dans la lutte contre l'introduction et la propagation des maladies et ennemis des végétaux et produits végétaux et en vue de promouvoir l'adoption de mesures à cet effet, les Etats contractants s'engagent à prendre les mesures législatives, techniques et réglementaires spécifiées dans la présente Convention et dans les accords complémentaires adoptés par les Etats contractants en vertu de l'Article III.

2. Chaque Etat contractant s'engage à veiller, sur son territoire, à l'application des mesures prescrites par la présente Convention.

ARTICLE II

Champ d'application

1. Dans la présente Convention, le terme « végétaux » désigne les plantes vivantes et parties de plantes vivantes, y compris les semences dont les Etats contractants jugent nécessaire de contrôler l'importation en vertu de l'article VI de la présente Convention ou de certifier l'état phyto-sanitaire en vertu de l'article IV, paragraphe 1, alinéa (a), sous-alinéa (iv), et de l'article V de la présente Convention; le terme « produits végétaux » désigne les produits non manufacturés et moulus d'origine végétale, y compris les semences non visées par la définition du terme « végétaux ».

2. Les dispositions de la présente Convention peuvent également s'appliquer, si les Etats contractants le jugent utile, aux entrepôts, récipients, moyens de transport, matériel d'emballage et autres matériaux de tout ordre accompagnant les plantes, tels que la terre, qui interviennent dans le transport international des végétaux et produits végétaux.

3. La présente Convention vise particulièrement les maladies et ennemis des végétaux qui présentent de l'importance dans le commerce international.

ARTICLE III

Accords complémentaires

1. Des accords complémentaires applicables à des régions particulières, à des maladies ou ennemis déterminés, à des végétaux et produits végétaux spécifiés ou à certains modes de transport international des végétaux et produits végétaux, ou des accords complémentaires tendant d'une autre manière à l'application des dispositions de la présente Convention, peuvent être élaborés par l'Organisation des Nations Unies pour l'Alimentation et l'Agriculture (désignée ci-après sous la dénomination de « FAO »), soit sur la recommandation d'un Etat contractant, soit de sa propre initiative, afin de résoudre, en matière de protection des végétaux, des problèmes spéciaux réclamant une attention ou des solutions particulières.

2. Tout accord complémentaire de cette nature entrera en vigueur, pour chaque Etat contractant, après avoir été accepté conformément aux dispositions de l'Acte constitutif et du Règlement intérieur de la FAO.

ARTICLE IV

Organisation nationale de la protection des végétaux

1. Chaque Etat contractant s'engage à prendre les dispositions nécessaires pour organiser, dans le plus bref délai, et dans la mesure de ses possibilités:

(a) une organisation officielle de la protection des végétaux, principalement chargée:

(i) de l'inspection des végétaux sur pied, des terres cultivées (y compris les champs, les plantations, les pépinières et les serres) et des végétaux et produits végétaux emmaganisés ou en cours de transport, en vue particulièrement de signaler l'existence, l'apparition et la propagation des maladies et ennemis des végétaux et de lutter contre ces maladies et ennemis;

(ii) de l'inspection des envois de végétaux et produits végétaux faisant l'objet d'échanges internationaux, et, dans la mesure du possible, de l'inspection d'autres articles ou produits transportés faisant l'objet d'échanges internationaux dans les conditions telles qu'ils peuvent être occasionnellement les véhicules de maladies et d'ennemis des végétaux, et produits végétaux, de l'inspection et de la surveillance des installations d'emmagasinage et des moyens de transport de tout ordre intervenant dans les échanges internationaux, qu'il s'agisse de végétaux et produits végétaux ou d'autres produits, en vue particulièrement d'empêcher la propagation au-delà des frontières nationales de maladies et ennemis de végétaux et produits végétaux;

(iii) de la désinfestation ou de la désinfection des envois de végétaux et produits végétaux faisant l'objet d'échanges internationaux, ainsi que des récipients, installations d'emmagasinage et moyens de transport de tout ordre qui sont utilisés;

(iv) de la délivrance de certificats concernant l'état phytosanitaire et la provenance des envois de végétaux et produits végétaux (designés ci-après sous la dénomination de « certificats phyto-sanitaire »)

(b) la diffusion, sur le plan national, de renseignements sur les maladies et ennemis des végétaux et produits végétaux et des moyens de prévention et de lutte;

(c) la recherche et l'enquête dans le domaine de la protection des végétaux.

2. Chaque Etat contractant présentera au Directeur général de la FAO un rapport décrivant la portée de son organisation nationale pour la protection des végétaux et les modifications qui sont apportées à cette organisation; le Directeur général de la FAO communiquera ce dernier à tous les Etats contractants.

ARTICLE V

Certificats phyto-sanitaires

1. Chaque Etat contractant prendra les dispositions nécessaires pour délivrer des certificats phyto-sanitaires, conformes tant à la réglementation sur la protection des végétaux en vigueur dans les autres Etats contractants, qu'aux prescriptions suivantes:

(a) Les fonctions de l'inspection des envois et de la délivrance des certificats ne pourront être remplis que par des agents techniquement compétents et dûment autorisés, ou sous leur autorité, agissant dans des conditions et disposant de renseignements de nature à permettre aux autorités des pays importateurs d'accepter lesdits certificats comme des documents dignes de foi.

(b) Les certificats ayant pour objet les végétaux destinés à la plantation ou à la multiplication devront être libellés conformément au modèle reproduit en annexe à la présente Convention, et fournir en outre toute déclaration supplémentaire exigée par les autorités du pays importateur; le modèle de certificat peut être également utilisé, le cas échéant, pour d'autres végétaux et pour les produits végétaux à condition de ne pas contrevenir aux exigences du pays importateur.

(c) Ces certificats ne comportent aucune correction ou suppression.

2. Chaque Etat contractant s'engage à ne pas exiger, pour accompagner les envois de végétaux importés dans son territoire aux fins de plantations ou de multiplication, des certificats phyto-sanitaires ne répondant pas au modèle reproduit en annexe à la présente Convention.

ARTICLE VI

Dispositions concernant les importations

1. Chaque Etat contractant a toute autorité pour réglementer l'importation des végétaux et des produits végétaux, afin de lutter contre l'introduction des maladies et ennemis des végétaux sur son territoire et, dans ce but, il peut:

(a) imposer des restrictions ou des conditions à l'importation des végétaux ou produits végétaux;

(b) interdire l'importation de certains végétaux ou produits végétaux ou de certains lots de végétaux ou produits végétaux;

(c) inspecter ou mettre en quarantaine des envois déterminés de végétaux ou produits végétaux;

(d) procéder à la désinfection, à la désinfestation ou à la destruction d'envois déterminés de végétaux ou produits végétaux, exiger la désinfection, la désinfestation ou la destruction desdits envois, ou même en interdire l'entrée.

2. Afin d'entraver le moins possible le commerce international, chaque Etat contractant effectuera la surveillance visée au paragraphe 1 du présent article, en se conformant aux dispositions suivantes:

(a) Les Etats contractants ne doivent prendre, en vertu de leur réglementation sur la protection des végétaux, aucune des mesures mentionnées au paragraphe 1 du présent article, à moins que celles-ci ne répondent à des nécessités d'ordre phyto-sanitaire.

(b) Tout Etat contractant qui impose des restrictions ou des conditions à l'importation des végétaux et produits végétaux dans son territoire doit publier lesdites restrictions ou conditions et les communiquer immediatement aux services de protection des végétaux des autres Etats contractants et à la FAO.

(c) Tout Etat contractant qui interdit, conformément à sa réglementation sur la protection des végétaux, l'importation de végétaux ou produits végétaux, doit publier sa décision motivée et mettre immédiatement au courant les services de protection des végétaux des autres Etats contractants et la FAO.

(d) Tout Etat contractant qui limite les points d'entrée pour l'importation de certains végétaux ou produits végétaux doit choisir lesdits points de maniere à ne pas entraver sans nécessité le commerce international. L'Etat contractant doit publier une liste de ces derniers et la communiquer aux services de protection des végétaux des autres Etats contractants et à la FAO. Toute restriction de cet ordre ne sera autorisée que si les végétaux ou produits vegétaux en cause doivent être accompagnés de certificats phyto-sanitaires ou soumis à une inspection ou à un traitement.

(e) L'inspection, par les services de protection des végétaux d'un Etat contractant, des envois de végétaux destinés à l'importation doit s'effectuer dans le plus bref délai possible, en tenant dûment compte de la nature périssable de ces végétaux. Si un envoi est reconnu non conforme aux conditions exigées par la législation de l'Etat importateur en matière de protection des végétaux, le service de protection des végétaux de l'Etat exportateur doit en être informé. Si la destruction totale ou partielle de l'envoi est effectuée, un procès-verbal officiel doit être transmis sans délai au service de protection des végétaux de l'Etat exportateur.

(f) Les Etats contractants doivent prendre les dispositions nécessaires pour que, tout en assurant la sauvegarde de leur production végétale, soit réduit au minimum le nombre de cas dans lesquels un certificat phyto-sanitaire est exigé à l'importation des végétaux ou produits végétaux non destinés à la plantation, tels que les céréales, fruits, légumes et fleurs coupées.

(g) Les Etats contractants peuvent prendre des dispositions en vue de l'importation, aux fins de recherche scientifique, de végétaux et produits végétaux et d'échantillons d'ennemis et organismes pathogènes des végétaux, en s'assurant pleinement des précautions nécessaires pour empêcher le risque de propagation de ces maladies et ennemis des végétaux.

3. Les dispositions du présent article ne sont pas applicables au transit à travers le territoire des Etats contractants, à moins qu'elles ne soient nécessaires à la protection des végétaux de ces Etats.

ARTICLE VII

Collaboration internationale

Les Etats contractants collaboreront dans toute la mesure possible à la réalisation des buts de la présente Convention, notamment de la manière suivante:

(a) Chaque Etat contractant, tout en utilisant pleinement les possibilités et les services offerts dans ce domaine par les organisations existantes, s'engage à collaborer avec la FAO en vue de l'organisation d'un service mondial de renseignements sur les maladies et ennemis des végétaux et, dès la création de ce dernier, à fournir périodiquement à la FAO les renseignements ci-apres:

(i) les rapports concernant la manifestation, l'apparition et la propagation sur son territoire des maladies et ennemis des végétaux présentant une importance du point de vue économique et un danger immédiat ou une possibilité de danger;

(ii) la description de méthodes de lutte contre les maladies et ennemis des végétaux et produits végétaux dont il a éprouvé l'efficacité.

(b) En participant, dans toute la mesure du possible, à toute campagne particulière de lutte contre les maladies ou ennemis des végétaux qui constituent une serieuse menace pour les récoltes, et dont la gravité exige une action sur le plan international.

ARTICLE VIII

Organisation régionale de la protection des végétaux

1. Les Etats contractants s'engagent à collaborer pour instituer dans les régions appropriées des organisations régionales pour la protection des végétaux.

2. Ces organisations assureront un rôle coordinateur dans les régions de leur compétence et prendront part à différentes activités en vue de réaliser les objectifs de la présente Convention.

ARTICLE IX

Règlement des différends

1. En cas de contestation sur l'interprétation ou l'application de la présente Convention, ou encore lorsqu'un des Etats contractants considère qu'une action entreprise par un autre Etat contractant est incompatible avec les obligations que lui imposent les Articles V et VI de la présente Convention, particulièrement en ce qui concerne les motifs d'une interdiction ou d'une restriction de l'entrée de végétaux ou produits végé-

taux provenant de son territoire, l'Etat ou les Etats intéressés peuvent demander au Directeur général de la FAO de désigner un comité chargé d'examiner le différend.

2. Dans ce cas, le Directeur général de la FAO, en consultation avec les gouvernements intéressés, désignera un comité d'experts, qui comprendra des représentants desdits gouvernements. Ce comité examinera le différend en tenant compte de tous les documents et éléments probatoires utiles présentés par les Etats intéressés. Le comité soumettra un rapport au Directeur général de la FAO, qui le communiquera aux Etats intéressés et aux autres Etats contractants.

3. Tout en ne reconnaissant pas aux recommandations de ce comité un caractère obligatoire, les Etats contractants conviennent de les prendre pour base de tout nouvel examen, par les Etats intéressés, de la question se trouvant à l'origine de la contestation.

4. Les gouvernements intéressés supporteront une part égale des frais de la mission confiée aux experts.

ARTICLE X

Substitution aux accords antérieurs

La présente Convention met fin et se substitue, dans les relations entre les parties contractantes, à la Convention internationale phylloxérique du 3 novembre 1881, à la Convention additionnelle de Berne du 15 avril 1889 et à la Convention internationale de Rome du 16 avril 1929 sur la protection des végétaux.

ARTICLE XI

Applications territoriales

1. Tout Etat peut, à la date de la ratification ou de l'adhésion ou à tout moment après cette date, communiquer au Directeur général de la FAO une déclaration indiquant que la présente Convention est applicable à tout ou partie des territoires dont il assure la représentation sur le plan international. Cette décision prendra effet trente jours après réception par le Directeur général de la déclaration portant désignation desdits territoires.

2. Tout Etat qui a transmis au Directeur général de la FAO une déclaration, conformément au paragraphe 1 du présent article, peut à tout moment communiquer une nouvelle déclaration modifiant la portée d'une déclaration précédente, ou mettant fin à l'application des dispositions de la présente Convention dans n'importe quel territoire. Cette déclaration prendra effet trente jours après la date de sa réception par le Directeur général.

3. Le Directeur général de la FAO informera tous les Etats signataires ou adhérents des déclarations qu'il aura reçues par application du présent article.

ARTICLE XII

Ratification et adhésion

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les Etats jusqu'au 1er mai 1952, et sera ratifiée le plus tôt possible. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Directeur général de la FAO qui avisera chaque Etat signataire de la date de ce dépôt.

2. Les Etats qui n'ont pas signé la présente Convention seront admis à y adhérer dès qu'elle sera entrée en vigueur, conformément à l'article XIV. L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Directeur général de la FAO, qui en avisera chacun des Etats signataires et adhérents.

ARTICLE XIII

Amendement

1. Toute proposition d'amendement à la présente Convention introduite par un Etat contractant doit être soumise au Directeur général de la FAO.

2. Toute proposition d'amendement introduite par un Etat contractant et reçue par le Directeur général de la FAO doit être présentée pour approbation à la Conférence de la FAO, réunie en session ordinaire ou spéciale; si l'amendement implique d'importantes modifications d'ordre technique ou impose de nouvelles obligations aux Etats contractants, il sera étudié par un comité consultatif d'experts convoqué par la FAO avant la Conférence.

3. Toute proposition d'amendement sera notifiée aux Etats contractants par le Directeur général de la FAO, au plus tard à la date de l'envoi de l'ordre du jour de la session de la Conférence où doit être examinée cette proposition.

4. Toute proposition d'amendement doit être adoptée par la Conférence de la FAO, et prend effet à compter du trentième jour qui suit son acceptation par les deux tiers des Etats contractants. Toutefois les amendements qui impliquent de nouvelles obligations à la charge des Etats contractants ne prennent effet, pour tout Etat contractant, qu'après avoir été acceptés par lui et à compter du trentième jour qui suit cette acceptation.

5. Les instruments d'acceptation des amendements qui impliquent de nouvelles obligations doivent être déposés auprès du Directeur général de la FAO, qui informera tous les Etats contractants de la réception desdits instruments et de l'entrée en vigueur desdits amendements.

ARTICLE XIV

Entrée en vigueur

La présente Convention entrera en vigueur entre les parties lorsque trois Etats signataires l'auront ratifiée. Elle entrera en vigueur pour les autres Etats à la date du dépot de leur instrument de ratification ou d'adhésion.

ARTICLE XV

Dénonciations

1. Chacun des Etats contractants peut à tout moment faire connaître qu'il dénonce la présente Convention par notification adressée au Directeur général de la FAO. Le Directeur général en informera immédiatement tous les Etats signataires ou adhérents.

2. La dénonciation ne produira ses effets qu'un an après la date de réception de la notification par le Directeur général de la FAO.

FAIT à Rome, Italie, le six décembre mille neuf cent cinquante et un, en un seul exemplaire en anglais, français et espagnol, chaque texte faisant également foi. Les originaux seront déposés dans les archives de l'Organisation des Nations Unies pour l'Alimentation et l'Agriculture. Des copies certifiées conformes seront remises par le Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'Alimentation et l'Agriculture à chacun des Etats signataires ou adhérents.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention au nom de leurs gouvernements respectifs aux dates indiquées en regard de leurs signatures.

ANNEXE

CERTIFICAT PHYTO-SANITAIRE, MODÈLE

SERVICE DE LA PROTECTION DES VÉGÉTAUX

De ..... N° .....

Il est certifié

que les végétaux, parties de végétaux ou produits végétaux décrits ci-dessous ont été minutieusement examinés, en totalité ou sur échantillon représentatif le (date) ..... par (nom) ..... agent autorisé du (service) ..... et sont, à sa connaissance, jugés pratiquement indemnes d'ennemis et maladies dangereux des cultures; et que l'envoi est estimé conforme aux réglementations phyto-sanitaires actuellement en vigueur dans le pays importateur, ainsi qu'il est spécifié dans la déclaration supplémentaire ci-après ou par ailleurs.

Fumigation ou désinfection (à remplir sur la demande du pays importateur):

Date .....

Durée du traitement .....

Traitement .....

Produit chimique utilisé et concentration .....

Déclaration supplémentaire

Fait à ..... le ..... 19....

.....

(Signature)

.....

(Fonction)

(Cachet du Service)

DESCRIPTION DE L'ENVOI

Nom, prénom et adresse de l'expéditeur: .....

Nom, prénom et adresse du destinataire: .....

Nombre et nature des colis: .....

Marque des colis: .....

Provenance (sur la demande du pays importateur): .....

Moyen de transport: .....

Point d'entrée: .....

Contenu de l'envoi: .....

Nom botanique (sur la demande du pays importateur): .....

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 18. April 1951 in der Fassung vom 18. September 1968 zur Errichtung einer Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum

vom 18. August 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 20. November 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention vom 18. April 1951 in der Fassung vom 18. September 1968 zur Errichtung einer Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln III und XXI der Konvention die folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Artikeln III und XXI der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren."

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel XX für die Deutsche Demokratische Republik am 20. November 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 18. August 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention zur Errichtung einer Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum vom 18. April 1951 in der Fassung vom 18. September 1968

Die Vertragsstaaten dieser Konvention sind im Bewußtsein der Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit zur Verhütung der Einschleppung und Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen und in dem Wunsch, die auf diesem Gebiet durch das Internationale Komitee zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers und durch die Europäische Arbeitsgemeinschaft für Vorratsschutz bereits geleistete Arbeit fortzusetzen und auszudehnen, wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Organisation

Es wird eine Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum (im folgenden als „Organisation" bezeichnet) gegründet, die das Vermögen und die Verbindlichkeiten des obengenannten Komitees und der Arbeitsgemeinschaft übernimmt.

Artikel II

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Konvention bedeutet der Ausdruck „Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse" lebende Pflanzen und Pflanzenteile, unverarbeitetes Material pflanzlichen Ursprungs und Lebensmittel, die aus Pflanzen und Pflanzenteilen hergestellt sind.

Artikel III

Mitgliedschaft

a) Die Mitgliedschaft in der Organisation durch Beitritt zu dieser Konvention nach Artikel XX steht frei
   1. den in Anlage III aufgeführten Staaten,
   2. jedem anderen Staat, der auf Beschluß des Rates der Organisation zum Beitritt aufgefordert wird.

b) Jedes Hoheitsgebiet, hinsichtlich dessen eine Erklärung nach Artikel XXI abgegeben wurde, kann vom Rat der Organisation als Mitglied zugelassen werden, jedoch nur auf Vorschlag des Mitgliedstaates, der die Erklärung abgab. Die Aufnahme dieser Gebiete erfordert eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Die so zugelassenen Hoheitsgebiete müssen nach Ansicht des Rates einen fest umrissenen eigenen Beitrag zur Arbeit der Organisation leisten können.

Artikel IV

Sitz

a) Sitz der Organisation ist Paris.

b) Die Organisation tagt normalerweise an ihrem Sitz.

Artikel V

Aufgaben

a) Die Aufgaben der Organisation bestehen darin,
   1. in Übereinstimmung mit der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, die Tätigkeit einer regionalen Pflanzenschutzorganisation im Sinne des Artikels VIII der Internationalen Pflanzenschutzkonvention vom 6. Dezember 1951 auszuüben;
   2. die Mitgliedstaaten über die fachlichen, verwaltungstechnischen und gesetzgeberischen Maßnahmen zu beraten, die zur Verhinderung der Einschleppung und Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen notwendig sind;
   3. die Mitgliedstaaten, wenn nötig, bei der Durchführung derartiger Maßnahmen zu unterstützen;
   4. falls durchführbar, internationale Bekämpfungsmaßnahmen gegen Schädlinge und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen aufeinander abzustimmen und zu fördern;
   5. von den Mitgliedstaaten Auskünfte über das Vorhandensein, das Auftreten und die Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen einzuholen und diese Auskünfte den Mitgliedstaaten zu übermitteln;
   6. für den Austausch von Informationen über die Rechtsvorschriften der einzelnen Staaten in bezug auf Pflanzenschutz und über andere den freien Verkehr mit Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen betreffende Maßnahmen zu sorgen;
   7. die Möglichkeiten der Vereinfachung und Vereinheitlichung der Vorschriften und Bescheinigungen für den Pflanzenschutz zu prüfen;
   8. die Zusammenarbeit bei der Forschung über die Schädlinge und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen und über die Bekämpfungsmethoden sowie den Austausch einschlägiger wissenschaftlicher Informationen zu erleichtern;
   9. einen Dokumentationsdienst aufzubauen und jeweils nach Ermessen der Organisation in geeigneter Form Unterlagen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit und zur Förderung des technischen oder wissenschaftlichen Fortschritts zu veröffentlichen;
   10. den Mitgliedstaaten über alle in diesem Artikel erwähnten Angelegenheiten Empfehlungen zu übermitteln;
   11. ganz allgemein alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich und geeignet sind, die Ziele der Organisation zu verwirklichen.

b) Die Tätigkeit der Organisation richtet sich insbesondere — wenn auch nicht ausschließlich — gegen diejenigen Schädlinge und Krankheiten, die in Anlage II aufgeführt sind.

Artikel VI

Verpflichtungen der Mitgliedstaaten

Die Mitgliedstaaten liefern der Organisation, soweit irgend möglich, alle Informationen, die diese berechtigterweise zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Artikel VII

Beziehungen zu anderen Organisationen

Die Organisation arbeitet mit der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft sowie mit anderen Einrichtungen mit verwandten Aufgaben zusammen. Sie ist bestrebt, jede Überschneidung von Tätigkeiten zu vermeiden.

Artikel VIII

Aufbau der Organisation

Die Organisation besteht aus

a) dem Rat;

b) dem Leitungsorgan, bestehend aus dem Exekutivkomitee, dem Generaldirektor und dem Personal;

c) dem Rechnungshof;

d) den Fachgremien (Arbeitsgruppen und internationale Konferenzen).

Artikel IX

Der Rat

a) Der Rat der Organisation besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten.

Jeder Mitgliedstaat ist berechtigt, einen Vertreter und einen Stellvertreter für den Rat zu ernennen.

Die von den Mitgliedstaaten ernannten Vertreter und Stellvertreter können sich von Mitarbeitern und Beratern begleiten lassen.

b) Jeder Mitgliedstaat hat eine Stimme im Rat.

Artikel X

Tagungen des Rates

a) Der Rat tritt normalerweise einmal im Jahr zu einer ordentlichen Tagung zusammen.

b) Auf ein schriftliches, an den Vorsitzenden gerichtetes Ersuchen von mindestens einem Drittel der Mitgliedstaaten muß eine außerordentliche Tagung des Rates einberufen werden.

Artikel XI

Geschäfts- und Finanzordnung

Der Rat setzt seine Geschäftsordnung und die Finanzordnung der Organisation fest.

Artikel XII

Beobachter

Jeder Staat, der nicht Mitglied der Organisation ist, und jede internationale Einrichtung mit Aufgaben, die denen der Organisation verwandt sind, kann sich mit Zustimmung des Rates auf jeder Ratstagung durch einen oder mehrere Beobachter ohne Stimmrecht vertreten lassen.

Artikel XIII

Aufgaben des Rates

Der Rat hat

a) den Bericht des Generaldirektors über die Tätigkeit der Organisation seit der letzten ordentlichen Ratstagung zu prüfen und darüber Beschluß zu fassen;

b) die Richtlinien und das Tätigkeitsprogramm der Organisation zu prüfen und zu genehmigen;

c) den Haushalt zu prüfen und zu genehmigen;

d) die jährliche Rechnungslegung und die Jahresbilanz zu prüfen und zu genehmigen;

e) Fachgremien ad hoc oder ständigen Charakters einzusetzen;

f) die Berichte dieser Gremien zu prüfen und darüber Beschluß zu fassen;

g) die satzungsmäßigen Wahlen abzuhalten;

h) den Generaldirektor zu ernennen und die Bedingungen seiner Tätigkeit festzusetzen;

i) über die Vorschläge zu entscheiden, die ihm das Exekutivkomitee unterbreitet.

Artikel XIV

Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender

a) Der Rat wählt aus den Vertretern der Mitgliedstaaten, die einen Sitz im Exekutivkomitee haben, einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

b) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende werden für drei Jahre oder für ihre noch verbleibende Amtsdauer im Exekutivkomitee gewählt (wobei der kürzere Zeitraum maßgeblich ist) und sind im Falle der Verlängerung dieses Amtes wiederwählbar.

c) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende üben die gleiche Funktion innerhalb des Rates und des Exekutivkomitees aus.

Artikel XV

Das Exekutivkomitee

a) Das Exekutivkomitee besteht aus dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie aus sieben (weiteren) Vertretern von Mitgliedstaaten, die vom Rat gewählt werden.

b) Die Amtsdauer der Mitglieder des Exekutivkomitees beträgt normalerweise drei Jahre; sie sind wiederwählbar.

c) Tritt im Exekutivkomitee vor Ablauf der normalen Amtsdauer eine Vakanz ein, so fordert das Exekutivkomitee einen Mitgliedstaat auf, einen Vertreter zu benennen, um die Vakanz für den Rest der Amtszeit auszufüllen.

d) Das Exekutivkomitee tritt mindestens zweimal jährlich zusammen.

Artikel XVI

Aufgaben des Exekutivkomitees

Das Exekutivkomitee hat

a) dem Rat die Richtlinien sowie das Tätigkeitsprogramm der Organisation vorzuschlagen;

b) sicherzustellen, daß die Tätigkeit der Organisation mit den Beschlüssen des Rates im Einklang steht;

c) dem Rat den Haushaltsvoranschlag sowie die jährlichen Abrechnungen und die Bilanz vorzulegen; das Exekutivkomitee kann einen vorläufigen Haushalt genehmigen, der bis zu seiner Prüfung durch den Rat gültig ist;

d) jede weitere Aufgabe zu übernehmen, die ihm auf Grund dieser Konvention zukommt oder die ihm der Rat überträgt;

e) seine eigene Geschäftsordnung zu bestimmen.

Artikel XVII

Der Generaldirektor

Der Generaldirektor

a) ist der Leiter des unter seiner Verantwortung arbeitenden Sekretariats der Organisation;

b) führt das vom Rat genehmigte Programm sowie solche Aufgaben durch, die ihm das Exekutivkomitee überträgt;

c) berichtet auf jeder ordentlichen Ratstagung über die Tätigkeit und finanzielle Lage der Organisation.

Artikel XVIII

Finanzen

a) Die Ausgaben der Organisation werden durch jährliche Beiträge der Mitgliedstaaten und durch andere vom Rat oder vom Exekutivkomitee genehmigte Einnahmen gedeckt.

b) Die jährlichen Beiträge der Mitgliedstaaten richten sich nach der Beitragsstaffelung gemäß Anlage I.

c) Auf Vorschlag des Exekutivkomitees kann der Rat beschließen, auf die in Anlage I festgesetzten Grundbeiträge einen Koeffizienten anzuwenden, um sie der Tätigkeit der Organisation oder der jeweiligen Wirtschaftslage anzupassen. Der Beschluß wird mit Zweidrittelmehrheit der Mitgliedstaaten gefaßt.

d) Die Jahresbeiträge sind zu Beginn des Rechnungsjahres der Organisation fällig.

e) Die Beiträge der Mitgliedstaaten sind in der vom Exekutivkomitee mit Zustimmung des betreffenden Staates festzusetzenden Währung zu leisten.

f) Ein einzelner Staat oder eine Gruppe von Staaten können zusätzlich Beiträge für besondere Bekämpfungsvorhaben oder -aktionen, welche die Organisation im Interesse dieses Staates oder dieser Staatengruppe durchführt, leisten.

g) Ein aus Vertretern von drei vom Rat für drei Jahre gewählten Mitgliedstaaten bestehender Rechnungshof hat jedes Jahr die Abrechnung und die Geschäftsführung der Organisation zu überprüfen. Der Rechnungshof erstattet dem Rat Bericht. Das Exekutivkomitee kann für die Rechnungsprüfung der Organisation Bücherrevisoren bestellen.

Artikel XIX

Änderungen

a) Der Wortlaut beantragter Änderungen dieser Konvention und der Anlagen I und II ist den Mitgliedstaaten durch den Generaldirektor mindestens drei Monate vor ihrer Behandlung im Rat mitzuteilen.

b) Die Änderungen der Konvention treten nach Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und ihr Stimmrecht ausübenden Mitglieder des Rates in Kraft, jedoch unter dem Vorbehalt, daß Änderungen, die neue Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten enthalten (mit Ausnahme der unter Buchstabe c bezeichneten Änderung der Anlage I), für jeden Mitgliedstaat erst nach ihrer Annahme durch diesen in Kraft treten.

c) Änderungen der Anlage I werden vom Rat mit Zweidrittelmehrheit der Mitgliedstaaten angenommen.

d) Änderungen der Anlage II werden vom Rat mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder angenommen.

e) Die Annahme von Änderungen wird der französischen Regierung notifiziert, die alle Mitgliedstaaten vom Eingang der Annahmeerklärungen und vom Inkrafttreten der Änderungen unterrichtet.

Artikel XX

Unterzeichnung und Beitritt

a) Diese Konvention liegt zur Unterzeichnung oder zum Beitritt aus, und Staaten, denen die Mitgliedschaft in der Organisation gemäß Artikel III freisteht, können Vertragsparteien dieser Konvention werden durch

1. Unterzeichnung,
2. Unterzeichnung unter dem Vorbehalt der Ratifizierung oder
3. Beitritt.

b) Der Beitritt wird durch Hinterlegung einer Urkunde bei der französischen Regierung wirksam.

c) Die französische Regierung setzt unverzüglich alle Mitgliedstaaten von dem Zeitpunkt in Kenntnis, an dem ein Staat diese Konvention unterzeichnet hat oder ihr beigetreten ist.

Artikel XXI

Örtlicher Geltungsbereich

a) Jeder Staat kann zu jedem Zeitpunkt erklären, daß seine Teilnahme an der Konvention alle oder einen Teil der Hoheitsgebiete umfaßt, für deren auswärtige Beziehungen er verantwortlich ist. Diese Erklärung wird der französischen Regierung notifiziert.

b) Jede Erklärung, die auf Grund des Absatzes a von einem Mitgliedstaat abgegeben wird, tritt am dreißigsten Tag nach ihrem Eingang bei der französischen Regierung in Kraft.

c) Die französische Regierung setzt unverzüglich alle Vertragsstaaten dieser Konvention von den auf Grund dieses Artikels abgegebenen Erklärungen in Kenntnis.

Artikel XXII

Rücktritt

a) Jeder Mitgliedstaat kann diese Konvention nach Ablauf von zwei Jahren Mitgliedschaft jederzeit durch eine an die französische Regierung gerichtete Rücktrittserklärung kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Rücktrittserklärung wirksam.

b) Die Nichtbezahlung von zwei aufeinanderfolgenden Jahresbeiträgen gilt normalerweise als Austritt des säumigen Mitgliedstaates aus der Konvention.

c) Die Anwendung der Konvention auf ein oder mehrere Hoheitsgebiete auf Grund des Artikels XXI kann durch eine der französischen Regierung notifizierte Kündigung des Mitgliedstaates, der für die auswärtigen Beziehungen dieser (dieses) Hoheitsgebiete(s) verantwortlich ist, beendet werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tage ihres Eingangs wirksam.

d) Die französische Regierung setzt unverzüglich alle Vertragsstaaten von den auf Grund dieses Artikels abgegebenen Rücktrittserklärungen in Kenntnis.

Artikel XXIII

Inkrafttreten

a) Diese Konvention tritt an dem Tage in Kraft, an dem fünf Staaten gemäß Artikel XX Vertragsparteien derselben geworden sind.

b) Die französische Regierung setzt unverzüglich alle Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, von dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens in Kenntnis.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen ordnungsgemäß beauftragten Personen die vorliegende Konvention und die beigefügten Anhänge unterzeichnet.

GESCHEHEN ZU PARIS am 18. April 1951 in einer einfachen Ausfertigung, die in den Archiven der französischen Regierung hinterlegt wird.

Anlage II*

Schädlinge und Krankheiten, mit denen sich die Organisation vor allem zu befassen hat, mit Angabe des Datums der Aufnahme derselben in die Liste (vgl. Artikel V b):

1. Kartoffelkäfer (Leptinotarsa decemlineata)	1951
2. Kartoffelälchen (Heterodera rostochiensis)	1951
3. San-José-Schildlaus (Aspidiotus perniciosus)	1951
4. Kartoffelkrebs (Synchytrium endobioticum)	1951
5. Tierische und pflanzliche Vorratsschädlinge sowie für Nutzpflanzen schädliche Nagetiere, welche bis jetzt unter die Zuständigkeit der Europäischen Arbeitsgemeinschaft für Vorratsschutz fielen	1951
6. Weißer Bärenspinner (Hyphantria cunea)	1952

* Anlagen I und III hier nicht abgedruckt

CONVENTION
pour l'établissement de
L'ORGANISATION EUROPEENNE ET MEDITERRANEENNE POUR LA PROTECTION DES PLANTES

du 18 avril 1951, amendée par le Conseil le 27 avril 1955, le 9 mai 1962 et le 18 septembre 1968

Les Etats parties à la présente Convention, conscients de l'importance d'une coopération internationale en vue de prévenir l'introduction et la propagation des ennemis et des maladies des plantes et des produits végétaux, et désirant continuer et étendre les travaux déjà entrepris dans ce domaine par le Comité international de lutte contre le doryphore et par le Groupe de travail européen sur l'infestation des denrées stockées, sont convenus de ce qui suit:

Article I. — *Organisation*

Il est institué une Organisation européenne et méditerranéenne pour la protection des plantes (ci-après nommée l'Organisation), qui prend en charge l'actif et le passif du Comité et du Groupe de travail susnommés.

Article II. — *Définition*

Aux termes de la présente Convention, le terme « plantes et produits végétaux » signifie « plantes et parties de plantes vivantes, matériaux non manufacturés dérivés de plantes, et produits alimentaires fabriqués avec des plantes et des parties de plantes ».

Article III. — *Membres*

a. Peuvent devenir membres de l'Organisation en adhérant à la présente Convention suivant les termes de l'article XX:
   1. les Etats indiqués à l'annexe III;
   2. tout autre Etat que le Conseil de l'Organisation décide d'inviter à adhérer.

b. Tout territoire au sujet duquel une déclaration est formulée selon les termes de l'article XXI peut être admis comme membre par le Conseil de l'Organisation, mais seulement sur proposition de l'Etat membre qui formule la déclaration. L'admission de tels territoires est approuvée à la majorité des deux tiers des votants. Les territoires ainsi admis doivent être, de l'avis du Conseil, à même d'apporter une contribution distincte et bien déterminée aux travaux de l'Organisation.

Article IV. — *Siège*

a. Le siège de l'Organisation est fixé à Paris.

b. Les réunions de l'Organisation se tiennent en principe au lieu du siège.

Article V. — *Attributions*

a. Les attributions de l'Organisation sont les suivantes:
   1. remplir, en accord avec l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture, le rôle d'organisation régionale de la protection des végétaux selon les dispositions de l'article VIII de la Convention internationale pour la protection des végétaux du 6 décembre 1951;
   2. conseiller les Etats membres sur les mesures techniques, administratives et législatives nécessaires pour prévenir l'introduction et la propagation des ennemis et des maladies des plantes et des produits végétaux;
   3. aider, si nécessaire, les Etats membres dans l'application de ces mesures;
   4. coordonner et encourager, si possible, des campagnes sur le plan international contre les ennemis et les maladies des plantes et des produits végétaux;
   5. obtenir des renseignements des Etats membres quant à l'existence, l'apparition ou l'extension des ennemis et des maladies des plantes et des produits végétaux, et transmettre ces renseignements aux Etats membres;
   6. assurer l'échange d'informations sur les législations nationales concernant la réglementation phytosanitaire et sur d'autres mesures affectant le libre mouvement des plantes et des produits végétaux;
   7. étudier les possibilités de simplifier et d'unifier les règlements et certificats phytosanitaires;
   8. faciliter la coopération dans les recherches relatives aux ennemis et aux maladiés des plantes et des produits végétaux ainsi qu'aux procédés de lutte et favoriser l'échange des renseignements scientifiques s'y rapportant;
   9. mettre sur pied un service de documentation et publier sous la forme voulue les documents destinés à la propagande et au progrès technique ou scientifique, selon l'appréciation de l'Organisation;
   10. adresser des recommandations aux Etats membres sur toutes les questions visées au présent article;
   11. prendre, d'une manière générale, toutes les mesures utiles et nécessaires pour atteindre les buts de l'Organisation.

b. Les attributions de l'Organisation s'étendent principalement, mais non exclusivement, aux ennemis et aux maladies indiqués à l'annexe II.

Article VI. — *Obligations des Etats membres*

Les Etats membres fournissent à l'Organisation, dans toute la mesure du possible, les informations dont elle peut raisonnablement avoir besoin pour accomplir ses tâches.

Article VII. — *Relations avec les autres organisations*

L'Organisation collabore avec l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture et avec d'autres organismes ayant une activité analogue à la sienne; elle fait tous les efforts possibles pour éviter les doubles emplois.

Article VIII. — *Structure de l'Organisation*

L'Organisation comprend:

a. le Conseil;

b. l'administration, à savoir le Comité exécutif, le Directeur général et le personnel;

c. la Cour des comptes;

d. les organismes techniques (groupes de travail et conférences internationales).

Article IX. — Le Conseil

a. Le Conseil de l'Organisation est composé des représentants des Etats membres.

Chaque Etat membre a le droit de nommer un représentant au Conseil et un suppléant.

Les représentants et suppléants désignés par les Etats membres peuvent être accompagnés d'adjoints et de conseillers.

b. Chaque Etat membre dispose d'une voix au Conseil.

Article X. — *Sessions du Conseil*

a. En règle générale, le Conseil se réunit en session ordinaire une fois par an.

b. Une session extraordinaire du Conseil doit être convoquée quand un tiers au moins des Etats membres en fait par écrit la demande au Président.

Article XI. — *Règlements*

Le Conseil établit son Règlement intérieur et le Règlement financier de l'Organisation.

Article XII. — *Observateurs*

Avec le consentement du Conseil, tout Etat non membre de l'Organisation et tout organisme international ayant une activité analogue à celle de l'Organisation peut se faire représenter à toute session du Conseil par un ou plusieurs observateurs avec voix consultative.

Article XIII. — *Attributions du Conseil*

Le Conseil:

a. se prononce, après examen, sur le rapport du Directeur général sur les activités de l'Organisation depuis la dernière session ordinaire du Conseil;

b. examine et approuve les directives et le programme d'activité de l'Organisation;

c. examine et approuve le budget;

d. examine et approuve les comptes et le bilan annuels;

e. crée les organismes techniques *ad hoc* ou permanents;

f. se prononce, après examen, sur les rapports de ces organismes;

g. procède aux élections statutaires;

h. nomme le Directeur général et fixe les conditions d'engagement de celui-ci;

i. se prononce sur les propositions que le Comité exécutif lui soumet.

Article XIV. — *Présidence et vice-présidence*

a. Le Conseil élit un Président et un Vice-président choisis parmi les représentants des Etats membres siégeant au Comité exécutif.

b. Le Président et le Vice-président sont élus pour trois ans ou pour la durée de leur mandat au Comité exécutif restant à courir (la période la plus courte étant retenue), et sont rééligibles dans le cas où ce mandat serait renouvelé.

c. Le Président et le Vice-président exercent la même fonction au sein du Conseil et du Comité exécutif.

Article XV. — *Le Comité exécutif*

a. Le Comité exécutif est composé du Président et du Vice-président et de sept autres représentants d'Etats membres élus par le Conseil.

b. Le mandat des membres du Comité exécutif est normalement fixé à trois ans; ils sont rééligibles.

c. Dans le cas où une vacance se produit au Comité exécutif avant la date normale d'expiration du mandat, le Comité exécutif invite un Etat membre à pourvoir à la vacance pour la durée du mandat restant à courir.

d. Le Comité exécutif se réunit au moins deux fois par an.

Article XVI. — *Attributions du Comité exécutif*

Le Comité exécutif:

a. propose au Conseil les directives ainsi que le programme d'activité de l'Organisation;

b. s'assure que l'activité de l'Organisation est conforme aux décisions du Conseil;

c. soumet au Conseil le projet de budget ainsi que les comptes et le bilan annuels; le Comité exécutif peut adopter un budget provisoire valable jusqu'à son examen par le Conseil;

d. entreprend toute autre tâche que la présente Convention lui assigne ou que le Conseil lui confie;

e. adopte sa propre procédure.

Article XVII. — *Le Directeur général*

Le Directeur général:

a. est placé à la tête du secrétariat de l'Organisation, qui fonctionne sous sa responsabilité;

b. exécute le programme approuvé par le Conseil, ainsi que les tâches que le Comité exécutif lui confie;

c. présente, à chaque session ordinaire du Conseil, un rapport sur l'activité de l'Organisation et la situation financière.

Article XVIII. — *Questions financières*

a. Les dépenses de l'Organisation sont couvertes par les contributions annuelles des Etats membres et par les autres recettes approuvées par le Conseil ou par le Comité exécutif.

b. Les contributions des Etats membres sont déterminées par référence à un barème de contributions sur les bases précisées à l'annexe I.

c. Le Conseil, sur proposition du Comité exécutif, peut affecter les subventions de base fixées à l'annexe I d'un coefficient d'ajustement pour les adapter aux activités de l'Organisation ou à la situation économique du moment. La décision est prise à la majorité des deux tiers des Etats membres.

d. Les contributions annuelles sont dues au début de l'exercice financier de l'Organisation.

e. Le Comité exécutif fixe les monnaies dans lesquelles sont versées les contributions, sous réserve du consentement des Etats intéressés.

f. Des contributions supplémentaires peuvent être versées par un Etat ou par un groupe d'Etats dans l'intérêt de qui l'Organisation exécute des projets spéciaux ou des campagnes de lutte particulières.

g. Une Cour des comptes composée des représentants de trois Etats membres élus pour trois ans par le Conseil examine chaque année les comptes et la gestion de l'Organisation. La Cour des comptes fait rapport au Conseil. Le Comité exécutif peut désigner des experts-comptables chargés de la vérification des comptes de l'Organisation.

Article XIX. — *Amendements*

a. Le texte des propositions d'amendements à la présente Convention et aux annexes I et II est communiqué par le Directeur général aux Etats membres trois mois au moins avant leur examen par le Conseil.

b. Les amendements à la Convention entrent en vigueur après adoption par le Conseil à la majorité des deux tiers des membres présents et votants, sous la réserve que les amendements qui impliquent des obligations nouvelles pour les Etats membres (sauf les amendements à l'annexe I prévus au paragraphe c. ci-après) n'entrent en vigueur pour chacun d'eux qu'après acceptation.

c. Les amendements à l'annexe I sont adoptés par le Conseil à la majorité des deux tiers des Etats membres.

d. Les amendements à l'annexe II sont adoptés par le Conseil à la majorité des membres présents et votants.

e. Les acceptations d'amendements sont notifiées au Gouvernement français, qui informe tous les Etats membres de la réception des acceptations et de l'entrée en vigueur des amendements.

Article XX. — *Signature et adhésion*

a. La présente Convention reste ouverte à la signature ou à l'adhésion et les Etats qui, aux termes de l'article III, ont le droit de devenir membres de l'Organisation, peuvent adhérer à la Convention par:

1. la signature;
2. la signature sous réserve de ratification;
3. l'adhésion.

b. L'adhésion prend effet par le dépôt d'un instrument auprès du Gouvernement français.

c. Le Gouvernement français avise immédiatement tous les Etats membres de la date à laquelle chacun d'eux a signé la Convention ou y a adhéré.

Article XXI. — *Extension territoriale du champ d'application*

a. Tout Etat peut à tout moment déclarer que sa participation à la Convention comprend l'ensemble ou une partie des territoires dont les relations extérieures sont placées sous sa responsabilité. Cette déclaration est notifiée au Gouvernement français.

b. Toute déclaration faite par un Etat membre en vertu de l'alinéa précédent entre en vigueur le trentième jour suivant réception de la déclaration par le Gouvernement français.

c. Le Gouvernement français avise immédiatement tous les Etats membres des déclarations faites en vertu du présent article.

Article XXII. — *Retrait*

a. Tout Etat membre peut, après deux années de participation, dénoncer à tout moment la présente Convention par une notification de retrait adressée au Gouvernement français. La dénonciation prend effet un an après la date de réception de cette notification.

b. Le non-paiement de deux contributions annuelles consécutives implique en temps normal le retrait de la Convention pour l'Etat membre qui a ainsi manqué à ses engagements.

c. L'application de la Convention à un ou plusieurs territoires en vertu de l'article XXI peut être résiliée par notification adressée au Gouvernement français par l'Etat membre responsable des relations extérieures de ce ou ces territoires. La notification prend effet un an après la date de sa réception.

d. Le Gouvernement français informe immédiatement tous les Etats membres des notifications données en vertu du présent article.

Article XXIII. — *Entrée en vigueur*

a. La présente Convention entre en vigueur à la date à laquelle cinq Etats y sont parties conformément aux termes de l'article XX..

b. Le Gouvernement français informe immédiatement de la date d'entrée en vigueur tous les Etats qui ont signé la Convention ou y ont adhéré.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements, ont signé la présente Convention et ses annexes.

FAIT A PARIS, le 18 avril 1951, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les Archives du Gouvernement Français.

ANNEXE II

Ennemis et maladies appelés á retenir l'attention particulière de l'Organisation
avec leurs dates d'insciption à l'annexe
(voir article V. b.)

1. Doryphore *(Leptinotarsa decemlineata)* 1951
2. Anguillule des racines de la pomme de terre *(Heterodera rostochiensis)* 1951
3. Pou de San José *(Quadraspidiotus perniciosus)* 1951
4. Maladie verruqueuse de la pomme de terre *(Synchytrium endobioticum)* 1951
5. Insectes, cryptogames et rongeurs affectant les denrées stockées et rongeurs nuisibles aux cultures *(précédemment suivis par le Groupe de travail européen sur l'infestation des denrées stockées)* 1951
6. Ecaille fileuse *(Hyphantria cunea)* 1952

Praktische Erfahrungen und theoretische Erkenntnisse nutzen

Sowjetisches Arbeitsrecht

Autorenkollektiv
Aus dem Russischen
Herausgeber: Prof. Dr. F. Kunz, Dr. H. Wolf
474 Seiten · Leinen · 25,– M
Bestellwort: Sowjet. Arbeitsrecht / 770 352 0

Mit diesem Werk, das in der Sowjetunion als Lehrbuch erschienen ist, werden Kenntnisse über die geltende Arbeitsgesetzgebung in der UdSSR und über den Entwicklungsstand der Theorie auf dem Gebiet des Arbeitsrechts vermittelt. Ausgehend von den Grundprinzipien des sowjetischen Arbeitsrechts verdeutlicht es, welche Wesenszüge jedem sozialistischen Arbeitsrecht eigen sind, doch es läßt zugleich die nationalen Besonderheiten klar hervortreten. So gibt es Anregungen zur Erörterung theoretischer Probleme und damit zur Weiterentwicklung der Theorie auf dem Gebiet des Arbeitsrechts in der DDR.

Gliederung:
Begriff und System des sozialistischen Arbeitsrechts / Grundprinzipien und Quellen des sowjetischen Arbeitsrechts / Rechtsverhältnisse, die vom sowjetischen Arbeitsrecht geregelt werden / Die Rechte der Gewerkschaften in der UdSSR / Der Kollektivvertrag / Der Arbeitsvertrag / Arbeitszeit und Freizeit / Der Arbeitslohn / Der Arbeitsschutz / Die Arbeitsdisziplin / Die materielle Verantwortlichkeit der Arbeiter und Angestellten / Arbeitsrechtliche Regelungen für Werktätige, die die Arbeit mit dem Studium verbinden / Arbeitsstreitigkeiten und ihre Entscheidung / Die staatliche Sozialversicherung / Das Arbeitsrecht der anderen sozialistischen Staaten / Allgemeine Charakteristik des Arbeitsrechts der kapitalistischen Staaten.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31 818

AUSGESONDERT
27. APR.
Cottbus
237 g

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

165

1975	Berlin, den 30. Oktober 1975	Teil II Nr. 8

Tag	Inhalt	Seite
28. 8. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen, angenommen von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. Februar 1946**	165

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen, angenommen von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. Februar 1946

vom 28. August 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 4. Oktober 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen, angenommen von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. Februar 1946, hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 30 der Konvention folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht an die Bestimmung des Artikels 30 der Konvention gebunden, die die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes vorsieht, und vertritt hinsichtlich der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für Streitfälle, die sich aus der Auslegung oder Anwendung der Konvention ergeben, die Auffassung, daß in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien für die Überweisung eines bestimmten Streitfalles zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof erforderlich ist.

Dieser Vorbehalt gilt gleichermaßen für die in diesem Artikel enthaltene Bestimmung, wonach das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes als bindend anzuerkennen ist."

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel 32 für die Deutsche Demokratische Republik am 4. Oktober 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 28. August 1975

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen

Angenommen von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. Februar 1946

Da Artikel 104 der Charta der Vereinten Nationen bestimmt, daß die Organisation auf dem Hoheitsgebiet jedes ihrer Mitglieder die Rechtsstellung genießt, die für die Ausübung ihrer Funktionen und die Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich ist, und da Artikel 105 der Charta der Vereinten Nationen bestimmt, daß die Organisation auf dem Hoheitsgebiet jedes ihrer Mitglieder diejenigen Privilegien und Immunitäten genießt, die für die Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich sind, und daß die Vertreter der Mitglieder der Vereinten Nationen und die Beamten der Organisation gleichfalls die Privilegien und Immunitäten genießen, die für die unabhängige Ausübung ihrer mit der Tätigkeit der Organisation zusammenhängenden Funktionen erforderlich sind; hat die Vollversammlung mit einer am 13. Februar 1946 angenommenen Resolution die folgende Konvention gebilligt und jedem Mitglied der Vereinten Nationen vorgeschlagen, ihr beizutreten.

Kapitel I

Rechtspersönlichkeit

Artikel 1

Die Organisation der Vereinten Nationen besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie hat die Fähigkeit,

a) Verträge zu schließen;

b) unbewegliches und bewegliches Eigentum zu erwerben und zu veräußern;

c) gerichtliche Verfahren einzuleiten.

Kapitel II

Vermögenswerte, Mittel und Guthaben

Artikel 2

Die Organisation der Vereinten Nationen, ihr Eigentum und ihre Vermögenswerte, wo immer sie gelegen sind und in wessen Händen sie sich befinden, genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit, es sei denn, daß die Organisation in einem Einzelfall ausdrücklich auf diese Immunität verzichtet hat. Ein Verzicht auf die Immunität erstreckt sich jedoch nicht auf Zwangsvollstreckungsmaßnahmen.

Artikel 3

Die Räumlichkeiten der Organisation sind unverletzlich. Die Vermögenswerte und Guthaben der Organisation, wo immer sie gelegen sind und in wessen Händen sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jedem sonstigen Eingriff in Form einer Vollstrekkungs-, Verwaltungs-, Gerichts- oder Gesetzgebungsmaßnahme entzogen.

Artikel 4

Die Archive der Organisation und alle ihr gehörigen oder in ihrem Besitz befindlichen Schriftstücke sind unverletzlich, wo immer sie sich befinden.

Artikel 5

Ohne durch finanzielle Überwachungsmaßnahmen, Regelungen oder Moratorien irgendwelcher Art behindert zu sein, kann die Organisation

a) Mittel, Gold oder Devisen jeglicher Art besitzen und Konten in allen Währungen unterhalten;

b) ihre Mittel, ihr Gold oder ihre Devisen von einem Land in ein anderes Land oder innerhalb eines Landes frei transferieren und alle in ihrem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung tauschen.

Artikel 6

Bei der Ausübung der ihr im Artikel 5 gewährten Rechte berücksichtigt die Organisation der Vereinten Nationen alle Vorstellungen, die von der Regierung eines Mitgliedstaates erhoben werden, soweit anzunehmen ist, daß ihnen ohne Beeinträchtigung der Belange der Organisation stattgegeben werden kann.

Artikel 7

Die Organisation der Vereinten Nationen, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte sind befreit

a) von allen direkten Steuern; die Organisation wird keine Befreiung von Steuern beanspruchen, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe sind;

b) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der von der Organisation der Vereinten Nationen für ihren amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände. Die auf Grund dieser Befreiung eingeführten Gegenstände dürfen jedoch in dem Staat, in den sie eingeführt worden sind, nicht verkauft werden, es sei denn zu Bedingungen, denen die Regierung dieses Landes zugestimmt hat;

c) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichungen.

Artikel 8

Die Organisation der Vereinten Nationen beansprucht grundsätzlich keine Befreiung von Verbrauchssteuern und Verkaufsabgaben, die in den Preisen für bewegliche und unbewegliche Güter einbegriffen sind; falls jedoch die Organisation für ihren amtlichen Bedarf größere Einkäufe von Gütern vornimmt, bei denen derartige Steuern und Abgaben im Preis enthalten sind, so werden die Mitglieder, wann immer möglich, geeignete Verwaltungsmaßnahmen bezüglich des Erlasses oder der Erstattung des Betrages dieser Steuern oder Abgaben treffen.

Kapitel III

Erleichterungen im Nachrichtenverkehr

Artikel 9

Die Organisation der Vereinten Nationen genießt auf dem Hoheitsgebiet jedes ihrer Mitglieder für ihren amtlichen Nachrichtenverkehr keine weniger vorteilhafte Behandlung, als sie von der Regierung dieses Mitgliedes jeder anderen Regierung einschließlich deren diplomatischen Missionen bezüglich Prioritäten, Tarife und Gebühren für Briefsendungen, Kabelgramme, Telegramme, Funktelegramme, Funkbilder, Fernsprechverbindungen und sonstige Nachrichtenverbindungen sowie bezüglich der Pressetarife für Presse- und Rundfunkinformationen gewährt werden. Der amtliche Schriftverkehr und die übrigen amtlichen Nachrichtenverbindungen der Organisation unterliegen keiner Zensur.

Artikel 10

Die Organisation der Vereinten Nationen hat das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie ihren Schriftverkehr durch Kuriere oder mit Kuriergepäck zu versenden und zu empfangen; diese genießen die gleichen Privilegien und Immunitäten wie die diplomatischen Kuriere und das Kuriergepäck.

Kapitel IV
Vertreter der Mitglieder

Artikel 11

Die Vertreter der Mitglieder bei den Haupt- und Hilfsorganen der Organisation der Vereinten Nationen und auf den von der Organisation der Vereinten Nationen einberufenen Konferenzen genießen während der Wahrnehmung ihrer Funktionen und auf ihren Reisen zum und vom Konferenzort die folgenden Privilegien und Immunitäten:

a) Immunität von Festnahme oder Haft und von Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks sowie Immunität von jeglicher Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen sowie aller Handlungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Vertreter vornehmen;

b) Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;

c) das Recht, Verschlüsselungen zu benutzen und Schriftstücke oder Korrespondenz durch Kurier oder mit versiegeltem Kuriergepäck zu empfangen;

d) in den Staaten, die sie in Ausübung ihrer Funktionen besuchen oder durchreisen, Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen, von der Ausländerregistrierung und von öffentlichen Dienstleistungen für sich selbst und für ihre Ehegatten;

e) die gleichen Erleichterungen hinsichtlich Währungs- und Devisenbeschränkungen, wie sie den Vertretern ausländischer Regierungen in zeitweiliger amtlicher Mission gewährt werden;

f) die gleichen Immunitäten und Erleichterungen hinsichtlich ihres persönlichen Gepäcks, wie sie diplomatischen Vertretern gewährt werden; und gleichermaßen

g) diejenigen anderen Privilegien, Immunitäten und Erleichterungen, die diplomatische Vertreter genießen und die nicht im Widerspruch zu den vorgenannten stehen, ausgenommen das Recht, die Befreiung von Zollgebühren für die eingeführten Gegenstände (die nicht Bestandteil ihres persönlichen Gepäcks sind) und von Verbrauchssteuern oder Verkaufsabgaben zu beanspruchen.

Artikel 12

Um den Vertretern der Mitglieder bei den Haupt- und Hilfsorganen der Vereinten Nationen und auf den von der Organisation einberufenen Konferenzen volle Redefreiheit und Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten zu sichern, wird ihnen die Immunität von der Gerichtsbarkeit in bezug auf ihre mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und alle Handlungen, die sie in Wahrnehmung ihrer Pflichten getan haben, auch weiterhin gewährt, wenn diese Personen nicht mehr Vertreter der Mitglieder sind.

Artikel 13

Dort, wo die Erhebung irgendeiner Steuer vom Aufenthalt abhängt, werden Zeiträume, in denen die Vertreter der Mitglieder bei den Haupt- und Hilfsorganen der Organisation der Vereinten Nationen und auf den von der Organisation der Vereinten Nationen einberufenen Konferenzen sich in einem Mitgliedstaat zwecks Wahrnehmung ihrer Aufgaben aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiträume angesehen.

Artikel 14

Die Privilegien und Immunitäten werden den Vertretern der Mitglieder nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern um ihnen die unabhängige Wahrnehmung ihrer Funktionen bei der Organisation zu sichern. Infolgedessen hat ein Mitglied nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Immunität seiner Vertreter in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Meinung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung des Zweckes, für den sie gewährt wird, aufgehoben werden kann.

Artikel 15

Die Bestimmungen der Artikel 11, 12 und 13 sind nicht anwendbar auf einen Vertreter gegenüber den Behörden des Staates, dessen Staatsbürger er ist oder dessen Vertreter er ist oder war.

Artikel 16

Die in dem vorstehenden Kapitel verwendete Bezeichnung „Vertreter" umfaßt alle Delegierten, Delegiertenvertreter, Berater, Sachverständigen und Sekretäre von Delegationen.

Kapitel V
Beamte

Artikel 17

Der Generalsekretär bestimmt die Kategorien von Beamten, auf welche die Bestimmungen dieses Kapitels und des Kapitels VII Anwendung finden. Er unterbreitet die Liste der Vollversammlung und teilt sie sodann den Regierungen aller Mitglieder mit. Die Namen der zu diesen Kategorien gehörenden Beamten sind von Zeit zu Zeit den Regierungen der Mitglieder bekanntzugeben.

Artikel 18

Beamte der Organisation der Vereinten Nationen

a) sind immun von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und aller Handlungen, die von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommen werden;

b) sind befreit von allen Steuern hinsichtlich der von der Organisation der Vereinten Nationen gezahlten Gehälter und Einkünfte;

c) sind befreit von jeder Verpflichtung zur öffentlichen Dienstleistung;

d) sind, ebenso ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienangehörigen, befreit von Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländerregistrierung;

e) genießen hinsichtlich der Devisenerleichterungen dieselben Privilegien, wie sie den Mitgliedern vergleichbaren Rangs von diplomatischen Missionen, die bei der betreffenden Regierung akkreditiert sind, gewährt werden;

f) erhalten, ebenso ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienangehörigen, in Zeiten internationaler Krisen dieselben Heimbeförderungserleichterungen wie diplomatische Vertreter;

g) haben das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönliche Habe bei ihrem ersten Dienstantritt im betreffenden Land zollfrei einzuführen.

Artikel 19

Außer den im Artikel 18 vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden dem Generalsekretär und allen stellvertretenden Generalsekretären für sie selbst, ihre Ehegatten und ihre minderjährigen Kinder diejenigen Privilegien und Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt, die diplomatischen Vertretern gemäß dem Völkerrecht gewährt werden.

Artikel 20

Die Privilegien und Immunitäten werden den Beamten im Interesse der Organisation der Vereinten Nationen und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generalsekretär hat das Recht und die Pflicht, die Immunität eines Beamten in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Meinung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Nachteil für die Interessen der Organisation aufgehoben werden kann. Im Falle des Generalsekretärs ist der Sicherheitsrat berufen, die Immunitäten aufzuheben.

Artikel 21

Die Organisation der Vereinten Nationen arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Vorschriften zu sichern und jeden Mißbrauch im Zusammenhang mit den in diesem Kapitel erwähnten Privilegien, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern.

Kapitel VI
Sachverständige im Auftrag der Organisation der Vereinten Nationen

Artikel 22

Den Sachverständigen (außer den Beamten, die unter die Bestimmungen des Kapitels V fallen), die Aufträge für die Organisation der Vereinten Nationen ausführen, werden diejenigen Privilegien und Immunitäten, die für die unabhängige Ausübung ihrer Funktion notwendig sind, während der Dauer dieser Aufträge, einschließlich der Zeit, die sie im Zusammenhang mit diesen Aufträgen auf Reisen verbringen, gewährt. Insbesondere genießen sie folgende Privilegien und Immunitäten:

a) Immunität von Festnahme oder Haft und von Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;

b) Immunität von jeglicher Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und Handlungen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufträge vornehmen. Diese Immunität wird auch weiter gewährt, wenn diese Personen nicht mehr Aufträge für die Organisation der Vereinten Nationen ausführen;

c) Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;

d) das Recht, für ihren Nachrichtenverkehr mit der Organisation der Vereinten Nationen Verschlüsselungen zu benutzen sowie Schriftstücke oder Korrespondenz durch Kurier oder mit versiegeltem Kuriergepäck zu empfangen;

e) die gleichen Erleichterungen hinsichtlich Währungs- und Devisenbeschränkungen, wie sie den Vertretern ausländischer Regierungen in zeitweiliger amtlicher Mission gewährt werden;

f) die gleichen Immunitäten und Erleichterungen hinsichtlich ihres persönlichen Gepäcks, wie sie diplomatischen Vertretern gewährt werden.

Artikel 23

Die Privilegien und Immunitäten werden den Sachverständigen im Interesse der Organisation der Vereinten Nationen und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generalsekretär hat das Recht und die Pflicht, die Immunität eines Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Meinung verhindert, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Nachteil für die Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

Kapitel VII
Passierscheine der Vereinten Nationen

Artikel 24

Die Organisation der Vereinten Nationen kann Passierscheine an ihre Beamten ausgeben. Diese Passierscheine werden von den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 25 als gültige Reisedokumente anerkannt und angenommen.

Artikel 25

Anträge auf Erteilung von Visa (falls solche notwendig sind) von Inhabern dieser Passierscheine der Organisation der Vereinten Nationen werden, sofern eine Bestätigung beigefügt wird, daß die Beamten im Auftrage der Organisation reisen, so schnell wie möglich behandelt. Außerdem werden solchen Personen Erleichterungen zur Beschleunigung der Reise gewährt.

Artikel 26

Ähnliche Erleichterungen, wie die im Artikel 25 erwähnten, werden den Sachverständigen und anderen Personen gewährt, die, ohne im Besitz eines Passierscheines der Vereinten Nationen zu sein, Inhaber einer Bescheinigung sind, daß sie im Auftrage der Organisation reisen.

Artikel 27

Dem Generalsekretär, den stellvertretenden Generalsekretären und den Abteilungsleitern, die mit einem Passierschein der Vereinten Nationen im Auftrage der Organisation reisen, werden die gleichen Erleichterungen wie den diplomatischen Vertretern gewährt.

Artikel 28

Die Bestimmungen dieses Kapitels können auf ranggleiche Beamte von Spezialorganisationen angewendet werden, wenn die gemäß Artikel 63 der Charta abgeschlossenen Abkommen, betreffend die Beziehungen zwischen diesen Spezialorganisationen und der Organisation, eine diesbezügliche Bestimmung enthalten.

Kapitel VIII
Schlichtung von Streitigkeiten

Artikel 29

Die Organisation der Vereinten Nationen trägt Sorge für geeignete Verfahren zur Schlichtung von

a) Streitigkeiten aus Verträgen oder anderen privatrechtlichen Streitigkeiten, in denen die Organisation Partei ist;

b) Streitigkeiten, an denen ein Beamter der Organisation beteiligt ist, der auf Grund seiner dienstlichen Stellung Immunität genießt, falls diese Immunität nicht durch den Generalsekretär aufgehoben wurde.

Artikel 30

Jeder Streitfall über die Auslegung oder Anwendung der vorliegenden Konvention wird beim Internationalen Gerichtshof anhängig gemacht, es sei denn, daß die Parteien im Einzelfall ein anderes Schlichtungsverfahren vereinbaren. Wenn eine Streitigkeit zwischen der Organisation der Vereinten Nationen einerseits und einem Mitgliedstaat andererseits entsteht, ist über jede aufgeworfene Rechtsfrage ein Gutachten gemäß Artikel 96 der Charta und Artikel 65 des Statuts des Gerichtshofes einzuholen. Das Gutachten des Gerichtshofes wird von den Parteien als bindend anerkannt.

Schlußartikel

Artikel 31

Die vorliegende Konvention steht allen Mitgliedern der Organisation der Vereinten Nationen zum Beitritt offen.

Artikel 32

Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen und tritt für jedes Mitglied mit dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Beitrittsurkunde durch dieses Mitglied in Kraft.

Artikel 33

Der Generalsekretär benachrichtigt alle Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen von der Hinterlegung jeder Beitrittsurkunde.

Artikel 34

Nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde durch ein Mitglied der Organisation muß dieses Mitglied nach seinem Recht in der Lage sein, die Bestimmungen der vorliegenden Konvention zur Anwendung zu bringen.

Artikel 35

Die vorliegende Konvention bleibt zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und jedem Mitglied, das seine Beitrittsurkunde hinterlegt hat, so lange in Kraft, wie dieses Mitglied Mitglied der Organisation ist oder bis eine abgeänderte allgemeine Konvention von der Vollversammlung angenommen wurde und besagtes Mitglied Vertragsstaat dieser abgeänderten Konvention geworden ist.

Artikel 36

Der Generalsekretär kann mit einem oder mehreren Mitgliedern Zusatzvereinbarungen abschließen, in denen die Bestimmungen der vorliegenden Konvention hinsichtlich dieses Mitgliedes oder dieser Mitglieder ergänzt werden. Diese Zusatzvereinbarungen werden in jedem Falle der Vollversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

CONVENTION ON THE PRIVILEGES AND IMMUNITIES OF THE UNITED NATIONS

Adopted by the General Assembly of the United Nations on 13 February 1946

Whereas Article 104 of the Charter of the United Nations provides that the Organization shall enjoy in the territory of each of its Members such legal capacity as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its purposes and

Whereas Article 105 of the Charter of the United Nations provides that the Organization shall enjoy in the territory of each of its Members such privileges and immunities as are necessary for the fulfilment of its purposes and that representatives of the Members of the United Nations and officials of the Organization shall similarly enjoy such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Organization;

Consequently the General Assembly by a Resolution adopted on the 13 February 1946, approved the following Convention and proposed it for accession by each Member of the United Nations.

Article I

JURIDICAL PERSONALITY

Section 1. The United Nations shall possess juridical personality. It shall have the capacity:

(a) to contract;

(b) to acquire and dispose of immovable and movable property;

(c) to institute legal proceedings.

Article II

PROPERTY, FUNDS AND ASSETS

Section 2. The United Nations, its property and assets wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process except insofar as in any particular case it has expressly waived its immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

Section 3. The premises of the United Nations shall be inviolable. The property and assets of the United Nations, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative action.

Secion 4. The archives of the United Nations, and in general all documents belonging to it or held by it, shall be inviolable wherever located.

Section 5. Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria of any kind,

(a) the United Nations may hold funds, gold or currency of any kind and operate accounts in any currency;

(b) the United Nations shall be free to transfer its funds, gold or currency from one country to another or within any country and to convert any currency held by it into any other currency.

Section 6. In exercising its rights under section 5 above, the United Nations shall pay due regard to any representations made by the Government of any Member insofar as it is considered that effect can be given to such representations without detriment to the interests of the United Nations.

Section 7. The United Nations, its assets, income and other property shall be:

(a) exempt from all direct taxes; it is understood, however, that the United Nations will not claim exemption from taxes which are, in fact, no more than charges for public utility services;

(b) exempt from customs duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of articles imported or exported by the United Nations for its official use. It is understood, however, that articles imported under such exemption will not be sold in the country into which they were imported except under conditions agreed with the Government of that country;

(c) exempt from customs duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of its publications.

Section 8. While the United Nations will not, as a general rule, claim exemption from excise duties and from taxes on the sale of movable and immovable property which form part of the price to be paid, nevertheless when the United Nations is making important purchases for official use of property on which such duties and taxes have been charged or are chargeable, Members will, whenever possible, make appropriate administrative arrangements for the remission or return of the amount of duty or tax.

Article III

FACILITIES IN RESPECT OF COMMUNICATIONS

Section 9. The United Nations shall enjoy in the territory of each Member for its official communications treatment not less favourable than that accorded by the Government of that Member to any other Government including its diplomatic mission in the matter of priorities, rates and taxes on mails, cables, telegrams, radiograms, telephotos, telephone and other communications; and press rates for information to the press and radio. No censorship shall be applied to the official correspondence and other official communications of the United Nations.

Section 10. The United Nations shall have the right to use codes and to despatch and receive its correspondence by courier or in bags, which shall have the same immunities and privileges as diplomatic couriers and bags.

Article IV

THE REPRESENTATIVES OF MEMBERS

Section 11. Representatives of Members to the principal and subsidiary organs of the United Nations and to conferences convened by the United Nations, shall, while exercising their

functions and during their journey to and from the place of meeting, enjoy the following privileges and immunities:

(a) immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage, and, in respect of words spoken or written and all acts done by them in their capacity as representatives, immunity from legal process of every kind;

(b) inviolability for all papers and documents;

(c) the right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;

(d) exemption in respect of themselves and their spouses from immigration restrictions, alien registration or national service obligations in the state they are visiting or through which they are passing in the exercise of their functions;

(e) the same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign governments on temporary official missions;

(f) the same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to diplomatic envoys, and also

(g) such other privileges, immunities and facilities not inconsistent with the foregoing as diplomatic envoys enjoy, except that they shall have no right to claim exemption from customs duties on goods imported (otherwise than as part of their personal baggage) or from excise duties or sales taxes.

Section 12. In order to secure, for the representatives of Members to the principal and subsidiary organs of the United Nations and to conferences convened by the United Nations, complete freedom of speech and independence in the discharge of their duties, the immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging their duties shall continue to be accorded, notwithstanding that the persons concerned are no longer the representatives of Members.

Section 13. Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the representatives of Members to the principal and subsidiary organs of the United Nations and to conferences convened by the United Nations are present in a state for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence.

Section 14. Privileges and immunities are accorded to the representatives of Members not for the personal benefit of the individuals themselves, but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connection with the United Nations. Consequently a Member not only has the right but is under a duty to waive the immunity of its representative in any case where in the opinion of the Member the immunity would impede the course of justice, and it can be waived without prejudice to the purpose for which the immunity is accorded.

Section 15. The provisions of sections 11, 12 and 13 are not applicable as between a representative and the authorities of the State of which he is a national or of which he is or has been the representative.

Section 16. In this article the expression "representatives" shall be deemed to include all delegates, deputy delegates, advisers, technical experts and secretaries of delegations.

Article V

OFFICIALS

Section 17. The Secretary-General will specify the categories of officials to which the provisions of this article and article VII shall apply. He shall submit these categories to the General Assembly. Thereafter these categories shall be communicated to the Governments of all Members. The names of the officials included in these categories shall from time to time be made known to the Governments of Members.

Section 18. Officials of the United Nations shall:

(a) be immune from legal process in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their official capacity;

(b) be exempt from taxation on the salaries and emoluments paid to them by the United Nations;

(c) be immune from national service obligations;

(d) be immune, together with their spouses and relatives dependent on them, from immigration restrictions and alien registration;

(e) be accorded the same privileges in respect of exchange facilities as are accorded to the officials of comparable ranks forming part of diplomatic missions to the Government concerned;

(f) be given, together with their spouses and relatives dependent on them, the same repatriation facilities in time of international crisis as diplomatic envoys;

(g) have the right to import free of duty their furniture and effects at the time of first taking up their post in the country in question.

Section 19. In addition to the immunities and privileges specified in section 18, the Secretary-General and all Assistant Secretaries-General shall be accorded in respect of themselves, their spouses and minor children, the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to diplomatic envoys, in accordance with international law.

Section 20. Privileges and immunities are granted to officials in the interests of the United Nations and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Secretary-General shall have the right and the duty to waive the immunity of any official in any case where, in his opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the United Nations. In the case of the Secretary-General, the Security Council shall have the right to waive immunity.

Section 21. The United Nations shall cooperate at all times with the appropriate authorities of Members to facilitate the proper administration of justice, secure the observance of police regulations and prevent the occurrence of any abuse in connection with the privileges, immunities and facilities mentioned in this article.

Article VI

EXPERTS ON MISSIONS FOR THE UNITED NATIONS

Section 22. Experts (other than officials coming within the scope of article V) performing missions for the United Nations shall be accorded such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions during the period of their missions, including the time spent on journeys in connection with their missions. In particular they shall be accorded:

(a) immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;

(b) in respect of words spoken or written and acts done by them in the course of the performance of their mission, immunity from legal process of every kind. This immunity from legal process shall continue to be accorded notwithstanding that the persons concerned are no longer employed on missions for the United Nations;

(c) inviolability for all papers and documents;

(*d*) for the purpose of their communications with the United Nations, the right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;

(*e*) the same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign governments on temporary official missions;

(*f*) the same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to diplomatic envoys.

Section 23. Privileges and immunities are granted to experts in the interests of the United Nations and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Secretary-General shall have the right and the duty to waive the immunity of any expert in any case where, in his opinion, the immunity would impede the course of justice and it can be waived without prejudice to the interests of the United Nations.

Article VII

UNITED NATIONS LAISSEZ-PASSER

Section 24. The United Nations may issue United Nations laissez-passer to its officials. These laissez-passer shall be recognized and accepted as valid travel documents by the authorities of Members, taking into account the provisions of section 25.

Section 25. Applications for visas (where required) from the holders of United Nations laissez-passer, when accompanied by a certificate that they are travelling on the business of the United Nations, shall be dealt with as speedily as possible. In addition, such persons shall be granted facilities for speedy travel.

Section 26. Similar facilities to those specified in section 25 shall be accorded to experts and other persons who, though not the holders of United Nations laissez-passer, have a certificate that they are travelling on the business of the United Nations.

Section 27. The Secretary-General, Assistant Secretaries-General and Directors travelling on United Nations laissez-passer on the business of the United Nations shall be granted the same facilities as are accorded to diplomatic envoys.

Section 28. The provisions of this article may be applied to the comparable officials of specialized agencies if the agreements for relationship made under Article 63 of the Charter so provide.

Article VIII

SETTLEMENT OF DISPUTES

Section 29. The United Nations shall make provisions for appropriate modes of settlement of:

(*a*) disputes arising out of contracts or other disputes of a private law character to which the United Nations is a party;

(*b*) disputes involving any official of the United Nations who by reason of his official position enjoys immunity, if immunity has not been waived by the Secretary-General.

Section 30. All differences arising out of the interpretation or application of the present convention shall be referred to the International Court of Justice, unless in any case it is agreed by the parties to have recourse to another mode of settlement. If a difference arises between the United Nations on the one hand and a Member on the other hand, a request shall be made for an advisory opinion on any legal question involved in accordance with Article 96 of the Charter and Article 65 of the Statute of the Court. The opinion given by the Court shall be accepted as decisive by the parties.

Final article

Section 31. This convention is submitted to every Member of the United Nations for accession.

Section 32. Accession shall be effected by deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations and the Convention shall come into force as regards each Member on the date of deposit of each instrument of accession.

Section 33. The Secretary-General shall inform all Members of the United Nations of the deposit of each accession.

Section 34. It is understood that, when an instrument of accession is deposited on behalf of any Member, the Member will be in a position under its own law to give effect to the terms of this Convention.

Section 35. This Convention shall continue in force as between the United Nations and every Member which has deposited an instrument of accession for so long as that Member remains a Member of the United Nations, or until a revised general convention has been approved by the General Assembly and that Member has become a party to this revised convention.

Section 36. The Secretary-General may conclude with any Member or Members supplementary agreements adjusting the provisions of this Convention so far as that Member or those Members are concerned. These supplementary agreements shall in each case be subject to the approval of the General Assembly.

CONVENTION SUR LES PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS DES NATIONS UNIES

Approuvée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 13 février 1946

Considérant que l'Article 104 de la Charte des Nations Unies stipule que l'Organisation jouit, sur le territoire de chacun de ses Membres, de la capacité juridique qui lui est nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses buts;

Considérant que l'Article 105 de la Charte des Nations Unies stipule que l'Organisation jouit, sur le territoire de chacun de ses Membres, des privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour atteindre ses buts, et que les représentants des Membres des Nations Unies et les fonctionnaires de l'Organisation jouissent également des privilèges et immunités qui leur sont nécessaires pour exercer en toute indépendance leurs fonctions en rapport avec l'Organisation;

En conséquence, par une résolution adoptée le 13 février 1946, l'Assemblée générale a approuvé la convention suivante et l'a proposée à l'adhésion de chacun des Membres des Nations Unies.

Article premier

PERSONNALITÉ JURIDIQUE

Section 1. L'Organisation des Nations Unies possède la personnalité juridique. Elle a la capacité:

a) de contracter;

b) d'acquérir et de vendre des biens immobiliers et mobiliers;

c) d'ester en justice.

Article II

BIENS, FONDS ET AVOIRS

Section 2. L'Organisation des Nations Unies, ses biens et avoirs, quels que soient leur siège et leur détenteur, jouissent de l'immunité de juridiction, sauf dans la mesure où l'Organisation y a expressément renoncé, dans un cas particulier. Il est toutefois entendu que la renonciation ne peut s'étendre à des mesures d'exécution.

Section 3. Les locaux de l'Organisation sont inviolables. Ses biens et avoirs, où qu'ils se trouvent et quel que soit leur détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation, expropriation ou de toute autre forme de contrainte exécutive, administrative, judiciaire ou législative.

Section 4. Les archives de l'Organisation et, d'une manière générale, tous les documents lui appartenant ou détenus par elle, sont inviolabes, où qu'ils se trouvent.

Section 5. Sans être astreinte à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financiers:

a) l'Organisation peut détenir des fonds, de l'or ou des devises quelconques et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie;

b) l'Organisation peut transférer librement ses fonds, son or ou ses devises d'un pays dans un autre ou à l'intérieur d'un pays quelconque et convertir toutes devises détenues par elle en toute autre monnaie.

Section 6. Dans l'exercice des droits qui lui sont accordés en vertu de la section 5 ci-dessus, l'Organisation des Nations Unies tiendra compte de toutes représentations du Gouvernement d'un État Membre, dans la mesure où elle estimera pouvoir y donner suite sans porter préjudice à ses propres intérêts.

Section 7. L'Organisation des Nations Unies, ses avoirs, revenus et autres biens sont:

a) exonérés de tout impôt direct. Il demeure entendu, toutefois, que l'Organisation ne demandera pas l'exonération d'impôts qui ne seraient pas en excès de la simple rémunération de services d'utilité publique.

b) exonérés de tous droits de douane et prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard d'objets importés ou exportés par l'Organisation des Nations Unies pour son usage officiel. Il est entendu, toutefois, que les articles ainsi importés en franchise ne seront pas vendus sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le Gouvernement de ce pays.

c) exonérés de tout droit de douane et de toutes prohibitions et restrictions d'importation et d'exportation à l'égard de ses publications.

Section 8. Bien que l'Organisation des Nations Unies ne revendique pas, en principe, l'exonération des droits d'accise et des taxes à la vente entrant dans le prix des biens mobiliers ou immobiliers, cependant, quand elle effectue pour son usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature, les Membres prendront, chaque fois qu'il leur sera possible, les dispositions administratives appropriées en vue de la remise ou du remboursement du montant de ces droits et taxes.

Article III

FACILITÉS DE COMMUNICATIONS

Section 9. L'Organisation des Nations Unies bénéficiera, sur le territoire de chaque Membre, pour ses communications officielles d'un traitement au moins aussi favorable que le traitement accordé par lui à tout autre gouvernement, y compris sa mission diplomatique, en ce qui concerne les priorités, tarifs et taxes sur le courrier, les câblogrammes, télégrammes, radiotélégrammes, téléphotos, communications téléphoniques et autres communications, ainsi que sur les tarifs de presse pour les informations à la presse et la radio. La correspondance officielle et les autres communications officielles de l'Organisation ne pourront être censurées.

Section 10. L'Organisation des Nations Unies aura le droit d'employer des codes ainsi que d'expédier et de recevoir sa correspondance par des courriers ou valises qui jouiront des mêmes privilèges et immunités que les courriers et valises diplomatiques.

Article IV

REPRÉSENTANTS DES MEMBRES

Section 11. Les représentants des Membres auprès des organes principaux et subsidiaires des Nations Unies et aux confé-

rences convoquées par les Nations Unies jouissent, durant l'exercice de leurs fonctions et au cours des voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges et immunités suivants:

a) immunité d'arrestation personelle ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels et, en ce qui concerne les actes accomplis par eux en leur qualité de représentants (y compris leurs paroles et écrits), immunité de toute juridiction;

b) inviolabilité de tous papiers et documents;

c) droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courrier ou par valises scellées;

d) exemption pour eux-mêmes et pour leurs conjoints à l'égard de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration, de toutes formalités d'enregistrement des étrangers, et de toutes obligations de service national dans les pays visités ou traversés par eux dans l'exercice de leurs fonctions;

e) les mêmes facilités en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change que celles accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

f) les mêmes immunités et facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles accordées aux agents diplomatiques, et également;

g) tels autres privilèges, immunités et facilités non incompatibles avec ce qui précède dont jouissent les agents diplomatiques, sauf le droit de réclamer l'exemption des droits de douane sur les objets importés (autres que ceux qui font partie de leurs bagages personnels) ou de droits d'accise ou de taxes à la vente.

Section 12. En vue d'assurer aux représentants des Membres aux organes principaux et subsidiaires des Nations Unies et aux conférences convoquées par l'Organisation une complète liberté de parole et une complète indépendance dans l'accomplissement de leurs fonctions, l'immunité de juridiction en ce qui concerne les paroles ou les écrits ou les actes émanant d'eux dans l'accomplissement de leurs fonctions continuera à leur être accordée, même après que ces personnes auront cessé d'être les représentants des Membres.

Section 13. Dans le cas où l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujetti, les périodes pendant lesquelles les représentants des Membres auprès des organes principaux et subsidiaires des Nations Unies et aux conférences convoquées par l'Organisation des Nations Unies se trouveront sur le territoire d'un État Membre pour l'exercice de leurs fonctions ne seront considérées comme des périodes de résidence.

Section 14. Les privilèges et immunités sont accordés aux représentants des Membres non à leur avantage personnel, mais dans le but d'assurer en toute indépendance l'exercice de leurs fonctions en rapport avec l'Organisation. Par conséquent, un Membre a non seulement le droit, mais le devoir de lever l'immunité de son représentant dans tous les cas où, à son avis, l'immunité empêcherait que justice soit faite et où elle peut être levée sans nuire au but pour lequel l'immunité est accordée.

Section 15. Les dispositions des sections 11, 12 et 13 ne sont pas applicables dans le cas d'un représentant vis-à-vis des autorités de l'État dont il est ressortissant ou dont il est ou a été le représentant.

Section 16. Aux fins du présent, article, le terme "représentants" est considéré comme comprenant tous les délégués adjoints, conseillers, experts techniques et secrétaires de délégation.

Article V

FONCTIONNAIRES

Section 17. Le Secrétaire général déterminera les catégories des fonctionnaires auxquels s'appliquent les dispositions du présent article ainsi que de l'article VII. Il en soumettra la liste à l'Assamblée générale et en donnera ensuite communication aux Gouvernements de tous les Membres. Les noms des fonctionnaires compris dans ces catégories seront communiqués périodiquement aux Gouvernements des Membres.

Section 18. Les fonctionnaires de l'Organisation des Nations Unies:

a) jouiront de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle (y compris leurs paroles et écrits);

b) seront exonérés de tout impôt sur les traitements et émoluments versés par l'Organisation des Nations Unies;

c) seront exempts de toute obligation relative au service national;

d) ne seront pas soumis, non plus que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, aux dispositions limitant l'immigration et aux formalités d'enregistrement des étrangers;

e) jouiront, en ce qui concerne les facilités de change, des mêmes privilèges que les fonctionnaires d'un rang comparable appartenant aux missions diplomatiques accréditées auprès du Gouvernement intéressé;

f) jouiront, ainsi que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, des mêmes facilités de rapatriement que les envoyés diplomatiques en période de crise internationale;

g) jouiront du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonction dans le pays intéressé.

Section 19. Outre les privilèges et immunités prévus à la section 18, le Secrétaire général et tous les Sous-Secrétaires généraux, tant en ce qui les concerne qu'en ce qui concerne leurs conjoints et enfants mineurs, jouiront des privilèges, immunités, exemptions et facilités accordés, conformément au droit international, aux envoyés diplomatiques.

Section 20. Les privilèges et immunités sont accordés aux fonctionnaires uniquement dans l'intérêt des Nations Unies et non à leur avantage personnel. Le Secrétaire général pourra et devra lever l'immunité accordée à un fonctionnaire dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice soit faite et pourra être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Organisation. A l'égard du Secrétaire général, le Conseil de sécurité a qualité pour prononcer la levée des immunités.

Section 21. L'Organisation des Nations Unies collaborera, en tout temps, avec les autorités compétentes des Etats Membres en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités et facilités énumérés dans le présent article.

Article VI

EXPERTS EN MISSIONS POUR L'ORGANISATION DES NATIONS UNIES

Section 22. Les experts (autres que les fonctionnaires visés à l'article V), lorsqu'ils accomplissent des missions pour l'Organisation des Nations Unies, jouissent, pendant la durée de

cette mission, y compris le temps du voyage, des privilèges et immunités nécessaires pour exercer leurs fonctions en toute indépendance. Ils jouissent en particulier des privilèges et immunités suivants:

a) immunité d'arrestation personnelle ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels;

b) immunité de toute juridiction en ce qui concerne les actes accomplis par eux au cours de leurs missions (y compris leurs paroles et écrits). Cette immunité continuera à leur être accordée même après que ces personnes auront cessé de remplir des missions pour l'Organisation des Nations Unies;

c) inviolabilité de tous papiers et documents;

d) droit de faire usage de codes et de recevoir des documents et de la correspondance par courrier ou par valises scellées, pour leurs communications avec l'Organisation des Nations Unies;

e) les mêmes facilités en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change que celles qui sont accordées aux représentants des gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

f) les mêmes immunités et facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles qui sont accordées aux agents diplomatiques.

Section 23. Les privilèges et immunités sont accordés aux experts dans l'intérêt de l'Organisation des Nations Unies, et non à leur avantage personnel. Le Secrétaire général pourra et devra lever l'immunité accordée à un expert, dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice soit faite et où elle peut être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Organisation.

Article VII

LAISSEZ-PASSER DES NATIONS UNIES

Section 24. L'Organisation des Nations Unies pourra délivrer des laissez-passer à ses fonctionnaires. Ces laissez-passer seront reconnus et acceptés, par les autorités des États Membres, comme titre valable de voyage en tenant compte des dispositions de la section 25.

Section 25. Les demandes de visas (lorsque des visas sont nécessaires) émanant des titulaires de ces laissez-passer, et accompagnées d'un certificat attestant que ces fonctionnaires voyagent pour le compte de l'Organisation, devront être examinées dans le plus bref délai possible. En outre, des facilités de voyage rapide seront accordées aux titulaires de ces laissez-passer.

Section 26. Des facilités analogues à celles qui sont mentionnées à la section 25 seront accordées aux experts et autres personnes qui, sans être munis d'un laissez-passer des Nations Unies, seront porteurs d'un certificat attestant qu'ils voyagent pour le compte de l'Organisation.

Section 27. Le Secrétaire général, les Sous-Secrétaires généraux et les directeurs, voyageant pour le compte de l'Organisation et munis d'un laissez-passer délivré par celle-ci, jouiront des mêmes facilités que les envoyés diplomatiques.

Section 28. Les dispositions du présent article peuvent être appliquées aux fonctionnaires, de rang analogue, appartenant à des institutions spécialisées, si les accords fixant les relations desdites institutions avec l'Organisation, aux termes de l'Article 63 de la Charte, comportent une disposition à cet effet.

Article VIII

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS

Section 29. L'Organisation des Nations Unies devra prévoir des modes de règlement appropriés pour:

a) les différends en matière de contrats ou autres différends de droit privé dans lesquels l'Organisation serait partie;

b) les différends dans lesquels serait impliqué un fonctionnaire de l'Organisation qui, du fait de sa situation officielle, jouit de l'immunité, si cette immunité n'a pas été levée par le Secrétaire général.

Section 30. Toute contestation portant sur l'interprétation ou l'application de la présente convention sera portée devant la Cour internationale de Justice, à moins que, dans un cas donné, les parties ne conviennent d'avoir recours à un autre mode de règlement. Si un différend surgit entre l'Organisation des Nations Unies, d'une part, et un Membre, d'autre part, un avis consultatif sur tout point de droit soulevé sera demandé en conformité de l'Article 96 de la Charte et de l'Article 65 du Statut de la Cour. L'avis de la Cour sera accepté par les parties comme décisif.

Article final

Section 31. La présente convention est soumise pour adhésion à tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies.

Section 32. L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, et la convention entrera en vigueur à l'égard de chaque Membre à la date du dépôt par ce Membre de son instrument d'adhésion.

Section 33. Le Secrétaire général informera tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies du dépôt de chaque adhésion.

Section 34. Il est entendu que, lorsqu'un instrument d'adhésion et déposé par un Membre quelconque, celui-ci doit être en mesure d'appliquer, en vertu de son propre droit, les dispositions de la présente convention.

Section 35. La présente convention restera en vigueur entre l'Organisation des Nations Unies et tout Membre qui aura déposé son instrument d'adhésion, tant que ce Membre sera Membre de l'Organisation ou jusqu'à ce qu'une convention générale revisée ait été approuvée par l'Assemblée générale et que ledit Membre soit devenu partie à cette dernière convention.

Section 36. Le Secrétaire général pourra conclure, avec un ou plusieurs Membres, des accords additionnels aménageant, en ce qui concerne ce Membre ou ces Membres, les dispositions de la présente convention. Ces accords additionnels seront dans chaque cas soumis à l'approbation de l'Assemblée générale.

[Перевод]

КОНВЕНЦИЯ О ПРИВИЛЕГИЯХ И ИММУНИТЕТАХ ОБЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ

Принята Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций 13 февраля 1946 года

Поскольку статья 104 Устава Объединенных Наций предусматривает, что Организация пользуется на территории каждого из своих Членов такой правоспособностью, какая может оказаться необходимой для выполнения ее функций и достижения ее целей, а также

Поскольку статья 105 Устава Объединенных Наций предусматривает, что Организация пользуется на территории каждого из своих Членов такими привилегиями и иммунитетами, какие необходимы для достижения ее целей, и что представители Членов Организации Объединенных Наций и ее должностные лица также пользуются такими привилегиями и иммунитетами, какие необходимы для самостоятельного выполнения ими своих функций, связанных с деятельностью Организации,

Вследствие вышеизложенного, Генеральная Ассамблея в резолюции, принятой 13 февраля 1946 г., одобряет следующую конвенцию и предлагает, чтобы к этой конвенции присоединились все Члены Объединенных Наций.

Статья I

ЮРИДИЧЕСКОЕ ЛИЦО

Раздел 1. Объединенные Нации являются юридическим лицом и правомочны:

a) заключать договоры;

b) приобретать недвижимое и движимое имущество и распоряжаться им;

c) возбуждать дела в суде.

Статья II

ИМУЩЕСТВО, ФОНДЫ И АКТИВ

Раздел 2. Объединенные Нации, их имущество и актив, где бы и в чьем бы распоряжении они ни находились пользуются иммунитетом от любой формы судебного вмешательства, кроме случаев, когда Организация сама определенно отказывается от иммунитета в каком-либо отдельном случае. Однако предполагается, что никакой отказ от иммунитета не распространяется на судебно-исполнительные меры.

Раздел 3. Помещения Объединенных Наций неприкосновенны. Имущество и актив Объединенных Наций, где бы и в чьем бы распоряжении они ни находились, не подлежат обыску, реквизиции, конфискации, экспроприации и какой-либо другой форме вмешательства путем исполнительных, административных, судебных или законодательных действий.

Раздел 4. Архивы Объединенных Наций и вообще все документы, принадлежащие Организации или находящиеся в ее распоряжении, неприкосновенны, где бы они ни находились.

Раздел 5. Не будучи ограничены финансовым контролем, правилами или мораториями какого бы то ни было рода,

a) Объединенные Нации могут располагать фондами, золотом или валютой любого рода и в любой валюте;

b) Объединенные Нации могут переводить свои фонды, золото или валюту из одной страны в другую или в пределах любой страны, и обращать любую валюту, находящуюся в их распоряжении, в любую другую валюту.

Раздел 6. При пользовании своими правами согласно предшествующему разделу 5, Объединенные Нации должны считаться с любыми представлениями со стороны правительства каждого Члена Организации, поскольку Организация признает, что такие представления могут быть приняты во внимание без ущерба для интересов Объединенных Наций.

Раздел 7. Объединенные Нации, их актив, доходы и другая собственность:

a) освобождаются от всех прямых налогов; однако предполагается, что Объединенные Нации не будут требовать освобождения от обложения такими налогами, которые в действительности являются оплатой предоставляемого коммунального обслуживания;

b) освобождаются от таможенных сборов, импортных и экспортных запрещений и ограничений при ввозе и вывозе Организацией предметов для служебного пользования. Однако предполагается, что предметы, ввозимые в изъятие из общих правил, не будут продаваться в стране, в которую они ввезены, иначе как на условиях, согласованных с Правительством этой страны;

c) освобождаются от таможенных сборов, импортных и экспортных запрещений и ограничений при ввозе и вывозе собственных изданий.

Раздел 8. Хотя Объединенные Нации не требуют, как правило, освобождения от акцизных сборов и налогов, включаемых в покупную цену при продаже движимого и недвижимого имущества, тем не менее, в тех случаях, когда Объединенные Нации покупают для официальных целей значительное имущество, обложенное или подлежащее обложению пошлиной или налогом, Члены Организации всякий раз, когда это возможно, принимают соответствующие административные меры к освобождению от уплаты пошлины или налога или к возвращению уже уплаченной суммы.

Статья III

СРЕДСТВА СВЯЗИ

Раздел 9. Для своих официальных средств связи Объединенные Нации пользуются на территории каждого Члена Организации не менее благоприятными условиями, чем те, которые Правительство этого Члена Организации предоставляет любому другому правительству, включая его дипломатическое представительство, в отношении приоритета, тарифов и ставок на почтовые отправления, каблограммы, телеграммы, радиограммы, телефото, телефон и другие средства связи, а также в отношении тарифов, установленных для прессы, при передаче информации для печати и радио. Официальная корреспонденция и другие официальные сообщения Объединенных Наций не подлежат цензуре.

Раздел 10. Объединенные Нации имеют право пользоваться шифром и получать и отправлять корреспонденцию посредством курьеров или вализ, которые пользуются теми же иммунитетами и привилегиями, что и дипломатические курьеры и вализы.

Статья IV

ПРЕДСТАВИТЕЛИ ЧЛЕНОВ ОРГАНИЗАЦИИ

Раздел 11. Представителям Членов Организации в главных и вопомогательных органах Объединенных Наций и на конференциях, созываемых Объединенными Нациями, при исполнении ими своих служебных обязанностей и во время поездки к месту заседания и обратно, предоставляются следующие привилегии и иммунитеты:

a) иммунитет от личного ареста или задержания и от наложения ареста на личный багаж, а также всякого рода судебно-процессуальный иммунитет в отношении всего сказанного, написанного, или совершенного ими в качестве представителей;

b) неприкосновенность всех бумаг и документов;

c) право пользоваться шифром и получать бумаги или корреспонденцию посредством курьеров или вализ;

d) изъятие их самих и их жен из ограничений по иммиграции, регистрации иностранцев или государственной служебной повинности в стране, в которой они временно пребывают или через которую они проезжают во исполнение своих служебных обязанностей;

e) те же льготы в отношении ограничений обмена денег или валюты, какие предоставляются представителям иностранных правительств, находящимся во временных служебных командировках;

f) те же иммунитеты и льготы в отношении их личного багажа, какие предоставляются дипломатическим представителям;

g) прочие привилегии, иммунитеты и льготы, не противоречащие вышеизложенному, какими пользуются дипломатические представители, за исключением права требовать освобождения от таможенных сборов на ввозимые товары (не составляющие часть их личного багажа) или от акцизных сборов или сборов с продаж.

Раздел 12. Для обеспечения полной свободы слова и независимости при исполнении ими служебных обязанностей представителям Членов Организации в главных и вспомогательных органах Объединенных Наций и на конференциях, созываемых Объединенными Нациями, продолжает предоставляться судебно-процессуальный иммунитет в отношении сказанного или написанного ими, а также в отношении и всех действий, совершенных ими при исполнении служебных обязанностей; этот иммунитет продолжает предоставляться даже после того, как лица, которых это касается, уже не являются представителями Членов Организации.

Раздел 13. Когда обложение какой-либо формой налогов зависит от местожительства, период времени, в течение которого представители Членов Организации в главных и вспомогательных органах Объединенных Наций и на конференциях, созываемых Объединенными Нациями, находятся в стране для исполнения своих обязанностей, не зачитывается в срок пребывания.

Раздел 14. Привилегии и иммунитеты предосталяются представителям Членов Организации не для личной выгоды отдельных лиц, а для того, чтобы обеспечить независимое выполнение ими своих функций, связанных с работой в Объединенных Нациях. Поэтому Член Организации не только имеет право, но и обязан отказаться от иммунитета своего представителя в каждом случае, когда, по мнению Члена Организации, иммунитет препятствует отправлению правосудия, причем этот отказ может быть произведен без ущерба для цели, с которой иммунитет был предоставлен.

Раздел 15. Положения разделов 11, 12 и 13 не применяются к взаимоотношениям между представителем и властью страны, гражданином которой он состоит или представителем которой он является или являлся.

Раздел 16. Понятие «представители» в настоящей статье включает всех делегатов, их заместителей, советников, технических экспертов и секретарей делегаций.

Статья V

ДОЛЖНОСТНЫЕ ЛИЦА

Раздел 17. Генеральный Секретарь определяет категории должностных лиц, по отношению к которым применяются положения настоящей статьи и статьи VII. Он представляет это распределение по категориям Генеральной Ассамблее, после чего оно сообщается Правительствам всех Членов Организации. Фамилии должностных лиц, включенных в эти категории, будут периодически доводиться до сведения Правительств Членов Организации.

Раздел 18. Должностные лица Объединенных Наций:

a) не подлежат судебной ответственности за сказанное или написанное ими и за все действия, совершенные ими в качестве должностных лиц;

b) освобождаются от обложения налогами окладов и вознаграждений, уплачиваемых им Объединенными Нациями;

c) освобождаются от государственных служебных повинностей;

d) освобождаются вместе с женами и родственниками, находящимися на их иждивении, от ограничений по иммиграции и от регистрации иностранцев;

e) пользуются теми же привилегиями в отношении обмена валюты, которые предоставляются должностным лицам соответствующего ранга, входящим в состав дипломатических миссий, аккредитованным при соответствующем правительстве;

f) пользуются вместе со своими женами и родственниками, состоящими на их иждивении, таким же льготами по репатриации, какими пользуются дипломатические представители во время международных кризисов;

g) имеют право ввезти беспошлинно свою мебель и имущество при первоначальном занятии должности в соответствующей стране.

Раздел 19. Кроме иммунитетов и привилегий, указанных в разделе 18, Генеральный Секретарь и все Помощники Генерального Секретаря пользуются, в отношении себя, своих жен и несовершеннолетних детей привилегиями и иммунитетами, изъятиями и льготами, предоставляемыми, согласно международному праву, дипломатическим представителям.

Раздел 20. Привилегии и иммунитеты предоставляются должностным лицам в интересах Объединенных Наций, а не для их личной выгоды. Генеральный Секретарь имеет право и обязанность отказаться от иммунитета, предоставленного любому должностному лицу, в тех случаях, когда, по его мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и от него можно отказаться без ущерба для интересов Объединенных Наций. В отношении Генерального Секретаря право отказа от иммунитета принадлежит Совету Безопасности.

Раздел 21. Объединенные Нации постоянно сотрудничают с соответствующими властями Членов Организации в целях облегчения надлежащего отправления правосудия, обеспечения

выполнения предписаний полиции и предупреждения каких-либо злоупотреблений в связи с привилегиями, иммунитетами и льготами, упомянутыми в настоящей статье.

Статья VI

ЭКСПЕРТЫ В КОМАНДИРОВКАХ ПО ДЕЛАМ ОЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ

Раздел 22. Эксперты (иные, чем должностные лица, к которым относится статья V), выполняющие поручения Объединенных Наций, пользуются такими привилегиями и иммунитетами, какие необходимы для независимого выполнения их функций в продолжение командировок, включая время, потраченное на поездки в связи с командировками. В частности, им предоставляется:

a) иммунитет от личного ареста или задержания и от наложения ареста на их личный багаж;

b) всякого рода судебно-процессуальный иммунитет в отношении всего сказанного или написанного ими и совершенного ими при исполнении служебных обязанностей. Этот судебно-процессуальный иммунитет продолжает предоставляться даже после того, как лица, которых это касается, уже не состоят в командировке по делам Объединенных Наций;

c) неприкосновенность всех бумаг и документов;

d) право пользоваться шифром и получать бумаги или корреспонденцию посредством курьеров или вализ для сношений с Объединенными Нациями;

e) те же льготы в отношении ограничений обмена денег или валюты, какие предоставляются представителям иностранных правительств, находящихся во временных служебных командировках;

f) те же иммунитеты и льготы в отношении их личного багажа, какие предоставляются дипломатическим представителям.

Раздел 23. Привилегии и иммунитеты предоставляются экспертам в интересах Объединенных Наций, а не для личной выгоды экспертов. Генеральный Секретарь имеет право и обязанность отказаться от иммунитета, предоставленного эксперту, в тех случаях, когда, по его мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия, и от него можно отказаться без ущерба для интересов Объединенных Наций.

Статья VII

ПРОПУСКА ОБЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ

Раздел 24. Объединенные Нации могут выдавать своим должностным лицам пропуска Объединенных Наций. Эти пропуска Объединенных Наций признаются и принимаются властями Членов Организации как законные документы для совершения поездок, причем принимаются во внимание положения раздела 25.

Раздел 25. Просьбы о выдаче виз (где они требуются) от лиц, имеющих пропуска Объединенных Наций, когда эти просьбы сопровождаются удостоверением, что эти лица едут по делам Объединенных Наций, рассматриваются в кратчайший срок. Кроме того, таким лицам предоставляются льготы для быстрого передвижения.

Раздел 26. Льготы, подобные указанным в разделе 25, предоставляются экспертам и другим лицам, которые, хотя и не имеют пропусков Объединенных Наций, но снабжены свидетельствами о том, что они следуют по делам Объединенных Наций.

Раздел 27. Генеральный Секретарь, Помощники Генерального Секретаря и Директоры, едущие с пропусками Объединенных Наций по делам Объединенных Наций пользуются теми же льготами, какие предоставляются дипломатическим представителям.

Раздел 28. Положения настоящей статьи могут применяться к соответствующим должностным лицам специализированных учреждений, если это предусмотрено в соглашении об установлении связи согласно статье 63 Устава.

Статья VIII

РАЗРЕШЕНИЕ СПОРОВ

Раздел 29. Объединенные Нации устанавливают положения для соответствующих способов разрешения:

a) споров, возникающих в связи с контрактами, или других споров по вопросам частного права, в которых Объединенные Нации являются стороной;

b) споров, затрагивающих какое-либо должностное лицо Объединенных Наций, которое в силу своего официального положения, пользуется иммунитетом, если Генеральный Секретарь не отказался от этого иммунитета.

Раздел 30. Все разногласия, возникающие из толкования или применения настоящей конвенции, передаются на рассмотрение Международного Суда, за исключением случаев, когда стороны соглашаются разрешить их иным путем. В случае возникновения разногласия между Объединенными Нациями, с одной стороны, и Членом Организации, с другой, запрашивается, согласно статье 96 Устава и статье 65 Статута Суда, консультативное заключение по любому затронутому юридическому вопросу. Заключение Суда признается сторонами решающим.

Заключительная статья

Раздел 31. Настоящая конвенция представляется каждому члену Объединенных Наций для присоединения.

Раздел 32. Присоединение производится посредством сдачи на хранение Генеральному Секретарю Объединенных Наций акта о присоединении, причем конвенция вступает в силу в отношении каждого отдельного Члена Организации в день сдачи на хранение каждого отдельного акта о присоединении.

Раздел 33. Генеральный Секретарь извещает всех Членов Объединенных Наций о получении каждого акта о присоединении.

Раздел 34. Предполагается, что когда акт о присоединении будет передан от имени какого-либо Члена Организации, последний будет в состоянии, согласно его собственным законам, выполнять условия настоящей конвенции.

Раздел 35. Настоящая конвенция остается в силе в отношении Объединенных Наций и каждого Члена Организации, передавшего акт о присоединении, до тех пор, пока этот Член Организации будет оставаться Членом Объединенных Наций, или до тех пор, пока Генеральной Ассамблеей не будет утверждена пересмотренная общая конвенция, и данный Член Организации не присоединится к такой пересмотренной конвенции.

Раздел 36. Генеральный Секретарь может заключать с любым Членом или любыми Членами Организации дополнительные соглашения, регулирующие положения настоящей конвенции, поскольку это касается данного Члена или данных Членов Организации. Эти дополнительные соглашения в каждом случае подлежат утверждению Генеральной Ассамблеей.

[*Traducción*]

CONVENCION SOBRE LOS PRIVILEGIOS[1] E INMUNIDADES DE LAS NACIONES UNIDAS

Aprobada por la Asamblea General de las Naciones Unidas el 13 de febrero de 1946

Considerando que el Artículo 104 de la Carta de las Naciones Unidas establece que la Organización gozará, en el territorio de cada uno de sus Miembros, de la personalidad jurídica que sea necesaria para el ejercicio de sus funciones y la realización de sus fines, y

Considerando que en el Artículo 105 de la Carta se establece que la Organización gozará, en el territorio de cada uno de sus Miembros, de los privilegios e inmunidades necesarios para la realización de sus fines, y que los representantes de los Miembros de la Organización y los funcionarios de ésta gozarán asimismo de los privilegios e inmunidades necesarios para ejercer con independencia sus funciones en relación con la Organización,

En consecuencia, por resolución aprobada el 13 de febrero de 1946, la Asamblea General aprobó la siguiente convención y la propone a la adhesión de cada uno de sus Miembros.

Artículo I

PERSONALIDAD JURIDICA

Sección 1. Las Naciones Unidas tendrán personalidad jurídica y estarán capacitadas para:

a) contratar;

b) adquirir y disponer de propiedades, inmuebles y muebles;

c) entablar procedimientos judiciales.

Artículo II

BIENES, FONDOS Y HABERES

Sección 2. Las Naciones Unidas, así como sus bienes y haberes en cualquier parte y en poder de cualquier persona, gozarán de inmunidad contra todo procedimiento judicial a excepción de los casos en que renuncie expresamente a esa inmunidad. Se entiende, sin embargo, que esa renuncia no se aplicará a ninguna medida judicial ejecutoria.

Sección 3. Los locales de las Naciones Unidas serán inviolables. Los haberes y bienes de las Naciones Unidas, dondequiera que se encuentren y en poder de quienquiera que sea, gozarán de inmunidad contra allanamiento, requisición, confiscación y expropiación y contra toda otra forma de interferencia, ya sea de carácter ejecutivo, administrativo, judicial o legislativo.

Sección 4. Los archivos de la Organización y, en general todos los documentos que le pertenezcan o se hallen en su posesión, serán inviolables dondequiera que se encuentren.

Sección 5. Sin verse afectadas por ordenanzas fiscales, reglamentos o moratorias de naturaleza alguna:

a) las Naciones Unidas podrán tener fondos, oro o divisa corriente de cualquier clase y llevar sus cuentas en cualquier divisa;

b) las Naciones Unidas tendrán libertad para transferir sus fondos, oro o divisa corriente de un país a otro o dentro de cualquier país, y para convertir a cualquier otra divisa la divisa corriente que tengan en custodia.

Sección 6. En el ejercicio de sus derechos conforme a la sección 5 precedente, las Naciones Unidas prestarán la debida atención a toda representación de los Gobiernos de cualquier Miembro hasta donde se considere que dichas representaciones se pueden tomar en cuenta sin detrimento de los intereses de las Naciones Unidas.

Sección 7. Las Naciones Unidas, así como sus bienes, ingresos y otros haberes, estarán:

a) exentas de toda contribución directa; entendiéndose, sin embargo, que las Naciones Unidas no podrán reclamar exención alguna por concepto de contribuciones que, de hecho, constituyan una remuneración por servicios públicos;

b) exentas de derechos de aduana, prohibiciones y restricciones respecto a los artículos que importen o exporten para su uso oficial; se entiende, sin embargo, que los artículos que se importen libres de decheros no se venderán en el país donde sean importados sino conforme a las condiciones que se acuerden con las autoridades de ese país;

c) exentas de derechos de aduana, prohibiciones y restricciones respecto a la importación y exportación de sus publicaciones.

Sección 8. Si bien las Naciones Unidas por regla general no reclamarán exención de derechos al consumo o impuesto a la venta sobre muebles o inmuebles, que estén incluidos en el precio a pagar, cuando las Naciones Unidas efectúen compras importantes de bienes destinados a uso oficial, sobre los cuales ya se haya pagado o se deba pagar tales derechos o impuesto, los Miembros tomarán las disposiciones administrativas del caso para la devolución o remisión de la cantidad correspondiente al derecho o impuesto.

Artículo III

FACILIDADES DE COMUNICACIONES

Sección 9. Las Naciones Unidas gozarán, en el territorio de cada uno de sus Miembros, para sus comunicaciones oficiales, de facilidades de comunicación no menos favorables que aquellas acordadas por el Gobierno de ese Miembro a cualquier otro Gobierno, inclusive las misiones diplomáticas, en lo que respecta a prioridades, contribuciones e impuestos sobre correspondencia, cables, telegramas, radiogramas, telefotos, teléfonos, y otras comunicaciones, como también tarifas de prensa para material de información destinado a la prensa y radio. Ninguna censura será aplicada a la correspondencia u otras comunícaciones oficiales de las Naciones Unidas.

Sección 10. Las Naciones Unidas gozarán del derecho de usar claves y de despachar y recibir su correspondencia, ya sea por estafeta o valija, las cuales gozarán de las mismas inmunidades y privilegios que los concedidos a estafetas y valijas diplomáticas.

Artículo IV

REPRESENTANTES DE LOS MIEMBROS

Sección 11. Se acordará a los representantes de los Miembros en los órganos principales y subsidiarios, y a los representantes a las conferencias convocadas por las Naciones Unidas, mientras éstos se encuentren desempeñando sus funciones o se hallen en tránsito al lugar de reunión y a su regreso, los siguientes privilegios e inmunidades:

a) inmunidad contra detención y arresto personal y embargo de su equipaje personal, y respecto a todos sus actos y expresiones ya sean orales o escritas en tanto se encuentren desempeñando sus funciones en dicha capacidad, e inmunidad contra todo procedimiento judicial;

b) inviolabilidad de todo papel o documento;

c) el derecho de usar claves y recibir documentos y correspondencia por estafeta y valija sellada;

d) exención con respecto a los representantes y sus esposas de toda restricción de inmigración y registro de extranjeros, y de todo servicio de carácter nacional en el país que visiten o por el cual pasen en el desempeño de sus funciones;

e) las mismas franquicias acordadas a los representantes de Gobiernos extranjeros en misión oficial temporal, por lo que respecta a las restricciones sobre divisas extranjeras;

f) las mismas inmunidades y franquicias respecto a sus equipajes personales acordadas a los enviados diplomáticos, y también;

g) aquellos otros privilegios, inmunidades y facilidades compatibles con lo antedicho, de los cuales gozan los enviados diplomáticos, con la excepción de que no podrán reclamar exención de derechos aduaneros sobre mercaderías importadas (que no sean parte de su equipaje personal) o de impuestos de venta y derechos de consumo.

Sección 12. A fin de garantizar a los representantes de los Miembros en los organismos principales y subsidiarios de las Naciones Unidas, y en las Conferencias convocadas por la Organización, la libertad de palabra y la completa independencia en el desempeño de sus funciones, la inmunidad de procedimiento judicial, respecto a expresiones ya sean orales o escritas y todos los actos ejecutados en el desempeño de sus funciones, seguirá siendo acordada a pesar de que las personas afectadas ya no sean representantes de los Miembros.

Sección 13. Cuando la aplicación de cualquier forma de impuesto depende de la residencia, los períodos en que los representantes de Miembros de los organismos principales y subsidiarios de las Naciones Unidas, y de conferencias convocadas por las Naciones Unidas, permanezcan en un país desempeñando sus funciones, no se estimarán para estos efectos como períodos de residencia.

Sección 14. Se concederán privilegios e inmunidades a los representantes de Miembros no en provecho propio, sino para salvaguardar su independencia en el ejercicio de sus funciones en relación con las Naciones Unidas. Por consiguiente, un Miembro no sólo tiene el derecho sino la obligación de renunciar a la inmunidad de su representante en cualquier caso en que según su propio criterio la inmunidad entorpecería el curso de la justicia, y cuando puede ser renunciada sin perjudicar los fines para los cuales la inmunidad fue otorgada.

Sección 15. Las disposiciones de las secciones 11, 12 y 13, no son aplicables con respecto a los representantes y las autoridades del país de que es ciudadano o del cual es o ha sido representante.

Sección 16. La expresión "representantes" empleada en el presente artículo comprende a todos los delegados, así como a los delegados suplentes, asesores, peritos técnicos y secretarios.

Artículo V

FUNCIONARIOS

Sección 17. El Secretario General determinará las categorías de los funcionarios a quienes se aplican las disposiciones de este artículo y las del artículo VII. Someterá la lista de estas categorías a la Asamblea General y después las categorías serán comunicadas a los Gobiernos de todos los Miembros. Los nombres de los funcionarios incluidos en estas categorías serán comunicados periódicamente a los Gobiernos de los Miembros.

Sección 18. Los funcionarios de la Organización:

a) estarán inmunes contra todo proceso judicial respecto a palabras escritas o habladas y a todos los actos ejecutados en su carácter oficial;

b) estarán exentos de impuestos sobre los sueldos y emolumentos pagados por la Organización;

c) estarán inmunes contra todo servicio de carácter nacional;

d) estarán inmunes, tanto ellos como sus esposas e hijos menores de edad, de toda restricción de inmigración y de registro de extranjeros;

e) se les acordará, por lo que respecta al movimiento internacional de fondos, franquicias iguales a las que disfrutan funcionarios de categoría equivalente pertenecientes a las misiones diplomáticas acreditadas ante el Gobierno en cuestión;

f) se les dará a ellos, y a sus esposas e hijos menores de edad, las mismas facilidades de repatriación en época de crisis internacional, de que gozan los agentes diplomáticos;

g) tendrán derecho a importar, libres de derechos, sus muebles y efectos en el momento en el que ocupen su cargo en el país en cuestión.

Sección 19. Además de las inmunidades y privilegios especificados en la sección 18, se acordarán al Secretario General y a todos los Subsecretarios Generales y a sus esposas e hijos menores de edad las prerrogativas e inmunidades, exenciones y facilidades que se otorgan a los enviados diplomáticos de acuerdo con el derecho internacional.

Sección 20. Los privilegios e inmunidades se otorgan a los funcionarios en interés de las Naciones Unidas y no en provecho de los propios individuos. El Secretario General tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad de cualquier funcionario en cualquier caso en que, según su propio criterio, la inmunidad impida el curso de la justicia y pueda ser renunciada sin que se perjudiquen los intereses de las Naciones Unidas. En el caso del Secretario General, el Consejo de Seguridad tendrá el derecho de renunciar a la inmunidad.

Sección 21. Las Naciones Unidas cooperarán siempre con las autoridades competentes de los Miembros para facilitar la administración adecuada de justicia, velar por el cumplimiento de las ordenanzas de policía y evitar que ocurran abusos en relación con los privilegios, inmunidades y facilidades mencionados en este artículo.

Artículo VI

PERITOS QUE FORMEN PARTE DE MISIONES DE LAS NACIONES UNIDAS

Sección 22. A los peritos (aparte de los funcionarios comprendidos en el Artículo 5) en el desempeño de misiones de las Naciones Unidas, se les otorgarán los privilegios e inmuni-

dades que sean necesarios para el ejercicio independiente de sus funciones, durante el período de sus misiones, inclusive el tiempo necesario para realizar los viajes relacionados con las mismas. En especial, gozarán de:

a) inmunidad contra arrestro y detención y contra el embargo de su equipaje personal;

b) inmunidad contra toda acción judicial respecto a palabras habladas o escritas y a sus actos en el cumplimiento de su misión; esta inmunidad contra toda acción judicial continuará aunque las personas interesadas hayan cesado ya de trabajar en misiones para las Naciones Unidas;

c) inviolabilidad de todo papel y documento;

d) para los fines de comunicarse con las Naciones Unidas, el derecho a usar claves y de recibir papeles o correspondencia por estafeta o en valijas selladas;

e) en lo que respecta a moneda o regulaciones de cambio, las mismas facilidades que se dispensan a los representantes de Gobiernos extranjeros en misiones oficiales temporales;

f) las mismas inmunidades y facilidades con respecto a su equipaje personal que las que se dispensan a los enviados diplomáticos.

Sección 23. Los privilegios e inmunidades se conceden a los peritos en beneficio de las Naciones Unidas y no en provecho de los propios individuos. El Secretario General tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad de cualquier perito, en cualquier caso en que a su juicio la inmunidad impida el curso de la justicia y pueda renunciarse a ella sin que se perjudiquen los intereses de las Naciones Unidas.

Artículo VII

PASES DE LAS NACIONES UNIDAS

Sección 24. Las Naciones Unidas pueden dar pasaportes internacionales a sus funcionarios. Estos pasaportes internacionales serán reconocidos y aceptados como documentos de viaje válidos por las Autoridades de los Miembros, tomando en cuenta las disposiciones de la sección 25.

Sección 25. Las solicitudes de visas (cuando sean necesarias) de los tenedores de pases, cuando vayan acompañadas de un certificado comprobando que los funcionarios viajan por cuenta de las Naciones Unidas, serán atendidas lo más rápidamente posible. Además, se otorgarán a esas personas facilidades para viajar rápidamente.

Sección 26. Facilidades similares a las que se especifican en la sección 25, se otorgarán a los peritos y otras personas que, aunque no tengan un pase de las Naciones Unidas, posean un certificado de que viajan en misión de las Naciones Unidas.

Sección 27. El Secretario General, subsecretarios generales y directores que viajen con pases de las Naciones Unidas y en misiones de las Naciones Unidas, gozarán de las mismas facilidades que se otorgan a los enviados diplomáticos.

Sección 28. Las disposiciones de este Artículo podrán aplicarse a los funcionarios de rango anólogo de organismos especializados, si los convenios sobre vinculación concluidos de acuerdo con el Artículo 63 de la Carta así lo disponen.

Artículo VIII

SOLUCION DE DISPUTAS

Sección 29. Las Naciones Unidas tomarán las medidas adecuadas para la solución de:

a) disputas originadas por contratos u otras disputas de derecho privado en las que sean parte las Naciones Unidas;

b) disputas en que esté implicado un funcionario de las Naciones Unidas, que por razón de su cargo oficial disfruta de inmunidad, si el Secretario General no ha renunciado a tal inmunidad.

Sección 30. Todas las diferencias que surjan de la interpretación o aplicación de la presente convención, serán referidas a la Corte Internacional de Justicia, a menos que en un caso determinado las partes convengan en recurrir a otra vía de solución. Si surge una diferencia de opinión entre las Naciones Unidas por una parte, y un Miembro por la otra, se solicitará una opinión consultiva sobre cualquier cuestión legal conexa, de acuerdo con el Artículo 96 de la Carta y el Artículo 65 del Estatuto de la Corte. La opinión que dé la Corte será aceptada por las partes como decisiva.

Artículo final

Sección 31. La presente convención será sometida para su adhesión a todos los Miembros de las Naciones Unidas.

Sección 32. La adhesión se efectuará depositando un instrumento con el Secretario General de las Naciones Unidas y la convención entrará en vigor, con respecto a cada Miembro, en la fecha en que se haya depositado el instrumento de adhesión.

Sección 33. El Secretario General informará a todos los Miembros de las Naciones Unidas del depósito de cada instrumento de adhesión.

Sección 34. Queda entendido que cuando se deposite un instrumento de adhesión en nombre de un Miembro, el Miembro estará en condiciones de aplicar las disposiciones de esta convención de acuerdo con su propia legislación.

Sección 35. La presente convención continuará en vigor entre las Naciones Unidas y todos los Miembros que hayan depositado los instrumentos de adhesión durante el tiempo que el Miembro continúa siendo Miembro de las Naciones Unidas, o hasta que la Asamblea General apruebe una convención general revisada y dicho Miembro forme parte de esta nueva convención.

Sección 36. El Secretario General podrá concluir con cualquier Miembro o Miembros acuerdos suplementarios para ajustar en lo que respecta a tal Miembro o Miembros las disposiciones de esta convención. Estos acuerdos suplementarios estarán en cada caso sujetos a la aprobación de la Asamblea General.

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31818

AUSGESONDERT

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

181

1975	Berlin, den 6. November 1975	Teil II Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
28. 8. 75	**Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 21. November 1947 über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen**	181

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 21. November 1947 über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen

vom 28. August 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 4. Oktober 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention vom 21. November 1947 über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen hinterlegt wurde.

Der Beitritt erfolgte mit der Maßgabe, daß die Konvention gemäß ihrem § 43 für die Deutsche Demokratische Republik im Verhältnis zu folgenden in den Anlagen der Konvention aufgeführten Spezialorganisationen gilt:

Anlage I — Internationale Arbeitsorganisation
14. September 1948

Anlage IV — Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
7. Februar 1949

Anlage VII — Weltgesundheitsorganisation
Dritte revidierte Fassung vom 25. Juli 1958

Anlage VIII — Weltpostverein
11. Juli 1949

Anlage IX — Internationale Fernmelde-Union
16. Januar 1951

Anlage XI — Weltorganisation für Meteorologie
29. Dezember 1951

Anlage XII — Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation
Revidierte Fassung vom 9. Juli 1968

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den §§ 24 und 32 der Konvention folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht an die Bestimmungen der §§ 24 und 32 der Konvention gebunden, die die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internalen Gerichtshofes vorsehen, und vertritt hinsichtlich der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für Streitfälle, die sich aus der Auslegung oder Anwendung der Konvention ergeben, die Auffassung, daß in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien für die Überweisung eines bestimmten Streitfalles zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof erforderlich ist.

Dieser Vorbehalt gilt gleichermaßen für die in § 32 enthaltene Bestimmung, wonach das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes als bindend anzuerkennen ist."

Die Konvention ist gemäß ihrem § 41 für die Deutsche Demokratische Republik am 4. Oktober 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 28. August 1975

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen

Angenommen von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 21. November 1947

Da die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen am 13. Februar 1946 eine Entschließung angenommen hat, wonach die Privilegien und Immunitäten, die die Organisation der Vereinten Nationen und die verschiedenen Spezialorganisationen genießen, soweit wie möglich vereinheitlicht werden sollen;

Da zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen Beratungen über die Durchführung dieser Entschließung stattgefunden haben;

Hat demgemäß die Vollversammlung mit der am 21. November 1947 angenommenen Entschließung 179 (II) die nachstehende Konvention gebilligt, welche den Spezialorganisationen zur Annahme und jedem Mitglied der Vereinten Nationen sowie jedem anderen Mitglied einer oder mehrerer Spezialorganisationen zum Beitritt vorgelegt wird.

Artikel I

Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich

§ 1

In dieser Konvention

(i) beziehen sich die Worte „allgemeine Bestimmungen" auf die Bestimmungen der Artikel II bis IX;

(ii) bezeichnet das Wort „Spezialorganisationen"

a) die Internationale Arbeitsorganisation,

b) die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft,

c) die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur,

d) die Internationale Organisation für die Zivilluftfahrt,

e) den Internationalen Währungsfonds,

f) die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung,

g) die Weltgesundheitsorganisation,

h) den Weltpostverein,

i) den Internationalen Fernmeldeverein,

j) jede andere Organisation, die der Organisation der Vereinten Nationen gemäß den Artikeln 57 und 63 der Charta angeschlossen ist;

(iii) bezieht sich das Wort „Konvention", soweit es auf eine bestimmte Spezialorganisation Anwendung findet, auf die allgemeinen Bestimmungen, die durch den gemäß den §§ 36 und 38 von dieser Spezialorganisation übermittelten endgültigen (oder revidierten) Wortlaut der Anlage abgeändert wurden;

(iv) beziehen sich im Sinne des Artikels III die Worte „Vermögenswerte und Guthaben" auch auf Vermögenswerte und Mittel, die durch eine Spezialorganisation in Ausübung ihrer satzungsmäßigen Befugnisse verwaltet werden;

(v) ist im Sinne der Artikel V und VII der Ausdruck „Vertreter der Mitglieder" dahin aufzufassen, daß er alle Vertreter, Stellvertreter, Berater, technischen Sachverständigen und Delegationssekretäre einbezieht;

(vi) bezieht sich im Sinne der §§ 13, 14, 15 und 25 der Ausdruck „durch eine Spezialorganisation einberufene Tagungen" auf die Tagungen

1) ihrer Mitgliederversammlung oder ihres Vorstandes (ohne Rücksicht auf die Bezeichnung dieser Organe),

2) jedes durch ihre Satzung vorgesehenen Ausschusses,

3) jeder von ihr einberufenen internationalen Konferenz,

4) jedes Ausschusses irgendeiner der vorstehend genannten Organe;

(vii) bezeichnet der Ausdruck „Generaldirektor" den höchsten Beamten der betreffenden Spezialorganisation, möge er die Amtsbezeichnung Generaldirektor oder eine andere Amtsbezeichnung führen.

§ 2

Jeder Staat, der Partei dieser Konvention ist, gewährt in bezug auf jede Spezialorganisation, auf die sich seine Beitrittserklärung bezieht und auf die diese Konvention auf Grund des § 37 anwendbar geworden ist, die durch die allgemeinen Bestimmungen vorgesehenen Privilegien und Immunitäten unter den dort angeführten Bedingungen, unter Berücksichtigung sämtlicher Änderungen dieser Vorschriften durch die Bestimmungen des endgültigen (oder revidierten) Wortlauts der auf diese Spezialorganisation bezüglichen und gemäß den §§ 36 oder 38 ordnungsgemäß übermittelten Anlage.

Artikel II

Rechtspersönlichkeit

§ 3

Die Spezialorganisationen besitzen Rechtspersönlichkeit. Sie können

a) Verträge abschließen,

b) unbewegliches und bewegliches Vermögen erwerben und darüber verfügen,

c) vor Gericht klagen und verklagt werden.

Artikel III

Vermögenswerte, Mittel und Guthaben

§ 4

Die Spezialorganisationen, ihre Vermögenswerte und Guthaben genießen ohne Rücksicht darauf, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Befreiung von der Gerichtsbarkeit, soweit sie nicht im Einzelfall hierauf ausdrücklich verzichtet haben. Ein solcher Verzicht erstreckt sich jedoch nicht auf Vollstreckungsmaßnahmen.

§ 5

Die Räumlichkeiten der Spezialorganisationen sind unverletzlich. Vermögen und Guthaben der Spezialorganisationen, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form einer Vollstreckungs-, Gerichts- oder Gesetzgebungsmaßnahme entzogen.

§ 6

Die Archive der Spezialorganisationen und alle ihnen gehörigen oder in ihrem Besitz befindlichen Schriftstücke sind, ohne Rücksicht darauf, wo sie sich befinden, unverletzlich.

§ 7

Ohne finanziellen Überwachungsmaßnahmen, Anweisungen oder Moratorien unterworfen zu sein, können die Spezialorganisationen

a) Geldmittel, Gold oder Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten;

b) ihre finanziellen Mittel, ihr Gold oder ihre Devisen von einem Land in ein anderes Land oder innerhalb eines Landes frei transferieren und alle in ihrem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umtauschen.

§ 8

Bei der Ausübung der ihnen in § 7 gewährten Rechte tragen die Spezialorganisationen allen Vorstellungen Rechnung, die von der Regierung eines Mitgliedstaates dieser Konvention erhoben werden, soweit anzunehmen ist, daß ihnen ohne Beeinträchtigung der Belange der betreffenden Spezialorganisation stattgegeben werden kann.

§ 9

Die Spezialorganisationen, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte sind befreit

a) von jeder direkten Steuer; die Spezialorganisationen werden jedoch nicht die Befreiung von Steuern verlangen, die nur eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen;

b) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der von den Spezialorganisationen zu ihrem amtlichen Gebrauch eingeführten oder ausgeführten Gegenstände; die auf Grund dieser Befreiung eingeführten Gegenstände dürfen jedoch nicht in dem Gebiet des Landes verkauft werden, in das sie eingeführt wurden, es sei denn, daß der Verkauf zu Bedingungen erfolgt, denen die Regierung dieses Landes zugestimmt hat;

c) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und Beschränkungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichungen.

§ 10

Die Spezialorganisationen haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Befreiung von Verbrauchssteuern und Verkaufsabgaben, die in den Preisen für bewegliches oder unbewegliches Vermögen einbegriffen sind. Bei größeren Einkäufen der Spezialorganisationen für ihren amtlichen Gebrauch werden die Staaten, die Parteien dieser Konvention sind, wenn im Preis derartige Steuern und Abgaben enthalten sind, nach Möglichkeit die geeigneten Verwaltungsanordnungen für den Nachlaß oder die Erstattung des Betrages dieser Steuern und Abgaben treffen.

Artikel IV

Erleichterungen im Nachrichtenverkehr

§ 11

Jede Spezialorganisation genießt im Hoheitsgebiet eines jeden Staates, der Partei dieser Konvention ist, für ihren amtlichen Nachrichtenverkehr keine geringeren Erleichterungen, als sie von der Regierung dieses Staates jeder anderen Regierung einschließlich deren diplomatischen Vertretung gewährt werden in bezug auf Prioritäten, Tarife und Abgaben im Postverkehr, für Kabelgramme, Telegramme, Funktelegramme, Funkbilder, Fernsprechverbindungen und sonstige Verbindungen sowie in bezug auf Pressetarife für Presse- und Rundfunkinformationen.

§ 12

Der amtliche Schriftverkehr und die übrigen amtlichen Mitteilungen der Spezialorganisationen unterliegen nicht der Zensur.

Die Spezialorganisationen haben das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie ihren Schriftverkehr durch Kuriere oder in versiegelten Behältern zu versenden und zu empfangen, wofür die gleichen Privilegien und Immunitäten gelten wie für die diplomatischen Kuriere und die diplomatischen Sendungen.

Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 sind nicht dahin auszulegen, daß die Einführung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen ausgeschlossen ist, deren Anwendung zwischen einem Staat, der Partei dieser Konvention ist, und einer Spezialorganisation vereinbart wird.

Artikel V

Vertreter der Mitglieder

§ 13

Die Vertreter der Mitglieder auf den durch eine Spezialorganisation einberufenen Tagungen genießen während der Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit und auf ihren Reisen nach oder von dem Tagungsort folgende Privilegien und Immunitäten:

a) Immunitäten vor Verhaftung, Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks und in bezug auf Handlungen, die sie in amtlicher Eigenschaft vorgenommen haben (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen), Immunität von jeder Gerichtsbarkeit;

b) Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;

c) das Recht, Codes zu benutzen und Schriftstücke oder Schriftwechsel durch Kuriere oder in versiegelten Behältern zu erhalten;

d) Befreiung für sich selbst und für ihre Ehegatten von allen Einwanderungsbeschränkungen und allen Formalitäten der Ausländerregistrierung und von allen Verpflichtungen zur öffentlichen Dienstleistung in den Ländern, die sie in Ausübung ihres Amtes besuchen oder durchreisen;

e) dieselben Erleichterungen, wie sie in bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen den Vertretern ausländischer Regierungen in vorübergehender amtlicher Mission gewährt werden;

f) dieselben Immunitäten und Erleichterungen, wie sie bezüglich ihres persönlichen Gepäcks den Mitgliedern diplomatischer Missionen vergleichbaren Ranges gewährt werden.

§ 14

Um den Vertretern der Mitglieder von Spezialorganisationen auf den durch sie einberufenen Tagungen volle Freiheit des Wortes und völlige Unabhängigkeit bei der Ausübung ihres Amtes zu gewährleisten, wird ihnen Immunität von der Gerichtsbarkeit in bezug auf ihre mündlichen und schriftlichen Äußerungen und Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vornehmen, auch nach Beendigung ihrer Amtszeit gewährt.

§ 15

Falls die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen abhängt, gelten die Zeitabschnitte, in denen die Vertreter der Mitglieder der Spezialorganisationen auf den durch diese einberufenen Tagungen sich auf dem Gebiet eines Mitgliedstaates zwecks Ausübung ihres Amtes befinden, nicht als Aufenthaltszeiten.

§ 16

Die Privilegien und Immunitäten werden den Vertretern der Mitglieder nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern zu dem Zweck, in voller Unabhängigkeit die Ausübung ihrer Tätigkeit bei den Spezialorganisationen sicherzustellen. Daher hat ein Mitglied nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Immunität seines Vertreters in allen Fällen aufzuheben, in denen nach seiner Auffassung die Immunität verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen die Immunität ohne Beeinträchtigung des Zweckes, für den sie gewährt wird, aufgehoben werden kann.

§ 17

Die Bestimmungen der §§ 13, 14 und 15 können nicht gegenüber den Behörden des Staates geltend gemacht werden, dem der Vertreter angehört oder den er bei der Spezialorganisation vertreten hat.

Artikel VI

Beamte

§ 18

Jede Spezialorganisation bestimmt die Gruppen von Beamten, auf die die Bestimmungen dieses Artikels und des Artikels VIII Anwendung finden. Sie hat hiervon die Regierungen aller Staaten, die dem Abkommen hinsichtlich dieser Spezialorganisation beigetreten sind, sowie den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu benachrichtigen. Die Namen der zu diesen Gruppen gehörenden Beamten sind in kurzen Zeitabständen den genannten Regierungen mitzuteilen.

§ 19

Die Beamten der Spezialorganisationen

a) genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen);

b) genießen in bezug auf die ihnen von den Spezialorganisationen gezahlten Gehälter und Bezüge dieselben Steuerbefreiungen, wie sie den Beamten der Vereinten Nationen gewährt werden, und zwar unter denselben Voraussetzungen;

c) sind, ebenso wie ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder, weder den Maßnahmen zur Begrenzung der Einwanderung noch den Formalitäten der Registrierung der Ausländer unterworfen;

d) genießen in bezug auf Devisenerleichterungen dieselben Privilegien wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder der diplomatischen Missionen;

e) erhalten, ebenso wie ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder, in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich ihrer Heimschaffung wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder diplomatischer Missionen;

f) genießen das Recht, ihr Mobiliar und ihre persönliche Habe bei ihrem ersten Amtsantritt in das in Betracht kommende Land zollfrei einzuführen.

§ 20

Die Beamten der Spezialorganisationen sind von jeder Verpflichtung zur öffentlichen Dienstleistung befreit. Diese Befreiung ist jedoch in dem Staat, dessen Staatsangehörige sie sind, auf diejenigen Beamten der Spezialorganisationen beschränkt, die im Hinblick auf ihr Amt namentlich in einer Liste verzeichnet sind, die von dem Leiter der Spezialorganisation aufgestellt und von dem Staat genehmigt ist, dessen Staatsangehörige sie sind.

Im Falle der Einberufung anderer Beamter der Spezialorganisationen zur öffentlichen Dienstleistung gewährt der beteiligte Staat auf Antrag der Spezialorganisation Aufschubfristen für die Einberufung, soweit sie zur Vermeidung der Unterbrechung der notwendigen Amtstätigkeit erforderlich sind.

§ 21

Außer den in den §§ 19 und 20 vorgesehenen Privilegien und Immunitäten genießt der Generaldirektor jeder Spezialorganisation sowie jeder in seinem Namen während seiner Abwesenheit tätige Beamte für sich selbst und seinen Ehegatten und seine minderjährigen Kinder die Privilegien, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die nach dem Völkerrecht diplomatischen Vertretern gewährt werden.

§ 22

Die Privilegien und Immunitäten werden den Beamten lediglich im Interesse der Spezialorganisationen und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Jede Spezialorganisation kann und muß die einem Beamten gewährte Immunität in allen Fällen aufheben, in denen nach ihrer Auffassung diese Immunität verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht und in denen die Immunität ohne Beeinträchtigung der Interessen der Spezialorganisationen aufgehoben werden kann.

§ 23

Jede Spezialorganisation arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Bestimmungen sicherzustellen und jeden Mißbrauch zu verhindern, zu dem die in diesem Artikel aufgeführten Privilegien, Immunitäten und Erleichterungen Anlaß geben könnten.

Artikel VII

Mißbrauch der Vorrechte

§ 24

Ist ein Staat, der Partei dieser Konvention ist, der Auffassung, daß ein Mißbrauch der durch diese Konvention gewährten Privilegien oder Immunitäten vorgekommen ist, so finden zwischen diesem Staat und der beteiligten Spezialorganisation Beratungen statt, um festzustellen, ob ein solcher Mißbrauch stattgefunden hat, und um gegebenenfalls eine Wiederholung zu vermeiden. Führen diese Beratungen nicht zu einem für den Staat und die beteiligte Spezialorganisation befriedigenden Ergebnis, so wird die Frage, ob ein Mißbrauch eines Privilegs oder einer Immunität vorgelegen hat, gemäß § 32 dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt. Stellt der Internationale Gerichtshof fest, daß ein Mißbrauch vorgelegen hat, so hat der Staat, der Partei dieser Konvention ist und durch den Mißbrauch berührt wird, das Recht, nach Mitteilung an die beteiligte Spezialorganisation dieser gegenüber das betreffende Privileg oder die betreffende Immunität aufzuheben.

§ 25

1. Die Landesbehörden dürfen Vertreter der Mitgliedstaaten während der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit auf den durch die Spezialorganisationen einberufenen Tagungen und während ihrer Reisen nach und von den Tagungsorten sowie die in § 18 genannten Beamten nicht zum Verlassen des Landes, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben, wegen Handlungen zwingen, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft ausüben. Mißbraucht jedoch eine solche Person das Recht des Aufenthaltes dadurch, daß sie in diesem Lande Tätigkeiten ausübt, die mit ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht in Beziehung stehen, so kann sie vorbehaltlich nachstehender Vorschriften zum Verlassen des Landes durch dessen Regierung gezwungen werden.

2. (I) Die Vertreter der Mitglieder oder die Personen, die die diplomatischen Privilegien gemäß § 21 genießen, dürfen zum Verlassen des Landes nur gezwungen werden, wenn es im Einklang steht mit dem diplomatischen Verfahren, das auf die in diesem Lande akkreditierten diplomatischen Vertreter Anwendung findet.

(II) Gegen Beamte, auf die § 21 keine Anwendung findet, darf ein Ausweisungsbeschluß nur mit Genehmigung des Außenministers des betreffenden Landes ergehen; diese Genehmigung darf erst nach Anhören des Generaldirektors der betreffenden Spezialorganisation erteilt werden. Wird ein Ausweisungsverfahren gegen einen Beamten eingeleitet, so hat der Generaldirektor der Spezialorganisation das Recht, ihn in diesem Verfahren zu vertreten.

Artikel VIII

Passierscheine

§ 26

Die Beamten der Spezialorganisationen sind berechtigt, die Passierscheine der Vereinten Nationen zu verwenden, und zwar auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und den zuständigen Stellen der Spezialorganisationen, denen besondere Vollmachten zur Ausstellung der Passierscheine übertragen

werden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen teilt jedem Staat, der Partei dieser Konvention ist, die getroffenen Verwaltungsvereinbarungen mit.

§ 27

Die für die Beamten der Spezialorganisationen ausgestellten Passierscheine der Vereinten Nationen werden von den Staaten, die Parteien dieser Konvention sind, als gültige Reiseausweise anerkannt.

§ 28

Die Anträge der Beamten der Spezialorganisationen, die Inhaber von Passierscheinen der Vereinten Nationen sind, auf Erteilung von Visa (falls solche erforderlich sind) sind in möglichst kurzer Frist zu bearbeiten, sofern ihnen eine Bescheinigung beiliegt, daß diese Beamten für eine Spezialorganisation reisen. Den Inhabern dieser Passierscheine sind Erleichterungen zur Beschleunigung der Reise zu gewähren.

§ 29

Ähnliche Erleichterungen, wie die in § 28 erwähnten, werden den Sachverständigen und sonstigen Personen gewährt, die, ohne im Besitz eines Passierscheins der Vereinten Nationen zu sein, Inhaber einer Bescheinigung sind, in der bestätigt wird, daß sie im Auftrag einer Spezialorganisation reisen.

§ 30

Die Generaldirektoren der Spezialorganisationen, die stellvertretenden Generaldirektoren, Abteilungsleiter und sonstigen Beamten in einem Range, der mindestens demjenigen eines Abteilungsleiters der Spezialorganisationen entspricht, genießen die gleichen Reiseerleichterungen wie Mitglieder diplomatischer Vertretungen vergleichbaren Ranges, wenn sie für Spezialorganisationen reisen und mit einem Passierschein der Vereinten Nationen versehen sind.

Artikel IX

Schlichtung von Streitigkeiten

§ 31

Jede Spezialorganisation hat geeignete Verfahren vorzusehen zur Schlichtung

a) von Streitigkeiten auf dem Gebiet des Vertragsrechts oder von anderen privatrechtlichen Streitigkeiten, an denen die Spezialorganisation beteiligt ist;

b) von Streitigkeiten, an denen ein Beamter einer Spezialorganisation beteiligt ist, der im Hinblick auf seine dienstliche Stellung Immunität genießt, falls diese Immunität nicht gemäß den Bestimmungen des § 22 aufgehoben wurde.

§ 32

Jeder Streitfall über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention ist beim Internationalen Gerichtshof anhängig zu machen, es sei denn, daß die Parteien im Einzelfall ein anderes Schlichtungsverfahren vereinbaren. Kommt es zu einem Streitfall zwischen einer der Spezialorganisationen einerseits und einem Mitgliedstaat andererseits, so ist ein Gutachten über jede aufgeworfene Rechtsfrage gemäß Artikel 96 der Charta und Artikel 65 des Statuts des Gerichtshofes sowie der zwischen den Vereinten Nationen und der beteiligten Spezialorganisation geschlossenen Abkommen einzuholen. Das Gutachten des Gerichtshofes wird von den Parteien als bindend anerkannt.

Artikel X

Anhänge und Anwendung der Konvention auf die einzelnen Spezialorganisationen

§ 33

Die allgemeinen Vorschriften finden auf jede Spezialorganisation Anwendung, vorbehaltlich aller Abänderungen, die sich aus dem endgültigen (oder revidierten) Wortlaut des auf die jeweilige Spezialorganisation bezüglichen Anhangs nach Maßgabe der §§ 36 und 38 ergeben.

§ 34

Die Bestimmungen der Konvention sind für jede Spezialorganisation unter Berücksichtigung der Aufgaben, die ihr durch ihre Satzung übertragen sind, auszulegen.

§ 35

Die Entwürfe der Anhänge 1 bis 9 stellen Empfehlungen an die darin namentlich bezeichneten Spezialorganisationen dar. Einer in § 1 nicht genannten Spezialorganisation übermittelt der Generalsekretär den Entwurf eines Anhangs, der vom Wirtschafts- und Sozialrat empfohlen wird.

§ 36

Der endgültige Wortlaut jedes Anhangs ist der von der jeweiligen Spezialorganisation gemäß dem in ihrer Satzung vorgeschriebenen Verfahren genehmigte Wortlaut. Jede Spezialorganisation übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Kopie des von ihr genehmigten Anhangs, der an die Stelle des in § 35 bezeichneten Entwurfs tritt.

§ 37

Die vorliegende Konvention wird auf eine Spezialorganisation anwendbar, sobald sie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den endgültigen Wortlaut des sie betreffenden Anhangs übermittelt und ihm mitgeteilt hat, daß sie die durch den Anhang geänderten allgemeinen Bestimmungen annimmt und sich verpflichtet, die §§ 8, 18, 22, 23, 24, 31, 32, 42 und 45 (vorbehaltlich der Änderungen des § 32, die etwa erforderlich sind, damit der endgültige Wortlaut des Anhangs der Satzung der Spezialorganisation entspricht) sowie alle Bestimmungen des Anhangs, die der Spezialorganisation Verpflichtungen auferlegen, in Kraft zu setzen. Der Generalsekretär übersendet allen Mitgliedern der Vereinten Nationen sowie allen sonstigen Staaten, die Mitglieder der Spezialorganisation sind, beglaubigte Abschriften aller Anhänge, die ihm gemäß diesem Paragraph, und die revidierten Anhänge, die ihm gemäß § 38 übermittelt worden sind.

§ 38

Nimmt eine Spezialorganisation, nachdem sie den endgültigen Wortlaut eines Anhangs gemäß § 36 übermittelt hat, nach ihrem satzungsmäßigen Verfahren gewisse Änderungen dieses Anhangs an, so übermittelt sie den revidierten Wortlaut des Anhangs dem Generalsekretär der Vereinten Nationen.

§ 39

Die Bestimmungen dieser Konvention beschränken und beeinträchtigen in keiner Weise die Privilegien und Immunitäten, die von einem Staat einer Spezialorganisation mit Rücksicht auf die Errichtung ihres Sitzes oder ihrer Zweigstellen in dem Gebiet dieses Staates bereits gewährt worden sind oder in Zukunft gewährt werden. Die vorliegende Konvention darf nicht dahin ausgelegt werden, daß sie zusätzliche Vereinbarungen zwischen einem Mitgliedstaat und einer Spezialorganisation verbietet, mit denen bezweckt wird, die Bestimmungen dieser Konvention zu ergänzen oder die dadurch gewährten Privilegien und Immunitäten zu erweitern oder zu begrenzen.

§ 40

Die allgemeinen Vorschriften dieser Konvention in der Fassung, die sie durch etwaige Abänderungen in dem endgültigen Wortlaut des von den Spezialorganisationen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen gemäß § 36 (oder nach Revision gemäß § 38) übermittelten Anhangs erfahren haben, müssen mit den jeweils geltenden Satzungen der Spezialorganisationen übereinstimmen. Ist hierzu eine Satzungsänderung erforderlich, so ist der Änderung nach Maßgabe des satzungs-

mäßigen Änderungsverfahrens Rechtswirksamkeit zu verschaffen, bevor der endgültige (oder revidierte) Wortlaut des Anhangs dem Generalsekretär übermittelt wird.

Die Konvention selbst hat auf die in den Satzungen der Spezialorganisationen enthaltenen Vorschriften und auf sonstige Rechte und Pflichten, die die Spezialorganisationen haben, erwerben oder übernehmen, keine aufhebende oder einschränkende Wirkung.

Artikel XI

Schlußbestimmungen

§ 41

Der Beitritt eines Mitglieds der Vereinten Nationen und (vorbehaltlich des § 42) jedes Mitgliedstaates einer Spezialorganisation erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen und wird mit dem Tage der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wirksam.

§ 42

Jede beteiligte Spezialorganisation übermittelt den Wortlaut der vorliegenden Konvention sowie der sie betreffenden Anhänge denjenigen ihrer Mitglieder, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind; sie fordert sie auf, der Konvention, soweit sie sich auf die betreffende Spezialorganisation bezieht, durch Hinterlegung der erforderlichen Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der Spezialorganisation beizutreten.

§ 43

Jeder Staat, der Partei dieser Konvention ist, bezeichnet in seiner Beitrittsurkunde die Spezialorganisation oder die Spezialorganisationen, auf die er die Bestimmungen dieser Konvention anzuwenden sich verpflichtet. Jeder Staat, der Partei dieser Konvention ist, kann sich durch eine spätere schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen verpflichten, die Bestimmungen der vorliegenden Konvention auf eine oder mehrere andere Spezialorganisationen anzuwenden. Diese Mitteilung wird mit dem Tage ihres Eingangs beim Generalsekretär wirksam.

§ 44

Die vorliegende Konvention tritt zwischen jedem Staat, der Partei dieser Konvention ist, und einer Spezialorganisation in Kraft, sobald sie auf diese Spezialorganisation gemäß § 37 anwendbar geworden ist und der Mitgliedstaat sich verpflichtet hat, die Bestimmungen der vorliegenden Konvention gemäß § 43 anzuwenden.

§ 45

Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen benachrichtigt alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie alle Mitgliedstaaten der Spezialorganisationen und die Generaldirektoren der Spezialorganisationen von der Hinterlegung der Beitrittsurkunde, die bei ihm gemäß § 41, und von allen späteren Mitteilungen, die bei ihm gemäß § 43 eingegangen sind. Der Generaldirektor der Spezialorganisation setzt den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Mitglieder der beteiligten Spezialorganisation von der Hinterlegung jeder Beitrittsurkunde in Kenntnis, die bei ihm gemäß § 42 hinterlegt wird.

§ 46

Nach der Hinterlegung der Beitrittsurkunde oder der späteren Mitteilung eines Staates muß dieser Staat in der Lage sein, nach seinem Recht die Bestimmungen dieser Konvention in der abgeänderten Fassung, die sich aus dem endgültigen Wortlaut der Anhänge ergibt, auf die sich seine Beitrittsurkunde oder seine spätere Mitteilung bezieht, zur Anwendung zu bringen.

§ 47

1. Vorbehaltlich der Bestimmungen der Ziffern 2 und 3 dieses Paragraphen verpflichtet sich jeder Staat, der Partei der vorliegenden Konvention ist, diese Konvention auf alle Spezialorganisationen anzuwenden, die von diesem Staat in seiner Beitrittsurkunde oder in einer späteren Mitteilung erwähnt werden, bis eine revidierte Konvention oder ein revidierter Anhang dieser Spezialorganisation in Kraft getreten ist und der Staat die revidierte Konvention oder den revidierten Anhang angenommen hat. Handelt es sich um einen revidierten Anhang, so erfolgt die Annahme von seiten der Staaten durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Mitteilung, die an dem Tage ihres Eingangs beim Generalsekretär wirksam wird.

2. Jedoch kann jeder Staat, der Partei der vorliegenden Konvention und der nicht oder nicht mehr Mitglied einer Spezialorganisation ist, in einer schriftlichen Mitteilung den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generaldirektor der beteiligten Spezialorganisation davon in Kenntnis setzen, daß er beabsichtigt, dieser Organisation die Vergünstigungen aus der vorliegenden Konvention von einem bestimmten Zeitpunkt ab, der mindestens drei Monate nach dem Tage des Eingangs dieser Mitteilung liegen muß, nicht mehr zu gewähren.

3. Jeder Staat, der Partei der vorliegenden Konvention ist, ist berechtigt, die Vergünstigungen der vorliegenden Konvention einer Spezialorganisation zu entziehen, die der Organisation der Vereinten Nationen nicht mehr angeschlossen ist.

4. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen setzt alle Mitgliedstaaten, die dieser Konvention beigetreten sind, von jeder Mitteilung in Kenntnis, die ihm gemäß den Bestimmungen dieses Paragraphen übermittelt wird.

§ 48

Auf Antrag eines Drittels der Staaten, die Parteien der vorliegenden Konvention sind, hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Konferenz zum Zwecke der Revision der Konvention einzuberufen.

§ 49

Der Generalsekretär übermittelt eine Kopie der vorliegenden Konvention jeder Spezialorganisation und den Regierungen aller Mitglieder der Vereinten Nationen.

Anlage I

Internationale Arbeitsorganisation

Die allgemeinen Bestimmungen finden auf die Internationale Arbeitsorganisation mit folgender Maßgabe Anwendung:

(1) Artikel V (mit Ausnahme des § 13 Buchst. c) sowie Artikel VII § 25 Absätze 1 und 2 Ziff. I finden auf die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter und deren Stellvertreter im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation sowie auf die sie vertretenden Personen Anwendung; jedoch kann nur der Verwaltungsrat die Immunität einer solchen Person nach § 16 aufheben.

(2) Die in § 21 der allgemeinen Bestimmungen erwähnten Privilegien, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden auch jedem Stellvertretenden Generaldirektor und jedem Unter-Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gewährt.

(3) (i) Sachverständige (mit Ausnahme von Beamten im Sinne des Artikels VI), die in Ausschüssen der Organisation tätig sind oder Aufträge für die Organisation erledigen, genießen folgende Privilegien und Immunitäten, soweit dies zur wirksamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendig ist, und zwar auch auf Reisen, die sie anläßlich ihrer Tätigkeit in Verbindung mit diesen Ausschüssen oder Aufträgen unternehmen:

a) Immunität von persönlicher Festnahme und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;

b) Immunität von jeder Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen in Wahrnehmung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, und zwar auch dann, wenn sie nicht mehr in Ausschüssen der Organisation tätig sind und keine Aufträge mehr für dieselbe erledigen;

c) in bezug auf Währungs- und Devisenbestimmungen und auf ihr persönliches Gepäck die gleichen Erleichterungen wie Beamte ausländischer Regierungen in vorübergehender amtlicher Mission;

d) Unverletzlichkeit ihrer Papiere und Schriftstücke, die sich auf ihre Arbeit im Dienst der Organisation beziehen.

(ii) Der im letzten Satz des § 12 der allgemeinen Bestimmungen aufgeführte Grundsatz findet auf Ziff. i Buchst. d Anwendung.

(iii) Die Privilegien und Immunitäten werden den Sachverständigen der Organisation im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Organisation ist berechtigt und verpflichtet, die Immunität eines Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach ihrer Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

Anlage IV

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Die allgemeinen Bestimmungen finden auf die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (im folgenden als „Organisation" bezeichnet) mit folgender Maßgabe Anwendung:

(1) Artikel V sowie Artikel VII § 25 Absätze 1 und 2 Ziff. I finden auf den Präsidenten der Konferenz und die Mitglieder des Exekutivrates der Organisation, ihre Stellvertreter und Berater Anwendung; jedoch kann nur der Exekutivrat die Immunität einer solchen Person nach § 16 aufheben.

(2) Der Stellvertretende Generaldirektor der Organisation, sein Ehegatte und seine minderjährigen Kinder genießen ebenfalls die Privilegien, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die nach dem Völkerrecht diplomatischen Vertretern gewährt und in Artikel VI § 21 der Konvention dem Generaldirektor jeder Spezialorganisation zugesichert werden.

(3) (i) Sachverständige (mit Ausnahme von Beamten im Sinne des Artikels VI), die in Ausschüssen der Organisation tätig sind oder Aufträge für dieselbe erledigen, genießen folgende Privilegien und Immunitäten, soweit dies zur wirksamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendig ist, und zwar auch auf Reisen, die sie anläßlich ihrer Tätigkeit in Verbindung mit diesen Ausschüssen oder Aufträgen unternehmen:

a) Immunität von persönlicher Festnahme und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;

b) Immunität von jeder Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen in Wahrnehmung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen, einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, und zwar auch dann, wenn sie nicht mehr in Ausschüssen der Organisation tätig sind und keine Aufträge mehr für dieselbe erledigen;

c) in bezug auf Währungs- und Devisenbestimmungen und auf ihr persönliches Gepäck die gleichen Erleichterungen wie Beamte ausländischer Regierungen in vorübergehender amtlicher Mission.

(ii) Die Privilegien und Immunitäten werden den Sachverständigen der Organisation im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Organisation ist berechtigt und verpflichtet, die Immunität eines Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach ihrer Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

Anlage VII

Weltgesundheitsorganisation (3. revidierte Fassung vom 25. Juli 1958)

Die allgemeinen Bestimmungen finden auf die Weltgesundheitsorganisation (im folgenden als „Organisation" bezeichnet) mit folgender Maßgabe Anwendung:

(1) Artikel V sowie Artikel VII § 25 Absätze 1 und 2 Ziff. I finden auf die zu Mitgliedern des Exekutivrates der Organisation ernannten Personen, ihre Stellvertreter und Berater Anwendung; jedoch kann nur der Rat die Immunität einer solchen Person nach § 16 aufheben.

(2) (i) Sachverständige (mit Ausnahme von Beamten im Sinne des Artikels VI), die in Ausschüssen der Organisation tätig sind oder Aufträge für dieselbe erledigen, genießen folgende Privilegien und Immunitäten, soweit dies zur wirksamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendig ist, und zwar auch auf Reisen, die sie anläßlich ihrer Tätigkeit in Verbindung mit diesen Ausschüssen oder Aufträgen unternehmen:

a) Immunität von persönlicher Festnahme und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;

b) Immunität von jeder Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen in Wahrnehmung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen einschließlich Äußerungen, und zwar auch dann, wenn sie nicht mehr in Ausschüssen der Organisation tätig sind und keine Aufträge mehr für dieselbe erledigen;

c) in bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen und auf ihr persönliches Gepäck die gleichen Erleichterungen wie Beamte ausländischer Regierungen in vorübergehender amtlicher Mission;

d) Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;

e) das Recht, bei ihrem Verkehr mit der Organisation Verschlüsselungen zu verwenden und Schriftstücke durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen.

(ii) Die unter Ziff. i Buchstaben b und e aufgeführten Privilegien und Immunitäten werden den Personen, die den beratenden Sachverständigengruppen der Organisation angehören, bei der Wahrnehmung ihrer diesbezüglichen Aufgaben gewährt.

(iii) Die Privilegien und Immunitäten werden den Sachverständigen im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Organisation ist berechtigt und verpflichtet, die Immunität eines Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach ihrer Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

(3) Artikel V sowie Artikel VII § 25 Absätze 1 und 2 Ziff. I finden auf Vertreter assoziierter Mitglieder Anwendung, die nach den Artikeln 8 und 47 der Satzung an den Arbeiten der Organisation teilnehmen.

(4) Die in § 21 der allgemeinen Bestimmungen erwähnten Privilegien, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden auch jedem Stellvertretenden Generaldirektor, jedem Unter-Generaldirektor und jedem Regionaldirektor der Organisation gewährt.

Anlage VIII

Weltpostverein

Die allgemeinen Bestimmungen finden ohne Änderung Anwendung.

Anlage IX

Internationale Fernmelde-Union

Die allgemeinen Bestimmungen finden ohne Änderung Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß die Internationale Fernmelde-Union keine bevorzugte Behandlung hinsichtlich der in Artikel IV § 11 vorgesehenen „Erleichterungen im Nachrichtenverkehr" für sich in Anspruch nimmt.

Anlage XI

Weltorganisation für Meteorologie

Die allgemeinen Bestimmungen finden ohne Änderung Anwendung.

Anlage XII

Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation (Revidierte Fassung vom 9. Juli 1968)

(1) Die in Artikel VI § 21 der allgemeinen Bestimmungen erwähnten Privilegien, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden dem Generalsekretär der Organisation, dem Stellvertretenden Generalsekretär und dem Sekretär des Schiffssicherheitsausschusses mit der Maßgabe gewährt, daß der vorliegende Absatz das Mitglied, in dessen Hoheitsgebiet die Organisation ihren Sitz hat, nicht dazu verpflichtet, Artikel VI § 21 der allgemeinen Bestimmungen auf ihre Staatsangehörigen anzuwenden.

(2) a) Sachverständige (mit Ausnahme von Beamten im Sinne des Artikels VI), die in Ausschüssen der Organisation tätig sind oder Aufträge für dieselbe erledigen, genießen folgende Privilegien und Immunitäten, soweit dies zur wirksamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendig ist, und zwar auch auf Reisen, die sie anläßlich ihrer Tätigkeit in Verbindung mit diesen Ausschüssen oder Aufträgen unternehmen:

(i) Immunität von persönlicher Festnahme und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;

(ii) Immunität von jeder Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen in Wahrnehmung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, und zwar auch dann, wenn sie nicht mehr in Ausschüssen der Organisation tätig sind und keine Aufträge mehr für dieselbe erledigen;

(iii) in bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen und auf ihr persönliches Gepäck die gleichen Erleichterungen wie Beamte ausländischer Regierungen in vorübergehender amtlicher Mission;

(iv) Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke, die sich auf ihre Arbeit im Dienst der Organisation beziehen;

(v) das Recht, für ihren Verkehr mit der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation Verschlüsselungen zu verwenden und Schriftstücke durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen.

Der in § 12 Absatz 3 der allgemeinen Bestimmungen niedergelegte Grundsatz findet auf die Ziffern iv und v Anwendung.

b) Die Privilegien und Immunitäten werden den Sachverständigen im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Organisation ist berechtigt und verpflichtet, die Immunität eines Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach ihrer Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

CONVENTION
ON THE PRIVILEGES AND IMMUNITIES
OF THE SPECIALIZED AGENCIES

Approved by the General Assembly of the United Nations on 21 November 1947

Whereas the General Assembly of the United Nations adopted on 13 February 1946 a resolution contemplating the unification as far as possible of the privileges and immunities enjoyed by the United Nations and by the various specialized agencies; and

Whereas consultations concerning the implementation of the aforesaid resolution have taken place between the United Nations and the specialized agencies;

Consequently, by resolution 179 (II) adopted on 21 November 1947, the General Assembly has approved the following Convention, which is submitted to the specialized agencies for acceptance and to every Member of the United Nations and to every other State member of one or more of the specialized agencies for accession.

Article I

DEFINITION AND SCOPE

Section 1

In this Convention:

(i) The words "standard clauses" refer to the provisions of articles II to IX.

(ii) The words "specialized agencies" mean:

(*a*) The International Labour Organization;

(*b*) The Food and Agriculture Organization of the United Nations;

(*c*) The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization;

(*d*) The International Civil Aviation Organization;

(*e*) The International Monetary Fund;

(*f*) The International Bank for Reconstruction and Development;

(*g*) The World Health Organization;

(*h*) The Universal Postal Union;

(*i*) The International Telecommunication Union; and,

(*j*) Any other agency in relationship with the United Nations in accordance with Articles 57 and 63 of the Charter.

(iii) The word "Convention" means, in relation to any particular specialized agency, the standard clauses as modified by the final (or revised) text of the annex transmitted by that agency in accordance with sections 36 and 38.

(iv) For the purposes of article III, the words "property and assets" shall also include property and funds administered by a specialized agency in furtherance of its constitutional functions.

(v) For the purposes of articles V and VII, the expression "representatives of members" shall be deemed to include all representatives, alternates, advisers, technical experts and secretaries of delegations.

(vi) In sections 13, 14, 15 and 25, the expression "meetings convened by a specialized agency" means meetings: (1) of its assembly and of its executive body (however designated), and (2) of any commission provided for in its constitution; (3) of any international conference convened by it; and (4) of any committee of any of these bodies.

(vii) The term "executive head" means the principal executive official of the specialized agency in question, whether designated "Director-General" or otherwise.

Section 2

Each State party to this Convention in respect of any specialized agency to which this Convention has become applicable in accordance with section 37 shall accord to, or in connexion with, that agency the privileges and immunities set forth in the standard clauses on the conditions specified therein, subject to any modification of those clauses contained in the provisions of the final (or revised) annex relating to that agency and transmitted in accordance with sections 36 or 38.

Article II

JURIDICAL PERSONALITY

Section 3

The specialized agencies shall possess juridical personality. They shall have the capacity (*a*) to contract, (*b*) to acquire and dispose of immovable and movable property, (*c*) to institute legal proceedings.

Article III

PROPERTY, FUNDS AND ASSETS

Section 4

The specialized agencies, their property and assets, wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process except in so far as in any particular case they have expressly waived their immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

Section 5

The premises of the specialized agencies shall be inviolable. The property and assets of the specialized agencies, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference whether by executive, administrative, judicial or legislative action.

Section 6

The archives of the specialized agencies, and in general all documents belonging to them or held by them, shall be inviolable, wherever located.

Section 7

Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria of any kind:

(*a*) The specialized agencies may hold funds, gold or currency of any kind and operate accounts in any currency;

(*b*) The specialized agencies may freely transfer their funds, gold or currency from one country to another or within any country and convert any currency held by them into any other currency.

Section 8

Each specialized agency shall, in exercising its rights under section 7 above, pay due regard to any representations made by the Government of any State party to this Convention in so far as it is considered that effect can be given to such representations without detriment to the interests of the agency.

Section 9

The specialized agencies, their assets, income and other property shall be:

(*a*) Exempt from all direct taxes; it is understood, however, that the specialized agencies will not claim exemption from taxes which are, in fact, no more than charges for public utility services;

(*b*) Exempt from customs duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of articles imported or exported by the specialized agencies for their official use; it is understood, however, that articles imported under such exemption will not be sold in the country into which they were imported except under conditions agreed to with the Government of that country;

(*c*) Exempt from duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of their publications.

Section 10

While the specialized agencies will not, as a general rule, claim exemption from excise duties and from taxes on the sale of movable and immovable property which forms part of the price to be paid, nevertheless when the specialized agencies are making important purchases for official use of property on which such duties and taxes have been charged or are chargeable, States parties to this Convention will, whenever possible, make appropriate administrative arrangements for the remission or return of the amount of duty or tax.

Article IV

FACILITIES IN RESPECT OF COMMUNICATIONS

Section 11

Each specialized agency shall enjoy, in the territory of each State party to this Convention in respect of that agency, for its official communications, treatment not less favourable than that accorded by the Government of such State to any other Government, including the latter's diplomatic mission, in the matter of priorities, rates and taxes on mails, cables, telegrams, radiograms, telephotos, telephone and other communications, and press rates for information to the press and radio.

Section 12

No censorship shall be applied to the official correspondence and other official communications of the specialized agencies.

The specialized agencies shall have the right to use codes and to dispatch and receive correspondence by courier or in sealed bags, which shall have the same immunities and privileges as diplomatic couriers and bags.

Nothing in this section shall be construed to preclude the adoption of appropriate security precautions to be determined by agreement between a State party to this Convention and a specialized agency.

Article V

REPRESENTATIVES OF MEMBERS

Section 13

Representatives of members at meetings convened by a specialized agency shall, while exercising their functions and during their journeys to and from the place of meeting, enjoy the following privileges and immunities:

(*a*) Immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage, and in respect of words spoken or written and all acts done by them in their official capacity, immunity from legal process of every kind;

(*b*) Inviolability for all papers and documents;

(*c*) The right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;

(*d*) Exemption in respect of themselves and their spouses from immigration restrictions, aliens' registration or national service obligations in the State which they are visiting or through which they are passing in the exercise of their functions;

(*e*) The same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions;

(f) The same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to members of comparable rank of diplomatic missions.

Section 14

In order to secure for the representatives of members of the specialized agencies at meetings convened by them complete freedom of speech and complete independence in the discharge of their duties, the immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging their duties shall continue to be accorded, notwithstanding that the persons concerned are no longer engaged in the discharge of such duties.

Section 15

Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the representatives of members of the specialized agencies at meetings convened by them are present in a member State for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence.

Section 16

Privileges and immunities are accorded to the representatives of members, not for the personal benefit of the individuals themselves, but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connexion with the specialized agencies. Consequently, a member not only has the right but is under a duty to waive the immunity of its representatives in any case where, in the opinion of the member, the immunity would impede the course of justice, and where it can be waived without prejudice to the purpose for which the immunity is accorded.

Section 17

The provisions of sections 13, 14 and 15 are not applicable in relation to the authorities of a State of which the person is a national or of which he is or has been a representative.

Article VI

OFFICIALS

Section 18

Each specialized agency will specify the categories of officials to which the provisions of this article and of article VIII shall apply. It shall communicate them to the Governments of all States parties to this Convention in respect of that agency and to the Secretary-General of the United Nations. The names of the officials included in these categories shall from time to time be made known to the above-mentioned Governments.

Section 19

Officials of the specialized agencies shall:

(a) Be immune from legal process in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their official capacity;

(b) Enjoy the same exemptions from taxation in respect of the salaries and emoluments paid to them by the specialized agencies and on the same conditions as are enjoyed by officials of the United Nations;

(c) Be immune, together with their spouses and relatives dependent on them, from immigration restrictions and alien registration;

(d) Be accorded the same privileges in respect of exchange facilities as are accorded to officials of comparable rank of diplomatic missions;

(e) Be given, together with their spouses and relatives dependent on them, the same repatriation facilities in time of international crises as officials of comparable rank of diplomatic missions;

(f) Have the right to import free of duty their furniture and effects at the time of first taking up their post in the country in question.

Section 20

The officials of the specialized agencies shall be exempt from national service obligations, provided that in relation to the States of which they are nationals, such exemption shall be confined to officials of the specialized agencies whose names have, by reason of their duties, been placed upon a list compiled by the executive head of the specialized agency and approved by the State concerned.

Should other officials of specialized agencies be called up for national service, the State concerned shall, at the request of the specialized agency concerned, grant such temporary deferments in the call-up of such officials as may be necessary to avoid interruption in the continuation of essential work.

Section 21

In addition to the immunities and privileges specified in sections 19 and 20, the executive head of each specialized agency, including any official acting on his behalf during his absence from duty, shall be accorded in respect of himself, his spouse and minor children, the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to diplomatic envoys, in accordance with international law.

Section 22

Privileges and immunities are granted to officials in the interests of the specialized agencies only and not for personal benefit of the individuals themselves. Each specialized agency shall have the right and the duty to waive the immunity of any official in any case where, in its opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the specialized agency.

Section 23

Each specialized agency shall co-operate at all times with the appropriate authorities of member States to facilitate the proper administration of justice, secure the observance of police regulations and prevent the occurrence of any abuses in connexion with the privileges, immunities and facilities mentioned in this article.

Article VII

ABUSES OF PRIVILEGE

Section 24

If any State party to this Convention considers that there has been an abuse of a privilege or immunity conferred by this Convention, consultations shall be held between that State and the specialized agency concerned to determine whether any such abuse has occurred and, if so, to attempt to ensure that no repetition occurs. If such consultations fail to achieve a result satisfactory to the State and the specialized agency concerned, the question whether an abuse of a privilege or immunity has occurred shall be submitted to the International Court of Justice in accordance with section 32. If the International Court of Justice finds that such an abuse has occurred, the State party to this Convention affected by such abuse shall have the right, after notification to the specialized agency in question, to withhold from the specialized agency concerned the benefits of the privilege or immunity so abused.

Section 25

1. Representatives of members at meetings convened by specialized agencies, while exercising their functions and during their journeys to and from the place of meeting, and officials within the meaning of section 18, shall not be required by the territorial authorities to leave the country in which they are performing their functions on account of any activities by them in their official capacity. In the case, however, of abuse of privileges of residence committed by any such person in activities in that country outside his official functions, he may be required to leave by the Government of that country provided that:

2. (I) Representatives of members, or persons who are entitled to diplomatic immunity under section 21, shall not be required to leave the country otherwise than in accordance with the diplomatic procedure applicable to diplomatic envoys accredited to that country.

(II) In the case of an official to whom section 21 is not applicable, no order to leave the country shall be issued other than with the approval of the Foreign Minister of the country in question, and such approval shall be given only after consultation with the executive head of the specialized agency concerned; and, if expulsion proceedings are taken against an official, the executive head of the specialized agency shall have the right to appear in such proceedings on behalf of the person against whom they are instituted.

Article VIII

LAISSEZ-PASSER

Section 26

Officials of the specialized agencies shall be entitled to use the United Nations *laissez-passer* in conformity with administrative arrangements to be concluded between the Secretary-General of the United Nations and the competent authorities of the specialized agencies, to which agencies special powers to issue *laissez-passer* may be delegated. The Secretary-General of the United Nations shall notify each State party to this Convention of each administrative arrangement so concluded.

Section 27

States parties to this Convention shall recognize and accept the United Nations *laissez-passer* issued to officials of the specialized agencies as valid travel documents.

Section 28

Applications for visas, where required, from officials of specialized agencies holding United Nations *laissez-passer*, when accompanied by a certificate that they are travelling on the business of a specialized agency, shall be dealt with as speedily as possible. In addition, such persons shall be granted facilities for speedy travel.

Section 29

Similar facilities to those specified in section 28 shall be accorded to experts and other persons who, though not the holders of United Nations *laissez-passer*, have a certificate that they are travelling on the business of a specialized agency.

Section 30

The executive heads, assistant executive heads, heads of departments and other officials of a rank not lower than head of department of the specialized agencies, travelling on United Nations *laissez-passer* on the business of the specialized agencies, shall be granted the same facilities for travel as are accorded to officials of comparable rank in diplomatic missions.

Article IX

SETTLEMENT OF DISPUTES

Section 31

Each specialized agency shall make provision for appropriate modes of settlement of:

(*a*) Disputes arising out of contracts or other disputes of private character to which the specialized agency is a party;

(*b*) Disputes involving any official of a specialized agency who by reason of his official position enjoys immunity, if immunity has not been waived in accordance with the provisions of section 22.

Section 32

All differences arising out of the interpretation or application of the present Convention shall be referred to the International Court of Justice unless in any case it is agreed by the parties to have recourse to another mode of settlement. If a difference arises between one of the specialized agencies on the one hand, and a member on the other hand, a request shall be made for an advisory opinion on any legal question involved in accordance with Article 96 of the Charter and Article 65 of the Statute of the Court and the relevant provisions of the agreements concluded between the United Nations and the specialized agency concerned. The opinion given by the Court shall be accepted as decisive by the parties.

Article X

ANNEXES AND APPLICATION TO INDIVIDUAL SPECIALIZED AGENCIES

Section 33

In their application to each specialized agency, the standard clauses shall operate subject to any modifications set forth in the final (or revised) text of the annex relating to that agency, as provided in sections 36 and 38.

Section 34

The provisions of the Convention in relation to any specialized agency must be interpreted in the light of the functions with which that agency is entrusted by its constitutional instrument.

Section 35

Draft annexes I to IX are recommended to the specialized agencies named therein. In the case of any specialized agency not mentioned by name in section 1, the Secretary-General of the United Nations shall transmit to the agency a draft annex recommended by the Economic and Social Council.

Section 36

The final text of each annex shall be that approved by the specialized agency in question in accordance with its constitutional procedure. A copy of the annex as approved by each specialized agency shall be transmitted by the agency in question to the Secretary-General of the United Nations and shall thereupon replace the draft referred to in section 35.

Section 37

The present Convention becomes applicable to each specialized agency when it has transmitted to the Secretary-General of the United Nations the final text of the relevant annex and has informed him that it accepts the standard clauses, as modified by this annex, and undertakes to give effect to sections 8, 18, 22, 23, 24, 31, 32, 42 and 45 (subject to any modification of section 32 which may be found necessary in order to make the final text of the annex consonant with the constitutional instrument of the agency) and any provisions of the annex placing obligations on the agency. The Secretary-General shall communicate to all Members of the United Nations and to other States members of the specialized agencies certified copies of all annexes transmitted to him under this section and of revised annexes transmitted under section 38.

Section 38

If, after the transmission of a final annex under section 36, any specialized agency approves any amendments thereto in accordance with its constitutional procedure, a revised annex shall be transmitted by it to the Secretary-General of the United Nations.

Section 39

The provisions of this Convention shall in no way limit or prejudice the privileges and immunities which have been, or may hereafter be, accorded by any State to any specialized agency by reason of the location in the territory of that State of its headquarters or regional offices. This Convention shall not be deemed to prevent the conclusion between any State party thereto and any specialized agency of supplemental agreements adjusting the provisions of this Convention or extending or curtailing the privileges and immunities thereby granted.

Section 40

It is understood that the standard clauses, as modified by the final text of an annex sent by a specialized agency to the Secretary-General of the United Nations under section 36 (or any revised annex sent under section 38), will be consistent with the provisions of the constitutional instrument then in force of the agency in question, and that if any amendment to that instrument is necessary for the purpose of making the constitutional instrument so consistent, such amendment will have been brought into force in accordance with the constitutional procedure of that agency before the final (or revised) annex is transmitted.

The Convention shall not itself operate so as to abrogate, or derogate from, any provisions of the constitutional instrument of any specialized agency or any rights or obligations which the agency may otherwise have, acquire, or assume.

Article XI

FINAL PROVISIONS

Section 41

Accession to this Convention by a Member of the United Nations and (subject to section 42) by any State member of a specialized agency shall be effected by deposit with the Secretary-General of the United Nations of an instrument of accession which shall take effect on the date of its deposit.

Section 42

Each specialized agency concerned shall communicate the text of this Convention together with the relevant annexes to those of its members which are not Members of the United Nations and shall invite them to accede thereto in respect of that agency by depositing an instrument of accession to this Convention in respect thereof either with the Secretary-General of the United Nations or with the executive head of the specialized agency.

Section 43

Each State party to this Convention shall indicate in its instrument of accession the specialized agency or agencies in respect of which it undertakes to apply the provisions of this Convention. Each State party to this Convention may by subsequent written notification to the Secretary-General of the United Nations undertake to apply the provisions of this Convention to one or more further specialized agencies. This notification shall take effect on the date of its receipt by the Secretary-General.

Section 44

This Convention shall enter into force for each State party to this Convention in respect of a specialized agency when it has become applicable to that agency in accordance with section 37 and the State party has undertaken to apply the provisions of the Convention to that agency in accordance with section 43.

Section 45

The Secretary-General of the United Nations shall inform all Members of the United Nations, as well as all members of the specialized agencies, and executive heads of the specialized agencies, of the deposit of each instrument of accession received under section 41 and of subsequent notifications received under section 43. The executive head of a specialized agency shall inform the Secretary-General of the United Nations and the members of the agency concerned of the deposit of any instrument of accession deposited with him under section 42.

Section 46

It is understood that, when an instrument of accession or a subsequent notification is deposited on behalf of any State, this State will be in a position under its own law to give effect to the terms of this Convention, as modified by the final texts of any annexes relating to the agencies covered by such accessions or notifications.

Section 47

1. Subject to the provisions of paragraphs 2 and 3 of this section, each State party to this Convention undertakes to apply this Convention in respect of each specialized agency covered by its accession or subsequent notification, until such time as a revised convention or annex shall have become applicable to that agency and the said State shall have accepted the revised convention or annex. In the case of a revised annex, the acceptance of States shall be by a notification addressed to the Secretary-General of the United Nations, which shall take effect on the date of its receipt by the Secretary-General.

2. Each State party to this Convention, however, which is not, or has ceased to be, a member of a specialized agency, may address a written notification to the Secretary-General of the United Nations and the executive head of the agency concerned to the effect that it intends to withhold from that agency the benefits of this Convention as from a specified date, which shall not be earlier than three months from the date of receipt of the notification.

3. Each State party to this Convention may withhold the benefit of this Convention from any specialized agency which ceases to be in relationship with the United Nations.

4. The Secretary-General of the United Nations shall inform all member States parties to this Convention of any notification transmitted to him under the provisions of this section.

Section 48

At the request of one-third of the States parties to this Convention, the Secretary-General of the United Nations will convene a conference with a view to its revision.

Section 49

The Secretary-General of the United Nations shall transmit copies of this Convention to each specialized agency and to the Government of each Member of the United Nations.

ANNEX I

INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION

In their application to the International Labour Organisation the standard clauses shall operate subject to the following provisions:

1. Article V (other than paragraph (c) of section 13) and section 25, paragraphs 1 and 2 (I), of article VII shall extend to the employers' and workers' members and deputy members of the Governing Body of the International Labour Organisation and their substitutes, except that any waiver of the immunity of any such person member under section 16 shall be by the Governing Body.

2. The privileges, immunities, exemptions and facilities referred to in section 21 of the standard clauses shall also be accorded to any Deputy Director-General of the International Labour Office and any Assistant Director-General of the International Labour Office.

3. (i) Experts (other than officials coming within the scope of article VI) serving on committees of, or performing missions for, the Organisation shall be accorded the following privileges and immunities so far as is necessary for the effective exercise of their functions, including the time spent on journeys in connexion with service on such committees or missions:

(a) Immunity from personal arrest or seizure of their personal baggage;

(b) In respect of words spoken or written or acts done by them in the performance of their official functions, immunity from legal process of every kind, such immunity to continue notwithstanding that the persons concerned are no longer serving on committees of, or employed on missions for, the Organisation;

(c) The same facilities in respect of currency and exchange restrictions and in respect of their personal baggage as are accorded to officials of foreign Governments on temporary official missions;

(d) Inviolability of their papers and documents relating to the work on which they are engaged for the Organisation.

(ii) In connexion with (d) of 3 (i) above, the principle contained in the last sentence of section 12 of the standard clauses shall be applicable.

(iii) Privileges and immunities are granted to the experts of the Organisation in the interests of the Organisation and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Organisation shall have the right and the duty to waive the immunity of any expert in any case where in its opinion the immunity would impede the course of justice, and it can be waived without prejudice to the interests of the Organisation.

ANNEX IV

UNITED NATIONS EDUCATIONAL, SCIENTIFIC AND CULTURAL ORGANIZATION

The standard clauses shall operate in respect to the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (hereinafter called "the Organization") subject to the following provisions:

1. Article V and section 25, paragraphs 1 and 2 (I) of article VII shall extend to the President of the Conference and members of the Executive Board of the Organization, their substitutes and advisers, except that any waiver of the immunity of any such person of the Executive Board under section 16 shall be by the Executive Board.

2. The Deputy Director-General of the Organization, his spouse and minor children shall also enjoy the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to diplomatic envoys in accordance with international law, which article VI, section 21, of the Convention ensures to the executive head of each specialized agency.

3. (i) Experts (other than officials coming within the scope of article VI) serving on committees of, or performing missions for, the Organization shall be accorded the following privileges and immunities so far as is necessary for the effective exercise of their functions, including the time spent on journeys in connexion with service on such committees or missions:

(a) Immunity from personal arrest or seizure of their personal baggage;

(b) In respect of words spoken or written or acts done by them in the performance of their official functions, immunity from legal process of every kind, such immunity to continue notwithstanding that the persons concerned are no longer serving on committees of, or employed on missions for, the Organization;

(c) The same facilities in respect of currency and exchange restrictions and in respect of their personal baggage as are accorded to officials of foreign Governments on temporary official missions;

(ii) Privileges and immunities are granted to the experts of the Organization in the interests of the Organization and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Organization shall have the right and the duty to waive the immunity of any expert in any case where in its opinion the immunity would impede the course of justice, and it can be waived without prejudice to the interests of the Organization.

ANNEX VII

(Third revised text)

WORLD HEALTH ORGANIZATION

In their application to the World Health Organization (hereinafter called "the Organization") the standard clauses shall operate subject to the following modifications:

1. Article V and section 25, paragraphs 1 and 2 (I), of article VII shall extend to persons designated to serve on the Executive Board of the Organization, their alternates and advisers, except that any waiver of the immunity of any such persons under section 16 shall be by the Board.

2. (i) Experts (other than officials coming within the scope of article VI) serving on committees of, or performing missions for, the Organization shall be accorded the following privileges and immunities so far as is necessary for the effective exercise of their functions, including the time spent on journeys in connexion with service on such committees or missions:

(a) Immunity from personal arrest or seizure of their personal baggage;

(b) In respect of words spoken or written or acts done by them in the performance of their official functions, immunity from legal process of every kind, such immunity to continue notwithstanding that the persons concerned are no longer serving on committees of, or employed on missions for, the Organization;

(c) The same facilities in respect of currency and exchange restrictions and in respect of their personal baggage as are accorded to officials of foreign governments on temporary official missions;

(d) Inviolability for all papers and documents;

(e) For the purpose of their communications with the Organization, the right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags.

(ii) The privileges and immunities set forth in paragraphs (b) and (e) above shall be accorded to persons serving on Expert Advisory Panels of the Organization in the exercise of their functions as such.

(iii) Privileges and immunities are granted to the experts of the Organization in the interests of the Organization and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Organization shall have the right and the duty to waive the immunity of any expert in any case where in its opinion the immunity would impede the course of justice and it can be waived without prejudice to the interests of the Organization.

3. Article V and section 25, paragraphs 1 and 2 (I), of article VII shall extend to the representatives of Associate Members participating in the work of the Organization in accordance with articles 8 and 47 of the Constitution.

4. The privileges, immunities, exemptions and facilities referred to in section 21 of the standard clauses shall also be accorded to any Deputy Director-General, Assistant Director-General and Regional Director of the Organization.

ANNEX VIII

UNIVERSAL POSTAL UNION

The standard clauses shall apply without modification.

ANNEX IX

INTERNATIONAL TELECOMMUNICATION UNION

The standard clauses shall apply without modification except that the International Telecommunication Union shall not claim for itself the enjoyment of privileged treatment with regard to the "Facilities in respect of communications" provided in article IV, section 11.

ANNEX XI

WORLD METEOROLOGICAL ORGANIZATION

The standard clauses shall apply without modification.

ANNEX XII

(Revised text)

INTER-GOVERNMENTAL MARITIME CONSULTATIVE ORGANIZATION

1. The privileges and immunities, exemptions and facilities referred to in article VI, section 21 of the standard clauses shall be accorded to the Secretary-General of the Organization, to the Deputy Secretary-General and to the Secretary of the Maritime Safety Committee, provided that the provisions of this paragraph shall not require the Member in whose territory the Organization has its Headquarters to apply article VI, section 21 of the standard clauses to any person who is its national.

2. (*a*) Experts (other than officials coming within the scope of article VI) serving on committees of, or performing missions for, the Organization shall be accorded the following privileges and immunities so far as is necessary for the effective exercise of their functions, including time spent on journeys in connexion with service on such committees or missions;

(i) immunity from personal arrest or seizure of their personal baggage;

(ii) in respect of words spoken or written or acts done by them in the performance of their official functions, immunity from legal process of every kind, such immunity to continue notwithstanding that the persons concerned are no longer serving on committees of or employed on missions for the Organization;

(iii) the same facilities in respect of currency and exchange restrictions and in respect of their personal baggage as are accorded to officials of foreign governments on temporary official missions;

(iv) inviolability for all papers and documents relating to the work on which they are engaged for the Organization;

(v) the right to use codes and to receive documents and correspondence by courier or in sealed dispatch bags for their communications with the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization.

In connexion with section 2 (*a*) (iv) and (v) above, the principle contained in the last sentence of section 12 of the standard clauses shall be applicable.

(*b*) Privileges and immunities are granted to such experts in the interests of the Organization and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Organization shall have the right and duty to waive the immunity of any expert in any case where, in its opinion, the immunity would impede the course of justice and it can be waived without prejudice to the interests of the Organization.

CONVENTION SUR LES PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS DES INSTITUTIONS SPÉCALISÉES

Approuvée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 21 novembre 1947

Considérant que l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies a adopté le 13 février 1946 une résolution tendant à l'unification, dans la mesure du possible, des privilèges et immunités dont jouissent l'Organisation des Nations Unies et les différentes institutions spécialisées;

Considérant que des consultations ont eu lieu entre l'Organisation des Nations Unies et les institutions spécialisées en vue de donner effet à ladite résolution;

En conséquence, par la résolution 170 (II) adoptée le 21 novembre 1947, l'Assemblée générale a approuvé la Convention ci-après, qui est soumise pour acceptation aux institutions spécialisées, et pour adhésion à tout Membre de l'Organisation des Nations Unies ainsi qu'à tout autre État membre d'une ou de plusieurs institutions spécialisées.

Article premier

DÉFINITIONS ET CHAMP D'APPLICATION

Section 1

Aux fins de la présente Convention:

i) Les mots "clauses standard" visent les dispositions des articles II à IX.

ii) Les mots "institutions spécialisées" visent:

a) L'organisation internationale du Travail:

b) L'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture;

c) L'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture;

d) L'Organisation de l'aviation civile internationale;

e) Le Fonds monétaire international;

f) La Banque internationale pour la reconstruction et la mise en valeur;

g) L'Organisation mondiale de la santé;

h) L'Union postale universelle;

i) L'Union internationale des télécommunications;

j) Toute autre institution reliée à l'Organisation des Nations Unies conformément aux Articles 57 et 63 de la Charte.

iii) Le mot "Convention", en tant qu'il s'applique à une institution spécialisée déterminée, vise les clauses standard modifiées par le texte final (ou révisé) de l'annexe transmise par ladite institution conformément aux sections 36 et 38.

iv) Aux fins de l'article III, les mots "biens et avoirs" s'appliquent également aux biens et fonds administrés par une institution spécialisée dans l'exercise de ses attributions organiques.

v) Aux fins des articles V et VII, l'expression "représentants des membres" est considérée comme comprenant tous les représentants, représentants suppléants, conseillers, experts techniques et secrétaires de délégations.

vi) Aux fins des sections 13, 14, 15 et 25, l'expression "réunions convoquées par une institution spécialisée" vise les réunions: 1) de son assamblée ou de son conseil de direction (quel que soit le terme utilisé pour les désigner); 2) de toute commission prévue par son acte organique; 3) de toute conférence internationale convoquée par elle; 4) de toute commission de l'un quelconque des organes précédents.

vii) Le terme "directeur général" désigne le fonctionnaire principal de l'institution spécialisée en question, que son titre soit celui de directeur général ou tout autre.

Section 2

Tout Etat partie à la présente Convention accordera en ce qui concerne toute institution spécialisée couverte par son adhésion et à laquelle la présente Convention est devenue applicable en vertu de la section 37, les privilèges et immunités

prévus par les clauses standard aux conditions qui y sont spécifiées, sous réserve de toutes modifications apportées auxdites clauses par les dispositions du texte final (ou révisé) de l'annexe relative à cette institution, dûment transmise conformément aux sections 36 ou 38.

Article II

PERSONNALITE JURIDIQUE

Section 3

Les institutions spécialisées possèdent la personnalité juridique. Elles ont la capacité: *a)* de contracter, *b)* d'acquérir et de disposer des biens immobiliers et mobiliers, *c)* d'ester en justice.

Article III

BIENS, FONDS ET AVOIRS

Section 4

Les institutions spécialisées, leurs biens et avoirs, en quelque endroit qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, jouissent de l'immunité de juridiction, sauf dans la mesure où elles y ont expressément renoncé dans un cas particulier. Il est entendu toutefois que la renonciation ne peut s'étendre à des mesures d'exécution.

Section 5

Les locaux des institutions spécialisées sont inviolables. Leurs biens et avoirs, en quelque endroit qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation expropriation ou de toute autre forme de contrainte exécutive, administrative, judiciaire ou législative.

Section 6

Les archives des institutions spécialisées et, d'une manière générale, tous les documents leur appartenant ou détenus par elles sont inviolables en quelque endroit qu'ils se trouvent.

Section 7

Sans être astreintes à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financiers:

a) Les institutions spécialisées peuvent détenir des fonds, de l'or ou des devises de toute nature et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie;

b) Les institutions spécialisées peuvent transférer librement leurs fonds, leur or ou leurs devises d'un pays dans un autre ou à l'intérieur d'un pays quelconque et convertir toutes devises détenues par elles en toute autre monnaie.

Section 8

Dans l'exercise des droits qui lui sont accordés en vertu de la section 7 ci-dessus, chacune des institutions spécialisées tiendra compte de toutes représentations qui lui seraient faites par le gouvernement de tout Etat partie à la présente Convention dans la mesure où elle estimera pouvoir y donner suite sans porter préjudice à ses propres intérêts.

Section 9

Les institutions spécialisées, leurs avoirs, revenues et autres biens sont:

a) Exonérés de tout impôt direct; il est entendu, toutefois, que les institutions spécialisées ne demanderont pas l'exonération d'impôts qui ne seraient pas en excès de la simple rémunération de services d'utilité publique;

b) Exonérés de tout droit de douane et de toutes prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard d'objets importés ou exportés par les institutions spécialisées pour leur usage officiel; il est entendu, toutefois, que les articles ainsi importés en franchise ne seront pas vendus sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le gouvernement de ce pays;

c) Exonérés de tout droit de douane et de toutes prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard de leurs publications.

Section 10

Bien que les institutions spécialisées ne revendiquent pas, en règle générale, l'exonération des droits d'accise et des taxes à la vente entrant dans le prix des biens mobiliers ou immobiliers, cependant, quand elles effectuent pour leur usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature, les Etats parties à la présente Convention prendront, chaque fois qu'il leur sera possible, les arrangements administratifs appropriés en vue de la remise ou du remboursement du montant de ces droits et taxes.

Article IV

FACILITES DE COMMUNICATIONS

Section 11

Chacune des institutions spécialisées jouira, pour ses communications officielles, sur le territoire de tout Etat partie à la présente Convention en ce qui concerne cette institution, d'un traitement non moins favorable que le traitement accordé par le gouvernement de cet Etat à tout autre gouvernement, y compris à sa mission diplomatique, en matière de priorités, tarifs et taxes sur le courrier, les câblogrammes, télégrammes, radiotélégrammes, téléphotos, communications téléphoniques et autres communications, ainsi qu'en matière de tarifs de presse pour les informations à la presse et à la radio.

Section 12

La correspondance officielle et les autres communications officielles des institutions spécialisées ne pourront être censurées.

Les institutions spécialisées auront le droit d'employer des codes ainsi que d'expédier et de recevoir leur correspondance par des courriers ou valises scellées qui jouiront des mêmes privilèges et immunités que les courriers et valises diplomatiques.

La présente section ne pourra en aucune manière être interprétée comme interdisant l'adoption de mesures de sécurité appropriées à déterminer suivant accord entre l'État partie à la présente Convention et une institution spécialisée.

Article V

REPRÉSENTANTS DES MEMBRES

Section 13

Les représentants des membres aux réunions convoquées par une institution spécialisée jouissent, pendant l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges et immunités suivants:

a) Immunité d'arrestation ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels et, en ce qui concerne les actes accomplis par eux en leur qualité officielle (y compris leurs paroles et écrits), immunité de toute juridiction;

b) Inviolabilité de tous papiers et documents;

c) Droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courriers ou par valises scellées;

d) Exemption pour eux-mêmes et pour leurs conjoints à l'égard de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration, de toutes formalités d'enregistrement des étrangers, et de toutes obligations de service national dans les pays visités ou traversés par eux dans l'exercice de leurs fonctions;

e) Mêmes facilités en ce qui concerne les restrictions monétaires ou de change que celles qui sont accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

f) Mêmes immunités et facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles qui sont accordées aux membres des missions diplomatiques d'un rang comparable.

Section 14

En vue d'assurer aux représentants des membres des institutions spécialisées aux réunions convoquées par elles une

complète liberté de parole et une complète indépendance dans l'accomplissement de leurs fonctions, l'immunité de juridiction en ce qui concerne les paroles ou les écrits ou les actes émanant d'eux dans l'accomplissement de leurs fonctions continuera à leur être accordée même après que le mandat de ces personnes aura pris fin.

Section 15

Dans le cas où l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujetti, les périodes pendant lesquelles les représentants des membres des institutions spécialisées aux réunions convoquées par celles-ci se trouveront sur le territoire d'un membre pour l'exercice de leurs fonctions ne seront pas considérées comme des périodes de résidence.

Section 16

Les privilèges et immunités sont accordés aux représentants des membres, non pour leur bénéfice personnel, mais dans le but d'assurer en toute indépendance l'exercice de leurs fonctions en ce qui concerne les institutions spécialisées. Par conséquent, un membre a non seulement le droit, mais le devoir de lever l'immunité de son représentant dans tous les cas où, à son avis, l'immunité empêcherait que justice ne soit faite et où l'immunité peut être levée sans nuire au but pour lequel elle est accordée.

Section 17

Les dispositions des sections 13, 14 et 15 ne sont pas opposables aux autorités de l'État dont la personne est ressortissante ou dont elle est ou a été le représentant.

Article VI

FONCTIONNAIRES

Section 18

Chaque institution spécialisée déterminera les catégories de fonctionnaires auxquelles s'appliquent les dispositions du présent article ainsi que celles de l'article VIII. Elle en donnera communication aux gouvernements de tous les États parties à la présente Convention en ce qui concerne ladite institution ainsi qu'au Secrétaire général des Nations Unies. Les noms des fonctionnaires compris dans ces catégories seront communiqués de temps à autre aux gouvernements précités.

Section 19

Les fonctionnaires des institutions spécialisées:

a) Jouiront de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle (y compris leurs paroles et écrits);

b) Jouiront, en ce qui concerne les traitements et émoluments qui leur sont versés par les institutions spécialisées, des mêmes exonérations d'impôt que celles dont jouissent les fonctionnaires de l'Organisation des Nations Unies, et dans les mêmes conditions;

c) Ne seront pas soumis, non plus que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, aux mesures restrictives relatives à l'immigration, ni aux formalités d'enregistrement des étrangers.

d) Jouiront, en ce qui concerne les facilités de change, des mêmes privilèges que les membres des missions diplomatiques d'un rang comparable;

e) Jouiront, en période de crise internationale, ainsi que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, des mêmes facilités de rapatriement que les membres des missions diplomatiques de rang comparable;

f) Jouiront du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonction dans le pays intéressé.

Section 20

Les fonctionnaires des institutions spécialisées seront exempts de toute obligation relative au service national. Toutefois, cette exemption sera, par rapport aux Etats dont ils sont les ressortissants, limitée à ceux des fonctionnaires des institutions spécialisées qui, en raison de leurs fonctions, auront été nommément désignés sur une liste établie par le directeur général de l'institution spécialisée et approuvée par l'État dont ils sont les ressortissants.

En cas d'appel au service national d'autres fonctionnaires des institutions spécialisées, l'État intéressé accordera, à la demande de l'institution spécialisée, les sursis d'appel qui pourraient être nécessaires en vue d'éviter l'interruption d'un service essentiel.

Section 21

Outre les privilèges et immunités prévus aux sections 19 et 20, le directeur général de chaque institution spécialisée, ainsi que tout fonctionnaire agissant en son nom pendant son absence, tant en ce qui le concerne qu'en ce qui concerne ses conjoints et enfants mineurs, jouira des privilèges, immunités, exemptions et facilités accordés, conformément au droit international, aux envoyés diplomatiques.

Section 22

Les privilèges et immunités sont accordés aux fonctionnaires uniquement dans l'intérêt des institutions spécialisées et non pour leur bénéfice personnel. Chaque institution spécialisée pourra et devra lever l'immunité accordée à un fonctionnaire dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice ne soit faite et où l'immunité peut être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'institution spécialisée.

Section 23

Chaque institution spécialisée collaborera en tout temps avec les autorités compétentes des États membres en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités et facilités énumérés au présent article.

Article VII

ABUS DES PRIVILÈGES

Section 24

Si un État partie à la présente Convention estime qu'il y a eu abus d'un privilège ou d'une immunité accordés par la présente Convention, des consultations auront lieu entre cet État et l'institution spécialisée intéressée en vue de déterminer si un tel abus s'est produit et, dans l'affirmative, d'essayer d'en prévenir la répétition. Si de telles consultations n'aboutissent pas à un résultat satisfaisant pour l'État et l'institution spécialisée intéressée, la question de savoir s'il y a eu abus d'un privilège ou d'une immunité sera portée devant la Cour internationale de Justice, conformément à la section 32. Si la Cour internationale de Justice constate qu'un tel abus s'est produit, l'État partie à la présente Convention et affecté par ledit abus aura le droit, après notification à l'institution spécialisée intéressée, de cesser d'accorder, dans ses rapports avec cette institution, le bénéfice du privilège ou de l'immunité dont il aurait été fait abus.

Section 25

1. Les représentants des membres aux réunions convoquées par les institutions spécialisées, pendant l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de réunion, ainsi que les fonctionnaires visés à la section 18, ne seront pas contraints par les autorités territoriales de quitter le pays dans lequel ils exercent leurs fonctions en raison d'activités exercées par eux en leur qualité officielle. Toutefois, dans le cas où telle personne abuserait du privilège de résidence en exerçant dans ce pays des activités sans rapport avec ses fonctions officielles, elle pourra être contrainte de quitter le pays par le gouvernement de celui-ci, sous réserve des dispositions ci-après:

2. I) Les représentants des membres ou les personnes jouissant de l'immunité diplomatique aux termes de la sec-

tion 21 ne seront pas contraints de quitter le pays ci ce n'est conformément à la procédure diplomatique applicable aux envoyés diplomatiques accrédités dans ce pays.

II) Dans le cas d'un fonctionnaire auquel ne s'applique pas la section 21, aucune décision d'expulsion ne sera prise sans l'approbation du Ministre des affaires étrangères du pays en question, approbation qui ne sera donnée qu'après consultation avec le directeur général de l'institution spécialisée intéressée; et si une procédure d'expulsion est engagée contre un fonctionnaire, le directeur général de l'institution spécialisée aura le droit d'intervenir dans cette procédure pour la personne contre laquelle la procédure est intentée.

Article VIII

LAISSEZ-PASSER

Section 26

Les fonctionnaires des institutions spécialisées auront le droit d'utiliser les laissez-passer des Nations Unies, et ce conformément à des arrangements administratifs qui seront négociés entre le Secrétaire général des Nations Unies et les autorités compétentes des institutions spécialisées auxquelles seront délégués les pouvoirs spéciaux de délivrer les laissez-passer. Le Secrétaire général des Nations Unies notifiera à chacun des États parties à la présente Convention les arrangements administratifs qui auront été conclus.

Section 27

Les laissez-passer des Nations Unies délivrés aux fonctionnaires des institutions spécialisées seront reconnus et acceptés comme titre valable de voyage par les Etats parties à la présente Convention.

Section 28

Les demandes de visas (lorsque des visas sont nécessaires) émanant de fonctionnaires des institutions spécialisées titulaires de laissez-passer des Nations Unies et accompagnées d'un certificat attestant que ces fonctionnaires voyagent pour le compte d'une institution spécialisée devront être examinées dans le plus bref délai possible. En outre, des facilités de voyage rapide seront accordées aux titulaires de ces laissez-passer.

Section 29

Des facilités analogues à celles qui sont mentionnées à la section 28 seront accordées aux experts et autres personnes qui, sans être munis d'un laissez-passer des Nations Unies, seront porteurs d'un certificat attestant qu'ils voyagent pour le compte d'une institution spécialisée.

Section 30

Les directeurs généraux des institutions spécialisées, directeurs généraux adjoints, directeurs de département et autres fonctionnaires d'un rang au moins égal à celui de directeur de département des institutions spécialisées, voyageant pour le compte des institutions spécialisées et munis d'un laissez-passer des Nations Unies, jouiront des mêmes facilités de voyage que les membres des missions diplomatiques d'un rang comparable.

Article IX

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS

Section 31

Chaque institution spécialisée devra prévoir des modes de règlement appropriés pour:

a) Les différends en matière de contrats ou autres différends de droit privé dans lesquels l'institution spécialisée serait partie;

b) Les différends dans lesquels serait impliqué un fonctionnaire d'une institution spécialisée qui, du fait de sa situation officielle, jouit de l'immunité, si cette immunité n'a pas été levée conformément aux dispositions de la section 22.

Section 32

Toute contestation portant sur l'interprétation ou l'application de la présente Convention sera portée devant la Cour internationale de Justice, à moins que, dans un cas donné, les parties ne conviennent d'avoir recours à un autre mode de règlement. Si un différend surgit entre une des institutions spécialisées d'une part, et un État membre d'autre part, un avis consultatif sur tout point de droit soulevé sera demandé en conformité de l'Article 96 de la Charte et de l'Article 65 du Statut de la Cour, ainsi que des dispositions correspondantes des accords conclus entre les Nations Unies et l'institution spécialisée intéressée. L'avis de la Cour sera accepté par les parties comme décisif.

Article X

ANNEXES ET APPLICATION DE LA CONVENTION À CHAQUE INSTITUTION SPÉCIALISÉE

Section 33

Les clauses standard s'appliqueront à chaque institution spécialisée, sous réserve de toute modification résultant du texte final (ou révisé) de l'annexe relative à cette institution, ainsi qu'il est prévu aux sections 36 et 38.

Section 34

Les dispositions de la Convention doivent être interprétées à l'égard de chacune des institutions spécialisées en tenant compte des attributions qui lui sont assignées par son acte organique.

Section 35

Les projets d'annexes I à IX constituent des recommandations aux institutions spécialisées qui y sont nommément désignées. Dans le cas d'une institution spécialisée qui n'est pas désignée à la section 1, le Secrétaire général des Nations Unies transmettra à cette institution un projet d'annexe recommandé par le Conseil économique et social.

Section 36

Le texte final de chaque annexe sera celui qui aura été approuvé par l'institution spécialisée intéressé, conformément à sa procédure constitutionnelle. Chacune des institutions spécialisées transmettra au Secrétaire général des Nations Unies une copie de l'annexe approuvée par elle, qui remplacera le projet visé à la section 35.

Section 37

La présente Convention deviendra applicable à une institution spécialisée lorsque celle-ci aura transmis au Secrétaire général des Nations Unies le texte final de l'annexe qui la concerne et lui aura notifié son acceptation des clauses standard modifiées par l'annexe et son engagement de donner effet aux sections 8, 18, 22, 23, 24, 31, 32, 42 et 45 (sous réserve de toutes modifications de la section 32 qu'il pourrait être nécessaire d'apporter au texte final de l'annexe pour que celui-ci soit conforme à l'acte organique de l'institution) ainsi qu'à toutes dispositions de l'annexe qui imposent des obligations à l'institution. Le Secrétaire général communiquera à tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies ainsi qu'à tous autres États membres des institutions spécialisées des copies certifiées conformes de toutes les annexes qui lui auraient été transmises en vertu de la présente section, ainsi que des annexes révisées transmises en vertu de la section 38.

Section 38

Si une institution spécialisée, après avoir transmis le texte final d'une annexe conformément à la section 36, adopte conformément à sa procédure constitutionnelle certains amendements à cette annexe, elle transmettra le texte révisé de l'annexe au Secrétaire général des Nations Unies.

Section 39

Les dispositions de la présente Convention ne comporteront aucune limitation et ne porteront en rien préjudice aux privilèges et immunités qui ont été déjà ou qui pourraient être accordés par un État à une institution spécialisée en raison de l'établissement de son siège ou de ses bureaux régionaux sur le territoire de cet État. La présente Convention ne saurait être interprétée comme interdisant la conclusion entre un

État partie et une institution spécialisée d'accords additionnels tendant à l'aménagement des dispositions de la présente Convention, à l'extension ou à la limitation des privilèges et immunités qu'elle accorde.

Section 40

Il est entendu que les clauses standard modifiées par le texte final d'une annexe transmise par une institution spécialisée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en vertu de la section 36 (ou d'une annexe révisée transmise en vertu de la section 38) devront être en harmonie avec les dispositions de l'acte organique de l'institution alors en vigueur, et que s'il est nécessaire d'apporter à cet effet un amendement à cet acte, un tel amendement devra avoir été mis en vigueur conformément à la procédure constitutionelle de l'institution avant la transmission du texte final (ou révisé) de l'annexe.

Aucune disposition de l'acte organique d'une institution spécialisée, ni aucun droit ou obligation que cette institution peut par ailleurs posséder, acquérir ou assumer, ne sauraient être abrogés par le seul effet de la présente Convention, qui ne pourra pas davantage y apporter de dérogation.

Article XI

DISPOSITIONS FINALES

Section 41

L'adhésion à la présente Convention par un Membre de l'Organisation des Nations Unies et (sous réserve de la section 42) par tout État membre d'une institution spécialisée s'effectuera par le dépôt auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies d'un instrument d'adhésion qui prendra effet à la date de son dépôt.

Section 42

Chaque institution spécialisée intéressée communiquera le texte de la présente Convention ainsi que des annexes qui la concernent à ceux de ses membres qui ne sont pas membres de l'Organisation des Nations Unies; elle les invitera à adhérer à la Convention à son égard par le dépôt auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies ou du directeur général de ladite institution de l'instrument d'adhésion requis.

Section 43

Tout État partie à la présente Convention désignera dans son instrument d'adhésion l'institution spécialisée ou les institutions spécialisées à laquelle ou auxquelles il s'engage à appliquer les dispositions de la présente Convention. Tout État partie à la présente Convention pourra, par une notification ultérieure écrite au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, s'engager à appliquer les dispositions de la présente Convention à une ou plusieurs autres institutions spécialisées. Ladite notification prendra effet à la date de sa réception par le Secrétaire général.

Section 44

La présente Convention entrera en vigueur entre tout État partie à ladite Convention et une institution spécialisée quand elle sera devenue applicable à cette institution conformément à la section 37 et que l'État partie aura pris l'engagement d'appliquer les dispositions de la présente Convention à cette institution conformément à la section 43.

Section 45

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies informera tous les États Membres de l'Organisation des Nations Unies, de même que tous les États membres des institutions spécialisées et les directeurs généraux des institutions spécialisées, du dépôt de chaque instrument d'adhésion reçu en vertu de la section 41, et de toutes notifications ultérieures reçues en vertu de la section 43. Le directeur général de chaque institution spécialisée informera le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies et les membres de l'institution intéressée du dépôt de tout instrument d'adhésion déposé auprès de lui en vertu de la section 42.

Section 46

Il est entendu que lorsqu'un instrument d'adhésion ou une notification ultérieure sont déposés au nom d'un État quelconque, celui-ci doit être en mesure d'appliquer, en vertu de son propre droit, les dispositions de la présente Convention telles que modifiées par les textes finals de toutes annexes relatives aux institutions visées par les adhésions ou notifications susmentionnées.

Section 47

1. Sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 de la présente section, tout État partie à la présente Convention s'engage à appliquer ladite Convention à chacune des institutions spécialisées visées par cet État dans son instrument d'adhésion ou dans une notification ultérieure, jusqu'à ce qu'une convention ou annexe révisée soit devenue applicable à cette institution et que ledit État ait accepté la convention ou l'annexe ainsi révisée. Dans le cas d'une annexe révisée, l'acceptation des États s'effectuera par une notification adressée au Secrétaire général des Nations Unies, qui prendra effet au jour de sa réception par le Secrétaire général.

2. Cependant, tout État partie à la présente Convention qui n'est pas ou qui a cessé d'être membre d'une institution spécialisée peut adresser une notification écrite au Secrétaire général des Nations Unies et au directeur général de l'institution intéressée pour l'informer qu'il entend cesser de lui accorder le bénéfice de la présente Convention à partir d'une date déterminée qui ne pourra précéder de moins de trois mois celle de la réception de cette notification.

3. Tout État partie à la présente Convention peut refuser d'accorder le bénéfice de ladite Convention à une institution spécialisée qui cesse d'être reliée à l'Organisation des Nations Unies.

4. Le Secrétaire général des Nations Unies informera tous les États membres parties à la présente Convention de toute notification qui lui sera transmise conformément aux dispositions de la présente section.

Section 48

À la demande du tiers des États parties à la présente Convention, le Secrétaire général des Nations Unies convoquera un conférence en vue de la révision de la Convention.

Section 49

Le Secrétaire général transmettra copie de la présente Convention à chacune des institutions spécialisées et aux gouvernements de chacun des Membres des Nations Unies.

ANNEXE I

ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL

Les clauses standard s'appliqueront à l'Organisation internationale du Travail sous réserve des dispositions suivantes:

1. Les membres et membres adjoints employeurs et travailleurs du Conseil d'administration de l'Organisation internationale du Travail, ainsi que leurs suppléants, bénéficieront des dispositions de l'article V (autres que celles du paragraphe c de la section 13), et de la section 25, paragraphes 1 et 2, I, de l'article VII, à cette exception près que toute levée de l'immunité, en vertu de la section 16, d'une telle personne sera prononcée par le Conseil.

2. Le bénéfice de privilèges, immunités, exemptions et avantages mentionné à la section 21 des clauses standard sera également accordé à tout directeur général adjoint et à tout sous-directeur général du Bureau international du Travail.

3. i) Les experts (autres que les fonctionnaires visés à l'article VI), lorsqu'ils exerceront des fonctions auprès des commissions de l'Organisation ou lorsqu'ils accompliront des missions pour cette dernière, jouiront des privilèges et des immunités ci-après dans la mesure où ils leur seront nécessaires pour l'exercice effectif de leurs fonctions, y compris

durant les voyages effectués à l'occasion de l'exercice de leurs fonctions auprès de ces commissions ou au cours de ces missions:

a) Immunité d'arrestation personnelle ou de saisie de leurs bagages personnels;

b) Immunité de toute poursuite judiciaire en ce qui concerne les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles (y compris leurs paroles et écrits); les intéressés continueront à bénéficier de ladite immunité alors même qu'ils n'exerceraient plus de fonction auprès des commissions de l'Organisation ou qu'ils ne seraient plus chargés de mission pour le compte de cette dernière;

c) Mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires et de change et en ce qui concerne leurs bagages personnels, que celles accordées aux fonctionnaires des gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

d) Inviolabilité de tous leurs papiers et documents relatifs aux travaux qu'ils effectuent pour le compte de l'Organisation.

ii) Le principe énoncé dans la dernière phrase de la section 12 des clauses standard sera applicable en ce qui concerne les dispositions de l'alinéa *d* du paragraphe 3 ci-dessus.

iii) Les privilèges et immunités sont accordés aux experts dans l'intérêt de l'Organisation et non en vue de leur avantage personnel. L'Organisation pourra et devra lever l'immunité accordée à un expert dans tous les cas où elle estimera que cette immunité gênerait l'action de la justice et qu'elle peut être levée sans nuire aux intérêts de l'Organisation.

ANNEXE IV

ORGANISATION DES NATIONS UNIES POUR L'EDUCATION, LA SCIENCE ET LA CULTURE

Les clauses standard s'appliqueront à l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture (ci-après désignée sous le nom de "l'Organisation") sous réserve des dispositions suivantes:

1. Le Président de la Conférence et les membres du Conseil d'administration de l'Organisation leurs suppléants et conseillers bénéficieront des dispositions de l'article V et de la section 25, paragraphe 2, I, de l'article VII, à cette exception près que toute levée d'immunité les concernant, en vertu de la section 16, sera prononcée par le Conseil d'administration.

2. Le Directeur général adjoint de l'Organisation, ses conjoint et enfants mineurs jouiront également des privilèges, immunités, exemptions et facilités accordés aux envoyés diplomatiques conformément au droit international et que l'article VI, section 21, de la Convention garantit au directeur général de chaque institution spécialisée.

3. i) Les experts (autres que les fonctionnaires visés à l'article VI), lorsqu'ils exerceront des fonctions auprès des commissions de 'lOrganisation ou lorsqu'ils accompliront des missions pour cette dernière, jouiront des privilèges et des immunités ci-après dans la mesure où ils leur seront nécessaires pour l'exercice effectif de leurs fonctions, y compris durant les voyages effectués à l'occasion de l'exercice de leurs fonctions auprès de ces commissions ou au cours de ces missions:

a) Immunité d'arrestation personnelle ou de saisie de leurs bagages personnels;

b) Immunité de toute poursuite judiciaire en ce qui concerne les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles (y compris leurs paroles et écrits); les intéressés continueront à bénéficier de ladite immunité alors même qu'ils n'exerceraient plus de fonction aupres des commissions de l'Organisation ou qu'ils ne seraient plus chargés de mission pour le compte de cette dernière;

c) Les mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires et de change et en ce qui concerne leurs bagages personnels, que celles accordées aux fonctionnaires des gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

ii) Les privilèges et immunités sont accordés aux experts dans l'intérêt de l'Organisation et non en vue de leur avantage personnel. L'Organisation pourra et devra lever l'immunité accordée à un expert dans tous les cas où elle estimera que cette immunité gênerait l'action de la justice et qu'elle peut être levée sans nuire aux intérêts de l'Organisation.

ANNEXE VII

(Troisième texte révisé)

ORGANISATION MONDIALE DE LA SANTÉ

Les clauses standard s'appliqueront à l'Organisation mondiale de la santé (ci-après désignée sous le nom de "l'Organisation") sous réserve des dispositions suivantes:

1. Les personnes désignées pour faire partie du Conseil exécutif de l'Organisation, leurs suppléants et conseillers bénéficieront des dispositions de l'article V et de la section 25, paragraphes 1 et 2, I, de l'article VII, à cette exception près, que toute levée d'immunité les concernant, en vertu de la section 16, sera prononcée par le Conseil.

2. i) Les experts (autres que les fonctionnaires visés à l'article VI), lorsqu'ils exerceront des fonctions auprès des commissions de l'Organisation ou lorsqu'ils accompliront des missions pour cette dernière, jouiront des privilèges et des immunités ci-après dans la mesure où ces privilèges et immunités leur seront nécessaires pour l'exercice effectif de leurs fonctions, y compris durant les voyages effectués à l'occasion de l'exercice de leurs fonctions auprès de ces commissions ou au cours de ces missions:

a) Immunité d'arrestation ou de saisie de leurs bagages personnels;

b) Immunité de toute poursuite judiciaire en ce qui concerne les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles (y compris leurs paroles et écrits); les intéressés continueront à bénéficier de ladite immunité alors même qu'ils n'exerceraient plus de fonctions auprès des commissions de l'Organisation ou qu'ils ne seraient plus chargés de mission pour le compte de cette dernière;

c) Les mêmes facilités, en ce qui concerne les restrictions monétaires et de change et en ce qui concerne leurs bagages personnels, que celles accordées aux fonctionnaires des gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

d) Inviolabilité de tous papiers et documents;

e) Droit de faire usage de codes et de recevoir des documents et de la correspondance par courrier ou par valises scellées, pour leurs communications avec l'Organisation.

ii) Le bénéfice des privilèges et immunités mentionnés aux alinéas *b* et *e* ci-dessus est accordé, dans l'exercice de leurs fonctions, aux personnes faisant partie des groupes consultatifs d'experts de l'Organisation.

iii) Les privilèges et immunités sont accordés aux experts dans l'intérêt de l'Organisation et non en vue de leur avantage personnel. L'Organisation pourra et devra lever l'immunité accordée à un expert dans tous les cas où elle estimera que cette immunité gênerait l'action de la justice et qu'elle peut être levée sans nuire aux intérêts de l'Organisation.

3. Les dispositions de l'article V et de la section 25, paragraphes 1 et 2, I, de l'article VII s'étendent aux représentants des Membres associés qui participent aux travaux de l'Organisation, conformément aux articles 8 et 47 de la Constitution.

4. Le bénéfice des privilèges, immunités, exemptions et facilités mentionnés à la section 21 des clauses standard est également accordé à tout directeur général adjoint, sous-directeur général et directeur régional de l'Organisation.

ANNEXE VIII

UNION POSTALE UNIVERSELLE

Les clauses standard s'appliqueront sans modification.

ANNEXE IX

UNION INTERNATIONALE DES TÉLÉCOMMUNICATIONS

Les clauses standard seront appliquées sans modification, à ceci près que l'Union internationale des télécommunications ne demandera pas pour elle-même le bénéfice du traitement privilégié prevu dans la section 11 de l'article IV pour les "facilités de communications".

ANNEXE XI

ORGANISATION MÉTÉOROLOGIQUE MONDIALE

Les clauses standard s'appliqueront sans modification.

ANNEXE XII

(Texte révisé)

ORGANISATION INTERGOUVERNEMENTALE CONSULTATIVE DE LA NAVIGATION MARITIME

1. Le Secrétaire général de l'Organisation, le Secrétaire général adjoint et le Secrétaire du Comité de la sécurité maritime jouiront des privilèges, immunités, exemptions et facilités mentionnés à la section 21 de l'article VI des clauses standard, sous cette réserve que les dispositions du présent paragraphe n'obligeront pas l'État membre sur le territoire duquel se trouve le siège de l'Organisation à appliquer à ses nationaux la section 21 de l'article VI des clauses standard.

2. *a)* Les experts (autres que les fonctionnaires visés à l'article VI), lorsqu'ils exerceront des fonctions auprès des commissions de l'Organisation ou lorsqu'ils accompliront des missions pour cette dernière, jouiront des privilèges et des immunités ci-après dans la mesure où ils leur seront nécessaires pour l'exercice effectif de leurs fonctions, y compris durant les voyages effectués à l'occasion de l'exercice de leurs fonctions auprès de ces commissions ou au cours de ces missions:

i) Immunité d'arrestation personnelle ou de saisie de bagages personnels;

ii) Immunité de toute poursuite judiciaire en ce qui concerne les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles (y compris leurs paroles et écrits); les intéressés continueront à bénéficier de ladite immunité alors même qu'ils n'exerceraient plus de fonctions auprès des commissions de l'Organisation ou qu'ils ne seraient plus chargés de mission pour le compte de cette dernière;

iii) Les mêmes facilités en ce qui concerne les réglementations monétaires et de change et en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles qui sont accordées aux fonctionnaires des gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

iv) Inviolabilité de toutes pièces et documents relatifs aux travaux qu'ils effectuent pour l'Organisation;

v) Droit d'utiliser des codes chiffrés ainsi que de recevoir des documents et de la correspondance par des courriers ou des valises scellées pour leurs communications avec l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime.

(Le principe énoncé dans la dernière phrase de la section 12 des clauses standard sera applicable aux dispositions prévues ci-dessus aux points iv et v.)

b) Les privilèges et immunités sont accordés aux experts dans l'intérêt de l'Organisation et non en vue de leur avantage personnel. L'Organisation pourra et devra lever l'immunité accordée à un expert dans tous les cas où elle estimera que cette immunité gênerait l'action de la justice et qu'elle peut être levée sans nuire aux intérêts de l'Organisation.

КОНВЕНЦИЯ О ПРИВИЛЕГИЯХ И ИММУНИТЕТАХ СПЕЦИАЛИЗИРОВАННЫХ УЧРЕЖДЕНИЙ

УТВЕРЖДЕНА ГЕНЕРАЛЬНОЙ АССАМБЛЕЕЙ ОРГАНИЗАЦИИ ОБЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ 21 НОЯБРЯ 1947 ГОДА

Принимая во внимание, что Генеральная Ассамблея Организации Объединенных Наций приняла 13 февраля 1946 г. резолюцию, предусматривающую установление, поскольку это представляется возможным, единообразия в привилегиях и иммунитетах, которыми пользуются Организация Объединенных Наций и различные специализированные учреждения,

принимая во внимание, что консультации между Организацией Объединенных Наций и специализированными учреждениями уже состоялись по вопросу о проведении в жизнь вышеуказанной резолюции,

Генеральная Ассамблея резолюцией 179 (II), принятой 21 ноября 1947 г., утвердила нижеследующую Конвенцию, которая предлагается специализированным учреждениям для принятия и всем членам Организации Объединенных Наций и всем другим государствам-членам одного или нескольких специализированных учреждений для присоединения к ней.

Статья I

ОПРЕДЕЛЕНИЯ И СФЕРА ДЕЙСТВИЯ

Раздел 1

В настоящей Конвенции:

i) выражение «стандартные статьи» относится к положениям статей II—IX.

ii) Выражение «специализированные учреждения» применяется к:

a) Международной организации труда;

b) Продовольственной и сельскохозяйственной организации Объединенных Наций;

c) Просветительной, научной и культурной организации Объединенных Наций;

d) Международной организации гражданской авиации;

e) Международному валютному фонду;

f) Международному банку реконструкции и развития;

g) Всемирной организации здравоохранения;

h) Всемирному почтовому союзу;

i) Международному союзу электросвязи; и

j) всем другим учреждениям, поставленным в связь с Организацией Объединенных Наций в соответствии со статьями 57 и 63 Устава.

iii) Термин «Конвенция» в применении к любому специализированному учреждению означает стандартные статьи, измененные в соответствии с окончательным (или пересмотренным) текстом приложения, представленного данным учреждениям согласно разделам 36 и 38.

iv) В статье III выражение «имущество и активы» включает также имущество и фонды, управляемые специализированными учреждениями при выполнении ими предусмотренных в их уставах функций.

v) В статьях V и VII выражение «представители членов» включает представителей, заместителей, советников, технических экспертов и секретарей делегаций.

vi) В разделах 13, 14, 15 и 25 выражение «заседания, созываемые специализированными учреждениями» означает заседания: 1) их общих собраний и исполнительных органов (независимо от наименования), 2) комиссий, предусмотренных в их уставах, 3) созванных ими конференций, и 4) всяких комитетов этих органов.

vii) Термин «главный администратор» означает главное административное лицо данного специализированного учреждения, независимо от того, именуется ли оно «генеральным директором» или как-либо иначе.

Раздел 2

Каждое государство, присоединившееся к настоящей Конвенции в отношении какого-либо специализированного учреждения, к которому настоящая Конвенция уже применяется согласно разделу 37, предоставляет этому учреждению, или в связи с этим учреждением, привилегии и иммунитеты, изложенные в стандартных статьях, на предусмотренных в них условиях, подлежащих изменениям, содержащимся в положениях окончательного (или пересмотренного) приложения, относящегося к этому учреждению и представленного в соответствии с разделами 36 и 38.

Статья II

ПРАВОВОЙ СТАТУС

Раздел 3

Специализированные учреждения имеют статус юридического лица. Они обладают правоспособностью *a)* заключать контракты, *b)* приобретать недвижимое и движимое имущество и располагать таковыми, и *c)* возбуждать судебные преследования.

Статья III

ИМУЩЕСТВО, ФОНДЫ И АКТИВЫ

Раздел 4

Специализированные учреждения, с имуществом и активами, где бы и в чьем бы распоряжении они ни находились, пользуются иммунитетом от любой формы судебного вмешательства, кроме случаев, когда они определенно отказываются от иммунитета в каком-либо отдельном случае. Однако, предполагается, что никакой отказ от иммунитета не распространяется на меры исполнения судебных решений.

Раздел 5

Помещения специализированных учреждений неприкосновенны. Имущество и активы специализированных учреждений, где бы и в чьем бы распоряжении они ни находились, не подлежат обыску, реквизиции, конфискации, экспроприации или какой-либо другой форме вмешательства как путем исполнительных, административных и судебных действий, так и путем законодательных действий.

Раздел 6

Архивы специализированных учреждений и вообще все документы, принадлежащие им или хранимые ими, неприкосновенны, где бы они ни находились.

Раздел 7

Не будучи ограничены финансовым контролем, правилами или мораторием какого бы то ни было рода,

a) специализированные учреждения могут располагать фондами, золотом или валютой любого рода и производить операции в любой валюте;

b) специализированные учреждения могут свободно переводить свои фонды, золото или валюту из одной страны в другую, или в пределах любой страны и обращать любую валюту, находящуюся в их распоряжении, в любую другую валюту.

Раздел 8

В пользовании своими правами согласно предшествующему разделу 7, каждое специализированное учреждение должно считаться с представлениями со стороны правительства любого присоединившегося к настоящей Конвенции государства, поскольку оно признает, что такие представления могут быть удовлетворены без ущерба для интересов данного учреждения.

Раздел 9

Специализированные учреждения, их активы, доходы и другая собственность:

a) освобождаются от всех прямых налогов; однако, предполагается, что специализированные учреждения не будут требовать освобождения от обложения налогами, являющимися фактически лишь оплатой коммунального обслуживания;

b) освобождаются от таможенных сборов, импортных и экспортных запрещений и ограничений при ввозе или вывозе специализированными учреждениями предметов для служебного пользования. Однако, предполагается, что предметы, ввозимые согласно таким изъятиям, не будут продаваться в стране, в которую они ввезены, иначе как на условиях, выработанных с правительством этой страны;

c) освобождаются от таможенных сборов и импортных и экспортных запрещений и ограничений при ввозе и вывозе собственных изданий.

Раздел 10

Хотя специализированные учреждения, как общее правило, не будут требовать освобождения от акцизных сборов и налогов, включаемых в покупную цену при продаже движимого и недвижимого имущества, тем не менее, в случаях, когда специализированные учреждения покупают для официальных целей значительное количество имущества, обложенного или подлежащего обложению такими налогами и пошлинами, присоединившиеся к настоящей Конвенции государства будут принимать, когда это возможно, соответствующие административные меры к освобождению от уплаты пошлин или налогов или к возвращению уже уплаченной суммы.

Статья IV

СРЕДСТВА СВЯЗИ

Раздел 11

Для своей официальной связи каждое специализированное учреждение пользуется на территории каждого присоединившегося к Конвенции государства не менее благоприятными условиями, чем те, которые правительство этого государства представляет любому другому правительству, включая дипломатические представительства последнего, в отношении приоритета, тарифов и ставок на почтовые отправления, каблограммы, телеграммы, радиограммы, телефото, телефон и другие средства связи, а также в отношении пониженных ставок для информации, передаваемой печати и радио.

Раздел 12

Официальная корреспонденция и другие официальные сообщения специализированных учреждений не подлежат цензуре.

Специализированные учреждения имеют право пользоваться шифром и получать и отправлять корреспонденцию посредством курьеров или вализы, к которым применяются те же иммунитеты и привилегии, что и дипломатическим курьерам и вализам.

Ничто в настоящем разделе не должно истолковываться как положение, исключающее принятие надлежащих мер предосторожности, которые будут определены соглашениями между присоединившимися к Конвенции государствами и специализированными учреждениями.

Статья V

ПРЕДСТАВИТЕЛИ ЧЛЕНОВ СПЕЦИАЛИЗИРОВАННЫХ УЧРЕЖДЕНИЙ

Раздел 13

Представители членов специализированных учреждений в созываемых последними заседаниях, при исполнении ими своих обязанностей и при поездках к месту заседаний и обратно, пользуются следующими привилегиями и иммунитетами:

a) иммунитетом от личного ареста или задержания и от наложения ареста на личный багаж, а также всякого рода судебно-процессуальным иммунитетом в отношении всего сказанного, написанного или совершенного ими в качестве должностных лиц;

b) неприкосновенностью всех бумаг и документов;

c) правом пользоваться шифром и получать бумаги или корреспонденцию посредством курьеров или вализы;

d) изъятием их самих и их жен из ограничений по иммиграции, регистрации иностранцев и государственной служебной повинности в стране, в которой они временно пребывают или через которую они проезжают при исполнении своих обязанностей;

e) теми же льготами в отношении валютных ограничений и ограничений обмена денег, какие предоставляются представителям иностранных правительств, находящимся во временных служебных командировках;

f) теми же иммунитетами и льготами в отношении их личного багажа, какие предоставляются дипломатическим представителям соответствующего ранга.

Раздел 14

Для обеспечения полной свободы слова и полной независимости при исполнении ими своих обязанностей, представителям членов специализированных учреждений, участвующим в созываемых последними заседаниях, продолжает предоставляться судебно-процессуальный иммунитет в отношении всего сказанного или написанного ими, а также в отношении всех действий, совершенных ими при исполнении служебных обязанностей, даже и после того, как означенные лица перестают исполнять эти обязанности.

Раздел 15

Когда обложение какой-либо формой налогов зависит от проживания в данной стране, периоды, в течение которых представители членов специализированных учреждений, участвующие в созываемых этими учреждениями заседаниях, находятся в пределах государства-члена для исполнения своих обязанностей, не рассматриваются как периоды проживания в этой стране.

Раздел 16

Привилегии и иммунитеты предоставляются представителям членов специализированных учреждений не для личной выгоды отдельных лиц, а для того, чтобы обеспечить независимое выполнение ими своих функций, связанных с работой специализированных учреждений. Поэтому, государство, состоящее членом специализированного учреждения, не только имеет право, но и обязано отказываться от иммунитета своих представителей в каждом случае, когда, по его мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда отказ от него не причиняет ущерба той цели, ради которой иммунитет был предоставлен.

Раздел 17

Положения разделов 13, 14 и 15 не применяются в отношении властей государства, гражданином которого данное лицо состоит или представителем которого оно является или являлось.

Статья VI

ДОЛЖНОСТНЫЕ ЛИЦА

Раздел 18

Каждое специализированное учреждение определит категории должностных лиц, по отношению к которым должны применяться положения настоящей статьи и статьи VIII. Оно представляет эту информацию правительствам всех государств, присоединившихся к настоящей Конвенции в качестве членов этого учреждения, и Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций. Фамилии должностных лиц, включенных в эти категории, периодически доводятся до сведения вышеуказанных правительств.

Раздел 19

Должностные лица специализированных учреждений:

a) не подлежат судебной ответственности за сказанное или написанное ими и за все действия, совершенные ими в качестве должностных лиц;

b) пользуются теми изъятиями из обложения налогами окладов и вознаграждения, уплачиваемых им специализированными учреждениями, и на таких же условиях, какими пользуются должностные лица Организации Объединенных Наций;

c) освобождаются, вместе с женами и родственниками, находящимися на их иждивении от ограничений по иммиграции и от регистрации иностранцев;

d) пользуются теми же привилегиями в отношении обмена валюты, которые предоставляются должностным лицам соответствующего ранга, входящим в состав дипломатических миссий;

e) пользуются, вместе со своими женами и родственниками, находящимися на их иждивении, такими же льготами по репатриации, какими пользуются должностные лица соответствующего ранга, входящие в состав дипломатических миссий, во время международных кризисов;

f) имеют право ввезти беспошлинно свою мебель и имущество при первоначальном вступлении в должность в соответствующей стране.

Раздел 20

Должностные лица специализированных учреждений освобождаются от государственных повинностей при условии, что в отношении государств, гражданами которых они состоят, такими изъятиями пользуются лишь должностные лица специализированных учреждений, фамилии которых, ввиду их обязанностей, включены в списки, составленные главными администраторами соответствующих специализированных учреждений и утвержденные соответствующими правительствами.

В случае призыва других должностных лиц специализированных учреждений для выполнения государственных повинностей, соответствующее правительство, по просьбе о том соответствующего специализированного учреждения, предоставляет в отношении призыва этих должностных лиц такую временную отсрочку, какая окажется необходимой для избежания перерыва в продолжении основной работы учреждения.

Раздел 21

Кроме иммунитетов и привигелий, указанных в разделах 19 и 20, главный администратор и должностные лица, исполняющие его обязанности в его отсутствие, пользуются в отношении себя, своих жен и несовершеннолетних детей привилегиями и иммунитетами, изъятиями и льготами, предоставляемыми, согласно международному праву, дипломатическим представителям.

Раздел 22

Привилегии и иммунитеты предоставляются должностным лицам лишь в интересах специализированных учреждений, а не для их личной выгоды. Каждое специализированное учреждение имеет право и обязано отказаться от иммунитета, предоставленного любому должностному лицу, в тех случаях, когда, по его мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда отказ от иммунитета может быть произведен без ущерба для интересов специализированного учреждения.

Раздел 23

Каждое специализированное учреждение постоянно сотрудничает с соответствующими властями государств-членов в целях облегчения надлежащего отправления правосудия, обеспечения выполнения предписаний полиции и предупреждения каких-либо злоупотреблений в связи с привилегиями, иммунитетами и льготами, упомянутыми в настоящей статье.

Статья VII

ЗЛОУПОТРЕБЛЕНИЯ ПРИВИЛЕГИЯМИ

Раздел 24

Если какое-либо присоединившееся к настоящей Конвенции государство находит, что имело место злоупотребление какой-либо привилегией или иммунитетом, предусматриваемыми настоящей Конвенцией, между данным государством и соответствующим специализированным учреждением проводятся консультации для того, чтобы установить имело ли место такое злоупотребление, и чтобы попытаться найти методы для предупреждения повторения таких злоупотреблений. Если результаты таких консультаций оказываются неудовлетворительными для данного государства и соответствующего специализированного учреждения, вопрос о том, произошло ли злоупотребление привилегиями или иммунитетами, передается Международному Суду согласно разделу 32. Если Международный Суд находит, что такое злоупотребление имело место, присоединившееся к Конвенции государство, заявившее об указанном злоупотреблении, имеет право, по извещении соответствующего специализированного учреждения, не предоставлять этому специализированному учреждению привилегий или иммунитетов, явившихся предметом злоупотребления.

Раздел 25

1. Представители членов специализированных учреждений в заседаниях, созываемых специализированными учреждениями, при исполнении своих обязанностей и во время поездок к месту заседаний и возвращения в свои страны, а также должностные лица, предусмотренные в разделе 18, не высылаются по требованию территориальных властей стран, в которых они выполняют свои обязанности, по причине какой-либо деятельности, проводимой ими при выполнении своих служебных обязанностей. Однако, в случае злоупотребления со стороны таких лиц привилегиями в связи с проживанием в данной стране, путем действий в этой стране, не входящих в их служебные обязанности, правительство может потребовать выезда этих лиц из своей страны при условии, что:

2. i) представители членов специализированных учреждений или лица, пользующиеся, согласно разделу 21, дипломатическим иммунитетом, высылаются за пределы данной страны лишь согласно дипломатической процедуре, применяющейся к дипломатическим представителям, аккредитованным в данной стране;

ii) приказ о высылке должностных лиц, к которым положения раздела 21 не применяются, отдается только по утверждении такового министром иностранных дел данной страны, и это утверждение осуществляется лишь по консультации с главным администратором соответствующего специализированного учреждения, и что по возбуждении дела о высылке какого-либо должностного лица, главный администратор специализированного учреждения имеет право выступать в качестве представителя этого лица.

Статья VIII

ПРОПУСКА

Раздел 26

Должностным лицам специализированных учреждений предоставляется право пользоваться пропусками Организации Объединенных Наций в соответствии с административными соглашениями, которые будут заключены между Генеральным секретарем Организации Объединенных Наций и уполномоченными на то властями специализированных учреждений, которым может быть передоверено право выдачи пропусков. Генеральный секретарь Организации Объединенных Наций извещает все присоединившиеся к Конвенции государства о каждом заключенном с этой целью соглашении.

Раздел 27

Присоединившиеся к настоящей Конвенции государства признают и принимают пропуска Организации Объединенных Наций, выдаваемые должностным лицам специализированных учреждений, как законные документы для совершения поездок по их территориям.

Раздел 28

Заявления о выдаче виз, где таковые требуются, от должностных лиц специализированных учреждений, имеющих пропуска Организации Объединенных Наций, рассматриваются в спешном порядке, когда эти заявления сопровождаются удостоверениями в том, что эти лица следуют по делам специализированных учреждений. Кроме того, таким лицам предоставляются льготы для быстрого передвижения.

Раздел 29

Такие же льготы, как и льготы, предусмотренные в разделе 28, предоставляются экспертам и другим лицам, не имеющим пропусков Организации Объединенных Наций, но снабженных удостоверениями в том, что они следуют по делам специализированных учреждений.

Раздел 30

Главные администраторы, помощники главных администраторов, начальники департаментов и другие должностные лица ранга не ниже начальника департамента специализированных учреждений, едущие с пропусками Организации Объединенных Наций по делам специализированных учреждений, пользуются теми же льготами при совершении поездок, какие предоставляются дипломатическим представителям соответствующего ранга.

Статья IX

РАЗРЕШЕНИЕ СПОРОВ

Раздел 31

Каждое специализированное учреждение устанавливает положения для соответствующих способов разрешения:

a) споров, возникающих в связи с контрактами, или других споров частного характера, в которых специализированное учреждение является стороной;

b) споров, затрагивающих какое-либо должностное лицо специализированных учреждений, которое, в силу своего официального положения, пользуется иммунитетом, если не было отказа от этого иммунитета в соответствии с положениями раздела 22.

Раздел 32

Все разногласия, возникающие из толкования или применения настоящей Конвенции, передаются Международному Суду, за исключением случаев, когда стороны соглашаются разрешать разногласия иным путем. В случае возникновения разногласия между каким-либо специализированным учреждением, с одной стороны, и государством-членом, с другой, запрашивается консультативное заключение по любому связанному с данным разногласием юридическому вопросу, согласно статье 96 Устава и статье 65 Статута Суда и соответствующим положениям соглашений, заключенных между Организацией Объединенных Наций и соответствующими специализированными учреждениями. Заключение Суда признается сторонами решающим.

Статья X

ПРИЛОЖЕНИЯ И ПРИМЕНЕНИЕ КОНВЕНЦИИ К ОТДЕЛЬНЫМ СПЕЦИАЛИЗИРОВАННЫМ УЧРЕЖДЕНИЯМ

Раздел 33

В отношении каждого специализированного учреждения стандартные статьи подлежат применению с теми изменениями, которые указаны в окончательном (или пересмотрен-

ном) тексте относящегося к этому учреждению приложения к настоящей Конвенции, как предусмотрено в разделах 36 и 38.

Раздел 34

В отношении любого специализированного учреждения, положения Конвенции должны толковаться в свете тех функций, которые возложены на это учреждение его учредительным актом.

Раздел 35

Проекты приложений I-IX рекомендуются для указанных в них специализированных учреждений. В том случае, когда какое-либо специализированное учреждение не указано в разделе 1, Генеральный секретарь Организации Объединенных Наций направляет этому учреждению проект приложения, рекомендованный Экономическим и Социальным Советом.

Раздел 36

Окончательным текстом каждого приложения является тот, который утвержден данным специализированным учреждением в соответствии с процедурой, установленной его уставом. Копия приложения, утвержденного каждым специализированным учреждением, передается данным учреждением Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций и после этого заменяет собою проект, указанный в разделе 35.

Раздел 37

Применение настоящей Конвенции к каждому специализированному учреждению начинается, когда последнее передает Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций окончательный текст соответствующего приложения и извещает его о том, что оно принимает стандартные статьи с изменениями, указанными в приложении, и обязуется проводить в жизнь положения разделов 8, 18, 22, 23, 24, 31, 32, 42 и 45 (с теми изменениями раздела 32, которые могут быть сочтены необходимыми для согласования окончательного текста приложения с учредительным актом данного учреждения) и все положения того приложения, которое налагает обязательства на данное учреждение. Генеральный секретарь пересылает всем членам Организации Объединенных Наций и другим государствам, являющимся членами специализированных учреждений, заверенные копии всех приложений, переданных ему согласно настоящему разделу, и пересмотренных приложений, переданных согласно разделу 38.

Раздел 38

Если какое-либо специализированное учреждение, после передачи окончательного приложения согласно разделу 36, утверждает какие-либо поправки к этому приложению в соответствии с процедурой, установленной его уставом, пересмотренное приложение передается этим учреждением Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций.

Раздел 39

Положения настоящей Конвенции никоим образом не ограничивают и не нарушают привилегий и иммунитетов, которые предоставлены или могут быть позднее предоставлены каким-либо государством какому-либо специализированному учреждению, ввиду нахождения в пределах территории этого государства главного управления или регионального отделения этого учреждения. Предполагается, что настоящая Конвенция не препятствует заключению между государством, присоединившимся к Конвенции, и специализированным учреждением дополнительных соглашений, регулирующих положения настоящей Конвенции, расширяющих или ограничивающих предоставляемые ею иммунитеты и привилегии.

Раздел 40

Предполагается, что стандартные статьи с изменениями, содержащимися в окончательном тексте приложения, переданного, специализированным учреждением Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций согласно разделу 36 (или любым пересмотренным приложением, переданным согласно разделу 38), будут согласованы с положениями действующего в это время учредительного акта данного учреждения и что в случае необходимости внесения какой-либо поправки к этому акту в целях указанного согласования учредительного акта, такая поправка будет внесена, в соответствии с порядком, установленным уставом данного учреждения, до передачи окончательного текста (или пересмотренного) приложения.

Сама Конвенция применяется так, чтобы не аннулировать и не умалять каких-либо положений учредительных актов специализированных учреждений или каких-либо других прав и обязательств, которые данное специализированное учреждение может иметь, приобрести или принять на себя.

Статья XI

ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Раздел 41

Присоединение к настоящей Конвенции членов Организации Объединенных Наций и (при условии соблюдения положений раздела 42) государств, состоящих членами специализированных учреждений, производится посредством сдачи на хранение Генеральному секретарю Организцаии Объединенных Наций акта о присоединении, вступающего в силу в день сдачи его на хранение.

Раздел 42

Каждое заинтересованное специализированное учреждение сообщает текст настоящей Конвенции вместе с соответствующими приложениями тем из ее членов, которые не являются членами Организации Объединенных Наций, и приглашает их присоединиться к Конвенции в качестве членов этого учреждения путем сдачи на хранение Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций или главному администратору специализированного учреждения акта о присоединении к настоящей Конвенции в качестве члена указанного учреждения.

Раздел 43

Каждое государство, присоединившееся к настоящей Конвенции, указывает в своем акте о присоединении то специализированное учреждение или учреждения, в отношении которых оно обязуется применять положения настоящей Конвенции. Каждое государство, присоединившееся к настоящей Конвенции, может впоследствии, по представлении письменного извещения Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций, обязаться применять положения настоящей Конвенции к еще одному или нескольким специализированным учреждениям. Указанное письменное извещение вступает в силу в день его получения Генеральным секретарем.

Раздел 44

Настоящая Конвенция вступает в силу в отношении каждого отдельного государства, присоединившегося к настоящей Конвенции в качестве члена какого-либо специализированного учреждения, когда она делается применимой к этому учреждению в соответствии с разделом 37 и когда указанное государство приняло на себя обязательство применять положения Конвенций к данному учреждению в соответствии с разделом 43.

Раздел 45

Генеральный секретарь Организации Объединенных Наций извещает всех членов Организации Объединенных Наций, а также всех членов специализированных учреждений и главных администраторов специализированных учреждений о сдаче на хранение каждого акта о присоединении, полученного согласно разделу 41, и последующих извещений, полученных на основании раздела 43. Главный администратор специализированного учреждения извещает Генерального секретаря Организации Объединенных Наций и членов соответствующего учреждения о получении на хранение каждого акта о присоединении, сданного ему на хранение согласно разделу 42.

Раздел 46

Предполагается, что, когда акт о присоединении или последующее извещение сдаются на хранение от имени какого-

либо государства, это государство будет в состоянии, согласно его собственным законам, выполнять условия настоящей Конвенции с изменениями, предусмотренными в окончательном тексте тех или других приложений, касающихся учреждений, упомянутых в этих актах о присоединении или в извещениях.

Раздел 47

1. При условии соблюдения положений пунктов 2 и 3 настоящего раздела, каждое присоединившееся к Конвенции государство обязуется применять настоящую Конвенцию в отношении каждого специализированного учреждения, предусмотренного в его акте о присоединении или в последующем извещении, до тех пор, пока не вступят в силу по отношению к указанному учреждению пересмотренная Конвенция или приложение и пока указанное государство не примет этой пересмотренной Конвенции или приложения. Пересмотренные приложения принимаются государством путем направляемого Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций извещения, вступающего в силу в день получения последнего Генеральным секретарем.

2. Однако, каждое присоединившееся к Конвенции государство, которое не состоит или перестало состоять членом какого-либо специализированного учреждения, может передать Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций и главному администратору соответствующего учреждения письменное извещение о его намерении лишить данное специализированное учреждение преимуществ, проистекающих из настоящей Конвенции, в определенный срок, но не ранее как через три месяца со дня получения этого извещения.

3. Каждое государство, присоединившееся к настоящей Конвенции, может не предоставлять преимуществ, проистекающих из настоящей Конвенции, специализированным учреждениям, утрачивающим связь с Организацией Объединенных Наций.

4. Генеральный секретарь Организации Объединенных Наций уведомляет все присоединившиеся к Конвенции государства, состоящие членами Организации, о всех извещениях, переданных ему согласно положениям предшествующего пункта.

Раздел 48

По требованию одной трети присоединившихся к настоящей Конвенции государств Генеральный секретарь Организации Объединенных Наций созывает конференцию для пересмотра настоящей Конвенции.

Раздел 49

Генеральный секретарь Организации Объединенных Наций рассылает копии настоящей Конвенции всем специализированным учреждениям и правительствам всех государств-членов Организации Объединенных Наций.

ПРИЛОЖЕНИЕ I
МЕЖДУНАРОДНАЯ ОРГАНИЗАЦИЯ ТРУДА

В отношении Международной организации труда стандартные статьи применяются с учетом нижеследующих положений:

1. Положения статьи V (за исключением пункта с раздела 13) и пунктов 1 и 2 i) раздела 25 статьи VII распространяются на членов и заместителей членов Руководящего органа Международной организации труда, являющихся представителями работодателей и рабочих, и на заменяющих их лиц, с тем, однако, что отказ, на основании раздела 16, от иммунитета относительно любого из означенных лиц осуществляется Руководящим органом.

2. Привилегии, иммунитеты, изъятия и льготы, предусмотренные разделом 21 стандартных статей, предоставляются также заместителям генерального директора Международного бюро труда и помощникам генерального директора Международного бюро труда.

3. i) Эксперты (кроме должностных лиц, к которым применимы положения статьи VI), работающие в комитетах или выполняющие поручения Организации, пользуются нижеследующими привилегиями и иммунитетами, поскольку это необходимо для эффективного исполнения ими своих обязанностей, причем они ими пользуются также во время поездок в связи с работой в указанных комитетах или с поручениями:

a) иммунитетом от личного задержания и от наложения ареста на их личный багаж;

b) судебно-процессуальным иммунитетом любого рода в отношении всего сказанного или написанного ими и совершенного ими при исполнении служебных обязанностей, причем этот иммунитет продолжается и после того, как означенные лица прекратят работу в комитетах Организации или выполнение поручений Организации;

c) теми же льготами в отношении валютных ограничений и ограничений обмена денег и в отношении их личного багажа, какие предоставляются должностным лицам иностранных правительств, находящимся во временных служебных командировках;

d) неприкосновенностью принадлежащих им бумаг и документов, касающихся выполняемой ими для Организации работы.

ii) В отношении подпункта *d)* пункта 3 i) применяется принцип, изложенный в последнем предложении раздела 12 стандартных статей.

iii) Привилегии и иммунитеты предоставляются экспертам в интересах Организации, а не для их личной выгоды. Организация имеет право и обязана отказываться от иммунитета, предоставленного любому эксперту, в каждом случае, когда, по ее мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда отказ от него не причиняет ущерба интересам Организации.

ПРИЛОЖЕНИЕ IV
ОРГАНИЗАЦИЯ ОБЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ ПО ВОПРОСАМ ОБРАЗОВАНИЯ, НАУКИ И КУЛЬТУРЫ

В отношении Организации Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры (далее именуемой «Организация») стандартные статьи применяются с учетом нижеследующих положений:

1. Положения статьи V и пунктов 1 и 2 i) раздела 25 статьи VII распространяются на председателя Конференции и членов Правления Организации, а также и на их заместителей и советников, с тем, однако, что отказ, на основании раздела 16, от иммунитета относительно любого из означенных лиц осуществляется Правлением.

2. Заместитель Генерального директора Организации, его жена и несовершеннолетние дети также пользуются теми привилегиями, иммунитетами, изъятиями и льготами, присвоенными согласно международному праву дипломатическим представителям, которые разделом 21 статьи VI предоставляются главному администратору каждого специализированного учреждения.

3. i) Эксперты (кроме должностных лиц, к которым применимы положения статьи VI), работающие в комитетах или выполняющие поручения Организации, пользуются нижеследующими привилегиями и иммунитетами, поскольку это необходимо для эффективного исполнения ими своих обязанностей, причем они ими пользуются также во время поездок в связи с работой в указанных комитетах или с поручениями:

a) иммунитетом от личного задержания и от наложения ареста на их личный багаж;

b) судебно-процессуальным иммунитетом любого рода в отношении всего сказанного или написанного ими и совершенного ими при исполнении служебных обязанностей, причем этот иммунитет продолжается и после того, как означенные лица прекратят работу в комитетах Организации или выполнение поручений Организации;

c) теми же льготами в отношении валютных ограничений и ограничений обмена денег и в отношении их личного багажа, какие предоставляются должностным лицам иностранных правительств, находящимся во временных служебных командировках.

ii) Привилегии и иммунитеты предоставляются экспертам Организации в интересах Организации, а не для их личной выгоды. Организация имеет право и обязана отказаться от иммунитета, предоставленного любому эксперту, в каждом случае, когда, по ее мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда отказ от него не причиняет ущерба интересам Организации.

ПРИЛОЖЕНИЕ VII

(Третий пересмотренный текст)

ВСЕМИРНАЯ ОРГАНИЗАЦИЯ ЗДРАВООХРАНЕНИЯ

В отношении Всемирной организации здравоохранения (далее называемой «Организация») стандартные статьи применяются с учетом нижеследующих положений:

1. Положения статьи V и пунктов 1 и 2 i) раздела 25 статьи VII распространяются на лиц, назначаемых в состав Исполкома Организации, их заместителей и советников с тем, однако, что отказ, на основании раздела 16, от иммунитета относительно любого из означенных лиц осуществляется Исполкомом.

2. i) Эксперты (кроме должностных лиц, к которым применимы положения статьи VI), работающие в комитетах или выполняющие поручения Организации, пользуются нижеследующими привилегиями и иммунитетами, поскольку это необходимо для эффективного исполнения ими своих обязанностей, причем они ими пользуются также во время поездок в связи с работой указанных комитетов или в связи с поручениями:

a) иммунитетом от личного задержания и от наложения ареста на их личный багаж;

b) судебно-процессуальным иммунитетом любого рода в отношении всего сказанного или написанного ими и совершенного ими при исполнении служебных обязанностей, причем этот иммунитет продолжается и после того, как эти лица прекратят работу в комитетах Организации или выполнение поручений Организации;

c) теми же льготами в отношении ограничений валюты или ее обмена и в отношении их личного багажа, какие предоставляются должностным лицам иностранных правительств, находящимся во временных служебных командировках;

d) неприкосновенностью всех бумаг и документов;

e) правом пользоваться в сношениях с Организацией шифром и получать документы и корреспонденцию через курьеров или в запечатанных вализах.

ii) Указанные в пунктах b) и e) привилегии и иммунитеты предоставляются лицам, включенным в списки экспертов-консультантов Организации, при выполнении ими своих обязанностей.

iii) Привилегии и иммунитеты предоставляются экспертам Организации в интересах Организации, а не для их личной выгоды. Организация имеет право и обязана отказаться от иммунитета, предоставленного любому эксперту, в каждом случае, когда, по ее мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда отказ от него не причиняет ущерба интересам Организации.

3. Положения статьи V и пунктов 1 и 2 i) раздела 25 статьи VII распространяются на представителей ассоциированных членов, участвующих в работе Организации на основании статей 8 и 47 Устава.

4. Привилегии, иммунитеты, изъятия и льготы, упоминаемые в разделе 21 стандартных статей, предоставляются также каждому заместителю Генерального директора, помощнику Генерального директора и региональным директорам Организации.

ПРИЛОЖЕНИЕ VIII

ВСЕМИРНЫЙ ПОЧТОВЫЙ СОЮЗ

Стандартные статьи применяются без изменений.

ПРИЛОЖЕНИЕ IX

МЕЖДУНАРОДНЫЙ СОЮЗ ЭЛЕКТРОСВЯЗИ

Стандартные статьи применяются без изменений, за тем исключением, что Международный союз электросвязи не требует для себя льгот, предусмотренных в разделе 11 статьи IV, в отношении «средств связи».

ПРИЛОЖЕНИЕ XI

ВСЕМИРНАЯ МЕТЕОРОЛОГИЧЕСКАЯ ОРГАНИЗАЦИЯ

Стандартные статьи применяются без изменений.

ПРИЛОЖЕНИЕ XII

(Пересмотренный текст)

МЕЖПРАВИТЕЛЬСТВЕННАЯ МОРСКАЯ КОНСУЛЬТАТИВНАЯ ОРГАНИЗАЦИЯ

1. Привилегии и иммунитеты, изъятия и льготы, предусмотренные разделом 21 статьи VI стандартных статей предоставляются Генеральному секретарю Организации, Заместителю Генерального секретаря и секретарю Комитета по безопасности на море при условии, что положения этого раздела не требуют от государства-члена, на территории которого находятся главные учреждения Организации, применения раздела 21 статьи VI стандартных статей к любому лицу, являющемуся его гражданином.

2. a) Эксперты (кроме должностных лиц, к которым применимы положения статьи VI), работающие в комитетах или выполняющие поручения Организации, пользуются нижеследующими иммунитетами и привилегиями, поскольку это необходимо для эффективного исполнения ими своих обязанностей, причем они ими пользуются также во время поездок в связи с работой в указанных комитетах или с поручениями:

i) иммунитетом от личного задержания и от наложения ареста на их личный багаж;

ii) судебно-процессуальным иммунитетом любого рода в отношении всего сказанного или написанного ими и совершенного ими при исполнении служебных обязанностей, причем этот иммунитет продолжается и после того, как означенные лица прекратят работу в комитетах Организации или выполнение поручений Организации;

iii) теми же льготами в отношении валютных ограничений и ограничений обмена денег и в отношении их личного багажа, какие предоставляются должностным лицам иностранных правительств, находящимся во временных служебных командировках;

iv) неприкосновенностью всех бумаг и документов, касающихся выполняемой ими для Организации работы;

v) правом пользоваться шифром и получать документы и корреспонденцию через курьеров или в запечатанной вализе в их сношениях с Межправительственной морской консультативной организацией.

В отношении подпунктов 2 a) iv) и v) применяется принцип, изложенный в последнем предложении раздела 12 стандартных статей.

b) Привилегии и иммунитеты предоставляются таким экспертам в интересах Организации, а не для их личной выгоды. Организация имеет право и обязана отказаться от иммунитета любого эксперта в каждом случае, когда, по ее мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда отказ от него не причиняет ущерба интересам Организации.

CONVENCION
SOBRE LOS PRIVILEGIOS E INMUNIDADES
DE LOS ORGANISMOS ESPECIALIZADOS

Aprobado por la Asamblea General de las Naciones Unidas el 21 de noviembre de 1947

Considerando que la Asamblea General de las Naciones Unidas aprobó el 13 de febrero de 1946 una resolución tendiente a la unificación, en la medida de lo posible, de los privilegios e inmunidades de que disfrutan las Naciones Unidas y los diversos organismos especializados; y

Considerando que se han efectuado consultas entre las Naciones Unidas y los organismos especializados sobre la aplicación de dicha resolución;

En consecuencia, por la resolución 179 (II) de 21 de noviembre de 1947, la Asamblea General ha aprobado la siguiente Convención, que se somete a la aceptación de los organismos especializados y a la adhesión de cada uno de los Miembros de las Naciones Unidas, así como de todo otro Estado Miembro de uno o varios de los organismos especializados.

Artículo I

DEFINICIONES Y ALCANCE

Sección 1

En la presente Convención:

i) Las palabras "cláusulas tipo" se refieren a las disposiciones de los artículos II a IX.

ii) Las palabras "organismos especializados" se refieren a:

a) La Organización Internacional del Trabajo;

b) La Organización de las Naciones Unidas para la Agricultura y la Alimentación;

c) La Organización de las Naciones Unidas para la Educación la Ciencia y la Cultura;

d) La Organización de la Aviación Civil Internacional;

e) El Fondo Monetario Internacional;

f) El Banco Internacional de Reconstrucción y Fomento;

g) La Organización Mundial de la Salud;

h) La Unión Postal Universal;

i) La Unión Internacional de Telecommunicaciones; y a

j) Cualquier otro organismo vinculado a las Naciones Unidas conforme a los Artículos 57 y 63 de la Carta.

iii) La palabra "Convención", en relación con determinado organismo especializado, se refiere a las cláusulas tipo, modificadas por el texto definitivo (o revisado) del anexo comunicado por tal organismo, de conformidad con las secciones 36 y 38.

iv) A los efectos del artículo III, los términos "bienes y haberes" se aplican igualmente a los bienes y fondos administrados por un organismo especializado en el ejercicio de sus atribuciones constitucionales.

v) A los efectos de los artículos V y VII, se considerará que la expresión "representantes de los miembros" comprende a todos los representantes, representantes suplentes, consejeros, asesores técnicos y secretarios de las delegaciones.

vi) En las secciones 13, 14, 15 y 25, la expresión "reuniones convocadas por un organismo especializado" se refiere a las reuniones:

1) de su asamblea o consejo directivo (sea cual fuere el término empleado para designarlos),

2) de toda comisión prevista en su constitución, 3) de toda conferencia internacional convocada por el organismo especializado, y 4) de toda comisión de cualquiera de los mencionados órganos.

vii) El término "director general" designa al funcionario principal del organismo especializado sea su título el de "Director General" o cualquier otro.

Sección 2

Todo Estado parte en la presente Convención con respecto a cualquier organismo especializado al cual la presente Convención resulte aplicable de conformidad con la sección 37, otorgará, tanto a dicho organismo como en relación con él, los privilegios e inmunidades enunciados en las cláusulas tipo, en las condiciones especificadas en ellas, sin perjuicio de toda modificación a dichas cláusulas que figure en las disposiciones del texto definitivo (o revisado) del anexo relativo a tal organismo, debidamente comunicado conforme a las secciones 36 y 38.

Artículo II

PERSONALIDAD JURIDICA

Sección 3

Los organismos especializados tendrán personalidad jurídica. Tendrán capacidad para: *a*) contratar, *b*) adquirir bienes muebles e inmuebles y disponer de ellos, y *c*) actuar en justicia.

Artículo III

BIENES, FONDOS Y HABERES

Sección 4

Los organismos especializados, sus bienes y haberes, cualquiera que sea el lugar en que se encuentren y quienquiera que los tenga en su poder, disfrutarán de inmunidad de toda jurisdicción, salvo en la medida en que en algún caso particular hayan renunciado expresamente a esta inmunidad. Se entiende, sin embargo, que ninguna renuncia de inmunidad se extenderá a ninguna medida ejecutoria.

Sección 5

Los locales de los organismos especializados serán inviolables. Los bienes y haberes de los organismos especializados, cualquiera que sea el lugar en que se encuentren y quienquiera que los tenga en su poder, estarán exentos de registro, requisición, confiscación, expropiación y de cualquier otra forma de injerencia, sea por acción ejecutiva, administrativa, judicial o legislativa.

Sección 6

Los archivos de los organismos especializados y, en general, todos los documentos que les pertenezcan o se hallen en su posesión, serán inviolables dondequiera que se encuentren.

Sección 7

Sin hallarse sometidos a fiscalizaciones, reglamentos o moratorias de ninguna clase:

a) Los organismos especializados podrán tener fondos, oro o divisas de toda clase y llevar cuentas en cualquier moneda;

b) Los organismos especializados podrán transferir libremente sus fondos, oro o divisas de un país a otro, y de un lugar a otro dentro de cualquier país, y convertir a cualquier otra moneda las divisas que tengan en su poder.

Sección 8

En el ejercicio de los derechos que le son conferidos en virtud de la sección 7 precedente, cada uno de los organismos especializados prestará la debida atención a toda representación formulada por el gobierno de cualquier Estado parte en la presente Convención, en la medida en que estime posible dar curso a dichas representaciones sin detrimento de sus propios intereses.

Sección 9

Los organismos especializados, sus haberes, ingresos y otros bienes estarán exentos:

a) De todo impuesto directo: entendiéndose, sin embargo, que los organismos especializados no reclamarán exención alguna

en concepto de impuestos que, de hecho, no constituyan sino una remuneración por servicios de utilidad pública;

b) De derechos de aduana y de prohibiciones y restricciones de importación y de exportación, respecto a los artículos importados o exportados por los organismos especializados para su uso oficial; entendiéndose, sin embargo, que los artículos importados con tal exención no serán vendidos en el país en que hayan sido introducidos, sino conforme a condiciones convenidas con el gobierno de tal país;

c) De derechos de aduana y de prohibiciones y restricciones respecto a la importación y exportación de sus publicaciones.

Sección 10

Si bien los organismos especializados no reclamarán, en principio, la exención de derechos de consumo, ni de impuestos sobre la venta de bienes muebles e inmuebles incluidos en el precio que se haya de pagar, cuando los organismos especializados efectúen, para su uso oficial, compras importantes de bienes gravados o gravables con tales derechos o impuestos, los Estados partes en la presente Convención adoptarán, siempre que así les sea posible, las disposiciones administrativas pertinentes para la remisión o reembolso de la cantidad correspondiente a tales derechos o impuestos.

Artículo IV

FACILIDADES EN MATERIA DE COMUNICACIONES

Sección 11

Cada uno de los organismos especializados disfrutará, para sus comunicaciones oficiales, en el territorio de todo Estado parte en la presente Convención con respecto a tal organismo, de un trato no menos favorable que el otorgado por el Gobierno de tal Estado a cualquier otro gobierno, inclusive sus misiones diplomáticas, en lo que respecta a las prioridades, tarifas e impuestos aplicables a la correspondencia, cablegramas, telegramas, radiogramas, telefotos, comunicaciones telefónicas y otras comunicaciones, como también a las tarifas de prensa para las informaciones destinadas a la prensa y la radio.

Sección 12

No estarán sujetas a censura la correspondencia oficial ni las demás comunicaciones oficiales de los organismos especializados.

Los organismos especializados tendrán derecho a hacer uso de claves y a despachar y recibir su correspondencia ya sea por correos o en valijas selladas que gozarán de las mismas inmunidades y los mismos privilegios que se conceden a los correos y valijas diplomáticos.

Ninguna de las disposiciones de la presente sección podrá ser interpretada como prohibitiva de la adopción de medidas de seguridad adecuadas, que habrán de determinarse mediante acuerdo entre un Estado parte en esta Convención y un organismo especializado.

Artículo V

REPRESENTANTES DE LOS MIEMBROS

Sección 13

Los representantes de los miembros en las reuniones convocadas por un organismo especializado gozarán, mientras ejerzan sus funciones y durante sus viajes al lugar de la reunión y de regreso, de los siguientes privilegios e inmunidades:

a) Inmunidad de detención o arresto personal y de embargo de su equipaje personal, y, respecto de todos sus actos ejecutados mientras ejerzan sus funciones oficiales, inclusive sus palabras y escritos, de inmunidad de toda jurisdicción;

b) Inviolabilidad de todos los papeles y documentos;

c) Derecho de hacer uso de claves y de recibir documentos o correspondencia por correos o en valijas selladas;

d) Exención, para ellos mismos y para sus cónyuges, de toda medida restrictiva en materia de inmigración, de las formalidades de registro de extranjeros y de las obligaciones de servicio nacional en los países que visiten o por los cuales transiten en el ejercicio de sus funciones;

e) Las mismas franquicias, en materia de restricciones monetarias y de cambio, que se otorgan a los representantes de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;

f) Las mismas inmunidades y franquicias, respecto a los equipajes personales, que se otorgan a los miembros de misiones diplomáticas de rango similar.

Sección 14

A fin de garantizar a los representantes de los miembros de los organismos especializados, en las reuniones convocadas por éstos, completa libertad de palabra e independencia total en el ejercicio de sus funciones, la inmunidad de jurisdicción respecto a las palabras o escritos y a todos los actos ejecutados en el ejercicio de sus funciones, seguirá siéndoles otorgada incluso después de que hayan cesado en el ejercicio del cargo.

Sección 15

Cuando la imposición de cualquier gravamen dependa de la residencia, no se considerarán como períodos de residencia los períodos durante los cuales los representantes de los miembros de los organismos especializados, en las reuniones convocadas por éstos, se encuentren en el territorio de un Estado miembro para el ejercicio de sus funciones.

Sección 16

Los privilegios e inmunidades no se otorgan a los representantes de los miembros en su beneficio personal, sino a fin de garantizar su independencia en el ejercicio de sus funciones relacionadas con los organismos especializados. En consecuencia, un miembro tiene no solamente el derecho sino el deber de renunciar a la inmunidad de sus representantes en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin perjudicar la finalidad para la cual se otorga la inmunidad.

Sección 17

Las disposiciones de las secciones 13, 14 y 15 no podrán ser invocadas contra las autoridades del Estado del cual la persona de que se trate sea nacional o sea o haya sido representante.

Artículo VI

FUNCIONARIOS

Sección 18

Cada organismo especializado determinará las categorías de funcionarios a quienes se aplicarán las disposiciones del presente artículo y del artículo VIII, y las comunicará a los gobiernos de todos los Estados partes en la presente Convención con respecto a tal organismo especializado, así como al Secretario General de la Naciones Unidas. Los nombres de los funcionarios comprendidos en estas categorías serán comunicados periódicamente a los referidos gobiernos.

Sección 19

Los funcionarios de los organismos especializados:

a) Gozarán de inmunidad de jurisdicción respecto de todos los actos ejecutados por ellos con carácter oficial, inclusive sus palabras y escritos;

b) Gozarán, en materia de impuestos sobre los sueldos y emolumentos percibidos de los organismos especializados, de iguales exenciones que las disfrutadas por los funcionarios de las Naciones Unidas, y ello en iguales condiciones;

c) Estarán exentos, tanto ellos como sus cónyuges y familiares a su cargo, de las medidas restrictivas en materia de inmigración y de las formalidades de registro de extranjeros;

d) Gozarán, en materia de facilidades de cambio, de los mismos privilegios que los funcionarios de las misiones diplomáticas de rango similar;

e) En tiempo de crisis internacional gozarán, así como sus cónyuges y familiares a su cargo, de las mismas facilidades de repatriación que los funcionarios de misiones diplomáticas de rango similar;

f) Tendrán derecho a importar, libres de derechos, su mobiliario y efectos personales cuando tomen posesión de su cargo por primera vez en el país al que sean destinados.

Sección 20

Los funcionarios de los organismos especializados estarán exentos de toda obligación de servicio nacional, siempre que tal exención se limite, respecto a los Estados de los cuales sean nacionales, a los funcionarios de los organismos especializados que, por razón de sus funciones, hayan sido incluidos en una lista preparada por el director general del organismo especializado y aprobada por el Estado interesado.

En caso de que otros funcionarios de organismos especializados sean llamados a prestar un servicio nacional, el Estado interesado otorgará, a solicitud del organismo especializado, las prórrogas al llamamiento de dichos funcionarios que sean necesarias para evitar la interrupción de un servicio esencial.

Sección 21

Además de los privilegios e inmunidades especificados en las secciones 19 y 20, el director general de cada organismo especializado, así como todo funcionario que actúe en nombre de él durante su ausencia, gozarán, como también sus cónyuges y sus hijos menores, de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades que se otorgan conforme al derecho internacional a los enviados diplomáticos.

Sección 22

Los privilegios e inmunidades se otorgan a los funcionarios únicamente en interés de los organismos especializados y no en su beneficio personal. Cada organismo especializado tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad concedida a cualquier funcionario en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin que se perjudiquen los intereses del organismo especializado.

Sección 23

Cada organismo especializado cooperará en todo momento con las autoridades competentes de los Estados miembros para facilitar la adecuada administración de la justicia, asegurar el cumplimiento de los reglamentos de policía y evitar todo abuso en relación con los privilegios, inmunidades y facilidades que se mencionan en este artículo.

Artículo VII

ABUSO DE PRIVILEGIOS

Sección 24

Si un Estado parte en la presente Convención estima que ha habido abuso de un privilegio o de una inmunidad otorgados por la presente Convención, se celebrarán consultas entre dicho Estado y el organismo especializado interesado, a fin de determinar si se ha producido tal abuso y, de ser así, tratar de evitar su repetición. Si tales consultas no dieran un resultado satisfactorio para el Estado y para el organismo especializado interesado, la cuestión de determinar si ha habido abuso de un privilegio o de una inmunidad será sometida a la Corte Internacional de Justicia, con arreglo a lo dispuesto en la sección 32. Si la Corte Internacional de Justicia comprueba que se ha producido tal abuso, el Estado parte en la presente Convención y afectado por dicho abuso, tendrá derecho, previa notificación al organismo especializado interesado, a dejar de conceder, en sus relaciones con dicho organismo, el beneficio del privilegio o de la inmunidad de que se haya abusado.

Sección 25

1. Los representantes de los miembros en las reuniones convocadas por organismos especializados, mientras ejerzan sus funciones y durante sus viajes al lugar de reunión o de regreso, así como los funcionarios a que se refiere la sección 18, no serán obligados por las autoridades territoriales a abandonar el país en el cual ejerzan sus funciones, por razón de actividades realizadas por ellos con carácter oficial. No obstante, en el caso en que alguna de dichas personas abusare del privilegio de residencia ejerciendo, en ese país, actividades ajenas a sus funciones oficiales, el gobierno de tal país podrá obligarle a salir de él, sin perjuicio de las disposiciones siguientes:

2. I) Los representantes de los miembros o las personas que disfruten de la inmunidad diplomática según lo dispuesto en la sección 21, no serán obligados a abandonar el país si no es conforme al procedimiento diplomático aplicable a los enviados diplomáticos acreditados en ese país.

II) En el caso de un funcionario a quien no sea aplicable la sección 21, no se ordenará el abandono del país sino con previa aprobación del Ministro de Relaciones Exteriores de tal país, aprobación que sólo será concedida después de consultar con el director general del organismo especializado interesado; y cuando se inicie un procedimiento de expulsión contra un funcionario, el director general del organismo especializado tendrá derecho a intervenir por tal funcionario en el procedimiento que se siga contra el mismo.

Artículo VIII

LAISSEZ-PASSER

Sección 26

Los funcionarios de los organismos especializados tendrán derecho a hacer uso del *laissez-passer* de las Naciones Unidas, y ello en conformidad con los acuerdos administrativos que se concierten entre el Secretario General de las Naciones Unidas y las autoridades competentes de los organismos especializados en las cuales se deleguen facultades especiales para expedir los *laissez-passer*. El Secretario General de las Naciones Unidas notificará a cada Estado parte en la presente Convención las disposiciones administrativas que hayan sido concertadas.

Sección 27

Los Estados partes en esta Convención reconocerán y aceptarán como documentos válidos de viaje los *laissez-passer* de las Naciones Unidas expedidos a funcionarios de los organismos especializados.

Sección 28

Las solicitudes de visados (cuando éstos sean necesarios) presentadas por funcionarios de los organismos especializados, titulares de un *laissez-passer* de las Naciones Unidas, acompañadas de un certificado que acredite que viajan por cuenta de un organismo especializado, serán atendidas lo más rápidamente posible. Por otra parte, se otorgarán a los titulares de un *laissez-passer* facilidades para viajar con rapidez.

Sección 29

Se otorgarán facilidades análogas a las especificadas en la sección 28 a los expertos y demás personas que, sin poseer un *laissez-passer* de las Naciones Unidas, sean portadores de un certificado que acredite que viajan por cuenta de un organismo especializado.

Sección 30

Los directores generales, los directores generales adjuntos, los directores de departamento y otros funcionarios de rango no inferior al de director de departamento de los organismos especializados, que viajen por cuenta de los organismos especializados provistos de un *laissez-passer* de las Naciones Unidas, disfrutarán de las mismas facilidades de viaje que los funcionarios de rango similar en misiones diplomáticas.

Artículo IX

SOLUCIÓN DE CONTROVERSIAS

Sección 31

Cada organismo especializado deberá prever procedimientos apropiados para la solución de:

a) Las controversias a que den lugar los contratos, u otras controversias de derecho privado en las cuales sea parte el organismo especializado;

b) Las controversias en que esté implicado un funcionario de un organismo especializado, que, por razón de su posición oficial, goce de inmunidad, si no se ha renunciado a dicha inmunidad conforme a las disposiciones de la sección 22.

Sección 32

Toda diferencia relativa a la interpretación o aplicación de la presente Convención será sometida a la Corte Internacional de Justicia a menos que, en un caso dado, las partes convengan en recurrir a otro modo de arreglo. Si surge una controversia entre uno de los organismos especializados, por una parte, y un Estado miembro, por otra, se solicitará una opinión consultiva sobre cualquier cuestión jurídica suscitada, con arreglo al Artículo 96 de la Carta y al artículo 65 del Estatuto de la Corte, así como a las disposiciones correspondientes de los acuerdos concertados entre las Naciones Unidas y el organismo especializado respectivo. La opinión de la Corte será aceptada por las partes como decisiva.

Artículo X

ANEXOS Y APLICACIÓN DE LA CONVENCIÓN A CADA ORGANISMO ESPECIALIZADO

Sección 33

Las cláusulas tipo se aplicarán a cada organismo especializado sin perjuicio de las modificaciones establecidas en el texto definitivo (o revisado) del anexo relativo a tal organismo, según lo dispuesto en las secciones 36 y 38.

Sección 34

Las disposiciones de la Convención con respecto a un organismo especializado deben ser interpretadas tomando en consideración las funciones asignadas a tal organismo por su instrumento constitutivo.

Sección 35

Los proyectos de anexos I a IX constituyen recomendaciones a los organismos especializados en ellos designados. En el caso de un organismo especializado no mencionado por su nombre en la sección 1, el Secretario General de las Naciones Unidas transmitirá a tal organismo un proyecto de anexo recomendado por el Consejo Económico y Social.

Sección 36

El texto definitivo de cada anexo será el aprobado por el organismo especializado interesado conforme al procedimiento previsto en su instrumento constitutivo. Cada uno de los organismos especializados transmitirá al Secretario General de las Naciones Unidas una copia del anexo aprobado por aquél, el cual reemplazará al proyecto a que se refiere la sección 35.

Sección 37

La presente Convención será aplicable a cada organismo especializado cuando éste haya transmitido al Secretario General de las Naciones Unidas el texto definitivo del anexo correspondiente y le haya informado de que acepta las cláusulas tipo modificadas por dicho anexo, y que se compromete a poner en práctica las secciones 8, 18, 22, 23, 24, 31, 32, 42 y 45 (sin perjuicio de las modificaciones a la sección 32 que puedan ser necesarias para que el texto definitivo del anexo sea conforme al instrumento constitutivo del organismo) y todas las disposiciones del anexo que impongan obligaciones a tal organismo. El Secretario General comunicará a todos los Miembros de las Naciones Unidas, así como a los demás Estados miembros de los organismos especializados, copias certificadas de todos los anexos que le hayan sido transmitidos en virtud de la presente sección, así como de los anexos revisados que le hayan sido transmitidos en virtud de la sección 38.

Sección 38

Si un organismo especializado, después de haber transmitido el texto definitivo de un anexo, conforme a la sección 36, adopta, según el procedimiento previsto en su instrumento constitutivo, ciertas enmiendas a dicho anexo, transmitirá el texto revisado del mismo al Secretario General de las Naciones Unidas.

Sección 39

Las disposiciones de la presente Convención no limitarán ni menoscabarán en forma alguna los privilegios e inmunidades que hayan sido concedidos o puedan serlo ulteriormente por un Estado a cualquier organismo especializado por razón del establecimiento de su sede o de oficinas regionales en el territorio de dicho Estado. La presente Convención no se interpretará en el sentido de que prohíbe la celebración de acuerdos adicionales entre un Estado parte en ella y alguno de los organismos especializados para adaptar las disposiciones de la presente Convención o para extender o limitar los privilegios e inmunidades que por la misma se otorgan.

Sección 40

Se entiende que las cláusulas tipo, modificadas por el texto definitivo de un anexo transmitido por un organismo especializado al Secretario General de las Naciones Unidas en virtud de la sección 36 (o de un anexo revisado transmitido en virtud de la sección 38), habrán de ser congruentes con las disposiciones vigentes del instrumento constitutivo del organismo respectivo; y que si es necesario, a ese efecto, enmendar el instrumento, tal enmienda deberá haber sido puesta en vigor según el procedimiento constitucional de tal organismo antes de la comunicación del texto definitivo (o revisado) del anexo.

La presente Convención no tendrá por sí misma efecto abrogatorio o restrictivo sobre ninguna de las disposiciones del instrumento constitutivo de un organismo especializado, ni sobre ningún derecho u obligación que, por otro respecto, pueda tener, adquirir o asumir dicho organismo.

Artículo XI

DISPOSICIONES FINALES

Sección 41

La adhesión de un Miembro de las Naciones Unidas a la presente Convención y (sin perjuicio de lo dispuesto en la sección 42) la de cualquier Estado miembro de un organismo especializado se efectuará mediante el depósito en la Secretaría General de las Naciones Unidas de un instrumento de adhesión que entrará en vigor en la fecha de su depósito.

Sección 42

Cada organismo especializado interesado comunicará el texto de la presente Convención, juntamente con los anexos correspondientes, a aquellos de sus miembros que no sean miembros de las Naciones Unidas, y les invitará a adherirse a la Convención con respecto a él, mediante el depósito de un instrumento de adhesión en la Secretaría General de las Naciones Unidas o en la dirección general del organismo especializado.

Sección 43

Todo Estado parte en la presente Convención designará en su instrumento de adhesión el organismo especializado o los organismos especializados respecto al cual o a los cuales se comprometa a aplicar las disposiciones de la Convención. Todo Estado parte en la presente Convención podrá comprometerse, mediante una notificación ulterior enviada por escrito al Secretario General de las Naciones Unidas, a aplicar las disposiciones de la presente Convención a otro u otros organismos especializados. Dicha notificación surtirá efecto en la fecha de su recepción por el Secretario General.

Sección 44

La presente Convención entrará en vigor, entre todo Estado parte en ella y un organismo especializado, cuando llegue a ser aplicable a dicho organismo conforme a la sección 37 y el Estado parte se haya comprometido a aplicar las disposiciones de la Convención a tal organismo conforme a la sección 43.

Sección 45

El Seretario General de las Naciones Unidas informará a todos los Miembros de las Naciones Unidas, así como a todos los miembros de los organismos especializados, y a sus directores generales, del depósito de cada uno de los instrumentos de adhesión recibidos con arreglo a la sección 41, y de todas las notificaciones ulteriormente recibidas conforme a la sección 43. El director general de un organismo especializado informará al Secretario General de las Naciones Unidas y a los miembros

del organismo interesado del depósito de todo instrumento de adhesión que le haya sido entregado con arreglo a la sección 42.

Sección 46

Se entiende que cuando se deposite un instrumento de adhesión o una notificación ulterior en nombre de un Estado, éste debe estar en condiciones de aplicar, según sus propias leyes, las disposiciones de la presente Convención, según estén modificadas por los textos definitivos de cualquier anexo relativo a los organismos a que se refieran dicha adhesión o notificación.

Sección 47

1. Salvo lo dispuesto en los párrafos 2 y 3 de esta sección, todo Estado parte en la presente Convención se compromete a aplicarla a cada uno de los organismos especializados a que se refiera su instrumento de adhésión o su notificación ulterior, hasta que una Convención o un anexo revisados sea aplicable a dicho organismo y tal Estado haya aceptado la Convención o el anexo revisados. En el caso de un anexo revisado, la aceptación por los Estados se efectuará mediante una notificación dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas, la cual surtirá efecto a partir de la fecha de su recepción por el Secretario General.

2. Sin embargo, cada Estado parte en la presente Convención, que no sea o que haya dejado de ser miembro de un organismo especializado, podrá dirigir una notificación escrita al Secretario General de las Naciones Unidas y al director general del organismo interesado, para informarle de que se propone dejar de otorgar a dicho organismo los beneficios de la presente Convención a partir de una fecha determinada que deberá ser posterior en tres meses cuando menos a la fecha de recepción de esa notificación.

3. Todo Estado parte en la presente Convención podrá negarse a conceder el beneficio de dicha Convención a un organismo especializado que cese de estar vinculado a las Naciones Unidas.

4. El Secretario General de las Naciones Unidas informará a todos los Estados miembros, que sean parte en la presente Convención, de toda notificación que le sea transmitida en virtud de las disposiciones de esta sección.

Sección 48

El Secretario General de las Naciones Unidas, a petición de un tercio de los Estados partes en la presente Convención, convocará a una conferencia para la revisión de la Convención.

Sección 49

El Secretario General transmitirá copia de la presente Convención a cada uno de los organismos especializados y a los Gobiernos de cada uno de los Miembros de las Naciones Unidas.

ANEXO I

ORGANIZACION INTERNACIONAL DEL TRABAJO

Las cláusulas tipo se aplicarán a la Organización Internacional del Trabajo sin perjuicio de las siguientes disposiciones:

1. Los miembros y miembros adjuntos empleadores y trabajadores del Consejo de Administración de la Organización Internacional del Trabajo, así como sus suplentes, gozarán del beneficio de las disposiciones del artículo V (con excepción de las del párrafo c) de la sección 13) y de los párrafos 1 y 2 (I) de la sección 25 del artículo VII, con la excepción de que toda renuncia a la inmunidad, en virtud de la sección 16, de una de tales personas será pronunciada por el Consejo.

2. El goce de los privilegios, inmunidades, exenciones y ventajas mencionados en la sección 21 de las cláusulas tipo se concederá también a todo Director General Adjunto y a todo Subdirector General de la Oficina Internacional del Trabajo.

3. i) Los expertos (distintos de los funcionarios a que se refiere el artículo VI), mientras ejerzan sus funciones en las comisiones de la Organización o en misiones de ésta, gozarán de los privilegios e inmunidades que a continuación se expresan, en la medida en que les sean necesarios para el desempeño efectivo de sus funciones, incluso durante los viajes efectuados con ocasión del ejercicio de sus funciones en dichas comisiones o misiones:

a) Inmunidad de detención personal o de embargo de su equipaje personal;

b) Inmunidad de toda jurisdicción respecto de todos los actos ejecutados por ellos en el ejercicio de sus funciones oficiales, inclusive sus palabras y escritos. Dicha inmunidad seguirá siéndoles otorgada incluso después de que hayan cesado de ejercer sus funciones en las comisiones de la Organización o de prestar sus servicios en misiones por cuenta de la misma;

c) Las mismas franquicias en materia de restricciones monetarias y de cambio y respecto a sus equipajes personales que se otorgan a los funcionarios de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;

d) Inviolabilidad de todos sus papeles y documentos relativos a los trabajos que efectúen por cuenta de la Organización.

ii) El principio enunciado en la última frase de la sección 12 de las cláusulas tipo será aplicable en lo que se refiere a las disposiciones del precedente inciso *d*).

iii) Los privilegios e inmunidades se otorgan a los expertos en interés de la Organización y no en su beneficio personal. La Organización tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad otorgada a cualquier experto en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin perjudicar los intereses de la Organización.

ANEXO IV

ORGANIZACION DE LAS NACIONES UNIDAS PARA LA EDUCACION, LA CIENCIA Y LA CULTURA

Las cláusulas tipo se aplicarán a la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura (denominada de aquí en adelante "la Organización") sin perjuicio de las siguientes disposiciones:

1. Las disposiciones del artículo V y de los párrafos 1 y 2 (I) de la sección 25 del artículo VII se extenderán al Presidente de la Conferencia y a los miembros del Consejo de Administración de la Organización, así como a sus suplentes y asesores, con la excepción de que toda renuncia de inmunidad, en virtud de la sección 16, que afecte a tales personas, será pronunciada por el Consejo de Administración.

2. El Director General Adjunto de la Organización, su cónyuge y sus hijos menores gozarán también de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades otorgados a los enviados diplomáticos conforme al derecho internacional y que la sección 21 del artículo VI de la Convención garantiza al Director General de cada organismo especializado.

3. i) Los expertos (distintos de los funcionarios a que se refiere el artículo VI), mientras ejerzan sus funciones en las comisiones de la Organización o en misiones de ésta, gozarán de los privilegios e inmunidades que a continuación se expresan, en la medida en que les sean necesarios para el desempeño efectivo de sus funciones, incluso durante los viajes efectuados con ocasión del ejercicio de sus funciones en dichas comisiones o misiones:

a) Inmunidad de detención personal o de embargo de su equipaje personal;

b) Inmunidad de toda jurisdicción respecto de todos los actos ejecutados por ellos en el ejercicio de sus funciones oficiales, inclusive sus palabras y escritos. Dicha inmunidad seguirá siéndoles otorgada incluso después de que hayan cesado de ejercer sus funciones en las comisiones de la Organización o de prestar sus servicios en misiones por cuenta de la misma;

c) Las mismas franquicias en materia de restricciones monetarias y de cambio y respecto a sus equipajes personales que se otorgan a los funcionarios de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal.

ii) Los privilegios e inmunidades se otorgan a los expertos en interés de la Organización y no en su beneficio personal. La Organización tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad otorgada a cualquier experto en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin perjudicar los intereses de la Organización.

ANEXO VII

(Tercer texto revisado)

ORGANIZACION MUNDIAL DE LA SALUD

Las cláusulas tipo se aplicarán a la Organización Mundial de la Salud (en adelante denominada "la Organización") sin perjuicio de las disposiciones siguientes:

1. Las disposiciones del artículo V y de los párrafos 1 y 2 (I) de la sección 25 del artículo VII se extenderán a las personas designadas para formar parte del Consejo Ejecutivo de la Organización y a sus suplentes y asesores, con la excepción de que toda renuncia de inmunidad, en virtud de la sección 16, que afecte a tales personas, será hecha por el Consejo Ejecutivo.

2. i) Los expertos (distintos de los funcionarios a que se refiere el artículo VI), mientras ejerzan sus funciones en las comisiones de la Organización o en misiones de está, gozarán de los privilegios e inmunidades que a continuación se expresan, en la medida en que les sean necesarios para el desempeño efectivo de sus funciones, incluso durante los viajes efectuados con ocasión del ejercicio de sus funciones en dichas comisiones o misiones:

a) Inmunidad de detención personal y de embargo de su equipaje personal;

b) Inmunidad de toda jurisdicción respecto de todos los actos ejecutados por ellos en el ejercicio de sus funciones oficiales, inclusive sus palabra y escritos. Dicha inmunidad seguirá siéndoles otorgada incluso después de que hayan cesado de ejercer sus funciones en las comisiones de la Organización o de prestar sus servicios en misiones por cuenta de la misma;

c) Las mismas franquicias en materia de restricciones monetarias y de cambio y respecto a sus equipajes personales que se otorgan a los funcionarios de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;

d) Inviolabilidad de todos los papeles y documentos;

e) El derecho de utilizar claves y de recibir documentos y correspondencia por correos o en valijas selladas para sus comunicaciones con la Organización Mundial de la Salud.

ii) Los privilegios e inmunidades mencionados en los incisos *b*) y *e*) precedentes se extenderán a las personas que formen parte de grupos consultivos de expertos de la Organización, mientras desempeñen sus funciones como tales.

iii) Los privilegios e inmunidades se otorgan a los expertos en interés de la Organización y no en su beneficio personal. La Organización tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad otorgada a cualquier experto en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin perjudicar los intereses de la Organización.

3. Las disposiciones del artículo V y de los párrafos 1 y 2 (I) de la sección 25 del artículo VII se extenderán a los representantes de los Miembros Asociados que participen en los trabajos de la Organización en conformidad con los artículos 8 y 48 de su Constitución.

4. El Director General Adjunto, los Subdirectores Generales y los Directores Regionales de la Organización gozarán también de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades que se citan en la sección 21 de las cláusulas tipo.

ANEXO VIII

UNION POSTAL UNIVERSAL

Las cláusulas tipo se aplicarán sin modificación.

ANEXO IX

UNION INTERNACIONAL DE TELECOMUNICACIONES

Las cláusulas tipo se aplicarán sin modificación alguna, salvo que la Unión Internacional de Telecomunicaciones no debe reclamar para sí misma el beneficio de un trato privilegiado en lo que respecta a las "Facilidades en materia de comunicaciones" previstas en el artículo IV, sección 11.

ANEXO XI

ORGANIZACION METEOROLOGICA MUNDIAL

Las cláusulas tipo se aplicarán sin modificación.

ANEXO XII

(Texto revisado)

ORGANIZACION CONSULTIVA MARITIMA INTERGUBERNAMENTAL

1. El goce de los privilegios, inmunidades, exenciones y ventajas mencionados en el artículo VI, sección 21, de las cláusulas tipo, se concederá al Secretario General de la Organización, al Secretario General Adjunto y al Secretario del Comité de Seguridad Marítima, siempre que las disposiciones de este párrafo no obliguen al Miembro en cuyo territorio tiene su sede la Organización a aplicar el artículo VI, sección 21, de las cláusulas tipo a cualquier persona que posea su nacionalidad.

2. *a*) Los expertos (distintos de los funcionarios a que se refiere el artículo VI) mientras ejerzan sus funciones en las Comisiones de la Organización o en misiones de ésta, gozarán de los privilegios e inmunidades que a continuación se expresan, en la medida en que les sean necesarios para el desempeño efectivo de sus funciones, incluso durante los viajes efectuados con ocasión del ejercicio de sus funciones en dichas comisiones o misiones:

i) Inmunidad de detención personal o de embargo de su equipaje personal;

ii) Inmunidad de toda jurisdicción respecto de todos los actos ejecutados por ellos en el ejercicio de sus funciones oficiales, inclusive sus palabras y escritos. Dicha inmunidad seguirá siéndoles otorgada incluso después de que hayan cesado de ejercer sus funciones en las comisiones de la Organización o de prestar sus servicios en misiones por cuenta de la misma;

iii) Las mismas franquicias en materia de restricciones monetarias y de cambio y respecto a sus equipajes personales que se otorgan a los funcionarios de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;

iv) Inviolabilidad de todos sus papeles y documentos relativos a los trabajos que efectúen por cuenta de la Organización;

v) Derecho de hacer uso de claves y de recibir documentos y correspondencia por correos o en valijas selladas para sus comunicaciones con la Organización Consultiva Marítima Intergubernamental.

El principio enunciado en la última frase de la sección 12 de las cláusulas tipo será aplicable en lo que se refiere a las disposiciones del presente párrafo 2, incisos *a*) iv) y v).

b) Los privilegios e inmunidades se otorgan a los expertos en interés de la Organización y no en su beneficio personal. La Organización tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad otorgada a cualquier experto en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin perjuicio de los intereses de la Organización.

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610 62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31818

AUSGESONDERT
Hochschulbibliothek

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1975	Berlin, den 12. November 1975	Teil II Nr. 10

Tag	Inhalt	Seite
28. 8. 75	**Bekanntmachung über die Annahme der Konvention vom 1. Juli 1959 über die Privilegien und Immunitäten der Internationalen Atomenergieorganisation durch die Deutsche Demokratische Republik**	213

Bekanntmachung über die Annahme der Konvention vom 1. Juli 1959 über die Privilegien und Immunitäten der Internationalen Atomenergieorganisation durch die Deutsche Demokratische Republik

vom 28. August 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 30. Oktober 1974 die Annahmeurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Internationalen Atomenergieorganisation vom 1. Juli 1959 hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Annahmeurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den §§ 26 und 34 der folgende Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht an die Bestimmungen der §§ 26 und 34 der Konvention gebunden, die die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes vorsehen, und vertritt hinsichtlich der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für Streitfälle, die sich aus der Auslegung oder Anwendung der Konvention ergeben, die Auffassung, daß in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien für die Überweisung eines bestimmten Streitfalles zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof erforderlich ist.

Dieser Vorbehalt gilt gleichermaßen für die in § 34 enthaltene Bestimmung, wonach das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes als bindend anzuerkennen ist."

Die Konvention ist gemäß ihrem § 38 für die Deutsche Demokratische Republik am 30. Oktober 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 28. August 1975

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Internationalen Atomenergieorganisation

In der Erwägung, daß Artikel XV.C des Statuts der Internationalen Atomenergieorganisation bestimmt, daß die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten, die in dem genannten Artikel erwähnt sind, in einer oder mehreren Sondervereinbarungen zwischen der Organisation, die zu diesem Zweck von dem nach den Weisungen des Gouverneursrates handelnden Generaldirektor vertreten wird, und den Mitgliedern festgelegt werden;

In der Erwägung, daß gemäß Artikel XVI des Statuts eine Vereinbarung über die Beziehungen zwischen der Organisation und den Vereinten Nationen geschlossen worden ist; und

In der Erwägung, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen in dem Bestreben, die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen und der mit diesen in vertraglicher Beziehung stehenden Organisationen nach Möglichkeit zu vereinheitlichen, die Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen angenommen hat, der zahlreiche Mitglieder der Vereinten Nationen beigetreten sind, hat

der Gouverneursrat

1. ohne die im Rat vertretenen Regierungen festzulegen, den nachstehenden Wortlaut genehmigt, der im allgemeinen der Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen entspricht, und

2. ersucht die Mitglieder der Organisation, diese Konvention zu prüfen und gegebenenfalls anzunehmen.

Artikel I

Begriffsbestimmungen

§ 1

In dieser Konvention:

(i) bezeichnet der Ausdruck „Organisation" die Internationale Atomenergieorganisation;

(ii) bezeichnen die Worte „Vermögenswerte und Guthaben" im Sinne des Artikels III auch Vermögenswerte und Mittel, welche die Organisation in Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben verwahrt oder verwaltet;

(iii) bezeichnet der Ausdruck „Vertreter der Mitglieder" im Sinne der Artikel V und VIII alle Gouverneure, Vertreter, Stellvertreter, Berater, technischen Sachverständigen und Sekretäre von Delegationen;

(iv) bezeichnet in den §§ 12, 13, 14 und 27 der Ausdruck „von der Organisation einberufene Tagungen" die Tagungen

1. ihrer Generalkonferenz und ihres Gouverneursrates,

2. aller von der Organisation einberufenen internationalen Konferenzen, Kolloquien, Seminare und sonstigen Gruppen,

3. jedes Ausschusses eines dieser Gremien;

(v) bezeichnet der Ausdruck „Beamte der Organisation" im Sinne der Artikel VI und IX den Generaldirektor und alle Mitglieder des Personals der Organisation mit Ausnahme der ortsansässigen Kräfte, die gegen Stundenlohn beschäftigt sind.

Artikel II

Rechtspersönlichkeit

§ 2

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie kann

a) Verträge schließen,

b) bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und darüber verfügen sowie

c) vor Gericht auftreten.

Artikel III

Vermögenswerte, Mittel und Guthaben

§ 3

Die Organisation, ihre Vermögenswerte und Guthaben genießen ohne Rücksicht darauf, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Befreiung von der Gerichtsbarkeit, soweit die Organisation nicht im Einzelfall hierauf ausdrücklich verzichtet. Ein solcher Verzicht erstreckt sich jedoch nicht auf Vollstreckungsmaßnahmen.

§ 4

Die Räumlichkeiten der Organisation sind unverletzlich. Ihre Vermögenswerte und Guthaben sind ohne Rücksicht darauf, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, von jeder Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jedem sonstigen Eingriff in Form einer Vollstreckungs-, Verwaltungs-, Gerichts- oder Gesetzgebungsmaßnahme befreit.

§ 5

Die Archive der Organisation sowie im allgemeinen alle ihr gehörenden oder in ihrem Besitz befindlichen Schriftstücke sind ohne Rücksicht darauf, wo sie sich befinden, unverletzlich.

§ 6

Die Organisation kann ohne jede Beschränkung durch finanzielle Überwachungsmaßnahmen, Regelungen oder Moratorien

a) Mittel, Gold und Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten;

b) ihre Mittel, ihr Gold und ihre Devisen von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb eines Staates frei transferieren und jegliche in ihrem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umtauschen.

§ 7

Bei der Ausübung der ihr in § 6 gewährten Rechte trägt die Organisation allen von der Regierung eines Vertragsstaates dieser Konvention erhobenen Vorstellungen Rechnung, soweit anzunehmen ist, daß ihnen ohne Beeinträchtigung der Belange der Organisation stattgegeben werden kann.

§ 8

Die Organisation, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte genießen Befreiung

a) von jeder direkten Steuer; die Organisation wird jedoch nicht die Befreiung von Steuern verlangen, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen;

b) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der von der Organisation zu ihrem Dienstgebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände; die auf Grund dieser Befreiung eingeführten Gegenstände dürfen jedoch in dem Staat, in den sie eingeführt worden sind, nicht verkauft werden, es sei denn zu Bedingungen, denen die Regierung dieses Staates zugestimmt hat;

c) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichungen.

§ 9

Die Organisation beansprucht grundsätzlich keine Befreiung von Verbrauchsteuern und Verkaufsabgaben, die in den Preisen für bewegliche oder unbewegliche Güter inbegriffen sind; tätigt sie jedoch für ihren Dienstbedarf größere Einkäufe, bei denen derartige Steuern und Abgaben im Preis enthalten sind, so treffen die Vertragsstaaten dieser Konvention in jedem Fall, in dem dies möglich ist, geeignete Verwaltungsmaßnahmen für den Erlaß oder die Erstattung des Betrags dieser Steuern und Abgaben.

Artikel IV

Erleichterungen im Nachrichtenverkehr

§ 10

Die Organisation genießt auf dem Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaates dieser Konvention, soweit dies mit den diesen Staat bindenden internationalen Konventionen, Regelungen und Abmachungen vereinbart ist, für ihre amtliche Nachrichtenübermittlung eine nicht weniger günstige Behandlung, als die Regierung dieses Staates jeder anderen Regierung einschließlich deren diplomatischer Vertretung gewährt; dies bezieht sich auf Prioritäten, auf Gebühren für Postsendungen und Fernmeldedienste und auf Pressegebühren für Mitteilungen an Presse und Rundfunk.

§ 11

Der amtliche Schriftverkehr und die sonstigen amtlichen Mitteilungen der Organisation unterliegen nicht der Zensur.

Die Organisation hat das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Schreiben und sonstige amtliche Mitteilungen durch Kuriere oder mit versiegeltem Kuriergepäck zu versenden und zu empfangen; hierfür gelten die gleichen Privilegien und Immunitäten wie für diplomatische Kuriere und diplomatisches Kuriergepäck.

Dieser Paragraph schließt keineswegs aus, daß geeignete Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden, die ein Vertragsstaat dieser Konvention und die Organisation in gegenseitigem Einvernehmen festlegen.

Artikel V

Vertreter der Mitglieder

§ 12

Den Vertretern der Mitglieder auf den von der Organisation einberufenen Tagungen stehen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und auf der Reise zum und vom Tagungsort folgende Privilegien und Immunitäten zu:

a) Immunität von Festnahme oder Haft, von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks und von jeder Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen;

b) die Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;

c) das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und sonstige Schriftstücke durch Kurier oder mit versiegeltem Kuriergepäck zu empfangen;

d) Befreiung für sich selbst und ihre Ehegatten von Einwanderungsbeschränkungen, von der Meldepflicht für Ausländer und von allen Verpflichtungen zur öffentlichen Dienstleistung in dem Staat, den sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben besuchen oder durchreisen;

e) die gleichen Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenbeschränkungen wie ausländischen Regierungsvertretern auf Dienstreisen;

f) die gleichen Immunitäten und Erleichterungen hinsichtlich ihres persönlichen Gepäcks wie den in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern diplomatischer Vertretungen.

§ 13

Um den Vertretern der Mitglieder der Organisation auf den von dieser einberufenen Tagungen volle Redefreiheit und völlige Unabhängigkeit bei der Ausübung ihres Amtes zu gewährleisten, wird ihnen auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Immunität von der Gerichtsbarkeit bezüglich der von ihnen in Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen gewährt.

§ 14

Ist die Höhe einer Steuer von dem Aufenthalt abhängig, so gilt die Zeit, während der die Vertreter der Mitglieder der Organisation sich auf einer von dieser einberufenen Tagung zur Ausübung ihres Amtes in einem Mitgliedstaat befinden, nicht als Aufenthaltszeit.

§ 15

Diese Privilegien und Immunitäten werden den Vertretern der Mitglieder nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern um zu gewährleisten, daß sie ihre Tätigkeit im Rahmen der Organisation in völliger Unabhängigkeit ausüben können. Daher hat ein Mitglied nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Immunität seines Vertreters in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung des Zwecks, für den sie gewährt wird, aufgehoben werden kann.

§ 16

Die §§ 12, 13 und 14 können nicht gegenüber den Behörden des Staates geltend gemacht werden, dem die betreffende Person angehört oder den sie vertritt oder vertreten hat.

Artikel VI

Beamte

§ 17

Die Organisation teilt den Regierungen aller Vertragsstaaten dieser Konvention in regelmäßigen Abständen die Namen

der Beamten mit, auf welche dieser Artikel und Artikel IX Anwendung finden.

§ 18

a) Die Beamten der Organisation genießen

(i) Immunität von der Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen;

(ii) für die ihnen von der Organisation gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge dieselben Steuerbefreiungen wie Beamte der Vereinten Nationen, und zwar unter denselben Voraussetzungen;

(iii) Befreiung für sich selbst, ihre Ehegatten und ihre versorgungsberechtigten Familienangehörigen von Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer;

(iv) die gleichen Privilegien in bezug auf Erleichterungen hinsichtlich der Devisenvorschriften wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder diplomatischer Vertretungen;

(v) in Zeiten internationaler Krisen für sich selbst, ihre Ehegatten und ihre versorgungsberechtigten Familienangehörigen die gleichen Erleichterungen für ihre Rückführung wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder diplomatischer Vertretungen;

(vi) das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und persönlichen Gebrauchsgegenstände bei Antritt ihres Dienstes in dem betreffenden Staat zollfrei einzuführen.

b) Während Beamte der Organisation gemäß Artikel XII des Statuts der Organisation die Aufgaben eines Inspektors oder gemäß Artikel XI des Statuts die Aufgaben eines Vorhabenprüfers ausüben, genießen sie in Erfüllung ihrer Aufgaben und auf Dienstreisen alle in Artikel VII dieser Konvention aufgeführten zusätzlichen Privilegien und Immunitäten, soweit dies zur wirksamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

§ 19

Die Beamten der Organisation sind von allen Verpflichtungen zur öffentlichen Dienstleistung befreit; dies gilt jedoch hinsichtlich des Staates, dem sie angehören, nur für diejenigen Beamten der Organisation, die auf Grund ihres Amtes in einer vom Generaldirektor der Organisation aufgestellten und von dem betreffenden Staat genehmigten Liste namentlich verzeichnet sind.

Werden andere Beamte der Organisation zur öffentlichen Dienstleistung einberufen, so gewährt der betreffende Staat auf Ersuchen der Organisation Aufschubfristen für die Einberufung, soweit sie erforderlich sind, um eine Unterbrechung wichtiger Arbeiten zu vermeiden.

§ 20

Außer den in den §§ 18 und 19 bezeichneten Privilegien und Immunitäten werden dem Generaldirektor der Organisation und jedem während seiner Abwesenheit für ihn handelnden Beamten sowie ihren Ehegatten und minderjährigen Kindern die Privilegien, Immunitäten und Erleichterungen gewährt, die diplomatischen Vertretern, ihren Ehegatten und minderjährigen Kindern nach dem Völkerrecht zustehen. Dieselben Privilegien, Immunitäten und Erleichterungen werden auch einem Stellvertretenden Generaldirektor oder einem in vergleichbarem Rang stehenden Beamten der Organisation gewährt.

§ 21

Diese Privilegien und Immunitäten werden den Beamten nur im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Organisation hat das Recht und die Pflicht, die Immunität eines Beamten in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach ihrer Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

§ 22

Die Organisation arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Bestimmungen sicherzustellen und jeden Mißbrauch zu verhindern, zu dem die in diesem Artikel bezeichneten Privilegien, Immunitäten und Erleichterungen Anlaß geben könnten.

Artikel VII

Sachverständige im Auftrag der Organisation

§ 23

Sachverständigen (außer den unter Artikel VI fallenden Beamten), die in Ausschüssen der Organisation tätig sind oder Aufträge für die Organisation durchführen, zu denen auch Aufträge nach Artikel XII des Statuts der Organisation an Inspektoren und nach Artikel XI des Statuts an Vorhabenprüfer gehören, stehen — auch auf Dienstreisen in Verbindung mit solchen Ausschüssen oder Aufträgen — folgende Privilegien und Immunitäten zu, soweit diese für die wirksame Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit erforderlich sind:

a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;

b) Immunität von der Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen bei der Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität wird ihnen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit in Verbindung mit solchen Ausschüssen oder Aufträgen der Organisation gewährt;

c) die Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;

d) das Recht, für ihren Nachrichtenverkehr mit der Organisation Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und sonstige Schriftstücke durch Kuriere oder mit versiegeltem Kuriergepäck zu empfangen;

e) die gleichen Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenbeschränkungen wie Vertretern ausländischer Regierungen auf Dienstreisen;

f) die gleichen Immunitäten und Erleichterungen hinsichtlich ihres persönlichen Gepäcks wie in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern diplomatischer Vertretungen.

§ 24

§ 23 Buchstaben (c) und (d) schließt die Einführung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen nicht aus, die ein Vertragsstaat dieser Konvention und die Organisation in gegenseitigem Einvernehmen festlegen.

§ 25

Diese Privilegien und Immunitäten werden den Sachverständigen der Organisation im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Organisation hat das Recht und die Pflicht, die Immunität eines

Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach ihrer Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

Artikel VIII

Mißbrauch von Vorrechten

§ 26

Hat nach Auffassung eines Vertragsstaates dieser Konvention ein Vorrecht oder eine Befreiung, die auf Grund der Konvention gewährt wurden, zu einem Mißbrauch geführt, so konsultieren dieser Staat und die Organisation einander, um festzustellen, ob tatsächlich ein Mißbrauch stattgefunden hat, und um gegebenenfalls eine Wiederholung zu verhindern. Führen diese Konsultationen nicht zu einem für den Staat und die Organisation befriedigenden Ergebnis, so wird die Frage, ob ein Mißbrauch eines Vorrechts oder einer Befreiung stattgefunden hat, durch ein Verfahren gemäß § 34 geklärt. Wird festgestellt, daß ein Mißbrauch stattgefunden hat, so hat der davon betroffene Vertragsstaat dieser Konvention das Recht, der Organisation nach entsprechender Notifizierung die Ausübung des mißbrauchten Vorrechts oder der mißbrauchten Befreiung vorzuenthalten. Die Vorenthaltung von Privilegien und Immunitäten darf jedoch die wesentliche Tätigkeit der Organisation nicht beeinträchtigen und sie nicht an der Wahrnehmung ihrer wesentlichen Aufgaben hindern.

§ 27

Eine Behörde darf Vertreter von Mitgliedern in Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf den von der Organisation einberufenen Tagungen und während ihrer Reise zum und vom Tagungsort sowie Beamte im Sinne des § 1 Ziffer (v) wegen Handlungen, die sie in amtlicher Eigenschaft vorgenommen haben, nicht zum Verlassen des Staates auffordern, in dem sie ihr Amt ausüben. Mißbraucht eine solche Person das Vorrecht des Aufenthalts dadurch, daß sie in diesem Staat Tätigkeiten ausübt, die mit ihren Amtsgeschäften nicht in Zusammenhang stehen, so kann die Regierung dieses Staates sie zum Verlassen desselben auffordern; hierfür gelten jedoch folgende Vorbehalte:

a) Vertreter von Mitgliedern oder Personen, welche die gemäß § 20 vorgesehene Immunität genießen, dürfen zum Verlassen des Staates nur in Übereinstimmung mit dem diplomatischen Verfahren aufgefordert werden, das auf die in diesem Staat akkreditierten Diplomaten anwendbar ist;

b) gegen Beamte, auf die § 20 nicht anwendbar ist, darf ein Ausweisungsbeschluß einer Behörde nur mit Genehmigung des Außenministers des betreffenden Staates ergehen; diese Genehmigung darf erst nach einer Konsultation mit dem Generaldirektor der Organisation erteilt werden; wird gegen einen Beamten ein Ausweisungsverfahren eingeleitet, so hat der Generaldirektor der Organisation das Recht, sich in diesem Verfahren für den davon Betroffenen einzusetzen.

Artikel IX

Passierscheine

§ 28

Die Beamten der Organisation sind berechtigt, nach Maßgabe der Verwaltungsabmachungen zwischen dem Generaldirektor der Organisation und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Passierscheine der Vereinten Nationen zu benutzen. Der Generaldirektor der Organisation notifiziert jedem Vertragsstaat dieser Konvention die zu diesem Zweck geschlossenen Verwaltungsabmachungen.

§ 29

Die Vertragsstaaten dieser Konvention erkennen die für die Beamten der Organisation ausgestellten Passierscheine der Vereinten Nationen als gültige Reiseausweise an.

§ 30

Etwa erforderliche Anträge von Beamten der Organisation, die Inhaber eines Passierscheines der Vereinten Nationen sind, auf Erteilung eines Visums werden so schnell wie möglich bearbeitet, sofern ihnen eine Bescheinigung beiliegt, daß die Beamten im Auftrag der Organisation reisen. Diesen Personen sind auch Erleichterungen zur Beschleunigung der Reise zu gewähren.

§ 31

Ähnliche Erleichterungen, wie die in § 30 bezeichneten, werden auch Sachverständigen und sonstigen Personen gewährt, die, ohne im Besitz eines Passierscheines der Vereinten Nationen zu sein, Inhaber einer Bescheinigung sind, daß sie im Auftrag der Organisation reisen.

§ 32

Dem Generaldirektor, den Stellvertretenden Generaldirektoren und den sonstigen Beamten der Organisation, die mindestens im Rang eines Abteilungsleiters stehen und im Auftrag der Organisation mit Passierscheinen der Vereinten Nationen reisen, werden die gleichen Reiseerleichterungen gewährt wie den in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern diplomatischer Vertretungen.

Artikel X

Schlichtung von Streitigkeiten

§ 33

Die Organisation hat geeignete Verfahren vorzusehen, um Streitigkeiten zu schlichten,

a) die sich aus privatrechtlichen Verträgen ergeben oder aus anderem Grund privatrechtlicher Art sind und bei denen die Organisation Partei ist;

b) an denen ein Beamter oder Sachverständiger der Organisation beteiligt ist, der wegen seiner dienstlichen Stellung Immunität genießt, soweit diese nicht gemäß §§ 21 und 25 aufgehoben worden ist.

§ 34

Alle Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention werden beim Internationalen Gerichtshof nach Maßgabe seines Statuts anhängig gemacht, sofern die Parteien nicht im Einzelfall eine andere Art der Schlichtung vereinbaren. Entsteht zwischen der Organisation und einem Mitglied eine Streitigkeit, für welche die Parteien keine andere Art der Schlichtung vereinbaren, so ist gemäß Artikel 96 der Charta der Vereinten Nationen und Artikel 65

des Statuts des Gerichtshofes sowie gemäß den einschlägigen Bestimmungen des zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation geschlossenen Abkommens ein Gutachten über jede aufgeworfene Rechtsfrage einzuholen. Das Gutachten des Gerichtshofes wird von den Parteien als bindend anerkannt.

Artikel XI

Auslegung

§ 35

Diese Konvention ist unter Berücksichtigung der Aufgaben auszulegen, die der Organisation durch ihr Statut übertragen sind.

§ 36

Privilegien und Immunitäten, die ein Staat der Organisation deshalb gewährt, weil sich der Sitz oder regionale Büros der Organisation oder Beamte, Sachverständige, Material, Ausrüstungen oder Einrichtungen der Organisation in Verbindung mit der Durchführung von Vorhaben oder mit der Tätigkeit der Organisation in seinem Hoheitsgebiet befinden, werden durch diese Konvention weder eingeschränkt noch berührt; dies gilt auch für die Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen auf Vorhaben oder sonstige Vorkehrungen der Organisation. Diese Konvention steht dem Abschluß von Zusatzvereinbarungen zwischen einem Vertragsstaat und der Organisation zur Anpassung von Bestimmungen dieser Konvention oder zur Erweiterung oder Einschränkung der darin vorgesehenen Privilegien und Immunitäten nicht entgegen.

§ 37

Vorschriften des Statuts der Organisation sowie sonstige Rechte und Pflichten, welche die Organisation hat, erwirbt oder übernimmt, können durch diese Konvention weder aufgehoben noch eingeschränkt werden.

Artikel XII

Schlußbestimmungen

§ 38

Diese Konvention wird allen Mitgliedern der Organisation zur Annahme übermittelt. Die Annahme erfolgt durch Hinterlegung einer Annahmeurkunde beim Generaldirektor; die Konvention tritt für jedes Mitglied mit der Hinterlegung seiner Annahmeurkunde in Kraft. Es wird vorausgesetzt, daß ein Staat, in dessen Namen eine Annahmeurkunde hinterlegt wird, in der Lage ist, den Bestimmungen dieser Konvention auf Grund seines eigenen Rechts Wirksamkeit zu verleihen. Der Generaldirektor übermittelt der Regierung jedes Staates, der Mitglied der Organisation ist oder wird, eine beglaubigte Abschrift dieser Konvention und unterrichtet alle Mitglieder von der Hinterlegung jeder Annahmeurkunde sowie von der Notifizierung jeder Kündigung gemäß § 39. Mitglieder können Vorbehalte zu dieser Konvention machen. Diese sind nur bei der Hinterlegung der Annahmeurkunde des betreffenden Mitglieds zulässig; der Generaldirektor gibt den Wortlaut der Vorbehalte unverzüglich allen Mitgliedern der Organisation bekannt.

§ 39

Diese Konvention bleibt zwischen der Organisation und jedem Mitglied, das eine Annahmeurkunde hinterlegt hat, während dessen Mitgliedschaft in der Organisation oder so lange in Kraft, bis der Gouverneursrat eine revidierte Konvention genehmigt und das betreffende Mitglied sie angenommen hat; notifiziert ein Mitglied dem Generaldirektor eine Kündigung, so tritt die Konvention für dieses Mitglied ein Jahr nach dem Eingang dieser Notifizierung beim Generaldirektor außer Kraft.

§ 40

Auf Antrag eines Drittels der Vertragsstaaten dieser Konvention zieht der Gouverneursrat der Organisation die Genehmigung von Änderungen in Erwägung. Vom Rat genehmigte Änderungen treten in Kraft, sobald sie nach dem in § 38 vorgesehenen Verfahren angenommen worden sind.

AGREEMENT ON THE PRIVILEGES AND IMMUNITIES OF THE INTERNATIONAL ATOMIC ENERGY AGENCY

WHEREAS Article XV.C of the Statute of the International Atomic Energy Agency provides that the legal capacity, privileges and immunities referred to in that Article shall be defined in a separate agreement or agreements between the Agency, represented for this purpose by the Director General acting under the instructions of the Board of Governors, and the Members;

WHEREAS an Agreement Governing the Relationship between the Agency and the United Nations has been adopted in accordance with Article XVI of the Statute; and

WHEREAS the General Assembly of the United Nations, contemplating the unification as far as possible of the privileges and immunities enjoyed by the United Nations and by the various agencies brought into relationship with the United Nations, has adopted the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies, and a number of Members of the United Nations have acceded thereto;

THE BOARD OF GOVERNORS

1. HAS APPROVED, without committing the Governments represented on the Board, the text below, which in general follows the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies; and

2. INVITES the Members of the Agency to consider and, if they see fit, to accept this Agreement.

ARTICLE I

Definitions

Section 1. In this Agreement:

(i) The expression "the Agency" means the International Atomic Energy Agency;

(ii) For the purposes of Article III, the words "property and assets" shall also include property and funds in the custody of the Agency or administered by the Agency in furtherance of its statutory functions;

(iii) For the purposes of Articles V and VIII, the expression "representatives of Members" shall be deemed to include all Governors, representatives, alternates, advisers, technical experts and secretaries of delegations;

(iv) In sections 12, 13, 14 and 27, the expression "meetings convened by the Agency" means meetings:

(1) of its General Conference and of its Board of Governors;

(2) of any international conference, symposium, seminar or panel convened by it; and

(3) of any committee of any of these bodies;

(v) For the purposes of Articles VI and IX, the expression "officials of the Agency" means the Director General and all members of the staff of the Agency except those who are locally recruited and assigned to hourly rates.

ARTICLE II

Juridical Personality

Section 2. The Agency shall possess juridical personality. It shall have the capacity (a) to contract, (b) to acquire and dispose of immovable and movable property and (c) to institute legal proceedings.

ARTICLE III

Property, Funds and Assets

Section 3. The Agency, its property and assets, wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process except in so far as in any particular case it has expressly waived its immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

Section 4. The premises of the Agency shall be inviolable. The property and assets of the Agency, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative action.

Section 5. The archives of the Agency, and in general all documents belonging to it or held by it, shall be inviolable, wherever located.

Section 6. Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria of any kind:

(a) The Agency may hold funds, gold or currency of any kind and operate accounts in any currency,

(b) The Agency may freely transfer its funds, gold or currency from one country to another or within any country and convert any currency held by into any other currency.

Section 7. The Agency shall, in exercising its rights under section 6, pay due regard to any representations made by the Government of any State party to this Agreement in so far as it is considered that effect can be given to such representations without detriment to the interests of the Agency.

Section 8. The Agency, its assets, income and other property shall be:

(a) Exempt from all direct taxes; it is understood, however, that the Agency will not claim exemption from taxes which are, in fact, no more than charges for public utility services;

(b) Exempt from customs duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of articles imported or exported by the Agency for its official use; it is understood, however, that articles imported under such exemption will not be sold in the country into which they were imported except under conditions agreed to with the Government of that country;

(c) Exempt from duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of its publications.

Section 9. While the Agency will not, as a general rule, claim exemption from excise duties and from taxes on the sale of movable and immovable property which form part of the price to be paid, nevertheless when the Agency is making important purchases for official use of property on which such duties and taxes have been charged or are chargeable, States parties to this Agreement will, whenever possible, make appropriate administrative arrangements for the remission or return of the amount of duty or tax.

ARTICLE IV

Facilities in Respect of Communications

Section 10. The Agency shall enjoy, in the territory of each State party to this Agreement and as far as may be compatible with any international conventions, regulations and arrangements to which that State is a party, for its official communications, treatment not less favourable than that accorded by the Government of such a State to any other Government, including the latter's diplomatic mission, in the matter of priorities, rates and taxes for posts and telecommunications, and press rates for information to the press and radio.

Section 11. No censorship shall be applied to the official correspondence and other official communications of the Agency.

The Agency shall have the right to use codes and to dispatch and receive correspondence and other official communications by courier or in sealed bags, which shall have the same immunities and privileges as diplomatic couriers and bags.

Nothing in this section shall be construed to preclude the adoption of appropriate security precautions to be determined by agreement between a State party to this Agreement and the Agency.

ARTICLE V

Representatives of Members

Section 12. Representatives of Members at meetings convened by the Agency shall, while exercising their functions and during their journeys to and from the place of meeting, enjoy the following privileges and immunities:

(a) Immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage, and in respect of words spoken or written and all acts done by them in their official capacity, immunity from legal process of every kind;

(b) Inviolability for all papers and documents;

(c) The right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;

(d) Exemption in respect of themselves and their spouses from immigration restrictions, aliens' registration or national service obligations in the State which they are visiting or through which they are passing in the exercise of their functions;

(e) The same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions;

(f) The same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to members of comparable rank of diplomatic missions.

Section 13. In order to secure for the representatives of Members of the Agency at meetings convened by the Agency complete freedom of speech and complete independence in the discharge of their duties, the immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging their duties shall continue to be accorded, notwithstanding that the persons concerned are no longer engaged in the discharge of such duties.

Section 14. Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the representatives of Members of the Agency at meetings convened by the Agency are present in a Member State for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence.

Section 15. Privileges and immunities are accorded to the representatives of Members, not for the personal benefit of the individuals themselves, but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connexion with the Agency. Consequently, a Member not only has the right but is under a duty to waive the immunity of its representatives in any case where, in the opinion of the Member, the immunity would impede the course of justice, and where it can be waived without prejudice to the purpose of which the immunity is accorded.

Section 16. The provisions of sections 12, 13 and 14 are not applicable in relation to the authorities of a State of which the person is a national or of which he is or has been a representative.

ARTICLE VI

Officials

Section 17. The Agency shall from time to time make known to the Governments of all States parties to this Agreement the names of the officials to whom the provisions of this Article and of Article IX apply.

Section 18.

(a) Officials of the Agency shall:

(i) Be immune from legal process in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their official capacity;

(ii) Enjoy the same exemptions from taxation in respect of the salaries and emoluments paid to them by the Agency and on the same conditions as are enjoyed by officials of the United Nations;

(iii) Be immune, together with their spouses and relatives dependent on them, from immigration restrictions and alien registration;

(iv) Be accorded the same privileges in respect of exchange facilities as are accorded to officials of comparable rank of diplomatic missions;

(v) Be given together with their spouses and relatives dependent on them, the same repatriation facilities in time of international crises as officials of comparable rank of diplomatic missions;

(vi) Have the right to import free of duty their furniture and effects at the time of first taking up their post in the country in question.

(b) Officials of the Agency shall, while exercising the functions of an inspector under Article XII of the Statute of the Agency or those of a project examiner under Article XI thereof, and while travelling in their official capacity en route to and from the performance of these functions, enjoy all the additional privileges and immunities set forth in Article VII of this Agreement so far as is necessary for the effective exercise of such functions.

Section 19. The officials of the Agency shall be exempt from national service obligations, provided that in relation

to the States of which they are nationals, such exemption shall be confined to officials of the Agency whose names have, by reason of their duties, been placed upon a list compiled by the Director General of the Agency and approved by the State concerned.

Should other officials of the Agency be called up for national service, the State concerned shall, at the request of the Agency, grant such temporary deferments in the call-up of such officials as may be necessary to avoid interruption in the continuation of essential work.

Section 20. In addition to the privileges and immunities specified in sections 18 and 19 above, the Director General of the Agency, including any official acting on his behalf during his absence from duty, shall be accorded on behalf of himself, his spouse and minor children, the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to diplomatic envoys on behalf of themselves, their spouses and minor children, in accordance with international law. The same privileges and immunities, exemptions and facilities shall also be accorded to a Deputy Director General or official of equivalent rank of the Agency.

Section 21. Privileges and immunities are granted to officials in the interest of the Agency only and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Agency shall have the right and the duty to waive the immunity of any official in any case where, in its opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the Agency.

Section 22. The Agency shall co-operate at all times with the appropriate authorities of Member States to facilitate the proper administration of justice, secure the observance of police regulations and prevent the occurrence of any abuses in connexion with the privileges, immunities and facilities mentioned in this Article.

ARTICLE VII

Experts on Missions for the Agency

Section 23. Experts (other than officials coming within the scope of Article VI) serving on committees of the Agency or performing missions for the Agency, including missions as inspectors under Article XII of the Statute of the Agency and as project examiners under Article XI thereof, shall be accorded the following privileges and immunities so far as is necessary for the effective exercise of their functions, including the time spent on journeys in connexion with service on such committees or missions:

(a) Immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;

(b) In respect of words spoken or written or acts done by them in the performance of their official functions, immunity from legal process of every kind, such immunity to continue notwithstanding that the persons concerned are no longer serving on committees of, or employed on missions for, the Agency;

(c) Inviolability for all papers and documents;

(d) For the purposes of their communications with the Agency, the right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;

(e) The same facilities in respect of currency and exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions;

(f) The same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to members of comparable rank of diplomatic missions.

Section 24. Nothing in sub-paragraphs (c) and (d) of section 23 shall be construed to preclude the adoption of appropriate security precautions to be determined by agreement between a State party to this Agreement and the Agency.

Section 25. Privileges and immunities are granted to the experts of the Agency in the interests of the Agency and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Agency shall have the right and the duty to waive the immunity of any expert in any case where, in its opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the Agency.

ARTICLE VIII

Abuses of Privilege

Section 26. If any State party to this Agreement considers that there has been an abuse of a privilege or immunity conferred by this Agreement, consultations shall be held between that State and the Agency to determine whether any such abuse has occurred and, if so, to attempt to ensure that no repetition occurs. If such consultations fail to achieve a result satisfactory to the State and the Agency, the question whether an abuse of a privilege or immunity has occurred shall be settled by a procedure in accordance with section 34. If it is found that such an abuse has occurred, the State party to this Agreement affected by such abuse has the right, after notification to the Agency, to withhold from the Agency the benefits of the privilege or immunity so abused. However, the withholding of privileges or immunities must not interfere with the Agency's principal activities or prevent the Agency from performing its principal functions.

Section 27. Representatives of Members at meetings convened by the Agency, while exercising their functions and during their journeys to and from the place of meeting, and officials within the meaning of section 1(v), shall not be required by the territorial authorities to leave the country in which they are performing their functions on account of any avtivities by them in their official capacity. In the case, however, of abuse of privileges of residence committed by any such person in activities in that country outside his official functions, he may be required to leave by the Government of that country, provided that:

(a) Representatives of Members, or persons who are entitled to the immunities provided in section 20, shall not be required to leave the country otherwise than in accordance with the diplomatic procedure applicable to diplomatic envoys accredited to that country;

(b) In the case of an official to whom section 20 is not applicable, no order to leave the country shall be issued by the territorial authorities other than with the approval of the Foreign Minister of the country in question, and such approval shall be given only after consultation with the Director General of the Agency; and, if expulsion proceedings are taken against an official, the Director General of the Agency shall have the right to appear in such proceedings on behalf of the person against whom they are instituted.

ARTICLE IX

Laissez-passer

Section 28. Officials of the Agency shall be entitled to use the United Nations laissez-passer in conformity with administrative arrangements concluded between the Director General of the Agency and the Secretary-General of the

United Nations. The Director General of the Agency shall notify each State party to this Agreement of the administrative arrangements so concluded.

Section 29. States parties to this Agreement shall recognize and accept the United Nations laissez-passer issued to officials of the Agency as valid travel documents.

Section 30. Applications for visas, where required, from officials of the Agency holding United Nations laissez-passer, when accompanied by a certificate that they are travelling on the business of the Agency, shall be dealt with as speedily as possible. In addition, such person shall be granted facilities for speedy travel.

Section 31. Similar facilities to those specified in section 30 shall be accorded to experts and other persons who, though not holders of United Nations laissez-passer, have a certificate that they are travelling on the business of the Agency.

Section 32. The Director General, the Deputy Directors General and other officials of a rank not lower than head of division of the Agency, travelling on United Nations laissez-passer on the business of the Agency, shall be granted the same facilities for travel as are accorded to officials of comparable rank in diplomatic missions.

ARTICLE X

Settlement of Disputes

Section 33. The Agency shall make provision for appropriate modes of settlement of:

(a) Disputes arising out of contracts or other disputes of a private character to which the Agency is a party;

(b) Disputes involving any official or expert of the Agency who by reason of his official position enjoys immunity, if immunity has not been waived in accordance with sections 21 or 25.

Section 34. Unless in any case it is agreed by the parties to have recourse to another mode of settlement, all differences arising out of the interpretation or application of the present Agreement shall be referred to the International Court of Justice, in accordance with the Statute of the Court. If a difference arises between the Agency and a Member and they do not agree on any other mode of settlement, a request shall be made for an advisory opinion on any legal question involved, in accordance with Article 96 of the Charter of the United Nations and Article 65 of the Statute of the Court and the relevant provisions of the agreement concluded between the United Nations and the Agency. The opinion given by the Court shall be accepted as decisive by the parties.

ARTICLE XI

Interpretation

Section 35. The provisions of this Agreement shall be interpreted in the light of the functions with which the Agency is entrusted by its Statute.

Section 36. The provisions of this Agreement shall in no way limit or prejudice the privileges and immunities which have been, or may hereafter be, accorded to the Agency by any State by reason of the location in the territory of that State of the Agency's Headquarters or regional offices, or of officials, experts, materials, equipment or facilities in connexion with Agency projects or activities, including the application of safeguards to an Agency project or other arrangement. This Agreement shall not be deemed to prevent the conclusion between the Agency and any State party thereto of supplemental agreements adjusting the provisions of this Agreement or extending or curtailing the privileges and immunities thereby granted.

Section 37. This Agreement shall not itself operate so as to abrogate, or derogate from, any provisions of the Statute of the Agency or any rights or obligations which the Agency may otherwise have, acquire or assume.

ARTICLE XII

Final Provisions

Section 38. This Agreement shall be communicated to every Member of the Agency for acceptance. Acceptance shall be effected by the deposit with the Director General of an instrument of acceptance, and the Agreement shall come into force as regards each Member on the date of deposit of that Member's instrument of acceptance. It is understood that, when an instrument of acceptance is deposited on behalf of any State, that State will be in a position under its own law to give effect to the terms of this Agreement. The Director General shall transmit a certified copy of this Agreement to the Government of every State now or hereafter becoming a Member of the Agency, and shall inform all Members of the deposit of each instrument of acceptance and of the filing of any notification of denunciation provided for in section 39.

It shall be permissible for a Member to make reservations to this Agreement. Reservations may be made only at the time of the deposit of the Member's instrument of acceptance, and shall immediately be communicated by the Director General to all Members of the Agency.

Section 39. This Agreement shall continue in force as between the Agency and every Member which has deposited an instrument of acceptance for so long as that Member remains a Member of the Agency, or until a revised agreement has been approved by the Board of Governors and that Member has become a party to this revised agreement, provided that if a Member files a notification of denunciation with the Director General this Agreement shall cease to be in force with respect to such Member one year after the receipt of such notification by the Director General.

Section 40. At the request of one-third of the States parties to this Agreement, the Board of Governors of the Agency shall consider whether to approve amendments thereto. Amendments approved by the Board shall enter into force upon their acceptance in accordance with the procedure provided in section 38.

ACCORD SUR LES PRIVILEGES ET IMMUNITES DE L'AGENCE INTERNATIONALE DE L'ENERGIE ATOMIQUE

ATTENDU que le paragraphe C de l'Article XV du Statut de l'Agence internationale de l'énergie atomique dispose que la capacité juridique et les privilèges et immunités mentionnés dans ledit Article doivent être définis dans un accord ou des accords distincts qui seront conclus entre l'Agence, représentée à cette fin par le Directeur général agissant conformément aux instructions du Conseil des gouverneurs, et ses Membres;

ATTENDU qu'un Accord régissant les relations entre l'Agence et l'Organisation des Nations Unies a été adopté conformément à l'Article XVI du Statut;

ATTENDU que l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies, souhaitant l'unification, dans la mesure du possible, des privilèges et immunités dont jouissent l'Organisation des Nations Unies et les diverses institutions ayant conclu un accord avec ladite Organisation, a adopté la Convention sur les privilèges et immunités des institutions spécialisées et que plusieurs Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies ont adhéré à ladite Convention;

LE CONSEIL DES GOUVERNEURS

1. A APPROUVE, sans engager les gouvernements représentés au Conseil, le texte ci-après qui, d'une manière générale, reprend les dispositions de la Convention sur les privilèges et immunités des institutions spécialisées;

2. INVITE les Etats Membres de l'Agence à examiner cet accord et, s'ils le jugent à propos, à l'accepter.

ARTICLE PREMIER

Définitions

Section 1. Dans le présent Accord:

i) L'expression « l'Agence » désigne l'Agence internationale de l'énergie atomique;

ii) Aux fins de l'article III, les mots « biens et avoirs » s'appliquent également aux biens et fonds dont l'Agence a la garde ou qui sont administrés par elle dans l'exercice de ses attributions statutaires;

iii) Aux fins des articles V et VIII, l'expression « représentants des Membres » est considérée comme comprenant tous les gouverneurs, représentants, suppléants, conseillers, experts techniques et secrétaires de délégations;

iv) Aux fins des sections 12, 13, 14 et 27, l'expression « réunions convoquées par l'Agence » vise les réunions:

1) De sa Conférence générale et de son Conseil des gouverneurs;

2) Des conférences internationales, colloques, journées ou groupes d'études convoqués par elle;

3) Des commissions de l'un quelconque des organes précédents.

v) Aux fins des articles VI et IX, l'expression « fonctionnaires de l'Agence » désigne le Directeur général et tous les membres du personnel de l'Agence, à l'exception de ceux qui sont recrutés sur place et payés à l'heure.

ARTICLE II

Personalité juridique

Section 2. L'Agence possède la personnalité juridique. Elle a la capacité: a) de contracter, b) d'acquérir et de disposer des biens immobiliers et mobiliers, c) d'ester en justice.

ARTICLE III

Biens, fonds et avoirs

Section 3. L'Agence, ses biens et avoirs, en quelque endroit qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, jouissent de l'immunité de juridiction, sauf dans la mesure où elle y a expressément renoncé dans un cas particulier, il est entendu toutefois que la renonciation ne peut s'étendre à des mesures d'exécution.

Section 4. Les locaux de l'Agence sont inviolables. Ses biens et avoirs, en quelque endroit qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation, expropriation et de toute autre forme de contrainte exécutive, administrative, judiciaire ou législative.

Section 5. Les archives de l'Agence et, d'une manière générale, tous les documents lui appartenant ou détenus par elle sont inviolables en quelque endroit qu'ils se trouvent.

Section 6. Sans être astreinte à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financiers:

a) L'Agence peut détenir des fonds, de l'or ou des devises de toute nature et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie;

b) L'Agence peut transférer librement ses fonds, son or ou ses diveses d'un pays dans un autre ou à l'intérieur d'un pays quelconque et convertir toutes devises détenues par elle en toute autre monnaie.

Section 7. Dans l'exercice des droits qui lui sont accordés en vertu de la section 6, l'Agence tiendra compte de toutes représentations qui lui seraient faites par le gouvernement de tout Etat partie au présent Accord, dans la mesure où elle estimera pouvoir y donner suite sans porter préjudice à ses propres intérêts.

Section 8. L'Agence, ses avoirs, revenus et autres biens sont:

a) Exonérés de tout impôt direct; il est entendu, toutefois, que l'Agence ne demandera pas l'exonération d'impôts qui ne seraient pas en excès de la simple rémunération de services d'utilité publique;

b) Exonérés de tout droit de douane et de toutes prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard d'objets importés ou exportés par l'Agence pour son usage officiel; il est entendu, toutefois, que les articles ainsi importés en franchise ne seront pas vendus sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le gouvernement de ce pays;

c) Exonérés de tout droit de douane et de toutes prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard de ses publications.

Section 9. Bien que l'Agence ne revendique pas, en règle générale, l'exonération des droits d'accise et des taxes à la vente entrant dans le prix des biens mobiliers ou immobiliers, cependant, quand elle effectue pour son usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature, les Etats parties au présent Accord prendront, chaque fois qu'il leur sera possible, les arrangements administratifs appropriés en vue de la remise ou du remboursement du montant de cet droits et taxes.

ARTICLE IV

Facilités de communications

Section 10. L'Agence jouit, pour ses communications officielles, sur le territoire de tout Etat partie au présent Accord et dans la mesure compatible avec les conventions, règlements et accords internationaux auxquels cet Etat est partie, d'un traitement non moins favorable que le traitement accordé par le gouvernement de cet Etat à tout autre gouvernement, y compris à sa mission diplomatique, en matière de priorités, tarifs et taxes pour les postes et télécommunications, ainsi qu'en matière de tarifs de presse pour les informations à la presse et à la radio.

Section 11. La correspondance officielle et les autres communications officielles de l'Agence ne peuvent être censurées.

L'Agence a le droit d'employer des codes ainsi que d'expédier et de recevoir sa correspondance et ses autres communications officielles par des courriers ou valises scellées qui jouiront des mêmes privilèges et immunités que les courriers et valises diplomatiques.

La présente section ne pourra en aucune manière être interprétée comme interdisant l'adoption de mesures de sécurité appropriées, à déterminer par voie d'accord entre l'Etat partie au présent Accord et l'Agence.

ARTICLE V

Représentants des Membres

Section 12. Les représentants des Membres aux réunions convoquées par l'Agence jouissent, pendant l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges et immunités suivants:

a) Immunité d'arrestation ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels et, en ce qui concerne les actes accomplis par eux en leur qualité officielle (y compris leurs paroles et écrits), immunité de toute juridiction;

b) Inviolabilité de tous papiers et documents;

c) Droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courriers ou par valises scellées;

d) Exemption pour eux-mêmes et pour leurs conjoints de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration, de toutes formalités d'enregistrement des étrangers et de toutes obligations de service national dans les pays visités ou traversés par eux dans l'exercice de leurs fonctions;

e) Mêmes facilités en ce qui concerne les restrictions monétaires ou de change que celles qui sont accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

f) Mêmes immunités et facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles qui sont accordées aux membres des missions diplomatiques d'un rang comparable.

Section 13. En vue d'assurer aux représentants des Membres de l'Agence aux réunions convoquées par elle une complète liberté de parole et une complète indépendance dans l'accomplissement de leurs fonctions, l'immunité de juridiction en ce qui concerne les paroles, les écrits ou les actes émanant d'eux dans l'accomplissement de leurs fonctions continuera à leur être accordée même après que le mandat de ces personnes aura pris fin.

Section 14. Dans le cas où l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujetti, les périodes pendant lesquelles les représentants des Membres de l'Agence aux réunions convoquées par elle se trouveront sur le territoire d'un Membre pour l'exercice de leurs fonctions ne seront pas considerées comme des périodes de résidence.

Section 15. Les privilèges et immunités sont accordés aux représentants des Membres, non pour leur bénéfice personnel, mais dans le but d'assurer en toute indépendance l'exercice de leurs fonctions en ce qui concerne l'Agence. Par conséquent, un Membre a non seulement le droit, mais le devoir de lever l'immunité de son représentant dans tous les cas où, à son avis, l'immunité empêcherait que justice soit faite et où l'immunité peut être levée sans nuire au but pour lequel elle est accordée.

Section 16. Les dispositions des sections 12, 13 et 14 ne sont pas opposables aux autorités de l'Etat dont la personne est ressortissante ou dont elle est ou a été le représentant.

ARTICLE VI

Fonctionnaires

Section 17. L'Agence communiquera périodiquement aux gouvernements de tous les Etats parties au présent Accord les noms des fonctionnaires auxquels s'appliquent les dispositions du présent article ainsi que celles de l'article IX.

Section 18.

a) Les fonctionnaires de l'Agence:

i) Jouissent de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle (y compris leurs paroles et écrits);

ii) Jouissent, en ce qui concerne les traitements et émoluments qui leur sont versés par l'Agence, des mêmes exonérations d'impôt que celles dont jouissent les fonctionnaires de l'Organisation des Nations Unies, et dans les mêmes conditions;

iii) Ne sont pas soumis, non plus que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, aux mesures restrictives relatives à l'immigration, ni aux formalités d'enregistrement des étrangers;

iv) Jouissent, en ce qui concerne les facilités de change, des mêmes privilèges que les membres des missions diplomatiques d'un rang comparable;

v) Juiront, en période de crise internationale, ainsi que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, des mêmes facilités de rapatriement que les membres des missions diplomatiques d'un rang comparable;

vi) Jouissent du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonction dans le pays intéressé.

b) Les fonctionnaires de l'Agence exerçant des fonctions d'inspection conformément à l'Article XII du Statut de l'Agence, ou chargés d'étudier un projet conformément à l'Article XI dudit Statut, jouissent dans l'exer-

cice de leurs fonctions et au cours des déplacements officiels de tous les autres privilèges et immunités mentionnés à l'article VII du présent Accord, dans la mesure où ils leur seront nécessaires pour l'exercice effectif desdites fonctions.

Section 19. Les fonctionnaires de l'Agence sont exempts de toute obligation relative au service national. Toutefois, cette exemption sera, par rapport aux Etats dont ils sont les ressortissants, limitée à ceux des fonctionnaires de l'Agence qui, en raison de leurs fonctions, auront été nommément désignés sur une liste établie par le Directeur général de l'Agence et approuvée par l'Etat dont ils sont les ressortissants.

En cas d'appel au service national d'autres fonctionnaires de l'Agence, l'Etat intéressé accordera, à la demande de l'Agence, les sursis d'appel qui pourraient être nécessaires en vue d'éviter l'interruption d'un service essentiel.

Section 20. Outre les privilèges et immunités prévus aux sections 18 et 19, le Directeur général de l'Agence, ainsi que tout fonctionnaire agissant en son nom pendant son absence, tant en ce qui le concerne qu'en ce qui concerne ses conjoint et enfants mineurs, jouit des privilèges, immunités, exemptions et facilités accordés, conformément au droit international, aux envoyés diplomatiques tant en ce qui les concerne qu'en ce qui concerne leurs conjoints et enfants mineurs. Les mêmes privilèges et immunités, exemptions et facilités seront accordés aussi aux directeurs généraux adjoints et aux fonctionnaires de l'Agence de rang équivalent.

Section 21. Les privilèges et immunités sont accordés aux fonctionnaires uniquement dans l'intérêt de l'Agence et non pour leur bénéfice personnel. L'Agence pourra et devra lever l'immunité accordée à un fonctionnaire dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice ne soit faite et où l'immunité peut être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Agence.

Section 22. L'Agence collaborera en tout temps avec les autorités compétentes des Etats Membres en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités et facilités énumérés au présent article.

ARTICLE VII

Experts en mission pour l'Agence

Section 23. Les experts (autres que les fonctionnaires visés à l'article VI) qui exercent des fonctions auprès des commissions de l'Agence ou accomplissent des missions pour cette dernière, y compris des missions en qualité d'inspecteurs conformément à l'Article XII du Statut de l'Agence ou en qualité de chargés d'étude conformément à l'Article XI dudit Statut, jouissent des privilèges et immunités ci-après dans la mesure où ils sont nécessaires pour l'exercice effectif de leurs fonctions, y compris durant les voyages effectués à l'occasion de l'exercice de leurs fonctions auprès de ces commissions ou au cours de ces missions:

a) Immunité d'arrestation ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels;

b) Immunité de toute juridiction en ce qui concerne les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles (y compris leurs paroles et écrits); les intéressés continueront à bénéficier de ladite immunité alors même qu'ils n'exerceront plus de fonctions auprès des commissions de l'Agence ou ne seront plus chargés de mission pour le compte de cette dernière;

c) Inviolabilité de tous papiers et documents;

d) Pour leurs communications avec l'Agence, droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courriers ou par valises scellées;

e) Mêmes facilités, en ce qui concerne les restrictions monétaires ou de change, que celles qui sont accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

f) Mêmes immunités et facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles qui sont accordées aux membres des missions diplomatiques d'un rang comparable.

Section 24. Rien dans les alinéas c) et d) de la section 23 ne peut être interprété comme interdisant l'adoption de mesures de sécurité appropriées, à déterminer par voie d'accord entre tout Etat partie au présent Accord et l'Agence.

Section 25. Les privilèges et immunités sont accordés aux experts dans l'intérêt de l'Agence et non pour leur bénéfice personnel. L'Agence pourra et devra lever l'immunité accordé à un expert dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice ne soit faite et où l'immunité peut être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Agence.

ARTICLE VIII

Abus des privilèges

Section 26. Si un Etat partie au présent Accord estime qu'il y a eu abus d'un privilège ou d'une immunité accordés par le présent Accord, des consultations auront lieu entre cet Etat et l'Agence en vue de déterminer si un tel abus s'est produit et, dans l'affirmative, d'essayer d'en prévenir la répétition. Si de telles consultations n'aboutissent pas à un résultat satisfaisant pour l'Etat et l'Agence, la question de savoir s'il y a eu abus d'un privilège ou d'une immunité sera réglée dans les conditions prévues à la section 34. S'il est constaté qu'un tel abus s'est produit, l'Etat partie au présent Accord et affecté par ledit abus aura le droit, après notification à l'Agence, de cesser d'accorder, dans ses rapports avec l'Agence, le bénéfice du privilège ou de l'immunité dont il aurait été fait abus. Toutefois, la suppression des privilèges et immunités ne doit pas gêner l'Agence dans l'exercice de ses activités principales ni l'empêcher de s'acquitter de ses tâches principales.

Section 27. Les représentants des Membres aux réunions convoquées par l'Agence, pendant l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de réunion, ainsi que les fonctionnaires visés à la section 1 v) ne seront pas contraints par les autorités territoriales de quitter le pays dans lequel ils exercent leurs fonctions, en raison d'activités exercées par eux en leur qualité officielle. Toutefois, dans le cas où une telle personne abuserait du privilège de résidence en exerçant dans ce pays des activités sans rapport avec ses fonctions officielles, elle pourra être contrainte de quitter le pays par le gouvernement de celui-ci, sous réserve des dispositions ci-après:

a) Les représentants des Membres ou les personnes jouissant d'immunités aux termes de la section 20 ne seront pas contraints de quitter le pays si ce n'est conformément à la procédure diplomatique applicable aux envoyés diplomatiques accrédités dans ce pays;

b) Dans le cas d'un fonctionnaire auquel ne s'applique pas la section 20, aucune décision d'expulsion ne sera prise par les autorités territoriales sans l'approbation du Ministre des affaires étrangères du pays en question, approbation qui ne sera donnée qu'après consultation avec le Directeur général de l'Agence; si une procédure d'expulsion est engagé contre un fonctionnaire, le Direc-

teur général de l'Agence aura le droit d'intervenir dans cette procédure pour la personne contre laquelle elle est intentée.

ARTICLE IX

Laissez-passer

Section 28. Les fonctionnaires de l'Agence ont le droit d'utiliser les laissez-passer des Nations Unies, conformément aux arrangements administratifs conclus entre le Directeur général de l'Agence et le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Le Directeur général de l'Agence notifiera à chacun des Etats parties au présent Accord les arrangements administratifs ainsi conclus.

Section 29. Les laissez-passer des Nations Unies délivrés aux fonctionnaires de l'Agence sont reconnus et acceptés comme titres valables de voyage par les Etats parties au présent Accord.

Section 30. Les demandes de visas (lorsque des visas sont nécessaires) émanent de fonctionnaires de l'Agence titulaires de laissez-passer des Nations Unies et accompagnées d'un certificat attestant que ces fonctionnaires voyagent pour le compte de l'Agence, sont examinées dans le plus bref délai possible. En outre, des facilités de voyage rapide sont accordées aux titulaires de ces laissez-passer.

Section 31. Des facilités analogues à celles qui sont mentionnées à la section 30 sont accordées aux experts et autres personnes qui, sans être munis d'un laissez-passer des Nations Unies, sont porteurs d'un certificat attestant qu'ils voyagent pour le compte de l'Agence.

Section 32. Le Directeur général, les directeurs généraux adjoints et autres fonctionnaires d'un rang au moins égal à celui de chef de division de l'Agence, voyageant pour le compte de l'Agence et munis d'un laissez-passer des Nations Unies, jouissent des mêmes facilités de voyage que les membres des missions diplomatiques d'un rang comparable.

ARTICLE X

Règlement des différends

Section 33. L'Agence devra prévoir des modes de règlement appropriés pour:

a) Les différends en matière de contrats ou autres différends de droit privé auxquels l'Agence serait partie;

b) Les différends dans lesquels serait impliqué un fonctionnaire ou un expert de l'Agence qui, du fait de sa situation officielle, jouit de l'immunité, si cette immunité n'a pas été levée conformément aux dispositions des sections 21 et 25.

Section 34. A moins que, dans un cas donné, les parties ne conviennent d'avoir recours à un autre mode de règlement, toute contestation portant sur l'interprétation ou l'application du présent Accord sera portée devant la Cour internationale de Justice, conformément au Statut de la Cour. Si un différend s'élève entre l'Agence et un Etat Membre, et que les parties ne conviennent d'aucun mode de règlement, un avis consultatif sur tout point de droit soulevé sera demandé en conformité de l'Article 96 de la Charte des Nations Unies et de l'Article 65 du Statut de la Cour, ainsi que des dispositions correspondantes de l'Accord conclu entre l'Organisation des Nations Unies et l'Agence. L'avis de la Cour sera accepté par les parties comme décisif.

ARTICLE XI

Interprétation

Section 35. Les dispositions du présent Accord doivent être interprétées compte tenu des fonctions qui sont assignées à l'Agence par son Statut.

Section 36. Les dispositions du présent Accord ne comportent aucune limitation et ne portent en rien préjudice aux privilèges et immunités qui ont été déjà ou qui pourraient être accordés à l'Agence par un Etat, en raison du fait que le Siège ou des bureaux régionaux de l'Agence sont situés sur le territoire de cet Etat, ou que des fonctionnaires, des experts, des produits, du matériel ou des installations appartenant à l'Agence se trouvent sur ledit territoire pour l'exécution de projets ou d'activités de l'Agence, y compris l'application de garanties à un projet de l'Agence ou autre arrangement. Le présent Accord ne saurait être interprété comme interdisant la conclusion entre un Etat partie et l'Agence d'accords additionnels tendant à l'aménagement des dispositions du présent Accord, à l'extension ou à la limitation des privilèges et immunités qu'il accorde.

Section 37. Aucune disposition du Statut de l'Agence ni aucun droit ou obligation que l'Agence peut par ailleurs posséder, acquérir ou assumer ne sauraient être abrogés par le seul effet du présent Accord, qui ne pourra pas davantage y apporter de dérogation.

ARTICLE XII

Clauses finales

Section 38. Le présent Accord sera communiqué à tous les Membres de l'Agence pour acceptation. Celle-ci s'effectue par le dépôt auprès du Directeur général d'un instrument d'acceptation; l'Accord entre en vigueur, à l'égard de chaque Membre, à la date du dépôt de son instrument d'acceptation. Il est entendu que lorsqu'un instrument d'acceptation est déposé au nom d'un Etat, celui-ci doit être en mesure d'appliquer, en vertu de sa législation, les dispositions du présent Accord. Le Directeur général adressera une copie certifiée conforme du présent Accord au gouvernement de tout Etat qui est ou deviendra Membre de l'Agence, et informera tous les Membres du dépôt de chaque instrument d'acceptation et de la remise de tout avis de dénonciation prévu à la section 39.

Tout Membre de l'Agence pourra formuler des réserves au présent Accord. Il ne pourra le faire que lorsqu'il déposera son instrument d'acceptation; le Directeur général communiquera immédiatement le texte des réserves à tous les Membres de l'Agence.

Section 39. Le présent Accord reste en vigueur entre l'Agence et tout Membre qui a déposé un instrument d'acceptation, tant que ce Membre est Membre de l'Agence ou jusqu'à ce qu'un accord revisé soit approuvé par le Conseil des gouverneurs et que ledit Membre y soit devenu partie, étant entendu toutefois que si un Membre remet au Directeur général un avis de dénonciation, le présent Accord cesse d'être en vigueur à l'égard dudit Membre un an après réception de cet avis par le Directeur général.

Section 40. A la demande d'un tiers des Etats parties au présent Accord, le Conseil des gouverneurs de l'Agence examine s'il y a lieu d'approuver des amendements audit Accord. Les amendements approuvés par le Conseil entrent en vigueur après leur acceptation conformément à la procédure prévue à la section 38.

СОГЛАШЕНИЕ О ПРИВИЛЕГИЯХ И ИММУНИТЕТАХ МЕЖДУНАРОДНОГО АГЕНТСТВА ПО АТОМНОЙ ЭНЕРГИИ

Принимая во внимание, что согласно пункту С статьи XV Устава Международного агентства по атомной энергии указанные в данной статье правоспособность, привилегии и иммунитеты будут определены в отдельном соглашении или отдельных соглашениях между Агентством, представленным для этой цели Генеральным директором, действующим по инструкциям Совета управляющих, и членами Агентства;

Принимая во внимание, что согласно статье XVI Устава Агентство и Организация Объединенных Наций заключили Соглашение об установлении между ними связи; и

Принимая во внимание, что Генеральная Ассамблея Организации Объединенных Наций, намереваясь обеспечить возможно большее единообразие в привилегиях и иммунитетах, которыми пользуются Организация Объединенных Наций и различные вступившие с ней в связь учреждения, приняла Конвенцию о привилегиях и иммунитетах специализированных учреждений, а также что некоторые члены Организации Объединенных Наций приняли эту Конвенцию;

Совет управляющих,

1. **Утверждает,** не налагая обязательств на представленные в Совете Правительства, нижеследующий текст, который составлен, в основном, в соответствии с Конвенцией о привилегиях и иммунитетах специализированных учреждений; и

2. **Призывает** членов Агентства рассмотреть данное Соглашение и принять его, если оно окажется для них приемлемым.

Статья I

ОПРЕДЕЛЕНИЯ

Раздел 1

В настоящем Соглашении:

i) Выражение «Агентство» означает Международное агентство по атомной энергии;

ii) В статье III выражение «имущество и активы» включает также имущество и фонды, находящиеся в ведении Агентства или управляемые Агентством при выполнении функций, определенных в его Уставе;

iii) В статьях V и VIII выражение «представители членов» включает всех управляющих, представителей, заместителей, советников, технических экспертов и секретарей делегаций;

iv) В разделах 12, 13, 14 и 27 выражение «заседания, созываемые Агентством» означает заседания:

1) Генеральной конференции Агентства и Совета управляющих Агентства;

2) Любых международных конференций, симпозиумов, семинаров или групп экспертов, созываемых Агентством; и

3) Любых комитетов, созданных одним из указанных органов.

v) В статьях VI и IX выражение «должностные лица Агентства» включает Генерального директора и всех сотрудников Секретариата Агентства, за исключением лиц, нанятых на работу на месте и получающих почасовую оплату

Статья II

ПРАВОВОЙ СТАТУС

Раздел 2

Агентство имеет статус юридического лица. Оно обладает правоспособностью: a) заключать контракты, b) приобретать недвижимое и движимое имущество и располагать таковыми и c) возбуждать судебные дела.

Статья III

ИМУЩЕСТВО, ФОНДЫ И АКТИВЫ

Раздел 3

Агентство, его имущество и активы, где бы и в чьем бы распоряжении они ни находились, пользуются иммунитетом от любой формы судебного вмешательства, разве только Агентство определенно отказывается от иммунитета в какомлибо отдельном случае. Однако, предполагается, что никакой отказ от иммунитета не распространяется на меры исполнения судебных решений.

Раздел 4

Помещения Агентства неприкосновенны. Имущество и активы Агентства, где бы и в чьем бы распоряжении они ни находились, не подлежат обыску, реквизиции, конфискации, экспроприации и любой другой форме вмешательства, будь то путем исполнительных, административных, судебных или законодательных действий.

Раздел 5

Архивы Агентства и вообще все документы, принадлежащие ему или хранимые им, неприкосновенны, где бы они ни находились.

Раздел 6

Не будучи ограничено финансовым контролем, правилами или мораторием какого бы то ни было рода,

a) Агентство может располагать фондами, золотом или валютой любого рода и производить операции в любой валюте;

b) Агентство может свободно переводить свои фонды, золото или валюту из одной страны в другую или в пределах любой страны и обращать любую валюту, находящуюся в его распоряжении, в любую другую валюту.

Раздел 7

В пользовании своими правами согласно разделу 6 Агентство должно считаться с любыми представлениями со стороны правительства любого государства-участника настоящего Соглашения, поскольку признается, что такие представления могут быть удовлетворены без ущерба для интересов Агентства.

Раздел 8

Агентство, его активы, доходы и другая собственность:

a) Освобождаются от всех прямых налогов; однако предполагается, что оно не будет требовать освобождения от обложения налогами, являющимися фактически лишь оплатой коммунального обслуживания;

b) Освобождаются от таможенных сборов, импортных и экспортных запрещений и ограничений при ввозе или вывозе Агентством предметов для служебного пользования. Однако предполагается, что предметы, ввозимые согласно таким изъятиям, не будут продаваться в стране, в которую они ввезены, иначе как на условиях, согласованных с правительством этой страны;

c) Освобождаются от таможенных сборов и импортных и экспортных запрещений и ограничений при ввозе и вывозе собственных изданий.

Раздел 9

Хотя Агентство, как общее правило, не будет требовать освобождения от акцизных сборов и налогов, включаемых в покупную цену при продаже движимого и недвижимого имущества, тем не менее, в случаях, когда Агентство покупает для официальных целей значительное количество имущества, обложенного или подлежащего обложению такими сборами и

налогами, государства-участники настоящего Соглашения будут принимать, когда это возможно, соответствующие административные меры к освобождению от уплаты сборов или налогов или к возвращению уже уплаченной суммы.

Статья IV

СРЕДСТВА СВЯЗИ

Раздел 10

Для своих официальных связей Агентство пользуется на территории каждого государства-участника настоящего Соглашения, поскольку это не противоречит каким-либо международным конвенциям, правилам и соглашениям, в которых данное государство является одной из сторон, не менее благоприятными условиями, чем те, которые правительство этого государства предоставляет любому другому правительству, включая дипломатические представительства последнего, в отношении приоритета, тарифов и ставок на почтовые отправления и пользование средствами электросвязи, а также в отношении пониженных ставок для информации, передаваемой печати и радио.

Раздел 11

Официальная корреспонденция и другие официальные сообщения Агентства не подлежат цензуре.

Агентство имеет право пользоваться шифром и получать и отправлять корреспонденцию и другие официальные сообщения посредством курьеров или вализы, к которым применяются те же иммунитеты и привилегии, что и к дипломатическим курьерам и вализам.

Ничто в настоящем разделе ни в коей мере не исключает принятия соответствующих мер безопасности, которые определяются соглашением между государством-участником настоящего Соглашения и Агентством.

Статья V

ПРЕДСТАВИТЕЛИ ГОСУДАРСТВ-ЧЛЕНОВ АГЕНТСТВА

Раздел 12

Представители государств-членов Агентства, участвующие в созываемых последним заседаниях при исполнении ими своих обязанностей и при поездках к месту заседаний и обратно, пользуются следующими привилегиями и иммунитетами:

a) Иммунитетом от личного ареста или задержания и от наложения ареста на личный багаж, а также всякого рода судебно-процессуальным иммунитетом в отношении всего сказанного, написанного или совершенного ими в качестве должностных лиц;

b) Неприкосновенностью всех бумаг и документов;

c) Правом пользоваться шифром и получать бумаги или корреспонденцию посредством курьеров или вализы;

d) Изъятием их самих и их жён из ограничений по иммиграции, от регистрации иностранцев и от государственной служебной повинности в стране, в которой они временно пребывают или через которую они проезжают, исполняя свои обязанности;

e) Теми же льготами в отношении валютных ограничений или ограничений обмена денег, какие предоставляются представителям иностранных правительств, находящимся во временных служебных командировках;

f) Теми же иммунитетами и льготами в отношении их личного багажа, какие предоставляются дипломатическим представителям соответствующего ранга.

Раздел 13

Для обеспечения полной свободы слова и полной независимости при исполнении ими своих обязанностей представителям членов Агентства, участвующим в созываемых Агентством заседаниях, продолжает предоставляться судебно-процессуальный иммунитет в отношении всего сказанного или написанного ими, а также в отношении всех действий, совершенных ими при исполнении служебных обязанностей, даже и после того, как означенные лица перестают исполнять эти обязанности.

Раздел 14

Когда обложение какой-либо формой налогов зависит от проживания в данной стране, периоды, в течение которых представители членов Агентства, участвующие в созываемых Агентством заседаниях, находятся в пределах государства-члена для исполнения своих обязанностей, не рассматриваются как периоды проживания в этой стране.

Раздел 15

Привилегии и иммунитеты предоставляются представителям членов Агентства не для личной выгоды отдельных лиц, а для того, чтобы обеспечить независимое выполнение ими своих функций, связанных с работой Агентства. Поэтому государство, состоящее членом Агентства, не только имеет право, но и обязано отказываться от иммунитета своих представителей в каждом случае, когда, по его мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда отказ от него не причиняет ущерба той цели, ради которой иммунитет был предоставлен.

Раздел 16

Положения разделов 12, 13 и 14 не применяются в отношении властей государства, гражданином которого данное лицо состоит или представителем которого оно является или являлось.

Статья VI

ДОЛЖНОСТНЫЕ ЛИЦА

Раздел 17

Агентство время от времени будет доводить до сведения правительств всех государств-участников настоящего Соглашения фамилии должностных лиц, по отношению к которым должны применяться положения настоящей статьи и статьи IX.

Раздел 18

a) Должностные лица Агентства:

i) Не подлежат судебной ответственности за сказанное или написанное ими и за все действия, совершенные ими в качестве должностных лиц;

ii) Пользуются теми изъятиями из обложения налогами окладов и вознаграждений, уплачиваемых им Агентством, и на таких же условиях, какие предоставляются должностным лицам Организации Объединенных Наций;

iii) Освобождаются вместе с женами и родственниками, находящимися на их иждивении, от ограничений по иммиграции и от регистрации иностранцев;

iv) Пользуются теми же привилегиями в отношении льгот по обмену валюты, которые предоставляются должностным лицам соответствующего ранга, входящим в состав дипломатических миссий;

v) Пользуются вместе со своими женами и родственниками, находящимися на их иждивении, такими же льготами по репатриации во время международных кризисов, какими пользуются должностные лица соответствующего ранга, входящие в состав дипломатических миссий;

vi) Имеют право ввезти беспошлинно свою мебель и имущество при первоначальном вступлении в должность в соответствующей стране.

b) Должностные лица Агентства, исполняющие обязанности инспекторов в соответствии со статьей XII Устава Агентства или обязанности по рассмотрению проектов в соответствии со статьей XI Устава и совершающие поездки в качестве должностных лиц к месту и из места выполнения своих функций, пользуются всеми дополнительными привилегиями и иммунитетами, установленными в статье VII настоящего Соглашения, поскольку это необходимо для эффективного выполнения таких функций.

Раздел 19

Должностные лица Агентства освобождаются от государственных повинностей при условии, что в отношении государств, гражданами которых они состоят, такими изъятиями пользуются лишь должностные лица Агентства, фамилии которых ввиду их обязанностей включены в список, составленный Генеральным директором Агентства и утвержденный соответствующим государством.

В случае призыва других должностных лиц Агенства для выполнения государственных повинностей соответствующее государство, по просьбе о том Агентства, предоставляет в отношении призыва этих должностных лиц такую временную отсрочку, какая окажется необходимой для избежания перерыва в продолжении основной работы.

Раздел 20

Кроме привилегий и иммунитетов, указанных в разделах 18 и 19, Генеральный директор Агентства, а также любые должностные лица, исполняющие его обязанности в его отсутствие, пользуются в отношении себя, своих жен и несовершеннолетних детей привилегиями и иммунитетами, изъятиями и льготами, предоставляемыми согласно международному праву дипломатическим представителям, в отношении себя, своих жен и несовершеннолетних детей. Такие же привилегии и иммунитеты, изъятия и льготы предоставляются, кроме того, заместителям Генерального директора или должностным лицам Агентства, имеющим эквивалентный ранг.

Раздел 21

Привилегии и иммунитеты предоставляются должностным лицам лишь в интересах Агентства, а не для их личной выгоды. Агентство имеет право и обязано отказаться от иммунитета, предоставленного любому должностному лицу в тех случаях, когда, по его мнению, иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда отказ от иммунитета может быть произведен без ущерба для интересов Агентства.

Раздел 22

Агентство постоянно сотрудничает с соответствующими властями государств-членов в целях облегчения надлежащего отправления правосудия, обеспечения выполнения предписаний полиции и предупреждения каких-либо злоупотреблений в связи с привилегиями, иммунитетами и льготами, упомянутыми в настоящей статье.

Статья VII

ЭКСПЕРТЫ, КОМАНДИРУЕМЫЕ АГЕНТСТВОМ

Раздел 23

Эксперты (помимо должностных лиц, предусмотренных в статье VI), работающие в комитетах Агентства или находящиеся в командировках от Агентства, в том числе в качестве инспекторов согласно статье XII Устава Агентства и в качестве инспекторов по изучению проекта согласно статье XI Устава, будут пользоваться следующими привилегиями и иммунитетами (поскольку это необходимо для выполнения обязанностей, включая время, проведенное в поездках, связанных с работой в упомянутых комитетах или при командировке):

a) Иммунитетом от личного ареста или задержания и от наложения ареста на их личный багаж;

b) Всякого рода судебно-процессуальным иммунитетом в отношении всего сказанного, написанного или совершенного ими при выполнении ими официальных функций, причем этот иммунитет сохраняется независимо от того, перестают или нет указанные лица исполнять свои обязанности в комитетах или во время командировок от Агентства;

c) Неприкосновенностью всех бумаг и документов;

d) При осуществлении связи с Агентством правом пользоваться шифром и получать бумаги или корреспонденцию просредством курьеров или вализ;

e) Такими же льготами в отношении валютных ограничений или ограничений обмена денег, какие предоставляются представителям иностранных правительств, находящимся во временных служебных командировках;

f) Такими же иммунитетами и льготами в отношении их личного багажа, какие предоставляются дипломатическим представителям соответствующего ранга.

Раздел 24

Положения, содержащиеся в подпунктах c) и d) раздела 23, ни в коей мере не исключают принятия соответствующих мер безопасности, которые определяются соглашением между государством-участником настоящего Соглашения и Агентством.

Раздел 25

Привилегии и иммунитеты предоставляются экспертам Агентства в интересах Агентства, а не для их личной выгоды. Агентство будет иметь право и обязано отказаться от иммунитета, предоставленного эксперту в любом случае, когда, по мнению Агенства, такой иммунитет препятствует отправлению правосудия и если это можно сделать без ущерба для интересов Агентства.

Статья VIII

ЗЛОУПОТРЕБЛЕНИЕ ПРИВИЛЕГИЯМИ

Раздел 26

В случае, когда какое-либо государство-участник настоящего Соглашения находит, что имело место злоупотребление какой-либо привилегией или иммунитетом, предусматриваемыми настоящим Соглашением, между данным государством и Агентством проводятся консультации для того, чтобы установить, имело ли место такое злоупотребление, и, если это так, то изыскиваются пути для предупреждения повторения таких злоупотреблений. Если результаты таких консультаций оказываются неудовлетворительными для данного государства и Агентства, вопрос о том, произошло ли злоупотребление привилегией или иммунитетом, разрешается в соответствии с процедурой, предусмотренной разделом 34. В случае установления факта злоупотребления, государство-участник настоящего Соглашения, интересы которого затрагиваются в результате указанного злоупотребления, имеет право после уведомления об этом Агентства не предоставлять ему привилегии или иммунитета, явившихся предметом злоупотребления. Однако отказ в предоставлении привилегий или иммунитетов не должен служить препятствием к осуществлению основной деятельности Агентства или мешать Агентству в выполнении им своих основных функций.

Раздел 27

Представители государств-членов, участвующие в заседаниях, созываемых Агентством, при исполнении своих обязанностей и при поездках к месту заседаний и обратно, а также должностные лица, предусмотренные в разделе 1 v), не высылаются по требованию территориальных властей стран, в которых они выполняют свои обязанности, по причине какой-либо деятельности, проводимой ими при выполнении своих служебных обязанностей. Однако в случае злоупотребления со стороны таких лиц привилегиями в связи с проживанием в данной стране путем действий в этой стране, не входящих в их служебные обязанности, правительство может потребовать выезда этих лиц из своей страны при условии, что:

a) Представители государств-членов или лица, пользующиеся согласно разделу 20 иммунитетами, высылаются за пределы данной страны лишь согласно дипломатической процедуре, применяющейся к дипломатическим представителям, аккредитованным в данной стране;

b) Приказ о высылке должностных лиц, к которым положения раздела 20 не применяются, отдается территориальными властями только по утверждении такового министром иностранных дел данной страны, причем это утверждение проводится лишь по консультации с Генеральным директором Агентства; по возбуждении дела о высылке какого-либо должностного лица Генеральный директор Агентства имеет право выступать от имени этого лица.

Статья IX

ПРОПУСКА

Раздел 28

Должностным лицам Агентства предоставляется право пользоваться пропусками Организации Объединенных Наций в соответствии с административными соглашениями, заключенными между Генеральным директором Агентства и Генеральным Секретарем Организации Объединенных Наций. Генеральный директор Агентства извещает все государства-участники настоящего Соглашения о каждом заключенном с этой целью соглашении.

Раздел 29

Государства-участники настоящего Соглашения признают и принимают пропуска Организации Объединенных Наций, выдаваемые должностным лицам Агентства, как законные документы для поездок.

Раздел 30

Заявления о выдаче виз, где таковые требуются от должностных лиц Агентства, имеющих пропуска Организации Объединенных Наций, рассматриваются по возможности в срочном порядке, когда эти заявления сопровождаются удостоверениями в том, что эти лица следуют по делам Агентства. Кроме того, таким лицам должны обеспечиваться льготные условия для быстрого передвижения.

Раздел 31

Льготные условия, сходные с предусмотренными в разделе 30, предоставляются экспертам и другим лицам, не имеющим пропусков Организации Объединенных Наций, но снабженных удостоверениями в том, что они следуют по делам Агентства.

Раздел 32

Генеральный директор, заместители Генерального директора и другие должностные лица, имеющие ранг не ниже начальника отдела Агентства, едущие с пропусками Организации Объединенных Наций по делам Агентства, пользуются теми же льготами при совершении поездок, какие предоставляются должностным лицам соответствующего ранга, входящим в состав дипломатических миссий.

Статья X

РАЗРЕШЕНИЕ СПОРОВ

Раздел 33

Агентство устанавливает положения для соответствующих способов разрешения:

a) Споров, возникающих в связи с контрактами, или других споров частного характера, в которых Агентство является стороной;

b) Споров, затрагивающих какое-либо должностное лицо или какого-либо эксперта Агентства, которые в силу своего официального положения пользуются иммунитетом, если не было отказа от этого иммунитета в соответствии с положениями разделов 21 или 25.

Раздел 34

Если стороны не согласились о другом методе урегулирования, то все разногласия, возникающие при толковании или применении настоящего Соглашения, направляются в Международный Суд в соответствии со Статутом Суда. Если разногласия возникают между Агентством и государством-членом, и стороны не пришли к какому-либо другому методу урегулирования, то запрашивается консультативное заключение по любому связанному с данным разногласием юридическому вопросу согласно статье 96 Устава Организации Объединенных Наций и статье 65 Статута Суда и соответствующим положениям соглашения, заключенного между Организацией Объединенных Наций и Агентством. Заключение Суда признается сторонами решающим.

Статья XI

ТОЛКОВАНИЕ

Раздел 35

Положения настоящего Соглашения должны толковаться в свете тех функций, которые возложены на Агентство его Уставом.

Раздел 36

Положения настоящего Соглашения никоим образом не ограничивают и не нарушают привилегий и иммунитетов, которые предоставлены или могут быть позднее предоставлены каким-либо государством Агентству, ввиду нахождения в пределах территории этого государства Центральных учреждений или региональных отделений Агентства, или сотрудников, экспертов, материалов, оборудования и технических средств в связи с осуществляемыми Агентством проектами или его деятельностью, включая применение гарантий к проектам Агентства, или иные мероприятия. Предполагается, что настоящее Соглашение не препятствует заключению между Агентством и государствами-участниками настоящего Соглашения дополнительных соглашений, регулирующих положения настоящего Соглашения, расширяющих или ограничивающих предоставляемые им иммунитеты и привилегии.

Раздел 37

Настоящее Соглашение применяется так, чтобы не аннулировать и не умалять значения каких-либо положений Устава Агентства или каких-либо других прав и обязательств, которые Агентство может иметь, приобрести или принять на себя.

Статья XII

ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Раздел 38

Настоящее Соглашение направляется всем государствам-членам Агентства для принятия. Соглашение считается принятым с момента передачи Генеральному директору документа о принятии и вступает в силу в отношении каждого государства-члена с даты вручения последним документа о принятии. Имеется в виду, что государство, от имени которого вручается документ о принятии, будет в состоянии на основании собственного законодательства ввести в силу положения настоящего Соглашения. Генеральный директор передает заверенную копию настоящего Соглашения правительству каждого государства, которое состоит или впоследствии станет членом Агентства, и известит все государства-члены о сдаче каждого документа о принятии и о получении любого извещения о денонсации, предусмотренной разделом 39.

Государство-член может сделать оговорки к настоящему Соглашению. Оговорки могут быть сделаны только во время сдачи на хранение государством-членом документа о принятии, и Генеральный директор сразу же сообщает о них всем государствам-членам Агентства.

Раздел 39

Настоящее Соглашение остается в силе в отношении Агентства и каждого государства-члена, передавшего документ о принятии, до тех пор, пока это государство будет оставаться членом Агентства, или до тех пор, пока Советом управляющих не будет утверждено пересмотренное соглашение, и данное государство-член не станет стороной этого пересмотренного соглашения, при условии, что, если государство-член направит извещение о денонсации Генеральному директору, настоящее Соглашение будет оставаться в силе для такого государства-члена в течение одного года после получения такого извещения Генеральным директором.

Раздел 40

По требованию одной трети государств-участников настоящего Соглашения Совет управляющих Агентства должен обсудить желательность внесения к нему поправок. Поправки, одобренные Советом, вступают в силу после их принятия в соответствии с процедурой, предусмотренной выше в разделе 38.

ACUERDO SOBRE PRIVILEGIOS E INMUNIDADES DEL ORGANISMO INTERNACIONAL DE ENERGIA ATOMICA

La JUNTA DE GOBERNADORES

CONSIDERANDO que en el párrafo C del Artículo XV del Estatuto del Organismo Internacional de Energía Atómica se dispone que la capacidad jurídica y los privilegios e inmunidades a que se refiere ese Artículo se definirán en uno o más acuerdos concertados por separado entre el Organismo, representado al efecto por el Director General, que procederá según las instrucciones de la Junta de Gobernadores y los Estados Miembros;

CONSIDERANDO que, de conformidad con lo dispuesto en el Artículo XVI del Estatuto, se ha aprobado un Acuerdo sobre las Relaciones entre las Naciones Unidas y el Organismo;

CONSIDERANDO que la Asamblea General de las Naciones Unidas, deseando unificar, en la medida de lo posible, los privilegios e inmunidades de que disfrutan las Naciones Unidas y los diversos organismos que mantienen relaciones con ellas, ha aprobado la Convención sobre Privilegios e Inmunidades de los Organismos Especializados, y que se han adherido a esta Convención cierto número de Estados Miembros;

1. HA APROBADO, sin que ello prejuzgue la decisión de los Gobiernos representados en la Junta, el presente texto, que en general se basa en la Convención sobre Privilegios e Inmunidades de los Organismos Especializados;

2. INVITA a los Estados Miembros del Organismo a que examinen y, si los estiman oportuno, a que acepten el presente Acuerdo.

ARTICULO I

Definiciones

Sección 1. En el presente Acuerdo:

i) La expresión "el Organismo" significa el Organismo Internacional de Energía Atómica;

ii) Para los fines del artículo III, los términos "bienes y haberes" se aplican igualmente a los bienes y fondos que estén bajo la custodia del Organismo o que el Organismo administre en el ejercicio de sus atribuciones estatutarias;

iii) Para los fines de los artículos V y VIII, se considerará que la expresión "representantes de los Estados Miembros" comprende a todos los Gobernadores, representantes, representantes suplentes, asesores, expertos técnicos y secretarios de las delegaciones;

iv) En las secciones 12, 13, 14 y 27, la expresión "reuniones convocadas por el Organismo" se refiere a las reuniones:

1) de su Conferencia General y de su Junta de Gobernadores;

2) de toda conferencia internacional, simposio, seminario o grupo de expertos convocados por el OIEA;

3) de toda comisión o comité de cualquiera de los mencionados órganos.

v) Para los fines de los artículos VI y IX, la expresión "funcionarios del Organismo" designa al Director General y a todos los miembros del personal del Organismo, con excepción de los empleados contratados en el lugar y pagados por horas de trabajo.

ARTICULO II

Personalidad jurídica

Sección 2. El Organismo tiene personalidad jurídica. Tiene capacidad para: a) contratar; b) adquirir bienes muebles o inmuebles y disponer de ellos; y c) actuar en justicia.

ARTICULO III

Bienes, fondos y haberes

Sección 3. El Organismo, sus bienes y haberes, cualquiera que sea el lugar en que se encuentren y quienquiera que los tenga en su poder, disfrutarán de inmunidad contra toda jurisdicción, salvo en la medida en que en algún caso particular haya renunciado expresamente a esta inmunidad. Se entiende, sin embargo, que ninguna renuncia de inmunidad se extenderá a ninguna medida ejecutoria.

Sección 4. Los locales del Organismo son inviolables. Los bienes y haberes del Organismo, cualquiera que sea el lugar en que se encuentren y quienquiera que los tenga en su poder, estarán exentos de registro, requisición, confiscación, expropiación y de cualquier otra forma de ingerencia, sea por acción ejecutiva, administrativa, judicial o legislativa.

Sección 5. Los archivos del Organismo y, en general, todos los documentos que le pertenezcan o se hallen en su posesión, serán inviolables dondequiera que se encuentren.

Sección 6. Sin hallarse sometido a fiscalizaciones, reglamentos o moratorias de ninguna clase:

a) El Organismo podrá tener fondos, oro o divisas de todas clases y llevar sus cuentas en cualquier moneda;

b) El Organismo podrá transferir libremente sus fondos, oro o divisas de un país a otro, y de un lugar a otro dentro de cualquier país, y convertir en cualquier otra moneda las divisas que tenga en su poder.

Sección 7. En el ejercicio de los derechos que le son conferidos en virtud de la sección 6, el Organismo prestará la debida atención a toda representación formulada por el Gobierno de cualquier Estado parte en el presente Acuerdo en la medida en que estime posible dar curso a dichas representaciones sin detrimento de sus propios intereses.

Sección 8. El Organismo, sus haberes, ingresos y otros bienes estarán exentos:

a) De todo impuesto directo; entendiéndose, sin embargo, que el Organismo no reclamará exención alguna en concepto de impuestos que, de hecho, no constituyan sino una remuneración por servicios de utilidad pública;

b) De derechos de aduana y de prohibiciones y restricciones de importación y de exportación respecto a los artículos importados o exportados por el Organismo para su uso oficial; entendiéndose, sin embargo, que los artículos importados con tal exención no serán vendidos en el país en que hayan sido introducidos sino conforme a las condiciones convenidas con el Gobierno de tal país;

c) De derechos de aduana y de prohibiciones y restricciones respecto a la importación y exportación de sus publicaciones.

Sección 9. Si bien el Organismo no reclamará, en principio, la exención de derechos de consumo, ni de impuestos sobre la venta de bienes muebles e inmuebles incluidos en el precio que se haya de pagar, cuando el Organismo efectúe, para su uso oficial, compras importantes de bienes gravados o gravables con tales derechos e impuestos, los Estados partes en el presente Acuerdo adoptarán, siempre que les sea posible, las disposiciones administrativas pertinentes para la remisión o reembolso de la cantidad correspondiente a los derechos o a los impuestos.

ARTICULO IV

Facilidades en materia de comunicaciones

Sección 10. El Organismo disfrutará para sus comunicaciones oficiales en el territorio de todo Estado parte en el presente Acuerdo y en la medida compatible con las convenciones, reglamentos y acuerdos internacionales en que sea parte dicho Estado, de un trato no menos favorable que el otorgado por el Gobierno de tal Estado a cualquier otro Gobierno, inclusive sus misiones diplomáticas, en lo que respecta a las prioridades, tarifas e impuestos aplicables a la correspondencia y telecomunicaciones, como también a las tarifas de prensa para las informaciones destinadas a la prensa y la radio.

Sección 11. No estarán sujetas a la censura la correspondencia oficial ni las demás comunicaciones oficiales del Organismo.

El Organismo tendrá derecho a hacer uso de claves y a despachar y recibir su correspondencia y las demás comunicaciones oficiales, ya sea por correo o en valijas selladas que gozarán de las mismas inmunidades y privilegios que se conceden a los correos y valijas diplomáticos.

Ninguna de las disposiciones de la presente sección podrá ser interpretada como prohibitiva de la adopción de medidas de seguridad adecuadas, que habrán de determinarse mediante acuerdo entre un Estado parte en el presente Acuerdo y el Organismo.

ARTICULO V

Representantes de los Estados Miembros

Sección 12. Los representantes de los Estados Miembros en las reuniones convocadas por el Organismo gozarán, mientras ejerzan sus funciones y durante el viaje de ida y vuelta al lugar de la reunión, de los siguientes privilegios e inmunidades:

a) Inmunidad de detención o arresto personal y de embargo de su equipaje personal, y respecto de todos sus actos ejecutados mientras ejerzan sus funciones oficiales, inclusive sus palabras y escritos, de inmunidad contra toda jurisdicción;

b) Inviolabilidad de todos los papeles y documentos;

c) Derecho de hacer uso de claves y de recibir documentos o correspondencia por correos o en valijas selladas;

d) Exención, para ellos mismos y para sus cónyuges, de toda medida restrictiva en materia de inmigración, de las formalidades de registro de extranjeros y de las obligaciones de servicio nacional en los países que visiten o por los cuales transiten en el ejercicio de sus funciones;

e) Las mismas franquicias, en materia de restricciones monetarias y de cambio, que se otorgan a los representantes de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;

f) Las mismas inmunidades y franquicias, respecto de los equipajes personales, que se otorgan a los miembros de misiones diplomáticas de rango similar.

Sección 13. A fin de garantizar a los representantes de los Estados Miembros del Organismo, en las reuniones convocadas por éste, completa libertad de palabra e independencia total en el ejercicio de sus funciones, la inmunidad de jurisdicción respecto de las palabras o escritos y de todos los actos ejecutados en el ejercicio de sus funciones, seguirá siéndoles otorgada incluso después de que hayan cesado en el ejercicio del cargo.

Sección 14. Cuando la imposición de cualquier gravamen dependa de la residencia, no se considerarán como períodos de residencia los períodos durante los cuales los representantes de los Miembros del Organismo, en las reuniones convocadas por éste, se encuentren en el territorio de un Estado Miembro para el ejercicio de sus funciones.

Sección 15. Los privilegios e inmunidades no se otorgan a los representantes de los Estados Miembros en su beneficio personal, sino a fin de garantizar su independencia en el ejercicio de sus funciones relacionadas con el Organismo. En consecuencia, un Estado Miembro tiene no solamente el derecho sino el deber de renunciar a la inmunidad de sus representantes en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin perjudicar la finalidad para la cual se otorga la inmunidad.

Sección 16. Las disposiciones de las secciones 12, 13 y 14 no podrán ser invocadas contra la autoridades del Estado del cual la persona de que se trate sea nacional o sea o haya sido representante.

ARTICULO VI

Funcionarios

Sección 17. El Organismo comunicará periódicamente a los Gobiernos de todos los Estados partes en el presente Acuerdo los nombres de los funcionarios a quienes se aplican las disposiciones del presente artículo y del artículo IX.

Sección 18.

a) Los funcionarios del Organismo:

i) Gozarán de inmunidad de jurisdicción respecto de todos los actos ejecutados por ellos con carácter oficial, inclusive sus palabras y escritos;

ii) Gozarán, en materia de impuestos sobre los sueldos y emolumentos percibidos del Organismo, de iguales exenciones que las disfrutadas en iguales condiciones por los funcionarios de las Naciones Unidas;

iii) Estarán exentos, tanto ellos como sus cónyuges y familiares a su cargo, de las medidas restrictivas en materia de inmigración y de las formalidades de registro de extranjeros;

iv) Gozarán, en materia de facilidades de cambio, de los mismos privilegios que los funcionarios de las misiones diplomáticas de categoría similar;

v) En tiempo de crisis internacional gozarán, así como sus cónyuges y familiares a su cargo, de las mismas facilidades de repatriación que los funcionarios de las misiones diplomáticas de rango similar;

vi) Tendrán derecho a importar ,libre de derechos, su mobiliario y efectos personales cuando tomen posesión de su cargo por primera vez en el país al que sean destinados.

b) Los funcionarios del Organismo, al ejercer las funciones de inspector previstas en el Artículo XII del Estatuto del OIEA, o las de examinador de un proyecto previstas en el Artículo XI, y al viajar en misión oficial, ya sea al trasladarse al lugar de servicio o al volver del mismo, gozarán de todos los demás privilegios e inmunidades especificados en el artículo VII de este Acuerdo en la medida en que sean necesarios para el ejercicio eficaz de sus funciones.

Sección 19. Los funcionarios del Organismo estarán exentos de toda obligación de servicio nacional, siempre que tal exención se limite, respecto a los Estados de los cuales sean nacionales, a los funcionarios del Organismo que, por razón de sus funciones, hayan sido incluidos en una lista redactada por el Director General del Organismo y aprobada por el Estado interesado.

En caso de que otros funcionarios del Organismo sean llamados al servicio nacional, el Estado interesado otorgará, a solicitud del Organismo, las prórrogas al llamamiento de dichos funcionarios que sean necesarias para evitar la interrupción de un servicio esencial.

Sección 20. Además de los privilegios e inmunidades especificados en las secciones 18 y 19, el Director General del Organismo, así como todo funcionario que actúe en nombre de él durante su ausencia, gozará, como también su cónyuge y sus hijos menores, de los privilegios e inmunidades, exenciones y facilidades que se otorgan conforme al derecho internacional a

los enviados diplomáticos, a sus cónyuges y a sus hijos menores. Los mismos privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades se otorgarán a los Directores Generales Adjuntos y a los demás funcionarios del Organismo que tengan la misma categoría.

Sección 21. Los privilegios e inmunidades se otorgan a los funcionarios únicamente en interés del Organismo y no en su beneficio personal. El Organismo tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad concedida a cualquier funcionario en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin que se perjudiquen los intereses del Organismo.

Sección 22. El Organismo cooperará en todo momento con las autoridades competentes de los Estados Miembros para facilitar la adecuada administración de la justicia, asegurar el cumplimiento de los reglamentos de policía y evitar todo abuso en relación con los privilegios, inmunidades y facilidades que se mencionan en este artículo.

ARTICULO VII

Expertos en misiones del Organismo

Sección 23. Los expertos (distintos de los funcionarios a que se refiere el artículo VI), mientras ejerzan sus funciones en las comisiones del Organismo o en misiones de éste, inclusive misiones de inspección con arreglo al Artículo XII del Estatuto del Organismo y misiones encargadas de examinar proyectos con arreglo al Artículo XI del mismo Estatuto, gozarán de los privilegios e inmunidades que a continuación se expresan, en la medida en que les sean necesarios para el desempeño efectivo de sus funciones, incluso durante los viajes efectuados con ocasión del ejercicio de sus funciones en dichas comisiones o misiones:

a) Inmunidad de detención o arresto personal o de embargo de su equipaje personal;

b) Inmunidad de toda jurisdicción respecto de todos los actos ejecutados por ellos en el ejercicio de sus funciones oficiales, inclusive sus palabras y escritos. Dicha inmunidad seguirá siéndoles otorgada incluso después de que hayan cesado de ejercer sus funciones en las comisiones del Organismo o de prestar sus servicios en misiones por cuenta del mismo;

c) Inviolabilidad de todos los papeles y documentos;

d) El derecho de utilizar claves y de recibir documentos y correspondencia por mediación de correos o en valijas selladas para sus comunicaciones con el Organismo;

e) Las mismas franquicias en materia de restricciones monetarias y de cambio que se otorgan a los representantes de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;

f) Las mismas inmunidades y franquicias respecto de sus equipajes personales que se otorguen a los miembros de las misiones diplomáticas de rango equivalente.

Sección 24. Ninguna de las disposiciones de los párrafos c) y d) de la sección 23 podrá ser interpretada como prohibitiva de la adopción de medidas de seguridad adecuadas, que habrán de determinarse mediante acuerdo entre un Estado parte en este Acuerdo y el Organismo.

Sección 25. Los privilegios e inmunidades se otorgan a los expertos del Organismo en interés del Organismo y no en beneficio personal. El Organismo tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad otorgada a cualquier experto en todos los casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría el curso de la justicia y en que se pueda renunciar a ella sin perjuicio de los intereses del Organismo.

ARTICULO VIII

Abuso de privilegios

Sección 26. Si un Estado en el presente Acuerdo estima que ha habido abuso de un privilegio o de una inmunidad otorgados en virtud del presente Acuerdo, se celebrarán consultas entre dicho Estado y el Organismo a fin de determinar si se ha producido tal abuso y, de ser así, tratar de evitar su repetición. Si tales consultas no dieran resultado satisfactorio para el Estado y para el Organismo, la cuestión de determinar si ha habido abuso de un privilegio o de una inmunidad se resolverá mediante un procedimiento establecido de acuerdo con lo dispuesto en la sección 34. Si se comprueba que se ha producido tal abuso, el Estado parte en el presente Acuerdo afectado por dicho abuso tendrá derecho, previa notificación al Organismo, a retirar, en sus relaciones con el Organismo, el privilegio o la inmunidad de que se haya abusado. Sin embargo, el retiro de los privilegios e inmunidades no debe perjudicar el desarrollo de las principales actividades del Organismo ni impedir que éste desempeñe sus funciones más importantes.

Sección 27. Los representantes de los Estados Miembros en las reuniones convocadas por el Organismo, mientras ejerzan sus funciones y durante su viaje de ida y vuelta al lugar de reunión, así como los funcionarios a que se refiere el párrafo v) de la sección 1, no serán obligados por las autoridades territoriales a abandonar el país en el cual ejerzan sus funciones, por razón de actividades realizadas por ellos con carácter oficial. No obstante, en caso de que alguna de dichas personas abusare del privilegio de residencia ejerciendo, en ese país, actividades ajenas a sus funciones oficiales, el Gobierno de tal país podrá obligarle a salir de él, sin perjuicio de las disposiciones siguientes:

a) Los representantes de los Estados Miembros o las personas que disfruten de las inmunidades dispuestas en la sección 20, no serán obligados a abandonar el país si no es conforme al procedimiento diplomático aplicable a los enviados diplomáticos acreditados en ese país;

b) En el caso de un funcionario a quien no sea aplicable la sección 20, las autoridades territoriales no ordenarán el abandono del país sino con la previa aprobación del Ministro de Relaciones Exteriores de tal país, aprobación que sólo será concedida después de consultar con el Director General del Organismo; y cuando se inicie un procedimiento de expulsión contra un funcionario, el Director General del Organismo tendrá derecho a intervenir por tal funcionario en el procedimiento que se siga contra el mismo.

ARTICULO IX

Laissez-passer

Sección 28. Los funcionarios del Organismo tendrán derecho a hacer uso del laissez-passer de las Naciones Unidas, de conformidad con los acuerdos administrativos que se concierten entre el Director General del Organismo y el Secretario General de las Naciones Unidas. El Director General del Organismo notificará a cada Estado parte en el presente Acuerdo las disposiciones administrativas que hayan sido concertadas.

Sección 29. Los Estados partes en el presente Acuerdo reconocerán y aceptarán como documentos válidos de viaje los **laissez-passer** de las Naciones Unidas concedidos a funcionarios del Organismo.

Sección 30. Las solicitudes de visados (cuando éstos sean necesarios) presentadas por funcionarios del Organismo portadores de un **laissez-passer** de las Naciones Unidas, acompañadas de un certificado que acredite que viajan por cuenta del Organismo, serán atendidas lo más rápidamente posible. Por otra parte, se otorgarán a los portadores de laissez-passer facilidades para viajar con rapidez.

Sección 31. Se otogarán facilidades análogas a las especificadas en la sección 30 a los expertos y demás personas que, sin poseer un **laisser-passer** de las Naciones Unidas, sean portadores de un certificado que acredite que viajan por cuenta del Organismo.

Sección 32. El Director General, los Directores Generales Adjuntos y los demás funcionarios de categoría no inferior a la de Jefe de División del Organismo, que viajen por cuenta del Organismo provistos del **laissez-passer** de las Naciones Unidas, disfrutarán de las mismas facilidades de viaje que los funcionarios de rango similar de las misiones diplomáticas.

ARTICULO X

Solución de controversias

Sección 33. El Organismo deberá prever procedimientos apropiados para la solución de:

a) Las controversias a que den lugar los contratos, u otros controversias de carácter privado en las cuales sea parte el Organismo;

b) Las controversias en que esté implicado un funcionario o experto del Organismo, que por razón de su posición oficial, goce de inmunidad, si no se ha renunciado a dicha inmunidad conforme a las disposiciones de la sección 21 o de la sección 25.

Sección 34. A menos que, en un caso dado, las partes convengan en recurrir a otro modo de arreglo, toda diferencia que se origine en la interpretación o aplicación del presente Acuerdo será remitida a la Corte Internacional de Justicia de conformidad con el Estatuto de la Corte. Si surge una controversia entre el Organismo y un Estado Miembro y si ambas partes no se ponen de acuerdo sobre otro modo de arreglo, se solicitará una opinión consultiva sobre cualquier cuestión jurídica suscitada, con arreglo al Artículo 96 de la Carta de las Naciones Unidas, al Artículo 65 del Estatuto de la Corte y a las disposiciones correspondientes de los acuerdos concertados entre las Naciones Unidas y el Organismo. La opinión de la Corte será aceptada por las partes como decisiva.

ARTICULO XI

Interpretación

Sección 35. Las disposiciones del presente Acuerdo deben ser interpretadas tomando en consideración las funciones asignadas al Organismo por su Estatuto.

Sección 36. Las disposiciones del presente Acuerdo no limitarán ni menoscabarán en forma alguna los privilegios e inmunidades que un Estado haya concedido o pueda conceder al Organismo por estar en dicho Estado la Sede del Organismo o por haber en él oficinas regionales, funcionarios, expertos, materiales, equipo o instalaciones necesarios para los proyectos o actividades del Organismo, inclusive la aplicación de salvaguardias a un proyecto o arreglo del Organismo. El presente Acuerdo no se interpretará en el sentido de que prohibe la celebración de otros acuerdos entre el Organismo y un Estado que lo haya suscrito, para adaptar las disposiciones del presente Acuerdo o para extender o limitar los privilegios e inmunidades que por el mismo se otorgan.

Sección 37. El presente Acuerdo no tendrá por sí mismo efectos abrogatorios o derogatorios sobre ninguna de las disposiciones del Estatuto del Organismo, ni sobre ningún derecho u obligación que, por otro respecto, pueda tener, adquirir o asumir el Organismo.

ARTICULO XII

Disposiciones finales

Sección 38. El presente Acuerdo será comunicado a cada uno de los Estados Miembros del Organismo para que lo acepte. La aceptación se efectuará depositando en poder del Director General un instrumento de aceptación, y el Acuerdo entrará en vigor, con respecto a cada Estado Miembro, en la fecha en que se deposite el correspondiente instrumento de aceptación. Se da por supuesto que, cuando se deposite un instrumento de aceptación en nombre de un Estado, ese Estado podrá aplicar con arreglo a su propia legislación las disposiciones del presente Acuerdo. El Director General enviará una copia certificada del presente Acuerdo al Gobierno de cada Estado que actualmente sea Miembro del Organismo o que pase a serlo, y notificará a todos los Estados Miembros el depósito de cada instrumento de aceptación y el registro de cada notificación de denuncia a que se hace referencia en la sección 39.

Cualquier Estado Miembro podrá formular reservas respecto de este Acuerdo. El Estado Miembro sólo podrá formular estas reservas en el momento en que deposite el instrumento de aceptación y el Director General las comunicará inmediatamente a todos los Estados Miembros del Organismo.

Sección 39. El presente Acuerdo continuará en vigor entre el Organismo y todos los Estados Miembros que hayan depositado los instrumentos de aceptación, durante el tiempo que el Estado continúe siendo Miembro del Organismo, o hasta que la Junta de Gobernadores apruebe un texto revisado del Acuerdo y el Estado Miembro sea parte en este Acuerdo revisado, quedando entendido que si un Estado Miembro deposita una notificación de denuncia en poder del Director General, el presente Acuerdo dejará de estar en vigor en lo que respecta a dicho Estado un año después de que el Director General haya recibido dicha notificación.

Sección 40. A petición de un tercio de los Estados partes en este Acuerdo, la Junta de Gobernadores del Organismo examinará para su aprobación las enmiendas que se presenten al mismo. Las enmiendas aprobadas por la Junta entrarán en vigor al ser aceptadas con arreglo a lo dispuesto en la sección 38.

Vorankündigung!

Im Mai 1975 erscheint

Das Geltende Recht

Ausgabe 1975

Format: L 4 — Kunstleder
Umfang: etwa 800 Seiten in 2 Bänden
EVP: 24,— Mark (für beide Bände)

Richten Sie Ihre Bestellungen schon jetzt an den

Zentralversand Erfurt
501 Erfurt
Postschließfach 696

Die Bestellung für das „Geltende Recht", Ausgabe 1975, schließt auch die Vormerkung für eventuelle Ergänzungen ein.

Zur laufenden Belieferung mit der jeweils neuesten Ausgabe können auch Abonnementsbestellungen aufgegeben werden.

Nach Erscheinen der Ausgabe 1975 besteht auch Kaufmöglichkeit gegen Barzahlung bei Selbstabholung (kein Versand) in der

Buchhandlung
für Amtliche Dokumente
108 Berlin
Neustädtische Kirchstraße 15

Das „Geltende Recht", Ausgabe 1975, ist das chronologisch und systematisch geordnete Nachschlagewerk über die veröffentlichten geltenden Rechtsvorschriften der DDR. In der Ausgabe 1975 sind alle bis 31. Dezember 1974 veröffentlichten Rechtsvorschriften (ohne staatliche Standards) erfaßt.

Zur rationelleren Arbeit erscheinen der chronologische und der systematische Teil in getrennten Bänden.

Der systematische Teil ist in 10 Hauptgruppen gegliedert:

0 Verfassungsrecht; Stellung, Aufbau und Arbeitsweise der Staatsorgane

1 Grundfragen der Leitung der Volkswirtschaft, Planung, Wissenschaft und Technik, Statistik und Finanzen

2 Rationalisierung, Automatisierung, Investitionen, Material- und Warenprüfung, Materialwirtschaft, Leitung der Industrie und des Handwerks, Kommunalwirtschaft, internationale ökonomische Beziehungen der DDR, Außenhandel, Zollrecht

3 Bauwesen, Wohnungswirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

4 Landwirtschaft, Nahrungsgüterwirtschaft, Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Landtechnik, Bodenrecht, Meliorationswesen, Forstwirtschaft, Jagdwesen, Wasserwirtschaft, Fischereiwesen, Naturschutz, Landeskultur, Umweltschutz

5 Binnenhandel und Versorgung der Bevölkerung

6 Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Gesundheits- und Sozialwesen

7 Einheitliches sozialistisches Bildungssystem, Wissenschaften, Kultur, Jugend und Sport

8 Rechtspflege, Innere Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

9 Auswärtige Angelegenheiten

Das Stichwortverzeichnis wurde wesentlich erweitert und das Verweissystem ist vervollkommnet worden.

Mit dem Nachschlagewerk das „Geltende Recht", Ausgabe 1975, wird den Abgeordneten, den Staats- und Wirtschaftsfunktionären und allen interessierten Bürgern ein wichtiges Hilfsmittel in die Hand gegeben, das einen schnellen und vollständigen Überblick über das geltende Recht ermöglicht.

STAATSVERLAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Sofort lieferbar!

Mit Wirkung vom 1. Januar 1975 tritt für die Herstellung und Montage von Metalleichtbaukonstruktionen, stählerne Baukonstruktionen, Baukonstruktionen aus Alu-Legierungen, Feinstahlbau und Gitterroste ein neuer Preiskatalog (AO Nr. Pr. 23/3 – GBl. Teil I 34/74) in Kraft.

Dieser Preiskatalog ist in 8 Heften erschienen:

HEFT I

Preiskatalog für Metalleichtbaukonstruktionen, stählerne Baukonstruktionen, Baukonstruktionen aus Alu-Legierungen, Feinstahlbau und Gitterroste

- Gesetzliche Bestimmungen und spezielle Kalkulationsrichtlinie

96 Seiten, EVP 1,80 M

HEFT II

Herstellung stählerner Baukonstruktionen

- Verkehrsbrücken aus Stahl- und Alu-Legierungen
- Baukonstruktionen für Wasser- und Tiefbauten aus Stahl- und Alu-Legierungen
- Hochbaukonstruktionen aus Stahl (ohne Metalleichtbaukonstruktionen)
- Stahl- und Alukonstruktionen für Verkehrssicherungen
- Maste und Türme aus Stahl und Alu-Legierungen

256 Seiten, EVP 4,80 M

HEFT III

Herstellung von Metalleichtbaukonstruktionen

- Metalleichtbaukonstruktionen für den Hochbau

112 Seiten, EVP 2,– M

HEFT IV

Montage stählerner Baukonstruktionen und Metalleichtbaukonstruktionen

- Montage von bautechnischen Stahlkonstruktionen

208 Seiten, EVP 4,– M

HEFT V

Herstellung von Fenstern, Fassadenelementen, Türen und Tore aus Stahl und Stahlkonstruktionen für kittlose Verglasung

- Fenster, Fassadenelemente, Türen und Tore aus Stahl und Stahlkonstruktionen für kittlose Verglasung

192 Seiten, EVP 3,60 M

HEFT VI

Montage von Fenstern, Fassadenelementen, Türen und Tore aus Stahl und Stahlkonstruktionen für kittlose Verglasung

- Einsetzarbeiten von Stahl- und Stahl-Leichtmetallelementen
- kittlose Verglasung

64 Seiten, EVP 1,20 M

HEFT VII

Herstellung von Gitterrosten

- Abdeckungen aus Stahl

32 Seiten, EVP 0,60 M

HEFT VIII

Korrosionsschutz

- Korrosionsschutz für Baukonstruktionen aus Stahl- und Alu-Legierungen

48 Seiten, EVP 0,90 M

Die Auslieferung der Hefte erfolgt durch den Zentral-Versand Erfurt. Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

VEB Metalleichtbaukombinat

701 Leipzig, Brühl 76

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31818

AUSGESONDERT
27. APR. 1981
UB Cottbus
2349

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

237

1975	Berlin, den 6. Dezember 1975	Teil II Nr. 11

Tag	Inhalt	Seite
5. 12. 75	**Gesetz über den Vertrag vom 7. Oktober 1975 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**	237

Gesetz
über den Vertrag vom 7. Oktober 1975 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

vom 5. Dezember 1975

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 7. Oktober 1975 in Moskau unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 11 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am fünften Dezember neunzehnhundertfünfundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den fünften Dezember neunzehnhundertfünfundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben,

darauf aufbauend, daß zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein enges brüderliches Bündnis entstanden ist, das auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus beruht,

in der festen Überzeugung, daß die allseitige Festigung der Einheit und Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Grundinteressen der Völker beider Länder und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entspricht und der weiteren Annäherung der sozialistischen Nationen dient,

geleitet von dem Streben, gemäß den Grundsätzen und Zielen der sozialistischen Außenpolitik die günstigsten internationalen Bedingungen für die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus zu gewährleisten,

dem Schutz der territorialen Integrität und Souveränität beider Staaten gegen jegliche Anschläge erstrangige Bedeutung beimessend,

entschlossen, die sich aus dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 ergebenden Verpflichtungen strikt einzuhalten,

konsequent und unentwegt für die Festigung der auf der Gemeinsamkeit der sozialen Ordnung und der Endziele beruhenden Geschlossenheit aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft eintretend,

bekräftigend, daß die Unterstützung, die Festigung und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften, die dank den heldenhaften Anstrengungen und der aufopferungsvollen Arbeit der Völker erzielt wurden, gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder sind,

der weiteren Vervollkommnung der politischen und ideologischen Zusammenarbeit, der Entwicklung und Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration große Bedeutung beimessend,

in der festen Absicht, die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zu fördern und ihren Beitrag dazu zu leisten, die kollektiv ausgearbeiteten Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen und auf dieser Grundlage eine fruchtbringende und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent zu entwickeln,

unter Berücksichtigung dessen, daß die Deutsche Demokratische Republik, die die Grundsätze des Potsdamer Abkommens erfüllt hat, als souveräner unabhängiger sozialistischer Staat vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist,

der weiteren Entwicklung und Vervollkommnung der vertragsrechtlichen Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen große Bedeutung beimessend und unter Berücksichtigung der Veränderungen, die sich in Europa und in der ganzen Welt vollzogen haben,

geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen,

folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden in Übereinstimmung mit den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus auch künftig die Beziehungen der ewigen und unverbrüchlichen Freundschaft und der brüderlichen gegenseitigen Hilfe auf allen Gebieten festigen. Sie werden die allseitige Zusammenarbeit planmäßig und unentwegt entwickeln und vertiefen und einander allseitige Hilfe und Unterstützung gewähren auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Artikel 2

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die Anstrengungen zur effektiven Nutzung der materiellen und geistigen Potenzen ihrer Völker und Staaten für die Errichtung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft und die Festigung der sozialistischen Gemeinschaft vereinen.

In Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der sozialistischen ökonomischen Integration und um die materiellen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Völker besser zu befriedigen, werden sie die gegenseitig vorteilhafte zwei- und mehrseitige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, einschließlich der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, festigen und erweitern.

Beide Seiten werden die langfristige Koordinierung und Abstimmung der Volkswirtschaftspläne fortführen, die Spezialisierung und Kooperation in Produktion und Forschung erweitern, Perspektivmaßnahmen zur Entwicklung der wichtigsten Zweige von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik abstimmen, die bei der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen austauschen und im Interesse der Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion ein immer engeres Zusammenwirken der nationalen Wirtschaften beider Staaten sichern.

Artikel 3

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die Zusammenarbeit zwischen den Organen der Staatsmacht und den gesellschaftlichen Organisationen fördern, umfangreiche Verbindungen auf den Gebieten der Wissenschaft und Kultur, des Bildungswesens, der Literatur und Kunst, der Presse, des Rundfunks, des Filmwesens und des Fernsehens, des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes, des Tourismus, der Körperkultur und des Sports sowie auf anderen Gebieten entwickeln. Sie werden ebenso die Entwicklung von Kontakten zwischen den Werktätigen beider Länder fördern.

Artikel 4

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die weitere Entwicklung der brüderlichen Beziehungen zwischen allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft maximal fördern und stets im Geiste der Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit handeln. Sie erklären ihre Bereitschaft, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur Verteidigung der historischen Errungenschaften des Sozialismus, der Sicherheit und der Unabhängigkeit beider Länder zu treffen.

Artikel 5

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden auch künftig alle von ihnen abhängenden Maßnahmen zur konsequenten Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, zur Erweiterung und Vertiefung des Entspannungsprozesses in den internationalen Beziehungen ergreifen und danach streben, den Kieg endgültig aus dem Leben der Völker zu verbannen. Sie werden alles daransetzen, um den internationalen Frieden und die Sicherheit der Völker gegen Anschläge aggressiver Kräfte des Imperialismus und der Reaktion zu schützen, das Wettrüsten einzustellen, zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung beizutragen, den Kolonialismus in all seinen Formen und Erscheinungen endgültig zu beseitigen und die von kolonialer Unterdrückung befreiten Staaten bei der Stärkung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität zu unterstützen.

Artikel 6

Die Hohen Vertragschließenden Seiten betrachten die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen in Europa als wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und bringen die feste Entschlossenheit zum Ausdruck, gemeinsam und im Bündnis mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 und in Übereinstimmung mit ihm die Unantastbarkeit der Grenzen der Teilnehmerstaaten dieses Vertrages, wie sie im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind, einschließlich der Grenzen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, zu gewährleisten.

Beide Seiten werden gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um jeglichen Erscheinungen des Revanchismus und Militarismus entgegenzuwirken, und die strikte Einhaltung der mit dem Ziel der Festigung der europäischen Sicherheit abgeschlossenen Verträge anstreben.

Artikel 7

In Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 werden die Hohen Vertragschließenden Seiten ihre Verbindungen zu Westberlin ausgehend davon unterhalten und entwickeln, daß es kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird.

Artikel 8

Im Falle eines bewaffneten Überfalles irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf eine der Hohen Vertragschließenden Seiten wird die andere Hohe Vertragschließende Seite dies als einen Angriff auf sich selbst betrachten und ihr unverzüglich jeglichen Beistand, einschließlich militärischen, leisten und sie in Ausübung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung entsprechend Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Über die auf Grund dieses Artikels ergriffenen Maßnahmen werden die Hohen Vertragschließenden Seiten unverzüglich den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterrichten und im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen handeln.

Artikel 9

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden in allen wichtigen internationalen Fragen einander informieren, sich konsultieren und ausgehend von der gemeinsamen Position, die entsprechend den Interessen beider Staaten abgestimmt wurde, handeln.

Artikel 10

Dieser Vertrag berührt nicht die Rechte und Pflichten der Hohen Vertragschließenden Seiten aus gültigen zwei- und mehrseitigen Abkommen.

Artikel 11

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in nächster Zeit in Berlin erfolgt, in Kraft.

Artikel 12

Dieser Vertrag wird für die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen und automatisch um jeweils weitere zehn Jahre verlängert, wenn nicht eine der Hohen Vertragschließenden Seiten zwölf Monate vor Ablauf der Geltungsdauer den Wunsch äußert, ihn zu kündigen.

Ausgefertigt in Moskau am 7. Oktober 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Deutsche Demokratische Republik

E. Honecker

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

L. Breshnew

ДОГОВОР

о дружбе, сотрудничестве и взаимной помощи между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик

Германская Демократическая Республика и Союз Советских Социалистических Республик,

основываясь на том, что между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик сложился тесный братский союз, опирающийся на фундамент марксизма-ленинизма и социалистического интернационализма;

твердо убежденные в том, что всемерное укрепление единства и дружбы между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик отвечает коренным интересам народов обеих стран и всего содружества социалистических государств, служит делу дальнейшего сближения социалистических наций;

руководствуясь стремлением, в соответствии с принципами и целями социалистической внешней политики, обеспечить наиболее благоприятные международные условия для построения социализма и коммунизма;

придавая первостепенное значение делу защиты территориальной целостности и суверенитета обоих государств от любых посягательств;

преисполненные решимости строго соблюдать обязательства, вытекающие из Варшавского Договора о дружбе, сотрудничестве и взаимной помощи от 14 мая 1955 года;

последовательно и неуклонно выступая за упрочение сплоченности всех стран социалистического содружества, основанной на общности социального строя и конечных целей;

подтверждая, что поддержка, укрепление и защита социалистических завоеваний, достигнутых ценой героических усилий и самоотверженного труда народов, является общим интернациональным долгом социалистических стран;

придавая важное значение дальнейшему совершенствованию политического и идеологического сотрудничества, развитию и углублению социалистической экономической интеграции;

выражая твердую решимость содействовать дальнейшему упрочению мира и безопасности в Европе и во всем мире, вносить свой вклад в осуществление коллективно выработанных принципов отношений между государствами с различным общественным строем и в развитие на этой основе плодотворного и взаимовыгодного сотрудничества на европейском континенте;

принимая во внимание, что Германская Демократическая Республика, осуществившая принципы Потсдамского соглашения, стала в качестве суверенного независимого социалистического государства полноправным членом Организации Объединенных Наций;

придавая важное значение дальнейшему развитию и совершенствованию договорно-правовой основы своих взаимоотношений и учитывая изменения, происшедшие в Европе и во всем мире;

руководствуясь целями и принципами Устава Организации Объединенных Наций,

договорились о нижеследующем:

Статья 1

Высокие Договаривающиеся Стороны в соответствии с принципами социалистического интернационализма будут и впредь укреплять отношения вечной и нерушимой дружбы и братской взаимопомощи во всех областях. Они будут планомерно и неуклонно развивать и углублять всестороннее сотрудничество, оказывать друг другу всемерную помощь и поддержку, основываясь на взаимном уважении государственного суверенитета и независимости, равноправии и невмешательстве во внутренние дела друг друга.

Статья 2

Высокие Договаривающиеся Стороны будут объединять усилия для эффективного использования материальных и духовных потенциалов своих народов и государств в целях построения социалистического и коммунистического общества и укрепления

социалистического содружества. В соответствии с принципами и целями социалистической экономической интеграции и в интересах лучшего удовлетворения материальных и культурных потребностей своих народов они будут укреплять и расширять взаимовыгодное двустороннее и многостороннее экономическое и научно-техническое сотрудничество, в том числе в рамках Совета Экономической Взаимопомощи.

Стороны будут продолжать координировать и согласовывать на длительный период народнохозяйственные планы, расширять специализацию и кооперирование в области производства и исследований, согласовывать перспективные меры по развитию важнейших отраслей экономики, науки и техники, обмениваться накопленными в ходе строительства социализма и коммунизма знаниями и опытом, обеспечивать все более тесное взаимодействие национальных экономик обоих государств в интересах повышения эффективности общественного производства.

Статья 3

Высокие Договаривающиеся Стороны будут содействовать сотрудничеству между органами государственной власти и общественными организациями, развивать широкие связи в области науки и культуры, образования, литературы и искусства, печати, радио, кино и телевидения, здравоохранения, охраны окружающей среды, туризма, физической культуры и спорта и в других областях. Они будут также поощрять развитие контактов между трудящимися обеих стран.

Статья 4

Высокие Договаривающиеся Стороны будут всемерно способствовать дальнейшему развитию братских отношений между всеми государствами социалистического содружества, постоянно действовать в духе укрепления их единства и сплоченности. Они заявляют о своей готовности предпринимать необходимые меры по охране и защите исторических завоеваний социализма, безопасности и независимости обеих стран.

Статья 5

Высокие Договаривающиеся Стороны будут и впредь принимать все зависящие от них меры для последовательного претворения в жизнь принципов мирного сосуществования государств с различным общественным строем, расширения и углубления процесса разрядки в международных отношениях, добиваться окончательного исключения войны из жизни народов. Они будут прилагать все усилия для защиты международного мира и безопасности народов от посягательств агрессивных сил империализма и реакции, для прекращения гонки вооружений и содействия всеобщему и полному разоружению, окончательной ликвидации колониализма во всех его формах и проявлениях, оказания поддержки освободившимся от колониального гнета государствам в деле укрепления их национальной независимости и суверенитета.

Статья 6

Высокие Договаривающиеся Стороны рассматривают нерушимость государственных границ в Европе в качестве главнейшей предпосылки обеспечения европейской безопасности и выражают твердую решимость совместно и в союзе с другими государствами-участниками Варшавского Договора о дружбе, сотрудничестве и взаимной помощи от 14 мая 1955 года и в соответствии с ним обеспечивать неприкосновенность границ государств-участников этого Договора, как они сложились в итоге второй мировой войны и послевоенного развития, включая границы между Германской Демократической Республикой и Федеративной Республикой Германии.

Стороны будут предпринимать совместные усилия для противодействия любым проявлениям реваншизма и милитаризма, добиваться неукоснительного выполнения договоров, заключенных с целью упрочения европейской безопасности.

Статья 7

В соответствии с Четырехсторонним соглашением от 3 сентября 1971 года Высокие Договаривающиеся Стороны будут поддерживать и развивать свои связи с Западным Берлином, исходя из того, что он не является составной частью Федеративной Республики Германии и не будет управляться ею и впредь.

Статья 8

В случае, если одна из Высоких Договаривающихся Сторон подвергнется вооруженному нападению со стороны какого-либо государства или группы государств, то другая Высокая Договаривающаяся Сторона будет рассматривать это как нападение и на нее

и незамедлительно окажет ей всяческую помощь, включая военную, а также предоставит поддержку всеми находящимися в ее распоряжении средствами в порядке осуществления права на индивидуальную или коллективную самооборону в соответствии со статьей 51 Устава Организации Объединенных Наций.

О мерах, принятых на основании настоящей статьи, Высокие Договаривающиеся Стороны незамедлительно известят Совет Безопасности Организации Объединенных Наций и будут действовать в соответствии с положениями Устава Организации Объединенных Наций.

Статья 9

Высокие Договаривающиеся Стороны будут информировать друг друга, консультироваться и действовать во всех важных международных вопросах, исходя из общей позиции, согласованной в соответствии с интересами обоих государств.

Статья 10

Настоящий Договор не затрагивает прав и обязательств Высоких Договаривающихся Сторон по действующим двусторонним и многосторонним соглашениям.

Статья 11

Настоящий Договор подлежит ратификации и вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, который будет произведен в Берлине в кратчайший срок.

Статья 12

Настоящий Договор заключается на срок в 25 лет и будет автоматически продлеваться каждый раз на следующие десять лет, если ни одна из Высоких Договаривающихся Сторон не заявит о своем желании прекратить его действие путем извещения за 12 месяцев до истечения соответствующего срока.

Совершено в Москве 7 октября 1975 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

ЗА
ГЕРМАНСКУЮ ДЕМОКРАТИЧЕСКУЮ
РЕСПУБЛИКУ

E. Honecker

ЗА
СОЮЗ СОВЕТСКИХ
СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК

Л. БРЕЖНЕВ

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31 818

AUSGESONDERT
27. MÄRZ 1993

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1975 | Berlin, den 18. Dezember 1975 | Teil II Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
5. 12. 75	Gesetz über das Protokoll vom 18. April 1975 zu dem am 1. Februar 1957 in Warschau zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	245
5. 11. 75	Bekanntmachung über die Annahme der Konvention vom 5. Dezember 1958 über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen durch die Deutsche Demokratische Republik	250
5. 11. 75	Bekanntmachung über die Annahme der Konvention vom 5. Dezember 1958 über den zwischenstaatlichen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten durch die Deutsche Demokratische Republik	258
7. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 26. März 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich	266
21. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Internationalen Konvention vom 16. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	266
21. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung	266

Gesetz über das Protokoll vom 18. April 1975 zu dem am 1. Februar 1957 in Warschau zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen

vom 5. Dezember 1975

§ 1

Die Volkskammer bestätigt das am 18. April 1975 in Warschau unterzeichnete, nachstehend veröffentlichte Protokoll zu dem am 1. Februar 1957 in Warschau zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen.

§ 2

Der Tag, an dem das Protokoll gemäß seinem Artikel 2 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 5. Dezember 1975 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am fünften Dezember neunzehnhundertfünfundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den fünften Dezember neunzehnhundertfünfundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph

Protokoll zu dem am 1. Februar 1957 in Warschau zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Staatsrat der Volksrepublik Polen haben sich, von dem Wunsche geleitet, die vertraglichen Beziehungen auf dem Gebiete des Rechtsverkehrs zu vertiefen und zu vervollkommnen, entschlossen, den am 1. Februar 1957 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen zu ändern und zu ergänzen.

Zu diesem Zweck haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

Hans-Joachim Heusinger
Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und Minister der Justiz

Der Staatsrat der Volksrepublik Polen

Włodzimierz Berutowicz
Minister der Justiz der Volksrepublik Polen

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Der am 1. Februar 1957 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterzeichnete Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen wird wie folgt geändert beziehungsweise ergänzt:

1. Nach Artikel 2 wird Artikel 2 A eingefügt:

Artikel 2 A

Die Rechtshilfe umfaßt auch die Feststellung des Aufenthalts von Personen auf dem Territorium des einen Vertragspartners gegen die von Personen, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, zivil- oder familienrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden, sowie die Ermittlung der Arbeitsstelle und der Höhe des Einkommens von Personen, die wegen Unterhaltsforderungen in Anspruch genommen werden. Zur Erleichterung der Erledigung derartiger Ersuchen übermittelt der ersuchende Vertragspartner alle vorhandenen Hinweise.

2. Artikel 15 erhält folgende Fassung:

Artikel 15

Erteilung von Informationen

(1) Die Minister der Justiz und die Generalstaatsanwälte der Vertragspartner übermitteln sich gegenseitig die wichtigsten Gesetzgebungsakte auf dem Gebiet des Zivil-, Familien- und Strafrechts.

(2) Die Minister der Justiz und die Generalstaatsanwälte der Vertragspartner erteilen einander auf Ersuchen Auskunft über das Recht, das in ihren Staaten gilt oder gegolten hat, sowie über die Rechtspraxis.

3. Artikel 18 erhält folgende Fassung:

Artikel 18

(1) Den Staatsbürgern des einen Vertragspartners wird auf dem Territorium des anderen Vertragspartners einstweilige Kostenbefreiung unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfang wie eigenen Staatsbürgern gewährt.

(2) Eine einstweilige Kostenbefreiung, die von dem zuständigen Gericht des einen Vertragspartners in einer bestimmten Sache bewilligt wurde, erstreckt sich auch auf die Kosten für das Verfahren wegen Anerkennung und Vollstreckung einschließlich der Zwangsvollstreckung von Entscheidungen auf dem Territorium des anderen Vertragspartners.

4. Artikel 21 erhält folgende Fassung:

Artikel 21

Eheschließung

(1) Die Voraussetzungen für die Eingehung der Ehe bestimmen sich für jeden der künftigen Ehegatten nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger er ist.

(2) Die Form der Eheschließung bestimmt sich nach dem Recht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Ehe geschlossen wird.

(3) Die Form der Eheschließung, die vor einem dazu ermächtigten diplomatischen oder konsularischen Vertreter vorgenommen wird, bestimmt sich nach dem Recht des Entsendestaates des diplomatischen oder konsularischen Vertreters.

5. Nach Artikel 22 wird Artikel 22 A eingefügt:

Artikel 22 A

Zuständigkeit in Verfahren wegen persönlicher und vermögensrechtlicher Beziehungen der Ehegatten

(1) In Verfahren wegen persönlicher und vermögensrechtlicher Beziehungen der Ehegatten sind die Gerichte des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger die Ehegatten sind. Haben die Ehegatten zur Zeit der Einleitung des Verfahrens ihren Wohnsitz auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so sind auch die Gerichte dieses Vertragspartners zuständig.

(2) Ist einer der Ehegatten Staatsbürger des einen und der andere Staatsbürger des anderen Vertragspartners, so sind in Verfahren wegen persönlicher und vermögensrechtlicher Beziehungen der Ehegatten die Gerichte des Vertragspartners zuständig, auf dessen Territorium die Ehegatten ihren gemeinsamen Wohnsitz haben oder zuletzt hatten.

6. Artikel 24 erhält folgende Fassung:

Artikel 24

Bestehen, Nichtbestehen und Nichtigkeit der Ehe

(1) Die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe oder die Nichtigkeitserklärung einer Ehe bestimmt sich nach dem gemäß Artikel 21 anzuwendenden Recht.

(2) Für die Zuständigkeit der Gerichte gelten die Bestimmungen des Artikels 23 entsprechend.

7. Die Artikel 26, 27 und 28 erhalten folgende Fassung:

Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern

Artikel 26

(1) Die Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern bestimmen sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger das Kind ist. Besitzt ein Kind die Staatsbürgerschaft beider Vertragspartner, bestimmen sich die Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern nach dem Recht des Vertragspartners, auf dessen Territorium das Kind seinen Wohnsitz hat.

(2) Rechtsverhältnisse im Sinne des Absatzes 1 umfassen auch Unterhaltsansprüche zwischen Eltern und Kindern.

Artikel 27

(1) Die Feststellung und Anfechtung der Vaterschaft bestimmen sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürgerschaft das Kind mit der Geburt erworben hat. Hat ein Kind mit der Geburt die Staatsbürgerschaft beider Vertragspartner erworben, bestimmen sich die Feststellung und Anfechtung der Vaterschaft nach dem Recht des Vertragspartners, auf dessen Territorium das Kind zur Zeit seiner Geburt seinen Wohnsitz hatte.

(2) Für die Anerkennung der Vaterschaft genügt die Einhaltung der Formvorschriften des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Anerkennung erfolgt ist.

Artikel 28

In Verfahren wegen der in Artikel 26 und 27 genannten Rechtsverhältnisse sind sowohl die Organe des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger das Kind ist, als auch die Organe des Vertragspartners, auf dessen Territorium das Kind seinen Wohnsitz hat.

8. Artikel 29 wird aufgehoben.

9. Artikel 38 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

(3) Anträge von Staatsbürgern eines Vertragspartners, die ihren Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium der Vertragspartner haben, auf Ausstellung und Übersendung von Auszügen aus den Personenstandsregistern des anderen Vertragspartners können direkt an das zuständige Standesamt gerichtet werden. Für die Ausstellung und Übersendung der Urkunden werden keine Gebühren erhoben. Die Übersendung der Urkunden erfolgt direkt an den Antragsteller.

10. Artikel 51 erhält folgende Fassung:

Artikel 51

Anerkennung von Entscheidungen in nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten

Die von Organen des einen Vertragspartners ergangenen rechtskräftigen Entscheidungen über nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten in Zivil- und Familiensachen sind auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ohne weiteres Anerkennungsverfahren wirksam, wenn das Organ, das die Entscheidung getroffen hat, nach den Bestimmungen dieses Vertrages zuständig war und kein Organ des anderen Vertragspartners früher eine rechtskräftige Entscheidung in dieser Sache zwischen denselben Beteiligten getroffen hat.

11. In den Zweiten Teil, 1. Abschnitt wird nach Artikel 63 Unterabschnitt f eingefügt:

f) Rechtshängigkeit

Artikel 63 A

Wird bei den Gerichten beider Vertragspartner zwischen denselben Beteiligten wegen derselben Sache ein Verfahren eingeleitet, so hat sich das Gericht, bei dem das Verfahren später eingeleitet wurde, für unzuständig zu erklären.

12. Artikel 66 erhält folgende Fassung:

Übernahme der Strafverfolgung

Artikel 66

(1) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, auf Ersuchen des anderen Vertragspartners die Strafverfolgung nach seinem Recht gegen eigene Staatsbürger durchzuführen, die verdächtig sind, auf dem Territorium des ersuchenden Vertragspartners eine Straftat begangen zu haben.

(2) Die Verpflichtung zur Übernahme der Verfolgung erstreckt sich auch auf solche Rechtsverletzungen, die nach dem Recht des ersuchenden Vertragspartners als eine Straftat und nach dem Recht des ersuchten Vertragspartners nur als eine Verfehlung oder Ordnungswidrigkeit zu würdigen und nach dem Recht des ersuchten Vertragspartners verfolgbar sind.

(3) Anträge auf Strafverfolgung, die von den Geschädigten in Übereinstimmung mit dem Recht des einen Vertragspartners bei den zuständigen Organen des ersuchenden Vertragspartners fristgerecht eingereicht wurden, sind auch auf dem Territorium des anderen Vertragspartners wirksam.

(4) Ergeben sich aus der Straftat, die dem übernommenen Verfahren zugrunde liegt, Schadensersatzansprüche geschädigter Personen und wurden entsprechende Anträge auf Schadensersatz gestellt, werden diese auf Verlangen der Geschädigten in das Verfahren einbezogen.

13. Nach Artikel 66 werden die Artikel 66 A und 66 B eingefügt:

Artikel 66 A

(1) Dem Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung werden beigefügt:

a) Angaben zur Person, einschließlich der Staatsbürgerschaft,
b) eine Darstellung des Sachverhalts,
c) Beweismittel,
d) die Akten in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift,
e) eine Abschrift der Bestimmungen, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind,
f) Anträge auf Strafverfolgung und auf Schadensersatz.

(2) Befindet sich der Beschuldigte zur Zeit des Ersuchens um Übernahme der Strafverfolgung in Untersuchungshaft oder ist er vorläufig festgenommen, wird seine Rückführung auf das Territorium des ersuchten Vertragspartners veranlaßt.

(3) Der ersuchte Vertragspartner ist verpflichtet, den ersuchenden Vertragspartner über die abschließende Entscheidung zu benachrichtigen. Auf Anforderung des ersuchenden Vertragspartners ist eine Ausfertigung dieser Entscheidung zu übersenden.

Artikel 66 B

(1) Ein Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung wird von dem Minister der Justiz oder dem Generalstaatsanwalt des einen Vertragspartners an den Minister der Justiz oder den Generalstaatsanwalt des anderen Vertragspartners gerichtet.

(2) Die Minister der Justiz oder die Generalstaatsanwälte der Vertragspartner können vereinbaren, daß Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung von bestimmten Gerichten oder Staatsanwälten des einen Vertragspartners direkt an bestimmte Gerichte oder Staatsanwälte des anderen Vertragspartners gerichtet werden.

Artikel 2

Dieses Protokoll wird ratifiziert und tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Berlin.

Dieses Protokoll ist Bestandteil des am 1. Februar 1957 in Warschau unterzeichneten Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen und hat dieselbe Gültigkeitsdauer wie der Vertrag selbst.

Ausgefertigt in Warschau am 18. April 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

In Vollmacht des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik
Hans-Joachim Heusinger

In Vollmacht des Staatsrates der Volksrepublik Polen
Włodzimierz Berutowicz

Protokół
do Umowy między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzecząpospolitą Ludową o obrocie prawnym w sprawach cywilnych, rodzinnych i karnych podpisanej w Warszawie dnia 1 lutego 1957 r.

Rada Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej i Rada Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, kierując się dążeniem do pogłębienia i udoskonalenia stosunków umownych w dziedzinie obrotu prawnego postanowiły zmienić i uzupełnić Umowę między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzecząpospolitą Ludową o obrocie prawnym w sprawach cywilnych, rodzinnych i karnych podpisaną dnia 1 lutego 1957 r. i w tym celu wyznaczyły jako swoich pełnomocników:

Rada Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej — Hansa-Joachima Heusingera, Zastępcę Przewodniczącego Rady Ministrów Niemieckiej Republiki Demokratycznej i Ministra Sprawiedliwości

Rada Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej —

Włodzimierza Berutowicza, Ministra Sprawiedliwości Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej

którzy po wymianie swoich pełnomocnictw, uznanych za dobre i sporządzone w należytej formie, uzgodnili:

Artykuł 1

W Umowie między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzecząpospolitą Ludową o obrocie prawnym w sprawach cywilnych, rodzinnych i karnych podpisanej dnia 1 lutego 1957 r. wprowadza się następujące zmiany i uzupełnienia:

1. Po artykule 2 dodaje się artykuł 2 A w następującym brzmieniu:

„Artykuł 2 A

Pomoc prawna obejmuje również ustalenie na obszarze jednej z Umawiających się Stron miejsca pobytu osób, przeciwko którym osoby mające swoje miejsce zamieszkania lub pobytu na obszarze drugiej Umawiającej się Strony zgłaszają roszczenia z zakresu prawa cywilnego lub rodzinnego a ponadto ustalenie miejsca pracy i wysokości dochodów osób, przeciwko którym zostaną zgłoszone roszczenia alimentacyjne. W celu ułatwienia załatwienia tego rodzaju wniosków wzywająca Umawiająca się Strona przekazuje wszystkie posiadane informacje."

2. Artykuł 15 otrzymuje następujące brzmienie:

„Artykuł 15

Udzielanie informacji

1. Ministrowie Sprawiedliwości i Prokuratorzy Generalni Umawiających się Stron przekazują sobie ważniejsze akty ustawodawcze z zakresu prawa cywilnego, rodzinnego i karnego.
2. Ministrowie Sprawiedliwości i Prokuratorzy Generalni Umawiających się Stron udzielają sobie na wniosek informacji dotyczących prawa, które w ich Państwach obowiązuje lub obowiązywało oraz co do praktyki jego stosowania."

3. Artykuł 18 otrzymuje następujące brzmienie:

„Artykuł 18

1. Obywatelom jednej z Umawiających się Stron zapewnia się na obszarze drugiej Umawiającej się Strony tymczasowe zwolnienie od kosztów sądowych na tych samych zasadach i w tym samym zakresie jak obywatelom własnym.
2. Tymczasowe zwolnienie od kosztów sądowych, udzielone w określonej sprawie przez właściwy sąd jednej z Umawiających się Stron rozciąga się również na koszty postępowania w sprawach o uznanie oraz o wykonanie orzeczeń włącznie z egzekucją na obszarze drugiej Umawiającej się Strony."

4. Artykuł 21 otrzymuje następujące brzmienie:

„Artykuł 21

Zawarcie małżeństwa

1. Przesłanki zawarcia małżeństwa ocenia się dla każdego z przyszłych małżonków według prawa tej z Umawiających się Stron, której ta osoba jest obywatelem.
2. Forma zawarcia małżeństwa podlega prawu tej z Umawiających się Stron, na której obszarze małżeństwo zostaje zawarte.
3. Forma małżeństwa zawartego przed uprawnionym przedstawicielem dyplomatycznym lub urzędnikiem konsularnym podlega prawu państwa wysyłającego przedstawiciela dyplomatycznego lub urzędnika konsularnego."

5. Po artykule 22 dodaje się artykuł 22 A w następującym brzmieniu:

„Artykuł 22 A

Właściwość w sprawach dotyczących stosunków osobistych i majątkowych małżonków

1. W sprawach dotyczących stosunków osobistych i majątkowych małżonków właściwe są sądy tej z Umawiających się Stron, której obywatelami są małżonkowie. Jeżeli małżonkowie w chwili wszczęcia postępowania zamieszkują na obszarze drugiej Umawiającej się Strony, właściwe są również sądy tej Strony.
2. Jeżeli jeden z małżonków jest obywatelem jednej z Umawiających się Stron, drugi zaś obywatelem drugiej Umawiającej się Strony, w sprawach dotyczących stosunków osobistych i majątkowych małżonków właściwe są sądy tej z Umawiających się Stron, na której obszarze małżonkowie mają wspólne miejsce zamieszkania lub mieli ostatnie wspólne miejsce zamieszkania."

6. Artykuł 24 otrzymuje następujące brzmienie:

„Artykuł 24

Istnienie, nieistnienie i nieważność małżeństwa

1. Ustalenie istnienia lub nieistnienia małżeństwa albo unieważnienie małżeństwa podlega prawu, które stosuje się zgodnie z artykułem 21.
2. W zakresie właściwości sądów stosuje się odpowiednio postanowienia artykułu 23."

7. Artykuły 26, 27 i 28 otrzymują następujące brzmienie:

„Stosunki prawne między rodzicami i dziećmi

Artykuł 26

1. Stosunki prawne między rodzicami i dziećmi podlegają prawu tej Umawiającej się Strony, której obywatelem jest dziecko. Jeżeli dziecko posiada obywatelstwo obu Umawiających się Stron, stosunki prawne między rodzicami i dziećmi podlegają prawu tej Umawiającej się Strony, na obszarze której dziecko ma miejsce zamieszkania.

2. Stosunki prawne w rozumieniu ustępu 1 obejmują również roszczenia alimentacyjne między rodzicami i dziećmi.

Artykuł 27

1. Ustalenie i zaprzeczenie ojcostwa podlegają prawu tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo dziecko uzyskało przez urodzenie. Jeżeli dziecko przez urodzenie uzyskało obywatelstwo obu Umawiających się Stron, ustalenie i zaprzeczenie ojcostwa podlegają prawu tej Umawiającej się Strony, na której obszarze dziecko miało miejsce zamieszkania w chwili urodzenia.
2. Dla uznania ojcostwa wystarcza zachowanie formy przewidzianej przez prawo tej Umawiającej się Strony, na której obszarze uznanie nastąpiło.

Artykuł 28

W sprawach dotyczących stosunków prawnych wymienionych w artykułach 26 i 27 właściwe są zarówno organy tej Umawiającej się Strony, której obywatelem jest dziecko jak i organy tej Umawiającej się Strony, na której obszarze dziecko ma miejsce zamieszkania."

8. Artykuł 29 uchyla się.

9. Artykuł 38 ust. 3 otrzymuje następujące brzmienie:

„3. Wnioski obywateli jednej z Umawiających się Stron mających miejsce zamieszkania lub pobytu na obszarze Umawiających się Stron o sporządzenie i przesłanie wyciągów z akt stanu cywilnego drugiej Umawiającej się Strony mogą być kierowane bezpośrednio do właściwego urzędu stanu cywilnego. Za sporządzenie i przesłanie dokumentów nie pobiera się opłat. Dokumenty przesyła się bezpośrednio wnioskodawcy."

10. Artykuł 51 otrzymuje następujące brzmienie:

„Artykuł 51

Uznawanie orzeczeń w sprawach niemajątkowych

Wydane przez organy jednej z Umawiających się Stron prawomocne orzeczenia w sprawach niemajątkowych cywilnych i rodzinnych są skuteczne na obszarze Umawiającej się Strony bez przeprowadzania postępowania o uznanie, jeżeli organ, który wydał orzeczenie był właściwy stosownie do postanowień Umowy, a żaden organ tej drugiej Strony nie wydał wcześniej prawomocnego orzeczenia w tej samej sprawie między tymi samymi uczestnikami."

11. W pierwszym rozdziale drugiej części po artykule 63 dodaje się oddział f w następującym brzmieniu:

„f/Zawisłość.

Artykuł 63 A

Jeżeli przed sądami obu Umawiających się Stron zostanie wszczęte postępowanie w tej samej sprawie między tymi samymi uczestnikami sąd, przed którym postępowanie zostało wszczęte później, uzna się niewłaściwym."

12. Artykuł 66 otrzymuje następujące brzmienie:

„Przejęcie ścigania karnego

Artykuł 66

1. Każda z Umawiających się Stron zobowiązuje się na wniosek drugiej Umawiającej się Strony do ścigania karnego według własnego prawa własnych obywateli podejrzanych o popełnienie przestępstwa na obszarze wzywającej Umawiającej się Strony.
2. Obowiązek przejęcia ścigania rozciąga się również na takie naruszenia prawa, które według prawa wzywającej Umawiającej się Strony są przestępstwami, a według prawa wezwanej Umawiającej się Strony tylko wykroczeniami i które podlegają ściganiu według prawa wezwanej Umawiającej się Strony.
3. Wnioski o ściganie karne złożone zgodnie z prawem jednej z Umawiających się Stron przez pokrzywdzonych do właściwych organów Strony wzywającej w przepisanym terminie są skuteczne również na obszarze drugiej z Umawiających się Stron.
4. Jeżeli z przestępstwa, którego dotyczy przejęte postępowanie, wynikają roszczenia odszkodowawcze osób pokrzywdzonych i złożone zostały odpowiednie wnioski o odszkodowanie, włącza się je na żądanie pokrzywdzonych do postępowania."

13. Po artykule 66 dodaje się artykuły 66 A i 66 B w następującym brzmieniu:

„Artykul 66 A

1. Do wniosku o przejęcie ścigania karnego dołącza się:
   a. dane dotyczące osoby, włącznie z jej obywatelstwem,
   b. opis stanu faktycznego,
   c. środki dowodowe,
   d. oryginały akt lub ich uwierzytelnione odpisy,
   e. tekst przepisów mających zastosowanie do czynu według prawa obowiązującego w miejscu jego popełnienia,
   f. wnioski o ściganie karne i o odszkodowanie.
2. Jeżeli podejrzany przebywa w chwili złożenia wniosku o przejęcie ścigania karnego w areszcie tymczasowym lub jest zatrzymany należy spowodować jego odesłanie na obszar wezwanej Umawiającej się Strony.
3. Wezwana Umwiająca się Strona jest zobowiązana do powiadomienia Strony wzywającej o orzeczeniu kończącym postępowanie w sprawie. Na wniosek Strony wzywającej należy przesłać odpis tego orzeczenia.

Artykuł 66 B

1. Wniosek o przejęcie ścigania karnego kieruje Minister Sprawiedliwości lub Prokurator Generalny jednej z Umawiających się Stron do Ministra Sprawiedliwości lub Prokuratora Generalnego drugiej Umawiającej się Strony.
2. Ministrowie Sprawiedliwości lub Prokuratorzy Generalni Umawiających się Stron mogą uzgodnić, że wnioski o przejęcie ścigania karnego będą kierowane bezpośrednio przez określone sądy lub prokuratorów jednej Umawiającej się Strony do określonych sądów lub prokuratorów drugiej Umawiającej się Strony."

Artykuł 2

Protokół niniejszy podlega ratyfikacji i wejdzie w życie po upływie trzydziestu dni od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych, która nastąpi w Berlinie.

Protokół niniejszy stanowi integralną część Umowy między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzecząpospolitą Ludową o obrocie prawnym w sprawach cywilnych, rodzinnych i karnych podpisanej w Warszawie dnia 1 lutego 1957 r. i będzie obowiązywał przez ten sam okres czasu co Umowa.

Sporządzono w Warszawie dnia 18 kwietnia 1975 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty są jednakowo autentyczne.

Z upoważnienia Rady Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej	Z upoważnienia Rady Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej
Hans-Joachim Heusinger	Włodzimierz Berutowicz

Bekanntmachung über die Annahme der Konvention vom 5. Dezember 1958 über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen durch die Deutsche Demokratische Republik

vom 5. November 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 19. Februar 1975 die Annahmeurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention vom 5. Dezember 1958 über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Annahmeurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 17 und 18 der Konvention folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Artikeln 17 und 18 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Völker (Resolution Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren."

Die Konvention tritt gemäß ihrem Artikel 16 für die Deutsche Demokratische Republik am 19. Februar 1976 in Kraft.

Berlin, den 5. November 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen

Die Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die in Paris vom 4. November bis 5. Dezember 1958 zu ihrer Zehnten Tagung zusammentritt,

In der Überzeugung, daß die Entwicklung des internationalen Austausches von Veröffentlichungen unerläßlich ist für die freie Verbreitung des Gedanken- und Wissensgutes unter den Völkern der Welt,

Im Hinblick auf die Bedeutung, die dem internationalen Austausch von Veröffentlichungen in der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur beigemessen wird,

In Anerkennung der Notwendigkeit einer neuen internationalen Konvention über den Austausch von Veröffentlichungen,

Befaßt mit Vorschlägen über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen unter Punkt 15.4.1 der Tagesordnung,

Nach Annahme des auf ihrer Neunten Tagung gefaßten Beschlusses, diese Vorschläge zum Gegenstand einer internationalen Regelung durch eine internationale Konvention zu machen,

Nimmt heute, am 3. Dezember 1958, vorliegende Konvention an:

Artikel 1

Austausch von Veröffentlichungen

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, zwischen staatlichen Stellen sowie zwischen nichtstaatlichen Einrichtungen erzieherischen, wissenschaftlich-technischen oder kulturellen Charakters, die keinen Erwerbszweck verfolgen, den Austausch von Veröffentlichungen im Einklang mit den Bestimmungen dieser Konvention zu fördern und zu erleichtern.

Artikel 2

Umfang des Austausches von Veröffentlichungen

(1) Im Sinne dieser Konvention können folgende Veröffentlichungen als geeignet für den Austausch zwischen den in Artikel 1 der vorliegenden Konvention bezeichneten Stellen und Einrichtungen angesehen werden, und zwar für die Benutzung, jedoch nicht für den Wiederverkauf:

a) Veröffentlichungen erzieherischen, juristischen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und informatorischen Charakters, wie zum Beispiel Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Karten und Pläne, Drucke, Fotografien, Mikrokopien, musikalische Werke, Veröffentlichungen in Blindenschrift und andere graphische Erzeugnisse;

b) Veröffentlichungen im Sinne der von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur am 3. Dezember 1958 angenommenen Konvention über den zwischenstaatlichen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten.

(2) Diese Konvention berührt nicht den Austausch auf Grund der von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur am 3. Dezember 1958 angenommenen Konvention über den zwischenstaatlichen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten.

(3) Diese Konvention findet keine Anwendung auf vertrauliche Dokumente, Rundschreiben und sonstige Schriftstücke, die nicht veröffentlicht sind.

Artikel 3

Austauschdienst

(1) Die Vertragsstaaten können ihren staatlichen Austauschdienst oder, in Ermangelung eines solchen, die zentralen Behörden, denen der Austausch übertragen ist, mit folgenden Aufgaben für die Entwicklung und Koordinierung des Austausches von Veröffentlichungen zwischen den in Artikel 1 der vorliegenden Konvention bezeichneten Stellen und Einrichtungen betrauen:

a) Erleichterung des internationalen Austausches von Veröffentlichungen, insbesondere gegebenenfalls durch Übermittlung des auszutauschenden Materials;

b) Beratung und Unterrichtung inländischer und ausländischer Stellen und Einrichtungen über Austauschmöglichkeiten;

c) gegebenenfalls Förderung des Austausches von Duplikaten.

(2) Wird es jedoch als unerwünscht erachtet, die Entwicklung und Koordinierung des Austausches zwischen den in Artikel 1 der vorliegenden Konvention bezeichneten Stellen und Einrichtungen bei den staatlichen Austauschdiensten oder den zentralen Austauschbehörden zusammenzufassen, so können einzelne oder alle in Absatz 1 dieses Artikels angegebenen Aufgaben anderen Behörden übertragen werden.

Artikel 4

Übermittlung

Die Übermittlung kann entweder unmittelbar zwischen den beteiligten Stellen und Einrichtungen oder über die staatlichen Austauschdienste oder Austauschbehörden erfolgen.

Artikel 5

Beförderungskosten

Erfolgt die Übermittlung unmittelbar zwischen den Austauschpartnern, so können die Vertragsstaaten für die Beförderungskosten nicht in Anspruch genommen werden. Erfolgt die Übermittlung über die Austauschbehörden, so tragen die Vertragsstaaten die Beförderungskosten bis zum Bestimmungsort; bei Seetransport übernehmen sie jedoch die Verpackungs- und Beförderungskosten nur bis zum Zollamt des Ankunftshafens.

Artikel 6

Beförderungssätze und -bedingungen

Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um den Austauschbehörden die günstigsten Beförderungssätze und -bedingungen zugute kommen zu lassen, gleichviel, ob zur Beförderung Post, Straße, Eisenbahn, Fluß- oder Seeweg, Luftpost oder Luftfracht benutzt werden.

Artikel 7

Zoll- und andere Erleichterungen

Jeder Vertragsstaat gewährt seinen Austauschbehörden Zollfreiheit für Material, das nach dieser Konvention oder nach Übereinkünften, die zu ihrer Durchführung geschlossen werden, eingeführt oder ausgeführt wird, sowie die günstigste Behandlung hinsichtlich Zoll- und anderer Erleichterungen.

Artikel 8

Internationale Koordinierung des Austausches

Um die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur bei der Wahrnehmung der ihr durch ihre Verfassung übertragenen Aufgaben der internationalen Koordinierung des Austausches zu unterstützen, übermitteln die Vertragsstaaten der Organisation Jahresberichte über die Durchführung dieser Konvention und Abschriften der nach Artikel 12 geschlossenen zweiseitigen Abkommen.

Artikel 9

Information und Berichte

Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur veröffentlicht die Informationen, die sie von den Vertragsstaaten nach Artikel 8 erhält; sie verfaßt und veröffentlicht Berichte über die Durchführung dieser Konvention.

Artikel 10

Unterstützung durch die UNESCO

(1) Die Vertragsstaaten können sich in allen Fragen, die sich aus der Anwendung dieser Konvention ergeben, um technische Unterstützung an die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur wenden. Die Organisation gewährt diese Unterstützung im Rahmen ihres Programms und ihrer Möglichkeiten, insbesondere für die Errichtung und den Aufbau staatlicher Austauschdienste.

(2) Die Organisation ist befugt, den Vertragsstaaten hierzu von sich aus Vorschläge zu machen.

Artikel 11

Verhältnis zu früheren Übereinkünften

Diese Konvention berührt nicht die von den Vertragsstaaten früher auf Grund internationaler Übereinkünfte eingegangenen Verpflichtungen.

Artikel 12

Zweiseitige Abkommen

Sobald es sich als notwendig oder wünschenswert erweist, werden die Vertragsstaaten zweiseitige Abkommen schließen, um diese Konvention zu ergänzen und die sich bei ihrer Anwendung ergebenden Fragen von gemeinsamem Interesse zu regeln.

Artikel 13

Sprachen

Diese Konvention ist in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder der vier Texte gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 14

Ratifizierung und Annahme

(1) Diese Konvention bedarf der Ratifizierung oder der Annahme durch die Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur im Einklang mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren.

(2) Die Ratifizierungs- oder Annahmeurkunden sind beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu hinterlegen.

Artikel 15

Beitritt

(1) Diese Konvention ist zum Beitritt für jeden Nichtmitgliedstaat der Organisation, der vom Exekutivrat der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zum Beitritt eingeladen wird, offen.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

Artikel 16

Inkrafttreten

Diese Konvention tritt zwölf Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der dritten Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft, jedoch nur für die Staaten, die ihre Urkunde zu oder bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt haben. Für jeden anderen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, tritt sie zwölf Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 17

Territoriale Ausdehnung der Konvention

Jeder Vertragsstaat kann zum Zeitpunkt der Ratifizierung, der Annahme oder des Beitritts oder jederzeit danach durch eine an den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu richtende Notifikation erklären, daß sich diese Konvention auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete erstreckt, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Diese Notifikation wird zwölf Monate nach ihrem Eingang wirksam.

Artikel 18

Kündigung

(1) Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention für sich oder für jedes Hoheitsgebiet kündigen, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt.

(2) Die Kündigung wird durch eine beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu hinterlegende Urkunde notifiziert.

(3) Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Kündigungsurkunde wirksam.

Artikel 19

Notifikationen

Der Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur unterrichtet die Mitgliedstaaten der Organisation, die in Artikel 15 bezeichneten Nichtmitgliedstaaten sowie die Vereinten Nationen über die Hinterlegung aller in den Artikeln 14 und 15 vorgesehenen Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunden sowie über die in den Artikeln 17 und 18 vorgesehenen Notifikationen und Kündigungen.

Artikel 20

Änderung der Konvention

(1) Diese Konvention kann von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur geändert werden. Der geänderte Wortlaut ist jedoch nur für diejenigen Staaten verbindlich, die Vertragsparteien der geänderten Konvention werden.

(2) Nimmt die Generalkonferenz eine neue Konvention zur vollständigen oder teilweisen Änderung dieser Konvention an, so liegt vom Inkrafttreten der neuen geänderten Konvention an die vorliegende Konvention nicht mehr zur Ratifikation, zur Annahme oder zum Beitritt auf, es sei denn, daß die neue Konvention etwas anderes bestimmt.

Artikel 21

Registrierung

Gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird diese Konvention auf Antrag des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur beim Sekretariat der Vereinten Nationen registriert.

Geschehen zu Paris am 5. Dezember 1958 in zwei Urschriften, welche die Unterschriften des Präsidenten der Zehnten Tagung der Generalkonferenz und des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur tragen und im Archiv der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hinterlegt werden; allen in den Artikeln 14 und 15 bezeichneten Staaten sowie den Vereinten Nationen werden beglaubigte Abschriften übermittelt.

Der vorstehende Text ist der verbindliche Wortlaut der Konvention, die von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf ihrer in Paris abgehaltenen und am 5. Dezember 1958 beendeten Zehnten Tagung ordnungsgemäß angenommen wurde.

Zu Urkund dessen haben wir heute, am 5. Dezember 1958, unsere Unterschrift hierunter gesetzt.

Der Präsident der Generalkonferenz
(Unterschrift)

Der Generaldirektor
(Unterschrift)

CONVENTION CONCERNING THE INTERNATIONAL EXCHANGE OF PUBLICATIONS

The General Conference of the United Nations Educational, Scientific an d Cultural Organization, meeting in Paris from 4 November to 5 December 1958, at its tenth session,

Convinced that development of the international exchange of publications is essential to the free exchange of ideas and knowledge among the peoples of the world,

Considering the importance accorded to the international exchange of publications by the Constitution of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization,

Recognizing the need for a new international convention concerning the exchange of publications,

Having before it proposals concerning the international exchange of publications constituting item 15.4.1 on the agenda of the session,

Having decided, at its ninth session, that these proposals should be made the subject of international regulation by way of an international convention,

Adopts, this third day of December 1958, the present Convention.

ARTICLE 1

Exchange of Publications

The Contracting States undertake to encourage and facilitate the exchange of publications between both governmental bodies and nongovernmental institutions of an educational, scientific and technical, or cultural nature, which are non-profit-making in character, in accordance with the provisions of the present Convention.

ARTICLE 2

Scope of the Exchange of Publications

1. For the purpose of the present Convention, the following publications may be considered appropriate articles to be exchanged, for use but not for resale, between the bodies and institutions referred to in Article 1 of the present Convention:

   (a) publications of an educational, legal, scientific and technical, cultural and informational nature, such as books, newspapers and periodicals, maps and plans, prints, photographs, microcopies, musical works, Braille publications other graphic material;

   (b) publications covered by the Convention concerning the exchange of official publications and government documents between States, adopted by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on the third day of December 1958.

2. The present Convention in no way affects exchanges carried out under the convention concerning the exchange of official publications and government documents between States, adopted by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on the third day of December 1958.

3. The present Convention does not apply to confidential documents, circulars and other items which have not been made public.

ARTICLE 3

Exchange Services

1. The Contracting States may entrust the national exchange service or, where no such national exchange service exists, the central exchange autority or authorities with the following functions in connexion with the development and co-ordination of the exchange of publications among bodies and institutions referred to in Article 1 of the present Convention:

   (a) facilitating the international exchange of publications, in particular by transmitting, when appropriate, the material to be exchanged;

   (b) supplying advice and information on exchange possibilities for bodies and institutions at home and abroad;

   (c) encouraging, when appropriate, the exchange of duplicate material.

2. However, when it is deemed undesirable to centralise in the national exchange service or in central authorities the development and coordination of exchanges among bodies and institutions referred to in Article 1 of the present Convention, any or all of the functions enumerated in paragraph 1 of the present article may be entrusted to other authority or authorities.

ARTICLE 4

Method of Transmission

The transmission may be made either directly between the bodies and institutions concerned, or through the national exchange service or exchange authorities.

ARTICLE 5

Transport Charges

When transmissions are made directly between exchange partners, the Contracting States shall not be required to bear the cost thereof. If the transmission is made through the exchange authority or authorities, the Contracting States shall bear the cost of the transmission as far as destination, but, for transport by sea, the cost of packing and carriage shall be paid only as far as the customs office of the port of arrival.

ARTICLE 6

Rates and Conditions of Transport

The Contracting States shall take all the necessary measures to ensure that the exchange authorities benefit from the most favourable existing rates and transport conditions, whatever the means of transport chosen: post, road, rail, inland or sea transport, airmail or air cargo.

ARTICLE 7

Customs and Other Facilities

Each Contracting State shall grant its exchange authorities exemption from customs duties for both imported and exported material under the provisions of the present Convention or under any agreement in implementation thereof and shall accord them the most favourable treatment as regards customs and other facilities.

ARTICLE 8

International Co-ordination of Exchange

To assist the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization in the performance of the functions assigned to it by its Constitution concerning the international coordination of exchange, the Contracting States shall send to the Organization annual reports on the working

of the present Convention and copies of bilateral agreements entered into in accordance with Article 12.

ARTICLE 9

Information and Studies

The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization shall publish information received from the Contracting States in application of Article 8 and shall prepare and publish studies on the working of the present Convention.

ARTICLE 10

Assistance of Unesco

1. The Contracting States may call upon the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization for technical assistance in connexion with any problem arising out of the application of the present Convention. The Organization shall accord such assistance within the limits fixed by its programme and its resources, in particular, for the creation and organization of national exchange services.
2. The Organization is authorized to make, on its own initiative, proposals on this matter to the Contracting States.

ARTICLE 11

Relation to Previous Agreements

The present Convention shall not affect obligations previously entered into by the Contracting States by virtue of international agreements.

ARTICLE 12

Bilateral Agreements

Whenever necessary or desirable, the Contracting States shall enter into bilateral agreements for the purpose of supplementing the present Convention and regulating matters of common concern arising out of its application.

ARTICLE 13

Languages

The present Convention is drawn up in English, French, Russian and Spanish, the four texts being equally authoritative.

ARTICLE 14

Ratification and Acceptance

1. The present Convention shall be subject to ratification or acceptance by States members of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, in accordance with their respective constitutional procedures.
2. The instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

ARTICLE 15

Accession

1. The present Convention shall be open for accession by all States not members of the Organization invited to do so by the Executive Board of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.
2. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

ARTICLE 16

Entry into Force

The present Convention shall enter into force twelve months after the date of the deposit of the third instrument of ratification, acceptance or accession, but only with respect to those States which have deposited their respective instruments on or before that date. It shall enter into force for each other State which deposits its instrument of ratification, acceptance or accession, twelve months after the deposit of its instrument of ratification, acceptance or accession.

ARTICLE 17

Territorial Extension of the Convention

Any Contracting State may, at the time of ratification, acceptance or accession, or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization that the present Convention shall extend to all or any of the territories for whose international relations it is responsible. The said notification shall take effect twelve months after the date of its receipt.

ARTICLE 18

Denunciations

1. Each Contracting State may denounce the present Convention on its own behalf or on behalf of any territory for whose international relations it is responsible.
2. The denunciation shall be notified by an instrument in writing, deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.
3. The denunciation shall take effect twelve months after the receipt of the instrument of denunciation.

ARTICLE 19

Notifications

The Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization shall inform the States members of the Organization, States not members of the Organization referred to in Article 15, a well as the United Nations, of the deposit of all the instruments of ratification, acceptance and accession provided for in Articles 14 and 15 and of the notifications and denunciations provided for respectively in Articles 17 and 18.

ARTICLE 20

Revision of the Convention

1. The present Convention may be revised by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, any such revision, however, binding only those States which shall become parties to the revising convention.
2. Should the General Conference adopt a new convention revising the present Convention in whole or in part, and unless the new convention otherwise provides, the present Convention shall cease to be open to ratification, acceptance or accession as from the date when the new revising convention enters into force.

ARTICLE 21

Registration

In accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, the present Convention shall be registered

with the Secretariat of the United Nations at the request of the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

Done at Paris, this fifth day of December 1958, in two authentic copies bearing the signatures of the President of the tenth session of the General Conference and to the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, which shall be deposited in the Archives of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization and certified true copies of which shall be delivered to all the States referred to in Articles 14 and 15 as well as to the United Nations.

The foregoing is the authentic text of the Convention duly adopted by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization during its tenth session, which was held in Paris and declared closed the fifth day of December 1958.

IN FAITH WHEREOF we have appended our signatures this fifth day of December 1958.

The President of the General Conference

JEAN BERTOIN

The Director General

LUTHER H. EVANS

КОНВЕНЦИЯ О МЕЖДУНАРОДНОМ ОБМЕНЕ ИЗДАНИЯМИ

Генеральная конференция Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры, созванная на десятую сессию в Париже с 4 ноября по 5 декабря 1958 г.,

убежденная в том, что развитие международного обмена изданиями необходимо для свободного распространения идей и знаний среди народов всего мира,

учитывая значение, придаваемое международному обмену изданиями Уставом Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры,

признавая необходимость в новой международной конвенции об обмене изданиями,

ознакомившись с предложениями о международном обмене изданиями, упомянутыми в пункте 15.4.1. повестки дня сессии,

решив на девятой сессии, что по этим предложениям должны быть выработаны международные правила путем заключения международной конвенции,

принимает третьего декабря 1958 г. настоящую Конвенцию.

Статья 1

Обмен изданиями

В соответствии с положениями настоящей Конвенции договаривающиеся государства обязуются поощрять и облегчать обмен изданиями как между правительственными органами, так и между неправительственными просветительными, научно-техническими или культурными учреждениями, не преследующими коммерческих целей.

Статья 2

Охват обмена

1. Согласно настоящей Конвенции следующие издания могут служить не в целях перепродажи, предметом обмена между упомянутыми в статье 1 настоящей Конвенции органами и учреждениями:

   (a) издания просветительного, юридического, научно-технического, культурного и информационного характера, как-то книги, газеты и периодические издания, карты и планы, эстампы, фотографии, микрокопии, музыкальные партитуры, издания со шрифтом Брай и другой печатный материал,

   (b) издания, предусмотренные в Конвенции об обмене официальными изданиями и правительственными документами между государствами, принятой Генеральной конференцией Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры третьего декабря 1958 г.

2. Настоящая Конвенция ни в какой мере не затрагивает обмены, осуществляемые в рамках Конвенции об обмене официальными изданиями и правительственными документами между государствами, принятой Генеральной конференцией Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры третьего декабря 1958 г.

3. Настоящая Конвенция не распространяется на конфиденциальные документы, служебную корреспонденцию и прочие не преданные гласности документы.

Статья 3

Службы обмена

1. Договаривающиеся государства могут поручить национальным службам книгообмена или, если таковых не существует, главному центру или центрам, ведающим обменами, выполнение следующих функций по развитию и координации обмена изданиями между органами и учреждениями, упомянутыми в статье 1 настоящей Конвенции:

   (a) облегчение международного обмена изданиями и, в частности, в случае необходимости, пересылка предметов обмена,

   (b) предоставление консультаций и информации о возможностях обмена органам и учреждениям своей страны и иностранных государств,

   (c) поощрение, по мере надобности, обмена дубликатами.

2. Однако выполнение части или всех функций, перечисленных в пункте 1 настоящей статьи, может быть поручено другим органам, если сосредоточение в национальных службах книгообмена или центрах обменов всей работы по развитию и координации обмена между органами и учреждениями, упомянутыми в статье 1 настоящей Конвенции, считается нежелательным.

Статья 4

Пересылка

Пересылка между соответствующими органами и учреждениями может осуществляться либо непосредственно ими самими, либо через национальные службы книгообмена или центры обменов.

Статья 5

Транспортные расходы

Договаривающиеся государства не должны возмещать расходы по пересылке, если таковая осуществляется непосредственно самими обменивающимися сторонами. Договаривающиеся государства несут расходы по пересылке до места назначения, если таковая осуществляется через центр или центры обменов, однако при доставке морским транспортом, расходы по упаковке и перевозке уплачиваются лишь до таможни в порту назначения.

Статья 6

Тарифы и условия перевозки

Договаривающиеся государства принимают все необходимые меры для обеспечения того, чтобы центры обменов пользовались наиболее льготными действующими тарифами и транспортными условиями, независимо от используемых видов транспорта: почта, автотранспорт, железная дорога, речной или морской транспорт, воздушная почта или воздушный транспорт.

Статья 7

Таможенные и иные льготы

На основе настоящей Конвенции или любого соглашения, заключенного в целях ее применения, каждое договаривающееся государство освобождает свои центры обменов от уплаты как ввозных, так и вывозных таможенных пошлин, и обеспечивает им наиболее благоприятные условия для выполнения таможенных и иных формальностей.

Статья 8

Международная координация обменов

Для содействия Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры в выполнении функций, возложенных на нее ее Уставом в отношении международной координации обменов, договаривающиеся государства направляют Организации годовые отчеты о применения настоящей Конвенции и копии двусторонних соглашений, заключенных в соответствии со статьей 12.

Статья 9

Информация и исследования

Организация объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры публикует информацию, полученную от договаривающихся государств в соответствии со статьей 8, а также составляет и публикует исследования о применении настоящей Конвенции.

Статья 10

Содействие со стороны Юнеско

1. Договаривающиеся государства могут обращаться к Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры за содействием по любой технической проблеме, возникающей в связи с применением настоящей Конвенции. Организация оказывает это содействие в рамках ее программы и в пределах ее возможностей, в частности, для создания национальных служб книгообмена и организации их работы.

2. Организация уполномочивается делать по своей собственной инициативе предложения по этому вопросу договаривающимся государствам.

Статья 11

Ранее заключенные соглашения

Настоящая Конвенция ни в какой мере не затрагивает обязательств ранее принятых договаривающимися государствами в рамках международных соглашений.

Статья 12

Двусторонние соглашения

Договаривающиеся государства заключают двусторонние соглашения, поскольку таковые являются необходимыми или желательными для дополнения постановлений настоящей Конвенции и урегулирования вопросов, в которых они заинтересованы и которые возникают в связи с ее применением.

Статья 13

Языки

Настоящая Конвенция составлена на английском, испанском, русском и французком языках, причем все четыре текста имеют одинаковую силу.

Статья 14

Ратификация и принятие

1. Настоящая Конвенция подлежит ратификации или принятию государствами-членами Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры, в соответствии с их конституционной процедурой.

2. Ратификационные грамоты или акты о принятии должны сдаваться на хранение Генеральному директору Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

Статья 15

Присоединение

1. Присоединение к настоящей Конвенции открыто для всех государств, не являющихся членами Организации, получивших соответствующее приглашение со стороны Исполнительного совета Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

2. Присоединение осуществляется путем сдачи на хранение декларации о присоединении Генеральному директору Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

Статья 16

Вступление в силу

Настоящая Конвенция вступит в силу по истечении двенадцати месяцев со дня сдачи на хранение третьей ратификационной грамоты или декларации и принятии или присоединении, но исключительно в отношении тех государств, которые в этот день или к этому дню сдали на хранение такую грамоту или декларацию. Она вступит в силу для каждого другого государства, сдающего на хранение свою ратификационную грамоту или декларацию о принятии или присоединении по истечении двенадцати месяцев со дня сдачи на хранение грамоты или декларации о принятии или присоединении.

Статья 17

Территориальный охват Конвенции

Любое договаривающееся государство может, в момент ратификации, принятая или присоединения, или в любой

последующий момент, направить нотификацию Генеральному директору Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры, о том, что действие настоящей Конвенции распространяется на все или на часть территорий, международными отношениями которых оно ведает. Данная нотификация вступает в силу по истечении двенадцати месяцев со дня ее получения.

Статья 18

Денонсация

1. Каждое договаривающееся государство может денонсировать настоящую Конвенцию от своего имени, или от имени любой территории, международными отношениями которой оно ведает.
2. О денонсации должно быть заявлено в письменной ноте, сдаваемой на хранение Генеральному директору Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.
3. Денонсация вступает в силу по истечении двенадцати месяцев со дня получения ноты о денонсации.

Статья 19

Нотификация

Генеральный директор Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры нотифицирует государства-члены Организации, государства, не являющиеся членами Организации, упоминаемые в статье 15, равно как и Организацию Объединенных Наций, о сдаче на хранение всех ратификационных грамот и деклараций о принятии и присоединении, предусматриваемых статьями 14 и 15, и о всех нотификациях и денонсациях, предусматриваемых статьями 17 и 18.

Статья 20

Пересмотр Конвенции

1. Настоящая Конвенция может быть пересмотрена Генеральной конференцией Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры. Пересмотренный текст является обязательным только для тех государств, которые станут сторонами пересмотренной Конвенции.
2. Если Генеральная конференция примет новую конвенцию, изменяющую настоящую Конвенцию в целом, или частично, причем новая Конвенция не изменит этого постановления, настоящая Конвенция будет закрыта для ратификации, принятия или присоединения, начиная с даты вступления о силу новой пересмотренной Конвенции.

Статья 21

Регистрация

В соответствии со статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций, настоящая Конвенция будет зарегистрирована в Секретариате Организации Объединенных Наций по просьбе Генерального директора Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

СОВЕРШЕНО в Париже, пятого декабря 1958 г., в двух экземплярах, имеющих одинаковую силу, подписанных Председателем десятой сессии Генеральной конференции и Генеральным директором Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры, которые будут сданы на хранение в архив Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры, и должным образом заверенные копии которых будут препровождены всем государствам, упоминаемым в статьях 14 и 15, равно как и Организации Объединенных Наций.

Приведенный выше текст является подлинным текстом конвенции, надлежащим образом принятой Генеральной конференцией Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры на ее десятой сессии, состоявшейся в Париже и закончившейся пятого декабря 1958 г.

В удостоверение чего, настоящую рекомендацию подписали сего пятого декабря 1958 г.

Председатель Генеральной конференции

JEAN BERTHOIN

Генеральный директор

LUTHER H. EVANS

Bekanntmachung über die Annahme der Konvention vom 5. Dezember 1958 über den zwischenstaatlichen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten durch die Deutsche Demokratische Republik

vom 5. November 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 19. Februar 1975 die Annahmeurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention vom 5. Dezember 1958 über den zwischenstaatlichen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Annahmeurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 18 und 19 der Konvention folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Artikeln 18 und 19 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Völker (Resolution Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren."

Die Konvention tritt gemäß ihrem Artikel 17 für die Deutsche Demokratische Republik am 19. Februar 1976 in Kraft.

Berlin, den 5. November 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

Konvention über den zwischenstaatlichen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten

Die Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die in Paris vom 4. November bis 5. Dezember 1958 zu ihrer Zehnten Tagung zusammentritt,

In der Überzeugung, daß die Entwicklung des internationalen Austausches von Veröffentlichungen für die freie Verbreitung des Gedanken- und Wissensgutes unter den Völkern der Welt unerläßlich ist,

Im Hinblick auf die Bedeutung, die dem internationalen Austausch von Veröffentlichungen in der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur beigemessen wird,

In Kenntnis der Bestimmungen über den Austausch offizieller Veröffentlichungen in der Konvention über den internationalen Austausch offizieller Dokumente und wissenschaftlicher und literarischer Veröffentlichungen sowie in der Konvention über den sofortigen Austausch von Amtsblättern und parlamentarischen Jahrbüchern und Dokumenten, abgeschlossen am 15. März 1886 in Brüssel, sowie in verschiedenen regionalen Übereinkünften über den Austausch von Veröffentlichungen,

In Anerkennung der Notwendigkeit einer neuen internationalen Konvention über den zwischenstaatlichen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten,

Im Hinblick auf die ihr unterbreiteten Vorschläge über den zwischenstaatlichen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten unter Punkt 15.4.1 der Tagesordnung dieser Tagung,

Nach Annahme des auf ihrer Neunten Tagung gefaßten Beschlusses, diese Vorschläge zum Gegenstand einer internationalen Regelung durch eine internationale Konvention zu machen,

Nimmt heute, am 3. Dezember 1958, vorliegende Konvention an:

Artikel 1

Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten

Die Vertragsstaaten geben ihrem Willen Ausdruck, ihre offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumente auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und gemäß den Bestimmungen dieser Konvention auszutauschen.

Artikel 2

Bestimmung des Begriffs offizielle Veröffentlichungen und Regierungsdokumente

(1) Im Sinne dieser Konvention gelten als offizielle Veröffentlichungen und Regierungsdokumente, wenn sie im Auftrag und auf Kosten eines innerstaatlichen Organs herausgegeben werden: Amtsblätter, Dokumente, Berichte und Jahrbücher der Parlamente und sonstige Texte gesetzgebender Körperschaften; Veröffentlichungen und Berichte zentraler, föderativer oder regionaler Staatsorgane aus dem Bereich der Verwaltung; nationale Bibliographien, staatliche Handbücher, Gesetzessammlungen, Gerichtsentscheidungen und andere Veröffentlichungen, deren Austausch vereinbart wird.

(2) Bei der Anwendung dieser Konvention ist es Sache der Vertragsstaaten zu bestimmen, welche offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumente Gegenstand des Austausches sein sollen.

(3) Diese Konvention findet keine Anwendung auf vertrauliche Dokumente, Rundschreiben und sonstige Schriftstücke, die nicht veröffentlicht sind.

Artikel 3

Zweiseitige Abkommen

Die Vertragsstaaten schließen in allen Fällen, in denen sie es für angebracht halten, zweiseitige Abkommen zur Durchführung dieser Konvention und zur Regelung der sich bei ihrer Anwendung ergebenden Fragen von gemeinsamem Interesse.

Artikel 4

Austauschbehörden

(1) Die Aufgaben in bezug auf den Austausch obliegen in jedem Vertragsstaat dem staatlichen Austauschdienst oder, in Ermangelung eines solchen, der zentralen Behörde oder den zentralen Behörden, die hierzu bestimmt sind.

(2) Die Austauschbehörden sind in jedem Vertragsstaat für die Anwendung dieser Konvention und gegebenenfalls der zweiseitigen Abkommen gemäß Artikel 3 verantwortlich. Jeder Vertragsstaat überträgt seinem staatlichen Austauschdienst oder den zentralen Austauschbehörden die Befugnis, sich die auszutauschenden Dokumente zu beschaffen, und stellt ausreichende Geldmittel zur Erfüllung der Aufgaben in bezug auf den Austausch bereit.

Artikel 5

Verzeichnis und Anzahl der auszutauschenden Veröffentlichungen

Verzeichnis und Anzahl der auszutauschenden offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumente werden von den Austauschbehörden der Vertragsstaaten im gegenseitigen Einvernehmen bestimmt. Dieses Verzeichnis und die Anzahl der auszutauschenden offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumente können durch Vereinbarung zwischen diesen Behörden geändert werden.

Artikel 6

Übermittlung

Die Übermittlung kann unmittelbar an die Austauschbehörden oder an jeden von diesen Behörden bezeichneten Empfänger erfolgen. Die Art der Ausstellung der Begleitpapiere kann zwischen den Austauschbehörden vereinbart werden.

Artikel 7

Beförderungskosten

Vorbehaltlich anderslautender Vereinbarungen trägt die Austauschbehörde die Beförderungskosten bis zum Bestimmungsort; für den Seetransport übernimmt sie jedoch die Verpackungs- und Beförderungskosten nur bis zum Zollamt des Ankunftshafens.

Artikel 8

Beförderungssätze und -bedingungen

Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um den Austauschbehörden die günstigsten Beförderungssätze und -bedingungen zugute kommen zu lassen, gleichviel, ob zur Beförderung Post, Straße, Eisenbahn, Fluß- oder Seeweg, Luftpost oder Luftfracht benutzt werden.

Artikel 9

Zoll- und andere Erleichterungen

Jeder Vertragsstaat gewährt seinen Austauschbehörden Zollfreiheit für Material, das gemäß dieser Konvention oder gemäß Übereinkünften, die zu ihrer Durchführung geschlossen werden, eingeführt oder ausgeführt wird, sowie die günstigste Behandlung hinsichtlich Zoll- und anderer Erleichterungen.

Artikel 10

Internationale Koordinierung des Austausches

Um die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur bei der Wahrnehmung der ihr durch ihre Verfassung übertragenen Aufgaben der internationalen Koordinierung des Austausches zu unterstützen, übermitteln die Vertragsstaaten der Organisation Jahresberichte über die Durchführung dieser Konvention und Abschriften der gemäß Artikel 3 geschlossenen zweiseitigen Abkommen.

Artikel 11

Information und Berichte

Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur veröffentlicht die Informationen, die sie von den Vertragsstaaten gemäß Artikel 10 erhält. Sie verfaßt und veröffentlicht Berichte über die Durchführung dieser Konvention.

Artikel 12

Unterstützung durch die UNESCO

(1) Die Vertragsstaaten können sich in allen Fragen, die sich aus der Anwendung dieser Konvention ergeben, um technische Unterstützung an die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur wenden. Die Organisation gewährt diese Unterstützung im Rahmen ihres Programms und ihrer Möglichkeiten, insbesondere für die Errichtung und den Aufbau staatlicher Austauschdienste.

(2) Die Organisation ist befugt, den Vertragsstaaten hierzu von sich aus Vorschläge zu machen.

Artikel 13

Verhältnis zu früheren Übereinkünften

Diese Konvention berührt nicht die von den Vertragsstaaten früher auf Grund internationaler Übereinkünfte eingegangenen Verpflichtungen. Sie kann nicht als Verpflichtung zu einem nochmaligen Austausch ausgelegt werden, wenn ein solcher Austausch auf Grund geltender Übereinkünfte bereits stattfindet.

Artikel 14

Sprachen

Diese Konvention ist in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder der vier Texte gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 15

Ratifizierung und Annahme

(1) Diese Konvention bedarf der Ratifizierung oder der Annahme durch die Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur im Einklang mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren.

(2) Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden sind beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu hinterlegen.

Artikel 16

Beitritt

(1) Diese Konvention ist zum Beitritt für jeden Nichtmitgliedstaat der Organisation, der vom Exekutivrat der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zum Beitritt eingeladen wird, offen.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

Artikel 17

Inkrafttreten

Diese Konvention tritt zwölf Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der dritten Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft, jedoch nur für die Staaten, die ihre Urkunde zu oder bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt haben. Für jeden anderen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, tritt sie zwölf Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 18

Territoriale Ausdehnung der Konvention

Jeder Vertragsstaat kann zum Zeitpunkt der Ratifizierung, der Annahme oder des Beitritts oder jederzeit danach durch eine an den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur gerichtete Notifikation erklären, daß sich diese Konvention auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete erstreckt, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Diese Notifikation wird zwölf Monate nach ihrem Eingang wirksam.

Artikel 19

Rücktritt

(1) Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention für sich oder für jedes Hoheitsgebiet kündigen, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt.

(2) Die Kündigung wird durch eine beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu hinterlegende schriftliche Urkunde notifiziert.

(3) Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Kündigungsurkunde wirksam.

Artikel 20

Notifikationen

Der Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur unterrichtet die Mitgliedstaaten der Organisation, die in Artikel 16 bezeichneten Nichtmitgliedstaaten sowie die Vereinten Nationen über die Hinterlegung aller in den Artikeln 15 und 16 vorgesehenen Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunden sowie über die in den Artikeln 18 und 19 vorgesehenen Notifikationen und Kündigungen.

Artikel 21

Änderung der Konvention

(1) Diese Konvention kann von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur geändert werden. Der geänderte Wortlaut ist jedoch nur für diejenigen Staaten verbindlich, die Vertragsparteien der geänderten Konvention werden.

(2) Nimmt die Generalkonferenz eine neue Konvention zur vollständigen oder teilweisen Änderung dieser Konvention an, so liegt vom Inkrafttreten der neuen geänderten Konvention an die vorliegende Konvention nicht mehr zur Ratifikation, zur Annahme oder zum Beitritt auf, es sei denn, daß die neue Konvention etwas anderes bestimmt.

Artikel 22

Registrierung

Gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird diese Konvention auf Antrag des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur beim Sekretariat der Vereinten Nationen registriert.

Geschehen zu Paris am fünften Dezember neunzehnhundertachtundfünfzig in zwei Urschriften, welche die Unterschriften des Präsidenten der Zehnten Tagung der Generalkonferenz und des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur tragen und im Archiv der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hinterlegt werden; allen in den Artikeln 15 und 16 bezeichneten Staaten sowie den Vereinten Nationen werden beglaubigte Abschriften übermittelt.

Der vorstehende Text ist der verbindliche Wortlaut der Konvention, die von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf ihrer in Paris abgehaltenen und am fünften Dezember neunzehnhundertachtundfünfzig beendeten Zehnten Tagung ordnungsgemäß angenommen wurde.

Zu Urkund dessen haben wir heute, am fünften Dezember neunzehnhundertachtundfünfzig, unsere Unterschrift hierunter gesetzt.

Der Präsident der Generalkonferenz

(Unterschrift)

Der Generaldirektor

(Unterschrift)

CONVENTION CONCERNING THE EXCHANGE OF OFFICIAL PUBLICATIONS AND GOVERNMENT DOCUMENTS BETWEEN STATES

The General Conference oft the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, meeting in Paris from 4 November to 5 December 1958, at its tenth session,

Convinced that development of the international exchange of publications is essential to the free exchange of ideas and knowledge among the peoples of the world,

Considering the importance accorded to the international exchange of publications by the Constitution of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

Being aware of the provisions for the exchange of official publications and government documents for the International Exchange of Official Documents, Scientific and Literary Publications and in the Convention for the Immediate Exchange of Official Journals, Public Parliamentary Annals and Documents, concluded in Brussels on 15 March 1886 and in various regional agreements for the exchange of publications.

Recognizing the need for a new international convention concerning the exchange of official publications and government documents between States,

Having before it proposals concerning the exchange of official publications and government documents between States constituting item 15.4.1 on the agenda of the session,

Having decided, at its ninth session, that these proposals should be made the subject of international regulation by way of an international convention,

Adopts, this third day of December 1958, the present Convention.

ARTICLE 1

Exchange of Official Publications and Government Documents

The Contracting States express their willingness to exchange their official publications and government documents, on a reciprocal basis, in accordance with the provisions of the present Convention.

ARTICLE 2

Definition of Official Publications and Government Documents

1. For the purpose of the present Convention, the following are considered official publications and government documents when they are executed by the order and at the expense of any national governmental authority: parliamentary documents, reports and journals and other legislative papers; administrative publications and reports from central, federal and regional governmental bodies; national bibliographies, State handbooks, bodies of law, decisions of the Courts of Justice; and other publications as may be agreed.

2. However, in the application of the present Convention, the Contracting States shall be free to determine the official publications and government documents which shall constitute exchange material.

3. The present Convention does not apply to confidential documents, circulars and other items which have not been made public.

ARTICLE 3

Bilateral Agreements

The Contracting States, whenever they deem it appropriate, shall enter into bilateral agreements for the purpose of implementing the present Convention and regulating matters of common concern arising out of its application.

ARTICLE 4

National Exchange Authorities

1. In each Contracting State, the national exchange service or, where no such service exists, the central authority or authorities designated for the purpose, shall carry out the functions of exchange.

2. The exchange authorities shall be responsible within each Contracting State for the implementation of the present Convention and of bilateral agreements as referred to in Article 3, whenever appropriate. Each Contracting State shall give its national exchange service or the central exchange authorities the powers required to obtain the material to be exchanged and sufficient financial means to carry out the functions of exchange.

ARTICLE 5

List and Number of Publications for Exchange

The list and number of official publications and government documents for exchange shall be agreed between the exchange authorities of the Contracting States. This list and the number of official publications set forth in the Convention for exchange may be modified by arrangements between such authorities.

ARTICLE 6

Method of Transmission

Transmissions may be made directly to exchange authorities or to recipients named by them. The method of listing consignments may be agreed between exchange authorities.

ARTICLE 7

Transport Charges

Unless otherwise agreed, the exchange authority which undertakes the transmission shall bear the cost thereof as far as destination, but for transport by sea, the cost of packing and carriage shall be paid only as far as the customs office of the port of arrival.

ARTICLE 8

Rates and Conditions of Transport

The Contracting States shall take all the necessary measures to ensure that the exchange authorities benefit from the most favourable existing rates and transport conditions, whatever the means of transport chosen: post, road, rail, inland or sea transport, airmail or air cargo.

ARTICLE 9

Customs and Other Facilities

Each Contracting State shall grant its exchange authorities exemption from customs duties for both imported and exported material under the provisions of the present Convention or under any agreement in implementation thereof and shall accord them the most favourable treatment as regards customs and other facilities.

ARTICLE 10

International Co-ordination of Exchange

To assist the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization in the performance of the functions concerning the international coordination of exchange assigned to it by its Constitution, the Contracting States shall send to the Organization annual reports on the working of the present Convention and copies of bilateral agreements entered into in accordance with Article 3.

ARTICLE 11

Information and Studies

The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization shall publish information received from the Contracting States in conformity with Article 10 and shall prepare and publish studies on the working of the present Convention.

ARTICLE 12

Assistance of Unesco

1. The Contracting States may call upon the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization for technical assistance in connexion with any problem arising out of the application of the present Convention. The Organization shall accord such assistance within the limits fixed by its programme and its resources, in particular, for the creation and organization of national exchange services.
2. The Organization is authorized to make, on its own initiative, proposals on these matters to the Contracting States.

ARTICLE 13

Relation to Previous Agreements

The present Convention shall not affect obligations previously entered into by the Contracting States by virtue of international agreements. It shall not be construed as requiring a duplication of exchanges conducted under existing agreements.

ARTICLE 14

Languages

The present Convention is drawn up in English, French, Russian and Spanish, the four texts being equally authoritative.

ARTICLE 15

Ratification and Acceptance

1. The present Convention shall be subject to ratification or acceptance by States members of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, in accordance with their respective constitutional procedures.
2. The instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

ARTICLE 16

Accession

1. The present Convention shall be open for accession by all States not members of the Organization invited to do so by the Executive Board of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.
2. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Director-General of the United Educational, Scientific and Cultural Organization.

ARTICLE 17

Entry into Force

The present Convention shall enter into force twelve months after the date of the deposit of the third instrument of ratification, acceptance or accession, but only with respect to those States which have deposited their respective instruments on or before that date. It shall enter into force for each other State which deposits its instrument of ratification, acceptance or accession, twelve months after the deposit of its instrument of ratification, acceptance or accession.

ARTICLE 18

Territorial Extension of the Convention

Any Contracting State may, at the time of ratification, acceptance or accession, or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization that the present Convention shall extend to all or any of the territories for whose international relations it is responsible. The said notification shall take effect twelve months after the date of its receipt.

ARTICLE 19

Denunciation

1. Each Contracting State my denounce the present Convention on its own behalf or on behalf of any territory for whose international relations it is responsible.
2. The denunciation shall be notified by an instrument in writing, deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.
3. The denunciation shall take effect twelve months after the receipt of the instrument of denunciation.

ARTICLE 20

Notifications

The Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization shall inform the States members of the Organization, States not members of the Organization referred to in Article 16, as well as the United Nations, of the deposit of all the instruments of ratification, acceptance and accession provided for in Articles 15 and 16 and of the notifications and denunciations provided for respectively in Articles 18 and 19.

ARTICLE 21

Revision of the Convention

1. The present Convention may be revised by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, any such revision, however, binding only those States which shall become parties to the revising convention.

2. Should the General Conference adopt a new convention revising the present Convention in whole or in part, and unless the new convention otherwise provides, the present Convention shall cease to be open to ratification, acceptance or accession as from the date when the new revising convention enters into force.

ARTICLE 22

Registration

In accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, the present Convention shall be registered with the Secretariat of the United Nations at the request of the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

Done at Paris, this fifth day of December 1958, in two authentic copies bearing the signatures of the President of the tenth session of the General Conference and of the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, which shall be deposited in the Archives of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization and certified true copies of which shall be delivered to all the States referred to in Articles 15 and 16 as well as to the United Nations.

The foregoing is the authentic text of the Convention duly adopted by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization during its tenth session which was held in Paris and declared closed the fifth day of December 1958.

IN FAITH WHEREOF we have appended our signatures this fifth day of December 1958.

The President of the General Conference
JEAN BERTHOIN

The Director General
LUTHER H. EVANS

КОНВЕНЦИИ ОБ ОБМЕНЕ ОФИЦИАЛЬНЫМИ ИЗДАНИЯМИ И ПРАВИТЕЛЬСТВЕННЫМИ ДОКУМЕНТАМИ МЕЖДУ ГОСУДАРСТВАМИ

Генеральная конференция Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры, созванная на десятую сессию в Париже с 4 ноября по 5 декабря 1958 г.,

убежденная в том, что развитие международного обмена изданиями необходимо для свободного распространения идей и знаний среди народов всего мира,

учитывая значение, придаваемое международному обмену изданиями Уставом Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры,

ознакомившись с положениями об обмене официальными изданиями, предусмотренными в Конвенции о международном обмене официальными документами, научными и литературно-художественными изданиями и в Конвенции, имеющей целью обеспечить незамедлительный обмен правительственными вестниками, парламентскими отчетами и документами, заключенных в Брюсселе 15 марта 1886 года, равно как и в различных региональных соглашениях об обмене изданиями,

признавая необходимость в новой международной Конвенции об обмене официальными изданиями и правительственными документами между государствами,

ознакомившись с предложениями об обмене официальными изданиями и правительственными документами между государствами, упомянутыми в пункте 15.4.1. повестки дня сессии,

решив на девятой сессии, что по этим предложениям должны быть выработаны международные правила путем заключения международной конвенции,

принимает третьего декабря 1958 г. настоящую Конвенцию.

Статья 1

Обмен официальными изданиями и правительственными документами

Договаривающиеся государства выражают свою готовность обмениваться на основе взаимности своими официальными изданиями и правительственными документами в соответствии с положениями настоящей Конвенции.

Статья 2

Определение понятия официальные издания и правительственные документы

1. Согласно настоящей Конвенции, официальными изданиями и правительственными документами, если они выпускаются по заказу и за счет какого-либо внутригосударственного правительственного органа, считаются следующие: правительственные вестники, парламентские отчеты и документы и иные тексты законодательного характера; административные издания и отчеты центральных, федеральных и региональных правительственных органов; внутригосударственные библиографии и справочники, сборники законодательных постановлений, судебные решения и другие издания, в отношении которых может быть достигнута договоренность.

2. Однако при применении настоящей Конвенции, договаривающиеся государства могут сами определить какие официальные издания и правительственные документы являются предметом обмена.

3. Настоящая Конвенция не распространяется на конфиденциальные документы, служебную корреспонденцию и прочие не преданные гласности документы.

Статья 3

Двусторонние соглашения

Договаривающиеся государства заключают двусторонние соглашения, поскольку таковые являются необходимыми для проведения в жизнь настоящей Конвенции и урегулирования вопросов, в которых они заинтересованы и которые возникают в связи с ее применением.

Статья 4

Национальные учреждения, ведающие обменом

1. В каждом договаривающемся государстве работа по обмену ведется национальной службой книгообмена или, если такой не существует, назначенным для этого главным центром или центрами обмена.

2. Ведающие обменом учреждения ответственны за применение в каждом договаривающемся государстве настоящей Конвенции и двусторонних соглашений, упомянутых в статье 3, если таковые имеются. Каждое государство уполномочивает свою национальную службу книгообмена или главные центры обмена получать документы, подлежащие обмену, и предоставляет достаточные финансовые средства для обеспечения работы по обменам.

Статья 5

Перечень и число изданий, подлежащих обмену

Центры обменов договаривающихся государств совместно утверждают перечень и число официальных изданий и правительственных документов, подлежащих обмену. Данный перечень и число официальных изданий и правительственных документов, подлежащих обмену, могут быть изменены путем договоренности между данными центрами.

Статья 6

Пересылка

Материалы могут посылаться непосредственно центрам обменов или указанным ими адресатам. Метод обозначения материалов на накладных может быть согласован центрами обменов.

Статья 7

Транспортные расходы

За исключением специальной договоренности центр-отправитель несет все расходы по пересылке до места назначения; однако при доставке морским транспортом, расходы по упаковке и перевозке уплачиваются лишь до таможни, в порту назначения.

Статья 8

Тарифы и условия перевозки

Договаривающиеся государства принимают все необходимые меры для обеспечения того, чтобы центры обменов пользовались наиболее льготными действующими тарифами и транспортными условиями, в независимости от используемых видов транспорта: почта, авто-транспорт, железная дорога, речной или морской транспорт, воздушная почта или воздушный транспорт.

Статья 9

Таможенные и иные льготы

На основе настоящей Конвенции или любого соглашения, заключенного в целях ее применения, каждое договаривающееся государство освобождает свои центры обменов от уплаты так ввозных, как и вывозных таможенных пошлин и обеспечивает им наиболее благоприятные условия для выполнения таможенных и иных формальностей.

Статья 10

Международная координация обменов

Для содействия Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры в выполнении функций, возложенных на нее ее Уставом в отношении международной координации обменов, договаривающиеся государства направляют Организации годовые отчеты о применении настоящей Конвенции и копии двусторонних соглашений, заключенных в соответствии со статьей 3.

Статья 11

Информация и исследования

Организация объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры публикует информацию, полученную от договаривающихся государств в соответствии со статьей 10, а также составляет и публикует исследования о применении настоящей Конвенции.

Статья 12

Содействие со стороны Юнеско

1. Договаривающиеся государства могут обращаться к Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры за содействием по любой технической проблеме, возникающей в связи с применением настоящей Конвенции. Организация оказывает это содействие в рамках ее программы и в пределах ее возможностей, в частности, для создания национальных служб книгообмена и организации их работы.

2. Организация уполномочивается делать по своей собственной инициативе предложения по этому вопросу договаривающимися государствами.

Статья 13

Ранее заключенные соглашения

Настоящая Конвенция ни в какой мере не затрагивает обязательств, ранее принятых договаривающимися государствами в рамках международных соглашений. Она не должна толковаться, как обязательство вторичного производства обменов, предусмотренных действующими соглашениями.

Статья 14

Языки

Настоящая Конвенция составлена на английском, испанском, русском и французском языках, причем все четыре текста имеют одинаковую силу.

Статья 15

Ратификация и принятие

1. Настоящая Конвенция подлежит ратификации или принятию государствами-членами Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры в соответствии с их конституционной процедурой.

2. Ратификационные грамоты или акты о принятии должны сдаваться на хранение Генеральному директору Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

Статья 16

Присоединение

1. Присоединение к настоящей Конвенции открыто для всех государств, не являющихся членами Организации, получивших приглашение от Исполнительного совета Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

2. Присоединение осуществляется путем сдачи на хранение декларации о присоединении Генеральному директору Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

Статья 17

Вступление в силу

Настоящая Конвенция вступит в силу по истечении двенадцати месяцев со дня сдачи на хранение третьей ратификационной грамоты или декларации о принятии или присоединении, но исключительно в отношении тех государств, которые в этот день или к этому дню сдали на хранение такую грамоту или декларацию. Она вступит в силу для каждого другого государства, сдающего на хранение свою ратификационную грамоту или декларацию о принятии или присоединении по истечении двенадцати месяцев со дня сдачи на хранение грамоты или декларации.

Статья 18

Территориальный охват Конвенции

Любое договаривающееся государство может в момент ратификации, принятия или присоединения, или в любой последующий момент, направить нотификацию Генеральному директору Организации объединенных наций во вопросам образования, науки и культуры о том, что действие настоящей Конвенции распространяется на все или на часть территорий, международными отношениями которых оно ведает. Данная нотификация вступает в силу по истечении двенадцати месяцев со дня ее получения.

Статья 19

Денонсация

1. Каждое договаривающееся государство может денонсировать настоящую Конвенцию от своего имени или от имени любой территории, международными отношениями которой оно ведает.

2. О денонсации должно быть заявлено в письменной ноте, сдаваемой на хранение Генеральному директору Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

3. Денонсация вступает в силу по истечении двенадцати месяцев со дня получения ноты о денонсации.

Статья 20

Нотификация

Генеральный директор Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры нотифицирует государства-члены Организации, государства, не являющиеся членами Организации, упоминаемые в статье 16, равно как и Организацию Объединенных Наций, о сдаче на хранение всех ратификационных грамот и деклараций о принятии или присоединении, предусматриваемых статьями 15 и 16, и обо всех нотификациях и денонсациях, предусматриваемых соответственно статьями 18 и 19.

Статья 21

Пересмотр Конвенции

1. Настоящая Конвенция может быть пересмотрена Генеральной конференцией Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры. Пересмотренный текст является обязательным только для тех государств, которые станут сторонами пересмотренной Конвенции.

2. Если Генеральная конференция примет новую конвенцию, изменяющую настоящую Конвенцию в целом, или частично, причем новая конвенция не изменит этого постановления, настоящая будет закрыта для ратификации, принятия или присоединения, начиная, со дня вступления в силу новой пересмотренной Конвенции.

Статья 22

Регистрация

В соответствии со статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций, настоящая Конвенция будет зарегистрирована в Секретариате Организации Объединенных Наций по просьбе Генерального директора Организации объединенны наций по вопросам образования, науки и культуры.

СОВЕРШЕННО в Париже, нятого декабря 1958 г., в двух экземплярах, имеющих одинаковую силу, подписанных Председателем десятой сессии Генеральной конференции, Генеральными директором Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры, которые будет сданы на хранение в архив Организации объединенных наций по вопросам образования науки и культуры и должным образом заверенные копии которых будет препровождены всем государствам, упоминаемым в статьях 15 и 16, равно как и Организации Объединенных Наций.

Приведенный выше текст является подлинным текстом Конвенции, надлежащим образом принятой Генеральной конференцией Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры на ее десятой сессии, состоявшейся в Париже и закончившейся пятого декабря 1958 г.
В удостоверение чего, настоящую рекомендацию подписали сего пятого декабря 1958 г.

Председатель Генеральной конференции
JEAN BERTHOIN

Генеральный директор
LUTHER H. EVANS

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 26. März 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich

vom 7. November 1975

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 19. Juni 1975 über den Konsularvertrag vom 26. März 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich (GBl. II Nr. 6 S. 125) wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vertrag nach dem am 14. August 1975 in Wien erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 50 am 13. Oktober 1975 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 7. November 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Internationalen Konvention vom 16. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

vom 21. November 1975

Entsprechend der Bekanntmachung vom 14. Januar 1974 über die Ratifikation der Internationalen Konvention vom 16. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (GBl. II Nr. 7 S. 105) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention gemäß ihrem Artikel 27 (1) für die Deutsche Demokratische Republik am 3. Januar 1976 in Kraft tritt.

Berlin, den 21. November 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung

vom 21. November 1975

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 16. Oktober 1972 zu der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung (GBl. I Nr. 19 S. 267) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikationsurkunden gemäß ihrem Artikel XIV (3) am 26. März 1975 in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 28. November 1972 bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt.

Die Konvention ist für die Deutsche Demokratische Republik am 26. März 1975 in Kraft getreten.

Berlin, den 21. November 1975

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Landes-kulturgesetz

KOMMENTAR zum Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR vom 14. Mai 1970

Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von
Prof. Dr. habil. Stephan Supranowitz

544 Seiten mit 81 Literaturhinweisen und 167 Hinweisen
auf weitere Rechtsvorschriften · Mit Sachregister · Kunstleder 15,– M

Das Landeskulturgesetz regelt die Aufgaben sowie die Rechte und Pflichten der Beteiligten bei der Gestaltung der sozialistischen Landeskultur. Zu seinem Gegenstand gehören:

- Allgemeine Zielstellungen und Prinzipien der Leitung und Planung der sozialistischen Landeskultur
- Gestaltung und Pflege der sozialistischen Landschaft sowie der Schutz der heimatlichen Natur
- Nutzung und Schutz des Bodens, der Wälder und der Gewässer
- Reinhaltung der Luft
- Nutzbarmachung und schadlose Beseitigung der Abprodukte
- Schutz vor Lärm.

Im vorliegenden Kommentar wird das Landeskulturgesetz mit seinen Durchführungsverordnungen erläutert. In die Kommentierung sind zugleich alle wichtigen Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse, Anordnungen und Verfügungen einbezogen, die mit Fragen der sozialistischen Landeskultur im Zusammenhang stehen.

Dieser Kommentar vermittelt einen geschlossenen Überblick über die rechtliche Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR.

Er ist für die Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen zum Umweltschutz, zum Landschafts- und Naturschutz ein unentbehrliches Arbeitsmittel und Nachschlagewerk!

Erhältlich im örtlichen Buchhandel.



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Das wachsende Interesse der Öffentlichkeit an der Außenpolitik und der diplomatischen Tätigkeit der sozialistischen Staaten zu befriedigen ist Anliegen des Buches

Sozialistische Diplomatie

mit einem Vorwort von A. A. Gromyko
Aus dem Russischen
314 Seiten · Leinen · 11,– M · LSV: 0255
Bestellwort: Soz. Diplomatie
Bestellnummer: 770 398 5

In sieben Kapiteln wird die Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Diplomatie sowie ihr Aktionsradius in den internationalen Beziehungen untersucht.
Gliederung:
– Außenpolitik und Diplomatie des Sozialismus in der Welt von heute
– Die Grundlagen der sozialistischen Diplomatie
– Diplomatie und brüderliche Verbundenheit der sozialistischen Länder
– Die Diplomatie des Sozialismus und die Entwicklungsländer
– Die Diplomatie des Sozialismus und die kapitalistischen Länder
– Sozialistische Diplomatie und europäische Sicherheit
– Die sozialistischen Staaten im Kampf für Frieden und Sicherheit in Asien
– Die Diplomatie des Sozialismus und die Tätigkeit der UNO

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31 818

AUSGESONDERT
Hochschulbibliothek
27. APR. 1993

234a

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

269

1975	Berlin, den 19. Dezember 1975	Teil II Nr. 13

Tag	Inhalt	Seite
11. 12. 75	**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 25. April 1974 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswesens**	269
11. 12. 75	**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokollvermerks vom 11. April 1974 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat über die medizinische und gesundheitliche Betreuung sowie den Krankentransport von Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West), die entsprechend der „Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs" in die Deutsche Demokratische Republik einreisen**	273

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 25. April 1974 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswesens

vom 11. Dezember 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß das am 25. April 1974 in Berlin unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gemäß seinem Artikel 9 am 1. Januar 1976 in Kraft tritt.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 11. Dezember 1975

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates
Dr. Kleinert
Staatssekretär

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswesens

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
sind

angesichts der Bedeutung, die die Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die Menschen in den beiden Staaten haben,

in dem Bewußtsein, daß die Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswesens einen Beitrag zur Entspannung und zur friedlichen Zusammenarbeit in Europa darstellt,

geleitet von dem Wunsch, mit diesem Abkommen in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1972 die Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu fördern,

übereingekommen,

dieses Abkommen zu schließen:

Artikel 1

In Ausführung der Ziffer 6 des Abschnitts II des Zusatzprotokolls zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1972 ist Gegenstand dieses Abkommens die Regelung der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, soweit sie nicht durch internationale Vereinbarungen, denen beide Abkommenspartner angehören, geregelt ist. Die Abkommenspartner fördern diese Zusammenarbeit mit dem Ziel, sie entsprechend der international üblichen Praxis zu erleichtern und möglichst zweckmäßig zu gestalten.

Artikel 2

Die Abkommenspartner vereinbaren einen Informationsaustausch durch ihre zuständigen Ministerien zu Fragen der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Dieser beinhaltet

1. entsprechend den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den parallel zur Meldung an die Weltgesundheitsorganisation erfolgenden Informationsaustausch und eine Abstimmung bezüglich der an der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland durchzuführenden Gesundheitsmaßnahmen im Falle einer Einschleppung der den Internationalen Gesundheitsvorschriften unterliegenden Krankheiten;
2. den Austausch von Quartalsberichten über die im jeweiligen Staat meldepflichtigen Krankheiten;
3. den Informationsaustausch über Besonderheiten der epidemiologischen Lage sowie zusätzlich über Einzelheiten von örtlichen Ausbrüchen, die vor allem den grenzüberschreitenden Verkehr beeinflussen;
4. den Informationsaustausch über Personen, von denen bekannt ist, daß sie Infektionsquellen infektiöser Darmkrankheiten, venerischer Krankheiten oder ansteckender Tuberkulose sind oder sein können und sich im jeweils anderen Staat aufhalten oder aufgehalten haben.

Beide Staaten gehen bezüglich des Umfanges des Informationsaustausches und der anzuwendenden Gesundheitsmaßnahmen von den im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften aus.

Artikel 3

(1) Einreisende aus dem anderen Staat haben während ihres Aufenthaltes einen Anspruch auf ambulante oder stationäre medizinische Hilfe entsprechend dem jeweiligen Grad der Gesundheitsschädigung ohne Ansehen der Person nach Maßgabe dieses Abkommens. Das gilt bei allen akuten Erkrankungen und Unfällen sowie akuter Verschlimmerung älterer Krankheiten, insbesondere chronischer Krankheiten sowie für die medizinische Hilfe, die zur Verhütung einer Verschlimmerung oder zur Schmerzlinderung notwendig ist.

(2) Die ambulante und stationäre medizinische Hilfe umfaßt

ärztliche und zahnärztliche Hilfe, ärztlich angeordnete Unterbringung im Krankenhaus,

Versorgung mit Arzneimitteln auf Grund ärztlicher Verordnung,

Versorgung (einschließlich Ersatz bei Verlust oder Beschädigung) mit orthopädischen Hilfsmitteln, Brillen, Hörgeräten, Zahnersatz oder vergleichbaren Hilfsmitteln auf Grund ärztlicher Verordnung und ärztlicher Feststellung, daß sie während des Aufenthaltes unabweisbar notwendig sind,

den Krankentransport, wenn dessen Notwendigkeit ärztlich bescheinigt ist; beim grenzüberschreitenden Krankentransport in der Regel bis zur Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

Heil-, Bade- und Erholungskuren sowie Sanatoriumsaufenthalte sind ausgeschlossen, soweit in diesem Abkommen nichts anderes vereinbart ist.

(3) Bei allen lebensbedrohlichen Zuständen und bei Zuständen, die es dem Erkrankten unmöglich machen, selbst eine Benachrichtigung vorzunehmen, sowie bei Todesfällen wirken die Abkommenspartner im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, daß eine ärztliche Mitteilung entsprechend der im jeweiligen Staat üblichen Art und Weise sowie eine Mitteilung an die Ständige Vertretung erfolgen.

(4) Ist eine Behandlungsgenehmigung für Minderjährige erforderlich, so werden die Abkommenspartner die Einholung der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters möglichst erleichtern. Die Abkommenspartner wirken im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, daß die jeweilige Ständige Vertretung dabei in Anspruch genommen wird.

(5) Die Verpflichtung zur Mitgabe beziehungsweise Übersendung von Arztberichten bei erforderlicher Weiterbehandlung richtet sich nach der im jeweiligen Staat üblichen Praxis. Die Abkommenspartner bemühen sich, daß dies ermöglicht wird.

(6) Sollten aus dringenden medizinischen Gründen Wiederholungsuntersuchungen in der Einrichtung der Erstbehandlung notwendig sein, werden die Abkommenspartner diese nach Möglichkeit zulassen.

Artikel 4

(1) Die Abkommenspartner vereinbaren im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die Durchführung medizinischer Spezialbehandlungen und -kuren auf besonderes Ersuchen eines Abkommenspartners, soweit diese anders nicht gewährleistet werden können.

(2) Die Kosten für Spezialbehandlungen und -kuren werden zwischen den Abkommenspartnern auf Grund der nachgewiesenen Leistungen verrechnet.

(3) Die Modalitäten für jeden Einzelfall werden jeweils zwischen den nach Artikel 7 dieses Abkommens benannten Beauftragten vereinbart.

Artikel 5

Die Abkommenspartner vereinbaren einen Austausch von Arzneimitteln und ihnen gleichgestellten Stoffen und Zubereitungen (Arzneimittel), medizinischem Verbrauchsmaterial und medizintechnischen Erzeugnissen sowie einen Informationsaustausch über diese Erzeugnisse nach folgenden Grundsätzen:

(1) Die gegenseitigen kommerziellen Lieferungen von Arzneimitteln, medizinischem Verbrauchsmaterial und medizintechnischen Erzeugnissen erfolgen auf der Grundlage der Rechtsvorschriften, die für das Verbringen dieser Erzeugnisse in den beziehenden Staat und für den Verkehr mit ihnen in diesem Staat gelten, sowie der für den Handel geltenden Vereinbarungen. Die Abkommenspartner werden sich über die Anforderungen, die bei der Zulassung von Arzneimitteln und an deren analytische, pharmakologische, toxikologische und klinische Prüfung gestellt werden, sowie über die Anforderungen, die für die Hersteller und für im Verkehr befindliche Arzneimittel gelten, unterrichten.

(2) Im Rahmen ihrer Möglichkeiten werden sich die Abkommenspartner auf Ersuchen der zuständigen Ministerien bei Katastrophen durch die Bereitstellung von speziellen Arzneimitteln, medizinischem Verbrauchsmaterial und medizintechnischen Erzeugnissen unterstützen.

(3) Die Abkommenspartner erlauben im grenzüberschreitenden Reiseverkehr das Mitführen von Arzneimitteln, medizinischem Verbrauchsmaterial und medizintechnischen Erzeugnissen, die auf Grund des eigenen Gesundheitszustandes für den persönlichen Bedarf in der dem Verbrauch angemessenen Menge oder nachweisbar zur im besuchten Staat zulässigen Berufsausübung als Arzt benötigt werden.

(4) Die Abkommenspartner werden Informationen über Nebenwirkungen von Arzneimitteln austauschen. In besonders bedeutsamen Fällen werden sie sich möglichst unverzüglich unterrichten.

Artikel 6

Die Abkommenspartner vereinbaren eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung des Drogen-, Rauschmittel- und sontigen Suchtmittelmißbrauchs, insbesondere einen Informationsaustausch

1. über neue Stoffe und Zubereitungen, die mißbräuchlich als Rauschdrogen beziehungsweise Suchtmittel benutzt werden,
2. über Art und Ausbreitung des Mißbrauchs von Drogen, Rauschmitteln und anderen Suchtmitteln.

Artikel 7

(1) Der für das Gesundheitswesen zuständige Minister der Deutschen Demokratischen Republik und der für das Gesundheitswesen zuständige Bundesminister der Bundesrepublik Deutschland werden Beauftragte benennen, deren Aufgabe es ist, nähere Regelungen über die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Maßnahmen zu treffen sowie Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten bei der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens durch Konsultationen zu klären. Die Zuständigkeiten der Ständigen Vertretungen bleiben unberührt. Die Beauftragten kommen auf Ersuchen eines der beiden Abkommenspartner zusammen. Sie können sich durch Mitarbeiter begleiten lassen.

(2) Fragen, die von den Beauftragten nicht geklärt werden können, werden unbeschadet der Regelung des Absatzes 1 Satz 2 den Regierungen unterbreitet, die diese auf dem Verhandlungswege beilegen. Die Abkommenspartner werden bemüht sein, bei Maßnahmen, die die durch dieses Abkommen getroffenen Regelungen beeinträchtigen könnten, eine einvernehmliche Regelung herbeizuführen.

Artikel 8

Entsprechend dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt. Vereinbarungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat zu Fragen des Gesundheitswesens werden dadurch nicht berührt.

Artikel 9

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres gekündigt werden.

(2) Dieses Abkommen tritt nach Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen zu einem gegenseitig zu vereinbarenden Zeitpunkt in Kraft.

Geschehen in Berlin am 25. April 1974
in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Anneliese Toedtmann	Hans-Georg Wolters

Protokollvermerke zum Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswesens

Protokollvermerk zu Artikel 3 Absatz 1:

Unter Einreisenden aus dem anderen Staat sind Bürger dritter Staaten nur dann zu verstehen, wenn sie für den jeweiligen Vertragsstaat eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis für länger als drei Monate besitzen und sich darüber legitimieren können, soweit nicht mit dem jeweiligen dritten Staat abweichende Regelungen getroffen wurden oder werden.

Protokollvermerk zu Artikel 3 Absatz 2:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland werden beim grenzüberschreitenden Krankentransport sicherstellen, daß zwischen dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes der Deutschen Demokratischen Republik und dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik Deutschland eine direkte fernschriftliche oder fernmündliche Verbindung aufgenommen wird, um den Zeitpunkt und die Grenzübergangsstelle für die Übernahme abzustimmen, und daß der Kranke ohne Verzögerung direkt umgeladen werden kann.

Für das Abholen des Kranken ist die günstigste Grenzübergangsstelle zu wählen. In Ausnahmefällen kann das Krankentransportfahrzeug die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland passieren.

Protokollvermerk zu Artikel 3:

Vorbehaltlich künftiger Regelung über den Modus der Verrechnung der Kosten für medizinische Hilfe trägt jeder Abkommenspartner die in seinem Staat entstehenden Kosten.

Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 3:

Die Vergütung für die ärztliche und zahnärztliche Leistung im Rahmen der nach Artikel 3 Absatz 2 gewährten medizinischen Hilfe wird in der Höhe übernommen, welche die Ortskrankenkasse, in deren Bereich der Arzt oder Zahnarzt niedergelassen ist, für ihre Mitglieder zahlt. Der Anspruchsberechtigte hat die freie Wahl unter den Ärzten und Zahnärzten, die sich zur ärztlichen oder zahnärztlichen Behandlung zu der im Satz 1 genannten Vergütung bereit erklären. Gewährt werden im Rahmen der stationären medizinischen Hilfe die allgemeinen Krankenhausleistungen.

Protokollvermerk zu Artikel 4:

Der aus der Verrechnung der Leistungen entstehende Aktivsaldo wird vierteljährlich über das Konto S der Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik bei der Deutschen Bundesbank ausgeglichen.

Protokollvermerk zu Artikel 5:

Soweit eine dringende, ärztlich bescheinigte Notwendigkeit der Weiterbehandlung oder Wiederbehandlung besteht, wird in Einzelfällen die Übersendung von solchen Arzneimitteln ermöglicht werden, die im empfangenden Staat für den Verkehr zugelassen sind und dort nicht hergestellt werden. Die Übersendung darf nur in dem Verbrauch angemessenen Mengen erfolgen unter Beifügung der Verordnung eines Arztes, der zur Ausübung der ärztlichen Tätigkeit im entsendenden Staat zugelassen ist. Dieser nichtkommerzielle Arzneimittelverkehr wird über hierfür nach innerstaatlichem Recht zuständige Stellen (Apotheken) durchgeführt. Die Sendungen dürfen nur Arzneimittel, die in der ärztlichen Verordnung genannt sind, und keine sonstigen Gegenstände enthalten.

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokollvermerks vom 11. April 1974 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat über die medizinische und gesundheitliche Betreuung sowie den Krankentransport von Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West), die entsprechend der „Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs" in die Deutsche Demokratische Republik einreisen

vom 11. Dezember 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der am 11. April 1974 in Berlin unterzeichnete Protokollvermerk zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat gemäß einer bei Unterzeichnung vom Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Vertreter des Senats übereinstimmend mündlich zu Protokoll gegebenen Erklärung am 1. Januar 1976 in Kraft tritt.

Der Protokollvermerk wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 11. Dezember 1975

Der Leiter des Sekretariats des Ministerrates
Dr. Kleinert
Staatssekretär

Protokollvermerk

Der zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat am 12. Juni 1972 vereinbarte Protokollvermerk über die medizinische und gesundheitliche Betreuung sowie den Krankentransport von Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West), die entsprechend der „Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR und dem Senat über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs" einreisen, wird wie folgt geändert:

1. Die im o. a. Protokollvermerk vom 12. Juni 1972 festgelegten medizinischen Leistungen entsprechen den im Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiete des Gesundheitswesens vereinbarten Leistungen für ambulante und stationäre medizinische Hilfe.

2. Für die erbrachten Leistungen der medizinischen Hilfe werden keine Kosten erstattet. Die Nummern 2 bis 5 des o. a. Protokollvermerkes vom 12. Juni 1972 werden hiermit aufgehoben.[1])

Berlin, den 11. April 1974

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	Für den Senat
Dr. Mitdank	Kunze

[1]) Die unverändert geltenden Bestimmungen des Protokollvermerkes vom 12. 6. 1972 lauten:

1. Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West), die während ihres Aufenthaltes erkranken, wird erforderlichenfalls durch Einrichtungen des Gesundheitswesens der DDR ambulante oder stationäre medizinische Hilfe gewährt. Notwendige Krankentransporte werden durchgeführt.

6. Fragen der technischen Einzelheiten des Krankentransports werden durch die beiderseitigen Rot-Kreuz-Gesellschaften direkt abgesprochen.

7. Die DDR ist darüber hinaus bereit, gebrechlichen und hilfsbedürftigen Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West), die nicht auf die Beförderung mit Krankentransportfahrzeugen angewiesen sind, durch Kräfte des Gesundheitswesens der DDR notwendige Hilfe bei der Ein- und Ausreise zu gewähren.

Übereinstimmende mündliche Erklärung zu Protokoll

Dieser Protokollvermerk tritt gleichzeitig mit dem Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswesens in Kraft und bleibt zusammen mit ihm in Kraft.

Völkerrecht

Dokumente

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Völkerrecht
beim Institut für Internationale Beziehungen
an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

1 454 Seiten in 3 Bänden · Leinen
Sonderpreis für die DDR: 45,– M

Die 112 ausgewählten Dokumente widerspiegeln die Entwicklung des Völkerrechts in den letzten 90 Jahren zum allgemein-demokratischen Völkerrecht der Gegenwart; in der vorgenommenen Auswahl sind sie für die Praxis ein anleitendes Arbeitsmittel zur Durchsetzung völkerrechtlicher Prinzipien in den internationalen Beziehungen und Verbindungen sowie für die Arbeit in internationalen Organisationen. Die Dokumentenauswahl erstreckt sich von der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 (in der geltenden Fassung) bis zum Schlußdokument der Internationalen Vietnamkonferenz vom 2. März 1973. Jedem Dokument sind vorangestellt: Unterzeichnung, wann in Kraft getreten, Mitgliedstaaten, Depositar, Sprache, Quellen, Nachweis der deutschsprachigen Textfassung, weitere Fundstellen.
Diese Dokumentensammlung ergänzt das zweibändige Lehrbuch „Völkerrecht".

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik

Ein anerkanntes Hochschullehrbuch
der Staats- und Rechtswissenschaft

Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie

Lehrbuch
Autorenkollektiv
623 Seiten · Leinen · 25,– M
Bestellwort: Rechtstheorie / 770 845 2

Im Inhalt:

Gegenstand und Methode der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtstheorie / Begründung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtsauffassungen durch Marx, Engels und Lenin / Entstehung und Wesen des Staates und Rechts / Bürgerlicher Staat und bürgerliches Recht im vormonopolistischen Kapitalismus und im Imperialismus / Entstehung, Wesen und Funktionen des sozialistischen Staates / Sozialistischer Staat und Persönlichkeit / Die sozialistische Demokratie / Der Mechanismus der sozialistischen Staatsgewalt / Wesen und Funktionen des sozialistischen Rechts / Sozialistische Rechtsnormen und ihre Wechselbeziehungen zu anderen sozialen Normen / Sozialistische Rechtsverhältnisse / Das internationalistische Wesen des sozialistischen Staates.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31 818

Hochschulbibliothek
K.-Marx-Str. 17/18

Ingenieurhochschule
Hochschulbibliothek
AUSGESONDERT
27. APR. 1993
UB Cottbus

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

277

1975	Berlin, den 30. Dezember 1975	Teil II Nr. 14

Tag	Inhalt	Seite
29. 12. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (ALB/RGW 1968/1975)“	277

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (ALB/RGW 1968/1975)“

vom 29. Dezember 1975

Hiermit werden die „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (ALB/RGW 1968/1975)“ bekanntgemacht.

Die „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (ALB/RGW 1968/1975)“ entsprechen den ALB/RGW 1968, präzisiert durch die Änderungen und Ergänzungen, die von der 69. Tagung des Exekutivkomitees des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie der 44. und 45. Tagung der Ständigen Kommission des RGW für Außenhandel gebilligt wurden. Die Änderungen und Ergänzungen, die die materielle Verantwortlichkeit der Wirtschaftsorganisationen für die Nichterfüllung oder nichtgehörige Erfüllung der gegenseitigen Verpflichtungen betreffen, sind in den §§ 2 A, 11 A, 31, 44, 58, 67, 67 A—D, 68, 69, 70, 75, 77, 83, 84, 86, 87, 87 A und 106 und die Präzisierungen, die die Warenlieferungen zwischen der Republik Kuba und den anderen Mitgliedsländern des RGW betreffen, in den §§ 29, 41, 52 und 72 der ALB/RGW 1968/1975 enthalten.

Diese Fassung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des RGW“ tritt am 1. Januar 1976 in Kraft; sie findet auf alle Verträge über Warenlieferungen Anwendung, die ab 1. Januar 1976 zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des RGW, die zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigt sind, abgeschlossen werden.

Die Vertragspartner können die Anwendung dieser Fassung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des RGW“ auch für früher abgeschlossene Verträge vereinbaren.

In den Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik finden entsprechend dem Beschluß der 69. Tagung des Exekutivkomitees des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die obengenannten Änderungen und Ergänzungen, soweit sie Regelungen über den Schadenersatz betreffen, keine Anwendung.

Berlin, den 29. Dezember 1975

Der Leiter des Sekretariats des Ministerrates

Dr. Kleinert
Staatssekretär

Allgemeine Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des RGW (ALB/RGW 1968/1975)

Alle Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigt sind, erfolgen auf Grund nachstehender Allgemeiner Lieferbedingungen.

Falls die Partner beim Abschluß des Vertrages feststellen, daß es infolge des spezifischen Charakters der Ware und/oder der Besonderheiten ihrer Lieferung erforderlich ist, von einzelnen Bestimmungen dieser Allgemeinen Lieferbedingungen abzuweichen, können sie das im Vertrag vereinbaren.

Kapitel I

Abschluß, Änderung und Aufhebung des Vertrages

§ 1

1. Der Vertrag gilt als abgeschlossen:
   a) zwischen Anwesenden — zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung durch die Vertragspartner;
   b) zwischen Abwesenden — zum Zeitpunkt, zu dem der Anbietende die vorbehaltlose Mitteilung über die Annahme des Angebotes erhalten hat, und zwar innerhalb der Frist, die im Angebot genannt ist; wenn im Angebot eine solche Frist nicht genannt ist, im Laufe von 30 Tagen, gerechnet vom Tage der Absendung des Angebotes.
2. Wenn der Anbietende die Mitteilung über die Annahme des Angebotes unter Vorbehalt erhält oder nach Ablauf der im Angebot bzw. in Ziffer 1 Buchstabe b) dieses Paragraphen genannten Frist, so gilt diese Mitteilung als ein neues Angebot. Wenn jedoch aus der verspätet zugegangenen Mitteilung über die Annahme des Angebotes ersichtlich ist, daß diese vor Ablauf der im Angebot oder in Ziffer 1 Buchstaben b) dieses Paragraphen genannten Frist abgesandt wurde, wird sie nur in dem Falle als verspätet angesehen, wenn der Partner, der das Angebot unterbreitet hat, den anderen Partner unverzüglich von dem verspäteten Erhalt der Mitteilung benachrichtigt.
3. Das Angebot ist für den Anbietenden bindend, wenn im Angebot nichts anderes ausdrücklich erklärt worden ist oder wenn der Käufer die Mitteilung über die Rücknahme nicht vor Erhalt des Angebotes oder gleichzeitig mit diesem erhält.
4. Unter „Angebot“ im Sinne dieser Allgemeinen Lieferbedingungen wird auch die Bestellung verstanden, und unter dem Wort „Annahme des Angebotes“ wird auch die Bestätigung der Bestellung verstanden.

§ 2

1. Das Angebot und die Annahme des Angebotes sind unter der Bedingung gültig, daß sie in schriftlicher Form erfolgen. Unter Schriftform sind auch telegrafische oder fernschriftliche Mitteilungen zu verstehen.
2. Anlagen, Ergänzungen und Änderungen zum Vertrag werden ebenfalls in der Form vorgenommen, die in Ziffer 1 dieses Paragraphen vorgesehen ist.

§ 2 A

1. Der Vertrag kann durch eine Vereinbarung der Partner geändert oder aufgehoben werden.
2. Ein einseitiger Rücktritt vom Vertrag oder eine einseitige Änderung der Vertragsbedingungen ist mit Ausnahme der Fälle, die direkt in diesen Allgemeinen Lieferbedingungen, in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag vorgesehen sind, nicht gestattet.

§ 3

Alle Anlagen zum Vertrag, wie technische Bedingungen, Spezifikationen, besondere Prüfungsbedingungen, Verpackungs-, Markierungs- und Verladevorschriften u. ä., die im Vertrag genannt sind oder in denen auf den betreffenden Vertrag Bezug genommen wird, bilden einen untrennbaren Bestandteil dieses Vertrages.

§ 4

Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses verlieren der gesamte vorangegangene Schriftwechsel und die Vertragsverhandlungen ihre Gültigkeit.

Kapitel II
Lieferbasis

§ 5*

Bei Beförderungen mit der Eisenbahn erfolgen die Lieferungen franko Waggon Grenze des Verkäuferlandes, wobei folgendes gilt:

a) Der Verkäufer trägt die Kosten für die Beförderung der Ware bis zur Staatsgrenze seines Landes, jedoch trägt die Kosten für die Umladung und/oder für die Umstellung der Radsätze der Käufer;

b) das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware von der Eisenbahn des Verkäuferlandes an die übernehmende Eisenbahn auf den Käufer über;

c) als Lieferdatum gilt das Datum des auf dem Eisenbahnfrachtbrief angebrachten Stempelabdruckes der Grenzstation, auf der die Ware von der Eisenbahn des Verkäuferlandes an die übernehmende Eisenbahn übergeben wird.

§ 6*

Bei Beförderungen mit Kraftfahrzeugen erfolgen die Lieferungen franko Ort der Verladung der Ware auf die Transportmittel des Käufers oder, falls die Ware mit den Transportmitteln des Verkäufers über die Staatsgrenze seines Landes hinaus befördert wird, franko Ort der Zollabfertigung der Ware durch das Grenzzollamt des an das Verkäuferland grenzenden Landes, wobei folgendes gilt:

a) Der Verkäufer trägt die Kosten für die Beförderung der Ware bis zum Ort der Verladung der Ware auf die Transportmittel des Käufers oder, falls die Ware mit den Transportmitteln des Verkäufers über die Staatsgrenze seines Landes hinaus befördert wird, bis zum Grenzzollamt des an das Verkäuferland grenzenden Landes;

b) das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt der Übernahme der Ware von den Transportmitteln des Verkäufers auf die Transportmittel des Käufers oder, wenn die Ware mit den Transportmitteln des Verkäufers über die Staatsgrenze seines Landes hinaus befördert wird, zum Zeitpunkt der Zollabfertigung der Ware durch das Grenzzollamt des an das Verkäuferland grenzenden Landes auf den Käufer über;

c) als Lieferdatum gilt das Datum des Dokumentes, das die Übernahme der Ware durch die Transportmittel des Käufers bestätigt, oder, wenn die Ware von den Transportmitteln des Verkäufers über die Staatsgrenze seines Landes hinaus befördert wird, das Datum der Zollabfertigung der Ware durch das Grenzzollamt des an das Verkäuferland grenzenden Landes.

§ 7

1. Bei Beförderungen auf dem Wasserwege erfolgen die Lieferungen fob, cif oder c & f des im Vertrag vorgesehenen Hafens.
2. Bei Lieferungen unter den Bedingungen fob gilt folgendes:
   a) Der Verkäufer trägt alle Kosten bis zum Zeitpunkt der Verladung der Ware an Bord des Schiffes; die Partner können aber im Vertrag vereinbaren, daß der Verkäufer auch die Kosten für die Verladung der Ware in den Schiffsraum, einschließlich der Kosten für Trimmen (Stauen) der Ware trägt;
   b) das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt des Überganges der Ware an Bord des Schiffes im Verladehafen auf den Käufer über;
   c) als Lieferdatum gilt das Datum des Anbord-Konnossements oder des Flußladescheines.
3. Bei Lieferungen unter den Bedingungen cif und c & f gilt folgendes:
   a) Der Verkäufer trägt alle Transportkosten bis zum Zeitpunkt des Einlaufens des Schiffes im Löschhafen; der Käufer trägt alle Kosten für das Löschen der Ware aus den Schiffsräumen, jedoch trägt der Käufer diese Kosten nicht bei Beförderungen mit Linienschiffen, bei denen die Löschkosten in den Frachtkosten enthalten sind;
   b) das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt des Überganges der Ware an Bord des Schiffes im Verladehafen auf den Käufer über;
   c) als Lieferdatum gilt das Datum des Anbord-Konnossements oder des Flußladescheines.
4. Bei Beförderungen auf dem Wasserwege kann in den Verträgen vereinbart werden, wer die Kosten für die Staumaterialien trägt.

§ 8

Bei Beförderungen auf dem Luftwege erfolgen die Lieferungen franko Ort der Übergabe der Ware zur Beförderung an die Luftfahrtgesellschaft im Verkäuferland, wobei folgendes gilt:

a) Der Verkäufer trägt alle Kosten bis zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware an die Luftfahrtgesellschaft im Verkäuferland;

b) das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädi-

* In der Anlage zum Protokoll der 22. Tagung der Ständigen Kommission des RGW für Außenhandel ist folgende Auslegung der §§ 5 und 6 dieser Allgemeinen Lieferbedingungen enthalten:

„Die Delegationen der VRB, UVR, DDR, MVR, VRP, SRR, UdSSR und CSSR kamen zu der einheitlichen Auffassung, daß in Übereinstimmung mit der Präambel der ALB/RGW 1968 in den Verträgen über die Lieferung aller Warenarten bei Beförderung mit der Eisenbahn und mit Kraftfahrzeugen eine Festlegung über die Lieferbasis vereinbart werden kann, die sich von der in den §§ 5 und 6 der ALB/RGW 1968 unterscheidet, wenn dies aus der Spezifik der Ware oder der Besonderheit der Lieferung hervorgeht.

Die oben dargelegte Auffassung der acht Delegationen schließt die Möglichkeit einer Abweichung von den Festlegungen anderer Paragraphen in Übereinstimmung mit der Präambel nicht aus."

gung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware an die Luftfahrtgesellschaft im Verkäuferland auf den Käufer über;

c) als Lieferdatum gilt das Datum des Luftfrachtbriefes.

§ 9

Bei Postsendungen erfolgen die Lieferungen portofrei Empfänger, wobei folgendes gilt:

a) Der Verkäufer trägt alle Beförderungskosten bis zum Bestimmungsort;

b) das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware an das Postamt des Verkäuferlandes auf den Käufer über; dabei gehen zum Zeitpunkt der Übergabe der Sendung an das Postamt des Verkäuferlandes alle Ansprüche aus dem mit der Post abgeschlossenen Beförderungsvertrag vom Verkäufer auf den Käufer über;

c) als Liefertermin gilt das Datum der Postquittung.

§ 10

Der Verkäufer ist nicht verpflichtet, die zur Lieferung gelangende Ware zu versichern, wenn dies nicht ausdrücklich im Vertrag vorgesehen ist.

Kapitel III

Lieferfristen

§ 11

1. Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, hat bei Massenlieferungen von Waren in einzelnen Partien die Verladung der einzelnen Partien zu den im Vertrag festgelegten Fristen nach Möglichkeit gleichmäßig zu erfolgen.
2. Die Festlegungen der Ziffer 1 dieses Paragraphen erstrecken sich nicht auf die Lieferung von kompletten Werken und Anlagen.
3. Die Festlegungen der Ziffer 1 dieses Paragraphen erstrecken sich ebenfalls nicht auf leichtverderbliche landwirtschaftliche und tierische Produkte mit Saisoncharakter. Bei Lieferung dieser Waren können die Partner die periodische Verladung innerhalb der festgelegten Fristen vereinbaren.

§ 11 A

1. Die Partner können Verträge über Fixgeschäfte abschließen, d. h. solche Verträge, aus denen durch einen direkten Hinweis oder aus deren Inhalt eindeutig hervorgeht, daß der Vertrag bei Verletzung der Lieferfrist automatisch annulliert wird oder daß der Käufer sofort zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt ist.
2. Gemäß den Verträgen, die in Ziffer 1 dieses Paragraphen genannt sind, ist der Verkäufer nach Ablauf der im Vertrag vorgesehenen Frist zur Durchführung der Lieferung nur mit Zustimmung des Käufers berechtigt.

§ 12

1. Außer in den im Vertrag festgelegten Fällen kann der Verkäufer die vorfristige oder Teillieferung der Waren nur mit Einverständnis des Käufers durchführen.
2. Wenn der Käufer sein Einverständnis zur vorfristigen oder Teillieferung gibt und sich keine weiteren Bedingungen vorbehält, führt der Verkäufer die Lieferung zu den im Vertrag festgelegten Bedingungen durch.

§ 13

1. Wenn der Käufer die im Vertrag vorgesehenen Verpflichtungen zur Mitwirkung bei der Herstellung der Ware nicht innerhalb der im Vertrag vereinbarten Frist erfüllt hat oder wenn der Käufer die von ihm übergebenen Unterlagen später ändert und sofern dadurch für den Verkäufer wesentliche, mit der Produktion verbundene Schwierigkeiten entstehen, so ist der Verkäufer berechtigt, die Lieferfrist entsprechend zu verlängern, jedoch nicht länger als um den Zeitraum, um den der Käufer die Erfüllung der obengenannten Verpflichtungen verzögert hat, und/oder den Ersatz des im Zusammenhang damit entstandenen tatsächlichen Schadens zu fordern.
2. Über die Verlängerung der Lieferfrist muß der Verkäufer den Käufer rechtzeitig benachrichtigen.
3. In technisch begründeten Ausnahmefällen kann im Einvernehmen zwischen Verkäufer und Käufer eine andere als in Ziffer 1 dieses Paragraphen vorgesehene technisch begründete Frist festgelegt werden. Wenn jedoch die Partner keine Einigung erzielen, so kommt die Festlegung der Ziffer 1 dieses Paragraphen zur Anwendung.

§ 14

1. Wenn in einem Vertrag über die Lieferung von Maschinen oder Ausrüstungen konkrete Lieferfristen für ihre Teile nicht vereinbart sind, dann gilt als Erfüllungsdatum der Lieferung der Tag, an dem die Lieferung des letzten Teiles der Maschine oder Ausrüstung erfolgt ist, ohne den diese Maschine oder Ausrüstung nicht in Betrieb genommen werden kann.
2. Durch die in diesem Paragraphen getroffene Regelung verliert der Käufer nicht den Anspruch auf die nicht gelieferten Teile.

Kapitel IV

Qualität der Ware

§ 15

Wenn im Vertrag nicht vereinbart ist, daß die Qualität der Ware einer bestimmten Spezifikation, technischen Bedingungen oder einer Standardnorm (unter Angabe der Nummer und des Datums) oder einem zwischen den Partnern vereinbarten Muster entsprechen soll, so ist der Verkäufer verpflichtet, eine Ware mittlerer Qualität zu liefern, wie sie bei Lieferungen der betreffenden Warenart im Verkäuferland üblich ist und dem im Vertrag vorgesehenen Bestimmungszweck entspricht. Wenn der Bestimmungszweck der Ware nicht im Vertrag angegeben ist, wird eine Ware mittlerer Qualität geliefert, die dem üblichen Bestimmungszweck dieser Ware im Verkäuferland entspricht.

§ 16

1. Während der Erfüllung des Vertrages ist der Verkäufer verpflichtet, den Käufer über Vervollkommnungen und Änderungen in der Konstruktion der Maschinen oder Ausrüstungen, die Vertragsgegenstand sind, zu informieren.
2. Vervollkommnungen, die Konstruktionsänderungen bedingen, können, wenn sie nach Vertragsabschluß vorgeschlagen werden, nur nach Vereinbarung der Partner vorgenommen werden.

§ 17

Die Qualität von Gegenständen und Teilen, die anstelle mangelhafter geliefert werden, muß den vertraglichen Qualitätsanforderungen an die Ware entsprechen, deren Teil sie darstellen.

Kapitel V

Menge der Ware

§ 18

Die Kollianzahl und/oder das Gewicht der gelieferten Ware werden bestimmt:

1. Bei Beförderungen mit der Eisenbahn:
   a) Wenn die Kollianzahl und/oder das Gewicht der Ware von der Versandstation der Eisenbahn des Verkäuferlandes festgestellt worden sind, was durch einen Vertreter der Eisenbahn in den entsprechenden Feldern des Eisenbahnfrachtbriefes bestätigt werden muß — auf Grund des Frachtbriefes für den direkten Internationalen Eisenbahn-Güterverkehr;

b) wenn die Kollianzahl und/oder das Gewicht der Ware auf der Eisenbahnversandstation des Verkäuferlandes durch den Absender festgestellt und durch die Eisenbahn nicht überprüft worden ist und die Beförderung ohne Umladung erfolgt, sofern im Vertrag nichts anderes vereinbart ist — auf Grund des Frachtbriefes für den direkten Internationalen Eisenbahn-Güterverkehr oder, falls die Prüfung des Gewichts und/oder der Kollianzahl durch die Eisenbahn während der Beförderung oder an der Bestimmungsstation durchgeführt worden ist, vorausgesetzt, daß Ware und der Waggon am Prüfungsort in einem Zustand eintrafen, der die Verantwortung der Eisenbahn ausschließt — auf Grund des Dokumentes, das die Ergebnisse dieser Verwiegung und/oder der Prüfung der Kollianzahl durch die Eisenbahn ausweist und das in Übereinstimmung mit dem Abkommen über den Internationalen Eisenbahn-Güterverkehr (SMGS) ausgestellt worden ist;

c) wenn die Kollianzahl und/oder das Gewicht der Ware auf der Eisenbahnversandstation des Verkäuferlandes durch den Absender festgestellt und durch die Eisenbahn nicht überprüft worden ist und die Beförderung mit Umladung erfolgt, wird die Kollianzahl und/oder das Gewicht der Ware in der Art und Weise bestimmt, wie sie in bilateralen Vereinbarungen oder im Vertrag festgelegt wurde.

2. Bei Beförderungen mit Kraftfahrzeugen — auf Grund des Transportdokumentes;
3. bei Beförderungen auf dem Wasserwege — auf Grund des Konnossements bzw. des Flußladescheines;
4. bei Beförderungen auf dem Luftwege — auf Grund des Luftfrachtbriefes;
5. bei Postsendungen — auf Grund der Postquittung;
6. bei Einlagerung der Ware gemäß §§ 40 und 41 — auf Grund des Lagerscheines oder der Verwahrungsquittung.

§ 19

Die Prüfung der Menge der gelieferten Ware in spezifizierten Maßeinheiten (z. B. Meter, Stück, Paar, Nettogewicht) erfolgt auf Grund der Spezifikation des Verkäufers.

Kapitel VI

Verpackung und Markierung

§ 20

1. Wenn im Vertrag keine besonderen Hinweise auf die Verpackung enthalten sind, muß der Verkäufer die Ware in einer Verpackung versenden, die im Verkäuferlande für Exportwaren üblich ist und die bei ordnungsgemäßer und üblicher Behandlung der Ware sowie unter Berücksichtigung etwaiger Umladungen deren Unversehrtheit beim Transport gewährleistet. Dabei müssen die Dauer und die Art der Beförderung entsprechend berücksichtigt werden.
2. Maschinen und Ausrüstungen müssen vor ihrer Verpackung ordnungsgemäß eingefettet werden, so daß deren Schutz vor Korrosion gewährleistet ist.

§ 21

1. Jedes Kollo muß mit einer ausführlichen Packliste versehen sein.
2. Bei Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen sind in der Packliste anzugeben: Bezeichnung der Maschinen und der Einzelteile, die in dem betreffenden Kollo verpackt sind, deren Menge mit Angabe der technischen Daten gemäß den entsprechenden Positionen des Vertrages, die Werksnummer der Maschine, die Nummer der Zeichnung, Brutto- und Nettogewicht und eine genaue Markierung des betreffenden Kollos, damit die Übereinstimmung der Ware mit den Angaben der technischen Spezifikation, die im Vertrag enthalten sind, festgestellt werden kann.
3. Der in einer Kiste verpackten Maschine oder Ausrüstung ist ein Exemplar der Packliste in einem wasserdichten Umschlag beizulegen oder an der äußeren Seite der Kiste zu befestigen.
4. Falls die Maschine oder Ausrüstung ohne Verpackung verladen wird, muß der Umschlag aus wasserdichtem Papier, in den die Packliste eingelegt ist, mit einer dünnen Blechplatte bedeckt werden, die unmittelbar an die Metallteile der Maschine angeschweißt wird.

§ 22

Falls im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, ist der Verkäufer verpflichtet, zusammen mit den Transportdokumenten eine Gewichtsspezifikation für jedes Kollo und ein Dokument, das die Güte der Ware bestätigt, in je einer Ausfertigung zu übersenden.

§ 23

1. Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, so muß an jedes Kollo mit wasserbeständiger Farbe deutlich folgende Markierung angebracht werden:
   Nummer des Vertrages und/oder Nummer des Auftrages des Käufers,
   Nummer des Kollos,
   Empfänger,
   Brutto- und Nettogewicht in kg.
2. Bei Beförderung mit der Eisenbahn muß die Markierung den Erfordernissen des SMGS entsprechen.
3. Bei Beförderungen auf dem Wasserwege muß die Markierung auch die Abmessungen der Kisten in cm sowie erforderlichenfalls den Bestimmungshafen und das Bestimmungsland der Ware enthalten.
4. Bei Beförderung mit anderen Transportmitteln muß die Markierung den Erfordernissen der Bestimmungen entsprechen, die für die entsprechende Transportart gelten.
5. Wenn infolge des spezifischen Charakters der Ware eine Spezial-(Vorsichts-)Markierung erforderlich ist, so ist der Verkäufer verpflichtet, diese anzubringen.
6. Die Kisten werden an zwei Stirnseiten markiert, die unverpackte Ware an zwei Seiten.
7. Die Markierung erfolgt in der Sprache des Verkäuferlandes mit einer Übersetzung in die russische oder deutsche Sprache.
8. Für Ausrüstungen und Maschinen wird die Nummer des Kollos durch eine Bruchzahl angegeben, wobei der Zähler die laufende Nummer des Kollos und der Nenner die Anzahl der Kolli, in denen die gesamte Einheit der Ausrüstung verpackt ist, bedeutet.

Kapitel VII

Technische Dokumentation

§ 24

1. Wenn im Vertrag nicht vereinbart ist, welche technische Dokumentation (Zeichnungen, Spezifikationen, Wartungs-, Bedienungs- und Montagevorschriften usw.) vom Verkäufer im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrages übergeben werden soll sowie wenn die Anzahl ihrer vollen Sätze, die Art und Weise und die Termine ihrer Aushändigung nicht vereinbart sind, so muß der Verkäufer dem Käufer die technische Dokumentation innerhalb solcher Fristen, die eine normale Verwendung der Maschinen und/oder Ausrüstungen, ihre Inbetriebsetzung, Wartung sowie laufende Reparatur sichern und in Übereinstimmung mit der Praxis zur Verfügung stellen, die in dem entsprechenden Industriezweig des Verkäuferlandes üblich ist.
2. Die technische Dokumentation muß so ausgeführt sein, daß sie eine normale Benutzung der Maschinen und/oder Ausrüstungen in der Produktion und bei kompletten Anlagen die Durchführung der Montage — wenn nicht im Vertrag vorgesehen ist, daß die Montagearbeiten durch den Verkäufer durchgeführt werden —, ihre Inbetriebnahme, ihre Inbetriebhaltung und Wartung während des Betriebes sowie die laufenden Reparaturen gewährleistet.

3. Die technische Dokumentation muß in der Sprache angefertigt werden, die im Vertrag vereinbart wurde.
4. In der technischen Dokumentation müssen die entsprechenden Nummern des Vertrages, der Lieferorder und die Partie (trans) angegeben sein.
5. Die in den Verträgen vorgesehene technische Dokumentation, die zusammen mit der Ware abgeschickt wird, muß in wasserdichtes Papier verpackt sein oder auf eine andere Art, die sie bei gleichzeitigem Transport mit der Ware vor Beschädigung schützt.
6. Wenn im Vertrag die Termine für die Übergabe der Fundamentpläne oder der Baubeschreibungen oder der für die Projektierung der Fundamente notwendigen Unterlagen vom Verkäufer an den Käufer nicht vorgesehen sind, so werden diese Termine von den Partnern zusätzlich vereinbart.

§ 25

1. Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, behält der Verkäufer das ausschließliche Recht auf die dem Käufer übergebene technische Dokumentation.
2. Der Käufer darf die ihm übergebene technische Dokumentation, auf die der Verkäufer das ausschließliche Recht behält, nur innerhalb seines Landes und nur zur Wartung der Maschine und/oder Ausrüstung, für welche diese Dokumentation übergeben wurde, für ihre Inbetriebhaltung und Reparatur (einschließlich der Herstellung der Ersatzteile, die für Reparaturen erforderlich sind) verwenden oder verwenden lassen.
3. Die in Übereinstimmung mit dem Vertrag übergebene Dokumentation darf nicht veröffentlicht werden.
4. Bei Annullierung des Vertrages muß der Käufer die ihm übergebene technische Dokumentation dem Verkäufer unverzüglich nach dessen Aufforderung, jedoch nicht später als innerhalb von drei Monaten, gerechnet vom Tage der Annullierung des Vertrages, zurückgeben.
5. Wenn die Ware nach einer technischen Dokumentation des Käufers hergestellt wird, so werden auf die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner bezüglich der technischen Dokumentation die Bestimmungen dieses Paragraphen entsprechend angewandt.

Kapitel VIII

Qualitätskontrolle der Ware

§ 26

1. Der Verkäufer ist verpflichtet, vor Verladung der Ware deren Qualität auf seine Kosten in Übereinstimmung mit den mit dem Käufer vereinbarten Bedingungen einer Kontrolle (je nach der Art der Ware Prüfung, Analyse oder Beschau usw.) zu unterziehen. Falls keine Bedingungen vereinbart sind, hat die Kontrolle entsprechend den üblichen Qualitätskontrollvorschriften, die im Verkäuferland für die betreffende Ware bestehen, zu erfolgen.
2. Bei der Lieferung von Waren industrieller und landwirtschaftlicher Massenproduktion einschließlich Massenbedarfsgütern und Nahrungsgütern erfolgt die Qualitätskontrolle, falls andere Bedingungen im Vertrag nicht enthalten sind, nur stichprobenweise entsprechend den im Verkäuferland allgemein üblichen Regeln.
3. Für die zur Lieferung vorgesehene Ware muß vor deren Verladung im Auftrage und auf Kosten des Verkäufers, sofern es sich um Maschinen und Ausrüstungen handelt, die einer Prüfung unterliegen, ein Prüfungsprotokoll mit Angabe der wesentlichen Einzelheiten und der Ergebnisse der Prüfung oder, sofern es sich um andere Waren handelt, ein Qualitätszertifikat bzw. ein anderes Dokument, das die Übereinstimmung der Qualität der Ware mit den Vertragsbedingungen bestätigt, ausgestellt werden.
4. Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer das die Qualität der Ware bestätigende Dokument zu übergeben. Das Prüfungsprotokoll wird dem Käufer auf dessen Verlangen übergeben.
5. Wenn infolge der Besonderheiten der Maschinen oder Ausrüstungen oder anderer Umstände eine Prüfung der im Vertrag vereinbarten Leistungsfähigkeit am Ort ihrer Aufstellung notwendig ist, so erfolgt diese Prüfung vollständig oder teilweise am Ort ihrer Aufstellung im Käuferland, und zwar in der Art und Weise und zu den Fristen, wie das im Vertrag vereinbart ist.
6. Bei der Lieferung großer kompletter Ausrüstungen wird auf Wunsch des Käufers ein Vertreter des Verkäufers an der Kontrolle der im Vertrag vorgesehenen Qualität dieser Ausrüstung zu den zwischen den Partnern vereinbarten Bedingungen teilnehmen. Die Ergebnisse der Kontrolle werden in einem Protokoll genannt, das von beiden Partnern unterschrieben wird.

§ 27

1. Falls im Vertrag vereinbart ist, daß ein Vertreter des Käufers das Recht hat, an der Qualitätskontrolle der Ware im Verkäuferland teilzunehmen, ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer die Bereitstellung der Ware zur Kontrolle innerhalb einer Frist mitzuteilen, die dem Käufer die Möglichkeit gibt, an der Kontrolle teilzunehmen.
2. Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer die Teilnahme an der Kontrolle laut den Bedingungen des Vertrages und dem im betreffenden Industriezweig des Verkäuferlandes üblichen Verfahren zu ermöglichen. Dabei hat der Verkäufer alle Kosten zu tragen, die mit der Durchführung der Kontrolle verbunden sind (Kosten für das Personal, für die Verwendung der technischen Ausrüstungen, Energie, Hilfsmaterialien usw.), mit Ausnahme der Kosten für den Vertreter des Käufers.
3. Wenn der Vertreter des Käufers nicht an der Qualitätskontrolle der Waren teilnimmt, verliert der Verkäufer nicht das Recht, die Ware zum Versand zu bringen, sofern ein Dokument, das die Übereinstimmung der Qualität der Ware mit den Vertragsbestimmungen bestätigt, ausgefertigt wurde.
4. Die Teilnahme eines Vertreters des Käufers an der Qualitätskontrolle der Ware, die vom Verkäufer durchgeführt wird, befreit den Verkäufer nicht von der Verantwortung für die Qualität der Ware.

Kapitel IX

Garantien

§ 28

1. Der Verkäufer ist innerhalb der Garantiefrist für die Qualität der Ware, insbesondere für die Qualität der zu ihrer Herstellung verwandten Materialien, für die Konstruktion der Maschinen und Ausrüstungen (wenn die Ausrüstungen, Maschinen usw. nicht nach Zeichnungen des Käufers hergestellt werden) sowie für die Eigenschaften der Ware, die im Vertrag festgelegt sind, verantwortlich.
2. Der Umfang und die Bedingungen der Garantie für die technisch-ökonomischen Parameter für komplette Werke und komplette Anlagen sind in zweiseitigen Vereinbarungen oder im Vertrag festzulegen.

§ 29

1. Es gelten folgende Garantiefristen:*
   a) Für Gegenstände der Feinmechanik, Meßgeräte, optische Erzeugnisse und Werkzeuge — 9 Monate, gerechnet ab Lieferdatum;
   b) für Maschinen und Apparate aus der Serienproduktion, kleine und mittlere Anlagen — 12 Monate, gerechnet

* Bei Warenlieferungen in die Mongolische Volksrepublik aus Ländern, die keine gemeinsame Staatsgrenze mit der Mongolischen Volksrepublik haben, werden die ab Lieferdatum gerechneten Garantiefristen um 2 Monate verlängert.
Bei Warenlieferungen in die Republik Kuba und aus der Republik Kuba verlängern sich die Garantiefristen, die ab Lieferdatum berechnet werden, um zwei Monate.

vom Tage der Inbetriebnahme, jedoch nicht mehr als 15 Monate, gerechnet ab Lieferdatum;

c) für Schwermaschinen und große Anlagen — 12 Monate, gerechnet vom Tage der Inbetriebnahme, jedoch nicht mehr als 24 Monate, gerechnet ab Lieferdatum.

2. Für komplette Werke und komplette Anlagen können im Vertrag längere Garantiefristen vorgesehen werden.
3. Für Maschinen und Ausrüstungen, die in diesem Paragraphen nicht genannt sind, für Schiffe und andere schwimmende Gegenstände, für rollendes Eisenbahnmaterial, Radsätze von rollendem Eisenbahnmaterial, Kabelerzeugnisse sowie für Waren, für die eine Garantie nach Vereinbarung der Partner oder auf Grund des Handelsbrauchs gewährt wird, wie z. B. Konserven und langlebige Konsumgüter, werden die Garantiefristen im Vertrag festgelegt.

§ 30

Falls sich die Inbetriebnahme einer Maschine oder Ausrüstung durch Verschulden des Verkäufers verzögert, insbesondere infolgedessen, daß der Verkäufer die im Vertrag vorgesehenen Zeichnungen, Bedienungsvorschriften und anderen Unterlagen nicht übergibt oder die vereinbarten Leistungen nicht erbringt, wird die ab Lieferdatum gerechnete Garantiefrist um den Zeitraum verlängert, um den sich die Inbetriebnahme der Maschine oder Ausrüstung durch Verschulden des Verkäufers verzögert hat.

§ 31

1. Wenn sich die Ware innerhalb der Garantiefrist als mangelhaft oder nicht den Vertragsbedingungen entsprechend erweist, so ist unabhängig davon, ob der Mangel bei der Prüfung im Werk des Verkäufers festgestellt werden konnte, der Käufer berechtigt, entweder die Beseitigung des festgestellten Mangels oder Minderung für die Ware zu fordern.
2. Wenn der Käufer eine Beseitigung der Mängel fordert, ist der Verkäufer verpflichtet, auf eigene Kosten die festgestellten Mängel unverzüglich durch Nachbesserung oder Ersatz der mangelhaften Ware oder der mangelhaften Teile der Ware durch neue, die den Vorschriften des Vertrages entsprechen, oder entsprechend den Vorschriften des § 17 zu beseitigen.
3. Wenn der Käufer eine Minderung für die Ware fordert, so ist der Verkäufer berechtigt, nach seinem Ermessen entweder den Mangel zu beseitigen oder die mangelhafte Ware oder den mangelhaften Teil der Ware auszutauschen oder dem Käufer eine Minderung in vereinbarter Höhe zu gewähren.
4. Wenn der Verkäufer den Mangel nicht innerhalb einer vereinbarten Frist oder, wenn eine solche Frist nicht vereinbart wurde, innerhalb einer technisch begründeten Frist beseitigt, so ist der Käufer berechtigt, anstelle der Beseitigung des Mangels vom Verkäufer die Gewährung einer angemessenen Minderung zu fordern.
5. In den in Ziffer 2 dieses Paragraphen vorgesehenen Fällen sowie dann, wenn der Verkäufer die Verpflichtung zur Beseitigung der Mängel oder zum Ersatz der mangelhaften Ware gemäß Ziffer 3 dieses Paragraphen übernommen hat, ist der Käufer berechtigt, wenn die Ware bis zur Beseitigung des Mangels nicht bestimmungsgemäß verwendet werden kann, vom Verkäufer die Bezahlung einer Konventionalstrafe in der Art und Höhe zu fordern, wie das in § 75 Ziffer 4 vorgesehen ist.
6. Falls die Partner Minderung für die Ware anstelle der Mängelbeseitigung vereinbaren, müssen die Partner bei der Vereinbarung der Höhe der Minderung eine Vereinbarung darüber treffen, ob die nach Ziffer 4 dieses Paragraphen berechnete und/oder gezahlte Konventionalstrafe auf die Höhe der Minderung angerechnet wird oder ob die Minderung über die Konventionalstrafe hinaus gezahlt wird.
7. Wenn die Partner die Höhe der Minderung vereinbart haben, aber keine Partnervereinbarung darüber vorliegt, ob die in Ziffer 5 dieses Paragraphen genannte Konventionalstrafe auf die Höhe der Minderung angerechnet wird oder ob die Minderung über die Konventionalstrafe hinaus gezahlt wird, so wird dann, wenn der tatsächliche Schaden, der dem Käufer durch die Nichtverwendung der Ware bis zum Zeitpunkt der Vereinbarung der Minderung entstanden ist,
   - niedriger als die Höhe der Konventionalstrafe ist, die berechnete und/oder gezahlte Konventionalstrafe bis zur Höhe des tatsächlichen Schadens herabgesetzt;
   - höher als die Höhe der Konventionalstrafe ist, der tatsächliche, die Konventionalstrafe übersteigende Schaden dem Käufer durch den Verkäufer ersetzt, wenn dies in bilateralen Vereinbarungen vorgesehen ist.
8. Wenn in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag das Recht des Käufers auf Rücktritt vom Vertrag festgelegt ist, aber die Bedingungen für den Rücktritt nicht enthalten sind, so kann der Käufer dieses Recht ausüben, wenn das Schiedsgericht erkennt, daß der Verkäufer den Mangel durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung nicht beseitigen und der Käufer die Ware mit der vom Verkäufer vorgeschlagenen Minderung nicht bestimmungsgemäß verwenden kann.

§ 32

1. Die ersetzte mangelhafte Ware oder mangelhaften Teile der Ware werden dem Verkäufer nicht später als 6 Monate, gerechnet vom Zeitpunkt, an dem der Käufer die Aufforderung des Verkäufers zur Rückgabe erhalten hat, zurückgesandt. Der Verkäufer ist berechtigt, die Rückgabe der mangelhaften Ware oder der mangelhaften Teile der Ware innerhalb von 6 Monaten und bei kompletten Werken und Anlagen innerhalb von 12 Monaten, gerechnet vom Tage des Ersatzes, zu fordern.
2. Wenn der Verkäufer innerhalb der in Ziffer 1 dieses Paragraphen genannten Fristen nicht die Rückgabe der ersetzten mangelhaften Ware fordert, verliert er das Recht, sich an das Schiedsgericht zu wenden.
3. Alle Transportkosten und anderen Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Rückgabe und/oder dem Ersatz der mangelhaften Ware oder mangelhaften Teile der Ware sowohl auf dem Gebiet des Käufer- und Transitlandes als auch auf dem Gebiet des Verkäuferlandes entstehen, trägt der Verkäufer.

§ 33

1. Wenn der Verkäufer die angezeigten Mängel nicht unverzüglich nach Aufforderung durch den Käufer beseitigt, so ist der Käufer berechtigt, ohne Verlust seiner Garantierechte diese Mängel selbst auf Kosten des Verkäufers zu beseitigen, wobei der Verkäufer verpflichtet ist, die Reparatur in Höhe der normalen tatsächlichen Kosten zu bezahlen.
2. Kleinere Mängel, deren Beseitigung keinen Aufschub zulassen und die Teilnahme des Verkäufers nicht erfordern, werden unter Anrechnung der normalen tatsächlichen Kosten zu Lasten des Verkäufers durch den Käufer beseitigt.

§ 34

Der Verkäufer haftet nicht aus seiner Garantieverpflichtung, wenn er beweist, daß die aufgedeckten Mängel nicht durch sein Verschulden, sondern insbesondere durch eine vom Käufer unsachgemäß durchgeführte Montage oder Reparatur der Ausrüstungen oder Maschinen, durch die Nichteinhaltung der Bedienungs- und Wartungsvorschriften sowie durch vom Käufer durchgeführte Änderungen an den Ausrüstungen und Maschinen entstanden sind.

§ 35

Im Falle der Nachbesserung oder des Ersatzes der mangelhaften Ware oder der mangelhaften Teile der Ware werden die Garantiefristen für die Ausrüstungen oder Maschinen um die Zeit verlängert, in deren Verlauf die Ausrüstungen oder Maschinen wegen des aufgetretenen Mangels nicht benutzt wurden.

§ 36

Wenn im Vertrag nichts anderes festgelegt wurde, so laufen die Garantiefristen für Ersatzteile, die zusammen mit Maschinen oder Ausrüstungen geliefert wurden, gleichzeitig mit der Garantiefrist für diese Maschinen oder Ausrüstungen ab.

§ 37

1. Garantie für gelieferte schnell verschleißende Ersatzteile wird entsprechend einer Vereinbarung zwischen Verkäufer und Käufer unter Berücksichtigung der internationalen Praxis gewährt. Die vereinbarte Garantie wird in dem Vertrag aufgenommen.
2. Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart wurde, muß der Verkäufer auf Wunsch des Käufers die Lieferung schnell verschleißender Ersatzteile, für die keine Garantie gewährt wird oder die Garantiefrist kürzer ist als für die Ausrüstungen oder Maschinen, während der gesamten Garantiefrist, die für die Maschinen oder Ausrüstungen festgelegt wurde, in einem solchen Umfang sichern, der ausgehend von der normalen Verwendung dieser Maschinen oder Ausrüstungen und der normalen Verwendung dieser Ersatzteile bestimmt wird. Wenn der Wert dieser Ersatzteile nicht im Preis der Maschinen oder Ausrüstungen enthalten ist, werden die Ersatzteile gegen zusätzliche Bezahlung geliefert.

§ 38

Für Teile von Waren, die anstelle mangelhafter geliefert werden, kann im Vertrag unter Berücksichtigung der internationalen Praxis eine Garantie festgelegt werden.

Kapitel X

Versandinstruktionen und Lieferbenachrichtigungen

§ 39

1. Die Beförderungsart wird zwischen den Partnern vereinbart.
2. Wenn im Vertrag keine anderen Fristen festgelegt sind, ist der Käufer verpflichtet, dem Verkäufer die Versandangaben nicht später als 30 Tage vor Beginn der im Vertrag festgelegten Lieferfrist mitzuteilen.

§ 40

1. Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart wurde, hat der Käufer das Recht, den Leitweg für die Beförderungen mit der Eisenbahn zu bestimmen.
2. Wenn keine anderen Angaben im Vertrag vorgesehen sind, so muß die Versandinstruktion bei Beförderungen mit der Eisenbahn folgendes enthalten: Tarifdeklaration, Grenzübergangspunkt der Ware im Verkäuferland, Frachtempfänger sowie die Bestimmungsstation. Der Käufer ist verpflichtet, den Punkt des Überganges der Ware im Verkäuferland nach Möglichkeit unter Berücksichtigung der kürzesten Entfernung zwischen der Versandstation und der Bestimmungsstation festzulegen.
3. Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer alle Kosten zu erstatten, die dadurch entstanden sind, daß der Verkäufer die Versandinstruktionen nicht eingehalten hat.
4. Wenn der Verkäufer vom Käufer die Versandinstruktionen für die mit der Eisenbahn zu liefernde Ware nicht rechtzeitig erhält, hat der Verkäufer das Recht, nach Ablauf der von den Partnern festgelegten Lieferfrist die Ware zur Einlagerung auf Kosten und Risiko des Käufers zu übergeben. In diesem Falle erstattet der Käufer auch die zusätzlichen Kosten, die mit der Beförderung der Ware zum Lager und vom Lager in die Waggons verbunden sind. Das Datum des Lagerscheines oder der Verwahrungsquittung über die Übernahme der Ware zur Einlagerung gilt als Datum der Lieferung der Ware. Jedoch wird der Verkäufer von der Verpflichtung zur Versendung der Ware an die Adresse des Käufers und die Bezahlung der Kosten für die Beförderung der Ware bis zur Grenze nicht entbunden.

§ 41

1. Bei Lieferungen unter den Bedingungen fob ist der Verkäufer verpflichtet, den Käufer telegrafisch oder fernschriftlich innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Frist darüber zu benachrichtigen, daß die Ware zum Versand nach dem Hafen bereit liegt.
2. Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, muß die Benachrichtigung folgende Angaben enthalten:

   Bezeichnung der Ware,

   Menge der Ware mit Angabe des Bruttogewichts, Nummer des Vertrages.
3. Der Käufer ist nach Erhalt der Benachrichtigung verpflichtet, innerhalb von 7 Tagen* telegrafisch oder fernschriftlich dem Verkäufer die Anlieferungsfrist der Ware zum Verladehafen mitzuteilen. Diese Frist darf nicht weniger als 15 und nicht mehr als 30 Tage betragen, gerechnet vom Datum der Absendung der genannten Benachrichtigung an den Verkäufer.
4. Im Falle einer Verzögerung in der Bereitstellung der Tonnage trägt der Käufer die Kosten für die den Zeitraum von 21 Tagen übersteigende Lagerung der Ware im Lager des Verladehafens, gerechnet vom Tage der Anlieferung der Ware im Verladehafen. Wenn jedoch die Ware vom Verkäufer vor dem zwischen den Partnern vereinbarten Termin in den Hafen angeliefert wird, gehen die Lagerungskosten erst nach Ablauf von 21 Tagen, gerechnet von dem für die Anlieferung vereinbarten Termin, zu Lasten des Käufers.
5. Nach Ablauf der oben angegebenen 21 Tage ist der Verkäufer berechtigt, die Ware zur Lagerung auf Kosten und Risiko des Käufers zu übergeben, wovon letzterer sofort in Kenntnis gesetzt werden muß. In diesem Falle erstattet der Käufer auch die zusätzlichen Kosten, die nach Ablauf von 21 Tagen im Zusammenhang mit dem Umladen der Ware ins Lager und aus dem Lager an Bord des Schiffes entstanden sind.
6. Mit der Lagerung der Ware im Hafen kann nur ein Lager oder eine Organisation beauftragt werden, die zur Ausstellung von Lagerscheinen berechtigt ist. Als Lagerschein wird auch das Dokument über die Lagerung der Ware im Lager des Hafens, das von der staatlichen Hafenverwaltung oder dem staatlichen Speditionsunternehmen ausgestellt wird, betrachtet.
7. Das Datum des Lagerscheines gilt als Lieferdatum. Der Verkäufer wird jedoch nicht von den im § 7 Ziffer 2 Buchstabe a) vorgesehenen Verpflichtungen entbunden.

§ 42

Wenn entsprechend dem Vertrag die Tonnage vom Verkäufer zu stellen ist, ist der Käufer verpflichtet, dem Verkäufer 55 Tage vor Beginn der Lieferfrist den Bestimmungshafen für die Ware mitzuteilen, und der Verkäufer ist verpflichtet, 7 Tage vor dem Tag des Beginns der Verladung der Ware den Käufer telegrafisch oder fernschriftlich über die voraussichtliche Verladung zu benachrichtigen, wobei er den Namen des Schiffes, das Datum seiner vorgemerkten Abfahrt nach dem Bestimmungshafen, die Bezeichnung der Ladung, die Anzahl der Kolli und/oder das ungefähre Gewicht anzugeben hat.

§ 43

1. Wenn im Vertrag die Frist und/oder die Art der Benachrichtigung über die erfolgte Verladung der Ware nicht vereinbart ist oder nicht vorgesehen ist, daß eine Benachrichtigung nicht erforderlich ist, so ist bei Beförderung mit der Eisenbahn, mit Kraftfahrzeugen und auf dem Luftwege der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer die Benachrichtigung zu einem solchen Zeitpunkt und in einer solchen Art zu übersenden, daß sie der Käufer bis zum Eintreffen der Ware an der Grenze des Käuferlandes erhält.

* Bei der Lieferung von Waren in die Republik Kuba und aus der Republik Kuba beträgt diese Frist 20 Tage.

2. Wenn im Vertrag nichts anderes festgelegt wurde, muß die Benachrichtigung folgende Angaben enthalten:
   Datum der Verladung,
   Bezeichnung der Ware,
   Menge der Ware,
   Nummer des Vertrages,
   Waggonnummer (bei Beförderung mit der Eisenbahn).

§ 44

1. Wenn im Vertrag nichts anderes festgelegt wurde, ist der Verkäufer oder sein Spediteur bei Beförderungen auf dem Wasserwege verpflichtet, sofort nach Auslaufen des Schiffes, aber nicht später als innerhalb von 2 Stunden vom Zeitpunkt des Abgangs des Schiffes, wenn die Zeit der Beförderung der Ladung vom Verladehafen bis zum Bestimmungshafen 72 Stunden nicht übersteigt, oder nicht später als innerhalb von 24 Stunden vom Zeitpunkt des Auslaufens, wenn die Zeit der Beförderung 72 Stunden übersteigt, den Käufer telegrafisch oder fernschriftlich über die Verladung der Ware zu benachrichtigen.
2. Wenn im Vertrag nichts anderes festgelegt wurde, muß eine solche Benachrichtigung folgende Angaben enthalten:
   Name des Schiffes,
   Datum seines Auslaufens,
   Bestimmungshafen,
   Bezeichnung der Ware,
   Nummer des Vertrages,
   Nummer des Konnossements (des Flußladescheines),
   Anzahl der Kolli,
   Bruttogewicht,
   Menge in spezifierten Maßeinheiten (Stück, Paar, Netto-Tonnen usw.).
3. Die telegrafische oder fernschriftliche Benachrichtigung muß durch einen Brief bestätigt werden.

§ 45

Die Kosten für die Benachrichtigung des Käufers über die verladenen Waren trägt der Verkäufer.

§ 46

1. Wenn die Eisenbahn einen Waggon mit höherem Ladegewicht stellt als vom Verkäufer angefordert wurde, oder wenn es die Eisenbahn ablehnt, den Waggon wegen Achsdruckbeschränkung auf einer bestimmten Strecke mit dem Gewicht zu beladen, das im Tarif für dieses Gut vorgeschrieben oder vorgesehen ist, ist der Verkäufer verpflichtet, eine amtliche Bestätigung durch die Eisenbahn im Frachtbrief zu fordern.
2. Die Bestimmungen der Ziffer 1 dieses Paragraphen erstrecken sich auch auf die Fälle, in denen die Waggons vom Käufer gestellt werden.

§ 47

Wenn der Waggon durch Verschulden des Verkäufers nicht in Übereinstimmung mit den Normen des Einheitlichen Transittarifs (ETT) beladen wurde, trägt der Verkäufer die Kosten der dadurch entstandenen Leerfrachten auf den Transitbahnen.

§ 48

Im Falle der Lieferung von Gütern, die nicht den Gabarit-Normen der Eisenbahn des Käuferlandes entsprechen, ist der Verkäufer verpflichtet, spätestens 2 Monate vor dem Liefertermin den Käufer darüber durch einen eingeschriebenen Brief in Kenntnis zu setzen, wobei er die Gabaritzeichnungen der Ware unter Angabe ihrer Ausmaße und ihres Gewichts beizulegen hat. Das Abgangsdatum und die Grenzstation, über die die Ware geleitet wird, sind von den Partnern zu präzisieren. In diesem Falle muß das Verladedatum vom Verkäufer spätestens 21 Tage vor dem Versand der Ware bestätigt werden.

Kapitel XI

Zahlungsverfahren

§ 49

1. Gegen Vorlage der nachstehend aufgeführten Dokumente durch den Verkäufer werden die Zahlungen für die gelieferten Waren in Form des Inkassos mit Nachakzept (Sofortbezahlungsverfahren) von der Bank des Verkäuferlandes vorgenommen:
   a) Faktura in drei Exemplaren, folgende Angaben enthaltend:
      Jahr und Bezeichnung des Abkommens (Protokolls); Nummer des Vertrages und/oder der Bestellung des Käufers;
      Warenpositionen im Abkommen (Protokoll) und andere im Vertrag vorgesehene Angaben.
      Im Falle einer Warenlieferung vor Abschluß des Abkommens (Protokolls) wird in der Faktura an Stelle des Jahres und der Bezeichnung des Abkommens (Protokolls) sowie der Warenposition im Abkommen (Protokoll) nur das Jahr angegeben, auf dessen Kontingente die Anrechnung der Lieferung erfolgt;
   b) Transportdokument je nach der im Vertrag vereinbarten Beförderungsart oder Lagerbescheinigung oder Verwahrungsquittung in den in den §§ 40 und 41 dieser Allgemeinen Lieferbedingungen vorgesehenen Fällen oder Übergabe/Übernahmeakt oder bei Versand in Sammelwaggons: die Spediteurversandbescheinigung unter Angabe der Nummer des Waggons, des Eisenbahnfrachtbriefes und des Versanddatums, oder, falls im Vertrag vereinbart, die Spediteurübernahmebescheinigung, aus der zu ersehen ist, daß die Ware zum unwiderruflichen Versand übernommen wurde;
   c) andere im Vertrag vereinbarte Dokumente.
2. Falls im Vertrag vorgesehen, können in die Faktura außer den Warenkosten auch die Fracht-, Versicherungs- und anderen Kosten einbezogen werden, die über das gleiche Konto und in der gleichen Zahlungsart wie die Ware zu verrechnen sind.
3. Eines der drei Exemplare der Faktura oder nach Vereinbarung des Verkäufers mit dem Käufer eine Kopie der Faktura ist vom Verkäufer der Handelsvertretung oder dem Handelsrat (Rat für ökonomische Fragen) bei der Botschaft des Käuferlandes im Verkäuferland auf deren Anforderung über die Bank oder direkt zu übergeben.

§ 50

1. Der Verkäufer trägt die volle Verantwortung dafür, daß die von ihm entsprechend § 49 Ziffer 1 Buchstaben a), b) und c) der Bank vorgelegten Dokumente und die darin enthaltenen Angaben den Bedingungen des Vertrages entsprechen.
2. Die Bank des Verkäuferlandes prüft, ob die gemäß § 49 Ziffer 1 Buchstaben a) und b) vorgesehenen Dokumente vorhanden sind und ob alle vorgelegten Dokumente inhaltlich und ziffernmäßig übereinstimmen.
3. Auf der Grundlage der überprüften Dokumente führt die Bank des Verkäuferlandes die Bezahlung an den Verkäufer durch und nimmt in Übereinstimmung mit den zwischen den Ländern und/oder Banken geltenden Abkommen die Verrechnung mit der Bank des Käuferlandes vor, wobei sie unverzüglich die Dokumente direkt der Bank des Käuferlandes zuleitet. Die Bank des Käuferlandes übergibt die Dokumente unverzüglich dem Käufer, wobei sie gleichzeitig vom Käufer den Gegenwert des Betrages einzieht, der für diese Dokumente von der Bank des Verkäuferlandes gezahlt wurde. Bei diesen Verrechnungen ist keine vorherige Zustimmung seitens des Käufers erforderlich.
4. Die Zahlungsverpflichtungen des Käufers gegenüber dem Verkäufer gelten bei den Verrechnungen über die Inter-

nationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Zeitpunkt der Buchungen auf die Konten der Bank des Käuferlandes und der Bank des Verkäuferlandes bei der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit als erfüllt oder bei Verrechnungen über Konten, die die Banken gegenseitig eröffnet haben, zum Zeitpunkt der Buchung auf das Konto der Bank des Käuferlandes bei der Bank des Verkäuferlandes.

§ 51

Wenn der Käufer sein Einverständnis zu einer vorfristigen Lieferung gegeben und sich gleichzeitig nichts Gegenteiliges vorbehalten hat, gilt sein Einverständnis zur vorfristigen Lieferung auch als Einverständnis zur vorfristigen Bezahlung.

§ 52

Der Käufer ist berechtigt, im Laufe von 14 Arbeitstagen*, gerechnet vom Tage des Eingangs der Faktura des Verkäufers bei der Bank seines Landes, die Rückerstattung des gesamten oder eines Teiles des gezahlten Betrages in den Fällen zu fordern, die in den §§ 53, 54 und 55 vorgesehen sind.

§ 53

Der Käufer ist berechtigt, die Rückerstattung des gesamten Rechnungsbetrages zu fordern, wenn

1. die Ware nicht bestellt war oder nach im Einverständnis mit dem Verkäufer erfolgter Annullierung des Vertrages versandt wurde;
2. die Ware bereits vorher vom Käufer bezahlt wurde;
3. nicht alle Arten der im § 49 Ziffer 1 Buchstaben a), b) und c) angegebenen Dokumente vorgelegt wurden;
4. die Ausrüstungen unvollständig versandt wurden und im Vertrag Zahlungen für vollständige Sendungen vorgesehen sind;
5. der Verkäufer die Ware ohne Zustimmung des Käufers vor der im Vertrag festgelegten Frist versandt hat oder wenn er vor Beginn der Lieferfrist die Zahlung für eine Ware erhalten hat, hinsichtlich welcher der Käufer sein Einverständnis zur vorfristigen Lieferung unter Hinweis auf sein Nichteinverständnis mit einer vorfristigen Bezahlung gegeben hat;
6. der Verkäufer die Ware versandt hat, nachdem er vom Käufer die Mitteilung über dessen Rücktritt vom Vertrag gemäß §§ 70 und 85 erhalten hat;
7. die Faktura und/oder die ihr beigefügten Dokumente infolge der zwischen ihnen bestehenden Unstimmigkeiten oder der in ihnen enthaltenen unzureichenden Angaben es nicht ermöglichen, die Menge und/oder Sorte und/oder Qualität und/oder den Preis der Ware festzustellen;
8. in der Faktura die Einzelpreise nicht enthalten sind oder die Preisspezifikation nicht beigefügt ist, die im Vertrag vorgesehen sind;
9. die Zahlung in einer anderen Form als Inkasso mit Nachakzept (Sofortbezahlungsverfahren) oder über ein anderes Konto durchgeführt werden muß;
10. andere Umstände vorliegen, bezüglich welcher im Vertrag ein solches Recht ausdrücklich vorgesehen ist.

§ 54

Der Käufer kann nach seinem Ermessen auch die teilweise Rückerstattung des Rechnungsbetrages aus den im § 53 Ziffern 2 bis 9 aufgeführten Gründen fordern.

§ 55

Der Käufer ist berechtigt, die teilweise Rückerstattung des Rechnungsbetrages zu fordern, wenn

1. in der Faktura die im Vertrag vorgesehenen Preise überschritten wurden oder wenn in der Faktura Kosten enthalten sind, deren Bezahlung im Vertrag nicht vorgesehen ist;
2. aus den Dokumenten, auf deren Grundlage die Zahlung durchgeführt wurde, ersichtlich ist, daß neben der bestellten Ware auch unbestellte Ware versandt wurde;
3. der Käufer die Annahme eines Teiles der Ware verweigert, weil vom Verkäufer das im Vertrag vorgesehene Sortiment nicht eingehalten wurde und wenn diese Nichteinhaltung des Sortiments aus den Dokumenten ersichtlich ist, auf deren Grundlage die Zahlung durchgeführt wurde;
4. aus den Dokumenten, auf deren Grundlage die Zahlung vorgenommen wurde, ersichtlich ist, daß die versandte Warenmenge die bestellte Menge übersteigt, wobei die Menge der versandten Ware über die bestellte Menge hinaus die im Vertrag festgelegten Toleranzen überschreitet;
5. die in der Faktura angegebene Warenmenge die Menge übersteigt, die in den Transportdokumenten und/oder Spezifikationen ausgewiesen ist;
6. in der Faktura oder in den ihr beigefügten Dokumenten ein Rechenfehler zugunsten des Verkäufers festgestellt worden ist;
7. andere Umstände vorliegen, bezüglich welcher ein solches Recht im Vertrag ausdrücklich vorgesehen ist.

§ 56

1. Bei Vorbringen einer Forderung auf volle oder teilweise Rückerstattung des auf der Grundlage der Faktura des Verkäufers gezahlten Betrages ist der Käufer verpflichtet, der Bank seines Landes eine begründete und verbindliche Erklärung mit Kopien, deren Anzahl von der Bank des Käuferlandes festgelegt wird, jedoch mindestens in drei Exemplaren, vorzulegen. Eine Kopie dieser Erklärung ist zur Übersendung an den Verkäufer bestimmt. Der Käufer muß auf jeden Fall in der Erklärung auf Rückerstattung des Betrages auf die Ziffer des § 53 oder § 55 Bezug nehmen, auf Grund derer er die Rückerstattung des Betrages fordert.
2. Gleichzeitig mit dem Vorbringen seiner Forderung gegenüber der Bank auf Rückerstattung des Betrages ist der Käufer verpflichtet, den Verkäufer von der durchzuführenden Rückerstattung zu benachrichtigen. Bei ununterbrochenen Teillieferungen muß diese Mitteilung telegrafisch oder fernschriftlich erfolgen.
3. Auf Verlangen der Bank ist der Käufer verpflichtet, der Bank die erforderlichen Dokumente zum Beweis dessen vorzulegen, daß die Gründe für die Forderung auf Rückerstattung des gezahlten Betrages den im § 53 oder § 55 angegebenen Bedingungen entsprechen.
4. Wenn die Erklärung über die Rückerstattung des gezahlten Betrages sich auf § 53 Ziffer 10 oder § 55 Ziffer 7 oder § 62 Ziffer 5 bezieht, so prüft die Bank des Käufers in jedem Falle das Vorhandensein dieser Bedingungen.
5. In den Fällen, die im § 53 Ziffern 1, 3 und 6 und im § 55 Ziffern 2, 3 und 4 genannt sind, ist der Käufer verpflichtet, in seiner Erklärung, die die Forderung auf Rückerstattung des gezahlten Betrages enthält, gleichzeitig zu bestätigen, daß er die nicht angenommene Ware auf Kosten und Risiko des Verkäufers zu dessen Verfügung hält.

§ 57

1. Wenn die Bank des Käuferlandes feststellt, daß die Forderung auf völlige oder teilweise Rückerstattung des gezahlten Betrages den im § 53 oder im § 55 vorgesehenen Bedingungen entspricht, so nimmt die Bank des Käuferlandes die Rückerstattung des vom Konto des Käufers abgebuchten Betrages gemäß den zwischen den Ländern und/oder Banken geltenden Vereinbarungen vor. Gleichzeitig leitet die Bank des Käuferlandes eine Kopie der Erklärung des Käufers der Bank des Verkäuferlandes zu, die das Konto des Verkäufers belastet.

* Bei der Lieferung von Waren in die Republik Kuba und aus der Republik Kuba beträgt diese Frist 25 Arbeitstage.

2. Bei Rückerstattung des Betrages teilt die Bank des Käuferlandes der Bank des Verkäuferlandes das Eingangsdatum der im § 49 Ziffer 1 Buchstaben a), b) und c) genannten Dokumente mit.
3. Bei einer in Übereinstimmung mit § 53 Ziffern 1, 3 und 6 erfolgten vollen Rückerstattung des Betrages ist der Käufer verpflichtet, die erhaltenen Dokumente über die entsprechende Warenpartie dem Verkäufer auf dessen erste Anforderung zurückzugeben.
4. Nachdem der ursprünglich erhaltene Betrag vom Verkäufer dem Käufer zurückerstattet worden ist, hat der Verkäufer das Recht, die Dokumente und/oder Faktura zusammen mit der Kopie der Erklärung des Käufers über die Rückerstattung der Zahlung auf dem Wege des Inkassos mit Nachakzept (Sofortbezahlungsverfahren) ein zweites Mal einzureichen, wenn in den Fällen
   a) des § 53 Ziffern 3, 7 und 8 der Verkäufer fehlende und/oder berichtigte Dokumente nachgereicht hat;
   b) des § 53 Ziffer 4 der Verkäufer die Lieferung vollständig erfüllt hat;
   c) des § 53 Ziffer 5 die im Vertrag vorgesehene Zahlungsfrist eingetreten ist;
   d) des § 53 Ziffer 9 der Verkäufer die Dokumente für die Bezahlung über das entsprechende Konto eingereicht hat.
5. Nachdem die Summe dem Konto des Käufers durch die Bank wiedergutgebracht wurde, werden alle Streitigkeiten zwischen Verkäufer und Käufer zwischen ihnen direkt geregelt.

§ 58

Wenn der Käufer anerkennt oder das Schiedsgericht feststellt, daß dem Käufer auf Grund seiner Forderung der gezahlte Betrag unbegründet zurückerstattet wurde, muß der Käufer außer der Rückerstattung des genannten Betrages eine Konventionalstrafe in Höhe von 0,1 Prozent dieses Betrages für jeden Tag der Verzögerung, gerechnet vom Tage der Rückerstattung des Betrages bis zum Tage der endgültigen Zahlung, jedoch nicht mehr als 5 Prozent des unbegründet zurückerstatteten Betrages, zahlen. Schaden, der die Höhe der Konventionalstrafe für den Tatbestand, der in diesem Paragraphen vorgesehen ist, übersteigt, unterliegt nicht dem Ersatz.

§ 59

Die Bezahlung der Dienstleistungen und anderer Kosten, die mit den gegenseitigen Warenlieferungen verbunden sind, darunter Kosten für Montage, Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten sowie Transport- und Spediteurleistungen, die in die Warenfaktura nicht einbezogen wurden, erfolgt in der Form des Inkassos mit Nachakzept (Sofortbezahlungsverfahren) auf Grund der vom Gläubiger bei der Bank seines Landes vorgelegten Faktura und anderer Dokumente, die zwischen den Partnern vereinbart wurden.

§ 60

Bei Verrechnungen für Dienstleistungen und andere Kosten, die im § 59 vorgesehen sind, trägt der Gläubiger die volle Verantwortung dafür, daß die von ihm der Bank vorgelegten Dokumente und die darin enthaltenen Angaben oder die Vorlage der Faktura ohne Dokumente den Vereinbarungen mit dem Schuldner entsprechen.

§ 61

Bei Verrechnung für Dienstleistungen und andere Kosten, die im § 59 vorgesehen sind, ist der Schuldner in den Fällen, die in den §§ 62 und 63 vorgesehen sind, berechtigt, im Laufe von 24 Arbeitstagen, gerechnet vom Tage des Eingangs der Faktura des Gläubigers bei der Bank seines Landes, die Rückerstattung des gesamten oder eines Teiles des gezahlten Betrages zu fordern.

§ 62

Der Schuldner ist berechtigt, die Rückerstattung des gesamten Rechnungsbetrages zu fordern, wenn

1. für die Dienstleistungen kein Auftrag vorhanden ist oder ein solcher vor Ausführung der Dienstleistungen annulliert wurde;
2. diese Dienstleistungen bereits bezahlt worden sind;
3. nicht alle Arten von Dokumenten, die zwischen den Partnern vereinbart wurden, vorgelegt wurden oder aus den vorgelegten Dokumenten nicht bestimmt werden kann, welche Dienstleistungen und in welcher Höhe diese ausgeführt wurden;
4. die Zahlung in einer anderen Form als Inkasso mit Nachakzept (Sofortbezahlungsverfahren) oder über ein anderes Konto durchgeführt werden muß;
5. andere Umstände vorliegen, bezüglich welcher nach Vereinbarung der Partner ein solches Recht ausdrücklich vorgesehen ist.

§ 63

Der Schuldner ist berechtigt, die teilweise Rückerstattung des Betrages zu fordern, wenn

1. in der Faktura oder in den ihr beigefügten Dokumenten ein Rechenfehler zugunsten des Gläubigers enthalten ist;
2. in der Faktura höhere Tarife und/oder Sätze, als zwischen den Partnern vereinbart wurden, angewandt worden sind;
3. die Valutakurse nicht richtig angewandt wurden;
4. in der Faktura Leistungen, Gebühren, Provisionen und Zuschläge enthalten sind, die nicht zwischen den Partnern vereinbart wurden;
5. der Fakturabetrag auf der Grundlage unrichtiger Angaben über Menge, Gewicht und Maße der Ware errechnet wurde;
6. in der Faktura neben den Kosten für erfüllte Dienstleistungen auch Kosten für nichterfüllte und/oder teilweise erfüllte Dienstleistungen enthalten sind;
7. die Zahlung in einer anderen Form als Inkasso mit Nachakzept (Sofortbezahlungsverfahren) oder über ein anderes Konto durchgeführt werden muß.

§ 64

Im Falle der Rückerstattung des gezahlten Betrages an den Schuldner in Übereinstimmung mit den §§ 62 und 63 wird die Rückgabe der Dokumente nach Vereinbarung der Partner durchgeführt.

§ 65

Auf die im § 59 vorgesehenen Verrechnungen für Dienstleistungen und andere Kosten werden neben den Bestimmungen der §§ 59—63 auch die Bestimmungen der §§ 50 und 56—58 entsprechend angewandt.

§ 66

1. Zahlungen, die sich aus Mengen-, Qualitäts- und Konventionalstrafenansprüchen sowie aus anderen Gründen ergeben, werden durchgeführt:
   a) durch direkte Überweisung des anerkannten Betrages vom Schuldner an den Gläubiger oder
   b) durch Bezahlung des vom Schuldner anerkannten Betrages auf der Grundlage seiner Kreditnote durch die Bank des Gläubigerlandes im Inkasso mit Nachakzept (Sofortbezahlungsverfahren).
2. Der Schuldner hat das Recht, die Rückerstattung des auf Grund der Ziffer 1 Buchstabe b) dieses Paragraphen gezahlten Betrages zu fordern, wenn er nachweist, daß er den Rechnungsbetrag, mit dem sein Konto belastet wurde, entsprechend Ziffer 1 Buchstabe a) dieses Paragraphen überwiesen hat.

§ 67

1. Wenn ein im Vertrag infolge besonderer Lieferbedingungen vorgesehenes Akkreditiv vom Käufer nicht innerhalb der im Vertrag festgelegten Frist eröffnet wird, so ist dieser verpflichtet, dem Verkäufer eine Konventionalstrafe in Höhe von 0,05 Prozent für jeden Tag der Verspätung gegenüber der im Vertrag festgelegten Frist bis zum Tage

der Eröffnung des Akkreditivs, aber nicht mehr als 5 Prozent des Betrages des Akkreditivs, zu zahlen.

2. Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer eine Nachfrist für die Eröffnung des Akkreditivs zu gewähren, ohne dabei das Recht, Konventionalstrafe zu berechnen, zu verlieren.
3. Wenn der Käufer das Akkreditiv auch in der Nachfrist nicht eröffnet, hat der Verkäufer das Recht, den Vertrag zu annullieren. In diesem Falle kann er nach seinem Ermessen vom Käufer entweder die in Ziffer 1 dieses Paragraphen vorgesehene Konventionalstrafe oder eine einmalige Konventionalstrafe in Höhe von 3 Prozent des Betrages des Akkreditivs, wenn eine andere Höhe im Vertrag nicht festgelegt wurde, fordern.
4. Bei verspäteter Eröffnung des Akkreditivs hat der Verkäufer das Recht, den Versand der Ware auszusetzen.
5. Falls die Ware durch den Verkäufer vor der Eröffnung des Akkreditivs, wenn auch mit Verspätung gegenüber den vereinbarten Fristen, versandt wurde, übernimmt die Bank des Verkäuferlandes die Dokumente zur Bezahlung in der Form des Inkassos mit Vorakzept.
6. Schaden, der die Höhe der Konventionalstrafe für Tatbestände, die in diesem Paragraphen vorgesehen sind, übersteigt, unterliegt nicht dem Ersatz.

Kapitel XII

Einige allgemeine Bestimmungen der Verantwortlichkeit

§ 67 A

1. Die Partner tragen die materielle Verantwortlichkeit für die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung der Verpflichtungen.
2. Wenn nichts anderes im Vertrag vereinbart wurde, trägt der Partner, der eine dritte Person zur Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen hinzugezogen hat, gegenüber dem anderen Vertragspartner die Verantwortlichkeit für die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung der Verpflichtung dieser dritten Person wie für eigene Handlungen.

§ 67 B

1. Der Schuldner ist auf Forderung des Gläubigers verpflichtet, diesem eine Konventionalstrafe für die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung der Verpflichtung zu zahlen, wenn eine solche Konventionalstrafe in diesen Allgemeinen Lieferbedingungen, in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag vorgesehen ist.
2. Das Recht des Gläubigers, die Zahlung einer Konventionalstrafe zu fordern, entsteht allein aus der Tatsache der Nichterfüllung oder nicht gehörigen Erfüllung der Verpflichtung durch den Schuldner.
3. Das Schiedsgericht ist nicht berechtigt, die Konventionalstrafe, die in Übereinstimmung mit diesen Allgemeinen Lieferbedingungen oder mit einer bilateralen Vereinbarung geltend gemacht wurde, herabzusetzen.
4. In den Fällen, in denen die völlige oder teilweise Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung der Verpflichtung eine Folge der Nichtgewährung einer gehörigen Unterstützung des Schuldners durch den Gläubiger bei der Erfüllung der Verpflichtung oder der Durchführung anderer rechtswidriger Handlungen bei der Erfüllung der Verpflichtung durch den Gläubiger selbst war, ist das Schiedsgericht berechtigt, dem Gläubiger die Befriedigung der Forderung auf Zahlung von Konventionalstrafe in Abhängigkeit davon, inwieweit das rechtswidrige Verhalten des Gläubigers die Erfüllung der Verpflichtung durch den Schuldner beeinflußt hat, völlig oder teilweise abzuweisen.

§ 67 C

Aus den Tatbeständen, für die in diesen Allgemeinen Lieferbedingungen, in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag keine Konventionalstrafe für die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung der Verpflichtungen vorgesehen ist, ist der Schuldner verpflichtet, dem Gläubiger den verursachten Schaden zu ersetzen.

§ 67 D

1. In den Fällen, in denen Schadenersatz zugelassen ist, entsteht die Verpflichtung des einen Partners, dem anderen Partner den Schaden, der durch die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung von Verpflichtungen verursacht wurde, zu ersetzen beim Vorliegen der Gesamtheit folgender Umstände:
   a) wenn eine Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung der Vertragsverpflichtungen vorliegt;
   b) wenn infolge der Nichterfüllung oder nicht gehörigen Erfüllung der Vertragsverpflichtungen durch den Partner dem anderen Partner ein materieller Schaden zugefügt wurde;
   c) wenn zwischen der Nichterfüllung oder der nicht gehörigen Erfüllung der Verpflichtung durch den Vertragspartner und dem dem anderen Partner zugefügten materiellen Schaden ein unmittelbarer Kausalzusammenhang besteht;
   d) wenn der Schuldner an der Nichterfüllung oder nicht gehörigen Erfüllung der Verpflichtung die Schuld trägt.
2. Bei der Bestimmung der Schuld wird als Kriterium die Sorgfalt, die gewöhnlich in den Beziehungen dieser Art angewendet wird, angenommen.
3. Der Gläubiger trägt die Beweislast über das Vorliegen der Umstände, die in den Punkten a), b) und c) der Ziffer 1 dieses Paragraphen vorgesehen sind, sowie der Schadenshöhe. Die Schuld des Schuldners wird vermutet.
4. Der Schuldner ist nicht verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, den der Gläubiger hätte verhindern können, wenn er die Sorgfalt angewendet hätte, die gewöhnlich in den Beziehungen dieser Art angewendet wird.
5. Die Vertragspartner sind nicht berechtigt, als Forderungen auf Schadenersatz Konventionalstrafensummen gegenseitig geltend zu machen, die sie an Inlandspartner in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung oder mit Wirtschaftsverträgen gezahlt haben.
6. Indirekter Schaden wird nicht ersetzt.

§ 68

1. Die Partner werden von der Verantwortlichkeit für eine teilweise oder völlige Nichterfüllung der Vertragsverpflichtungen befreit, wenn die Nichterfüllung eine Folge von Umständen höherer Gewalt war.
2. Unter Umständen höherer Gewalt werden solche Umstände verstanden, die nach Vertragsabschluß im Ergebnis unvorhergesehener und durch den Partner unabwendbarer Ereignisse außerordentlichen Charakters entstanden sind.
3. Die Partner werden gleichfalls von der Verantwortlichkeit für eine teilweise oder völlige Nichterfüllung der Vertragsverpflichtungen befreit, wenn dies aus einer bilateralen Vereinbarung oder aus dem Vertrag oder aus dem materiellen Recht des Verkäuferlandes hervorgeht, das auf den betreffenden Vertrag Anwendung findet.
4. Die Beweislast über das Vorliegen von Umständen, die den Schuldner von der Verantwortlichkeit für die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung der Verpflichtungen befreien, trägt der Schuldner.

§ 69

1. Der Partner, für den die Erfüllung der Vertragsverpflichtungen infolge der im § 68 genannten Umstände unmöglich geworden ist, muß den anderen Partner schriftlich über das Eintreten dieser Umstände unverzüglich, jedoch innerhalb der Frist zur Erfüllung der Vertragsverpflichtungen benachrichtigen. Die Benachrichtigung muß Angaben über das Eintreten und den Charakter dieser Umstände und ihre möglichen Folgen enthalten. Der Partner muß den anderen Partner gleichfalls unverzüglich vom Aufhören dieser Umstände schriftlich benachrichtigen.

2. Die Umstände, die die Partner von der Verantwortlichkeit für eine völlige oder teilweise Nichterfüllung des Vertrages befreien, müssen von der Handelskammer oder einem anderen kompetenten zentralen Organ des betreffenden Landes bestätigt werden.
3. Die Nichtbenachrichtigung oder nicht rechtzeitige Benachrichtigung des anderen Partners durch den Partner, für den die Erfüllung der Vertragsverpflichtungen unmöglich geworden ist, über das Eintreten von Umständen, die ihn von der Verantwortlichkeit befreien, hat den Ersatz des Schadens zur Folge, der durch die Nichtbenachrichtigung oder nicht rechtzeitige Benachrichtigung verursacht wurde.

§ 70

1. In den im § 68 vorgesehenen Fällen wird die Frist der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen entsprechend dem Zeitraum verlängert, im Laufe dessen solche Umstände und ihre Folgen andauern.
2. Wenn diese Umstände und ihre Folgen bei Waren, deren Lieferfristen 12 Monate vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht übersteigen, länger als 5 Monate oder bei Waren, deren Lieferfristen mehr als 12 Monate vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses betragen, länger als 8 Monate andauern, so hat jeder Partner das Recht, von der weiteren Erfüllung des Vertrages zurückzutreten. In diesem Falle ist keiner der Partner berechtigt, vom anderen Partner den Ersatz des etwaigen Schadens zu fordern.
3. Der Partner ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn er den Rücktritt von der Erfüllung des Vertrages vor Beginn der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen durch den anderen Partner mitteilt, jedoch nicht später als 30 Tage, gerechnet vom Zeitpunkt des Ablaufes der Frist von 5 bzw. 8 Monaten, die in Ziffer 2 dieses Paragraphen vorgesehen ist.
4. Die Bestimmungen dieses Paragraphen hinsichtlich der Verlängerung der Fristen zur Erfüllung der Verpflichtungen erstrecken sich nicht auf Fixgeschäfte.

Kapitel XIII

Mängelansprüche

§ 71

1. Mängelansprüche können erhoben werden:
   a) hinsichtlich der Qualität der Ware (einschließlich der Nichteinhaltung der Komplettierung oder des Sortiments) — im Falle ihrer Nichtübereinstimmung mit den Vertragsbedingungen oder den Bestimmungen des § 15, wenn dieser Paragraph Anwendung findet;
   b) hinsichtlich der Warenmenge, wenn nicht aus der Sachlage die Verantwortlichkeit der Transportorganisation ersichtlich ist.
2. Der Verkäufer trägt die Verantwortung für die Veränderung der Qualität der Ware, für ihre Beschädigung, ihren Verderb oder eine Fehlmenge auch nach dem Übergang des Eigentumsrechts und des Risikos auf den Käufer, wenn die Veränderung der Qualität der Ware, ihre Beschädigung, ihr Verderb oder die Fehlmenge durch die Schuld des Verkäufers entstanden ist.

§ 72

1. Mängelansprüche können erhoben werden:*
   a) hinsichtlich der Qualität der Ware — innerhalb von sechs Monaten, gerechnet ab Lieferdatum;
   b) hinsichtlich der Warenmenge innerhalb von drei Monaten**, gerechnet ab Lieferdatum;
   c) hinsichtlich der Waren, für welche eine Garantie gewährt wurde — nicht später als 30 Tage nach Ablauf der Garantiefrist, falls der Mangel innerhalb der Garantiefrist festgestellt wurde.
2. Ansprüche hinsichtlich der Qualität und der Menge müssen bei leichtverderblichem Frischgemüse und -obst in kürzeren Fristen erhoben werden als in Ziffer 1 Buchstaben a) und b) dieses Paragraphen vorgesehen ist. Die konkreten Fristen für die Geltendmachung von Mängelansprüchen hinsichtlich dieser Waren sind im Vertrag festzulegen.
3. Wenn die Mängelansprüche nicht innerhalb der in Ziffer 1 dieses Paragraphen oder der in Übereinstimmung mit Ziffer 2 dieses Paragraphen festgelegten Fristen geltend gemacht werden, verliert der Käufer das Recht, das Schiedsgericht anzurufen.

§ 73

1. Falls aus der Sachlage nicht hervorgeht, wer die Verantwortung für Mängel hinsichtlich der Menge oder der Qualität der Ware zu tragen hat (Transportorganisation oder Frachtabsender) oder ein mitwirkendes Verschulden möglich ist und ein Mängelanspruch bei der Transportorganisation erhoben wird, muß der Käufer, um das Recht zur Geltendmachung des Mängelanspruches gegenüber dem Verkäufer nicht infolge Fristversäumnis zu verlieren, innerhalb der Fristen für die Geltendmachung der Mängelansprüche dem Verkäufer mitteilen, daß er bei der Transportorganisation einen Mängelanspruch erhoben hat.
2. Wenn aus den Erklärungen der Transportorganisation oder dem Beschluß des Gerichtes hervorgeht, daß die Verantwortung für den angezeigten Mangel der Frachtabsender zu tragen hat, so ist der Käufer verpflichtet, unverzüglich nach Erhalt der Ablehnung von der Transportorganisation oder des Beschlusses des Gerichtes, dem Verkäufer die Dokumente zu übersenden, welche den Mängelanspruch bestätigen. Den Dokumenten ist eine Kopie des Briefes der Transportorganisation oder des Beschlusses des Gerichtes beizufügen. In diesem Falle gilt der Mängelanspruch als rechtzeitig erhoben.

§ 74

1. In der Mängelanzeige müssen mindestens angegeben werden:
   a) die Bezeichnung der Ware entsprechend dem Vertrag;
   b) die Menge, hinsichtlich der der Mängelanspruch erhoben wird;
   c) die Vertragsnummer;
   d) Angaben, die es ermöglichen festzustellen, hinsichtlich welcher Ware der Mängelanspruch erhoben worden ist; bei Massenwaren — Transportangaben, bei anderen Waren — Transport- oder andere Angaben;
   e) das Wesen des Mängelanspruches (Fehlmenge, Nichtübereinstimmung der Qualität, unvollständige Lieferung usw.);
   f) die Ansprüche des Käufers (Nachlieferung, Mängelbeseitigung usw.).
2. Wenn in der Mängelanzeige eine der in Ziffer 1 Buchstaben a)—f) dieses Paragraphen genannten Angaben fehlt, ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer unverzüglich mitzuteilen, welche Angaben zur Ergänzung der Mängelanzeige notwendig sind. Falls der Verkäufer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, hat er später nicht das Recht, sich darauf zu berufen, daß die Mängelanzeige unvollständig war.
3. Wenn der Käufer die in Ziffer 2 dieses Paragraphen erwähnte Mitteilung des Verkäufers zu einem Zeitpunkt erhalten hat, zu dem gemäß § 72 die Frist für das Erheben der Mängelanzeige verstrichen ist oder, gerechnet vom Tage des Erhalts der Mitteilung des Verkäufers, innerhalb der nächsten 7 Tage verstreicht, kann der Käufer die Mängelanzeige innerhalb von 7 Tagen, gerechnet von diesem Tage an, ergänzen, unabhängig vom Ablauf der Frist für die Erhebung der Mängelanzeige.

* Im Beschluß der 22. Tagung der Ständigen Kommission des RGW für Außenhandel ist folgende Empfehlung enthalten:
„Die Kommission beschließt ...
... den Mitgliedsländern des RGW zu empfehlen, beim Kauf leichtverderblicher Waren tierischer Herkunft in der MVR in den Verträgen kürzere Fristen zur Geltendmachung von Mängelansprüchen zu vereinbaren, als das im § 72 der ALB/RGW 1968 vorgesehen ist."

** Bei der Lieferung von Waren in die Republik Kuba und aus der Republik Kuba beträgt diese Frist vier Monate.

4. In den in den Ziffern 2 und 3 dieses Paragraphen vorgesehenen Fällen wird die im § 76 bestimmte Frist zur Prüfung des Mängelanspruches durch den Verkäufer vom Tage des Erhalts der zusätzlichen Angaben des Käufers, die die Mängelanzeige in Übereinstimmung mit Ziffer 1 dieses Paragraphen ergänzen, gerechnet.

§ 75

1. Bei der Geltendmachung eines Anspruches hinsichtlich der Menge hat der Käufer das Recht, entweder die Nachlieferung der Fehlmenge oder die Rückerstattung des von ihm für die Fehlmenge gezahlten Betrages zu fordern.
2. Bei Geltendmachung eines Anspruches hinsichtlich der Qualität ist der Käufer berechtigt, entweder Beseitigung der festgestellten Mängel oder Minderung für die Ware zu verlangen.
3. Wenn der Käufer eine Beseitigung der Mängel verlangt, muß der Verkäufer auf eigene Kosten unverzüglich entweder den Mangel beheben oder die mangelhafte Ware ersetzen.
4. In den in der Ziffer 3 dieses Paragraphen genannten Fällen ist der Käufer berechtigt, wenn die Ware bis zur Beseitigung des Mangels nicht bestimmungsgemäß verwendet werden kann, vom Verkäufer die Zahlung einer Konventionalstrafe wie für Lieferverzug in der im § 83 vorgesehenen Höhe zu fordern, gerechnet vom Tage des Erhebens des Anspruches bis zum Tage der Behebung des Mangels oder bis zum Tage der Lieferung einer Ware zum Ersatz der mangelhaften. Jedoch darf die Gesamthöhe der Konventionalstrafe für eine Warenpartie oder Wareneinheit 8 % vom Wert der mangelhaften Ware oder des mangelhaften Teils der Ware, der nachzubessern oder zu ersetzen ist, einschließlich der Konventionalstrafe für Lieferverzug, wenn Verzug eingetreten war und die Konventionalstrafe hierfür schon berechnet wurde, nicht übersteigen.
5. Falls die Partner Minderung für die Ware anstelle der Mängelbeseitigung vereinbaren, müssen die Partner bei der Vereinbarung der Höhe der Minderung eine Vereinbarung darüber treffen, ob die nach Ziffer 4 dieses Paragraphen berechnete und/oder gezahlte Konventionalstrafe auf die Höhe der Minderung angerechnet wird oder ob die Minderung über die Konventionalstrafe hinaus gezahlt wird.
6. Wenn die Partner die Höhe der Minderung vereinbart haben, aber keine Partnervereinbarung darüber vorliegt, ob die in Ziffer 4 dieses Paragraphen genannte Konventionalstrafe auf die Höhe der Minderung angerechnet wird oder ob die Minderung über die Konventionalstrafe hinaus gezahlt wird, so wird dann, wenn der tatsächliche Schaden, der dem Käufer durch die Nichtverwendung der Ware bis zum Zeitpunkt der Vereinbarung der Minderung entstanden ist,
   - niedriger als die Höhe der Konventionalstrafe ist, die berechnete und/oder gezahlte Konventionalstrafe bis zur Höhe des tatsächlichen Schadens herabgesetzt;
   - höher als die Höhe der Konventionalstrafe ist, der tatsächliche die Konventionalstrafe übersteigende Schaden dem Käufer durch den Verkäufer ersetzt, wenn dies in bilateralen Vereinbarungen vorgesehen ist.
7. Wenn in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag das Recht des Käufers auf Rücktritt vom Vertrag festgelegt ist, aber die Bedingungen für den Rücktritt nicht enthalten sind, so kann der Käufer dieses Recht ausüben, wenn das Schiedsgericht erkennt, daß der Verkäufer den Mangel durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung nicht beseitigen kann und der Käufer die Ware mit der vom Verkäufer vorgeschlagenen Minderung nicht bestimmungsgemäß verwenden kann.

§ 76

1. Der Verkäufer ist verpflichtet, den Mängelanspruch hinsichtlich der Qualität oder der Menge der Ware zu prüfen und dem Käufer unverzüglich, jedoch nicht später als innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Frist eine Antwort zum Wesen des Mängelanspruches zu geben (die vollständige oder teilweise Anerkennung zu erklären oder die vollständige oder teilweise Ablehnung mitzuteilen). Wenn im Vertrag eine derartige Frist nicht vorgesehen ist, so muß der Verkäufer die Antwort zum Wesen des Mängelanspruches unverzüglich geben, jedoch nicht später als innerhalb von 60 Tagen bzw. hinsichtlich kompletter Werke und Anlagen innerhalb von 90 Tagen, gerechnet vom Tage des Einganges der Mängelanzeige bei dem Verkäufer.
2. Wenn der Verkäufer in der Frist gemäß Ziffer 1 dieses Paragraphen keine Antwort zum Wesen des Mängelanspruches gibt und der Käufer sich vor dem Erhalt der Antwort an das Schiedsgericht wendet, so werden unabhängig vom Ausgang des Verfahrens die Schiedsgerichtsgebühren dem Verkäufer auferlegt. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Fälle, die in Ziffer 3 dieses Paragraphen vorgesehen sind.
3. Wenn es auf Grund technisch begründeter Umstände dem Verkäufer nicht möglich ist, eine Antwort zum Wesen des Mängelanspruches in der Frist gemäß Ziffer 1 dieses Paragraphen zu geben, kann er dem Käufer die Verlängerung dieser Frist bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vorschlagen.
4. Wenn der Käufer sich mit dem Vorschlag des Verkäufers über die Verlängerung der Frist für die Antwort zum Wesen des Mängelanspruches nicht einverstanden erklärt und sich an das Schiedsgericht wendet, wird die Frage der Schiedsgerichtsgebühren vom Schiedsgericht in Abhängigkeit vom Ausgang des Verfahrens entschieden.
5. Wenn der Käufer mit dem Vorschlag des Verkäufers über die Verlängerung der Frist für die Antwort zum Wesen des Mängelanspruches einverstanden ist, der Verkäufer jedoch innerhalb der vereinbarten Frist keine Antwort gibt, und der Käufer sich mit seinen Ansprüchen an das Schiedsgericht wendet, so legt das Schiedsgericht, wenn es die Entscheidung im Verfahren trifft, die Schiedsgerichtsgebühren unabhängig vom Ausgang des Verfahrens dem Verkäufer auf.

§ 77

1. Bei Fixgeschäften muß der Verkäufer innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Lieferfrist den Mangel beheben oder die mangelhafte Ware ersetzen; anderenfalls ist der Käufer berechtigt, sofort nach Ablauf der Lieferfrist vom Vertrag zurückzutreten und vom Verkäufer die Bezahlung einer Konventionalstrafe gemäß § 86 zu fordern oder, wenn nichts anderes in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag festgelegt ist, anstelle dieser Konventionalstrafe den Ersatz des Schadens zu fordern, der durch die Nichterfüllung des Vertrages entstanden ist.
2. Wenn der Käufer sein Einverständnis erklärt, daß der Verkäufer die Mängel der Ware, die im Fixgeschäft geliefert wurde, nach Ablauf der Lieferfrist beseitigt, ist der Käufer berechtigt, vom Verkäufer die Zahlung einer Konventionalstrafe wie für Lieferverzug gemäß § 31 Ziffer 5 (entsprechend § 75 Ziffer 4) vom ersten Tag nach Ablauf der Lieferfrist zu fordern, die im Fixgeschäft vorgesehen war.

§ 78

1. Der Käufer ist nicht berechtigt, ohne Einverständnis des Verkäufers eine Ware, hinsichtlich der er einen Anspruch wegen der Qualität erhoben hat, diesem zurückzusenden.
2. Die Bestimmung der Ziffer 1 dieses Paragraphen gilt nicht für Fälle, in denen der Verkäufer entgegen der Forderung des Käufers auf Einstellung der Verladung der Ware bei wiederholten mangelhaften Teillieferungen die Verladung fortsetzt (§ 80).

§ 79

Die Rückgabe der ersetzten mangelhaften Waren oder der mangelhaften Teile der Waren, für die keine Garantie ge-

währt wird, erfolgt in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des § 32.

§ 80

1. Das Erheben eines Mängelanspruches hinsichtlich einer Teillieferung gibt dem Käufer nicht das Recht, die Annahme der im Vertrag vorgesehenen weiteren Teillieferungen zu verweigern.
2. Bei wiederholten mangelhaften Teillieferungen ist der Käufer berechtigt, die Einstellung der weiteren Warenlieferungen bis zu dem Zeitpunkt zu fordern, zu dem der Verkäufer die die Mängel hervorrufenden Umstände beseitigt hat.
3. In diesem Falle ist der Käufer berechtigt, vom Verkäufer die Bezahlung einer Konventionalstrafe wie für Lieferverzug zu fordern, und zwar in der im § 83 vorgesehenen Höhe, gerechnet vom Tage, an dem die Ware laut Vertrag geliefert werden sollte, bis zum Tage der Wiederaufnahme der Lieferungen qualitätsgerechter Ware durch den Verkäufer.

§ 81

1. Wenn der Verkäufer hinsichtlich einer Ware, für die im Vertrag keine Garantie gewährt wird, die Mängel, für die er verantwortlich ist, nicht unverzüglich beseitigt, so hat der Käufer das Recht, die Mängel selbst zu beseitigen und die tatsächlichen normalen Kosten dem Verkäufer aufzuerlegen.
2. Kleinere Mängel, für die der Verkäufer verantwortlich ist, werden, falls ihre Beseitigung keinen Aufschub zuläßt und die Teilnahme des Verkäufers nicht erfordert, unter Anrechnung der normalen tatsächlichen Kosten zu Lasten des Verkäufers vom Käufer beseitigt.

§ 82

Wenn die endgültige Qualitätsabnahme der Ware laut Vertrag im Verkäuferland erfolgt, können Mängelansprüche hinsichtlich der Qualität, wenn nichts anderes im Vertrag vereinbart ist, nur hinsichtlich verdeckter Mängel (die bei der üblichen Kontrolle der Ware nicht festgestellt werden konnten) erhoben werden.

Kapitel XIV
Sanktionen

§ 83

1. Bei Lieferverzug gegenüber den im Vertrag festgelegten Fristen zahlt der Verkäufer dem Käufer eine Konventionalstrafe, die vom Wert der nicht fristgemäß gelieferten Ware berechnet wird.
2. Wenn in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag nichts anderes vereinbart wurde, wird die Konventionalstrafe vom ersten Tage des Verzuges an in folgender Höhe berechnet:
   - im Laufe der ersten 30 Tage — 0,05 % für jeden Tag;
   - im Laufe der nächsten 30 Tage — 0,08 % für jeden Tag;
   - im weiteren — 0,12 % für jeden Tag des Verzuges.
3. Die Gesamthöhe der Konventionalstrafe für den Lieferverzug darf jedoch 8 % vom Wert der Ware, bei deren Lieferung Verzug eingetreten ist, nicht übersteigen.

§ 84

1. Wenn der Verkäufer eine technische Dokumentation, ohne welche die Maschinen oder Ausrüstungen nicht in Betrieb gesetzt werden können, verspätet übergibt, hat er eine Konventionalstrafe zu zahlen, die vom Wert der Maschinen oder Ausrüstungen berechnet wird, auf die sich die technische Dokumentation bezieht, und zwar in der Art und in der Höhe, wie das im § 83 festgelegt ist. Falls der Verzug mit der Übergabe der technischen Dokumentation einem Verzug mit der Lieferung der Maschinen oder Ausrüstungen folgt, auf die sich diese technische Dokumentation bezieht, wird die Konventionalstrafe für den Verzug mit der Übergabe der technischen Dokumentation als Fortsetzung der Konventionalstrafe für den Verzug mit der Lieferung der Maschinen oder Ausrüstungen berechnet. Diese Bestimmung wird auch in dem Falle angewandt, wenn der Verzug mit der Lieferung der Maschinen oder Ausrüstungen dem Verzug mit der Übergabe der technischen Dokumentation folgt.
2. Wenn die Partner im Vertrag vereinbart haben, daß für eine Ware, die zur Weiterverarbeitung bestimmt ist (z. B. Rohstoffe, Guß- und Walzerzeugnisse), der Verkäufer ein Analysenzertifikat übergibt, ohne welches die Ware nicht bestimmungsgemäß verwendet werden kann, wobei im Vertrag die Kennziffern, die das Zertifikat enthalten muß, angegeben sein sollen, so können die Partner im Vertrag auch vereinbaren, daß der Verkäufer für die verspätete Übergabe dieses Zertifikats eine Konventionalstrafe zahlt. Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, so wird diese Konventionalstrafe vom Wert der Ware berechnet, auf die sich das Zertifikat bezieht, und zwar in der Art und in der Höhe, wie das im § 83 festgelegt ist.

§ 85

1. Wenn im Vertrag eine andere Frist nicht festgelegt ist, so hat der Käufer im Falle eines Lieferverzuges über 4 Monate und bei größeren Ausrüstungen, die nicht serienmäßig gefertigt werden, über 6 Monate gegenüber der im Vertrag festgelegten Lieferfrist das Recht, von der Erfüllung des Vertrages hinsichtlich des nicht gelieferten Teiles und des bereits gelieferten Teiles, sofern letzteres ohne den nicht gelieferten Teil nicht benutzt werden kann, zurückzutreten.
2. Der Käufer hat das Recht zum Rücktritt vom Vertrag auch vor Ablauf der in Ziffer 1 dieses Paragraphen genannten Frist, wenn der Verkäufer dem Käufer schriftlich mitteilt, daß er die Ware innerhalb dieser Fristen nicht liefert.
3. Für komplette Werke und Anlagen werden die Fristen für den Rücktritt vom Vertrag in jedem einzelnen Falle zwischen den Partnern vereinbart.
4. Im Falle des Rücktritts vom Vertrag ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer die von letzterem vorgenommenen Zahlungen mit 4 % Jahreszinsen zurückzuerstatten.
5. Die Bestimmungen der Ziffern 1, 2 und 3 dieses Paragraphen erstrecken sich nicht auf Fixgeschäfte.

§ 86

1. Bei Verletzung des Liefertermins von Fixgeschäften hat der Verkäufer dem Käufer eine Konventionalstrafe in Höhe von 5 % vom Wert der nicht gelieferten Ware zu zahlen, falls eine andere Höhe der Konventionalstrafe in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag nicht vorgesehen ist.
2. Falls in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag nichts anderes vorgesehen ist, ist der Käufer bei Verletzung des Liefertermins des Fixgeschäftes berechtigt, bei Rücktritt vom Vertrag anstelle der Konventionalstrafe, die in Ziffer 1 dieses Paragraphen vorgesehen ist, vom Verkäufer den Ersatz des Schadens zu fordern, der durch die Nichterfüllung des Vertrages verursacht wurde.
3. Falls der Käufer trotz des Verzuges sein Einverständnis zur Annahme der Ware aus dem Fixgeschäft gibt, ist die in Ziffer 1 dieses Paragraphen genannte Konventionalstrafe nicht zu erheben. In diesem Fall hat der Verkäufer dem Käufer eine Konventionalstrafe für jeden Tag vom ersten Tag des Verzuges an in der im § 83 festgelegten Höhe zu zahlen.

§ 87

1. Für die vom Verkäufer nicht oder nicht rechtzeitig vorgenommene Benachrichtigung des Käufers über die erfolgte Verladung der Ware hat der Verkäufer dem Käufer eine Konventionalstrafe in Höhe von 0,1 % vom Wert der verladenen Ware, jedoch nicht weniger als 10 Rubel und nicht mehr als 100 Rubel für jede Sendung zu zahlen.

2. Bei Nichtbenachrichtigung oder nicht rechtzeitiger Benachrichtigung über die erfolgte Verladung ist der Käufer nicht berechtigt, gegenüber dem Verkäufer irgendwelche Ansprüche auf Schadenersatz geltend zu machen, mit Ausnahme der Kosten für Stillstandszeiten der Transportmittel (Schiffe, Eisenbahnwaggons u. ä.), die er dem Frachtführer bezahlt hat und die durch diese Nichtbenachrichtigung oder nicht rechtzeitige Benachrichtigung verursacht wurden.
3. Die in Ziffer 2 dieses Paragraphen genannten Kosten für Stillstandszeiten von Transportmitteln werden ersetzt:
   a) bei Beförderungen auf dem Wasserwege — über die Konventionalstrafe hinaus, die entsprechend Ziffer 1 dieses Paragraphen berechnet und/oder bezahlt wurde;
   b) bei anderen Beförderungsarten — zu dem Teil, der die Konventionalstrafe übersteigt, die gemäß Ziffer 1 dieses Paragraphen berechnet und/oder bezahlt wurde, jedoch darf die Summe der Konventionalstrafe und des Kostenersatzes für Stillstandszeiten von Transportmitteln für eine Warenpartie, die mit einem Transportdokument versandt wurde, die in Ziffer 1 dieses Paragraphen vorgesehene Höchstgrenze der Konventionalstrafe nicht übersteigen.

§ 87 A

In den Fällen, in denen in diesen Allgemeinen Lieferbedingungen vorgesehen ist, daß die Konventionalstrafe für jeden Tag des Verzuges berechnet wird, wird sie für jeden begonnenen Tag des Verzuges berechnet.

§ 88

1. Der Anspruch auf Zahlung von Konventionalstrafe darf nicht später als innerhalb von 3 Monaten geltend gemacht werden. Dabei beginnt diese Frist:
   a) bei Konventionalstrafen, die nach Tagen berechnet werden, mit dem Tag der Erfüllung der Verpflichtung oder mit dem Tag, an dem die Konventionalstrafe für den betreffenden Tatbestand die maximale Höhe erreicht hat, wenn die Verpflichtung bis zu diesem Tag nicht erfüllt wurde;
   b) bei Konventionalstrafen, die nur einmalig berechnet werden können, mit dem Tag der Entstehung des Rechts, sie zu fordern.
2. Die Festlegungen der Ziffer 1 dieses Paragraphen werden auch für Forderungen auf Konventionalstrafe bei Rücktritt vom Vertrag angewendet.
3. Die berechnete Konventionalstrafe wird in Rechnung gestellt, indem entweder eine Rechnung dem Anspruch beigefügt wird oder die Berechnung direkt in der Anzeige über den Anspruch erfolgt.
4. Wenn der Anspruch auf Zahlung von Konventionalstrafe nicht innerhalb der in Ziffer 1 dieses Paragraphen festgelegten Frist geltend gemacht wird, verliert der Partner, der den Anspruch erhebt, das Recht, sich an das Schiedsgericht zu wenden.

§ 89

Der Partner, gegen den ein Anspruch auf Zahlung von Konventionalstrafe geltend gemacht wird, ist verpflichtet, den Anspruch zu prüfen und innerhalb von 30 Tagen, gerechnet vom Erhalt des Anspruches, eine Antwort zum Wesen zu geben.

Kapitel XV

Schiedsgericht

§ 90

1. Alle Streitigkeiten, die aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehen, unterliegen unter Ausschluß der allgemeinen Gerichtsbarkeit einem Schiedsgerichtsverfahren. Das Verfahren findet vor dem Schiedsgericht statt, das für solche Streitigkeiten im Lande des Beklagten besteht, oder, nach Vereinbarung der Partner, vor einem Schiedsgericht in einem dritten Mitgliedsland des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.
2. Die Widerklage und die Forderung auf Aufrechnung, die sich aus dem gleichen Rechtsverhältnis wie die Hauptklage ergeben, sind vor dem Schiedsgericht zu verhandeln, bei dem die Hauptklage anhängig ist.

§ 91

1. Die Streitigkeiten werden nach den Verfahrensregeln des Schiedsgerichts verhandelt, bei dem das Verfahren durchgeführt wird.
2. Das Schiedsverfahren und die Verkündung der Entscheidungen werden in der Landessprache des Schiedsgerichts durchgeführt und auf Wunsch eines Partners offiziell in eine andere Sprache übersetzt. Die Schiedsgerichtsentscheidungen werden ebenfalls in der Landessprache des Schiedsgerichts angefertigt und auf Wunsch eines Partners offiziell in eine andere Sprache übersetzt.
3. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind endgültig und für beide Partner verbindlich.

Kapitel XVI

Verjährung

§ 92

Auf Forderungen, die sich aus den durch diese Allgemeinen Lieferbedingungen geregelten Beziehungen ergeben, finden die in diesem Kapitel enthaltenen Verjährungsbestimmungen Anwendung.

§ 93

1. Die allgemeine Verjährungsfrist beträgt zwei Jahre.
2. Eine besondere einjährige Verjährungsfrist gilt
   a) für Klageansprüche aus Mängelansprüchen hinsichtlich der Qualität und Menge der Ware (§§ 31, 33, 71, 75, 77, 80—82);
   b) für Klageansprüche aus Ansprüchen auf Zahlung von Konventionalstrafe.

§ 94

1. Die allgemeine Verjährungsfrist beginnt mit der Entstehung der Forderung.
2. Die besondere Verjährungsfrist beginnt:
   a) für Klageansprüche aus Mängelansprüchen wegen der Qualität und Menge der Waren — mit dem dem Tage des Einganges der Antwort des Verkäufers zum Wesen des Mängelanspruches bei dem Käufer folgenden Tage und wenn der Verkäufer innerhalb der Fristen gemäß § 76 Ziffer 1 oder Ziffer 5 keine Antwort gegeben hat — mit dem dem Tage des Ablaufes der Frist für die Antwort zum Wesen des Mängelanspruches folgenden Tage. Wenn die Antwort des Verkäufers keine Entscheidung zum Wesen des Mängelanspruches enthält, beginnt die Verjährungsfrist mit dem dem Tage des Ablaufes der Frist für die Antwort des Mängelanspruches folgenden Tage;
   b) für Klageansprüche aus Ansprüchen auf Zahlung von Konventionalstrafe — mit dem dem Tage des Einganges der Antwort zum Wesen des Anspruches bei dem Käufer folgenden Tage und, wenn der Verkäufer innerhalb der im § 89 festgelegten Frist keine Antwort zum Wesen des Anspruches gegeben hat — mit dem dem Tage des Ablaufes der Frist für die Antwort auf den Anspruch folgenden Tage.

§ 95

Die Verjährung wird vom Schiedsgericht berücksichtigt, wenn sich der Schuldner auf sie beruft.

§ 96

Falls der Schuldner die Verpflichtung nach Ablauf der Verjährungsfrist erfüllt, ist er nicht berechtigt, das Geleistete

zurückzufordern, selbst wenn er zum Zeitpunkt der Erfüllung den Ablauf der Verjährungsfrist nicht kannte.

§ 97

Mit verjährten Forderungen kann nach Vereinbarung zwischen den Partnern aufgerechnet werden.

§ 98

Der Lauf der Verjährungsfrist ist gehemmt, wenn der Erhebung der Klage ein Umstand höherer Gewalt entgegensteht, der innerhalb der Verjährungsfrist eingetreten ist oder andauert. Der Zeitraum, während dem die Verjährung gehemmt war, wird in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet.

§ 99

1. Der Lauf der Verjährungsfrist wird durch Klageerhebung sowie durch schriftliches Schuldanerkenntnis des Verpflichteten unterbrochen.
2. Nach der Unterbrechung beginnt der Lauf der Verjährungsfrist von neuem.
3. Wenn der Kläger bei dem Schiedsgericht die Klage zurücknimmt, gilt die Verjährungsfrist nicht als unterbrochen.

§ 100

Mit dem Ablauf der Verjährungsfrist für die Hauptforderung läuft auch die Verjährungsfrist für die Nebenforderungen ab.

§ 101

Als Tag der Erhebung der Klage gilt der Tag ihrer Einreichung bei dem Schiedsgericht oder, falls die Klage mit der Post abgesendet wird, das Datum des Stempels des Postamtes über die Annahme des Einschreibebriefes zur Beförderung.

§ 102

Eine Änderung der Bestimmungen dieses Kapitels ist nicht zulässig.

§ 103

Die in diesem Kapitel vorgesehenen Bestimmungen werden auf alle Schuldverhältnisse aus Verträgen angewendet, auf die sich die Geltung dieser Allgemeinen Lieferbedingungen erstreckt.

Kapitel XVII

Sonstige Bestimmungen

§ 104

1. Ansprüche müssen in schriftlicher Form geltend gemacht werden.
2. Mängelansprüche hinsichtlich der Qualität, darunter auch für Waren, für die Garantie gewährt wird, sowie hinsichtlich der Menge können fernschriftlich oder telegrafisch erhoben werden. In diesen Fällen müssen die Ansprüche durch Brief bestätigt werden, und zwar spätestens 7 Arbeitstage nach dem fernschriftlichen oder telegrafischen Erheben des Mängelanspruches, jedoch innerhalb der im § 72 festgelegten Fristen. Im Falle der verspäteten Absendung der Bestätigung durch den Käufer gilt mit diesem Brief die Mängelanzeige erstmalig als erhoben.
3. Dem Anspruch sind die Beweisunterlagen beizufügen. Den Partnern wird empfohlen, bei der Geltendmachung von Ansprüchen hinsichtlich der Qualität und Menge als eine Beweisunterlage zur Bestätigung des Anspruches einen Reklamationsakt zu verwenden.
4. Als Datum der Erhebung des Anspruches gilt das Datum des Stempels des Postamtes über die Annahme des Briefes oder Telegramms oder das Datum der fernschriftlichen Übermittlung oder das Datum, an dem der Anspruch dem Partner, gegen den er geltend gemacht wird, übergeben wird.

§ 105

1. Die Partner werden gegeneinander keine Ansprüche geltend machen, die 10 Rubel nicht übersteigen.
2. Die Bestimmung der Ziffer 1 dieses Paragraphen findet keine Anwendung auf Forderungen, die im Zusammenhang mit festgestellten Rechenfehlern entstehen, und auf Ansprüche, ohne deren Erfüllung die Ware vom Käufer nicht benutzt werden kann.

§ 106

1. Ist der Schuldner mit einer Geldschuld in Verzug geraten, hat er dem Gläubiger 4 % Zinsen jährlich zu zahlen, gerechnet von dem Betrag, mit dessen Zahlung er in Verzug geraten ist.
2. Für die zu zahlende Konventionalstrafe werden Zinsen vom Beginn der Frist zur Verjährung des Anspruches auf Zahlung einer solchen Konventionalstrafe an bis zum Tage ihrer Zahlung berechnet.
3. Der im Zusammenhang mit dem Verzug zur Erfüllung einer Geldschuld entstehende Schaden, der die in Ziffer 1 dieses Paragraphen vorgesehene Zinshöhe übersteigt, ist nicht zu ersetzen.

§ 107

Fällt der letzte Tag der Frist zur Geltendmachung des Mängelanspruches oder der Verjährungsfrist auf einen im Lande des Anspruchsberechtigten arbeitsfreien Tag, so gilt als Ende der Frist der auf diesen Tag nächstfolgende Werktag.

§ 108

1. Keiner der Partner hat das Recht, seine Rechte und Pflichten aus dem Vertrag ohne schriftliches Einverständnis des anderen Partners an einen Dritten abzutreten.
2. Die Bestimmungen der Ziffer 1 dieses Paragraphen finden keine Anwendung, wenn auf Beschluß des zuständigen Organs die Abtretung der Rechte und Pflichten aus dem Vertrag an eine andere zur Durchführung von Außenhandelsoperationen bevollmächtigte Organisation des gleichen Landes erfolgt, wobei der andere Partner schriftlich benachrichtigt werden muß.

§ 109

Alle Kosten, Steuern, Zölle und Gebühren, die mit der Vertragserfüllung verbunden sind, werden, sofern sie auf dem Territorium des Verkäuferlandes anfallen, vom Verkäufer und, sofern sie auf dem Territorium des Käufer- und des Transitlandes anfallen, vom Käufer getragen.

§ 110

1. Auf die Beziehungen der Partner bei Warenlieferungen findet hinsichtlich solcher Fragen, die in den Verträgen oder in diesen Allgemeinen Lieferbedingungen nicht oder nicht erschöpfend geregelt sind, das materielle Recht des Verkäuferlandes Anwendung.
2. Unter dem materiellen Recht des Verkäuferlandes sind die allgemeinen Bestimmungen des Zivilrechts zu verstehen und nicht Spezialregelungen, die für die Beziehungen zwischen sozialistischen Organisationen und Betrieben des Verkäuferlandes geschaffen worden sind.

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)
Index 31818